

Dokumente
zur Außenpolitik der Regierung
der
Deutschen Demokratischen Republik



54| 12106-7



Digitized by the Internet Archive
in 2025



DD Deutsches Institut für
261 Zeitgeschichte
4
D38

vol. 7
1959

**Dokumente
zur Außenpolitik der Regierung
der
Deutschen Demokratischen Republik**

Band VII

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1959



RÜTTEN & LOENING
BERLIN

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin
Redaktionelle Bearbeitung: Hansjürgen Krüger

F60/ 1007

1. Auflage 1960

Alle Rechte vorbehalten

Rütten & Loening, Berlin W 8 · Lizenznummer: 220-415/116/60

Printed in the German Democratic Republic

Satz, Druck und Einband: Sachsendruck Plauen

Verkaufspreis: 3,95 DM



**Erklärungen und Stellungnahmen
der Volkskammer und der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
zu außenpolitischen Fragen und zum Problem
der Wiedervereinigung Deutschlands**



Inhaltsübersicht

Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Westberlin vom 7. Januar 1959 ..	11
Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Friedensvertragsentwurf der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 19. Januar 1959	22
Für deutsche Politik in ganz Deutschland Regierungserklärung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 21. Januar 1959	26
Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland	49
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1959 zu den Kriegsdrohungen Adenauers und Dulles'	53
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Februar 1959 zum USA-Einreiseverbot für Skisportler der Deutschen Demokratischen Republik	55
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. März 1959 zum Kolonialterror in Afrika	56
Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und zum Vorschlag der Einberufung einer Gipfelkonferenz vom 25. März 1959 ..	59

Protest des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. April 1959 gegen häufige Verletzungen des Luftraumes der Deutschen Demokratischen Republik durch ausländische und westdeutsche Flugzeuge	66
Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 8. April 1959: Beratungen beider deutscher Regierungen zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes für einen Friedensvertrag	67
Rundfunckerklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 9. April 1959 zum Vorschlag an Bundeskanzler Dr. Adenauer	68
Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 5. April 1959 zum Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, eine Friedenskonferenz einzuberufen	71
Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen der drei Westmächte vom 9. April 1959 zur bevorstehenden Tagung der Außenminister	72
Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. April 1959 zur bevorstehenden Tagung der Außenminister	74
Gemeinsame EntschlieÙung aller Fraktionen der Volkskammer	95
Protest der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Abhaltung des „Sudetendeutschen Tages“ in Wien	96
Friedensvertrag schützt Ostseeküsten Rede des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, zur Eröffnung der Ostseewoche in Rostock am 27. Juni 1959	97

Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Juni 1959 zur Wahl des Präsidenten der Bundesrepublik in Westberlin	109
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. August 1959 zu den Ereignissen im Königreich Laos	110
Noten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschen Bundesrepublik vom 21. August 1959 zum Abschluß des Abkommens USA—Bundesrepublik über Gewährung von Informationen hinsichtlich der Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke und zur Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen	113
Note an die Regierung der Vereinigten Staaten	113
Note an die Bundesregierung	116
Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik vom 24. August 1959: Protest gegen Grenzverletzung	118
Aus der Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. August 1959 zu den Ergebnissen der Monrovia-Konferenz	120
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. September 1959 zur Einmischung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik	123
Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. September 1959 zu den Abrüstungsvorschlägen des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, vor der UN-Vollversammlung	125

EntschlieÙung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum gemeinsamen Handeln des deutschen Volkes für Frieden und Entspannung vom 1. Oktober 1959	126
Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1959	128
Interview mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz zur außenpolitischen Debatte im Bonner Bundestag	138
Antwort des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, vom 9. Dezember 1959	141
Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. Dezember 1959 zur bevorstehenden Gipfelkonferenz ..	145

**Antwortnote
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
über Westberlin vom 7. Januar 1959**

Am 7. Januar 1959 empfing der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Otto Winzer, den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, M. G. Perwuchin, und übergab ihm die Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf die Note der sowjetischen Regierung vom 27. November 1958 über die Berlinfrage. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die ihr am 27. November 1958 überreichte Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu Fragen der Beseitigung des Spannungsherde Westberlin eingehend geprüft.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat mit ihrer Note zu einer Frage Stellung genommen, die die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar betrifft, da Westberlin zum Gebietsbestand der Deutschen Demokratischen Republik gehört. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgt die verhängnisvolle und den Frieden gefährdende Entwicklung Westberlins schon seit langer Zeit mit großer Sorge.

Ausgehend von den Interessen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und den gesamt nationalen Interessen des deutschen Volkes stellt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit tiefer Genugtuung fest, daß sich die in der Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken enthaltene Einschätzung der tatsächlichen und rechtlichen Lage Westberlins in voller Übereinstimmung mit der Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik befindet.

Getragen von dem Gefühl der hohen Verantwortung für den Frieden in Deutschland und die Sicherheit der anderen europäischen Völker, die innerhalb eines halben Jahrhunderts bereits zweimal von den Kräften des deutschen Militarismus und Imperialismus überfallen und in verheerende Weltkriege hinein-

gerissen wurden, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt mit allem Ernst auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen anomalen Lage in Westberlin hingewiesen und eindringlich vor den Gefahren gewarnt, die sich aus der Existenz des Spannungsherd des Westberlin für den Frieden in Deutschland und Europa sowie für den Weltfrieden ergeben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht sich erneut zum Sprecher der nationalen Interessen des deutschen Volkes, wenn sie mit aller Eindringlichkeit die Notwendigkeit betont, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, damit Westberlin, dem in den aggressiven Plänen des deutschen Militarismus eine entscheidende Rolle zugeordnet ist, nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Weltkrieges, nicht zu einem zweiten Sarajewo wird. Der rechtswidrig von der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik losgelöste Stadtteil Westberlin bildet gegenwärtig den gefährlichsten Spannungsherd in Europa und gleicht einem Pulverfaß, an dem sich ein atomarer Weltbrand entzünden kann, der unermessliches Leid und riesige Zerstörungen über das deutsche Volk und andere Völker bringen würde.

Der Mißbrauch Westberlins, das zum Gebietsbestand der Deutschen Demokratischen Republik gehört, als Brückenkopf der NATO und Instrument der Politik des kalten Krieges sowie als Zentrum der Wühl- und Agententätigkeit Dutzender ausländischer und deutscher Spionageorganisationen steht im schroffen Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die nationalen Interessen des deutschen Volkes stimmen überein mit den von den Mächten der Anti-Hitler-Koalition während des zweiten Weltkrieges und unmittelbar nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands vereinbarten und feierlich proklamierten gemeinsamen Zielen und Grundsätzen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gleich der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Auffassung, daß die äußerst gefährliche Krebsgeschwulst im Herzen Europas beseitigt werden muß, um die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Krieges in Europa zu verringern und die internationalen Spannungen zu mindern. Als notwendigste und vordringlichste Maßnahmen zur Beseitigung des Provokationszentrums Westberlin betrachtet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Liquidierung des rechtswidrig von den drei Westmächten in Westberlin aufrechterhaltenen Besat-

zungsregimes und den Abzug der ausländischen Truppen aus Westberlin sowie die Einstellung der in Westberlin im Auftrage der westdeutschen Regierung und der Regierungen der drei Westmächte betriebenen Politik des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt ihre Bereitschaft, mit den davon betroffenen Seiten über alle mit der Liquidierung des Gefahrenherdes Westberlin zusammenhängenden Fragen auf dem Verhandlungswege Regelungen zu treffen, die der Erhaltung des Friedens dienen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gestattet sich, einige wichtige Fragen der historischen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Lehren, ohne die die gegenwärtig in Berlin bestehende Situation und Rechtslage nicht betrachtet werden kann, vom Standpunkt der nationalen Interessen des deutschen Volkes darzulegen.

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus und seines Staatsapparates im Jahre 1945 erforderten es sowohl die Interessen der Völker der Anti-Hitler-Koalition an der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens als auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes, daß in Deutschland der Weg zu einer tiefgreifenden demokratischen und friedlichen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens beschritten wird. In Übereinstimmung mit den in den gemeinsamen Erklärungen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der USA und Großbritanniens vom 1. Dezember 1943 in Teheran und vom 11. Februar 1945 in Jalta niedergelegten Kriegszielen der Anti-Hitler-Koalition stand vor den antifaschistisch-demokratischen Kräften des deutschen Volkes die historische Aufgabe, gemeinsam mit den Völkern und Staaten der Anti-Hitler-Koalition Bedingungen zu schaffen, die es für alle Zeiten unmöglich machen, daß die Kräfte des deutschen Militarismus und Revanchismus erneut den Frieden gefährden.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, dem grundlegenden Dokument über die zukünftige Gestaltung Deutschlands, in dem die bereits in den Erklärungen von Teheran und Jalta zum Ausdruck gebrachten Grundsätze der gemeinsamen Politik der Mächte der Anti-Hitler-Koalition zusammenfassend formuliert wurden, bekundeten die vier Mächte feierlich ihren unbeugbaren Willen, den deutschen Militarismus und Faschismus auszurotten, seine Wiedergeburt für immer zu verhindern und alle

Maßnahmen zu ergreifen, damit der deutsche Militarismus nie wieder Deutschlands Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Friedens in der ganzen Welt gefährden kann. Dem deutschen Volke sollte die Möglichkeit gegeben werden, eine grundsätzliche Umgestaltung seines Lebens durchzuführen und einen einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staat zu schaffen. Zur Verwirklichung dieser Ziele, die den Lehren der Geschichte und zutiefst den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen, erfolgte die Besetzung Deutschlands, wobei im Potsdamer Abkommen die wichtige Verpflichtung der vier Mächte niedergelegt war, Deutschland auch während der Zeit der Besetzung als einheitliches Ganzes zu behandeln.

Die Herbeiführung einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Deutschland war Ausgangspunkt und Inhalt aller über Deutschland von den vier Mächten abgeschlossenen Vereinbarungen. Keine Vereinbarung der vier Mächte, auch nicht die im wesentlichen technische Fragen der Besetzung regelnden Vereinbarungen der von den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der USA und Großbritanniens gebildeten Europäischen Konsultativkommission, können losgelöst von dieser prinzipiellen Zielsetzung betrachtet werden. Entsprechend den Vereinbarungen der vier Mächte aus den Jahren 1944 und 1945 wurde Deutschland zum Zwecke der Besetzung in vier Zonen eingeteilt. Aus den von den vier Mächten geschlossenen Vereinbarungen geht eindeutig hervor, daß von diesen Mächten zu keiner Zeit beabsichtigt war — wie es auch zu keinem Zeitpunkt später jemals durchgeführt wurde —, den Raum von Groß-Berlin zu einer fünften Besatzungszone Deutschlands zu machen. Für Berlin wurde lediglich eine Sonderregelung dahingehend getroffen, daß das Gebiet von Groß-Berlin von Truppen einer jeden der vier Mächte besetzt und zur gemeinsamen Verwaltung Berlins eine interalliierte Kommandantur gebildet wurde. Diese Sonderregelung für Berlin erfolgte allein aus dem Grunde, weil in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, das zentrale Besatzungsorgan für Deutschland, der Alliierte Kontrollrat, seinen Sitz nahm, um von hier aus alle Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden und eine einheitliche Besatzungspolitik in ganz Deutschland zu gewährleisten.

Die Vereinbarungen der vier Mächte unterschieden eindeutig zwischen der obersten Gewalt, die grundsätzlich jedem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der vier Mächte in seiner Zone oblag und die gemeinsam von den vier Oberbefehlshabern

in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten ausgeübt wurde, und der Verwaltung des zum Gebietsstand der sowjetischen Besatzungszone gehörenden Raumes von Berlin. Die Mitbesetzung und Mitverwaltung Berlins durch die Westmächte hatte ihre Grundlage in den obengenannten Versicherungen der vier Mächte und nicht in der Tatsache der Räumung einiger von Truppen der Westmächte im Zuge militärischer Operationen vorübergehend besetzter Gebiete Thüringens, Sachsens und Mecklenburgs, die zur sowjetischen Besatzungszone gehörten.

An der obersten Gewalt des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland über die damalige sowjetische Besatzungszone, zu der auch der Raum Berlin gehörte, änderte sich nichts, als die drei Westmächte an der Besetzung und Verwaltung Berlins beteiligt wurden.

Die Verwirklichung und Einhaltung der in den Viermächtebeschlüssen über Deutschland festgelegten Grundsätze und Ziele in allen vier Besatzungszonen Deutschlands hätte die Möglichkeit geboten, in historisch kürzester Frist einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat zu schaffen.

Leider haben die drei Westmächte die Verwirklichung aller entscheidenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland hintertrieben. Während die Sowjetunion den demokratischen Kräften des deutschen Volkes jede Unterstützung gewährte und die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in ihrer Besatzungszone förderte, haben die Westmächte in den Westzonen die demokratische Entwicklung verhindert. Mit der Vorbereitung und dem Abschluß des Washingtoner Abkommens vom 2. Dezember 1946 über die Schaffung der Bizone durch die USA und Großbritannien wurde ein ganzes Programm der Spaltung Deutschlands in Angriff genommen, wobei die am 20. Juni 1948 in Westdeutschland durchgeführte separate Währungsreform und die am 7. September 1949 erfolgte Bildung des Bonner Separatstaates weitere entscheidende Etappen in dieser von den Westmächten systematisch betriebenen Spaltung Deutschlands waren. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens wurde die Bonner Bundesrepublik in das aggressive NATO-Paktsystem einbezogen, in dem dem deutschen Militarismus eine führende Rolle bei der Verwirklichung der aggressiven Pläne zugedacht ist. Gegenwärtig sind die USA sogar dabei, den gleichen Kräften, die bereits zwei Weltkriege vom Zaune gebrochen haben, Atom- und Raketenwaffen in die Hände zu geben.

Die auf die Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der Westmächte fand die Unterstützung der in Westdeutschland herrschenden imperialistischen und militaristischen Kreise. Von Anfang an sabotierten diese Kreise die Verwirklichung der Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition. Sie bereiteten die Spaltung Deutschlands mit vor und führten sie durch. Durch die Politik der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik wurde die Spaltung ständig weiter vertieft und allen Bemühungen, die Spaltung zu überwinden, immer neue Hindernisse in den Weg gestellt. Die Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik und die Vorbereitung eines Atomkrieges bilden das oberste Ziel der Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands. Sie mißachten das Friedensinteresse der Völker und üben Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes. In ihrem nationalen Verrat schrecken sie nicht davor zurück, die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes auf deutschem Boden und die weitere Stationierung fremder Truppen in Deutschland zu fordern.

Demgegenüber entstand auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik unter Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes ein wahrhaft friedliebender und demokratischer Staat, in dem alle Prinzipien der Anti-Hitler-Koalition erfüllt wurden und der demzufolge der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist.

Daraus ergibt sich für die Deutsche Demokratische Republik eine hohe Verantwortung sowohl für die Geschicke des deutschen Volkes als auch für den Frieden in Deutschland und Europa. Ihr entspricht die Politik der Verständigung und Entspannung, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in den nationalen und internationalen Problemen betrieben wird.

In der gleichen verhängnisvollen und im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stehenden Weise, wie die Westmächte ihre oberster Gewalt in Westdeutschland mißbrauchten, mißbrauchten sie ihre Befugnisse zur Mitbesetzung und Mitverwaltung Berlins. Sie hemmten und störten die hoffnungsvolle Entwicklung, die sich durch die Bildung des Gesamtberliner Magistrats auf der Basis der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront ergab, der am 17. Mai 1945 mit dem Wiederaufbau der Stadt und der Normalisierung des Lebens begann. Nachdem die Truppen der Westmächte am 1. Juli 1945 in Berlin eingerückt waren, setzten sie in ihren Sektoren ein selbstherrliches Besatzungsregime durch. Entgegen den Beschlüssen des Alliierten

Kontrollrates und der Alliierten Kommandantur untergruben die Westmächte durch separate Verwaltungsvorschriften für ihre Sektoren die einheitliche demokratische Verwaltung von Groß-Berlin. Obwohl die westlichen Oberbefehlshaber noch am 18. Juni 1948 schriftlich die Versicherung gegeben hatten, die Separatwährung Westdeutschlands nicht in Westberlin einzuführen, erfolgte am 23. Juni 1948 die Einbeziehung Westberlins in die westdeutsche Separatwährung. Diese Maßnahme wurde auch nicht wieder rückgängig gemacht, obwohl die Regierungen der vier Mächte am 30. August 1948 in Moskau einen Beschluß über die Wiederherstellung der Währungseinheit ganz Berlins mit dem übrigen Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gefaßt hatten.

In Abwehr dieser in Westberlin durchgeführten Maßnahmen bildeten die werktätigen Massen Berlins auf Vorschlag des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien einen arbeitsfähigen demokratischen Magistrat. Mit der bis dahin von den Westmächten verhinderten Verwirklichung der schon von der gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesetze über die Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und über die Überführung des Vermögens von Konzernen und sonstigen Unternehmen in Gemeineigentum erfolgten entscheidende Schritte zur Durchführung des Potsdamer Abkommens und zur Entfaltung der Macht des Volkes im demokratischen Teil Berlins.

Da die Volksvertretung und der demokratische Magistrat von Groß-Berlin die Prinzipien des Potsdamer Abkommens verwirklichten, sind sie die einzig rechtmäßigen Organe Berlins. In Westberlin nahmen die Konzentration und Zentralisation der Wirtschaft in Konzernen und Trusts einen Umfang an, der den Vorkriegsstand weit übertrifft. Mit Förderung der Westmächte und unter dem Schutz des von ihnen rechtswidrig aufrechterhaltenen Besatzungsregimes erstarkten in Westberlin die militaristischen, revanchistischen und faschistischen Kräfte. So wurden wie in Westdeutschland auch in Westberlin die Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition gröblichst verletzt.

Die Verpflichtungen der vier Mächte im Hinblick auf die Behandlung Deutschlands nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und die Ziele der Besetzung Deutschlands stehen in untrennbarem Zusammenhang. Eine Nichterfüllung dieser Verpflichtungen beseitigt auch das Recht der Besetzung. Die Konstruktion eines abstrakten Besatzungsrechts, das losgelöst von den Grund-

sätzen und Zielen der Anti-Hitler-Koalition bestehen soll, würde bedeuten, für Deutschland im Widerspruch zu den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts eine Besetzung ohne demokratische Zielsetzungen für alle Zeiten zu fordern. Es widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, daß nach mehr als dreizehn Jahren seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges im Herzen Deutschlands, in Westberlin, von den Westmächten ein für das deutsche Volk entwürdigendes Besatzungsregime aufrechterhalten wird.

Mit der Nichterfüllung der gemeinsamen Beschlüsse über Deutschland und mit der Verhinderung einer abschließenden Friedensregelung mit Deutschland durch die Westmächte haben diese jeden Anspruch verloren, sich auf irgendwelche Rechte zu berufen. Im Hinblick auf Westberlin bedeutet das notwendigerweise die Liquidation des Besatzungsregimes und den Abzug der Truppen der drei Westmächte. Eine Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes und ein weiteres Verbleiben der westlichen Truppen in Westberlin unter Bruch der Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens ist eine völkerrechtswidrige Intervention.

Wie bereits dargelegt, gehörte ganz Berlin nach den Vereinbarungen der vier Mächte seit 1945 zum Gebietsbestand der sowjetischen Besatzungszone und damit seit 1949 zur Deutschen Demokratischen Republik. Die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Hoheitsrechte in und für Berlin fanden in dem Staatsvertrag, der am 20. September 1955 in Moskau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossen wurde, volle Anerkennung. Ebenso geht der im Anschluß an den Moskauer Vertrag zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, und dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, W. A. Sorin, geführte Briefwechsel von der Zuständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik für Berlin aus.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstreicht die Tatsache, daß die der Rechtslage in Berlin entsprechende und natürlichste Lösung zur Beseitigung der akuten Gefahren, die sich gegenwärtig aus der Existenz des Spannungsherd des Westberlin ergeben, die wäre, die Ausübung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik in bezug auf ganz Berlin zu verwirklichen und Westberlin in vollem Umfang

in die Hoheitsgewalt der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Territorium Westberlin gelegen ist, einzugliedern.

Da dies gegenwärtig auf Schwierigkeiten stößt, erklärte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihr Einverständnis mit der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin. Bei dem Zugeständnis, auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin zu errichten, läßt sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor allem von den Interessen des Friedens leiten. Sie ist der Auffassung, daß ein solches Zugeständnis von den anderen Völkern in diesem Sinne verstanden und anerkannt werden wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht ferner davon aus, daß ihre Zustimmung zur Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin große Bedeutung für die Förderung der Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Normalisierung der Lage in Berlin hat.

Aus der Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würden sich weiterhin bedeutungsvolle Erfahrungen für die Schaffung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten ergeben. Außerdem würde sich eine solche Lösung günstig auf die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auswirken.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin anzuerkennen und zusammen mit den anderen beteiligten Staaten entsprechende Garantieverpflichtungen zu übernehmen. Im Zusammenhang mit der Schaffung der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würde die Deutsche Demokratische Republik Verbindungen Westberlins nach allen Himmelsrichtungen gewährleisten und alle notwendigen Maßnahmen treffen, damit der Güter- und Personenverkehr von und nach Westberlin entsprechend den Erfordernissen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin ungehindert vonstatten gehen kann.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich davon leiten, daß die nationalen Interessen des deutschen Volkes es gebieterisch erfordern, von deutscher Seite einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Regelung der Westberlinfrage zu leisten. Es entspräche diesen Interessen, wenn auch die Deutsche Bundesrepublik und Westberlin im gleichen Sinne wie die Deutsche Demokratische Republik handeln und dazu beitragen

würden, die Westberlinfrage friedlich zu lösen. Eine solche Bereitschaft ist aber von seiten der herrschenden Kreise Westdeutschlands und Westberlins nicht zu erkennen. Diese Kreise setzen im Gegenteil alles daran, eine Lösung zu verhindern, wozu sie versuchen, sich der Unterstützung aller NATO-Staaten zu versichern. Das Bestreben, die Westberlinfrage zu einer Angelegenheit der NATO zu machen, unterstreicht aber nur die ganze Verlogenheit des Versuches, das weitere Verbleiben der Truppen der drei Westmächte in Westberlin auf angebliche Rechte zu stützen. Indem sie die Westberlinfrage zu einer Frage der NATO machen, gestehen sie selbst vor aller Welt ein, daß die Fortsetzung des Besatzungsregimes in Westberlin schon längst jede rechtliche Grundlage verloren hat und den Zweck verfolgt, Westberlin verstärkt in die Kriegsvorbereitungen der NATO einzubeziehen.

Es ist keine Frage, daß die NATO keinerlei Mitspracherecht in der Westberlinfrage besitzt. Die Einschaltung der NATO in die Westberlinfrage ist ein Versuch, andere Staaten an die aggressive und provokatorische Politik der Vereinigten Staaten und der westdeutschen Bundesrepublik zu binden.

Die westdeutsche Regierung und der Westberliner Senat nahmen bei den kürzlich in Paris stattgefundenen Beratungen der NATO zur Westberlinfrage einen Standpunkt ein, der den Interessen des Friedens völlig zuwiderläuft. Im Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes bestanden sie darauf, die von der Sowjetunion vorgeschlagene friedliche Lösung der Westberlinfrage brüsk abzulehnen und das Besatzungsregime in Westberlin weiterhin aufrechtzuerhalten.

Demgegenüber erachtet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den gegenwärtigen Zustand des Mißbrauchs Westberlins als nicht mehr länger tragbar. Sie ist der Auffassung, daß es dreizehn Jahre nach Beendigung des Krieges und angesichts der offenen Mißachtung des Potsdamer Abkommens und der anderen Viermächtevereinbarungen über Deutschland durch die USA, Großbritannien und Frankreich keinerlei Berechtigung mehr für die Aufrechterhaltung von Privilegien für diese Staaten in Form des Besatzungsregimes in Westberlin gibt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt deshalb die Initiative der Sowjetregierung zur Lösung der Westberlinfrage. Es ist höchste Zeit, die Lage in Westberlin zu normalisieren und damit einen gefährlichen internationalen Spannungsherd zu beseitigen.

In ihrer Note vom 27. November 1958 teilt die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihren Entschluß mit, der Deutschen Demokratischen Republik alle Funktionen zu übergeben, die auf Grund von Vereinbarungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zeitweilig noch von sowjetischen Organen ausgeübt werden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt diesen Entschluß und erklärt ausdrücklich, daß sie ihre Hoheitsrechte auch hinsichtlich des Verkehrs der in Westberlin stationierten Streitkräfte der Westmächte zu Lande, zu Wasser und in der Luft im Geiste der friedlichen Verständigung wahrzunehmen gewillt ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, über alle Fragen, die mit der friedlichen Regelung der Westberlinfrage und der Übernahme der zeitweilig von sowjetischen Organen ausgeübten Funktionen zusammenhängen, mit der Bundesrepublik und Vertretern anderer interessierter Staaten über die sie betreffenden Fragen zu verhandeln — wie auch der demokratische Magistrat von Groß-Berlin bereit ist, mit dem Westberliner Senat zu verhandeln — und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Der Versuch, die Übergabe dieser Funktionen an die Deutsche Demokratische Republik als eine „Bedrohung“ Westberlins hinzustellen und sie zu einer verantwortungslosen Kriegshetze zu benutzen, zeugt nur davon, daß die Westmächte und die herrschenden Kreise Westdeutschlands und Westberlins gegen eine friedliche Verständigung sind und die internationale Lage verschärfen wollen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Versicherung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, daß sie ihre Beziehungen zum deutschen Volk nach wie vor auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und der gleichberechtigten Zusammenarbeit, die nichts mit einem Besatzungsregime gemeinsam haben, gestalten wird. Sie blickt voller Stolz auf ihre brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen Staaten des sozialistischen Lagers. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist glücklich, den Kampf für den Frieden und für die friedliche Lösung der nationalen Fragen des deutschen Volkes Seite an Seite mit den Staaten des sozialistischen Lagers, mit der mächtigen und starken Sowjetunion an der Spitze, zu führen.

Erklärungen

Die Deutsche Demokratische Republik beglückwünscht das Sowjetvolk zu den großen Errungenschaften seines sozialistischen Aufbaus und zu den gewaltigen Perspektiven des Aufbaues der kommunistischen Gesellschaft. Die Anstrengungen des geeinten und festgefügtten sozialistischen Lagers verbürgen den gemeinsamen Erfolg im Streben nach der Sicherung des Friedens und nach dem Wohlstand der Völker. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der festen Überzeugung, daß jede den Interessen des Friedens und der europäischen Sicherheit widersprechende Politik zum Scheitern verurteilt ist und begrüßt mit Genugtuung die Feststellung, daß aggressive Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere sozialistische Länder durch die Staaten des Warschauer Vertrages eine vernichtende Abfuhr erhalten werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt dem Vorschlag der Sowjetregierung zu, zu gegebener Zeit Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die mit der friedlichen Regelung der Westberlinfrage zusammenhängenden Probleme zu führen, wobei sie davon ausgeht, daß der Zeitpunkt solcher Verhandlungen auf diplomatischem Wege vereinbart werden könnte.

Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 19. Januar 1959

Am 19. Januar 1959 übergab der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, dem Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, M. G. Perwuchin, folgende Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 10. Januar 1959 und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-

republiken vom 10. Januar 1959 auf Einberufung einer Friedenskonferenz zur Ausarbeitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland sowie den dem Vorschlag beigelegten Entwurf eines Friedensvertrages eingehend geprüft. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Initiative der Sowjetregierung zur Schaffung eines echten und langdauernden Friedenszustandes im Zentrum Europas. Sie stellt mit großer Genugtuung fest, daß die Note und der Friedensvertragsentwurf der Sowjetregierung zugleich die denkbar positivste und konstruktivste Antwort auf die Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. September 1958 ist, in der den vier Mächten vorgeschlagen wurde, unverzüglich in Beratungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland einzutreten.*

Der Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geht von den gleichen Grundsätzen aus, von denen sich auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik leiten läßt. Die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik stimmt in vollem Umfange mit den im sowjetischen Vorschlag enthaltenen Prinzipien überein. Diese Übereinstimmung wird ohne Zweifel den Abschluß eines den Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Friedensvertrages erleichtern.

Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik können bei Friedensverhandlungen auf die demokratische, antimilitaristische und antifaschistische Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik verweisen, die dem ganzen deutschen Volk eine friedliche Perspektive eröffnet und zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa beiträgt.

In der Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird demgegenüber mit Recht festgestellt, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland das Fehlen eines Friedensvertrages dazu ausnutzen, in ständig zunehmendem Maße die Atomaufrüstung und die Kriegsvorbereitungen zu betreiben. Damit setzt sich die Bonner Regierung über das Verlangen der großen Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands nach Frieden und nach Verständigung hinweg.

Die Gefährlichkeit des mit der Atomaufrüstung Westdeutschlands eingeschlagenen Weges unterstreicht die Dringlichkeit, mit der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland sofort

* Siehe Band VI, S. 76 ff.

zu beginnen und innerhalb von zwei Monaten eine Friedenskonferenz durchzuführen.

Nur wenn es gelingt, die Revanchepolitiker und Militaristen in Westdeutschland zu bändigen und ganz Deutschland auf den Weg des Friedens zu führen, bestehen reale Aussichten für ein von der ständigen Drohung eines atomaren Vernichtungskrieges befreites Leben in Europa.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verweist auch darauf, daß der Abschluß des Friedensvertrages, der dem deutschen Volke friedliche und demokratische Verhältnisse gewährleistet und die volle Souveränität zu Lande, zu Wasser und in der Luft bringt, auch die Aufhebung des Besatzungsregimes in Westberlin einschließen muß. Damit würde der gefährlichste Spannungsherd in Europa beseitigt und die Verständigung zwischen den beiden Staaten gefördert.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wertet den Vorschlag der Sowjetunion, den Friedensvertrag ohne weiteren Verzug mit den beiden deutschen Staaten und — sofern sie bis dahin geschaffen ist — auch mit einer deutschen Konföderation abzuschließen, als einen bedeutenden Schritt zur internationalen Entspannung und zur Überwindung des unheilvollen kalten Krieges. In den beinahe zehn Jahren des Bestehens zweier deutscher Staaten haben der Präsident, die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Vielzahl von konkreten und konstruktiven Vorschlägen und Angeboten an die westdeutsche Bundesrepublik unterbreitet, die alle auf die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten und damit auf die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet waren. Die aggressiven Kräfte Westdeutschlands haben alle diese Vorschläge nicht nur abgelehnt, sondern obendrein die Remilitarisierung und den Neuaufbau der imperialistischen Wehrmacht sowie die Atomaufrüstung durchgesetzt und damit die Spaltung vertieft und versteinert.

Wenn die gleichen Kräfte jetzt ihre ablehnende Haltung gegenüber den sowjetischen Friedensvertragsvorschlägen damit begründen, daß mit dem Abschluß eines Friedensvertrages bis zur Wiedervereinigung Deutschlands gewartet werden müsse, so ist dies nichts als Heuchelei. Die herrschenden Kreise in Bonn haben sich ja bisher sowohl gegen einen Friedensvertrag erklärt sowie gegen Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über die Wiedervereinigung. Das hat seine Ursache darin, daß durch die Unterschrift unter die Pariser Abkommen Westdeutschland an

die NATO gebunden wurde. Die Bonner Regierung stellt die Pariser Verträge und Beschlüsse der NATO über die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Daraus ergeben sich große Gefahren für das deutsche Volk. Um so notwendiger ist die Einberufung einer Friedenskonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrages. Dadurch würde eine Entspannung erreicht und die Verschärfung der Lage in Europa, die durch die Atomrüstung Westdeutschlands herbeigeführt wurde, vermindert.

Sowohl das nationale Interesse des deutschen Volkes als auch die Sicherheitsinteressen der europäischen Völker verlangen also gebieterisch, im Herzen Europas einen dauerhaften Friedenszustand herzustellen, wozu es des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland bedarf.

Ein Friedensvertrag entsprechend dem Vorschlag der Sowjetregierung erschließt dem deutschen Volk eine gesicherte, schöne und große Zukunft. Er sichert den Frieden, indem er die Vorbereitung für Angriffskriege verhindert, keine Bindung Deutschlands an aggressive Kriegsblocks zuläßt und auch die Vertragspartner Deutschlands zur Achtung dieser Bedingungen verpflichtet. Der Friedensvertrag gibt Deutschland seine volle und uneingeschränkte Souveränität. Er bringt den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland und die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte. Deutschland erhält volle Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung und des Handels, was dem deutschen Volk die ungehemmte Entfaltung seiner großen schöpferischen Potenzen ermöglicht. Damit würde der Friedensvertrag Westdeutschland auch von den Fesseln einseitiger Bindungen an Mächtegruppierungen befreien, durch die es gegen das Weltlager des Sozialismus gestellt werden soll.

Als wirtschaftlich starkes, aber friedliches Land mit blühender Kultur wird Deutschland einen würdigen Platz in der Familie der Völker einnehmen, denn den beiden deutschen Staaten wird durch den Friedensvertrag der Zugang zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organen erschlossen, deren vollberechtigte Mitglieder sie werden können.

Gleichzeitig bringt der Friedensvertrag allen Völkern, die in zwei Weltkriegen vom deutschen Imperialismus und Militarismus überfallen wurden, die Gewähr ihrer Sicherheit und schafft damit eine dauerhafte Grundlage guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen und dem deutschen Volk.

Aus allen dargelegten Gründen begrüßt die Regierung die neue hervorragende Initiative der Regierung der Union der Sozialisti-

schen Sowjetrepubliken und bringt ihr prinzipielles Einverständnis mit dem sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag zum Ausdruck. Sie unterstützt voll und ganz den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, innerhalb kürzester Frist eine umfassende Friedenskonferenz einzuberufen. Gleichzeitig erklärt sie ihre Bereitschaft, an dieser Konferenz sowie an entsprechenden Vorberatungen mit den vier Mächten teilzunehmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch ihre Bemühungen fortsetzen, einen übereinstimmenden Standpunkt des ganzen deutschen Volkes zur Frage des Friedensvertrages herbeizuführen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dankt der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die Übermittlung der Note vom 10. Januar 1959 und des Entwurfes eines Friedensvertrages mit Deutschland. Diese Dokumente sind von großer nationaler Bedeutung für das ganze deutsche Volk und werden zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Deutschen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beitragen.

Für deutsche Politik in ganz Deutschland

Regierungserklärung des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 21. Januar 1959

Herr Präsident!

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer!

Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachten schon seit langem den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als entscheidenden Schritt zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Vierzehn Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges kann ein Fortbestehen der ebenso anomalen wie gefährlichen Lage, daß Deutschland und Europa infolge des Fehlens einer festen und stabilen Friedensregelung künstlich in einem Zustand permanenter Unruhe gehalten werden, nicht mehr bestehen bleiben. Bereits 1952 hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die vier Mächte um den Abschluß eines Friedensver-

trages mit Deutschland ersucht. Damals, vor der Remilitarisierung Westdeutschlands, waren wir bereit, mit der Bonner Regierung die Vorbereitung gesamtdeutscher, freier Wahlen zu vereinbaren. Sowohl die Bonner Regierung als auch die Westmächte lehnten damals ab, weil sie glaubten, erst durch die Aufrüstung in Westdeutschland könnten sie solche Voraussetzungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, ganz Deutschland unter die Herrschaft des deutschen Finanzkapitals zu bringen. Inzwischen haben die westdeutschen Militaristen und Imperialisten ihr abenteuerliches Programm der Revanchepolitik und des Antikommunismus entwickelt und die Spaltung Deutschlands vertieft. Es ist die große Gefahr heraufbeschworen worden, daß von Westdeutschland aus ein atomarer Krieg auf deutschem Boden, ein dritter Weltkrieg provoziert wird.

In der Erkenntnis, daß Frieden und Wiedervereinigung, diese beiden Hauptanliegen der deutschen Nation, den Friedensvertrag unabdingbar erfordern, hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 4. September 1958 an die vier Mächte mit der Aufforderung gewandt, die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland in Angriff zu nehmen.* Die Regierung der Sowjetunion hat diesen unseren Vorschlag sofort aktiv unterstützt. Aber die Westmächte, die es vorziehen, einen deutschen Teilstaat, die Bundesrepublik, fest an die aggressive NATO gekettet zu wissen, statt im Herzen Europas eine Zone des Friedens, ein friedliebendes, unabhängiges und demokratisches Deutschland entstehen zu sehen, haben ablehnend reagiert. Um so dankenswerter ist es, daß die Sowjetunion jetzt wieder die Initiative ergriff, den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vorgelegt und die Durchführung einer Friedenskonferenz innerhalb zweier Monate vorgeschlagen hat.

Die Sowjetregierung und die Regierungen der anderen sozialistischen Länder haben mehrfach gewarnt, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Jetzt ist es genug. Die Note der Sowjetregierung zur Frage Westberlin war das unüberhörbare Signal, daß es an der Zeit ist, den Herd der Kriegsprovokation in Westberlin zu beseitigen. Der Vorschlag, Westberlin zu entmilitarisieren und in eine Freie Stadt zu verwandeln, bedeutet, daß vierzehn Jahre nach Beendigung des Krieges das Besatzungsstatut in Westberlin beseitigt wird und die Bevölkerung selbst über ihre Ordnung bestimmen kann.

* Siehe Band VI, S. 76 ff.

Die Bedeutung eines Friedensvertrages

Die Vorschläge der Sowjetunion in ihrer Note zum Entwurf eines Friedensvertrages erleichtern den Westmächten und auch der westdeutschen Regierung, zu einer Politik der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit überzugehen.

Was bedeutet ein solcher Friedensvertrag für das deutsche Volk? Der Friedensvertrag bringt internationale Entspannung und trägt wesentlich zur Sicherung des Friedens in Europa bei. Durch den Friedensvertrag würde die atomare Aufrüstung in Westdeutschland verhindert. Der Friedensvertrag entspricht auch den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands, die sich gegen den Atomtod erklärt und für eine Zone der verminderten Rüstung ausgesprochen hat. Gerade das enthält der Friedensvertrag. Der sowjetische Vorschlag zum Friedensvertrag enthält nur das Verbot solcher Waffen, mit denen Angriffskriege geführt werden können. Er schafft wichtige Voraussetzungen für die friedliche Zukunft Deutschlands.

Der von der Sowjetunion vorgelegte Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland ist nach unserer Ansicht für alle Deutschen — abgesehen vielleicht von der kleinen Zahl unverbesserlicher Eroberungs- und Revanchepolitiker und engstirniger Militaristen — als Grundlage für die Friedenskonferenz annehmbar.

Dieser Entwurf des Friedensvertrages entspricht den Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition und enthält die Schlußfolgerungen aus zwei Weltkriegen, die — vom deutschen Imperialismus entfesselt — ganze Generationen dezimierten und unschätzbare materielle und kulturelle Werte sinnlos vernichteten. Zu den Hauptleidtragenden dieser Eroberungs- und Revanchepolitik seiner herrschenden Kreise gehörte immer das deutsche Volk selbst. Es ist daher ebenso wie die vom deutschen Imperialismus immer wieder überfallenen Länder und Völker daran interessiert, daß jetzt eine solche Friedensregelung getroffen wird, die ein für allemal den deutschen Militaristen und Revanchepolitikern die Möglichkeit nimmt, über andere Länder herzufallen und Europa und die Welt in das Inferno eines dritten Weltkrieges zu stürzen.

Welches sind denn die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung in ganz Deutschland?

Das ist neben der Einstellung der Atomrüstung die Verhinderung jeder Kriegspropaganda, Völker- und Rassenhetze, jeder Revanche- und Eroberungspolitik. Dazu gehören bei aller Anerken-

nung der Rechte des deutschen Volkes auf zu seiner Verteidigung notwendige Streitkräfte gewisse Beschränkungen in der Ausrüstung dieser Streitkräfte mit Angriffswaffen, vor allem das Verbot der Ausrüstung mit Atom- und Raketenwaffen sowie deren Herstellung. Diese den Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition entsprechenden Verbote und Beschränkungen sind — wenn man sie unvoreingenommen betrachtet — Voraussetzungen für eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands, also nationale Forderungen aller friedliebenden Menschen in Deutschland, deren glückliche Zukunft von der Bändigung des deutschen Militarismus abhängt. Die beiden von den herrschenden Kreisen Deutschlands vom Zaune gebrochenen Weltkriege und ihre Folgen haben zur Genüge bewiesen, daß es sich das deutsche Volk nicht leisten kann, noch einmal seinen Verderbern zu folgen, daß es vielmehr kühn einen neuen friedlichen Weg beschreiten muß.

Deutschland muß den Weg des Friedens gehen

Nachdem Deutschland in zwei Weltkriegen versucht hat, durch den Überfall auf andere Länder das Ausbeutungsgebiet des deutschen Großkapitals auszudehnen und zweimal von den friedliebenden Völkern geschlagen wurde, ist es höchste Zeit, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Kein Deutscher darf sich der Illusion hingeben, in der Periode, in der das sozialistische Lager bereits stärker ist als die kapitalistischen Staaten, in einer Periode des Zusammenbruchs des Kolonialismus und des Kampfes der Völker um ihre nationale Unabhängigkeit, in einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Welt könne Deutschland durch Atomdiplomatie oder durch Eroberungskriege seine Position stärken.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist einen neuen Weg, den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gegangen. Die Deutsche Demokratische Republik hat vollständig gebrochen mit allen militaristischen und imperialistischen Überlieferungen.

Es ist verständlich, daß gewisse militärische Kreise in Westdeutschland durch die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik beunruhigt sind. Das nationale Interesse unseres Volkes erfordert, daß Deutschland konsequent den Weg des Friedens geht. Im Frieden und bei Bestehen freundschaftlicher Beziehungen mit den anderen Völkern wird Deutschland erblühen, werden sich dank der Fähigkeiten seiner qualifizierten

Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker die deutsche Wirtschaft und die deutsche Kultur zu hoher Blüte entfalten. Deutschland wird einen geachteten Platz im Kreise der großen Staaten einnehmen. Gewisse großkapitalistische Kreise, die hinter der NATO stehen, wünschen das nicht, und deshalb versuchen sie, die friedliche Lösung der deutschen Frage zu hintertreiben.

Es ist doch absurd, daß Leute in Bonn glauben, sie können in einem Lande inmitten Westeuropas im Zeitalter der Atomwaffen und der Raumschiffahrt ungestraft eine Politik der Atomkriegsdrohung und der Revanche betreiben.

Es ist notwendig, einen neuen Weg zu beschreiten, der den nationalen Interessen unseres Volkes entspricht. Dieser neue Weg ist der Verzicht auf Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitungen, auf Revanchepolitik und Eroberung fremder Gebiete. Damit würden gleichzeitig entscheidende Vorbedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Großmacht, national frei und unabhängig, auf friedlicher und nationaler Grundlage geschaffen werden. Das ist der weitaus bessere Weg, der Weg, den die Lebensinteressen der deutschen Nation erfordern. Der Entwurf eines Friedensvertrages eröffnet dem deutschen Volk die schöne Perspektive einer friedlichen Zukunft.

Es gab schon nach 1918 in Deutschland nicht wenige Kräfte, die die Notwendigkeit eines neuen Weges erkannten und sich für ihn einsetzten. Nicht nur in der Arbeiterklasse, die in ihrer Mehrheit für einen solchen Weg eintrat, obwohl die rechte SPD-Führung ihn ablehnte, sondern sogar in bestimmten Kreisen der deutschen Großbourgeoisie, denen die Niederlage im ersten Weltkrieg bewußt gemacht hatte, daß die Politik von Eroberungen ein für allemal zum Scheitern verurteilt war. Diese Strömungen setzten sich aber nur für eine sehr kurze Zeitspanne durch, die durch die Politik von Rapallo gekennzeichnet war. Dann wurde der alte Weg der Eroberungen und einer Neuaufteilung der Welt mit den bekannten katastrophalen Ergebnissen für das deutsche Volk wieder beschritten.

Westdeutschland am Scheidewege

Und jetzt, 1959, steht das deutsche Volk, steht vor allem Westdeutschland wieder am Scheidewege: hier der neue Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft, dort die Neuauflage des alten Weges in Krieg und Vernichtung. In der heutigen geschichtlichen

Epoche kann Deutschland nur als friedliebendes und fortschrittliches Land existieren und sich weiterentwickeln. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik gehen in unerschütterlicher Einigkeit fest und entschlossen den neuen Weg des Friedens, wobei wir die ganze sozialistische Welt an unserer Seite wissen. Es gibt heute keine Kraft mehr, die die Deutsche Demokratische Republik von diesem ihrem Weg abbringen könnte.

Wir haben die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen und stellen mit Befriedigung fest, daß die Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes, die dem ganzen deutschen Volk eine friedliche und demokratische Entwicklung gewährleisten sollen, bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik längst verwirklicht worden sind.

Zweifellos gibt es heute in Westdeutschland auch außerhalb der Arbeiterklasse Kräfte, die nach dem zweiten Weltkrieg Bilanz gezogen haben und zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen sind wie wir. Diese Kreise erkennen, daß angesichts der bereits erreichten Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems über den untergehenden Imperialismus jede Revanche- und Eroberungspolitik mit Stoßrichtung Osten noch hundertmal wahnwitziger ist als die Hitlersche Katastrophenpolitik und mit Sicherheit zum Selbstmord und zum totalen Untergang auch der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in Westdeutschland führen würde. Das ist vielen Vertretern der westdeutschen Bourgeoisie völlig klar. Aber in Westdeutschland herrschen gegenwärtig noch diejenigen Kräfte, die aus der deutschen Geschichte nichts gelernt, die ihre totale Untauglichkeit zur Vertretung der Interessen der deutschen Nation und ihre totale Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt real einzuschätzen und die Entwicklungstendenzen der Geschichte zu erkennen, schon mehrfach sehr zum Schaden des deutschen Volkes bewiesen haben. Sie sind ebenso brutal, macht- und raubhungrig wie böse beschränkt.

Revanche- und Eroberungspolitik wie bei Hitler

Die unverbesserlichen Militaristen und Revanchepolitiker in Westdeutschland haben abenteuerlich-naive Vorstellungen: Nachdem ihre Pläne schon zweimal gescheitert sind, bilden sie sich ein, mit Hilfe der sogenannten europäischen Integration und gewisser amerikanischer imperialistischer Kräfte als Verbündete ein drittes Mal doch noch zum Erfolg zu kommen. In ihrer Raubgier und ihrem verblendeten Haß gegen die Sowjetunion und die

Deutsche Demokratische Republik wollen sie nicht erkennen, daß heute keinerlei Mächtegruppierung oder militärische Koalition in der Welt mehr denkbar ist, die in der Lage wäre, einen Krieg gegen das sozialistische Lager zu gewinnen, dessen Überlegenheit buchstäblich von Tag zu Tag größer wird. Die heutigen Herren Bonns sind mit Blindheit geschlagen und ihre wahnsinnige Politik der Atomrüstung setzt die physische Existenz der westdeutschen Bevölkerung aufs Spiel. Mit dieser Lage kann sich kein Deutscher abfinden.

Die Frage: friedliche demokratische Zukunft Deutschlands mit Hilfe eines Friedensvertrages oder Marsch in eine neue Katastrophe bei Ablehnung des Friedensvertrages ist für Westdeutschland gleichbedeutend mit der Frage nach Sein oder Nichtsein.

Die herrschenden Kreise in Westdeutschland betreiben seit vielen Jahren eine Politik der Kriegsvorbereitung und der Revanche, die nur wegen des Fehlens einer stabilen Friedensregelung durch einen Friedensvertrag überhaupt möglich war und die gleichzeitig der Vorbereitung eines Friedensvertrages unübersteigbare Hindernisse in den Weg legen sollte. Eine dieser Barrieren gegen den Friedensvertrag ist die systematisch betriebene Revanchepolitik und Remilitarisierung und die dementsprechende aggressive Außenpolitik mit ihrem Gegenstück, der militaristisch-klerikalen Diktatur, für den inneren Gebrauch.

Mit dem Ungeist der Revanche- und Eroberungspolitik wird das ganze öffentliche Leben in der Bundesrepublik systematisch vergiftet. In den Zielen wie in den Methoden ist die allerengste Verwandtschaft mit der Hitlerschen Revanchepolitik unverkennbar. Ebenso wie unter Hitler soll die Bevölkerung Westdeutschlands für neue Kriegsabenteuer reif gemacht werden.

Die alten Hitlerschen Spezialisten der Revanche- und Eroberungsvorbereitungen und einige Nachwuchskräfte, die jetzt ihre Aufträge von Adenauer und Strauß erhalten, geben sich nicht einmal Mühe, neue Methoden zu ersinnen. Was für Hitler zum Beispiel der Ruf nach „Neuordnung Europas“ war, ist für Adenauer die „Europäische Neuordnung“ oder „Europäische Integration“, die zu demselben Ziel der ökonomischen, politischen und später auch militärischen Vorherrschaft Westdeutschlands in Westeuropa führen soll, um damit eine Basis für die weitere Aggression gegen den Osten zu gewinnen.

Wie bei Hitler werden von prominenten Vertretern des Adenauer-Regimes die Eroberungsziele offen zugegeben — „Integrie-

rung Europas bis zum Ural“, „Eroberung der Sudetengebiete“, „Neuordnung Osteuropas“ usw. —, daneben aber gelegentlich durch offizielle Friedensbeteuerungen getarnt, die ebenso wertlos sind wie die Friedensbeteuerungen Hitlers. Die staatlichen Behörden geben ähnlich wie unter Hitler Kartenmaterial und Sprachregelungen heraus, mit deren Hilfe die Bevölkerung an die Eroberungs- und Revancheziele gewöhnt werden soll. Was unter Hitler die Heimattreuen-Verbände und die Organisationen der Auslandsdeutschen waren, sind unter Adenauer die Landsmannschaften, in denen eine „Vertriebenen-Psychologie“ künstlich gezüchtet und aufrechterhalten wird. Für die Bundeswehr wird die Aufstellung besonderer „landsmannschaftlicher Verbände“ betrieben, von denen man besondere Leistungen beim Angriff auf die östlichen Nachbarvölker erwartet. Sogar die in Westdeutschland geborenen Kinder und die westdeutschen Ehegatten ehemaliger Umsiedler werden in der amtlichen Statistik als „Vertriebene“ gezählt. So wächst in Westdeutschland die Zahl der „Vertriebenen“, ohne daß auch nur ein einziger neuer Umsiedler hinzuzukommen braucht. In diesen Verbänden wird genau wie unter Hitler die „Volk-ohne-Raum“-Theorie verbreitet. Den ehemaligen Umsiedlern und ihren Kindern wird eingeredet, sie hätten die Aufgabe, dereinst, „wenn es soweit ist“, den Osten wieder zu kolonisieren, so wie in früheren Jahrhunderten die Kreuzritter. Ebenso wie unter Hitler werden außerhalb der offiziellen Armee in Soldatenverbänden, Traditionsvereinen usw. die Ideen des Revanchismus und der Eroberung gezüchtet. Was unter Hitler und auch schon in den Jahren der Weimarer Republik Stahlhelm, SA usw. waren, sind im Bonner Staat die Soldatenverbände. Sie haben dieselbe Rolle zu spielen. In der Bonner NATO-Armee werden die Soldaten ebenso wie unter Hitler systematisch auf den „Fall Rot“, wie sich der Bonner Kriegsminister Strauß ausdrückte, vorbereitet und der politische Unterricht in den Adenauerschen Kasernen ist vorwiegend auf die Pflege des Eroberungs- und Revanchegedankens ausgerichtet. Bekannt ist die Rolle, die unter Hitler die Osteuropainstitute spielten, die die Aufgabe hatten, sprach- und sachkundige Experten für die Spionagedienste und spätere Besatzungspolitik nach geglückter Aggression vorzubereiten. Dieselbe Rolle spielen heute im Adenauer-Staat die Ostinstitute, die überall wie Pilze aus der Erde schießen und zum großen Teil mit den alten Hitler-Experten besetzt sind. An den Schulen, an den Universitäten wird besonderer Ostunterricht erteilt, der schon die Kinder an den Gedanken

Erklärungen

gewöhnen soll, daß Westdeutschlands Zukunft in einem Angriff gegen die sozialistischen Länder liege.

In den letzten Tagen erlebten wir die Ankündigung einer Neuauflage der berüchtigten Antikomintern, die nach der Bonner Phraseologie als Verein „Rettet die Freiheit“ getarnt wird. In dieser neuen Antikomintern Adenauerscher Prägung finden wir ebenfalls die alten Nazispezialisten. Von dem Judenmörder und Kriegsverbrecher Staatssekretär Dr. Globke bis zum Major Sagner, dem persönlichen Referenten des Kriegsministers Strauß, dem Grafen Henckel von Donnersmarck und dem Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände, Paulssen, ist so ziemlich alles vertreten, was sich schon bisher in der Revanchevorbereitung in der Bundesrepublik hervorgetan hat. Diese Organisation für „psychologische Kampfführung“ beschränkt sich keineswegs auf Verbreitung einer Terroratmosphäre in Westdeutschland gegen alle demokratischen Kräfte und gegen die Deutsche Demokratische Republik, sondern greift bereits über Westdeutschland hinaus. Zu diesem Zweck wurde ein „internationales Komitee“ eingeschaltet, in dem der „Kampf gegen den Kommunismus“ mit der westdeutschen Organisation vereint werden soll. Auf einer Pressebesprechung wiesen führende Mitglieder der neuen Antikomintern darauf hin, daß der „Kampf gegen den Kommunismus“ auch in Afrika geführt werden müsse. Wir sehen also, wohin der Weg geht. Genauso wie Hitlers Antikomintern die unmittelbare Vorbereitung für den Überfall auf andere Länder, einschließlich bürgerlich-demokratischer Länder, war, soll die Adenauersche Antikomintern den Kreuzzug gegen die sozialistischen Länder und gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien vorbereiten.

Ein Friedensvertrag würde diesem unheilvollen Treiben ein Ende setzen. Gerade deshalb treten die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland erbittert gegen jede konstruktive Friedensregelung und gegen den Friedensvertrag auf.

Verhängnisvolle Auswirkungen der Pariser Verträge

Ein weiteres Hindernis, das die herrschenden Kreise Westdeutschlands gegen die Vorbereitung eines Friedensvertrages und gegen die friedliche Zukunft Deutschlands errichtet haben, sind die Pariser Verträge vom Mai 1952. In ihnen hat die Adenauer-Regierung bewußt das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verkauft, um dafür die Genehmigung zur

Aufrüstung und Vorbereitung eines Eroberungs- und Revanchekrieges einzuhandeln. In diesen Verträgen wurde vom westdeutschen Staat den USA, England und Frankreich zugestanden, in allen Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung, das entscheidende Wort zu sprechen. Bonn verzichtete also in diesen Verträgen auf eine eigene Wiedervereinigungspolitik. Es verkaufte Westdeutschland als Aggressionsbasis und Militärstützpunkt an die USA und die anderen Westmächte und gab den westlichen Militärs das Recht, willkürlich „den Notstand zu erklären und damit alle Regierungs- und Verwaltungsfunktionen zu übernehmen“, wenn in Westdeutschland „eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ eintritt oder ernstlich droht. Wenn also das Adenauer-Regime sich von der westdeutschen Bevölkerung bedroht fühlt, können die Westmächte auf Grund der Pariser Verträge Truppen gegen die westdeutsche Bevölkerung aufmarschieren lassen. Kein Regierungschef eines beliebigen Landes ist berechtigt, in solch unerhörter Weise die nationale Souveränität preiszugeben. Millionen westdeutscher Bürger sind gegen diese Verträge aufgetreten. Die Volksabstimmung aber, das Recht auf nationale Selbstbestimmung, wurden verweigert, um in Westdeutschland eine nationale Politik unmöglich zu machen. Unter diesen Umständen kann der Bonner Staat wohl kaum als souveräner deutscher Staat angesehen werden. Es ist vielmehr der Staat der westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker, die ihre „Europäische Integration“ betreiben, um das deutsche Volk noch einmal gegen den Osten hetzen zu können.

Der Plan „Outline“ ist die logische Fortsetzung dieser antinationalen Politik der Bonner Regierung, die gegen die Sicherung des Friedens und gegen die Wiedervereinigung gerichtet ist.

Niemand kann sagen, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands sich etwa der Konsequenzen ihres Vorgehens nicht bewußt wären. Nach einer von Adenauer niemals dementierten Feststellung erklärte er im Zusammenhang mit dem Eintritt Westdeutschlands in die NATO zu dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Mendès-France:

„Sie verlieren nichts, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch wir sind bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können. Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines Vaterlandes vorzieht.“

Erklärungen

Diese Worte entlarven noch einmal den antinationalen und anti-deutschen Charakter der Politik Bonns und seiner „Europäischen Integration“. Mit Hilfe dieser „Europäischen Integration“ wollen die Bonner Militaristen nicht nur die westdeutsche Bevölkerung, sondern auch die Franzosen und Belgier, die Italiener und Holländer und die Angehörigen anderer Völker in ihren geplanten Revanchekrieg hineinreißen.

Westdeutsche Monopole rechnen so fest mit dem „Kreuzzug gen Osten“, daß sie sogar in ihren Geschäftsberichten und Bilanzen Betriebe nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Sowjetunion und anderen Ländern als „Ostbesitz“ führen, der nur „zur Zeit noch nicht verfügbar“ sei. Diese Herrschaften, denen das Streben nach Profit und Ausplünderung des eigenen Volkes und fremder Völker höher steht als irgendein nationales Interesse, sind die Drahtzieher, die meist hinter den Kulissen wirken.

Bei dieser Sachlage muß es jedem Deutschen einleuchten, daß der Austritt Westdeutschlands aus der NATO, die Beseitigung der Pariser Verträge und die Wiederherstellung der souveränen Rechte der Bevölkerung Westdeutschlands eine unabdingbare Voraussetzung für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage sind. Nur so können die Hindernisse beseitigt werden, die in jahrelanger systematischer Tätigkeit von der Adenauer-Regierung gegen Frieden und Friedensvertrag, gegen Verständigung und Wiedervereinigung aufgerichtet worden sind. Wenn jetzt die Bonner Regierung und die Westmächte behaupten, sie würden durch die Noten der Sowjetregierung vor vollendete Tatsachen gestellt, so ist es doch eine Verdrehung der Tatsachen. Von der Schaffung der westdeutschen Separatwährung an bis zum Beschluß über die Atomrüstung Westdeutschlands wurden das deutsche Volk, die Sowjetunion und alle friedliebenden Völker von den herrschenden Kreisen der USA, Großbritanniens und Westdeutschlands ständig vor vollendete Tatsachen gestellt, vor Tatsachen, die nun in die Sackgasse geführt haben.

Die Grundzüge des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes

Weil der Entwurf des Friedensvertrages in dieser Situation, wo die Politik der Bonner Regierung in die Sackgasse gekommen ist, den Ausweg zeigt, deshalb ist er eine große Hilfe für die Lösung unserer nationalen Frage. Der Entwurf sieht das Ausscheiden

Westdeutschlands aus der NATO vor und bringt auch die entwürdigenden antinationalen Bestimmungen der Pariser Verträge zu Fall. Damit würde der Bonner Staat seine Souveränität erlangen, was die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtert.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages schalten jede ausländische Einmischung aus, wie sie gegenwärtig durch die NATO, die Montanunion, die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft und das Besatzungsstatut von Westberlin ermöglicht wird.

Die Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zeigt sich auch in dem Vorschlag, daß die Vertragsstaaten ihre Beziehungen mit dem deutschen Volk auf die Grundlage der Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs und der Gleichberechtigung stellen. Damit wird das deutsche Volk in der Lage sein, unbeeinflußt von der Bevormundung durch die Westmächte und ihre Okkupationstruppen die Frage der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands friedlich und demokratisch zu lösen und sich eine friedliche und glückliche Zukunft aufzubauen.

Das wird unterstrichen durch die Verpflichtung aller Vertragsstaaten, das Recht des deutschen Volkes auf die Wiederherstellung der Einheit seines Landes anzuerkennen. Zum Unterschied vom Versailler Diktat, das die souveränen Rechte Deutschlands aufhob und die wirtschaftliche Versklavung des deutschen Volkes für viele Jahrzehnte vorsah, aber das Wiederentstehen des deutschen Militarismus, seiner Eroberungs- und Revanchepolitik förderte, gewährleistet der Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland die souveränen Rechte des deutschen Volkes und kennt keine Beschränkung gegenüber Deutschland außer in bezug auf den Revanchismus und Militarismus.

Das im Entwurf des Friedensvertrages vorgesehene Verbot von Atomwaffen bedeutet die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die schon heute von der Mehrheit aller Deutschen in Ost und West befürwortet wird. Die Bestimmungen gegen Revanchepolitik und Rassenhaß ermöglichen eine friedliche Zukunft des deutschen Volkes.

Die „Gefahr“ eines friedliebenden und neutralen Deutschlands

Der amerikanische Außenminister Dulles hat den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland mit der Begründung abgelehnt, ein Deutschland, das nicht der NATO angehört, wäre

isoliert und eine Gefahr für seine Umwelt. Das ist ein sehr merkwürdiges Argument. Ein kriegslüsternes Westdeutschland im Rahmen der aggressiven NATO ist nach Herrn Dulles keine Gefahr für die Nachbarn Deutschlands, dagegen ein friedliebendes Deutschland, das auf Eroberungspolitik und Revanche verzichtet, und das seine ganze Kraft für den Aufbau eines glücklichen Lebens des ganzen Volkes einsetzt. Von welcher Isolierung spricht eigentlich Herr Dulles? Natürlich würden nach Abschluß eines Friedensvertrages die militaristischen und revanchistischen Politiker isoliert dastehen. Aber ein friedliebender neutraler Staat ist in der Welt niemals isoliert, sondern höchst geachtet und geschätzt.

Kann man etwa davon sprechen, daß Indien isoliert ist? Kann man etwa davon sprechen, daß Schweden oder Österreich isoliert sind, weil sie nicht der NATO angehören? Eine solche Isolierung vom Krieg ermöglicht gerade ein Höchstmaß an freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Völkern. Eben das ist es, was wir für das ganze deutsche Volk erreichen wollen.

Wie sich gewisse Kreise der USA einen Friedensvertrag vorstellen, geht aus ihrem Vertrag mit Japan hervor, das zu einem ausgesprochenen Diktatfrieden gezwungen wurde. Ohne Rücksicht auf die friedlichen Interessen der asiatischen Völker, insbesondere auf die Interessen des japanischen Volkes und auch auf die Interessen des chinesischen Volkes als dem Hauptleidtragenden der japanischen Aggression, diktierten die USA Japan in San Franzisko einen „Frieden“, der das Land zum Militärstützpunkt amerikanischer Truppen machte und Japan sogar entgegen den Bestimmungen seiner Verfassung zur Wiederausrüstung zwang.

Genauso wie das Versailler Diktat, zeigte auch das Friedensdiktat von San Franzisko, daß es hier nicht um Sicherung des Friedens und der friedlichen Entwicklung eines besiegten Volkes ging, sondern um die Erlangung militärischer Stützpunkte und die Schaffung günstiger Positionen für künftige Kriege. So etwas wollen wir in Deutschland nicht haben. Das widerspräche den nationalen Lebensinteressen der deutschen Nation und gefährdet seine nationale Existenz.

Weitere Vorteile des Friedensvertragsentwurfes

Der Entwurf des Friedensvertrages sieht für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands keinerlei Beschränkungen vor. Der

Friedensvertrag bringt sogar eine außerordentlich starke Erleichterung für die westdeutsche Bevölkerung, da das wahnwitzige Aufrüstungsprogramm Bonns, das jährlich über 11 Milliarden D-Mark verschlingt, in Fortfall kommt. Für die zur Verteidigung notwendigen Kräfte braucht nur ein Bruchteil dieser Summe ausgegeben zu werden. Auch die Eingriffe der Montanunion und der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in die deutsche Wirtschaft kommen in Fortfall. Westdeutschland kann dann nicht mehr gezwungen werden, in Zeiten der Kohlenkrise in ungeheuren Mengen amerikanische Kohle zu beziehen und in Zeiten der Hochkonjunktur, wenn die westdeutsche Wirtschaft selbst dringend die Kohle benötigt, in großen Mengen exportieren zu müssen. Es gibt dann auch einen freien wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Staaten in Europa und keine Vorherrschaft des deutschen Imperialismus. Die Handelsbeziehungen zu den Ländern des sozialistischen Lagers können sich ohne Beschränkung durch NATO-Bestimmungen und amerikanisches Embargo frei entwickeln und werden der westdeutschen Wirtschaft außerordentlich große Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Gerade auch die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages gewährleisten die Zusammenarbeit mit allen Staaten auf der Grundlage der vollen Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens.

Die innenpolitischen Auswirkungen des Friedensvertrages auf Grund des Entwurfs der Sowjetunion entsprechen ebenfalls den friedlichen und demokratischen Interessen des ganzen deutschen Volkes. Die ausländischen Einflüsse auf Staat und Wirtschaft fallen fort. Die westdeutschen Bauern brauchen weder einen „Grünen Plan“ noch Landbeschlagnahmen durch die unersättliche NATO für Flugplätze, Truppenübungsplätze, Abschussrampen für Raketen usw. zu befürchten. Große Mittel werden für Universitäten, Schulwesen, Wissenschaft und Forschung verfügbar. Die Kriegspropaganda — auch durch Presse, Rundfunk und Fernsehen —, Mordpropaganda, Revanchepolitik, Menschenhandel zugunsten der Fremdenlegion und auch die Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik werden endlich eingestellt. Die militärischen Traditionsverbände, z. B. die der SS und andere, werden aufgelöst. Das friedliche Leben der Bevölkerung wird nicht mehr durch ausländische Spionage- und Diversionsorganisationen gestört. In Durchführung des Friedensvertrages wird das innenpolitische Gewicht des Militarismus

beschränkt, und er wird allmählich von der Bildfläche verschwinden. Alle demokratischen Parteien und Organisationen, insbesondere auch die Kommunistische Partei Deutschlands als friedliebende und fortschrittliche Partei, die in Verbindung mit der systematischen Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens verboten wurden, erhalten wieder Betätigungsfreiheit. Das bedeutet, daß diejenigen Kräfte in Westdeutschland, die für Frieden und Verständigung der beiden deutschen Staaten eintreten, die die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands anstreben, von Unterdrückung und Behinderung befreit werden. Die Bändigung des Militarismus und die Demokratisierung des innenpolitischen Lebens wird auch die Demokratisierung in den westdeutschen Parteien begünstigen. Die Gewissensfreiheit wird dann in Westdeutschland endlich auch den Bürgern gesichert sein, die nicht an den politischen Klerikalismus gebunden sind.

Der Entwurf des Friedensvertrages nimmt nicht Stellung zu den gesellschaftlichen Systemen, die in Deutschland bestehen. Der Friedensvertrag ändert also nichts an der Existenz und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Er ändert aber auch nichts an der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland. Er ist also für Sozialisten wie für Kapitalisten annehmbar. Die Tatsache, daß im Entwurf die einschränkenden Bestimmungen gegenüber den Monopolen fehlen, die im Potsdamer Abkommen enthalten sind, darf jedoch nicht als Freibrief für die Monopole aufgefaßt werden. Es wird lediglich klargestellt, daß die Beseitigung der Vormachtstellung der Monopole Sache des deutschen Volkes selbst ist. Das deutsche Volk wird auch diese Angelegenheit zu regeln wissen.

Friedensvertrag für Wiedervereinigung von größter Bedeutung

Der Friedensvertrag, der, wie wir gesehen haben, wesentliche Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Wege schafft, würde eine Verständigung der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung auf dem Wege über ihre Konföderation beträchtlich erleichtern.

Die Tatsache gemeinsamer Rechte und Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und die Notwendigkeit, in Fragen der nationalen Politik einen gemeinsamen Nenner zu finden, wäre sogar eine Klammer, die Deutschland zusammenhält und die weitere

Entfremdung der beiden deutschen Staaten verhindert. Der Friedensvertrag wäre daher auch für die Frage der Wiedervereinigung von größter Bedeutung.

Adenauer gegen Friedensvertrag und Konföderation

Herr Adenauer sah sich veranlaßt, zu den Vorschlägen über die Bildung einer deutschen Konföderation, die ich auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED begründet habe, Stellung zu nehmen. Herrn Adenauer gefällt nicht der Vorschlag der Bildung eines hundertköpfigen, paritätisch zusammengesetzten Rates der Konföderation. Ich denke, jeder, der es mit der Wiedervereinigung ernst meint, muß doch dafür sein, daß ein deutsches Organ geschaffen wird, in dem sich die Vertreter beider deutscher Staaten näherkommen und Schritt für Schritt die Annäherung, die Zusammenarbeit und am Ende die Wiedervereinigung zustande bringen. Herr Adenauer ist für einen ständigen Ausschuß der vier Großmächte. Ist es nicht näherliegend, einen ständigen Rat der deutschen Konföderation zu bilden? Schließlich ist die Wiedervereinigung Deutschlands doch Sache des deutschen Volkes selbst. Herr Adenauer beklagt sich darüber, daß ich als Hauptaufgabe dieses Rates die Herbeiführung eines Friedensvertrages sowie eine umfassende Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland vorgeschlagen habe. Ich glaube, es entspricht der Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes, wenn ich sage:

Je früher ein deutscher Friedensvertrag zustande kommt, um so besser. Ohne deutschen Friedensvertrag, ohne die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und einer Zone der verminderten Rüstung und ohne den Abzug der ausländischen Truppen ist doch eine Wiedervereinigung nicht denkbar.

Herr Adenauer lehnt sowohl den Friedensvertrag wie den realen Weg zur Wiedervereinigung ab mit der Begründung, daß das Schwergewicht auf internationale Vereinbarungen über Abrüstung und Sicherheit gelegt werden müsse. Für solche internationalen Vereinbarungen muß aber doch eine Grundlage geschaffen werden, indem dort, wo die Gefahr der Kriegsprovokation am größten ist, unmittelbar die Einstellung der Atomrüstung und der Aufrüstung beginnen muß. Das ist in Westberlin und in Westdeutschland. Wenn die Bonner Regierung wirklich für eine internationale Vereinbarung wäre, dann könnte sie doch die Einberufung einer Konferenz über einen Friedensvertrag

Erklärungen

unterstützen und dort ihre Vorschläge unterbreiten. Die Methode, die friedliche Lösung der deutschen Frage auf internationale Verhandlungen auf unbestimmte Zeit abzuschieben, um dann zu diesen internationalen Verhandlungen mit solchen Vorschlägen zu kommen, wie sie in „Outline“ enthalten sind, das heißt doch, die Interessen der Militaristen Westdeutschlands über die nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes zu stellen. „Wiedervereinigung in Freiheit“, das erfordert doch in erster Linie die Schaffung eines Friedensvertrages und einer atomwaffenfreien Zone. Wenn sich Herr Adenauer darüber beklagt, daß wir eine umfassende Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland vorschlagen, so beweist er damit, daß er die „Wiedervereinigung in Freiheit“ fürchtet. Die Bonner Regierung kann es doch nicht etwa als Ausdruck „westlicher Freiheit“ bezeichnen, daß in Westdeutschland die Kommunistische Partei, die Freie Deutsche Jugend, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, der Demokratische Frauenbund Deutschlands und zahlreiche andere demokratische Organisationen verboten wurden, nur weil sie den Kampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland führten. Fühlt sich die Adenauer-Regierung so schwach, daß sie demokratische Freiheiten in Westdeutschland nicht ertragen kann?

Was erfordert die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes?

Klar und eindeutig erklären wir, daß die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes erfordert:

Befreiung der westdeutschen Bevölkerung vom Druck der atomaren Aufrüstung,

Befreiung Westdeutschlands vom Druck des Militarismus,

Befreiung Westdeutschlands von der Abhängigkeit von der NATO.

Diese Befreiung Westdeutschlands kann auf friedliche Weise erfolgen durch den Abschluß eines Friedensvertrages.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beabsichtigt, zu gegebener Zeit einen ausführlichen Entwurf für die Bildung einer deutschen Konföderation vorzulegen. Die Prinzipien, auf denen dieser Entwurf beruhen soll, habe ich auf der 4. Tagung des ZK der SED eingehend dargelegt, und sie wurden zur Diskussion gestellt. Jeder Deutsche versteht, daß es eine friedliche Lösung der deutschen Frage nur gibt, wenn sich alle friedliebenden Deutschen Gedanken darüber machen, welche

Schritte in der Übergangsperiode zur Wiedervereinigung notwendig sind, um die Einheit Deutschlands zu erreichen. Darüber wird es viele Diskussionen geben. Wenn dabei der Wille zur Verständigung vorhanden ist, wird die große Aussprache über die Bildung einer deutschen Konföderation zur Annäherung der Standpunkte und zur Schaffung eines Rates der Konföderation führen.

Wir meinen, daß in allen Parteien und Organisationen eine große Aussprache über diesen Vorschlag durchgeführt werden sollte, da die Bildung einer Konföderation unter den gegenwärtigen Verhältnissen der einzig reale Weg zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes ist.

Demagogie Bonns in der Grenzfrage

Noch ein Wort zu den Grenzen:

Die Frage der Grenzen wird von den herrschenden Kreisen Westdeutschlands in skrupelloser Weise für ihre Neuauflage der Hitlerschen Revanche- und Expansionspolitik mißbraucht. Es muß ganz eindeutig klargestellt werden: Die Grenzen Deutschlands, wie sie jetzt schon seit 14 Jahren bestehen, sind ein unmittelbares Ergebnis der Aggressivität und Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus. Diese Grenzen wurden von den drei Großmächten als Folge der imperialistischen Aggression Hitler-Deutschlands festgelegt. Hitler und die deutschen Imperialisten haben die alten Grenzen durch ihr Kriegsabenteuer verspielt. An den neuen Grenzen läßt sich nicht einmal durch Krieg etwas ändern. Deshalb entspricht es den friedlichen Interessen des deutschen Volkes, sich mit der Oder-Neiße-Grenze abzufinden. Die USA und Großbritannien haben diese neuen Grenzen selbst mit ausgearbeitet und sich auch öffentlich dafür erklärt. Sie haben die Umsiedlung der Deutschen aus den in Frage kommenden Gebieten beschlossen und mitorganisiert. Erst als in Polen und in der Tschechoslowakei der Aufbau des Sozialismus begann und keine Aussicht mehr bestand, diese Länder in den Bereich der westlichen imperialistischen Herrschaft einzugliedern, haben sie zeitweise die westdeutschen Revanchisten und Eroberungspolitiker unterstützt. Niemand kann annehmen, daß sich die Bevölkerung der USA, Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands für die Revanchepolitiker in Bonn, für die deutschen Militäristen in einen Krieg zur Änderung der seit 14 Jahren bestehenden Grenzen hineinziehen lassen wird. Selbst die westdeutsche

bürgerliche Presse muß heute zugeben, daß ein etwaiger Friedensvertragsentwurf, ausgearbeitet von den USA und anderen Westmächten, in der Frage der Grenzen wie auch in der Frage der Beschränkung der Bewaffnung Deutschlands — sich von dem Vorschlag der Sowjetunion kaum unterscheiden würde.

Es ist verbrecherische Demagogie des Bonner Regimes, einerseits mittels der Grenzfrage chauvinistische Gefühle und Revanchegedanken zu züchten und andererseits mit der Tschechoslowakei, Polen und Rumänien Verträge abzuschließen, die die Umsiedlung der dort noch befindlichen Bürger deutscher Nationalität aus diesen Ländern nach Deutschland organisieren.

Die ehemaligen Verbündeten Deutschlands haben längst ihre Friedensverträge

Das deutsche Volk hat 14 Jahre nach Abschluß des Krieges noch keinen Friedensvertrag. Mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands, mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland wurden die Friedensverträge vor fast genau 12 Jahren, im Februar 1947, in Paris unterzeichnet. Es ging auch damals um die Festlegung eines demokratischen Friedens, der das Wiederaufleben des Faschismus verhindern und den Völkern eine demokratische friedliche Entwicklung sichern sollte. Auch in diesen Verträgen wurden zum Teil schmerzhafteste territoriale Änderungen und auch Beschränkungen in der militärischen Ausrüstung festgelegt. In diesen Friedensverträgen gibt es Bestimmungen über Reparationszahlungen, die in dem Friedensvertrag mit Deutschland keine Rolle mehr spielen. Alle diese Länder gewannen schon vor 12 Jahren den Frieden, Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und das Recht auf gleichberechtigte Teilnahme am internationalen Leben.

Mit Österreich dauerte es etwas länger. Aber auch Österreich hat jetzt schon seit 4 Jahren seinen „Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“. Auch für Österreich wurden Beschränkungen in der militärischen Ausrüstung, Maßnahmen gegen faschistische Umtriebe und Sicherungen gegen Annexionsbestrebungen der deutschen Imperialisten festgelegt, die jetzt auch im Friedensvertragsentwurf für Deutschland enthalten sind. Österreich gab die Verpflichtung zur Bündnisfreiheit ab und orientierte sich auf gute freundschaftliche Beziehungen mit den sozialistischen wie kapitalistischen Ländern. Gerade das Beispiel Österreich zeigt, wie vorteil-

haft es sich für ein Volk auswirkt, wenn es auf Teilnahme an aggressiven Militärbündnissen gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder verzichtet. Alle die genannten Verträge mit den ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands beruhen auf denselben demokratischen Prinzipien wie der Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland. Alle diese Länder entscheiden seit 12 Jahren in voller Souveränität über ihr eigenes Schicksal und spielen eine geachtete Rolle im internationalen Leben.

Die Verweigerung des Friedensvertrages mit Deutschland durch die USA und Bonn ist eine unerträgliche Diskriminierung des deutschen Volkes, die nicht länger hingenommen werden kann.

Wir zweifeln nicht daran, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes in Ost und West mit uns einig ist, daß jetzt, 14 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, endlich der Schlußstrich gezogen werden muß.

Niemandem ist es jetzt, 14 Jahre nach Beendigung des Krieges, erlaubt, um die Einberufung einer Friedenskonferenz herumzureden. Wer nicht für eine Friedenskonferenz ist, der ist nicht für die Sicherung des Friedens. Niemand kann sich seiner nationalen Mitverantwortung entziehen und um eine Stellungnahme herumdrücken. Wer in Westdeutschland gegen die Atomaufrüstung Stellung genommen hat, möge auch entschieden ja sagen, wenn es darum geht, nunmehr mit Hilfe des Friedensvertrages die Atomrüstung zu beseitigen und eine Zone der verminderten Rüstung zu schaffen.

*Deutsche Demokratische Republik zu gemeinsamen
Verhandlungen bereit*

Es wurde an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Frage gerichtet, ob sie bereit ist, mit der Adenauer-Regierung Beratungen über die Vorbereitung einer Friedenskonferenz und über einen Friedensvertrag zu führen. Ich möchte darauf antworten:

Wir waren und sind zu solchen Verhandlungen bereit. Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Bemühungen um eine Verständigung fortsetzen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtet hiermit ausdrücklich an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik das Angebot, in gemeinsame Beratungen über die Vorbereitung einer Friedenskonferenz und über den Entwurf eines Friedensvertrages einzutreten.

Erklärungen

Eine Verständigung auch nur in einigen grundlegenden Fragen der nationalen Politik würde es außerordentlich erleichtern, eine Friedensregelung zu finden, den Schlüsselstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen und dem ganzen deutschen Volk den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft zu ebnen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist auch bereit, mit Vertretern der Parteien und demokratischen Massenorganisationen Westdeutschlands, insbesondere auch der Gewerkschaften, über die Frage der Friedenskonferenz, des Friedensvertrages und der deutschen Konföderation zu beraten. Wenn der Wunsch nach solchen Verhandlungen besteht, werden Mitglieder der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dazu zur Verfügung stehen.

Wir brauchen endlich in ganz Deutschland eine deutsche Politik! Die Stellungnahme zum Entwurf des Friedensvertrages und zur Vorbereitung der Friedenskonferenz ist in der Tat zum Prüfstein für jeden Deutschen geworden. Hier erweist sich, wer für eine deutsche Politik im Interesse der glücklichen und friedlichen Zukunft des deutschen Volkes eintritt und wer sich mit der Ablehnung des Friedensvertrages an der antideutschen NATO-Politik der Bonner Totengräber des Friedens und der deutschen Einheit mitschuldig macht. Dem deutschen Volk wird durch den Friedensvertrag nichts genommen, aber eine große friedliche Zukunft eröffnet.

Wir sagen den westdeutschen Arbeitern, den Bauern, der Intelligenz und dem Mittelstand und auch den nationalgesinnten Kreisen der westdeutschen Bourgeoisie:

Seid ihr für die friedliche Zukunft Deutschlands, dann entscheidet euch für den Friedensvertrag und für die deutsche Konföderation.

Westberlin-Frage wird gelöst werden

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Frage Westberlin. Westberlin ist der gefährlichste Provokationsherd in Europa. Es ist notwendig, die Westberliner Frage unabhängig von den Fragen des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen. Und diese Frage wird auch gelöst werden. Das in Westberlin bestehende Besatzungsstatut ist durch keinerlei internationale Verträge begründet und rechtswidrig. In Westberlin wird mit Hilfe der Besatzungsmächte die Durchführung der demokratischen Beschlüsse, die auf der gemeinsamen Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sind, verhindert.

Wir sind — wie ich bereits vor einigen Tagen sagte — bereit, uns über den Status Westberlins als einer Freien Stadt zu verständigen und werden diesen Status unsererseits selbstverständlich respektieren. Wir sind bereit, die Verbindungen Westberlins sowohl nach Osten als auch nach Westen zu sichern und zu diesem Zweck auf der Grundlage eines entsprechenden Abkommens die Möglichkeit der ungehinderten Benutzung der Eisenbahnlinien, der Autostraßen und der Wasserstraßen der Deutschen Demokratischen Republik zu sichern. Wir sind ebenso bereit, auf der Grundlage eines Abkommens Westberlin als Freier Stadt die Möglichkeit der Herstellung von Flugverbindungen mit anderen Ländern zu gewähren.

Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik wurden bisher schon verschiedene Vorschläge zur Wiederherstellung und Entwicklung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin gemacht. Die von den Westberliner Behörden und von der Regierung Adenauer betriebene Politik hat nun dazu geführt, daß sich Westberlin nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich immer mehr von der Deutschen Demokratischen Republik isolierte, in deren Zentrum es sich befindet. Diese Selbstisolierung ist natürlich keinesfalls normal und zieht schließlich für Westberlin selbst schwere Folgen nach sich. Einige westdeutsche Kreuzritter haben nun die Losung ausgegeben „Macht das Tor auf“. Diese Aufforderung müssen sie jedoch an die Bonner Regierung richten, denn das Tor ist doch durch die westdeutsche Atomrüstung verbaut. Machen sie mit der Atomrüstung in Westdeutschland und mit der Aufrüstung ein Ende, dann ist das Tor zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten weit offen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im Falle der Umwandlung Westberlins zu einer Freien Stadt alles in ihren Kräften Stehende tun, um die erforderlichen Voraussetzungen für eine normale wirtschaftliche Entwicklung Westberlins zu schaffen. Wir sind bereit, dazu beizutragen, daß die Westberliner Betriebe mit den notwendigen Aufträgen versorgt werden. Außerdem könnten unsere Betriebe in Kooperation mit Westberliner Betrieben Aufträge für andere Staaten ausführen, wie das bereits in einigen Fällen geschieht. Wir könnten ferner in unserer Industrie eine bedeutende Zahl von Arbeitsplätzen für Westberliner Werktätige bereitstellen.

Die Sowjetregierung hat bekanntlich ihre Absicht bekundet, die von ihr gegenwärtig noch ausgeübten Rechte, die sich aus den

Erklärungen

Vier-Mächte-Vereinbarungen über Berlin ergeben, an die zuständigen Behörden der Deutschen Demokratischen Republik zu übertragen. Es handelt sich in diesem Falle um die Übertragung solcher von der Sowjetunion ausgeübter Funktionen wie die Kontrolle über den Verkehr des Personals und der Güter der in Westberlin stationierten militärischen Garnisonen der drei Westmächte durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Alle ehrlichen Deutschen können diesen Schritt der Sowjetregierung nur begrüßen, da er ja zum Ziel hat, die Reste des Besatzungsregimes in Westberlin endgültig zu liquidieren und die souveränen Rechte des deutschen Volkes in vollem Umfang herzustellen. Wir sind unsererseits bereit, die genannten Funktionen zu übernehmen und bereiten uns darauf vor. Dabei weisen wir auf das energischste die Behauptung der feindlichen Propaganda zurück, daß die Übertragung dieser Funktionen an die Organe der Deutschen Demokratischen Republik zu irgendeiner Blockade Westberlins führen werde. Bekanntlich kontrollieren die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik schon seit langem den über die Grenzstellen der Republik gehenden Personen- und auch Güterverkehr der anderen Staaten, darunter den Verkehr der USA, Englands und Frankreichs, und das hat bisher noch zu keinerlei Komplikationen geführt. Es ist völlig klar, daß auch die Übertragung der Kontrollfunktionen über den Personen- und Güterverkehr der Militärgarnisonen der drei Mächte an die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik in keiner Weise die Situation verschärfen kann, unter der Voraussetzung natürlich, daß die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik in gebührender Weise respektieren werden.

Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt einmütig dem Friedensvertragsentwurf zu

Abgeordnete der Volkskammer!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgelegten Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland eingehend geprüft. Aus den hier dargelegten Gründen begrüßt die Regierung den Vertragsentwurf und stimmt ihm grundsätzlich zu. Sie ist bereit, an der vorgeschlagenen Friedenskonferenz und an etwaigen vorhergehenden Beratungen mit den

vier Mächten teilzunehmen, damit so schnell wie möglich der Abschluß eines Friedensvertrages erreicht wird.

Auch in der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Friedensvertragsentwurf überall Gegenstand eines leidenschaftlichen Interesses und einer breiten und fruchtbaren Aussprache. Diese Aussprache wird fortgeführt. Wir freuen uns aber, schon heute feststellen zu können, daß überall in diesen Aussprachen die große nationale Bedeutung des Friedensvertrages für die friedliche und glückliche Zukunft unseres Volkes klar erkannt wird. Aus zahllosen Erklärungen und Kundgebungen geht schon jetzt hervor, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Einmütigkeit dem Entwurf grundsätzlich zustimmen und entschlossen sind, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um den Friedensvertrag Wirklichkeit werden zu lassen und ihn zu einem mächtigen Hebel für die Lösung der nationalen Frage unseres Volkes zu machen. Wir wenden uns von dieser Stelle aus auch an die Bevölkerung Westdeutschlands mit der Aufforderung, an dieser Aussprache der ganzen Nation über den Friedensvertrag und die friedliche glückliche Zukunft des deutschen Volkes teilzunehmen.

Indem die Deutsche Demokratische Republik sich für eine Friedenskonferenz und den Abschluß eines Friedensvertrages einsetzt, vertritt sie auch die ureigensten Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken brüderlichen Dank für den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland ausgesprochen und die Einberufung einer Friedenskonferenz begrüßt. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik bittet die Volkskammer, diese Politik zu bestätigen.

(Neues Deutschland, Berlin 22. 1. 59)

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Frage eines Friedens- vertrages mit Deutschland

Die Mitglieder der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen die Note der Sowjetregierung vom 10. Januar 1959 und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland. Alle Fraktionen der Parteien und Massenorganisationen, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusam-

menarbeiten, billigen voll und ganz die vom Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, abgegebene Regierungserklärung.

In geschichtlich entscheidungsvoller Stunde wendet sich die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an alle Deutschen in Ost und West. Fast 14 Jahre sind seit dem Tag vergangen, an dem der Kanonendonner des zweiten Weltkrieges endlich verstummte. Total war der Krieg, den die deutschen Imperialisten unter Mißachtung der nationalen Interessen des deutschen Volkes geführt hatten. Deutschland blutete aus vielen Wunden. Millionen Menschen hatten ihr Leben verloren. Städte und Fabriken lagen in Trümmern. Schwere Schuld lastete auf unserem Volk, weil es nicht rechtzeitig auf jene gehört hatte, die es vor den Militaristen, vor ihrer verbrecherischen Politik gewarnt hatten. Und dennoch atmete das deutsche Volk befreit auf. Das grausame Joch, in das die Militaristen und Faschisten es gezwungen hatten, war zerbrochen.

Das Potsdamer Abkommen gab dem deutschen Volk die Hoffnung auf einen gerechten, demokratischen Friedensvertrag und die Wiederaufnahme in die Familie der Völker als gleichberechtigtes Mitglied. Dieses Ziel vor Augen, ging das deutsche Volk an seine Arbeit, fest entschlossen, sich ein besseres, ein friedliches, demokratisches Deutschland aufzubauen.

Nun sind fast 14 Jahre vergangen, doch Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag.

Die revanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik haben sich diesen Umstand zunütze gemacht und sich an die Macht gespielt. Blind für die radikale Veränderung des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des sozialistischen Lagers, hängen sie unentwegt an dem gemeingefährlichen Traum, mit Unterstützung der reaktionären Kräfte der Vereinigten Staaten das Rad der Geschichte zurückdrehen und Deutschland auf Kosten Osteuropas in das alte imperialistische Reich zurückverwandeln zu können. Zu diesem Zweck haben sie die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge an die aggressive Politik der NATO gekettet und sind im Begriff, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Damit drängen sie Deutschland zum drittenmal auf den Weg imperialistischer Abenteuer und beschwören eine tödliche Gefahr über unser Land, über Europa und die ganze Welt herauf. Mit dieser Politik verhindern sie aber auch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Friedensvertrag, für den die Regierung der Sowjetunion jetzt den Entwurf vorgelegt hat, bannt diese Gefahr und bahnt den Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt deshalb die neue Initiative der Sowjetunion. Sie ist dabei überzeugt, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, dessen nationalen Belangen der Vorschlag voll und ganz Rechnung trägt.

Der Abschluß eines Friedensvertrages, wie ihn der Entwurf der Sowjetunion vorsieht, eröffnet dem deutschen Volk die Perspektive einer gesicherten, friedlichen Zukunft als geachtetes Mitglied der Familie der Völker. Er führt im Herzen Europas zu einer weitgehenden Entspannung und bietet eine feste Garantie für die Sicherheit in Europa.

Der Friedensvertrag macht ganz Deutschland frei von Kernwaffen und befreit das deutsche Volk von dem Alpdruck, in das Chaos eines Atomkrieges gestürzt zu werden.

Der Friedensvertrag bringt den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland, den Abbau aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden und die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Der Friedensvertrag gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, seine Souveränitätsrechte uneingeschränkt auszuüben.

Der Friedensvertrag setzt einen endgültigen Schlußstrich unter alle Reparationsforderungen.

Der Friedensvertrag unterbindet in ganz Deutschland das Wiedererstehen faschistischer und revanchistischer Parteien und Organisationen und jede Kriegspropaganda und revanchistische Hetze gegen andere Völker.

Der Friedensvertrag sichert dem deutschen Volke die ungehinderte Entwicklung seiner Friedenswirtschaft durch freie wirtschaftliche Beziehungen zu den Völkern des kapitalistischen und des sozialistischen Weltmarktes.

Der Friedensvertrag befreit Deutschland von unerträglichen Rüstungsausgaben durch die Beschränkung seiner nationalen Streitkräfte auf die für die Landesverteidigung nötige Stärke.

Über all das hinaus ist ein solcher Friedensvertrag ein zusammenhaltendes Band für das gespaltene Deutschland und schafft die entscheidende Voraussetzung für seine baldige nationale Wiedervereinigung. Die Teilnahme beider deutscher Staaten an der Vorbereitung und dem Abschluß des Friedensvertrages ist der Beginn ihrer Annäherung und ihrer Verständigung. Die Hin-

Erklärungen

dernisse für die Bildung einer Konföderation, die gegenwärtig den einzig realen Weg zu einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland darstellt, werden durch den Friedensvertrag hinweggeräumt.

Die Unterzeichner des Friedensvertrages übernehmen die Verpflichtung, das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands anzuerkennen und es nach besten Kräften bei seinen Bemühungen zu unterstützen, dieses Ziel unter Verzicht der Gewaltanwendung durch Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik zu erreichen.

Das deutsche Volk kann einen solchen demokratischen Friedensvertrag nur begrüßen, weil er seinen ureigensten nationalen Interessen entspricht. Gegen diesen Vertrag können nur diejenigen sein, die keine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands wünschen, weil sie ganz Deutschland unter ihre Herrschaft zwingen und in den aggressiven NATO-Pakt einbeziehen wollen und deshalb jede Entspannung, die Bildung einer Konföderation und die friedliche Regelung der Westberlinfrage ablehnen.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands, die Deutschland planmäßig gespalten haben und durch ihre, den Interessen der Nation fremde Politik die Wiedervereinigung verhindern, behaupten heuchlerisch, der Abschluß eines Friedensvertrages nach dem Vorschlag der Sowjetunion verewige die Spaltung Deutschlands.

Das Gegenteil ist der Fall.

Jeder weitere Tag ohne Friedensvertrag gibt den Spaltern Deutschlands neue Gelegenheit, die atomare Aufrüstung weiter zu treiben und damit den Graben, der die beiden deutschen Staaten trennt, weiter zu vertiefen.

Es ist höchste Zeit, daß wir in Verhandlungen eintreten, um in kürzester Zeit den Friedensvertrag abzuschließen. Solche Verhandlungen werden durch die stetig aufsteigende Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik erleichtert. Durch die tägliche Erfüllung der großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, die die Deutsche Demokratische Republik sich gestellt hat, läßt sie unsere Landsleute im Westen Deutschlands immer klarer erkennen, daß die Grundsätze, nach denen sie das gesellschaftliche Leben in diesem Teil Deutschlands gestaltet hat und die auch den Geist dieses Friedensvertrages bestimmen, für das deutsche Volk ein Leben in Ruhe und Frieden garantieren.

Die Volkskammer wendet sich an die Deutschen in Ost und West und ruft sie auf, die Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unüberhörbar zum Ausdruck zu bringen.

Die Volkskammer fordert alle friedliebenden Menschen in beiden deutschen Staaten auf, nicht eher zu ruhen, bis der Friedensvertrag abgeschlossen und eine friedliche Entwicklung für ganz Deutschland gewährleistet ist.

Niemand kann unserem Volk den Friedensvertrag vorenthalten, wenn wir einig und entschlossen auf seinem Abschluß bestehen. Handeln wir! Für einen demokratischen Friedensvertrag, für Frieden und Sicherheit, für die Konföderation der beiden deutschen Staaten, für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands.

Berlin, den 21. Januar 1959

Die Fraktionen der Volkskammer

**Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Februar 1959
zu den Kriegsdrohungen Adenauers und Dulles'**

Aus Anlaß der Blitzreise des USA-Außenministers Dulles* sind in Bonn und Washington höchst verantwortungslose Erklärungen abgegeben worden. Auf Betreiben Adenauers ließ Dulles erklären, er wolle lieber einen heißen Krieg riskieren, als das Besatzungsregime in Westberlin, diesen Vorposten des kalten Krieges und ständiger Provokationen, aufzugeben. Zur Begründung für diese ungeheuerlichen Erklärungen werden der Standpunkt und die Vorschläge der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in bedenkenlosester Weise verfälscht.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion haben Vorschläge unterbreitet, daß durch eine friedliche Bereinigung der Westberlinfrage und durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten eine Entspannung und Verständigung in Deutschland und eine

* Außenminister Dulles besuchte in der Zeit vom 4. bis 8. Februar 1959 London, Paris und Bonn, um die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der sowjetischen Vorschläge zu beseitigen. Mit Bundeskanzler Adenauer kam Dulles am schnellsten zu einer Übereinstimmung der Standpunkte.

Sicherung des Friedens in Europa herbeigeführt werden können. Das Angebot, Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu geben und zu dessen Gewährleistung gegebenenfalls auch die Vereinten Nationen einzuschalten, ist die Verhandlungsgrundlage für eine Lösung aller mit Westberlin zusammenhängenden Fragen.

Diese Verhandlungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion hat auch bei vielen einflußreichen Politikern und Völkerrechtlern des Westens und in breiten Kreisen der internationalen Öffentlichkeit Anerkennung gefunden. Nicht ohne Grund erklärte der stellvertretende amerikanische Unterstaatssekretär Robert Murphy, daß der schwache Punkt in der Haltung Bonns und Washingtons die Abneigung der Völker der westlichen Welt ist, sich in einen Kampf einzulassen. Damit wurde zugegeben, daß weder das französische noch das englische oder das amerikanische Volk bereit sind, sich in einen Atomkrieg zu stürzen, nur um das rechtswidrige Besatzungsregime in Westberlin aufrechtzuerhalten.

Seit der Veröffentlichung der Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion wird vom deutschen Volk, von den Völkern aller am Kriege gegen Hitlerdeutschland beteiligten Staaten und in der ganzen internationalen Öffentlichkeit immer nachdrücklicher die Frage gestellt, wo bleiben die konkreten Vorschläge Bonns und Washingtons zum Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch zum Problem Westberlin? Wann werden Dulles und seine Befehlsempfänger endlich aufhören, mit Panzerkonvois zu drohen und statt dessen reale Vorschläge machen, die auf einer Friedenskonferenz oder in anderen Beratungen erörtert werden könnten?

In den Drohungen Adenauers und Dulles' kommt nichts anderes zum Ausdruck, als daß ihre Stellungnahme gegen eine Friedenskonferenz für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und ihr Beharren auf dem Besatzungsregime in Westberlin völkerrechtlich unhaltbar sind. Sie wollen die friedliebenden Volksmassen in Panik versetzen und die eigene politische Schwäche durch militärische Kraftmeierei bemänteln, doch sie können die Forderung der Völker nach Verhandlungen und friedlicher Verständigung über alle Deutschland betreffenden Fragen nicht mehr übertönen. Ihre Kraftmeierei schreckt niemanden. Im Gegenteil, dem Druck der friedliebenden Volksmassen werden auch sie sich nicht mehr entziehen können.

Im übrigen hat der XXI. Parteitag der KPdSU besonders offensichtlich gemacht, daß auf Grund des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt, das sich endgültig zugunsten des Lagers des Friedens und des Sozialismus verändert hat, die Verwirklichung der großsprecherischen Drohungen von Adenauer und Dulles sich nur gegen ihre eigenen Länder und Völker richten würde.

Diese Weltlage und der Friedenswille der Völker sichern, daß die brennende Aufgabe, den Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und damit auch das Problem Westberlin trotz aller Sabotage ihrer Lösung zugeführt werden. Die Deutsche Demokratische Republik wird auch weiterhin keine Anstrengungen scheuen, um alle mit dieser Aufgabe zusammenhängenden Fragen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen mit allen beteiligten Staaten zu lösen.

**Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Februar 1959
zum USA-Einreiseverbot für Skisportler
der Deutschen Demokratischen Republik**

Das Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika hat den Skisportlern der Deutschen Demokratischen Republik die Einreise in die USA verweigert. Die „offizielle“ Begründung dafür ist, daß ein Auftreten der DDR-Sportler in den USA „nicht im nationalen Interesse“ der Vereinigten Staaten liege. Einreisevisa für DDR-Sportler könnten nur gegeben werden, wenn sie in eine „Deutsche Nationalmannschaft“ eingegliedert sind. Aber auch dann noch macht die amerikanische Regierung die Erteilung der Einreisevisa von der Weltanschauung der DDR-Sportler abhängig.

Welche Begründung die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für ihre Handlung geben mag, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik kann nicht umhin, zu erklären, daß dieser unfreundliche Akt sich gegen sie selbst richtet. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beweist ein übriges Mal, daß sie — trotz zahlreicher gegenteiliger Beteuerungen — gegen die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten eingestellt ist. Es ist nichts anderes als die Übertragung der Methoden des kalten Krieges auf das Gebiet des internationalen Sportverkehrs.

Erklärungen

Was die „gesamtdeutsche Mannschaft“ angeht, so ist festzustellen, daß eine solche in diesem Falle überhaupt nicht besteht.

Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Realität, an der auch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht vorübergehen kann. Die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik ist trotz der feindseligen Haltung gewisser imperialistischer Staaten ihr gegenüber im ständigen Wachsen begriffen, wozu auch die Sportler der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Erfolge im internationalen Wettstreit ihren Beitrag geleistet haben. Es ist erwiesen, daß die Ablehnung der Einreisevisa auf Betreiben der westdeutschen Regierung erfolgt ist, die sich anmaßt, für ganz Deutschland aufzutreten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik protestiert gegen die diskriminierende Behandlung ihrer Sportler. Sie wird auch in Zukunft dafür eintreten, daß der Sport ein Mittel der Völkerverständigung und des Friedens bleibt.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. März 1959 zum Kolonialterror in Afrika

Mit großer Empörung haben die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von dem brutalen Vorgehen der Kolonialbehörden in Belgisch-Kongo und der britischen Kolonialbehörden in Njassaland und Rhodesien gegen die Bevölkerung dieser Länder Kenntnis genommen. Die Hunderte toter und verletzter Afrikaner klagen diejenigen vor der Weltöffentlichkeit an, die die Verantwortung für diese Verbrechen tragen.

Die nationale Befreiungsbewegung in Afrika soll mit grausamem Terror unterdrückt werden, um die Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten. Doch der Wille zur Freiheit und nationalen Unabhängigkeit wird auch in Afrika die kolonialen Fesseln sprengen. Die Bewegung der Völker Afrikas zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit hat in den letzten Monaten einen neuen Aufschwung genommen. Dabei haben die afrikanischen Völker bedeutende Erfolge erkämpft.

Es entstand die unabhängige und souveräne Republik Guinea, die von der Deutschen Demokratischen Republik sofort anerkannt wurde und mit der bereits freundschaftliche Beziehungen

auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils hergestellt worden sind. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt die Bemühungen der Republik Guinea zur Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit.

Die französischen Kolonien in Westafrika, Äquatorialafrika und Madagaskar haben sich zu autonomen Republiken konstituiert, wodurch der Kampf um die Unabhängigkeit eine neue Basis erhielt. Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß die „Gemeinschaft“, die die französische Regierung mit den einzelnen Republiken in Afrika geschaffen hat, nichts anderes bedeutet, als unter neuem Namen und in neuen Formen die Kolonialherrschaft Frankreichs fortzusetzen. Nach wie vor hat die französische Regierung die entscheidenden Machtpositionen der „Gemeinschaft“, wie Außenpolitik, Verteidigung, Währung und Finanzen, in den Händen. Sie tut alles, um zu verhindern, daß das Recht der Völker auf Selbstbestimmung in den afrikanischen Republiken der „Gemeinschaft“ verwirklicht wird.

Gegenwärtig berät die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Aufhebung der Treuhandschaft Frankreichs und Großbritanniens über die von diesen Staaten verwalteten Treuhandgebiete Kameruns. Auf Grund der Forderungen und des Kampfes der Bevölkerung Kameruns und der gesamten nationalen Befreiungsbewegung Afrikas mußten die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens zustimmen, daß Kamerun im Jahre 1960 die Unabhängigkeit gewährt wird. Das Volk von Kamerun verlangt, daß die Wiedervereinigung des Landes gesichert und eine Amnestie für alle von den Kolonialbehörden verfolgten, verhafteten oder im Exil lebenden Kameruner Patrioten und die Wiederzulassung aller verbotenen demokratischen und nationalen Parteien und Organisationen sowie die Durchführung allgemeiner Wahlen unter Aufsicht der UNO für ein Parlament, aus dem die Regierung des unabhängigen und souveränen Kameruns hervorgeht, festgelegt werden.

Diese gerechten Bestrebungen finden die Zustimmung aller Völker und der Staaten, die sich vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung leiten lassen. Auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt diese berechtigten Forderungen mit allem Nachdruck.

Im Gegensatz dazu wollen die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens mit der Unterstützung anderer imperialistischer Staaten die Zweiteilung Kameruns aufrechterhalten und die bisher unter ihrer Verwaltung stehenden Teilgebiete in ihre „Inter-

Erklärungen

essengebiete“ eingliedern. Damit versuchen sie, den Willen des Volkes von Kamerun zu ignorieren.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß die imperialistischen Staaten der Welt eine neue Verschwörung gegen die Befreiungsbewegung in Afrika unternehmen. Sie stellen sich das Ziel, einzeln oder gemeinsam — wie im Falle des „Gemeinsamen Europäischen Marktes“ — die Ausplünderung Afrikas fortzusetzen und den Kampf der afrikanischen Völker um ihre Unabhängigkeit und Freiheit im Blute zu ersticken. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik protestiert entschieden gegen diese Haltung der imperialistischen Mächte.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß die Regierungen der imperialistischen Staaten den afrikanischen Völkern ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit gewähren müssen. Das Zeitalter des Kolonialismus geht unweigerlich zu Ende, und die Bewegung der Völker Afrikas für die Befreiung von der imperialistischen Herrschaft ist nicht mehr aufzuhalten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert die sofortige Einstellung des blutigen Terrors gegen die afrikanischen Völker. Sie fordert, daß die UNO in der Kamerun-Frage eine Entscheidung trifft, die dem Willen der Bevölkerung Kameruns gerecht wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt mit Entrüstung fest, daß die Presse verschiedener imperialistischer Staaten den Versuch unternimmt, die wahren Ursachen der Entwicklung in Afrika zu verschleiern oder zu verfälschen und die Dinge so darzustellen, als wäre die afrikanische Bevölkerung unfähig, ihre Geschicke selbst zu lenken. In welchem Maße die Bewegung der afrikanischen Völker dabei verleumdet und versucht wird, diese Völker selbst herabzusetzen, zeigt ein Artikel einer großen westdeutschen Zeitung, in dem erklärt wird, daß die UNO den Beitritt Westdeutschlands bitter nötig habe, „um das zunehmende Gewicht politisch barbarischer Völker von Analphabeten ein wenig auszugleichen“. Daß sich die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit der Grundeinstellung des Autors identifiziert, geht daraus hervor, daß sie ihn wenige Tage nach Veröffentlichung des Artikels mit dem Großen Bundesverdienstkreuz auszeichnete.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt derartige Äußerungen westdeutscher Unterstützung der imperialistischen Kolonialisten und stellt erneut fest, daß sie sich in

ihrer Außenpolitik von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten und der Anerkennung des Rechtes jedes Volkes auf seine nationale Selbstbestimmung leiten läßt. Ihre Sympathie und Hilfe gehört jenen Völkern, die sich im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, im Kampf gegen das absterbende Kolonialsystem befinden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert den Völkern und Staaten Afrikas, daß die Deutsche Demokratische Republik auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um den gerechten Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit in Afrika zu unterstützen.

**Antwortnote
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
vom 25. März 1959**

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion, Johannes König, überreichte am 26. März 1959 dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. A. Gromyko, eine Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, in welcher die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren Standpunkt zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland präzisiert und ihre Auffassung zum Vorschlag der Einberufung einer Gipfelkonferenz darlegt.

Die Note stellt eine Antwort auf die sowjetische Note vom 2. März zum Friedensvertrag mit Deutschland dar.

An die
Regierung der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen: -

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den in der Note vom 2. März 1959 dargelegten Standpunkt der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Friedensregelung mit Deutschland und den damit zusammenhängenden Problemen zur Kenntnis genommen und die in der Note der

Erklärungen

Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterbreiteten Vorschläge eingehend geprüft. Im Ergebnis dessen teilt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mit:

Ausgehend von ihrem prinzipiellen Einverständnis mit den sowjetischen Vorschlägen über die Einberufung einer Friedenskonferenz zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie über die Beseitigung des rechtswidrigen Besatzungsregimes in Westberlin, begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die erneute Bekräftigung des Standpunktes der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in ihrer an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten Note vom 2. März 1959 und die darin unterbreiteten konstruktiven Vorschläge.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weiß sich eins mit den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes und den friedlichen Interessen der europäischen Völker, wenn sie mit all ihren Kräften für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eintritt. Die 14 Jahre nach Abschluß der Kriegshandlungen bestehende anomale Lage, die in dem Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland und in der Aufrechterhaltung eines Besatzungsregimes in Teilen Deutschlands zum Ausdruck kommt, muß beseitigt und eine Friedensregelung mit Deutschland herbeigeführt werden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich davon leiten, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der unter den gegenwärtigen Bedingungen möglich ist, ein entscheidender Beitrag für die Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa wäre.

Es ist eine Tatsache, daß die durch die Westmächte und die herrschenden Kreise Westdeutschlands betriebene Politik der Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der Eingliederung des westdeutschen Separatstaates in das aggressive NATO-Paktsystem, der Atombewaffnung Westdeutschlands sowie die von ihnen in Westberlin herbeigeführte gefährliche Lage die Spannungen in Europa ständig verschärfen.

Angesichts einer solchen ernsten Situation ist es an der Zeit, konstruktive Schritte zu unternehmen und Lösungen zu erreichen, die die Lage entschärfen und den Weg zu einer tiefgreifenden Entspannung in Europa im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahr frei machen.

Aus diesen Gründen fanden die Vorschläge der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Einberufung einer Friedenskonferenz zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der auch zur Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin führen würde, breite Zustimmung unter der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten und darüber hinaus in weiten Kreisen Europas und der Weltöffentlichkeit.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Mehrzahl aller Deutschen haben mit tiefer Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß eine Reihe von Regierungen, die dem Willen von fast einer Milliarde Menschen Ausdruck verleihen, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland begrüßt und unterstützt. Der gleiche Standpunkt wird von zahlreichen führenden und einflußreichen Persönlichkeiten anderer Staaten vertreten.

Indem der Friedensvertrag mit Deutschland unter Beachtung der Lehren der Geschichte einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zieht, die aggressiven Kräfte des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland bändigt, zur Schaffung friedlicher und demokratischer Verhältnisse auch in Westdeutschland beiträgt und dem gesamten deutschen Volk die Möglichkeit einer uneingeschränkten friedlichen Entwicklung auf allen Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Kultur eröffnet, trägt er entscheidend dazu bei, eine feste Barriere gegen einen neuen Krieg in Europa zu errichten. Der Abschluß und die Verwirklichung des Friedensvertrages würden es dem deutschen Militarismus unmöglich machen, das deutsche Volk in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erneut in einen verheerenden Krieg zu stürzen, der vom deutschen Volk und von anderen Völkern unvergleichlich größere Opfer fordern würde als der erste und zweite Weltkrieg.

Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wäre der wirkungsvollste Beitrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa sowie für das Auseinanderrücken der militärischen Kräfte der NATO und des Warschauer Vertrages.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland, der zur Bändigung des deutschen Militarismus führt und den Austritt Westdeutschlands aus der NATO und der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag, die Zurückziehung der ausländischen Truppen und die Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte,

das Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen und schließlich die Beschränkung der deutschen militärischen Kräfte in beiden deutschen Staaten vorsieht, wäre der entscheidende Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa.

Die Lehren der Geschichte, die durch die gegenwärtige Politik des in Westdeutschland wieder zur Macht gekommenen Militarismus in verhängnisvoller Weise bestätigt werden, besagen, daß ohne Beseitigung der Macht des deutschen Militarismus keine wirkungsvolle Sicherung des Friedens in Europa möglich ist.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wäre der Beginn der friedlichen Lösung aller mit dem gesamten Deutschlandproblem zusammenhängenden Fragen. Er würde ein wesentlicher Schritt zur Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten über die Schaffung einer gesamtdeutschen Konföderation sein und den kürzesten Weg zum Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten eröffnen.

Im Widerspruch zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes lehnte der westdeutsche Kanzler Adenauer die konstruktiven und dem Frieden dienenden Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion über eine Friedensregelung mit Deutschland ab und spielt als Exponent der unbelehrbaren aggressiven Kräfte des deutschen Militarismus und Revanchismus die Rolle des Hauptstörenfriedes in Europa.

Bezeichnenderweise versuchen gerade die Hauptschuldigen des ersten und zweiten Weltkrieges, die in Westdeutschland wieder die Herrschaft ausübenden deutschen Militaristen, eine Friedensregelung mit Deutschland und eine Friedenskonferenz, die einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen würde, zu verhindern. Sie sind bestrebt, zum Schaden der nationalen Interessen des deutschen Volkes und der anderen europäischen Völker erneut ihre egoistischen aggressiven Pläne über die unabdingbaren Erfordernisse der Entspannung und des Friedens in Europa zu stellen und durchzusetzen. Ihnen gehen ihre anti-nationalen friedensfeindlichen Separatpläne über den Abschluß eines ganz Deutschland zusammenführenden und verbindenden Friedensvertrages.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt mit Bedauern fest, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in ihren Noten vom 16. Februar 1959 den konstruktiven Vorschlägen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausweichen. Unter der Formulierung einer sogenannten „Behandlung“ des Deutschlandproblems „in

all seinen Aspekten“ wird eine längst antiquierte Konzeption hervorgeholt, die in keiner Weise von der realen Lage in Deutschland ausgeht, die das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in der Frage des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten mißachtet und darauf gerichtet ist, eine Friedensregelung mit Deutschland zu verhindern. Eine solche Haltung zielt darauf ab, von dem Hauptproblem, dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, abzulenken und seine Regelung durch eine endlose Diskussion über andere Fragen, die offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt gelöst werden können oder für die eine Zuständigkeit der Vier Mächte nicht gegeben ist, zu verschleppen. Diese Politik ist eine Billigung und Unterstützung der aggressiven Pläne des deutschen Militarismus.

Verantwortliche Politiker, beispielsweise der USA, erklären, daß ihre Position in Westdeutschland und Westberlin entscheidend für die Sicherheit der USA sei. In Wirklichkeit ist weder die Sicherheit der USA-Bevölkerung, die 4000 Meilen von Westberlin entfernt ist, noch die Sicherheit der Westberliner und der westdeutschen Bevölkerung bedroht, weder durch die Deutsche Demokratische Republik noch durch die Sowjetunion oder irgendeinen anderen sozialistischen Staat. Die Bedrohung des Friedens in Europa ergibt sich einzig und allein aus der derzeitigen USA-Politik der Unterstützung des westdeutschen Militarismus. Mit dem Abschluß eines Friedensvertrages wäre es möglich, die Bedrohung des Friedens in Europa durch den westdeutschen Militarismus unmöglich zu machen und somit auch zu verhindern, daß das amerikanische Volk und andere Völker in ein opferreiches Abenteuer hineingezogen werden.

Angesichts einer solchen Haltung sieht sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik veranlaßt, erneut mit aller Dringlichkeit darauf hinzuweisen, daß es die völkerrechtliche und moralische Pflicht der Vier Mächte ist, zur seit langem fälligen Friedensregelung mit Deutschland beizutragen und die Einberufung einer Friedenskonferenz aller betreffenden Staaten zu unterstützen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt die Vorschläge der Sowjetregierung zur Einberufung einer Konferenz auf der Ebene der Regierungschefs, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die geeignetste Form ist, zu positiven Übereinkommen zu gelangen. Sie erwartet eine Stellungnahme zum Entwurf eines Friedensvertrages und zum Vorschlag,

Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln. Nur eine Konferenz der für die Entscheidung solch bedeutsamer Fragen zuständigen und bevollmächtigten Regierungschefs gibt den Verhandlungen eine aussichtsreiche Perspektive. Die Völker und nicht zuletzt das deutsche Volk verknüpfen mit einem Treffen der Regierungschefs große Hoffnungen im Hinblick auf die Entspannung der Situation in Europa, die Minderung der Kriegsgefahr und die Festigung des Friedens. Bereits das Zustandekommen einer Konferenz auf höchster Ebene würde zu einer Verbesserung in den internationalen Beziehungen führen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß eine Gipfelkonferenz zumindest zu einer Einigung in einigen wichtigen Teilfragen führt, darunter zur Vorbereitung einer Friedenskonferenz mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Regelung der Westberlinfrage.

Da die Frage einer Friedensregelung mit Deutschland nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn alle Regierungen von der Existenz der beiden deutschen Staaten ausgehen und deren völkerrechtlichen Anspruch auf Teilnahme an Verhandlungen über alle sie betreffenden Fragen anerkennen, müssen an einer solchen Konferenz bei der Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt weiterhin, daß sie die Auffassung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken teilt, daß an den Verhandlungen der Regierungschefs zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und bei der Lösung der Fragen, die mit der Gewährleistung der europäischen Sicherheit verbunden sind, die Tschechoslowakische Republik und die Volksrepublik Polen teilnehmen müssen, da sie als erste Opfer der Aggression des deutschen Imperialismus und als unmittelbare Nachbarn Deutschlands wesentlich zu einem positiven Ergebnis der Verhandlungen beitragen können.

Obwohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Ansicht ist, daß ein Treffen der Außenminister der interessierten Staaten — auf Grund der beschränkten Kompetenzen und Vollmachten der Außenminister — das Zustandekommen sogar von Teilübereinkommen sehr erschwert, ist sie bereit, auch an einer solchen Konferenz teilzunehmen, wenn andere Regierungen auf ihrer Durchführung bestehen und noch nicht bereit

sind, an einer Gipfelkonferenz teilzunehmen. Sie hält es jedoch für wichtig zu betonen, daß Verhandlungen der Außenminister unbedingt die Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und des Westberliner Problems zum Gegenstand haben müssen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik teilt die Auffassung der Sowjetregierung, daß die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung des Westberlinerproblems solche Themen sind, die auf einer Außenministerkonferenz behandelt werden können und deren Beratung durch die Außenminister eine sinnvolle Aufgabe zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz wäre.

Um zu gewährleisten, daß auf dieser Konferenz in absehbarer Zeit positive Ergebnisse erzielt werden, hält die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls eine Beschränkung der Konferenzdauer auf zwei Monate für erforderlich, auch aus dem Grunde, um zu verhindern, daß unter dem Deckmantel von Verhandlungen die westdeutsche Atomrüstung fortschreitet. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht davon aus, daß auch für die Außenministerkonferenz der oben dargelegte Grundsatz hinsichtlich der Teilnahme der beiden deutschen Staaten sowie der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen gelten muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich mit dem Vorschlag der Regierung der Sowjetunion über den Tagungsort der Gipfelkonferenz beziehungsweise der Außenministerkonferenz einverstanden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt ihre bereits bei früherer Gelegenheit erklärte Bereitschaft, an Verhandlungen über alle sie betreffenden internationalen Fragen teilzunehmen und zu ihrem Erfolg beizutragen. Ein Beweis ihrer Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, die der Erhaltung des Friedens dienen, ist das Einverständnis mit dem Vorschlag auf Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin auf ihrem Territorium. Bei diesem Zugeständnis ließ sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von dem aufrichtigen Willen leiten, die Gefahren, die sich aus der Existenz des Spannungsherd des Westberlin ergeben, zu beseitigen und der Sache des Friedens in Deutschland und in Europa einen Dienst zu erweisen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, alle konstruktiven Vorschläge zur Beseitigung des Besatzungsstatuts in Westberlin und zur friedlichen Lösung der

Erklärungen

Westberlinfrage, die die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik gebührend berücksichtigen, aufgeschlossen zu prüfen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht länger hinausgezögert werden darf. Deshalb wird sie alle Anstrengungen unternehmen, um den baldigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu erreichen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik würdigt in vollem Umfange die unermüdlichen Bemühungen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die strittigen internationalen Probleme ausschließlich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und verleiht ihrer tiefen Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in solch großem Maße dem Problem des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland ihre Aufmerksamkeit schenkt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ihrerseits alles in ihren Kräften Stehende tun, um zur Lösung dieser Frage beizutragen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre ausgezeichnete Hochachtung zu versichern.

Berlin, den 25. März 1959

Protest des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. April 1959 gegen häufige Verletzungen des Luftraumes der Deutschen Demokratischen Republik durch ausländische und westdeutsche Flugzeuge

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß in der letzten Zeit immer häufiger ausländische und westdeutsche Flugzeuge die Lufthoheit der Deutschen Demokratischen Republik verletzen.

Allein in der Zeit vom 22. März bis 28. März 1959 sind vier Maschinen unberechtigt in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eingeflogen. Am 25. März 1959, um 10.30 Uhr, überflog ein Hochdecker der westzonalen Bundeswehr den Raum Halberstadt. Im Gebiet von Salzwedel wurde am 27. März 1959, um 13.30 Uhr, eine einmotorige Maschine mit amerikanischen

Kennzeichen festgestellt. Am gleichen Tage, gegen 14.35 Uhr, überflog ein weiteres einmotoriges Flugzeug im Raum Meiningen die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Raum Eisenach landete am 27. März 1959, gegen 16.40 Uhr, in der Nähe der Ortschaft Dippach ein Flugzeug vom Typ „Stinson“ mit dem Kennzeichen N 9917 F. Der Pilot gab sich als amerikanischer Staatsangehöriger aus. Seine Angaben zur Person sowie die Gründe des Einfliegens in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik werden noch geprüft.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik protestiert entschieden gegen die erneuten provokatorischen Verletzungen der Lufthoheit der Deutschen Demokratischen Republik und weist darauf hin, daß die Urheber dieser Zwischenfälle die alleinige Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

**Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
an Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 8. April 1959**

Herr Bundeskanzler!

Erfüllt von tiefer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und um den Frieden in Europa, wende ich mich an Sie mit der Bitte, die folgenden Überlegungen aufmerksam zu prüfen:

Am 11. Mai dieses Jahres beginnen in Genf die Beratungen der Außenminister der vier Mächte und der Vertreter der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zur Frage der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt diese Beratungen als eine Gelegenheit, für den Anspruch des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag, für die Sicherung einer friedlichen Zukunft des deutschen Volkes und für die Gewährleistung des Friedens in Europa wirken zu können. Sie wird darum auch nichts unversucht lassen, um der Forderung des deutschen Volkes nach einem Friedensvertrag gerecht zu werden. Wenn sich die Bundesregierung ebenfalls für die erfolgreiche Lösung dieser Frage einsetzt, wird eine Einigung darüber leichter und schneller zu erreichen sein.

Ein möglichst übereinstimmendes Auftreten unserer beiden Regierungen würde die Lösung der deutschen Frage unbedingt erleichtern. Die Völker aller Länder könnten sich dadurch aber

Erklärungen

auch davon überzeugen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat und einen friedlichen Weg für die Zukunft zu gehen wünscht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Bundesregierung im September des vergangenen Jahres vorgeschlagen, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden, die den deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag erarbeiten soll. Wir halten diesen Vorschlag nach wie vor für den besten Weg, um zu einem Übereinkommen zu gelangen und sind bereit, entsprechende Schritte zu unternehmen.

Ich schlage Ihnen, Herr Bundeskanzler, vor, daß Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — unter Zurückstellung aller formalen Bedenken — unverzüglich gemeinsam beraten, um eine Übereinstimmung in der Haltung der beiden deutschen Regierungen zur Frage des Friedensvertrages zu erreichen. Das deutsche Volk würde es niemals verstehen, wenn Ihre Regierung zwar mit den Regierungen fremder Mächte über die deutschen Lebensfragen verhandelt, Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jedoch weiterhin ablehnt.

Herr Bundeskanzler!

Die große Mehrheit des deutschen Volkes erwartet fühlbare Maßnahmen zur Schaffung eines Klimas der Verständigung. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat den Wunsch, daß mit der Vorbereitung des Friedensvertrages endlich begonnen wird, um eine weitere Verschärfung der Lage in Deutschland und in Europa zu verhindern. Entsprechen nun auch Sie diesem Wunsche, den zu erfüllen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alles tun wird, was in ihren Kräften steht.

Berlin, den 8. April 1959

Hochachtungsvoll
(gez.) O. Grotewohl

Rundfunckerklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 9. April 1959

Meine Damen und Herren!

Ich möchte heute zu meinen Landsleuten in beiden Teilen Deutschlands über eine ernste Angelegenheit sprechen, die uns alle tief bewegt. Seit Monaten steht die deutsche Öffentlichkeit im Zeichen des Ringens um einen Friedensvertrag mit Deutsch-

land. Nachdem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im September des vergangenen Jahres ihren bekannten Vorschlag an die vier Mächte und an die Bundesregierung unterbreitete, umgehend die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages in Angriff zu nehmen, und nachdem die sowjetische Regierung am 10. Januar dieses Jahres den Entwurf eines solchen Vertrages vorlegte, gibt es in Deutschland kein wichtigeres Gesprächsthema als den Friedensvertrag. Die Aufmerksamkeit, die wir diesem Problem zuwenden, ist nur zu berechtigt, denn der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist in der Tat der entscheidende Hebel für die Normalisierung der Lage in Deutschland. Die Drohung eines atomaren Vernichtungskrieges, die schwer auf dem deutschen Volk lastet, könnte weitgehend beseitigt werden, und es würden günstige Bedingungen für eine friedliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt aus diesem Grunde, daß sich im Mai dieses Jahres eine Konferenz der Außenminister mit der Frage des Friedensvertrages beschäftigen wird. Wahrscheinlich wird es auf dieser Konferenz noch keine abschließenden Entscheidungen geben. Dazu sind die Hindernisse zu groß, die einer Lösung dieses Problems noch im Wege stehen. Wir hoffen aber voller Zuversicht, daß es fühlbare Fortschritte geben wird, so daß die nachfolgende Gipfelkonferenz diese Fortschritte vertiefen kann. Ich erkläre hiermit, daß unsere Regierung alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um die Beratungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Der sehnlichste Wunsch der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist es, daß alle Verhandlungen schließlich in eine Friedenskonferenz münden, damit der Anspruch des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag endlich erfüllt wird.

Die Aussichten für die vor uns stehenden Verhandlungen in Genf wären um ein Vielfaches besser, wenn sich die Bundesregierung ebenfalls für ihr Gelingen einsetzen würde. Wir bedauern es, daß die Bundesregierung bisher auf unseren Vorschlag, in Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden deutschen Staaten einen gemeinsamen deutschen Standpunkt für Friedensvertragsverhandlungen zu erarbeiten, nicht eingegangen ist. Gerade weil der Abschluß des Friedensvertrages eine Reihe schwieriger Probleme aufwirft, müssen die beiden deutschen Regierungen kurz vor den für das deutsche Volk so schicksalsvollen Stunden in Genf noch gemeinsam nach einem Weg suchen, um ihre Lösung zu erleichtern.

Erklärungen

In Genf geht es um die Frage des Friedens mit Deutschland und um die Frage des Friedens in Europa. Beide Fragen erfordern gerade vom deutschen Volk und seinen beiden Regierungen die größten Anstrengungen, um die bestehenden Spannungen abzubauen und den drohenden Atomkrieg zu verhindern.

Die beiden deutschen Regierungen müssen der Welt zeigen, daß sie in der Lage sind, sich über die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu verständigen. Ich denke, daß es richtig wäre, wenn die beiden deutschen Regierungen ebenso miteinander beraten, wie beispielsweise ja die Bundesregierung bereits mit einer ganzen Reihe anderer Regierungen hierüber verhandelt hat.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß man angesichts der Notwendigkeit, die nationalen Interessen unseres Volkes, seinen Anspruch auf einen Friedensvertrag, gemeinsam zu vertreten, auf alle formalen Bedenken verzichten muß, daß es nur ein Leitmotiv für das Handeln der beiden deutschen Regierungen geben darf, im Streben nach Sicherheit und Frieden beispielhaft voranzugehen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die Bundesregierung dem Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung entsprechen würde, wenn sie die Hand ergreift, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihr entgegenstreckt. In Übereinstimmung mit dem Bestreben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Hindernisse für eine allgemeine Entspannung und eine Entspannung in Deutschland aus dem Wege zu räumen, habe ich heute im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dem westdeutschen Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Brief den Vorschlag unterbreitet, Vertreter beider deutscher Staaten von beiden Seiten zu beauftragen, um einen deutschen Standpunkt für einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten.* Unserer Auffassung nach wäre es von größter Bedeutung, wenn bis zu den vereinbarten internationalen Konferenzen ein übereinstimmendes Auftreten der beiden deutschen Regierungen in der Frage des Friedensvertrages erreicht werden könnte. Das wäre eine große Erleichterung für die Lösung dieser Frage.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist jederzeit bereit, in Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregie-

* Siehe S. 67 f.

rung die Schicksalsfrage Deutschlands zu beraten. Sie erwartet, und mit ihr das ganze deutsche Volk, daß die Bundesregierung endlich eine ähnliche Haltung einnimmt, damit die Drohung eines Atomkrieges vom deutschen Volk genommen und Deutschland die Perspektive einer friedlichen Zukunft gegeben wird.

Ich rufe Sie auf, meine Damen und Herren, diese Politik mit der gleichen Leidenschaft zu unterstützen, wie Sie es bisher getan haben. Dann wird der Erfolg im Kampf um die Erhaltung und Schaffung des Friedens nicht ausbleiben.

**Antwortnote
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
an die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
vom 9. April 1959**

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Johannes König, übergab am 9. April 1959 in Moskau dem Stellvertretenden Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, W. A. Sorin, die Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. März 1959.

An die
Regierung der Union
der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Moskau

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Note der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 30. März 1959 aufmerksam geprüft. Sie beehrt sich, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Das Fehlen des Friedensvertrages mit Deutschland begünstigt den Fortgang der Aufrüstung und der verhängnisvollen Atomkriegsvorbereitung in Westdeutschland; Europa gerät dadurch immer mehr an den Rand eines Atomkrieges. Angesichts dieser Gefahr hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begrüßt, eine Friedenskonferenz zur Ausar-

Erklärungen

beitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland einzuberufen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bestrebt, die Deutschlandfrage unter allen Umständen friedlich zu lösen, und erblickt in der Einberufung einer Friedenskonferenz den richtigen Weg, um die herangereifte Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu einem Abschluß zu bringen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet die inzwischen seitens der Regierungen der vier Mächte erklärte Bereitschaft, die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland auf einer Außenministerkonferenz und auf einer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte unter Teilnahme der Vertreter beider deutscher Staaten zu beraten, als ein Zeichen dafür, daß die Dringlichkeit dieser Frage und das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag anerkannt werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, gemeinsam mit den Außenministern und mit den Regierungschefs der vier Mächte die schon lange für eine Annahme entsprechender Beschlüsse durch die daran interessierten Staaten — insbesondere der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen — herangereifte Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und die Berliner Frage zu beraten. Sie geht hierbei davon aus, daß diese Beratungen dazu führen werden, daß in kürzester Frist eine Friedenskonferenz stattfindet, die den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ermöglicht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre ausgezeichnetste Hochachtung zu versichern.

Berlin, den 9. April 1959.

Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierungen der drei Westmächte vom 9. April 1959

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat am 9. April 1959 den Regierungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich über ihre Botschaften in Prag eine Note überreichen lassen, in der zur bevorstehenden Tagung der Außenminister und einer einzuberufenden Gipfelkon-

ferenz unter Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten Stellung genommen und in diesem Zusammenhang die Erwartung der Einberufung einer Friedenskonferenz in kurzer Frist ausgesprochen wird.

An die
Regierung des Vereinigten Königreiches
von Großbritannien und Nordirland

London

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland folgendes mitzuteilen:

Das Fehlen des Friedensvertrages mit Deutschland begünstigt den Fortgang der Aufrüstung und der verhängnisvollen Atomkriegsvorbereitung in Westdeutschland; Europa gerät dadurch immer mehr an den Rand eines Atomkrieges. Angesichts dieser Gefahr hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begrüßt, eine Friedenskonferenz zur Ausarbeitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland einzuberufen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bestrebt, die Deutschlandfrage unter allen Umständen friedlich zu lösen, und erblickt in der Einberufung einer Friedenskonferenz den richtigen Weg, um die herangereifte Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu einem Abschluß zu bringen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet die inzwischen seitens der Regierungen der vier Mächte erklärte Bereitschaft, die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland auf einer Außenministerkonferenz und auf einer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte unter Teilnahme der Vertreter beider deutscher Staaten zu beraten, als ein Zeichen dafür, daß die Dringlichkeit dieser Frage und das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag anerkannt werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, gemeinsam mit den Außenministern und mit den Regierungschefs der vier Mächte die schon lange für eine Annahme entsprechender Beschlüsse durch die daran interessierten Staaten — insbesondere der Tschechoslowakischen Republik und der

Erklärungen

Volksrepublik Polen — herangereifte Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und die Berliner Frage zu beraten.

Sie geht hierbei davon aus, daß diese Beratungen dazu führen werden, daß in kürzester Frist eine Friedenskonferenz stattfindet, die den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ermöglicht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland ihre vorzügliche Hochachtung zu versichern.

Berlin, den 9. April 1959.

*

Gleichlautende Noten wurden an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Frankreich übersandt.

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. April 1959

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, der Volkskammer und der gesamten Bevölkerung ihre Auffassung zu den Fragen der gegenwärtigen internationalen Entwicklung, besonders im Zusammenhang mit den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen in Genf, darzulegen.

Aggressive Kräfte setzen Atomkriegsvorbereitungen fort

Der Versuch, die Politik der Atomkriegsvorbereitungen gegen den Willen der Völker fortzusetzen und die Welt weiterhin im Zustand der Spannungen und des Mißtrauens zu erhalten, wird von den aggressiven Kreisen der Westmächte und der Bundesrepublik fortgesetzt. Das zeigen die Bestrebungen, die NATO-Staaten mit Kernwaffen auszurüsten, und das zeigt das Auftreten militaristischer Kreise gegen die Erörterung solcher Pläne, die die bestehende Spannung durch die Vereinbarung schrittweiser Maßnahmen abbauen wollen.

In letzter Zeit haben der NATO-Oberfehlshaber Norstad, der Chef des amerikanischen strategischen Bomberkommandos,

Power, der Vorsitzende des amerikanischen Generalstabes, Twining, und eine Reihe anderer amerikanischer Generale offen mit einem Atomkrieg gedroht. Das beweist, daß in den Vereinigten Staaten einflußreiche Kräfte am Werke sind, die die Welt nicht dem Frieden, sondern dem Kriege näherzubringen beabsichtigen. Diese Generale nutzen ihren Einfluß in der NATO aus, um den Widerstand gegen die Atomrüstung zu überwinden, der sich in England, in Dänemark, in Norwegen und anderen westeuropäischen Ländern, besonders aber in Westdeutschland immer stärker entwickelt. Im Bunde mit den aggressiven westdeutschen Imperialisten bedrohen diese Kreise den Weltfrieden, sie gefährden insbesondere die europäische Sicherheit und den Frieden des deutschen Volkes. Sie versuchen gleichzeitig in anderen Teilen der Welt, so im Nahen und Fernen Osten, neue Verschwörungen gegen den Frieden anzuzetteln. Unterstützt wird diese Politik auch von solchen Leuten wie dem Westberliner Bürgermeister Brandt, der am 2. April in einem amerikanischen Fernsehinterview erklärte, daß er dem Kommunismus einen Atomkrieg vorziehe.

*Sozialistische Staaten verfolgen beharrlich Politik der
Entspannung und Verständigung*

Die sozialistischen Staaten dagegen erweisen sich wiederum als die konsequentesten Verfechter des Friedenswillens der Völker. Sie verfolgen beharrlich eine Politik der Entspannung und der friedlichen Verständigung der Staaten. Dem hysterischen Kriegsgeschrei einer kleinen Gruppe aggressiver Militärs und Politiker in den imperialistischen Staaten zum Trotz wird die gegenwärtige internationale Lage durch die große Friedensinitiative der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen Staaten des sozialistischen Lagers bestimmt. Ihr Ziel ist es, den Weltfrieden zu festigen und eine umfassende Minderung der internationalen Spannungen herbeizuführen. Unsere große Friedensinitiative übt ohne Zweifel eine immer tiefer greifende Wirkung auf die gesamte internationale Öffentlichkeit aus. Selbst die hartnäckigsten Verfechter des kalten Krieges in den imperialistischen Staaten können sich dieser Wirkung nicht entziehen, werden immer mehr in die Enge getrieben und sind zu immer neuen Ausweichmanövern gezwungen.

Erklärungen

Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zur Genfer Konferenz

Ein unmittelbares Ergebnis der weltweiten Wirkung der Friedensinitiative der sozialistischen Staaten ist das Übereinkommen zur Durchführung einer Außenministerkonferenz, die am 11. Mai dieses Jahres in Genf beginnen soll. Entsprechend dem geführten Notenwechsel besteht zwischen der Sowjetunion und den Westmächten Übereinstimmung darüber, daß an der Außenministerkonferenz die Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt das mit Genugtuung zur Kenntnis.

Entsprechend der großen Bedeutung, die diese Außenministerkonferenz für das deutsche Volk, für den Weltfrieden und für die internationale Sicherheit hat, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, nach Genf entsenden, der von Staatssekretär Otto Winzer, dem Abgeordneten der Volkskammer Staatssekretär Dr. Heinrich Toeplitz und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Volkskammer, Peter Florin, sowie leitenden Mitarbeitern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten begleitet sein wird.

Nach übereinstimmenden Pressemeldungen hat die Bonner Regierung die Absicht, nur eine Delegation aus nachgeordneten Beamten des Bonner Auswärtigen Amtes nach Genf zu schicken. Dieses geringschätzige Verhalten ist offensichtlich Ausdruck der Tatsache, daß sich die Bonner Regierung an dem positiven Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz in keiner Weise interessiert zeigt. Sie unternimmt im Gegenteil alles, um einem erfolgreichen Verlauf alle nur möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. So erklärte Herr von Brentano kürzlich, daß „man von der Genfer Konferenz nicht zuviel erwarten solle“.

Worum es in Genf geht

Wir sind ganz anderer Auffassung. Die Völker, und nicht zuletzt das deutsche Volk, erwarten und fordern nämlich sehr viel von Genf. Sie haben darum gekämpft, daß es zu internationalen Verhandlungen kommt, und sie erwarten jetzt mit Recht, daß konkrete Schritte vereinbart werden, die zur Entspannung und zur Festigung des Friedens beitragen. Die Staatsmänner und die Re-

gierungen haben die Pflicht, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen, sondern ihnen in vollem Maße gerecht zu werden.

In Genf geht es vor allem um die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland und um die längst überfällige Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin, um Fragen also, die das deutsche Volk unmittelbar angehen. Das verpflichtet beide deutsche Regierungen, alles zu tun, um die nationalen Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es außerordentlich, daß der zwischen der Sowjetunion und den Westmächten geführte Notenwechsel Einverständnis darüber ergibt, daß auf der Genfer Außenministerkonferenz die Frage der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland und die Westberlin-Frage behandelt werden sollen. Die Regelung dieser Fragen wäre ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Wege der Erhaltung des Friedens und der friedlichen, demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands.

Friedensvertrag muß vordringlich behandelt werden

Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland würde die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland beenden und friedliche Zustände in Westberlin schaffen. Jede weitere Verzögerung des Friedensvertrages mit Deutschland bedeutet eine Begünstigung der Kriegsvorbereitungen der herrschenden Kreise Westdeutschlands. Der Weg zur atomaren Aufrüstung Westdeutschlands soll aber gerade versperrt werden, damit die Völker ungehindert auf den hellen und schönen Straßen des Friedens vorwärtsgehen können. Das entspricht in vollem Maße den Interessen und Wünschen aller Völker. Sie lehnen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands ganz entschieden ab.

Wir wissen uns darum mit den Wünschen aller friedliebenden Menschen in Übereinstimmung, wenn wir verlangen, daß die Außenminister in Genf die Frage der Vorbereitung und des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland vordringlich behandeln. Dabei sind wir uns völlig klar darüber, daß auf dieser Konferenz wahrscheinlich noch kein abschließendes Ergebnis erzielt werden kann. Wir erwarten aber, daß die Außenministerkonferenz den Weg für konkrete Vereinbarungen auf einer nachfolgenden Gipfelkonferenz ebnen wird, damit dem Abschluß des Friedensvertrages auf einer Friedenskonferenz nichts mehr im Weg steht. Wir teilen diese Hoffnung mit vielen hundert Mil-

lionen Menschen, die ihre Stimme für den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland erhoben haben und die auch nicht eher schweigen werden, bis ihre Forderung erfüllt ist.

Das ist um so notwendiger, als die westdeutsche Regierung ihren Kurs der Vorbereitung neuer aggressiver Abenteuer fortsetzt. Sie übersieht dabei auch die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung diesen Kurs und die mit ihm verbundene atomare Aufrüstung Westdeutschlands ablehnt. Ich möchte hier nur auf das Beispiel Dortmund verweisen, wo die Bonner Regierung trotz der einmütigen Protestbewegung der Dortmunder Bevölkerung nichts unternommen hat, um die Stationierung britischer Atomraketeinheiten zu verhindern. Im Gegenteil! Sie wurde auf Betreiben der Bonner Regierung im Schutz der Nacht fortgesetzt. Nur wer dunkle Geschäfte betreibt, fürchtet den hellen Tag. Diese dunklen Geschäfte aber sollen endlich ein Ende haben. Darum möge Genf im hellen Tageslicht vor den Völkern stehen und die dunklen Geschäfte des Krieges in Zukunft ausschließen.

Mit ständigen Beteuerungen ihrer „Friedensliebe“ versucht die westdeutsche Regierung, das deutsche Volk und auch die anderen Völker über ihre aggressiven Ziele und über die Gefährlichkeit ihrer Politik hinwegzutäuschen. Aber die Völker erinnern sich sehr genau daran, daß auch die Hitler-Faschisten, solange sie ihre Kriegsvorbereitungen noch nicht abgeschlossen hatten, ständig das Wort „Frieden“ im Munde führten, während sie insgeheim die Pläne zum Überfall auf andere Völker ausarbeiteten. Die Unglaubwürdigkeit der Friedensbeteuerungen der Bonner Regierung ist allzu offensichtlich, als daß die Völker heute noch getäuscht werden könnten. Das aggressive Auftreten des Revanchismus in Westdeutschland, die Politik der atomaren Aufrüstung des Bonner Kriegsministers Strauß und die Tatsache der Beherrschung der Bundeswehr durch die unbelehrbaren Hitler-Offiziere sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß sie mißverstanden werden könnte.

In Westdeutschland entwickelt sich ein neuer Kriegsherd

Die Gefahren, die sich aus der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland für den Frieden und die internationale Sicherheit ergeben, werden nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in allen anderen europäischen Ländern immer mehr erkannt. Der Expansionsdrang der

westdeutschen Monopole, das Streben nach der Vormachtstellung in Westeuropa, vor allem aber die großen Anstrengungen, die die Bonner Regierung unternimmt, um in kürzester Zeit die stärkste Militärmacht Westeuropas zu werden, machen die Menschen in England, in Frankreich und in den anderen westeuropäischen Staaten hellhörig. Mit großer Besorgnis verfolgen sie diese Entwicklung, die nur zu deutlich an die Aggressionsvorbereitungen Hitlers erinnert.

Wir verstehen diese Besorgnis voll und ganz. Die Deutsche Demokratische Republik hat seit langem auf die Folgen der Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands hingewiesen. Lange Zeit hindurch wurden unsere Warnungen in den Wind geschlagen oder als Übertreibungen zurückgewiesen. Man berief sich darauf, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und der Kontrolle des Westens unterworfen seien. Die Entwicklung der letzten Zeit hat jedoch die Haltlosigkeit und Gefährlichkeit dieser auf die Beruhigung der westeuropäischen Völker gerichteten Erklärungen offenbart. Viele Kreise in Westeuropa, ja selbst in den Vereinigten Staaten, beginnen heute einzusehen, daß diese Politik der Beruhigung die Kriegsgefahr in Wirklichkeit nur verschärft hat. Heute kann jeder sehen, daß sich in Westdeutschland ein neuer Kriegsherd entwickelt, von dem ein neuer Weltkrieg seinen Ausgang nehmen kann.

Wir wissen, daß sich der deutsche Imperialismus und Militarismus niemals mit einer untergeordneten Rolle zufriedengibt und auf Grund seiner besonderen Aggressivität immer wieder imperialistische Kriege auf die Tagesordnung setzt. Aber wir haben aus diesem Wissen nie ein Geheimnis gemacht und die Völker immer wieder gewarnt. Wir erheben auch heute wieder warnend unsere Stimme, weil wir sehen, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands nach einer Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg fiebern und ohne Skrupel bereit sind, die Welt in einen neuen Weltkrieg zu stürzen.

Beginn einer Neuorientierung im Westen

Gegenwärtig vollzieht sich bei breiten Kreisen in Westdeutschland und in den anderen westlichen Ländern eine gewisse Neuorientierung hinsichtlich ihrer Einstellung zum deutschen Problem und zur Frage der europäischen Sicherheit. Diese Neuorientierung findet ihren Ausdruck in einer ganzen Reihe neuer

Gedanken und Vorschläge, die vom bisherigen Schema des kalten Krieges in vielen Punkten abweichen. Eine solche Entwicklung ist nur zu begrüßen, weil diese Gedanken und Vorschläge, sofern sie sich gegen die Politik der Stärke und des kalten Krieges richten, nur dazu beitragen können, den Frieden zu sichern.

Im Vordergrund steht dabei in letzter Zeit besonders die Frage des „Auseinanderrückens der Machtblöcke“, der Schaffung einer sogenannten verdünnten Zone in Europa. Hierzu gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen. Zweifellos gibt es unter ihnen auch Vorschläge, die zu einer Erhöhung der europäischen Sicherheit beitragen könnten. Aber sie sind solange unzulänglich, als ihr Hauptstoß nicht gegen die in der Bundesrepublik heraufbeschworene Kriegsgefahr gerichtet ist und sie nicht davon ausgehen, die aggressiven Gelüste des wiedererstandenen deutschen Militarismus zu zügeln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt seit jeher alle Pläne, die zur Erhaltung und Festigung des Friedens beitragen können. So hat sie zum Beispiel den vom damaligen britischen Premierminister Eden auf der Genfer Gipfelkonferenz entwickelten Vorschlag zur Schaffung einer kontrollierten Zone der begrenzten Rüstung in Europa begrüßt und als einen positiven Schritt zur Verringerung der Kriegsgefahr gewertet. Der Plan des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa fand und findet unsere volle Unterstützung. Wir sind nach wie vor bereit, einer solchen Zone beizutreten.

Wir können uns dabei der Meinung westdeutscher Politiker, wonach es angeblich keinen zuverlässigen Schutz und keine zuverlässigen Garantien für die Achtung des Status einer kernwaffenfreien Zone durch andere Staaten gebe, nicht anschließen. Es sind genügend Möglichkeiten gegeben, solche Garantien zu schaffen. So hat die Sowjetunion in Beantwortung des Vorschlages zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone ausdrücklich erklärt, daß sie diese respektieren wird. Niemand hindert die Westmächte daran, eine gleiche Erklärung abzugeben. Außerdem können im Friedensvertrag mit Deutschland entsprechende Garantien festgelegt werden. Ferner gibt es ein Angebot der Sowjetunion zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO. Das Argument westdeutscher Politiker ist also unhaltbar.

Im Zusammenhang mit der internationalen Diskussion um die Schaffung einer „verdünnten Zone in Europa“ hält es die Regie-

rung der Deutschen Demokratischen Republik für notwendig, darauf hinzuweisen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland der schnellste und der beste Weg zur Sicherung des Friedens in Europa ist. Er würde den Militarismus in Westdeutschland bändigen, die westdeutsche Kriegspolitik beenden und den Weg für die Schaffung einer Friedenszone im Herzen Europas öffnen.

Friedliche und demokratische Wiedervereinigung setzt Lösung der Frage des Friedens voraus

Der Abschluß des Friedensvertrages, ja sogar schon die Inangriffnahme seiner Ausarbeitung würde darüber hinaus dem deutschen Volk helfen, die Lösung seiner nationalen Frage erfolgreich einzuleiten und zu beschleunigen; denn der Friedensvertrag würde bereits die Haupthindernisse beiseite räumen, die der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage durch die Bonner Kriegspolitik in den Weg gelegt wurden.

In Westdeutschland gibt es gegenwärtig eine Reihe von Vorschlägen und Plänen zur Deutschlandfrage, die nicht die Frage des Friedensvertrages, sondern die Frage der Wiedervereinigung in den Vordergrund rücken. Ein solches Herangehen an die Lösung des Deutschlandproblems entspricht nicht den gegenwärtigen Bedingungen. Die Lösung der Frage der Wiedervereinigung ist die große nationale Aufgabe des deutschen Volkes selbst. Die Regierung und die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik haben dazu bekanntlich eine Vielzahl konkreter und geeigneter Vorschläge unterbreitet. Es ist nicht unsere, sondern die historische Schuld der Adenauer-Regierung, daß alle diese Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung nicht zur Verwirklichung gekommen sind.

Statt dessen haben die Bundesregierung und die mit ihr verbündeten Regierungen der NATO-Staaten für die Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptaufmarschbasis eines atomaren Krieges in Europa Sorge getragen. Darum ist die Sicherung des Friedens und die Zügelung des deutschen Militarismus gegenwärtig die Hauptfrage in Deutschland. Es gibt keine Wiedervereinigung Deutschlands, solange in Westdeutschland der Militarismus herrscht und das friedliche Leben des deutschen Volkes und das der anderen Völker bedroht.

Erklärungen

Wir betonen darum mit aller Entschiedenheit, daß die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands die Lösung der Frage des Friedens voraussetzt. Außerdem ist doch völlig klar, daß die Sicherheit in Europa nicht allein mit der Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen ist. Dazu ist vor allem erst einmal ein Friedensvertrag mit Deutschland erforderlich. Ist der Friede gesichert und die demokratische Entwicklung in Westdeutschland gewährleistet, so sind damit auch die besten Voraussetzungen für die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre Wiedervereinigung gegeben. Der Abschluß des Friedensvertrages ist daher auch der kürzeste Weg zur Einheit Deutschlands.

Der Deutschlandplan der SPD

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es, daß sich in Westdeutschland gegenwärtig immer mehr einflußreiche Politiker von überholten und unrealen Vorstellungen über die Lösung der Deutschlandfrage frei machen. Dazu gehören vor allem die engstirnigen Vorstellungen von der staatlichen Nichtexistenz der Deutschen Demokratischen Republik und die Ablehnung von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, die schließlich in dem reaktionären Wunschtraum gipfeln, daß man die Deutsche Demokratische Republik erobern und dem imperialistischen westdeutschen Staat einverleiben könne. Für manchen Politiker in Westdeutschland wird es nicht leicht sein, diese Vorstellungen zu begraben. Aber über diese Leute wird die Geschichte ohne Zögern hinweggehen. Die Tatsachen zwingen zu der Einsicht, daß die Pläne der Politik der Stärke schnell auf den Kehrighaufen der Geschichte geworfen werden müssen. Je eher man das in Westdeutschland tut, um so besser wird es um die nationalen Belange unseres Volkes und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage bestellt sein.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu dem Deutschlandplan der Sozialdemokratischen Partei. Dieser Plan zeugt davon, daß sich auch die führenden Kreise der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem Zwang einer realistischeren Einschätzung der internationalen Lage und der Lage in Deutschland nicht länger entziehen können. Er enthält eine ganze Reihe von Anregungen und Vorschlägen, die wir durchaus unterstützen, weil sie von den Interessen des Friedens aus-

gehen. Abgesehen davon, daß der Deutschlandplan der Sozialdemokratischen Partei bei weitem nicht in allen Fragen der realen Lage in Deutschland gerecht wird, läßt die Haltung der westdeutschen Oppositionspartei aber leider in gar keiner Weise erkennen, daß sie sich für die Verwirklichung ihres eigenen Planes mit der erforderlichen Kraft einzusetzen gedenkt. Ist es nicht bezeichnend für die Haltung der rechten Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß sie auf die Durchführung einer außenpolitischen Debatte im Bonner Bundestag ausdrücklich verzichtete, obwohl dieser Verzicht im gegenwärtigen Augenblick nichts anderes ist als eine Hilfe für die Gegner der Entspannung? Das läßt die berechtigte Vermutung zu, daß die rechten Führungskreise der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nur das Ziel verfolgen, den Druck ihrer Mitgliedermassen abzulenken und ein Ventil für die wachsende Kampfbereitschaft der westdeutschen Arbeiter zu öffnen.

Wir sagen ganz offen: Die Verwirklichung solcher Pläne wie des Deutschlandplanes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands setzt voraus, daß der Einfluß jener Kräfte in Westdeutschland beseitigt wird, die die internationale Entspannung hintertreiben und die Deutsche Demokratische Republik annektieren wollen. Alle am Frieden interessierten Kräfte in Westdeutschland sollten ihre Bemühungen mit dem Bestreben der Deutschen Demokratischen Republik vereinen, den deutschen Militarismus zu bändigen und die Völker vor den furchtbaren Schlägen eines Atomkrieges zu bewahren. Auch die Politiker der anderen Staaten Europas sollten dieses Bestreben unterstützen, weil das am besten den Interessen ihrer Völker und der Sicherung des Friedens in Europa entspreche.

Stärke und Festigkeit des sozialistischen Lagers zwingen die Westmächte zu Verhandlungen

Die Politik des kalten Krieges, die Politik der Stärke und der Kriegsdrohungen ist gegenwärtig nicht nur in Westdeutschland, sondern auch im Weltmaßstab bankrott. Es ist für jeden, der sehenden Auges die Weltpolitik verfolgt, völlig klar, daß der ausschlaggebende Grund dafür die Stärke und die Festigkeit des sozialistischen Lagers ist. Alle Illusionen, die sozialistischen Staaten durch Drohungen einschüchtern zu können, sind angesichts der sowjetischen Erfolge bei der Erforschung des Weltraums und der imposanten militärischen Stärke der Sowjetunion und der

Erklärungen

anderen sozialistischen Staaten, angesichts der grandiosen Perspektiven des Siebenjahrplanes der Sowjetunion und der großen Aufbauertolge in anderen Staaten des sozialistischen Lagers hoffnungslos zerronnen.

Darüber hinaus wächst in der ganzen Welt die große Front der friedliebenden Menschen, die in Anbetracht der drohenden Gefahr eines furchtbaren Atomkrieges gebieterisch die Forderung nach einer Politik der Entspannung und der friedlichen Verständigung erheben. Darin liegt der wahre Grund, daß die Westmächte ihre ablehnende Haltung zu den Vorschlägen der Sowjetunion, über die Lösung der strittigen Probleme zu verhandeln, allmählich aufgegeben haben. Sie können heute Verhandlungen nicht mehr ausweichen.

Alles, was bisher über die Pläne der Westmächte an die Öffentlichkeit gelangt ist, kann schwerlich als konstruktiv bezeichnet werden. So wurde bekannt, daß die Vereinigten Staaten Vorschläge für ein Ost-West-Sicherheitssystem ausarbeiten, die — nach den bisherigen Veröffentlichungen — sehr an den berüchtigten Outline-Plan erinnern, der es den deutschen Militaristen ermöglichen soll, bis zur Oder vorzudringen, um dann Polen und die Tschechoslowakei zu überfallen. Darin sollen alle Maßnahmen zur Abrüstung und Entspannung von der vorhergehenden Wiedervereinigung Deutschlands auf imperialistischer Grundlage abhängig gemacht werden. Wir halten es für unsere Pflicht, daran zu erinnern, daß ähnliche „Vorschläge“ bereits zum Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1955 geführt haben. Wenn die Westmächte wirklich, entsprechend ihren häufigen Beteuerungen, an der internationalen Verständigung interessiert sind, dann müssen sie schon realistischer an die Lösung der Probleme herangehen. Was die Völker brauchen, sind keine neuen Illusionen und Verwirrungen, sondern reale Friedensvorschläge, denen sie ihre Zustimmung von ganzem Herzen geben können.

Leider gibt es bisher von den Westmächten noch keine klare Stellungnahme, die uns der Lösung der Frage des Friedensvertrages und der Westberlin-Frage näherbringen würde. Obwohl es in mancher Hinsicht unterschiedliche Auffassungen zwischen den Westmächten gibt, ist doch ihr Bestreben unverkennbar, einen Standpunkt zu beziehen, der mit der destruktiven Haltung der Bonner Regierung übereinstimmt. So gibt es eine Anzahl Erklärungen der Westmächte, nach denen der Friedensvertrag nur mit dem wiedervereinigten Deutschland abgeschlos-

sen werden könne und nach denen sie nicht bereit sind, ihre überlebten Besatzungsrechte in Westberlin aufzugeben.

*Nur die Konföderation führt zur friedlichen, demokratischen
Wiedervereinigung*

Was die Frage des Verhältnisses zwischen dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands betrifft, so ist der Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik klar und logisch. Er entspricht der gegenwärtigen Lage in Deutschland. Wir gehen in völliger Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes und den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts davon aus, daß die Wiedervereinigung Deutschlands Sache der beiden deutschen Staaten ist, in die — abgesehen von freundschaftlichen Ratschlägen — keine Einmischung anderer Staaten zugelassen werden kann.

Der einzig erfolgversprechende Weg zur friedlichen, demokratischen Wiedervereinigung ist unter den gegenwärtigen Bedingungen die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, wie sie von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag geht davon aus, daß in beiden deutschen Staaten verschiedene Gesellschaftsordnungen entstanden sind und Westdeutschland aggressiven Militärpakten angehört. Eine mechanische, unvorbereitete Zusammenlegung der beiden deutschen Staaten ist unter diesen Bedingungen doch völlig unmöglich. Eine Konföderation aber ist die gegebene Form, um die allmähliche Annäherung der beiden deutschen Staaten zu vollziehen.

Es würde sowohl den Interessen des deutschen Volkes als auch den Interessen anderer Völker entsprechen, wenn die Regierungen der Westmächte dem Beispiel der Sowjetunion folgten und die Bildung einer Konföderation unterstützten. Ihr Festhalten am Standpunkt der sogenannten Viermächteverantwortung, das heißt ihr Versuch, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu mißachten, ist aussichtslos. Daraus entwickelt sich nur die Möglichkeit der Fortsetzung der revanchistischen Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands.

Friedensvertrag mit beiden deutschen Regierungen

Da die gegenwärtige Bonner Politik nicht bereit ist, auf den Konföderationsvorschlag einzugehen, bleibt kein anderer Weg,

als den Friedensvertrag mit den in Deutschland bestehenden Regierungen abzuschließen. Wer das nicht will, macht sich schuldig an einem neuen Weltkrieg, der auf dem Boden Westdeutschlands vorbereitet wird. Wir, die Deutsche Demokratische Republik, sind nicht bereit, eine solche Schuld auf uns zu nehmen, und werden darum nicht eher ruhen, bis der Frieden in ganz Deutschland Wirklichkeit geworden ist.

Das von der Bonner Regierung vorgebrachte und von den Westmächten unterstützte Argument „Friedensvertrag erst nach der Wiedervereinigung“ ist nichts weiter als der Versuch Bonns, den Abschluß des Friedensvertrages zu verhindern, um die revanchistische Politik ungehindert fortsetzen zu können. Wir erheben darum nochmals die Forderung und sind gewiß, damit die Meinung der Mehrheit unseres Volkes zu vertreten: Die Beratungen über den Friedensvertrag mit Deutschland müssen unverzüglich aufgenommen werden. Der Zustand, daß Deutschland 14 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges immer noch keinen Friedensvertrag hat, ist nicht länger tragbar. Wir erwarten deshalb, daß die bevorstehende Außenministerkonferenz dem Willen des deutschen Volkes entspricht und ihre Anstrengungen vor allem auf die Lösung dieses Problems richtet.

Zur Westberlin-Frage

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur Westberlin-Frage. Nach wie vor wird im Westen der Versuch unternommen, die Bemühungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik zur Lösung dieses Problems zu entstellen. Ich erkläre darum noch einmal: Der Vorschlag zur Lösung der Westberlin-Frage verfolgt kein anderes Ziel als die Beseitigung des gefährlichen Spannungsherde, zu dem sich Westberlin unter dem westlichen Besatzungsregime entwickelt hat. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als daß in Westberlin friedliche Zustände hergestellt werden. Darum fordern wir die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Dabei liegt es uns völlig fern, die bestehende Gesellschaftsordnung in Westberlin anzutasten. Ich verweise ausdrücklich noch einmal darauf, daß wir uns bereit erklärt haben, den Status Westberlins als einer entmilitarisierten Freien Stadt zu respektieren und ihm seine Verbindungen mit der Außenwelt zu gewährleisten. Die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin hätte das Recht, Handelsbeziehungen mit allen Staaten der Welt aufzu-

nehmen und entsprechende Verträge abzuschließen. Damit sind alle Voraussetzungen gegeben, um die Westberlin-Frage im Sinne des Friedens, im Interesse der Westberliner Bevölkerung und im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik zu lösen.

Natürlich kann niemand von uns erwarten, daß wir solche Vorschläge annehmen, die die berechtigten Interessen der Deutschen Demokratischen Republik verletzen. Dazu gehört auch der Vorschlag, ganz Berlin irgendwelchen internationalen Kontrollorganen zu unterwerfen. Die Träger dieses Gedankens haben offenbar überhaupt nicht begriffen, worum es geht. Welchen Grund sollte es denn geben, die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zu kontrollieren? Wir denken gar nicht daran, das zuzulassen. Wenn sich jemand für unsere friedliche, demokratische Politik interessiert, so ist er zum Studium herzlich eingeladen. Er ist dann unser Gast; aber Kontrolleure brauchen wir nicht.

Bei der Lösung der Westberlin-Frage geht es ausschließlich darum, Westberlin als gefährlichen Spannungsherd und als Brückenkopf des kalten Krieges zu beseitigen. Jeder andere Vorschlag, der nicht von dieser Voraussetzung ausgeht, muß sich notwendigerweise vom Boden der politischen Realitäten entfernen.

Wir hoffen und erwarten, daß auf der bevorstehenden Genfer Außenministerkonferenz eine positive, den Interessen des Friedens und den Interessen aller beteiligten Seiten entsprechende Lösung der Westberlin-Frage vorbereitet wird. Was wir dazu beitragen können, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften tun.

Bonn hintertreibt internationale Entspannung

Wir lenken die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit weiter auf die alarmierende Tatsache, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands gegenwärtig alles unternehmen, um einen Erfolg der Ost-West-Verhandlungen zu vereiteln und die internationale Entspannung zu hintertreiben. Das Auftreten der Bonner Vertreter auf der kürzlichen NATO-Tagung war dafür ein mahnendes Beispiel. Im Interesse ihrer aggressiven Zielsetzung sucht die Bonner Regierung auch ihre Verbündeten auf die Weiterführung der gescheiterten Politik der Stärke festzulegen.

Das Feuer der unverbesserlichen Kriegstreiber in Bonn konzentriert sich gegenwärtig besonders auf Großbritannien, weil bis in die Kreise der britischen Regierung hinein die Erkenntnis wächst, daß die Bonner Politik gefährliche Folgen für Großbritannien haben kann. Diese berechtigte Besorgnis erklärt das starke Drängen der britischen Öffentlichkeit nach einer Entspannung in Europa, dem sich die britische Regierung nicht entziehen kann.

Mit einer beispiellosen Hartnäckigkeit, die zugleich ein bezeichnendes Licht auf ihre aggressiven Pläne wirft, widersetzt sich die Bonner Regierung allen Anregungen zur Schaffung einer Entspannungszone in Mitteleuropa. Herr Adenauer sprach in seiner Rundfunkrede am 8. April von Drahtziehern, die in Großbritannien systematisch eine antideutsche Stimmung erzeugen. Es ist notwendig, Herrn Adenauer zu berichtigen; denn zweifellos sind die Drahtzieher einer antideutschen Stimmung nicht im englischen Volk zu suchen, sondern unter den deutschen Militaristen und Faschisten selbst, die es schon immer ausgezeichnet verstanden haben, den Namen Deutschland in den Augen der Weltöffentlichkeit zu beschmutzen.

Ich habe mir die Mühe gemacht und den Adenauerschen Schwanengesang vom 8. April genau angehört. Mit Erstaunen vernahm ich, daß ein großer Teil, vielleicht sogar der größte Teil der Rede ausgefüllt war mit Beteuerungen über die guten Beziehungen Adenauers zu de Gaulle und Macmillan. Wer bis dahin noch nicht wußte, aus welcher Ecke der Wind pfeift, der weiß es nun genau. Ich mußte dabei an das Goethe-Wort aus „Iphigenie“ denken:

Man spricht vergebens viel, um zu versagen,
der andere hört von allem nur das Nein.

Und so ist die Verschlechterung der Beziehungen durch die falsche Politik Adenauers entstanden und nicht durch das Verhalten anderer Staaten. Um den Verhandlungen zur Entspannung der internationalen Lage in jeder Weise Schwierigkeiten zu bereiten, holt die Bonner Regierung jetzt die berüchtigten Junktim-Forderungen wieder aus der Mottenkiste. Sie verlangt auch heute noch, daß keine Entspannungsmaßnahme durchgeführt werden darf, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen vereinbart werden, die der Verwirklichung der völlig unrealen Pläne der deutschen Militaristen zur Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik in den imperialistischen Herrschafts-

bereich der Bundesrepublik dienen. Das hat der Bonner Außenminister von Brentano in einem kürzlichen Interview mit dem westdeutschen Rundfunk unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Nach westdeutschen Pressemeldungen ist Adenauer in einem bisher streng geheimgehaltenen Brief an den englischen Premierminister Macmillan sogar noch einen Schritt weitergegangen und hat die Realisierung der Outline-Lösung zur Vorbedingung jeder Entspannungsmaßnahme gemacht.

Die Bonner Regierung will also keine schrittweise Verminderung der Spannungen. Sie klammert sich mit allen Mitteln an ihre bankrotte Kriegspolitik. Sie will die Aufrüstung der Bundesrepublik ungestört fortsetzen. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein Interview, das der Bonner Kriegsminister Strauß der Zeitung „Newsweek“ kürzlich gewährte. Strauß sagte darin, daß er „für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gerade jetzt“ eintrete, das heißt in dem Augenblick, in dem die ganze Welt entscheidende Schritte zur Sicherung des Friedens erwartet. Was ist ein solches Auftreten anderes als eine offene Provokation, gerichtet gegen alle Bemühungen zur Entspannung.

Es liegt auch ganz im Sinne dieser provokatorischen Politik, wenn der Bonner Staatssekretär Nahm erklärt, das Bonner Grundgesetz gelte nicht nur für Westdeutschland, sondern auch für die Deutsche Demokratische Republik und für die polnischen Westgebiete — oder wenn Herr Thedieck, seines Zeichens Staatssekretär im sogenannten Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, dazu auffordert, sich in Geduld zu fassen, bis der „rechte Augenblick“ gekommen sei — mit anderen Worten: bis sich die deutschen Militaristen stark genug glauben, um neue aggressive Abenteuer vom Zaune zu brechen.

Die herrschenden Kreise in Bonn können sich bei der Verfolgung ihrer Politik immer noch auf die aktive Unterstützung einflußreicher Kreise der Westmächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, stützen. Nicht zuletzt werden sie gerade durch diese Unterstützung darin bestärkt, ihren revanchistischen Kurs fortzusetzen. Es ist an der Zeit, daß man im Westen endlich begreift: Wer den deutschen Militarismus unterstützt, handelt den Interessen des Weltfriedens und den eigenen nationalen Interessen strikt zuwider und wird daran selbst zugrunde gehen. Die Erfahrungen der Geschichte haben die Richtigkeit dieser Feststellung bereits zweimal bewiesen.

*Wende in der gesamten Politik Westdeutschlands
muß herbeigeführt werden*

Kürzlich beschlossen die Führungsspitzen der westdeutschen Regierungspartei, Adenauer als Kandidaten für den Posten des Bonner Bundespräsidenten zu benennen. Das bedeutet, daß Adenauer in wenigen Monaten durch einen anderen Bundeskanzler abgelöst wird. Dieser Schritt ist das offene Eingeständnis der Niederlage des politischen Kurses Adenauers. Die große Friedensinitiative der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Staaten hat den völligen Bankrott der Adenauerschen Politik der Stärke vor aller Welt deutlich gemacht und zweifellos den letzten entscheidenden Anstoß zum Rücktritt Adenauers gegeben.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands müssen heute erkennen, daß der starre Kurs Adenauers die Gefahr einer außen- und innenpolitischen Krise heraufbeschwört. Sie halten es offensichtlich für geboten, Adenauer als den Hauptexponenten des kalten Krieges, der in der Weltöffentlichkeit kompromittiert ist, etwas in den Hintergrund treten zu lassen, um angesichts der weltpolitischen Veränderungen ihre bisherige Politik „elastischer“ weiterführen zu können.

Man muß sich aber völlig im klaren darüber sein, daß der Rücktritt Adenauers noch nichts an der aggressiven Zielsetzung der herrschenden Kreise Westdeutschlands ändert. Noch regieren in Bonn die Strauß, Schröder und Brentano, und Adenauer will bekanntlich seine neue Stellung dazu ausnutzen, die Bonner Politik auch weiterhin in die Bahn des kalten Krieges zu lenken. Wenngleich das erzwungene Abtreten Adenauers aus der aktiven Politik ein großer Erfolg der Friedenskräfte ist, so ist doch nach wie vor größte Wachsamkeit geboten. Es geht letzten Endes nicht um einen anderen Bundeskanzler, sondern es geht um eine andere Politik.

Es ist darum notwendig, eine Wende in der gesamten Politik Westdeutschlands herbeizuführen, eine Wende zu einer friedlichen Politik, die die Kriegsgefahr bannt und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht.

Die Welt steht heute vor einer unabwendbaren Entscheidung: vor der Alternative zwischen dem Atomkrieg und der friedlichen Verständigung zwischen den Völkern. Deutschland ist ein wichtiges Feld dieses weltweiten Kampfes, der die Frage Krieg oder Frieden entscheidet. Darum ist die Frage des Abschlusses

des Friedensvertrages mit Deutschland für die friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas von so außerordentlicher Bedeutung.

*Verständigung beider deutscher Regierungen vor Genf ist
notwendig*

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darf mit Recht für sich in Anspruch nehmen, ihren Teil im Kampf um den Frieden in Deutschland und Europa zu leisten. Sie hat in der Vergangenheit nichts unversucht gelassen, über die Fragen der Sicherung des Friedens und der nationalen Wiedervereinigung zu einer Verständigung mit der Bundesrepublik zu gelangen. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der westdeutschen Regierung im September vorigen Jahres vorgeschlagen, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zur Erarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes für den Abschluß eines Friedensvertrages zu bilden.* Wir gingen damals davon aus, daß diese Kommission auch andere die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik betreffende Fragen behandeln könnte. Leider ist die westdeutsche Regierung auf diesen Vorschlag bis jetzt noch nicht eingegangen.

In wenigen Wochen werden in Genf Verhandlungen beginnen. Zum erstenmal werden Vertreter beider deutscher Regierungen mit am Verhandlungstisch sitzen. Wir sind der Auffassung, daß es deshalb notwendig ist, eine vorherige Verständigung der beiden deutschen Regierungen über den in Genf zu vertretenden deutschen Standpunkt herbeizuführen.

Wir richten an die Bundesregierung die Aufforderung, sich nicht weiterhin dem auch in Westdeutschland vorhandenen Willen der Bevölkerung nach Frieden, Sicherheit und Entspannung zu widersetzen. Die Bundesregierung möge daran denken, daß im Verlaufe der Geschichte letzten Endes immer das Volk gesiegt hat. Es wird trotz aller gegenteiligen Anstrengungen auch in Westdeutschland siegen!

Die Bonner Regierung erklärt, sie könne uns nicht anerkennen, und deshalb seien auch Verhandlungen zwischen ihr und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich. Eine solche Ausrede ist geradezu lächerlich. Es geht uns, wenn wir der Bonner Regierung Verhandlungen vorschlagen, doch

* Siehe Band VI, S. 76 ff.

nicht um die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch Bonn. Die staatliche Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist davon völlig unabhängig, eine Tatsache, an der die Anerkennung oder Nichtanerkennung durch die westdeutsche Regierung nicht das geringste ändert. Uns geht es vor allem um die nationalen Belange unseres Volkes, um die Interessen seines friedlichen Lebens und um die Beseitigung der Kriegsgefahr. Für diese Ziele sind wir bereit, uns sofort mit Vertretern unserer Landsleute aus Westdeutschland an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln.

Wir sind der Meinung, daß sich die beiden deutschen Regierungen unbedingt verständigen müssen, um auf der Genfer Außenministerkonferenz in der Frage der Vorbereitung und des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland einen aufeinander abgestimmten, einheitlichen deutschen Standpunkt zu vertreten. Jeder patriotische Deutsche wird unsere Auffassung in dieser Frage voll unterstützen und verstehen.

Solche Verhandlungen würden es auch ermöglichen, sich über Fragen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verständigen. Sie könnten vor allem dazu führen, den Weg zur Bildung einer Konföderation zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik frei zu machen. Auf diese Weise könnte der Friedensvertrag sogar mit den Organen der Konföderation abgeschlossen werden.

Geleitet von dem Bestreben, alles zu tun, um sowohl die internationale Entspannung als auch die Entspannung in Deutschland zu fördern, habe ich dem westdeutschen Bundeskanzler Adenauer am 9. April einen Brief übermitteln lassen und im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darin gemeinsame Beratungen vorgeschlagen.* In dem Brief wurde der westdeutsche Bundeskanzler weiter aufgefordert, endlich fühlbare Maßnahmen zur Schaffung eines Klimas der Verständigung einzuleiten und damit dem Verlangen des deutschen Volkes zu entsprechen.

Die Reaktion Adenauers und der herrschenden Kreise in Bonn auf unseren Vorschlag zeigt, daß sie dazu auch jetzt noch nicht bereit sind. Herr Adenauer sagte in seiner Rundfunkrede am 8. April sogar ausdrücklich, daß sich „an der Haltung der Bundesrepublik . . . auch während der nächsten Jahre, nicht nur während dieser Konferenzzeit, kein Buchstabe ändern“ wird. Wir sind

* Siehe S. 67 f.

sehr erstaunt über die Anmaßung, mit der Herr Adenauer solche Feststellungen zu treffen beliebt. Man muß sich fragen, woher Herr Adenauer, der ja vom Bundeskanzleramt zurücktreten will, eigentlich noch das Recht nimmt, die Politik der Bundesrepublik auf Jahre hinaus festzulegen, noch dazu in einer Zeit, wo in Genf über notwendige Veränderungen der westdeutschen Politik verhandelt werden soll.

Adenauer und sein Außenminister von Brentano verhandeln zwar mit Amerikanern, Engländern und Franzosen, aber sie lehnen es ab, mit den Deutschen in der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen zu verhandeln, die unser Volk berühren. Sie lehnen es deshalb ab, weil sie am Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und an der Schaffung eines friedliebenden Deutschlands nicht interessiert sind, weil sie ihre Atomrüstungspolitik fortsetzen und ihre aggressiven Pläne nicht aufgeben wollen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der vor den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht zu rechtfertigen ist. Eine gründliche Änderung dieser Lage muß durch die patriotischen Kräfte Westdeutschlands herbeigeführt werden.

*Direktiven für die Regierungsdelegation der
Deutschen Demokratischen Republik*

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht davon aus, daß sich die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik bei ihrem Auftreten auf der Genfer Außenministerkonferenz von folgenden Grundsätzen leiten lassen muß:

1. Die Interessen des deutschen Volkes wie aller anderen Völker erfordern den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland, der die von Westdeutschland ausgehende Kriegsgefahr bannt, dem deutschen Volk einen gleichberechtigten Platz in der Völkerfamilie sichert und die Voraussetzungen für die Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher und friedliebender Staat schafft.

Die Außenministerkonferenz muß deshalb ihr Hauptaugenmerk auf die Frage des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland richten und alle Vorbereitungen treffen, daß eine Friedenskonferenz ohne weitere Verzögerung zustande kommt, auf der ein demokratischer Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden kann.

2. Die Entwicklung Westberlins zu einem gefährlichen internationalen Spannungsherd ist eine akute Bedrohung des Friedens.

Erklärungen

Es ist deshalb unumgänglich notwendig, die Lage in Westberlin zu bereinigen. Die Vorschläge der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bieten dafür eine geeignete Grundlage, um die Westberlin-Frage unter Berücksichtigung der Interessen der Westberliner Bevölkerung, der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der Interessen der europäischen Sicherheit zu lösen. Auf der Außenministerkonferenz könnten wesentliche Fortschritte zur Lösung der Westberlin-Frage erreicht werden.

3. Die durch die Kriegsvorbereitungen der NATO, insbesondere auf dem Boden Westdeutschlands, geschaffene gespannte Situation in Europa erfordert dringend Maßnahmen zur Beseitigung der Kriegsgefahr. Eine große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Verwirklichung solcher Vorschläge wie der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages, der Verminderung der ausländischen Truppen in anderen Staaten, besonders in Deutschland, sowie von Maßnahmen, die die Gefahr eines plötzlichen Überfalls in Europa weitgehend herabsetzen. Alle Vorschläge, die ein „Auseinanderrücken der Machtblöcke“ oder die Schaffung einer „verdünnten Zone“ zum Ziele haben, können nur dann konstruktiv sein, wenn sie die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigen und gegen die Hauptursachen der gegenwärtigen Spannungen in Europa — die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten und der NATO — gerichtet sind.
4. Was die Wiedervereinigung Deutschlands betrifft, so ist das eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten und nicht Gegenstand der Genfer Besprechungen der Außenminister. Jeder Versuch, diese Frage zur Diskussion zu stellen, muß als eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Volkes zurückgewiesen werden. Die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands kann nur auf dem Wege der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten vor sich gehen. Die Deutsche Demokratische Republik ist dazu bereit. Der Vorschlag zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten bietet die geeignete Grundlage, um die Annäherung und schließliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu vollziehen. Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Anbahnung einer gesamtdeutschen Verständigung, insbesondere der Vorschlag

vom September 1958, eine Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten zu bilden mit der Aufgabe, einen gemeinsamen deutschen Standpunkt hinsichtlich des Friedensvertrages zu erarbeiten und andere die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten betreffende Fragen zu erörtern, bleiben bestehen.

Das sind unsere Vorschläge, die unsere Delegation mit nach Genf nehmen soll und nach denen sie ihr Auftreten regeln soll. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Überzeugung, daß die Befolgung dieser Direktiven durch unsere Delegation völlig mit den Interessen unseres Volkes übereinstimmt, daß sie den Frieden festigt und einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz herbeiführen hilft.

Die Regierung bittet das Hohe Haus, die von mir vorgetragene Linie des Auftretens der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der bevorstehenden Konferenz der Außenminister in Genf zu beraten und zu billigen.

(Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik,
3. Wahlperiode, 5. Sitzung, 16. 4. 59, S. 109–116)

Gemeinsame Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nahm am 16. April d. J. zur bevorstehenden Genfer Außenministerkonferenz Stellung.

Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerpräsident O. Grotewohl, gab eine Regierungserklärung dazu ab, der die Volkskammer nach eingehender Erörterung ihre Zustimmung erteilt. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Abgeordneten des westdeutschen Bundestages mit dem Ersuchen, die in dieser Regierungserklärung dargelegten Gedanken zu prüfen.

Die Volkskammer hält es darüber hinaus im Interesse des gesamten deutschen Volkes für notwendig und möglich, daß Vertreter beider deutscher Parlamente noch vor der Genfer Außenministerkonferenz zusammentreffen, um über gemeinsame Maßnahmen, die der Sicherung des Friedens dienen, und über die nächsten Schritte zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, deren Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands ist, zu beraten.

Erklärungen

Das Präsidium der Volkskammer wird bevollmächtigt, erforderliche Entscheidungen über Ort und Zeitpunkt einer solchen gemeinsamen Beratung mit Abgeordneten des westdeutschen Bundestages sowie über die Zusammensetzung der Delegation der Abgeordneten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu treffen.

(Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik,
3. Wahlperiode, 5. Sitzung, 16. 4. 59, S. 136)

Protest der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Abhaltung des „Sudetendeutschen Tages“ in Wien

Das Presseamt beim Ministerpräsidenten teilt mit: Während der Pfingsttage organisierten die reaktionärsten revanchistischen Kreise Westdeutschlands in Wien einen sogenannten sudetendeutschen Tag. Diese sich offen gegen die Nachbarvölker Deutschlands richtende Veranstaltung, zu der nach Presseberichten etwa 200 000 Teilnehmer aus der Bundesrepublik nach Wien gekommen waren, sollte nicht zuletzt die Verhandlungen der Genfer Außenministerkonferenz und jeden Versuch, eine Entspannung in Europa herbeizuführen, stören. Von den Rednern wurde die Hitlersche Losung „Neuordnung Europas“ wieder aufgenommen und als erster Schritt eine Revision der bestehenden Grenzen und die Einverleibung von Gebieten der Tschechoslowakischen Republik, von Südtirol, des Elsaß und der polnischen Westgebiete gefordert. Diese Veranstaltung in Wien wie ähnliche Veranstaltungen, die zu gleicher Zeit in der Bundesrepublik stattgefunden haben, stellen eine Gefährdung des Friedens in Europa dar und sind gegen die wahren Interessen des friedliebenden deutschen Volkes gerichtet.

Das Verhalten der österreichischen Regierung, die die Durchführung der revanchistischen Veranstaltung in Wien zuließ und, obwohl vor der Durchführung des sudetendeutschen Tages in Wien faschistische Ausschreitungen stattfanden, diese Tagung durch die Teilnahme des Bundeskanzlers Raab und ihres Innenministers Helmer unterstützte und förderte, stellt nicht nur eine Hilfe für die Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen dar, sondern ist gleichzeitig unvereinbar mit der im Staatsvertrag auch von Österreich beschworenen Neutralität.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik legt gegen dieses Verhalten der österreichischen Regierung Protest ein und macht darauf aufmerksam, daß eine solche Politik der Unterstützung der westdeutschen Militaristen und Revanchisten auch eine Gefahr für den Bestand der österreichischen Republik und die Interessen des österreichischen Volkes bedeutet.

(ADN 20. 5. 59)

Friedensvertrag schützt Ostseeküsten
Rede des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Minister-
rates, Walter Ulbricht,
zur Eröffnung der Ostseewoche in Rostock am 27. Juni 1959

Verehrte ausländische Gäste! Liebe Freunde und Genossen!
Zur Ostseewoche 1959 möchte ich Sie alle recht herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns, daß Sie so zahlreich der Einladung des Ostseekomitees und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gefolgt sind.

Die Regierung und mit ihr alle Bürger unserer Republik wünschen, daß die Ostseewoche ein Freundschaftstreffen der Völker des Ostseeraumes, Norwegens und Islands, ein Fest des Friedens und ein Ausdruck des gemeinsamen Strebens wird, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen. Die Ostsee soll kein Meer der Trennung, sondern ein Meer des friedlichen Zusammenlebens von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und der Völkerfreundschaft sein.

Besonders gegenwärtig, wo die Sowjetunion und die Völker in Ost und West große Anstrengungen unternehmen zur Erreichung einer weiteren Entspannung in der Welt, steht vor den Anliegerstaaten der Ostsee die Frage der Maßnahmen zur Sicherung des Friedens. Die neue internationale Stellung der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie in Genf zum Ausdruck gebracht wurde, erfordert auch größere Anstrengungen, um den Gefahren, die durch den deutschen Militarismus im Ostseeraum heraufbeschworen werden, zu begegnen. Es ist an der Zeit, auch im Ostseeraum eine eigene Initiative der Staaten und Völker zur Sicherung des Friedens zu entfalten. Das würde auch die weitere Beratung der Außenminister und die Gipfelkonferenz befruchten. Der von der Deutschen Demokratischen Republik ausgehende Gedanke, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen, hat nicht nur bei unseren Bruderländern, der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen, Unterstützung und Zustimmung gefunden,

sondern wird heute auch schon von einem großen Teil der Bevölkerung der anderen Ostseestaaten begrüßt.

Ostsee — atom- und raketenwaffenfreie Zone

Weshalb, liebe Freunde, betonen wir so sehr, daß die Ostsee ein Meer des Friedens sein soll? Weil eine Entspannung im Ostseeraum wesentlich dazu beitragen würde, die von allen Völkern gewünschte internationale Entspannung herbeizuführen.

Die Forderung: „Ostsee — ein Meer des Friedens“ bedeutet, daß sich in diesem Raum die Regierungen gemäß den Wünschen ihrer Völker darüber einigen sollen, alle ihre Anstrengungen auf die Erhaltung des Friedens zu konzentrieren, den friedlichen Handel zwischen den Völkern sowie den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit allen Mitteln zu fördern.

Sie bedeutet, daß alle Gefahrenherde, die zu militärischen Konflikten führen können, im Ostseeraum beseitigt werden. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß sich alle Anliegerstaaten verpflichten, die Ostsee zu einer atom- und raketenwaffenfreien Zone zu machen.

Der Außenminister der Volksrepublik Polen, Genosse Rapacki, hat Vorschläge unterbreitet, die gerade in den skandinavischen Ländern viel Verständnis und Interesse gefunden haben und nach wie vor für die Erhaltung des Friedens im Ostseeraum von außerordentlicher Aktualität sind. Die Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone, die das gesamte Ostseegebiet umfaßt, wäre ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der Lage in Europa und damit in der ganzen Welt. Für diese Ziele tritt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam mit den Regierungen der sozialistischen Staaten ein.

Bonn und NATO sind die Störenfriede im Ostseeraum

Wenn böswillige Leute behaupten, die Sowjetunion wolle die Ostsee zu einem Binnenmeer für sich machen, so entstellt das völlig die Vorschläge der Sowjetunion, die der Vorsitzende des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genosse N. S. Chruschtschow, in seiner Rede in Riga dargelegt hat. In Wirklichkeit ist die Lage so, daß es gegenwärtig nur einen Anliegerstaat der Ostsee gibt, der revanchistische und aggressive Pläne verfolgt und diese offen begründet. Das ist die westdeutsche Bundesrepublik.

Gegenüber dieser Bedrohung kann die Freiheit der Ostsee nur durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und den Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen den Anliegerstaaten der Ostsee hergestellt werden. Die Sowjetunion und die sozialistischen Ostseestaaten verlangen von den anderen Anliegerstaaten der Ostsee nicht mehr und nicht weniger, als sie selbst zur Sicherung des Friedens in diesem Raum zu leisten bereit sind. Der Störenfried ist die NATO und die westdeutsche Bundesregierung, die durch ihre Atomkriegspolitik künstlich die Kriegsgefahr in den Ostseeraum hineintragen.

Als kürzlich die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion weilte, war die Frage des Friedens in der Ostsee Gegenstand ausführlicher Gespräche mit der Regierung der Sowjetunion. Wir stimmen mit der Meinung des sowjetischen Ministerpräsidenten, Genossen Chruschtschow, überein, der in Riga erklärte:

„Es wäre für die Völker aller skandinavischen Länder sehr nützlich, wenn Skandinavien zu einer atomwaffenfreien Zone würde, einer Zone, in der es keine Militärstützpunkte anderer Staaten gäbe. Kalte Winde wehen von Norden, Skandinavien aber könnte sie erwärmen, und von hier aus würde das Auftauen des Eises des kalten Krieges einsetzen.“

Im Abschlußkommuniqué appellierten unsere beiden Regierungen an die Regierungen aller Ostseeländer, die Ostsee zu einem Meer des Friedens, zu einer atom- und raketenwaffenfreien Zone zu machen, in der es keine militärischen Stützpunkte fremder Länder geben soll.

Die Deutsche Demokratische Republik wiederholt feierlich ihr Angebot vom September 1957 an alle Ostseestaaten und Norwegen* und schlägt erneut vor, daß alle Staaten in bilateralen oder multilateralen Abkommen über Nichtangriff, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch ihre Bereitschaft zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in der Ostsee bekunden.

Die Bedeutung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland

Liebe Freunde! Wir bitten die Völker der skandinavischen Staaten, sich mit dem Vorschlag eines Friedensvertrages mit Deutschland vertraut zu machen, denn der Abschluß eines Friedensver-

* Siehe Band V, S. 139 ff.

trages, der gemeinsam von beiden deutschen Staaten unterzeichnet wird, wäre ein grundlegender Beitrag zur Minderung der Spannungen in ganz Europa und würde auch die Spannungen an den Küsten unseres Meeres hinwegräumen helfen.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland würde einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen und gleichzeitig zur Bändigung der westdeutschen Militaristen führen. Der Abschluß eines Friedensvertrages würde die gegenwärtige gefährliche Lage im Zentrum Europas bereinigen und die Sicherheit der europäischen Völker, die wiederholt unter der Aggression der deutschen Militaristen gelitten haben, gewährleisten. Der Friedensvertrag ist daher auch ein Hauptelement für die Verwandlung der Ostsee in ein Meer des Friedens. Der Friedensvertrag entzieht dem in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Militarismus, der sich unter Führung der ehemaligen faschistischen Generale auf neue Kriegsabenteuer vorbereitet, die Grundlage für seine Aggressionspläne.

Bereits heute zeigen sich die gefährlichen Konsequenzen der revanchistischen Bestrebungen des deutschen Militarismus für die nordeuropäischen Völker. Unter dem Deckmantel angeblich notwendiger Verteidigungsmaßnahmen gegenüber den sozialistischen Ländern versucht er, sich mit Hilfe der NATO Stützpunkte und Ausgangsbasen für eine neue Aggression in den nordeuropäischen Ländern zu verschaffen und diese in seine Kriegsabenteuer hineinzuziehen.

Die Ziele der westdeutschen Militaristen im Ostseeraum

Die westdeutsche Kriegsmarine hat sich die Aufgabe gestellt, im Rahmen der aggressiven NATO-Strategie die Führung bei den Kriegsvorbereitungen im Ostseeraum zu übernehmen. Die westdeutsche Kriegsflotte steht unter dem Kommando von Admiralen und Kapitänen, die fast ausnahmslos an den Überfällen Hitlers auf Dänemark, Norwegen und England teilgenommen haben und bis heute mit keinem Wort von ihrer furchtbaren Vergangenheit abgerückt sind.

Die Ziele der Bonner Seekriegsplanung brachte Fregattenkapitän Bidtlingmaier in der halbamtlichen westdeutschen Militärschrift „Wehrkunde“ vom Dezember 1958 mit den Worten zum Ausdruck:

„Die Ostsee ist ein Schicksalsmeer der NATO geworden. Die sowjetisch besetzte Küste ist nämlich — anders als die Mittel-

meerküste — fast auf ihrer ganzen Länge von annähernd 2000 km zum Landen gut geeignet.“

Die Ostsee — ein NATO-Kriegsschauplatz oder ein Meer des Friedens, das ist die Alternative, vor der die Völker des Ostseeraumes stehen.

Den aggressiven Zielen der westdeutschen Militaristen diene das Manöver „Wallenstein“ und die Seekriegsmanöver „Wallenstein 2“ und „Gelber Löwe“ in der Ostsee, die bis auf 30 km an die Küste des neutralen Schwedens herangetragen wurden. Offen sprechen die deutschen Militaristen davon, die Angriffe ihrer strategischen Luftflotte teilweise über skandinavisches Gebiet zu leiten. Deshalb wünschen sie, daß die Luftüberwachung und die Raketenstützpunkte nach Schweden vorverlegt werden. Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. März berichtet in einem Artikel über die Existenz „militärischer Pläne für die Einbeziehung Schwedens in die westliche Front im Falle eines weltweiten Konfliktes“.

Natürlich ist ein Angriff auf das sozialistische Lager bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Ostseeraum für die revanchistischen Politiker Bonns eine selbstmörderische Angelegenheit. Sie glauben aber, wenn sie die Meerenge zwischen Schleswig-Holstein und Norwegen sowie alle NATO-Flotteneinheiten in der Ostsee und Norwegen unter ihre Kontrolle bringen, die notwendige Ausgangsbasis für die Verwirklichung ihrer räuberischen Ziele zu haben.

Der Bonner Kriegsminister Strauß forderte in der militaristischen westdeutschen Zeitschrift „Der deutsche Soldat“ (Januar 1959),

„es sei dringend an der Zeit, in diesem Gebiet (der Nordflanke der NATO) klare Befehlsverhältnisse und ein einheitliches Kommando im Ostseeraum zu schaffen“.

Ähnliche Forderungen wurden wiederholt von den Naziadmiralen Rogge und Ruge u. a., die heute leitende Befehlshaber der westdeutschen Kriegsmarine sind, zum Ausdruck gebracht. Mögen die Völker der skandinavischen Staaten rechtzeitig erkennen, daß von Schleswig-Holstein aus Kriegswolken heraufziehen.

Skandinavien ist erneut bedroht

Es ist also offensichtlich, daß die westdeutschen Militaristen ihre Angriffe auf die sozialistischen Länder unter voller Einbeziehung Dänemarks und Norwegens in ihre Kriegspläne vorbereiten. In-

Erklärungen

dem sie Militärdepots und die Stationierung ihrer Offiziere in diesen Ländern fordern, versuchen sie heute auf kaltem Wege das zu erreichen, was ihnen im zweiten Weltkrieg dank des heldenhaften Kampfes der Sowjetunion und des antifaschistischen Widerstandskampfes auch der Völker Danemarks und Norwegens nicht gelang. Eingedenk dieser Lehren sollten sich die skandinavischen Völker nicht von den westdeutschen Militaristen und ihren Ablenkungsmanövern täuschen lassen.

Die Pläne der westdeutschen Militaristen sind eine lebensgefährliche Bedrohung für die skandinavischen Länder, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Denn die geplante Aggression der westdeutschen Militaristen gegen Osten setzt den Mißbrauch und die Okkupation der skandinavischen Länder voraus. Das sprachen die Admirale und Generale Adenauers, wenn sie unter sich sind, ganz rücksichtslos aus.

Gegenwärtig nimmt die Besorgnis der nordeuropäischen Völker über die aggressive Politik der westdeutschen Imperialisten mehr und mehr zu. Die Erkenntnis der Notwendigkeit energischer Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens im Ostseeraum setzt sich immer mehr durch. Daran ändern auch nichts die von NATO-Propagandisten in den nordeuropäischen Ländern verbreiteten Lügen über eine von Atom- und Raketenwaffen strotzende Ostseeküste von Riga bis Wismar.

Daß die Sowjetunion Raketenwaffen besitzt, ist allgemein bekannt. Aber die Sowjetunion erhebt weder irgendwelche territorialen Ansprüche, noch bedroht sie irgendeinen ihrer Nachbarn.

Keine Atom- und Raketenwaffen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik

Was die Küste der Deutschen Demokratischen Republik betrifft, so erkläre ich erneut, daß es hier, ebenso wie auf dem sonstigen Territorium der Deutschen Demokratischen Republik weder Atom- noch Raketenwaffen gibt. Es haben sich kürzlich bereits 26 dänische Journalisten, Angehörige der Presseloge des dänischen Parlaments, in Rostock und auf Bögen von der Unwahrheit der von Bonn ausgehenden Propagandalügen überzeugen können. Wir sind bereit, auch anderen Journalisten und sonstigen Interessenten die Möglichkeit des persönlichen Überzeugens zu geben.

*Der Bonner Staat
ist nicht das demokratische Deutschland*

Es gibt viele einflußreiche Politiker in den nordeuropäischen Staaten, vor allem aber in Norwegen, die den Forderungen ihres Volkes auf Abbruch der militärischen Zusammenarbeit mit den westdeutschen Militaristen damit entgegentreten, daß sie erklären, der Bonner Staat sei das demokratische Deutschland. Die bereits angeführten Beispiele aber zeigen, daß dieser westdeutsche Staat von den alten militaristischen Befehlshabern Hitlers kommandiert wird, die seine gesamte Innen- und Außenpolitik wieder in den Dienst des deutschen Militarismus gestellt haben. Es gibt führende Politiker in Norwegen, die in den Konzentrationslagern des Naziregimes schmachteten und damals die richtige Überzeugung äußerten, daß es zwei Deutschland gibt, das militaristische Deutschland Hitlers und das Deutschland der Antifaschisten. Weshalb sehen sie heute zu, wie das demokratische, friedliebende Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, von einem Teil der norwegischen Presse systematisch verunglimpft wird? Weshalb ziehen sie nicht die Konsequenzen aus ihrer richtigen Erkenntnis?

In bezug auf die Entwicklung in Westdeutschland stellte der schwedische Außenminister, Herr Undén, in der Märzdebatte des schwedischen Reichstages fest, daß wieder ein deutscher Nationalismus im Entstehen sei, der sich den Weg zu seinen Zielen ohne Rücksicht auf das Risiko eines offenen Krieges bahne.

Die gegenwärtige Krise in der Führung des Bonner Staates beweist, daß von Demokratie in Westdeutschland keine Rede mehr ist. Selbst rechtsstehende Zeitungen in den westeuropäischen Staaten weisen darauf hin, daß im Bonner Staat immer mehr der Weg einer persönlichen Diktatur beschritten wird. Das Parlament wird immer mehr ausgeschaltet und durfte weder vor, noch darf es nach der Genfer Konferenz zur Haltung der westdeutschen Vertreter in Genf etwas sagen.

Hitler-Generale befehlen die Armee, und Hitlersche Blutrichter bestimmen die „Rechtsprechung“ in diesem „demokratischen“ Staat. Es sind diejenigen, die den norwegischen Ministerpräsidenten Gerhardsen, seinen Außenminister Lange und viele Tausende norwegischer und dänischer Patrioten in deutsche Konzentrationslager schleppten. Viele von ihnen wurden ermordet. Es regieren heute in Bonn dieselben Kräfte, gegen die der schwedische Abgeordnete Branting im Hitlerschen Reichstagsbrand-

prozeß so entschieden auftrat und gegen die er gemeinsam mit deutschen Antifaschisten den Widerstandskampf führte.

Wo das wahre demokratische Deutschland entstanden ist, zeigen die Gedenkstätten für die gefallenen Antifaschisten, auch der skandinavischen Länder, die in Buchenwald, Ravensbrück, Sachsenhausen und an anderen Orten der Deutschen Demokratischen Republik errichtet wurden.

Indem in der Deutschen Demokratischen Republik der deutsche Militarismus und Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet wurde, wurde hier der Schwur der antifaschistischen Widerstandskämpfer erfüllt.

Wir laden Herrn Ministerpräsidenten Gerhardsen und die vielen Bürger der skandinavischen Länder, die in deutschen Konzentrationslagern gequält worden sind, ein, die Deutsche Demokratische Republik zu besuchen, um sich zu überzeugen, daß bei uns eine solide Grundlage für eine friedliche und demokratische Politik geschaffen wurde.

Das sozialistische Lager bedroht niemanden

Es ist schwer verständlich, wenn erklärt wird, daß Dänemark und Norwegen gerade deshalb Mitglieder der NATO wurden, um sich gegen Angriffe des sozialistischen Lagers zu schützen. Das sozialistische Lager bedroht niemanden. Weder die Sowjetunion noch ein anderes sozialistisches Land hat gegenüber Dänemark, Norwegen oder auch Schweden irgendwelche Drohungen, territoriale Forderungen oder ähnliches ausgesprochen. Im Gegenteil. Es war die Sowjetunion, die sofort nach Beendigung des Krieges die Insel Bornholm räumte und somit ein eindrucksvolles Beispiel für die Achtung der souveränen Rechte des dänischen Volkes lieferte. Ist es nicht grotesk, daß man, um sich vor einer nicht bestehenden Bedrohung zu schützen, ein Bündnis mit dem räuberischen deutschen Militarismus eingeht und sich der Gefahr aussetzt, von ihm erneut mißbraucht und in kriegerrische Abenteuer verwickelt zu werden? Ist es vielleicht nicht wahr, daß Dänemark von den deutschen Militaristen, denselben, die heute den Bonner Staat beherrschen, okkupiert und unterdrückt wurde? Entsinnen sich die dänischen sozialdemokratischen Politiker nicht mehr daran, daß sie selbst aus eigenen schweren Erfahrungen zur Überzeugung gelangten, daß man den deutschen Militaristen keinerlei Zugeständnisse machen dürfe?

Der beste Schutz: Abschluß von Nichtangriffsverträgen

Wir sind der Meinung, daß der beste Schutz vor jeglichen Angriffen der Abschluß von Verträgen über Nichtangriff zwischen den Ostseeländern ist, und wir möchten deshalb noch einmal unterstreichen, daß der Abschluß von Verträgen über Nichtangriff auf bilateraler oder multilateraler Grundlage ein festes Fundament für die Sicherung des Friedens im Ostseeraum geben würde.

Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Friedenspolitik an der Ostsee konsequent fortsetzen. So wie in Genf die Deutsche Demokratische Republik die Ziele des friedliebenden, antifaschistischen und demokratischen Deutschlands vertrat und vor aller Welt dokumentierte, daß all ihre Bemühungen auf die Sicherung des Friedens, auf die friedliche Lösung des Deutschlandproblems und der Westberlinfrage gerichtet sind, so verkörpert sie auch an der Ostsee das friedliebende und demokratische Deutschland.

*Ostseeländer sollten ihre Beziehungen zur
Deutschen Demokratischen Republik normalisieren*

Heute, da die Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Teilnahme an der Genfer Konferenz selbst von den westlichen Großmächten de facto anerkannt wurde, gibt es auch in den nordeuropäischen Staaten keinen ernst zu nehmenden Politiker mehr, der das Bestehen zweier deutscher Staaten anzweifelt.

Um so unverständlicher ist es, daß die Regierungen einiger Ostseeländer glauben, mit einseitigen Beziehungen zu Westdeutschland auskommen zu können. Schweden verfolgt in der Außenpolitik einen Kurs auf Neutralität. Es ist daher unverständlich, daß es diplomatische Beziehungen mit dem militaristischen Westdeutschland hat, aber mit der Deutschen Demokratischen Republik noch nicht einmal eine Vereinbarung über die Einrichtung von Generalkonsulaten. Diese Einseitigkeit nützt der deutsche Militarismus für seine „Politik der Stärke“.

Wir denken, es sollte ein Grundsatz der Anliegerstaaten der Ostsee sein: Wer Frieden will, möge auch friedliche, normale Beziehungen zum friedliebenden deutschen Staat, zur Deutschen Demokratischen Republik, herstellen.

Die Interessen der Sicherung des Friedens an der Ostsee erfordern aber, daß man gerade zu dem deutschen Staat normale Beziehungen herstellt, der die richtigen Lehren aus dem zweiten Weltkrieg gezogen hat und das antifaschistische, demokratische

und friedliebende Deutschland verkörpert. Die schwedische Arbeiterklasse hat sich vor und nach dem ersten Weltkrieg in opferreichen Kämpfen die Grundlagen für einen hohen Lebensstandard errungen. Erst kürzlich haben die schwedischen Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam ihre größte soziale Errungenschaft, das Pensionsgesetz, durchgesetzt. Auch in der Deutschen Demokratischen Republik kämpft die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten um einen hohen Lebensstandard, der durch eine konsequente Friedenspolitik gesichert werden soll. Auch hier ergeben sich also viele Gemeinsamkeiten, die stärker sein sollten als irgendwelche alten Vorurteile.

Mit uns müßten doch der Ministerpräsident Norwegens, Einar Gerhardsen, der Ministerpräsident Schwedens, Tage Erlander, und der dänische Ministerpräsident, Hansen, die als Sozialdemokraten genau wie Ministerpräsident Grotewohl gegen den Faschismus kämpften, viel einfacher eine gemeinsame Sprache finden als mit den kalten Kriegern Bonns.

Die Deutsche Demokratische Republik bemüht sich aufrichtig, mit allen ihren Nachbarstaaten, besonders mit denen im Ostseeraum, gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln. Dafür sind nach unserer Meinung bei beiderseitigem gutem Willen alle Voraussetzungen gegeben.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, daß sich die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland besonders in letzter Zeit günstig entwickeln, wobei von nicht geringer Bedeutung ist, daß Finnland zu beiden deutschen Staaten Beziehungen mit gleichem Status unterhält. Wir sehen darin eine günstige Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer zwischenstaatlichen Beziehungen zu Finnland.

Die Deutsche Demokratische Republik gewinnt für breite Kreise der Bevölkerung der nordeuropäischen Länder eine immer stärkere Anziehungskraft. Die Teilnahme zahlreicher Persönlichkeiten und vieler Touristen aus Nordeuropa an der Ostseewoche 1959, die die Besuche vieler Persönlichkeiten aus den nordeuropäischen Ländern in der letzten Zeit fortsetzen, sind dafür ein anschaulicher Beweis. Die Ostseewoche ist das größte Treffen der Völker der Ostseestaaten.

Die ökonomische und kulturelle Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und die ständige Erweiterung der sozialen Errungenschaften in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat

erwecken heute das Interesse nicht nur breiter Schichten der Werktätigen, sondern auch der Wirtschaftler, Parlamentarier, Wissenschaftler und Künstler in unseren Nachbarstaaten.

Eine Gruppe schwedischer Reichstagsabgeordneter zeigte sich bei ihrem Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik über den bei uns erreichten Entwicklungsstand positiv überrascht. Die schwedischen Gäste hatten infolge der falschen Informationen in ihrer Landespresse über die Deutsche Demokratische Republik Vorstellungen, die weit hinter unserer Entwicklung zurückgeblieben waren. Sie konnten sich, wie auch die Delegation des finnischen Reichstages unter der Leitung des Reichstagspräsidenten Karl August Fagerholm, davon überzeugen, daß die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihrer ganzen Kraft für den friedlichen Aufbau schaffen. Umgekehrt hatten führende Vertreter des öffentlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik Gelegenheit, die Länder Nordeuropas zu besuchen, Aufklärung über viele Fragen des inneren Lebens und der Politik der Deutschen Demokratischen Republik zu geben, wodurch Unkenntnis und Unklarheiten über die Deutsche Demokratische Republik beseitigt und viele nützliche Kontakte angebahnt wurden.

Ein beredter Ausdruck unserer Beziehungen zu den nordeuropäischen Ländern ist die vom VEB Lauchhammerwerk gebaute Soederstroembrücke in Stockholm, die vor einigen Tagen dem Verkehr übergeben wurde, ebenso wie die Indienststellung des deutschen Fährschiffes „Saßnitz“.

Die Deutsche Demokratische Republik wird auch weiterhin für die Ausweitung dieser friedlichen, den Wünschen der Völker entsprechenden Beziehungen eintreten.

Unter uns befinden sich viele Gäste aus den skandinavischen Ländern. Nicht wenige von ihnen kennen sicherlich den Küstenbezirk Rostock schon von früher her. Sie können vergleichen und werden dabei feststellen, wie hier ein ganzer großer Bezirk sein Gesicht geradezu verändert, wie in ehemals ländlich abgeschiedenen rückständigen Gebieten heute das Leben pulsiert und überall Neues entsteht. Sie werden bei ihrem Vergleich feststellen, wie wir mit Siebenmeilenstiefeln vorwärtsschreiten. Wir sagen ehrlich, daß wir es bei dem Erreichten keineswegs bewenden lassen wollen. Eben deshalb haben wir uns ja so große Ziele für die nächsten Jahre gesteckt.

Unseren ausländischen Gästen und Freunden, die zum ersten Male die Deutsche Demokratische Republik besuchen, sagen wir:

Erklärungen

Kommen Sie in ein oder zwei Jahren wieder! Dann werden Sie sich selbst davon überzeugen können, wie es bei uns auf allen Gebieten unaufhaltsam vorwärtsght.

Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik liegt im Interesse aller Ostseeländer

Ich hatte bereits bei der Eröffnung der Ostseewoche 1958 gesagt, daß die Deutsche Demokratische Republik bereit ist, Maßnahmen einzuleiten, die den zwischenstaatlichen Verkehr wesentlich erweitern. Wir haben auf diesem Gebiet einige Maßnahmen zur Erleichterung des Reiseverkehrs getroffen, die durchaus nicht als abgeschlossen betrachtet zu werden brauchen.

Leider muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Behörden Schwedens, die früher mit vielen Forderungen auf diesem Gebiet an uns herangetreten sind, der Deutschen Demokratischen Republik nicht das gleiche Entgegenkommen zeigen, was sogar die schwedischen Zeitungen zu der Frage veranlaßte, ob es nun in Schweden einen eisernen Vorhang gäbe?

Wir sind der Meinung, daß diese Fragestellung weder für die Deutsche Demokratische Republik noch für Schweden oder ein anderes Land jemals wieder eine Bedeutung erlangt. Die bereits bestehenden vielseitigen Beziehungen auf dem Gebiet des kulturellen Lebens, des Austausches von Ausstellungen, des gegenseitigen Besuches von Theatern, Künstlern, Ensembles usw. dienen der Normalisierung der Beziehungen und erhalten in der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur die Unterstützung einzelner Institutionen und Organisationen, sondern auch der Regierung.

Wir glauben, daß wir alle voneinander viel lernen können. Man hat uns berichtet, daß es beispielsweise in Schweden und anderen Ländern manches Gute gibt, um das tägliche Leben der Menschen zu verbessern. Andererseits könnten unsere ausländischen Freunde auch bei uns manches Interessante sehen. Mir scheint, solch ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch würde für beide Seiten nur von Nutzen sein.

Ein entscheidendes Bindeglied zwischen den Ländern im Ostseeraum kann die allseitige Entwicklung des Handelsaustausches sein. Die Deutsche Demokratische Republik, und davon vermochten sich alle Besucher aus den nordeuropäischen Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik besonders in der letzten

Zeit zu überzeugen, ist in Europa zu einem wichtigen ökonomischen Faktor und für viele europäische Länder ein wichtiger Handelspartner geworden. Sie könnte es noch in weit größerem Maße als bisher für ihre nordeuropäischen Nachbarstaaten sein. Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik wird diese Möglichkeiten noch erweitern und die Deutsche Demokratische Republik nicht nur als Exportland, sondern auch als Importland für alle Anliegerstaaten der Ostsee besonders interessant werden lassen. Der gegenseitige Handelsaustausch soll, wie es unser Siebenjahrplan vorsieht, gerade mit den nordeuropäischen Ländern um 100% gesteigert werden. Diese Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen liegt im Interesse aller friedliebenden Anliegerstaaten der Ostsee.

Liebe Freunde! Möge die Ostseewoche dem friedlichen Zusammenleben, der Entwicklung guter Beziehungen, dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Zusammenschluß aller der Menschen dienen, die wollen, daß die Ostsee zu einem Meer des Friedens wird.

Möge die Ostseewoche dazu beitragen, die persönlichen Kontakte und die staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erweitern.

Möge die Ostseewoche der freien Aussprache und der Verständigung über die Erhaltung des Friedens in der Ostsee dienen und damit zur internationalen Entspannung beitragen. Die Annäherung der Völker der Ostseestaaten und ihr Wille, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen, werden auch für die Verhandlungen auf einer Gipfelkonferenz von Nutzen sein.

Lassen Sie mich schließen mit dem Rufe:

Es lebe die Freundschaft der Völker der Ostseestaaten!

Es lebe der Friede!

(Neues Deutschland, Berlin 28. 6. 59)

Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Juni 1959 zur Wahl des Präsidenten der Bundesrepublik in Westberlin

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergab am 30. Juni 1959 durch Vermittlung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Republik den diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten von

Erklärungen

Amerika, Großbritanniens und Frankreichs Noten, in denen die Durchführung der Wahl des Präsidenten der Bundesrepublik in Westberlin als Ausdruck einer Politik gekennzeichnet wird, die nicht eine Verständigung über die Westberlinfrage und eine Minderung der Spannungen in Deutschland anstrebt, sondern Westberlin als einen Herd ständiger Provokationen zu erhalten sucht.

In den Noten heißt es, daß der geplante Schritt erneut offensichtlich mache, daß die Bundesregierung eine Verständigung der auf der Genfer Konferenz vertretenen Staaten auch in der Westberlinfrage zu verhindern suche. Ferner wird in den Noten festgestellt, daß die Durchführung der Wahl des Präsidenten der Bundesrepublik in Westberlin der von den Westmächten in Genf eingenommenen Haltung widerspreche, wonach „das Gebiet von Westberlin keinen Teil des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland bildet“.

Die Noten machen die Regierungen der Westmächte darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Präsidentenwahl in Westberlin offenbare, daß die Bundesregierung von Westberlin aus und mit Hilfe Westberlins die Politik der Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere europäische Staaten fortzusetzen bestrebt sei. Das veranlasse die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, gegen diese Maßnahme schärfsten Protest zu erheben. Die Urheber dieser Politik werden die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen zu tragen haben.

Abschließend verweist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in den Noten auf die Notwendigkeit, in Genf eine solche Lösung der Westberlinfrage zu finden, die derartige Provokationen in Zukunft unmöglich mache.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 7. 59)

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. August 1959 zu den Ereignissen im Königreich Laos

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik hält es für seine Pflicht, im Zusammenhang mit der Gefährdung des Friedens in Südostasien durch die Ereignisse in Laos folgendes zu erklären:

Die wichtigste Ursache für die in Laos stattfindenden bewaffneten Zusammenstöße zwischen der Königlich-Laotischen Armee und den ehemaligen Kampfeinheiten der Laotischen Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao sowie für den damit in Laos drohenden Bürgerkrieg ist die Verletzung der Genfer Abkommen von 1954 sowie der Vientianer Vereinbarungen zwischen der Königlich-Laotischen Regierung und den ehemaligen Kampfeinheiten der Laotischen Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao vom November 1957. Diese Abkommen und Vereinbarungen garantieren dem laotischen Volk Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie.

Hauptverantwortlich für den Bruch der Abkommen von Genf und der Vereinbarungen von Vientiane sind die laotische Regierung Sananikone und die USA. Obwohl das US State Department durch einen Sprecher am 11. August 1959 erklären ließ, daß die Regierung Sananikone und die Vereinigten Staaten von Amerika an der gefährvollen Situation in Laos schuldlos seien, beweisen die Tatsachen eindeutig das Gegenteil.

Unmittelbar nach dem Abzug der internationalen Kommission für Überwachung und Kontrolle der Durchführung der Genfer Indochina-Abkommen, die am 19. Juli 1958 ihre Tätigkeit zeitweilig einstellte, weil die laotische Regierung dies mit der Behauptung forderte, daß die Genfer Abkommen in Laos angeblich erfüllt seien, setzten entgegen den Abkommen von Genf und Vientiane verstärkte Repressalien gegen fortschrittliche laotische Bürger und Verhaftungen ein. Um völlig freie Hand in ihren reaktionären Maßnahmen zu bekommen, kündigte die laotische Regierung am 11. Februar 1959 die Genfer Abkommen.

Die laotische Regierung Sananikone läßt nicht nur fortschrittliche Vertreter der Regierung der Nationalen Einheit einkerkern und foltern, sondern geht ausnahmslos gegen die fortschrittlichen laotischen Bürger, insbesondere gegen jedes Mitglied der patriotischen Partei Neo Lao Haksat mit Zwangsmaßnahmen vor und greift mit Waffengewalt die ehemaligen Kampfeinheiten der Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao im Norden des Landes an. Des weiteren provoziert sie Grenzzwischenfälle gegen die Demokratische Republik Vietnam, um einen Grund für das Eingreifen von Streitkräften der Südostasienpakt-Teilnehmer zu finden.

An den militärischen Provokationen der Regierung Sananikone sind die USA direkt beteiligt. Die USA haben die diskreditierten französischen Kolonisatoren abgelöst. In Übereinstimmung mit

Erklärungen

der Regierung Sananikone und der französischen Mission in Laos liefern sie u. a. große Mengen von Panzern, Artillerie, Munition u. a. moderne Waffen an die Königlich-Laotische Armee.

Allein seit Juni 1959 sind mehr als 100 sogenannte militärische Berater der USA nach Laos entsandt worden, von denen viele in Kommandostellen an den Kampfhandlungen gegen die laotische Bevölkerung und die ehemaligen Kampfeinheiten der Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao teilnehmen.

Unter Leitung der amerikanischen Militärberater werden Flugplätze und andere militärischen Zwecken dienende Bauten errichtet. Zugleich drohen die USA mit dem Einsatz von Streitkräften der Partner des Südostasien-Paktes gegen die Bewegung für Frieden, Demokratie, Nationale Einheit und Unabhängigkeit in Laos. Um sich selbst im Hintergrund bewegen zu können, ließen sie die thailändische Regierung, einen ihrer wichtigsten Pakt-Partner, eine aggressive Erklärung abgeben, wonach Thailand für ein militärisches Eingreifen in Laos vorbereitet sei.

Diese unwiderlegbaren Tatsachen entlarven die für die bedrohliche Lage in Laos wahren Schuldigen vollends.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt die Erklärungen und Forderungen der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China und der ehemaligen Kampfeinheiten der Laotischen Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao zur friedlichen Lösung des Laos-Problems entsprechend den Abkommen von Genf und Vientiane. Die konsequente Haltung der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China und der ehemaligen Kampfeinheiten der Laotischen Nationalen Befreiungsbewegung Pathet-Lao ist als ein erneuter Beweis dafür zu werten, daß sie sich immer strikt an diese Abkommen gehalten haben und es auch gegenwärtig tun.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt zugleich den Entschluß der Regierungen der Volksrepublik Polen und der Republik Indien, die Fortsetzung der Tätigkeit der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission für Laos zu fordern, um die Abkommen von Genf und Vientiane endlich zu verwirklichen. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt des weiteren vollinhaltlich die Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Lage in Laos vom 18. August 1959.

Der Kriegsherd in Laos muß beseitigt werden. Er kann beseitigt werden, wenn die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission in Laos ihre Arbeit unbehindert wieder aufnimmt, die Abkommen von Genf und Vientiane allseitig verwirklicht werden, die laotische Regierung endlich verantwortungsbewußt im Sinne der Abkommen von Genf und Vientiane handelt und die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Einmischung in Laos vollständig einstellen.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß die Deutsche Demokratische Republik fest an der Seite der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China und aller anderen Kräfte steht, die für diese gerechte Lösung sowie gegen die imperialistische Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und die Provokationen ihrer Handlanger in Laos eintreten.

Berlin, den 20. August 1959.

**Noten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
an die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika
und der Deutschen Bundesrepublik vom 21. August 1959**

In Prag wurde am 21. August 1959 durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der CSR der USA-Botschaft eine Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der USA überreicht, in der zum Abschluß des Abkommens zwischen den USA und der Bundesrepublik über die Gewährung von Informationen hinsichtlich der Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke und zur Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen Stellung genommen wird.

Am gleichen Tage wurde der Regierung der Bundesrepublik ebenfalls eine Note der Deutschen Demokratischen Republik übermittelt.

Note an die Regierung der Vereinigten Staaten

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehrt sich, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes zu erklären:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet mit großer Besorgnis den Abschluß des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschen Bundesrepublik über die Gewährung von Informationen an die Deutsche Bundesrepublik hinsichtlich der Anwendung der Kern-

energie für militärische Zwecke sowie über die Unterstützung der Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt auf die außerordentlichen Gefahren für die Erhaltung des Friedens hingewiesen, die mit der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands verbunden sind. Das erwähnte Abkommen ist ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen, mit deren Hilfe die Deutsche Bundesrepublik in die Lage versetzt werden soll, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten.

Diese Entwicklung ist um so gefährlicher, als damit die gleichen Generale und Offiziere, die die faschistischen Armeen bei ihren Überfällen auf die europäischen Völker — nachdem sie die Pläne für diese Überfälle ausgearbeitet hatten — befehligten und die heute wieder die führenden Kommandoposten in der westdeutschen Armee einnehmen, nukleare Massenvernichtungsmittel in ihre Gewalt bekommen.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit — insbesondere auch die mit dem Blut vieler amerikanischer Soldaten bezahlten Erfahrungen der Vereinigten Staaten selbst — lehren, daß diese militärischen Kreise bedenkenlos ihre aggressiven Pläne zu verwirklichen suchen und vor nichts zurückschrecken.

Bereits heute bereiten sie in ähnlicher Weise wie unter Hitler diese Pläne durch eine systematisch betriebene Revanchepolitik vor. Das beschwört ernste Gefahren für den Frieden aller Völker herauf. Die am 28. Juli 1959 von dem Mitglied der westdeutschen Regierung, Strauß, abgegebene Erklärung, daß die westdeutsche Armee für die atomare Kriegführung vorbereitet sei, sowie die von der westdeutschen Regierung offen erhobenen territorialen Forderungen gegenüber der Volksrepublik Polen und anderen Staaten unterstreichen diese Gefahren sehr eindringlich.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Tatsache verwiesen werden, daß die westdeutsche Regierung den Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen, abgelehnt hat. Dies bestätigt, daß die Politik dieser Regierung darauf abzielt, Konflikte zu provozieren, um mit Hilfe anderer Staaten, deren Unterstützung sie sich zu verschaffen und zu erhalten sucht, ihre friedensgefährdenden Absichten zu verwirklichen. Um die öffentliche Meinung zu beruhigen, wird von den verantwortlichen Regierungskreisen der Deutschen Bundesrepublik behauptet, die sich im Rahmen der NATO und der sogenannten Westeuropäischen Union voll-

ziehende Aufrüstung Westdeutschlands diene ausschließlich Verteidigungszwecken und sei überdies weitgehenden Beschränkungen unterworfen. Solche Behauptungen vermögen jedoch niemanden, der an der Erhaltung des Friedens interessiert ist, über den Ernst der durch die Atomaufrüstung Westdeutschlands geschaffenen Lage hinwegzutäuschen.

Was die der Deutschen Bundesrepublik auferlegten Beschränkungen anbetrifft, so zeigt die Praxis, daß sie — eine nach der anderen — beseitigt oder umgangen werden. Wird diese Praxis fortgesetzt, ist es offenbar nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die eigene westdeutsche Kernwaffenproduktion aufgenommen werden wird. Es ist eine Tatsache, daß zu diesem Zweck in Westdeutschland bereits seit langem ausgedehnte Forschungs- und andere vorbereitende Arbeiten durchgeführt werden. Nicht zuletzt würde gerade das erwähnte westdeutsch-amerikanische Abkommen weitere Voraussetzungen schaffen, um in Westdeutschland die Kernwaffenproduktion in Gang zu bringen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist die Regierung der Vereinigten Staaten darauf hin, daß die mit ihrer Hilfe durchgeführte atomare Aufrüstung Westdeutschlands eine grobe Verletzung des Potsdamer Abkommens darstellt. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann sich der Verantwortung für diese Verletzung, die mit den von ihr übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Verhinderung neuer von deutschem Boden ausgehender Aggressionen in völligem Widerspruch stehen, nicht entziehen. Die von ihr zu jenen Bestimmungen der Pariser Verträge abgegebenen Erklärungen, die formell der westdeutschen Aufrüstung eine gewisse Grenze setzen, stehen im schroffen Gegensatz zu ihren Maßnahmen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die unheilvollen Folgen aufmerksam zu machen, die sich aus dem Abschluß und der Verwirklichung des genannten Abkommens ergeben. Indem die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Atomaufrüstung Westdeutschlands unterstützt, trägt sie dazu bei, die Gefahren, die vom wiedererstandenen deutschen Militarismus in der Bundesrepublik ausgehen und die auch die Völker der westeuropäischen Länder bedrohen, zu verstärken. Es gibt keinerlei Garantien dafür, daß die Vereinigten Staaten von Amerika — ebenso wie die westlichen Nachbarn der Bundesrepublik — nicht in von Westdeutschland provozierte Abenteuer hineingezogen werden. Ebensowenig

Erklärungen

gibt es Garantien dafür, daß sich die deutschen Militaristen nicht auch gegen ihre jetzigen Bundesgenossen wenden, wenn sie sich genügend stark fühlen. Die geschichtlichen Erfahrungen sollten hier Warnung genug sein.

Die Fortführung und Unterstützung der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands steht im Widerspruch zum Willen der Völker, die die Einstellung der Kernwaffenversuche und das völlige Verbot der nuklearen Massenvernichtungsmittel fordern. Sie schafft neue Hindernisse für die Verwirklichung solcher auf die Gewährleistung der europäischen Sicherheit gerichteten Vorschläge wie der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die entscheidend zur Verbesserung der internationalen Beziehungen beitragen könnte.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es für notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten weiter vertieft und verhindert, daß die Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat wiederhergestellt wird. Sie unterstreicht nachdrücklich, daß eine Vereinigung zwischen der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik und der in den atomar gerüsteten Brückenkopf der NATO verwandelten Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik richtet daher an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den dringenden Appell, von allen Maßnahmen abzusehen, die die atomare Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik unterstützen. Dieser Appell entspricht den Interessen des Friedens und den Lebensinteressen des deutschen wie des amerikanischen Volkes.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre vorzüglichste Hochachtung zu versichern.

Note an die Bundesregierung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, der Regierung der Deutschen Bundesrepublik folgendes zu erklären:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erblickt in den kürzlich zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vereinbar-

ten Abkommen über die Gewährung von Informationen an die Deutsche Bundesrepublik hinsichtlich der Anwendung der Kernenergie für militärische Zwecke sowie über die Unterstützung der Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen einen Schritt, der sowohl mit den friedlichen Interessen des deutschen Volkes wie mit den Interessen der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens im Widerspruch steht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt vor den verhängnisvollen Folgen der Politik der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands gewarnt. Sie weist erneut darauf hin, daß die Bewaffnung der westdeutschen Armee mit nuklearen Massenvernichtungsmitteln und die Schaffung eines Netzes von Raketenabschußbasen auf westdeutschem Gebiet den Frieden und die Sicherheit Westdeutschlands auf das ernsteste gefährden und im Falle militärischer Provokationen unvermeidlich atomare Gegenschläge auf Westdeutschland ziehen würden, über deren vernichtende Wirkung, insbesondere angesichts der geringen Ausdehnung des westdeutschen Territoriums und der Dichte der Bevölkerung, auch bei der Regierung der Deutschen Bundesrepublik keinerlei Zweifel bestehen dürften.

Wenn die Regierung der Deutschen Bundesrepublik die Politik der atomaren Aufrüstung trotzdem fortsetzt, so zeugt das davon, daß sie bereit ist, für aggressive Pläne das friedliche Leben der westdeutschen Bevölkerung bedenkenlos aufs Spiel zu setzen.

In diesem Zusammenhang muß auch die Feststellung getroffen werden, daß die von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik gerade zum Zeitpunkt der Genfer Außenministerkonferenz eingeleiteten neuen Maßnahmen zur beschleunigten Ausrüstung der westdeutschen Streitkräfte mit nuklearen Massenvernichtungsmitteln und Raketenwaffen ein Beweis dafür sind, daß es in der Deutschen Bundesrepublik maßgebende Kräfte gibt, deren Bestreben darauf gerichtet ist, erfolgreiche Verhandlungen über den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland, über die friedliche Lösung der Westberlinfrage und über die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhindern.

Diese Politik der vollendeten Tatsachen soll gleichzeitig neue Hindernisse errichten, um den Bemühungen der Völker zur Ächtung der Kernwaffen entgegenzuwirken und insbesondere die Verwirklichung solcher auf die Gewährleistung der europäischen Sicherheit gerichteten Vorschläge wie der Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu verhindern.

Erklärungen

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bedauert, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik keine Anstrengungen unternimmt, durch eine konstruktive Politik zur Lösung der brennenden internationalen Fragen wie auch der dringenden nationalen Probleme des deutschen Volkes beizutragen.

In diesem Zusammenhang kann die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auch nicht umhin, die Ablehnung ihres Vorschlages, Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik aufzunehmen, als Ausdruck des mangelnden Willens der westdeutschen Regierung zu einer friedlichen Regelung der deutschen Frage zu betrachten.

Indem die Regierung der Deutschen Bundesrepublik die atomare Aufrüstung Westdeutschlands fortsetzt, verhindert sie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und erweist sich als Gegner der friedlichen Verständigung der beiden deutschen Staaten; denn es ist völlig klar, daß ein Zusammenschluß zwischen der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik und einem atomar auferüsteten Westdeutschland unmöglich ist.

Eine Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten setzt voraus, daß die atomare Aufrüstung Westdeutschlands verhindert und in Westdeutschland eine Wende herbeigeführt wird, um eine Entspannung und die Verständigung der beiden deutschen Staaten zu ermöglichen. Das läge im Interesse des deutschen Volkes wie aller europäischen Völker.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt Protest gegen das von der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vereinbarte Abkommen, da seine Durchführung zu einer ernststen Bedrohung des friedlichen Lebens des deutschen Volkes wie aller europäischen Völker führen würde.

Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik vom 24. August 1959: Protest gegen Grenzverletzung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auf folgendes hinzuweisen:

Am 21. August 1959 wurde gegen 2 Uhr an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik im Kreis Nordhausen, Bezirk Erfurt, von westdeutscher Seite aus eine schwere Grenzprovokation verübt. Im Beisein von Angehörigen des westdeutschen Bundesgrenzschutzes und westdeutscher Zollbeamten verletzte eine Gruppe von etwa 30 Provokateuren das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und zerstörte Grenzsicherungseinrichtungen. Es handelte sich dabei einwandfrei um eine organisierte Aktion.

Die Provokateure wurden mit Kraftfahrzeugen an die Grenze gebracht. Sie waren mit Drahtscheren und Seilen ausgerüstet. Westdeutsche Pressefotografen waren zum gleichen Zeitpunkt an der Grenze eingetroffen und machten Blitzlichtaufnahmen. Nur durch die besonnene Haltung der diensttuenden Grenzpolizisten der Deutschen Demokratischen Republik wurden ernstere Zwischenfälle vermieden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kann nicht umhin, diese Provokationen mit dem Bemühen der gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kreise in Zusammenhang zu bringen, jeden Schritt zur Entspannung der internationalen Situation und zur Verständigung mit allen Mitteln zu verhindern. Diese gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Grenzprovokation ist ein weiteres Glied in der Kette von Maßnahmen, die von den Regierungskreisen der Deutschen Bundesrepublik unternommen werden, um die internationale Atmosphäre zu vergiften. Aus ihr spricht die Furcht dieser Kreise, daß internationale Verhandlungen den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen und ihrer auf eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges gerichteten Politik jegliche Grundlage entziehen werden.

Diese Politik der Provokation richtet sich sowohl gegen alle Kräfte, die in Westdeutschland gegen die Fortsetzung des abenteuerlichen Kurses der Politik der Stärke und für die gesamtdeutsche Verständigung eintreten, als auch gegen die Kreise der Bundesgenossen Westdeutschlands, die bereit sind, eine realistischere Haltung zu den strittigen internationalen Fragen einzunehmen. Es kann in diesem Zusammenhang keinesfalls als zufällig betrachtet werden, daß die Grenzprovokation gegen die Deutsche Demokratische Republik im Gebiet der britischen Besatzungsmacht in Westdeutschland gestartet wurde.

Diese Provokation macht vor aller Welt deutlich, daß es in Westdeutschland Kräfte gibt, die eine Gefahr für den Frieden und

die Sicherheit aller europäischen Länder darstellen. Sie bestätigt die wiederholten Feststellungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß diese Kräfte nicht davor zurückschrecken, die Lunte zur Entfachung eines neuen Weltkrieges zu entzünden, der die westeuropäischen Völker und das amerikanische Volk in eine furchtbare Katastrophe stürzen würde.

Die Interessen des deutschen Volkes wie die Interessen aller anderen Völker erfordern gebieterisch, daß mit diesem abenteuerlichen politischen Kurs in Westdeutschland endlich Schluß gemacht wird. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit allem Nachdruck darauf hin, daß sie die volle Verantwortung für die gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Grenzprovokation und für alle sich daraus ergebenden Folgen trägt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt schärfsten Protest gegen die Verletzung des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik und erwartet, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik die Schuldigen zur Verantwortung zieht und alle notwendigen Maßnahmen trifft, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern.

Aus der Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. August 1959 zu den Ergebnissen der Monrovia-Konferenz

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sandte an die Regierungen des Kaiserreiches Äthiopien, von Ghana, der Republik Guinea, der Republik Liberia, des Vereinigten Königreiches Libyen, des Königreiches Marokko, der Republik Sudan, der Republik Tunesien, der Vereinigten Arabischen Republik und an die Provisorische Regierung der Republik Algerien Noten, in denen sie ihre Auffassung zu den Beschlüssen der Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas, die vom 4. bis 8. August 1959 in Monrovia stattfand, darlegte.

Des weiteren setzte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Regierungen der Republik Indien, der Republik Indonesien und der Republik Irak von ihrer Auffassung zu den Beschlüssen von Monrovia in Kenntnis.

Es folgen Auszüge aus der Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an das Kaiserreich Äthiopien:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Beratungen der Regierung des Kaiserreiches Äthiopien, der Regierung von Ghana, der Republik Guinea, der Republik Liberia, des Vereinigten Königreiches Libyen, des Königreiches Marokko, der Republik Sudan, der Republik Tunesien, der Vereinigten Arabischen Republik und der Provisorischen Regierung der Republik Algerien auf der vom 4. bis 8. August 1959 in Monrovia abgehaltenen Konferenz mit größtem Interesse verfolgt, die dort gefaßten Beschlüsse eingehend studiert und dabei mit Genugtuung die Übereinstimmung ihrer Auffassung mit diesen Beschlüssen in einer Reihe entscheidender Fragen festgestellt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zu der Auffassung gelangt, daß die Beschlüsse der Konferenz von Monrovia von den maßgebenden Prinzipien ausgehen, von denen sich auch die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik leiten läßt — der Erhaltung und Festigung des Friedens, der Entspannung der internationalen Lage und der Abwehr imperialistischer Machenschaften, die darauf gerichtet sind, die kolonialen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und die Entwicklung anderer Länder zu stören. Die Konferenz von Monrovia wird von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie die Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas von Accra vom 15. bis 23. April 1958 als ein bedeutsames Ereignis in der Entwicklung der Unabhängigkeits- und Solidaritätsbewegung der afrikanischen Völker angesehen.

Mit besonderem Interesse hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon Kenntnis genommen, daß in den Beschlüssen der Konferenz von Monrovia die Entschlossenheit der afrikanischen Länder zum Ausdruck kommt, die Atomkriegsgefahr abzuwenden und zu verhindern, daß afrikanisches Territorium als Versuchsgelände für Kernwaffen verwendet wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt das bedingungslose Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, die Einstellung aller Kernwaffenversuche und die Ausnutzung der Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke gefordert. Sie wendet sich auch entschieden dagegen, daß afrikanisches Territorium von den imperialistischen Mächten für Militärstützpunkte oder als Versuchsgelände für Kern- und Raketenwaffen Verwendung findet.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schließt sich deshalb dem Protest der Regierungen der auf der Konferenz

Erklärungen

in Monrovia vertretenen afrikanischen Staaten gegen die geplanten französischen Atombombenversuche in der Sahara in vollem Umfange an.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für notwendig, in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit der Regierung des Kaiserreiches Äthiopien darauf zu lenken, daß die Regierung der Deutschen Bundesrepublik ebenso wie bei den Versuchen in Colomb-Bechar auch an der Vorbereitung und Durchführung der geplanten französischen Atombombenversuche in der Sahara mit finanziellen und technischen Mitteln beteiligt ist.

Der Versuch, diese westdeutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Herstellung und Erprobung von A-Bomben durch offizielle Sprecher der Regierung der Deutschen Bundesrepublik zu dementieren, wird durch die Teilnahme von Mitarbeitern und Beauftragten des Kriegsministers Strauß an der Vorbereitung der französischen Versuche und durch die aktive Mitarbeit der Deutschen Bundesrepublik am Forschungsinstitut St. Louis und bei dessen Finanzierung widerlegt.

Als weitere Beweise müssen in diesem Zusammenhang die Pläne der Regierung der Deutschen Bundesrepublik zur Aufstellung von Truppenkontingenten, die im Rahmen der NATO gegen afrikanische Völker eingesetzt werden sollen, genannt werden.

Zu diesem Zwecke besuchte der aus der Nazizeit bekannte westdeutsche NATO-General Speidel erst kürzlich mit 40 Stabsoffizieren Algerien. Hierzu gehört auch der kürzliche Besuch des Kriegsministers der Deutschen Bundesrepublik, Strauß, in Algerien, der gemeinsamen westdeutsch-französischen Raketenversuchen bei Colomb-Bechar beiwohnte.

Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik unterstützt Bestrebungen und trifft selbst Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, zusammen mit anderen imperialistischen Mächten die Völker Afrikas weiterhin in kolonialer Abhängigkeit zu halten und Möglichkeiten zu schaffen, auch afrikanisches Territorium für die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges auszunutzen, so wie bereits heute türkisches Gebiet für die Schulung von Kampffliegern der westdeutschen Armee mißbraucht wird. Diese Politik richtet sich gegen die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten.

Die Bevölkerung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben in der Vergangenheit wiederholt ihre aktive Solidarität und Sympathie mit dem Unabhängigkeitsbestreben der afrikanischen Völker bekundet und ihre eindeu-

tige Haltung gegen den Kolonialismus der imperialistischen Mächte und deren Helfer in Algerien, Kamerun, Uganda, Rhodesien, Angola, Njassaland und anderen afrikanischen Ländern zum Ausdruck gebracht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichert erneut, daß sie im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens, für friedliche Koexistenz, gegen Atomkriegsgefahr, Imperialismus und Kolonialismus fest an der Seite der afrikanischen Völker steht und alles, was in ihren Kräften steht, tun wird, um sie in ihrem gerechten Kampf wirksam zu unterstützen.

Auf Grund der Tatsache, daß sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Bestrebungen der Regierung des Kaiserreiches Äthiopien um die Erhaltung des Friedens eins weiß und daß in den oben dargelegten Problemen zahlreiche Berührungspunkte bestehen, wäre die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik interessiert, die Auffassung der Regierung des Kaiserreiches Äthiopien zu diesen Problemen näher kennenzulernen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zu einer entsprechenden Zusammenarbeit bereit.



(Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 30/59)

**Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. September 1959
zur Einmischung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik
in die inneren Angelegenheiten
der Vereinigten Arabischen Republik**

In den letzten Tagen ist bekanntgeworden, daß die Bundesrepublik gegen die Errichtung des Generalkonsulats der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo* Schritte unternimmt und sich anmaßt, die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik zu bevormunden und ihr mit „Konsequenzen“ zu drohen.

Hierzu ist zunächst festzustellen, daß die Vereinbarung zwischen dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, bereits im Januar 1959 anlässlich des Aufenthaltes des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik in der Vereinigten Arabischen Republik getroffen wurde. Entsprechend dieser Ver-

* Siehe Zeittafel: 10. September 1959.

Erklärungen

einbarung nahm das Generalkonsulat der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo seine Tätigkeit auf. Bei der Überreichung des Konsularpatents durch den Generalkonsul erklärte der stellvertretende Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik, Sulficar Sabri, daß sich mit der Errichtung des Generalkonsulats der Deutschen Demokratischen Republik die Beziehungen zwischen beiden Ländern im freundschaftlichen Geiste weiterentwickeln werden. Die Errichtung des Generalkonsulats der Deutschen Demokratischen Republik in der Vereinigten Arabischen Republik stellt einen normalen Akt zweier souveräner Regierungen dar und ist ein Ausdruck der wachsenden internationalen Rolle der Deutschen Demokratischen Republik, deren steigende Autorität und zunehmender Einfluß die Genfer Konferenz deutlich unter Beweis gestellt hat.

Ein wichtiges Ergebnis der Genfer Konferenz war gerade die De-facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Westmächte.

Die Bundesrepublik kann ihre Fiktion von einem Ausschließlichkeitsanspruch selber nicht mehr aufrechterhalten. Sie unterhält Beziehungen mit Ländern, mit denen auch die Deutsche Demokratische Republik offizielle Vertretungen ausgetauscht hat.

Mit Befremden muß festgestellt werden, daß die Bundesrepublik die Errichtung eines Generalkonsulats der Deutschen Demokratischen Republik in Kairo zum Anlaß nimmt, sich mit Drohungen in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik einzumischen. Gleichzeitig stellt dies eine grobe Verletzung der Bandungsprinzipien und der Prinzipien der Charta der UNO dar. Damit beweist die Bonner Regierung erneut, daß sich ihre Worte über freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern nicht mit ihren Taten in Übereinstimmung befinden.

Die Haltung der Bundesrepublik zeigt, daß sie gegenüber den jungen, unabhängigen Nationalstaaten Asiens und Afrikas, die gerade ihre nationale Freiheit errungen haben, imperialistische Kolonialmethoden anwendet und versucht, ihnen vorzuschreiben, was sie tun und nicht tun dürfen. Diese neokolonialistische Politik Westdeutschlands trat während der Suezaggression klar zutage. Die Bundesrepublik unterstützt seit Jahren Frankreich bei der Verlängerung seines schmutzigen Krieges gegen das tapfere algerische Volk. Sie beteiligt sich aktiv an den französischen Atombombenversuchen in der Sahara, was den immer stärkeren Protest aller afrikanischen und arabischen Länder heraufbeschwor.

Die Politik der Einmischung der Deutschen Bundesrepublik in die Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik wird, wie jede Politik, die gegen die nationale Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Asiens und Afrikas gerichtet ist, zum Scheitern verurteilt sein.

**Erklärung des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. September 1959
zu den Abrüstungsvorschlägen des Vorsitzenden des
Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
N. S. Chruschtschow, vor der UN-Vollversammlung**

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik nahm in seiner Sitzung am 21. September 1959 mit höchster Befriedigung und ungeteilter Zustimmung von den Vorschlägen für die allgemeine und vollständige Abrüstung Kenntnis, die der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, in seiner großen Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen unterbreitet hat.

Diese Vorschläge eröffnen der Menschheit die begeisternde und schöne Perspektive, für immer von den Schrecken und Leiden der Kriege befreit zu werden. Ihre Verwirklichung würde den Weg für einen dauerhaften, ewigen Frieden zwischen den Völkern frei machen und damit den Völkern aller Kontinente ein Leben in Glück und Wohlstand sichern. Diese Möglichkeit ist um so höher zu werten, als in unserer Zeit jeder Krieg zum Einsatz von Massenvernichtungsmitteln von unerhörter Zerstörungskraft führen kann, die ganze Völker und Länder der atomaren Vernichtung preisgeben.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hebt mit Nachdruck hervor, daß die sowjetischen Vorschläge für die allgemeine und vollständige Abrüstung für das deutsche Volk von besonderer Bedeutung sind. Die Politik des kalten Krieges und die sogenannte Politik der Stärke haben es mit sich gebracht, daß Europa zu einem der Hauptknotenpunkte internationaler Spannungen geworden ist. Die atomare Aufrüstung und die Revanchepolitik aber haben innerhalb Europas Westdeutschland zu einem der ernstesten Gefahrenherde gemacht, von dem die Gefahr eines neuen Krieges droht. Mehr als je zuvor ist das nationale Interesse des deutschen Volkes mit der Gewährleistung des Weltfriedens identisch. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik spricht deshalb der Regierung der So-

wjetunion den Dank aller friedliebenden Deutschen für den konstruktiven Vorschlag zur vollständigen Abrüstung aus. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert zugleich erneut an die Regierung Westdeutschlands und fordert sie auf, nicht die Aufrüstung voranzutreiben, sondern auf deutschem Boden einen Beitrag zur Abrüstung zu leisten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird zu jedem Schritt der Verständigung und der Annäherung bereit sein, der dem großen und edlen Ziele der allgemeinen und vollständigen Abrüstung dienlich ist.

Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum gemeinsamen Handeln des deutschen Volkes für Frieden und Entspannung vom 1. Oktober 1959

Das deutsche Volk hat mit großer Anteilnahme die Verhandlungen des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, und des Präsidenten der USA, Eisenhower, verfolgt und mit großer Genugtuung von ihrer gemeinsamen Erklärung Kenntnis genommen, daß alle ungelösten internationalen Fragen nicht durch Gewaltanwendung, sondern mit friedlichen Mitteln auf dem Verhandlungswege geregelt werden müssen. Weiter setzt das deutsche Volk große Erwartungen in die Auswirkungen der gemeinsamen Erklärung der beiden führenden Staatsmänner, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung die wichtigste der heute vor der ganzen Welt stehenden Fragen ist und daß ihre Regierungen alle Anstrengungen unternehmen werden, um eine konstruktive Lösung dieses Problems zu erreichen. Die Volkskammer begrüßt den Vorschlag der Sowjetregierung über die allgemeine und vollständige Abrüstung und stimmt der Begründung dieses Vorschlags vor der UN durch Ministerpräsident N. S. Chruschtschow vollinhaltlich zu. Das deutsche Volk würde einen wichtigen Beitrag zur weiteren internationalen Entspannung und zur Sicherung des Friedens leisten, wenn es sich ungeachtet verschiedener Meinungen über die Gesellschaftsordnung und verschiedener Weltanschauungen in den Fragen des Friedens verständigen und gemeinsam handeln würde.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich deshalb an den westdeutschen Bundestag und an alle

demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Westdeutschlands mit dem Vorschlag, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Beide deutschen Staaten treten für die sofortige Beendigung aller Kernwaffenversuche für alle Zeiten ein und werden selbst keine derartigen Versuche durchführen. Sie verpflichten sich, in keiner, wie immer gearteten Form an Kernwaffenversuchen anderer Staaten teilzunehmen oder sie zu befürworten.
2. Beide deutschen Staaten verzichten auf Atomrüstung. Sie verpflichten sich, keine Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen auf ihrem Territorium oder anderswo herzustellen oder sich an ihrer Herstellung zu beteiligen. Sie verzichten darauf, solche Waffen auf irgendeine Weise von anderen Staaten zu erwerben.
Beide deutschen Staaten erklären ihre Bereitschaft, an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen.
3. Beide deutschen Staaten vereinbaren einen sofortigen Rüstungsstopp. Sie einigen sich über den Umfang einer anschließend durchzuführenden Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen und die verbleibende Stärke der Streitkräfte und Rüstungen sowie über deren Standort. Beide deutschen Staaten verzichten auf die Wehrpflicht und verpflichten sich, die Auffüllung ihrer Streitkräfte nur auf freiwilliger Grundlage vorzunehmen.
Beide deutschen Staaten betrachten die Beschränkung ihrer Streitkräfte als einen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung.
4. Beide deutschen Staaten setzen sich für den etappenweisen Abzug der auf ihrem Territorium stationierten Streitkräfte dritter Staaten ein. Im Zusammenhang mit dem Abzug der ausländischen Streitkräfte werden auch die ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden beseitigt.
5. Beide deutschen Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages.
6. Beide deutschen Staaten verpflichten sich, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf ihrem Territorium jede Form der Kriegspropaganda, das Erheben von territorialen Forderungen gegenüber anderen Staaten und die Schürung des Hasses gegen andere Völker zu unterbinden.
7. Beide deutschen Staaten vereinbaren die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses aus Ver-

Erklärungen

treten beider Regierungen, der folgende Aufgaben erfüllen sollte:

- a) Behandlung von Fragen, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen.
 - b) Erweiterung und Entwicklung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten.
 - c) Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands.
8. Zur Kontrolle über die Durchführung der im gesamtdeutschen Ausschuß vereinbarten Maßnahmen wird vorgesehen, daß eine Kontrolle organisiert wird, der Vertreter beider deutscher Regierungen, der Parlamente, der Parteien, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen angehören. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik würde es begrüßen, wenn alle diese Vorschläge verwirklicht werden könnten, ist aber auch bereit, zunächst über einzelne der dargelegten Vorschläge oder über Vorschläge, die dem gleichen Zweck dienen, zu verhandeln. Die Volkskammer gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das große Friedensprogramm der Sowjetunion vom ganzen deutschen Volk unvoreingenommen und gründlich studiert wird und daß sich ein offener Meinungsaustausch über die Schritte zur Entspannung der Lage durch den Rüstungsstopp in Deutschland entwickelt.

Berlin, den 1. Oktober 1959

Die Volkskammer der
Deutschen Demokratischen Republik

*

Der Acht-Punkte-Vorschlag wurde von der Volkskammer am 2. Dezember 1959 erneuert.

Aus der Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl auf der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1959

... Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik trat ein deutscher Staat vor die Weltöffentlichkeit, dem jede Aggressions- und Kriegspolitik fremd ist, der keinen Platz hat für Völkerhaß, Chauvinismus und Revanchismus.

*Die Hauptgrundsätze der Außenpolitik
der Deutschen Demokratischen Republik*

Entsprechend ihrem demokratischen Charakter und ihrer friedlichen Zielsetzung erklärte unsere Republik die Festigung des Friedens, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen friedliebenden Völkern und die Politik der friedlichen Koexistenz zu den Hauptgrundsätzen ihrer Außenpolitik.

Wir haben zugleich alles getan, um diesen Grundsätzen im Innern unseres jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates einen fruchtbaren Boden zu schaffen. Unsere werktätigen Menschen denken, fühlen und handeln im Geiste des Friedens, der Völkerfreundschaft und der Menschlichkeit. Gegen alle entgegengesetzten Einflüsse haben wir ein Gesetz zum Schutze des Friedens geschaffen, in dem die Kriegspropaganda, unter welchen Formen auch immer sie sich vollziehen möge, als eines der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet wird. Sie wird nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bestraft.

Der neue friedliche Geist, der auf dem Boden unserer Republik Einzug gefunden hat, ist der Grundstein, den wir für ein neues Verhältnis unseres ganzen deutschen Volkes zu allen anderen Nationen gelegt haben. Heute, am Vorabend des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, möchten wir darum all jenen Staatsmännern und Persönlichkeiten danken, die sich überall auf der Welt für die Freundschaft der Völker, für den Frieden und die internationale Verständigung einsetzen und die uns bei dem erfolgreichen, friedlichen Weg unserer Republik geholfen haben.

*Sicherung des Friedens —
Hauptinhalt unserer Deutschlandpolitik*

Die europäischen Völker, die im zweiten Weltkrieg Furchtbares erleiden mußten, sind an einer friedlichen Entwicklung in Deutschland zutiefst interessiert. Wir betrachten es darum als unsere nationale Pflicht und als eine unserer außenpolitischen Hauptaufgaben, für die Erhaltung des Friedens in Deutschland einzutreten und unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß von deutschem Territorium niemals mehr ein Krieg seinen Ausgang nimmt. Hier in Deutschland stehen sich heute die Politik des Krieges und des Friedens unmittelbar gegenüber. Unser Volk trägt darum eine besonders große Verantwortung dafür, daß kein Funken der in Westdeutschland und Westberlin bereitgehal-

Erklärungen

tenen Kriegsfackel zum Zünden kommt und sich in einem furchtbaren, vernichtenden Brand von Deutschland aus über die Welt verbreitet. Darum ist auch die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt unserer Deutschlandpolitik geworden.

Die Sicherung des Friedens und der Schutz der Republik sind für uns keineswegs nur ein Lippenbekenntnis. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, denen wir das Gewehr in die Hand gegeben haben, sind bereit zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften. Den gleichen edlen Zwecken dienen die Angehörigen der Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei und anderer Schutzorgane, die selbstlos ihren Dienst verrichten. Sie alle sind Kräfte des Volkes, deren Aufgabe es ist, für das Volk zu wirken und nicht wie in einem Obrigkeitsstaat gegen das Volk.

Deutsche Demokratische Republik eng mit dem sozialistischen Lager verbunden

Auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der Gemeinsamkeit unserer Interessen und Ziele sind wir auf das engste und brüderlichste mit den Staaten der großen sozialistischen Völkerfamilie verbunden. Die feste Einheit des sozialistischen Lagers, die brüderliche Zusammenarbeit und die gegenseitige freundschaftliche Hilfe sind ein unversiegbarer Kraftquell für die ständig zunehmende Überlegenheit des sozialistischen Lagers gegenüber den imperialistischen Staaten und deren Kriegspolitik.

Die sozialistischen Staaten waren es auch, die als erste diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik herstellten. Mit ihnen sind wir vereint im „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“, der am 14. Mai 1955 in Warschau unterzeichnet wurde.*

Wir sind der westlichste Vorposten unter den Warschauer Paktstaaten, wir stehen dem aggressiven NATO-System unmittelbar gegenüber. Aber wir sind nicht allein, sondern Seite an Seite mit uns steht die geballte Kraft aller sozialistischen Länder von der Elbe bis zum Stillen Ozean. Die Mitgliedschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gibt der politischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten auch eine gute wirtschaftliche Grundlage. Sie hat uns

* Siehe Band II, S. 231 ff.

geholfen, die großen Schwierigkeiten und Disproportionen zu überwinden, die sich aus der Spaltung Deutschlands für uns ergeben haben.

*Beziehungen zu den antiimperialistischen Nationalstaaten
gefestigt und vertieft*

Vertieft und gefestigt haben sich auch unsere Beziehungen zu den antiimperialistischen Nationalstaaten, deren Befreiungsbewegung wir unterstützen und deren nationale Unabhängigkeit und Souveränität wir festigen helfen.

Unsere klare antiimperialistische Haltung während des anglo-französischen Überfalls auf Ägypten und während der USA-Intervention im Libanon, unsere aufrichtige Achtung und Solidarität gegenüber den Bandung-Staaten haben das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Autorität in diesen Ländern bedeutend erhöht. Die Völker dieser Länder wissen heute sehr wohl zwischen falschen und echten Freunden zu unterscheiden.

Dazu hat schließlich auch der Besuch unserer Regierungsdelegation im Januar dieses Jahres in der Vereinigten Arabischen Republik, in der Republik Irak, in Indien, in der Demokratischen Republik Vietnam und in der Volksrepublik China und der Besuch unserer Volkskammerdelegation im April/Mai dieses Jahres in einigen asiatischen Ländern beigetragen. Die Delegationen wurden in diesen Ländern, deren Bevölkerung zusammen über eine Milliarde Menschen beträgt, freundschaftlich begrüßt.

Die Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Staaten

Unsere Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Staaten ist gekennzeichnet von der Befolgung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Ein Beispiel dafür sind unsere Beziehungen zu Finnland auf der Basis des Austausches von Handelsvertretungen mit konsularischen Rechten. Wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen vielfältiger Art bestehen mit solchen kapitalistischen Staaten wie Italien, Holland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und den skandinavischen Ländern. Einen immer größeren Widerhall findet in den kapitalistischen Ostseeanliegerstaaten auch unsere Politik im Ostseeraum, die darauf gerichtet ist, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen.

Erklärungen

Heute stehen weit mehr als die Hälfte aller Menschen der Erde mit der Deutschen Demokratischen Republik in freundschaftlichen Beziehungen. Damit ist der größtenwahnsinnige Anspruch der Bonner Regierung, ganz Deutschland zu repräsentieren, endgültig und für die ganze Welt sichtbar gescheitert. Dazu kommt die De-facto-Anerkennung unserer Republik durch die Westmächte in Genf, wo klar wurde, daß die wahren Repräsentanten der deutschen Nation die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik sind.

Niemand kann die Deutsche Demokratische Republik länger übersehen, sie wächst, blüht und gedeiht trotz aller gegnerischen Manöver. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem keine Regierung länger mit geschlossenen Augen an unserer geöffneten Tür vorübergehen kann. Die Völker fordern das, und sie werden sich auch in dieser Frage durchsetzen.

Allein die Deutsche Demokratische Republik vertritt die Interessen der gesamten deutschen Nation

Das Regierungsprogramm von 1949 wurde bis auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erfolgreich gelöst. Die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat ist vor allem eine Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse im Bündnis mit allen anderen patriotischen Kräften des Volkes. Darum ist auch die Stärkung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates gleichbedeutend mit der Stärkung aller Positionen, die der Wiedervereinigung Deutschlands dienen.

Wir gehen dabei im Gegensatz zu den Bonner Politikern von der realen Lage aus. Danach sind 1949 im Ergebnis der Spaltungspolitik der Westmächte und ihrer westdeutschen Partner zwei deutsche Staaten entstanden. Allein die Deutsche Demokratische Republik, deren Entwicklung im Gegensatz zum Bonner Staat dem im Potsdamer Abkommen festgelegten Willen der Völker zur Ausrottung von Faschismus und Militarismus voll entspricht, kann mit Recht die Interessen der gesamten deutschen Nation vertreten.

Neue Vorschläge zur Entspannung

Der Kampf um einen Friedensvertrag mit Deutschland und die friedliche, demokratische Wiedervereinigung Deutschlands sind Grundfragen unserer Politik, denn sie sind zugleich die Lebens-

fragen der deutschen Nation. Bekanntlich haben wir bisher weit über 100 Vorschläge zur Lösung dieser Fragen unterbreitet. Der Deutschen Demokratischen Republik ist keine Mühe und Kraftaufwendung zuviel gewesen, die um den Frieden und die friedliche Lösung der Deutschlandfrage geht. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschloß in ihrer Sitzung am 1. Oktober 1959 erneut Vorschläge für Maßnahmen beider deutscher Staaten zur Entspannung.* Wir schlagen vor:

1. Beendigung aller Kernwaffenversuche und keine Beteiligung an solchen Versuchen.
2. Verzicht auf Atomrüstung, Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone.
3. Rüstungsstopp, Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen, Verzicht auf Wehrpflicht.
4. Abzug aller ausländischen Truppen und Beseitigung der Militärstützpunkte.
5. Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag.
6. Beseitigung von Kriegs- und Revanchepropaganda.
7. Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung.
8. Kontrolle aller Maßnahmen.

Alle neuen und alten Vorschläge sind gleichermaßen auf die Lösung der Lebensinteressen der deutschen Nation wie auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet, denn die deutsche Frage kann ohne Berücksichtigung des Sicherheitsbedürfnisses der europäischen Völker, die zweimal vom deutschen Militarismus überfallen wurden, nicht geregelt werden. Die Losung für die Wiedervereinigung Deutschlands kann darum nur so lauten: Nieder mit dem Militarismus — Verwandlung ganz Deutschlands in einen Staat des Friedens und der Demokratie.

*Vereinigung Deutschlands nur auf dem Wege einer allmählichen
Annäherung möglich*

Eine Vereinigung kann unter diesen Umständen selbstverständlich nur auf dem Wege einer allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgen. Im Verlaufe dieser Annäherung müssen in Westdeutschland die chauvinistischen, revanchistischen und aggressiven militaristischen Elemente gebändigt werden. Nur so kann ein einheitlicher deutscher Staat entstehen,

* Siehe S. 127 f.

Erklärungen

der den deutschen Interessen und seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und den berechtigten Forderungen und Interessen der anderen Völker entspricht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war von Anfang an leidenschaftlich darum bemüht, die staatliche Spaltung Deutschlands so rasch wie möglich zu überwinden. Sie nutzte jede Möglichkeit, diesem Ziel näher zu kommen. Nichts, aber auch gar nichts haben wir unversucht gelassen und den Leuten in Bonn immer wieder die Hand entgegengestreckt.

Ob es sich um unsere Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates, um die Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung oder um Beratungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland handelte, immer haben wir im Interesse der deutschen Nation und der Völker Europas mit allen Kräften für die Wiedervereinigung unserer deutschen Heimat gewirkt.

Bonn sagte stets nein

Die Bundesregierung hatte auf diese Vorschläge, Empfehlungen und Angebote immer nur eine Antwort — sie lautete: Nein! Gleichzeitig aber konzentrierte sie ihre Tätigkeit auf die Rechtfertigung und Organisation der militaristischen Kräfte und die Remilitarisierung des gesamten Lebens in der Bundesrepublik.

Wir setzten dieser gefährlichen Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges die klare Forderung entgegen: „Deutsche an einen Tisch.“ Während die große Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung das deutsche Gespräch begrüßte, zeigte man sich in Bonn zu keiner Stunde verhandlungsbereit. Bonn hat immer wieder gezeigt, daß es Verhandlungen nicht nur ablehnt, sondern sogar mit allen Mitteln hintertreibt. Anstatt einer Annäherung der beiden deutschen Staaten wollen die Kreise um Adenauer die sogenannte „Befreiung der Ostzone“, was nichts anderes bedeutet als die bedingungslose Angliederung der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundesrepublik unter Anwendung von Gewalt.

Die Herren in Bonn mögen endlich begreifen: Niemals, unter gar keinen Umständen werden wir und unsere mit uns durch den Warschauer Vertrag vereinten und verbundenen sozialistischen Kräfte die gewaltsame Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik zulassen.

Die Konföderation

Die Zusammenführung von Staaten mit gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen ist eine sehr schwere Aufgabe, für die es kein Beispiel in der Geschichte gibt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schlug darum am 26. Juli 1957 in einer programmatischen Erklärung zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Wiedervereinigung Deutschlands vor, beide deutsche Staaten auf der Grundlage einer Konföderation zusammenzuführen und einen gesamtdeutschen Rat, der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt, zu bilden.*

Die Bildung eines Staatenbundes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages würde den Weg von lockereren Kontakten über feste Bindungen bis zur friedlichen, demokratischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglichen. Dabei können in Westdeutschland die militaristisch-faschistischen Elemente, die wieder ihr Haupt erhoben haben, zurückgedrängt und die Verhältnisse soweit demokratisiert werden, daß von Westdeutschland keine Bedrohung der Lebensinteressen unseres Volkes und anderer Völker mehr ausgeht.

Eine solche Konföderation schließt jedes Herrschaftsverhältnis des einen über den anderen deutschen Staat aus.

Obwohl der Vorschlag zur Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten in Westdeutschland ein breites Echo fand, setzten sich die Bonner Politiker auch darüber hinweg und zeigen, daß sie entschlossen sind, auf dem Pfad der Kriegsvorbereitungen weiterzumarschieren. Unseren Vorschlag auf Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten lehnt Bonn ebenfalls ab.

Atomarer Aufrüstung Westdeutschlands mit allen Mitteln Einhalt gebieten!

Am 25. März 1958 faßte die reaktionäre Mehrheit des Bonner Bundestages den Beschluß, die westdeutsche Bundeswehr atomar aufzurüsten. Diese Maßnahme gefährdet den Frieden in Europa. Das Verlangen des deutschen Volkes nach einem Volksentscheid gegen die Atombewaffnung wurde vom Bonner Staat mißachtet und eine offizielle Volksbefragung verboten.

* Siehe Band V, S. 120 ff.

Erklärungen

Niemand soll glauben, daß die Bonner Politiker und ihre Hitler-Generale die atomare Aufrüstung zum Vergnügen betreiben. In Deutschland ist in der Vergangenheit wiederholt aufgerüstet worden, und jedesmal hat das mit Millionen Toten geendet. Jeder, auch der Unbekümmertste, möge endlich begreifen, daß die atomare Aufrüstung blutiger Ernst ist, der wir unter allen Umständen und mit allen Mitteln Einhalt gebieten müssen.

Abschluß eines Friedensvertrages: Bester Weg zur Sicherung des Friedens

Was immer in Genf verhandelt und besprochen worden ist: Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist und bleibt der Abschluß eines Friedensvertrages der beste Weg zur Sicherung des Friedens und hilft dem deutschen Volk, mit eigenen Kräften und in eigener Verantwortung die Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Die imperialistischen Kreise Westdeutschlands und der anderen Westmächte fürchten eine solche Entwicklung, weil sie ihre aggressiven Kriegspläne durchkreuzt. Für die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik und für die demokratischen Kräfte in Gesamtdeutschland dagegen würde ein Friedensvertrag nur von Nutzen sein und Vorteile bringen.

Sowjetische Abrüstungs- und Westberlinvorschläge entsprechen dem Friedenssehnen der Völker

Im Zusammenhang damit stehen auch die Vorschläge der Sowjetunion zur friedlichen Lösung der Westberlinfrage. Es widerspricht nicht nur den Interessen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, sondern auch den Interessen der europäischen Völker an der Erhaltung des Friedens, wenn Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, immer mehr zum Brückenkopf des kalten Krieges und zu einem Vorposten des Überfalls auf die friedliebenden Staaten Osteuropas erhalten und weiter ausgebaut wird. Darum ist die Forderung, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln, berechtigt und entspricht dem Wunsch der Völker nach Frieden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist sich ihrer Verantwortung bei der Lösung aller dieser Fragen voll bewußt und wird

keine Anstrengungen scheuen, sie im Interesse des deutschen Volkes und der Sicherung des Friedens in Europa zu verwirklichen.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hob am 21. September 1959 mit Nachdruck hervor, daß die sowjetischen Vorschläge zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung für das deutsche Volk von besonderer Bedeutung sind.* Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird zu jedem Schritt der Verständigung und der Annäherung bereit sein, der dem großen und edlen Ziele der allgemeinen und vollständigen Abrüstung dienlich ist. Der wichtigste Beitrag beider deutscher Staaten zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt besteht gegenwärtig darin, diesem historischen Friedensappell der Sowjetunion zu folgen.

Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert die Zukunft Deutschlands

Der 10. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik ist uns dabei ein Tag der Verpflichtung, vereint mit den fortschrittlichen, friedliebenden und patriotischen Menschen in Westdeutschland ein neues, friedliches, demokratisches und geeintes deutsches Vaterland zu schaffen. Ein solches Deutschland wäre ein bedeutender Faktor für die Sicherung des Friedens in Europa. Ein solches Deutschland würde der Höherentwicklung der Menschheit durch seine großen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Potenzen dienen.

Wir wollen ein solches Deutschland, und darum kämpfen die friedliebenden, patriotischen Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik mit so großem Elan und mit soviel Kraft um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, um die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, um den Sieg über den Kapitalismus an der Front unserer friedlichen Wirtschaft, um die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, die mit ihrer Politik des Friedens und des Wohlstandes die Zukunft Deutschlands verkörpert ...

(Wortlaut der Rede: Neues Deutschland, Berlin 7. 10. 59)

*

* Siehe S. 125 f.

**Interview mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz zur außenpolitischen Debatte im Bonner
Bundestag**

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz gab dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst im Zusammenhang mit der außenpolitischen Debatte im Bundestag vom 5. November 1959 folgendes Interview:

Frage: Herr Minister! In der vergangenen Woche hat im Bundestag eine außenpolitische Debatte stattgefunden. Wie beurteilen Sie die Debatte vom Standpunkt der Interessen des deutschen Volkes und der gegenwärtigen internationalen Lage?

Antwort: Die Bonner Regierung will — das hat die Bundestagsdebatte eindeutig bewiesen — keinen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg setzen. Sie will im Gegenteil eine Revision seiner Ergebnisse, eine Revision des antifaschistischen Urteils der Völker und der Geschichte. Die Bundesregierung ist nach wie vor entschlossen, jede Entspannung zu verhindern und den leisesten Versuch der Entspannung zu torpedieren. Sie spielt die Rolle des Hauptstörenfriedes in der Welt weiter, so wie sie es in Genf getan hat.

Die Deutsche Demokratische Republik hat das Zusammentreffen Chrustschows mit Eisenhower in Camp David und dessen Ergebnis, daß nämlich Präsident Eisenhower der Einberufung einer Gipfelkonferenz zugestimmt hat, mit tiefer Befriedigung begrüßt. Das entspricht den Forderungen der Völker nach einer internationalen Entspannung. Die Deutsche Demokratische Republik hat bereits in Genf die Bemühungen um eine internationale Entspannung durch konstruktive Vorschläge unterstützt, und sie ist fest entschlossen, dies weiterhin zu tun.

Die Adenauer-Regierung geht den entgegengesetzten Weg. Sie stellt sich in schroffen Gegensatz zur Politik Präsident Eisenhowers und versucht, die aggressiven Kräfte des Westens zu vereinen und gegen diese Politik ins Feld zu führen. In Bad Godesberg hat sie unmittelbar nach dem Treffen Chrustschow-Eisenhower die reaktionärsten Politiker der Vereinigten Staaten und Westdeutschlands versammelt, um die Fortsetzung des kalten Krieges zu organisieren. Die Bonner Außenpolitik bemüht sich, die anderen NATO-Staaten von der Unterstützung der Entspannungsbemühungen abzuhalten und zu erreichen, daß die Gipfelkonferenz soweit wie nur möglich hinausgeschoben und die Erör-

terung der beiden ebenso dringlichen wie lösungsreifen Fragen — Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Beendigung des Besatzungsregimes in Westberlin — von der Tagesordnung des Gipfeltreffens abgesetzt wird.

Frage: Wie schätzen Sie die Haltung der westdeutschen Regierung zur allgemeinen Abrüstung ein?

Antwort: Die westdeutsche Regierung erklärt sich in billigen Worten für eine allgemeine Abrüstung; ihre Worte stehen aber in schroffem Gegensatz zu ihrer eigenen Politik. Während sie von Abrüstung redet, treibt sie die Aufrüstung der Bundeswehr immer rascher, stärker und rücksichtsloser voran. Das Verbot der Produktion von Raketen in Westdeutschland ist aufgehoben; die Bonner Luftwaffe wird mit amerikanischen Düsenjagdbombern ausgerüstet; der Bau größerer Kriegsschiffe, als sie der Bundesrepublik bisher erlaubt waren, wird betrieben; es fällt eine Beschränkung der aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus nach der anderen. Und das alles, obwohl Westdeutschland von keinem Staate der Welt bedroht wird. Niemand will die Bundesrepublik angreifen; niemand will sie erobern. Hinter dem Gerede von Abrüstung verbirgt sich einzig und allein die Absicht, Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen. Bonn verfolgt unverändert das Ziel, die Deutsche Demokratische Republik zu erobern, die sozialistischen Nachbarstaaten Deutschlands mit Krieg zu überziehen und die bestehenden Grenzen zu beseitigen. Die Bundesrepublik ist es, die als einziger Staat in Europa territoriale Forderungen erhebt.

Frage: Entspricht das nicht in vollem Umfange der Haltung Bonns in der Deutschlandfrage?

Antwort: Sehr richtig! Herr von Brentano ist auf den ihm in Genf zugestellten Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten* mit keinem Wort eingegangen, geschweige auf die eingehenden Vorschläge der Volkskammer zur Abrüstung und zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten vom 1. Oktober 1959.**

Bonn will die weitere Verschärfung der Lage in Deutschland. Dafür spricht auch die von Brentano im Bundestag abgegebene Erklärung, daß Westberlin „ein integraler Bestandteil“ Westdeutschlands sei. Seine Erklärung steht in Widerspruch zu der von den Westmächten in Genf getroffenen Feststellung, daß Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehöre. Die Bonner Regie-

* Siehe S. 188 ff.

** Siehe S. 127 f.

rung hält also nach wie vor daran fest, Westberlin als ihren Stützpunkt im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten zu betrachten.

Ohne die sich aus dieser Gesamthaltung ergebenden Gefahren zu unterschätzen, kann schon heute gesagt werden, daß alle gegen uns gerichteten Provokationen angesichts des heutigen internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik zum Scheitern verurteilt sind.

Mit der atomaren Aufrüstung erhebt der Revanchismus in Westdeutschland immer offener sein Haupt. Doch ebenso offen gerät die Bonner Außenpolitik in Widerspruch zum Friedenswillen der Völker. Breite Kreise des französischen und des englischen Volkes begreifen, daß die Bonner Revanchepolitik für ihre Völker die furchtbare Gefahr heraufbeschwört, durch eine Provokation in einen neuen Weltkrieg gestürzt zu werden. Die Tatsachen beweisen, daß ähnliche Überlegungen auch in Amerika immer mehr das politische Denken beschäftigen.

Frage: Was muß zur Abwendung der Gefahren geschehen, die der gegenwärtige Bonner Kurs über Westdeutschland gebracht hat?

Antwort: In Westdeutschland müssen konkrete Maßnahmen zur Sicherung des Friedens sowie zur Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten getroffen werden. Eine solche Maßnahme wäre zum Beispiel der Verzicht der westdeutschen Regierung auf die Atombewaffnung der Bundeswehr. Ebenso könnte der Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten wesentlich zur Minderung der Spannungen beitragen. Im nationalen Interesse des deutschen Volkes ist eine schnelle Regelung der herangereiften Probleme — Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Verwandlung Westberlins aus einem Spannungsherd in eine friedliche Stadt — erforderlich. Deshalb ist es unumgänglich, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz sowohl über Abrüstung als gemeinsam mit den beiden deutschen Staaten auch über die Fragen des Friedensvertrages und die Westberlinfrage verhandelt wird. Auf diesem Wege muß eine für alle Seiten annehmbare Lösung gesucht und gefunden werden.

Die Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik an der Behandlung aller Deutschland betreffenden Fragen hat bereits auf der Genfer Konferenz bewiesen und wird auch weiter beweisen, daß unser Staat alles tut, um einen Schlußstrich unter

den zweiten Weltkrieg zu ziehen und damit die erste und dringlichste Voraussetzung für die friedliche und demokratische Lösung unserer nationalen Lebensfragen zu schaffen.

(ADN 12. 11. 59)

Antwort

des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, vom 9. Dezember 1959

Am 3. Dezember 1959 hat in Neu Delhi auf einer Pressekonferenz ein westlicher Journalist dem indischen Ministerpräsidenten die Frage gestellt, ob auch er der Meinung sei, daß auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz besser nicht über die deutsche Wiedervereinigung als einem Hauptthema gesprochen würde, sondern zunächst versucht werden sollte, eine gewisse Verständigung über das Abrüstungsproblem zu erzielen.

Ministerpräsident Nehru hat in seiner Antwort die hervorragende Bedeutung der Abrüstungsfrage betont, gleichzeitig aber unmißverständlich seine Meinung über den gegenwärtigen Stand des deutschen Problems geäußert. Nehru sagte, daß ihm die Frage der deutschen Einheit schon große Rätsel aufgegeben habe. Es werde soviel von ihr gesprochen. Bisher habe er aber nur feststellen können, daß niemand sie wolle. Nach Presseberichten nannte Nehru in diesem Zusammenhang die USA, Sowjetunion, Westdeutschland, die Deutsche Demokratische Republik, Frankreich, Großbritannien, Polen und die Tschechoslowakei. Auf eine ergänzende Frage, ob es eine ernste und unglückliche Entwicklung sei, daß niemand sie wolle, erläuterte Nehru seine Worte nach den Berichten der Presse folgendermaßen:

„Nein, ich glaube, es ist die Anerkennung gewisser grundsätzlicher Tatsachen, die heute bestehen. In diesem Sinne meine ich, daß in der Theorie die Leute sie schon wollen. Aber die Anerkennung gewisser Tatsachen und die Furcht vor gewissen Konsequenzen führen dazu, daß die Leute sie eben nicht wollen. Wenn ich sage, daß sie sie nicht wollen, so heißt das natürlich, daß jeder eine Lösung nach seinen eigenen Vorstellungen will und dabei hundertprozentig gewiß ist, daß sie auf diese Weise nicht kommen wird. So kommt es, daß man keine Lösung will. Darauf läuft es hinaus.“

Erklärungen

In einer weiteren Äußerung Nehrus außerhalb der erwähnten Pressekonferenz heißt es:

„Ich sagte, daß keine gegenwärtige Regierung unter den bestehenden Umständen die deutsche Wiedervereinigung wünscht, außer zu ihren eigenen Bedingungen, die für andere Regierungen unannehmbar sind. Daraus ergibt sich ein Stillstand, der so lange nicht behoben werden kann, solange sich die Bedingungen nicht ändern.“

Diese Erklärungen des indischen Ministerpräsidenten haben in den Kreisen der Bonner Militaristen große Bestürzung hervorgerufen.

Der westdeutsche Botschafter in Neu Delhi wurde beauftragt, der indischen Regierung das Befremden der Bonner Regierung zum Ausdruck zu bringen und ihr zugleich ein Memorandum über diese Frage zu überreichen. Der indische Geschäftsträger in Bonn wurde vom Bonner Außenministerium aufgefordert, seine Regierung um Aufklärung über Sinn und Bedeutung der Worte Nehrus zu bitten. Und als Begleitmusik hierzu richtet die Adenauer-Presse heftige und äußerst unsachliche Angriffe gegen den indischen Ministerpräsidenten, dem u. a. „ein bedenkliches Maß an Unwissenheit“, „indischer Nationalismus“ („Der Tag“, Zeitung des Ministeriums Lemmer, vom 8. Dezember) und ähnliches vorgeworfen wird. Diese unsachlichen Angriffe haben ihre Quelle in Bonner Regierungskreisen.

Wir betrachten die Erklärung des indischen Ministerpräsidenten Nehru als eine durchaus sachliche und wohl überlegte Stellungnahme, deren Bedeutung auch dadurch nicht beeinträchtigt wird, daß sie durch die Frage eines westlichen Journalisten veranlaßt wurde. Das wird auch dadurch bestätigt, daß — nach Meldung einer großen westdeutschen Zeitung — ein hochgestellter offizieller Sprecher der indischen Regierung im Anschluß an die Pressekonferenz betonte, daß Nehru mit seiner Erklärung nur „zwei offensichtliche Tatsachen“ festgestellt habe:

- „1. Wünschen einige Regierungen in der Tat keine Wiedervereinigung und
2. kann es der Regierung der Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung nicht ernst sein, wenn sie darauf besteht, daß die beiden Teile Deutschlands nur zu den Bedingungen der Bundesrepublik vereinigt werden, da diese Bedingungen für andere beteiligte Mächte unannehmbar sind.“

Wir verstehen den indischen Ministerpräsidenten Nehru so, daß er gegenwärtig keine reale Möglichkeit für eine Wiedervereini-

gung sieht, und daß er der Überzeugung ist, daß auch die Regierungen der großen Staaten unter den gegenwärtigen Umständen keine solche reale Möglichkeit in Rechnung stellen, zumal die Regierung in Bonn von ihrer völlig irrealen Konzeption einer Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik nicht abgeht.

Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß die Bedingungen, die von den deutschen Militaristen und den 25 in Westdeutschland herrschenden Konzern-Gruppen für die Wiedervereinigung gestellt werden, völlig unannehmbar sind.

Andererseits ist es jedoch auch Ministerpräsident Nehru bekannt, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dieser Frage keine starre Haltung des „Alles oder Nichts“ einnimmt. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Arbeiter- und Bauern-Staat, hat aber nicht gefordert, daß Westdeutschland sozialistisch, daß die Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland übertragen wird. Sie besteht lediglich darauf, daß in Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ein Weg zur Schaffung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands gefunden wird, in dem der deutsche Militarismus endgültig gebändigt ist. Die Bonner Regierung will weder von Verhandlungen noch von einer Verständigung etwas wissen. Wir sind der Meinung, daß diese Haltung nicht dem Willen der westdeutschen Bevölkerung entspricht, daß der westdeutschen Bevölkerung die Freiheit gewährt werden muß, ihre parlamentarisch-demokratische Ordnung selbst zu bestimmen und sich für eine friedliche Entwicklung zu entscheiden.

Die friedliebende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik kann sich schließlich nicht mit den in Bonn maßgeblichen Hitler-Generalen und den 1000 Hitlerschen Blutrictern vereinigen, die den westdeutschen Justizapparat beherrschen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist tatsächlich blockiert, seitdem in Westdeutschland der deutsche Militarismus wiedererstanden ist, ungehemmt seine Kriegsvorbereitungen trifft und die Atomrüstung durchführt. Das deutsche Volk kann sich offensichtlich erst dann wiedervereinigen, wenn es frei ist von der Furcht, durch die deutschen Militaristen in einen Atomkrieg gestürzt zu werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Regierung Westdeutschlands eine Vereinbarung vorgeschlagen, auf die Anwendung von Gewalt im Verhältnis beider deutscher

Staaten zueinander zu verzichten. Die Bonner Regierung hat auch dieses Angebot abgelehnt. Ministerpräsident Nehru, der ja selbst die Anwendung von Gewalt im Leben der Völker verurteilt, wird gut verstehen, daß wir mit unserem Vorschlag militärischen Provokationen und einem Bruderkrieg in Deutschland vorbeugen wollen, der die Welt in den Abgrund eines neuen Weltkrieges hineinziehen könnte.

Man muß sich die Frage stellen, was eigentlich die Bonner Regierung so erregt hat, daß sie in einer so nervösen und unsachlichen Weise auf die Äußerungen des indischen Ministerpräsidenten reagierte. Die Bonner Regierung und die hinter ihr stehenden Kreise sind — das haben sie bereits zugegeben — deshalb erregt, weil sie aus der Erklärung Nehrus entnehmen konnten, daß er den Bonner Ausschließlichkeitsanspruch weder heute anerkennt, noch in Zukunft anzuerkennen gedenkt.

Das ist schließlich nur natürlich. Der indische Ministerpräsident steht in wichtigsten weltpolitischen Fragen auf dem Standpunkt der Neutralität. Schon aus diesem Grunde kann er sich nicht mit dem Ausschließlichkeitsanspruch der westdeutschen Regierung identifizieren. Eine andere Haltung würde eine Parteinahme für den westdeutschen Militarismus gegen die Interessen des deutschen Volkes bedeuten. Die nationale Frage des deutschen Volkes besteht doch gerade darin, daß zwischen den herrschenden militaristischen Kräften in Westdeutschland und den friedliebenden Interessen des deutschen Volkes eine unüberbrückbare Kluft besteht.

Die Bonner Regierung wirft uns vor, daß wir für die Neutralität Deutschlands sind. Wir haben darauf geantwortet, daß nicht nur die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands ein friedliebendes, demokratisches und neutrales Deutschland bei weitem der Atomkriegsrüstung und einem neuen Revanchekrieg vorzieht, auf den das Bonner Regime hinsteuert.

Ich bin überzeugt, mit der Mehrheit des deutschen Volkes übereinzustimmen, wenn ich sage:

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nur auf dem Wege über die internationale Entspannung und Abrüstung und durch Verständigung der beiden deutschen Staaten möglich. Wer das ablehnt, will keine Wiedervereinigung. Das kann niemand ernstlich bestreiten. Wir würden es von Herzen begrüßen, wenn sich die indische Regierung und die Regierungen der anderen Staaten der Bandung-Konferenz dafür einsetzten, daß auf der bevorstehen-

den Gipfelkonferenz der Friedensvertrag mit Deutschland vorbereitet und endlich der Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen wird. Damit würde die neue Ära des friedliebenden, demokratischen Deutschland eingeleitet.

Erklärung

des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. Dezember 1959 zur bevorstehenden Gipfelkonferenz

Der westdeutsche Kanzler Adenauer hat am 8. Dezember 1959 vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt, daß er von vornherein auf die Teilnahme an der Ost-West-Gipfelkonferenz verzichten wolle. In der westdeutschen Presse ist diese Erklärung vielfach so ausgelegt worden, als ob sich aus ihr ergeben würde, daß deutsche Vertreter an der Gipfelkonferenz nicht teilnehmen würden.

Eine solche Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß es das unveräußerliche Recht der deutschen Nation ist, an der Beratung aller Fragen beteiligt zu sein, die ihre Interessen berühren. Auf dieses Recht gibt es keinen Verzicht, und niemand, auch nicht Herr Adenauer, kann im Namen des deutschen Volkes einen solchen Verzicht leisten.

Die legitimen Interessen des deutschen Volkes können — das ist wohl unstrittig — nur dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Vertreter beider deutscher Regierungen an der Lösung aller Deutschland betreffenden Fragen teilnehmen.

Wenn Adenauer auf die Teilnahme an der Gipfelkonferenz verzichten will, obgleich diese Konferenz deutsche Fragen behandelt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Stimme für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und für ganz Deutschland erheben und allein die nationalen Interessen unseres Volkes vertreten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht mit Nachdruck den Anspruch geltend, zur Behandlung aller Fragen, die die Deutsche Demokratische Republik und das deutsche Volk betreffen, hinzugezogen zu werden.

Die Großmächte haben bereits mehrfach anerkannt, daß an den Beratungen internationaler Konferenzen über deutsche Fragen auch die Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen sollen. So wurde es auch von der Genfer Außenministerkonferenz des

Erklärungen

Jahres 1959 in dem vereinbarten Kommuniqué festgelegt. Die Unterbrechung der Genfer Beratungen erfolgte mit der Maßgabe, sie in gleicher Zusammensetzung wiederaufzunehmen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird im Interesse der internationalen Entspannung, im Interesse des Abschlusses eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und der Behebung der anomalen Lage in Westberlin die nationalen Rechte des deutschen Volkes wahren und zur Teilnahme an der Gipfelkonferenz bereit sein.

**Dokumente zur Genfer Außenministerkonferenz
(11. Mai bis 20. Juni
und 13. Juli bis 5. August 1959)**

Inhaltsübersicht

Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr Lothar Bolz in der Sitzung am 14. Mai 1959	151
Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 18. Mai 1959	153
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 21. Mai 1959	160
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 26. Mai 1959	165
Brief des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 28. Mai 1959	171
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 2. Juni 1959	173
Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an Bundesaußenminister von Brentano vom 4. Juni 1959 ..	179
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 5. Juni 1959	180
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 10. Juni 1959	183
Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an Bundesaußenminister von Brentano vom 19. Juni 1959 ..	187
Nichtangriffsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ..	188
Erklärung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juni 1959 zur Vertagung der Genfer Außenministerkonferenz	190
Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 13. Juli 1959	193
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 16. Juli 1959	199

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 16. Juli 1959	202
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 20. Juli 1959	204
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 23. Juli 1959	210
Briefe des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an die vier Außenminister vom 5. August 1959	214
Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Schlußsitzung am 5. August 1959	216
Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. August 1959 zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz	224

**Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 14. Mai 1959**

Ich habe die Ehre, auf dieser Außenministerkonferenz im Namen der Deutschen Demokratischen Republik — ihrer Regierung und ihrer Bevölkerung — zu sprechen. Gestatten Sie mir, Ihnen zu versichern: Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes begrüßt von ganzem Herzen, daß es zu diesen Verhandlungen zwischen Ost und West gekommen ist. Die internationalen Spannungen belasten das deutsche Volk besonders schwer, und es wünscht nichts sehnlicher, als daß endlich ein gesicherter, dauerhafter Friede in Europa einziehe. Mit tiefer Genugtuung hat das deutsche Volk vernommen, daß seinen Vertretern die Möglichkeit gegeben ist, auf dieser Konferenz das Wort zu ergreifen.

Das erste Mal nach Beendigung der Kriegshandlungen in Europa sitzen Vertreter der beiden deutschen Staaten den Außenministern der Mächte gegenüber, deren Völker von den deutschen Militaristen angegriffen und in einen entsetzlichen Krieg gestürzt wurden. Wir, die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, stellen an den Beginn unserer Ausführungen die feierliche Erklärung, daß es das Ziel unserer ganzen Politik wie auch der Mitwirkung an dieser Konferenz ist, eine erneute Bedrohung des Friedens durch den deutschen Militarismus für alle Zeiten auszuschließen.

Die in der Anti-Hitler-Koalition verbündeten Völker haben für dieses edle und große Ziel unersetzliche Opfer gebracht. Ich möchte mir die Freiheit nehmen, daran zu erinnern, daß auch die besten Töchter und Söhne des deutschen Volkes, deutsche antifaschistische Patrioten, für das gleiche Ziel kein Opfer gescheut haben. Die deutschen Antifaschisten haben den Willen der Anti-Hitler-Koalition, durch die Vernichtung des deutschen Faschismus und Militarismus eine Ära des Friedens in Europa einzuleiten, wie er in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz niedergelegt ist, aufrichtig begrüßt. Auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens verwirklicht. Es ist darum kein Zufall, daß niemand der Deutschen Demokratischen Republik vorwerfen kann, sie vertrete Gedanken der Revanche, erhebe territoriale Forderungen und bedrohe andere europäische Völker.

Die Deutsche Demokratische Republik ist gewillt, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, dem deutschen Volke den Frieden zu sichern und die Spaltung Deutschlands zu überwinden. Der

Friede ist die erste und höchste Lebensfrage des deutschen Volkes. Gerade deswegen haben wir mit so großer Befriedigung dem Notenwechsel der vier Mächte und den Erklärungen auf dieser Konferenz entnommen, daß es hier nicht darum geht, unverbindliche Erklärungen zur Deutschlandfrage abzugeben, sondern darum, Wege zur Lösung seit langem herangereifter Fragen, also zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Bereinigung der anomalen Lage in Westberlin, unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen zu finden. Das deutsche Volk hat ein besonderes Interesse an dem Abschluß eines Friedensvertrages in möglichst kurzer Frist, weil er ihm einen dauerhaften Frieden und die Möglichkeit geben soll, sein Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkt auszuüben. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wäre nach unserer festen Überzeugung auch der kürzeste Weg, um die unselige Spaltung Deutschlands zu überwinden. Ein Friedensvertrag würde beiden deutschen Staaten gleiche Rechte geben und gleiche Pflichten auferlegen und so zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten führen. Der Friedensvertrag, der ohnehin an der Westberlinfrage nicht vorbeigehen könnte, böte auch die beste Gelegenheit zur reibungslosen Lösung dieser unaufschiebbaren Frage.

Ich werde gern von der Möglichkeit Gebrauch machen, das von meiner Regierung entwickelte konstruktive Programm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als einheitlicher, demokratischer und friedliebender Staat im Laufe der Konferenz ausführlich darzulegen. Es enthält den Gedanken, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden. Als unerläßlich betrachten wir Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Entsprechende wiederholte Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik sind leider ohne Erfolg geblieben.

Ich erkläre vor diesem hohen Forum im Auftrage meiner Regierung: Es ist auch jetzt noch nicht zu spät. In diesem Saal sitzen Delegationen beider deutscher Staaten an gleichen Tischen und nehmen mit dem gleichen Status an der Konferenz der Außenminister teil. Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, mit der Delegation der Deutschen Bundesrepublik alle Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten sowie Schritte, die der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates dienen. So könnten beide deutsche Delegationen einen wesentlichen Beitrag zu einem alle Seiten befriedigenden Ausgang der Konferenz leisten.

**Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 18. Mai 1959**

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hat den vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Herter, im Namen der drei Westmächte erläuterten Plan und den vom Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herrn Gromyko, begründeten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland eingehend geprüft und möchte heute eine erste Stellungnahme abgeben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt — insbesondere am 4. September 1958 in Noten an die vier Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition* — den völkerrechtlich unbestreitbaren Anspruch des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag geltend gemacht. Unsere Delegation stellt mit Befriedigung fest, daß auf dieser Konferenz alle vier Mächte das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag und die Notwendigkeit seines Abschlusses anerkennen. Über den Inhalt dieses Friedensvertrages und die Vorbereitung eines zu vereinbarenden Textes ist jedoch leider im westlichen Plan nichts gesagt, während die sowjetische Seite einen Entwurf zur Diskussion stellt. Wir sind verwundert, daß die Bundesregierung unter Berufung auf ihre Mitarbeit dem westlichen Plan vorbehaltlos zustimmt und ihren Vertreter bei seinem ersten Auftreten kein Wort zum Entwurf eines Friedensvertrages sagen läßt, obwohl überall in Deutschland der Ruf nach dem Abschluß eines Friedensvertrages ertönt. Unsere Delegation jedenfalls erhält täglich aus ganz Deutschland eine Fülle von Zuschriften, in denen diese Forderung gestellt wird.

Das deutsche Volk dringt auf den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages, damit endlich ein Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen, eine feste Grundlage für einen dauerhaften Frieden geschaffen, die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes ohne jegliche Beschränkung möglich und die Normalisierung seiner Beziehungen zu allen Völkern herbeigeführt werde. Der Friedensvertrag muß dem ganzen deutschen Volk Frieden und Freiheit geben. Dieser Aufgabe wird er gerecht werden, wenn er verhindert, daß deutsche Militaristen das deutsche Volk erneut in einen Krieg stürzen und heute, im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen, die physische Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel setzen. Der Abschluß eines solchen Friedens-

* Siehe Band VI, S. 76 ff.

vertrages ist um so dringender, da die Politik der Aufrüstung, der Raketen- und atomaren Bewaffnung, wie sie die Regierung Westdeutschlands verfolgt, zur Verstärkung des atomaren Wett-rüstens führt und die Gefahr eines Atomkrieges außerordentlich verschärft. Der Friedensvertrag muß diese unheilvolle Entwicklung unterbinden. Er sollte überdies eine Reihe anderer dringender Fragen lösen, wie den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Deutschland, das Ausscheiden Westdeutschlands aus dem Nordatlantikpakt, der Deutschen Demokratischen Republik aus dem Warschauer Vertrag und die Beseitigung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden.

Die Befreiung des deutschen Volkes von den Gefahren, die das Wiederaufleben des deutschen Militarismus heraufbeschwört, würde eine demokratische Entwicklung ganz Deutschlands gewährleisten. Der Friedensvertrag müßte also die ideologische, politische, militärische und wirtschaftliche Vorbereitung neuer Kriegsabenteuer durch deutsche Militaristen ausschließen und die freie Betätigung aller Bürger, politischen Parteien und demokratischen Organisationen, die im Sinne des Friedens und der Demokratie wirken, garantieren.

Der Friedensvertrag muß dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit geben, seine staatliche Souveränität in vollem Umfange auszuüben. Das bedeutet unter anderem, die Beschränkungen aufzuheben, die die Pariser Verträge der Bundesrepublik in der Ausübung ihrer Souveränität — zum Beispiel hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands sowie im Falle eines „Notstandes“ — auferlegen. Auch Westberlin würde der Friedensvertrag von dem Besatzungsregime befreien müssen.

Ganz Deutschland könnte nach dem Abschluß eines solchen Friedensvertrages seine Beziehungen zu anderen Völkern auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs, der Gleichberechtigung und des wechselseitigen Vorteils gestalten. In friedlicher Arbeit, frei von ausländischer Bevormundung könnte das deutsche Volk seinen Beitrag zum friedlichen Fortschritt der Menschheit leisten. Es würde den ihm gebührenden Platz in der Völkerfamilie als gleichberechtigtes Mitglied einnehmen.

Von ganz besonderer Bedeutung für das deutsche Volk ist die Tatsache, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland der kürzeste Weg zur Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit ist. Der Friedensvertrag müßte jeden Versuch unmöglich

machen, die Widersprüche in Deutschland mit Gewalt zu lösen und einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist überzeugt, daß die Vertragspartner einverstanden sein werden, sich im Friedensvertrag zu verpflichten, der Annäherung, Zusammenarbeit und Vereinigung der beiden deutschen Staaten keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern sie zu unterstützen. Da die Bestimmungen des Friedensvertrages für beide deutsche Staaten gleiche Gültigkeit haben, ihnen gleiche Pflichten auferlegen und gleiche Rechte einräumen werden, würde die Vertragserfüllung unmittelbar zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten beitragen.

Es gab eine Zeit, in der die Wiedervereinigung Deutschlands nicht so kompliziert war wie heute und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt gesamtdeutsche Wahlen vorgeschlagen hat. Ich erinnere an die Jahre bis 1954, als die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage des Weimarer Wahlgesetzes von 1924 einen Wahlgesetzentwurf ausgearbeitet und sich mit einer gegenseitigen Kontrolle dieser Wahlen durch deutsche Organe einverstanden erklärt hat. Die Bundesregierung hat gesamtdeutsche Wahlen, als die Bedingungen hierfür noch gegeben waren, hartnäckig abgelehnt. Sie hat auch die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik abgelehnt, die Aufrüstung vom deutschen Boden fernzuhalten, sich über Stärke und Standorte der beiderseitigen bewaffneten Kräfte und deren Kontrolle sowie über andere der Entspannung in Deutschland dienende Fragen zu einigen.

Meine Regierung hat immer davor gewarnt, durch Remilitarisierung und Atombewaffnung Westdeutschlands die Spaltung zu vertiefen und den Weg zur Wiedervereinigung zu verbauen. Im Gegensatz hierzu hat die Regierung Westdeutschlands mehrfach erklärt, daß sie erst verhandeln würde, wenn sie über starke militärische Kräfte verfüge. Sie setzte die Aufrüstung, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, den Beitritt zur NATO und die Vorbereitung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr durch. Ich muß betonen, daß die Aufrüstung von Personen geleitet wird, die bereits an der Vorbereitung und Führung des verbrecherischen Hitlerkrieges beteiligt waren. In Westdeutschland wird eine Politik der Revanche propagiert. Dafür gibt es eine Fülle von Beweisen; wir lenken die Aufmerksamkeit der Konferenz als Beispiel auf die Reden, die namhafte Vertreter der Bundesregierung in diesen Pfingsttagen gehalten haben.

Die Deutsche Demokratische Republik hat auf die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verzichtet. Ihre Armee besteht ausschließlich aus Freiwilligen und steht unter dem Kommando bewährter Antifaschisten. Sie hat 1956 aus freiem Entschluß die Truppenstärke um ein Viertel — von 120 000 auf 90 000 — herabgesetzt. Die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik besitzt weder Raketen- noch Atomwaffen. Das alles entspricht dem friedlichen Charakter der Deutschen Demokratischen Republik, eines Staates der Arbeiter und Bauern, der seine ganze Kraft auf den Aufbau des Sozialismus konzentriert.

So wurden in Deutschland zwei grundsätzlich verschiedene Wege beschritten, der militaristische in Westdeutschland, der antimilitaristische in der Deutschen Demokratischen Republik. Das macht eine mechanische Wiedervereinigung unmöglich. In seinen Erläuterungen zu dem Plan der Westmächte hat der Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, Herr Herter, erklärt:

„Die drei Mächte erkennen jedoch freimütig an, daß die unterschiedliche soziale Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands ein wichtiges Problem darstellt.“

Die Tatsache, daß in Deutschland zwei Staaten bestehen und eine unterschiedliche Entwicklung genommen haben, wird also nicht unbeachtet gelassen. Die Logik der Tatsachen zwingt zu der selbstverständlichen Schlußfolgerung, daß eine Regelung gesamtdeutscher Fragen nicht ohne Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten möglich ist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt die Schaffung eines gesamtdeutschen Organs vorgeschlagen. Sie hat dem deutschen Volk das Programm der Wiedervereinigung auf dem Wege über die Bildung einer Konföderation unterbreitet. Als oberstes Organ der Konföderation soll nach unserem Vorschlag ein Gesamtdeutscher Rat gebildet werden, und zwar auf paritätischer Grundlage, was der Gleichberechtigung beider Staaten entspricht, beide Staaten davor bewahrt, überstimmt zu werden, und beiden Staaten die Möglichkeit gibt, Anträge mit Aussicht auf Erfolg einzubringen. Dieser Gesamtdeutsche Rat könnte sich über alle Fragen der Vorbereitung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland, der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, über gemeinsame außenpolitische Aufgaben sowie andere beide Staaten betreffende Probleme verständigen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands gehört nicht zur Zuständigkeit der Außenministerkonferenz. Bei Verhandlungen mit Vertretern der Deutschen Bundesrepublik werden die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik das Programm unterbreiten und noch näher erläutern. Bisher haben wir allerdings bei der Bundesrepublik keine Bereitschaft dazu gefunden; sie spricht zwar von Wiedervereinigung, sieht aber in Deutschland nur einen deutschen Staat — sich selbst — als existent an; wer in Deutschland nur einen Staat zu erkennen meint, kann ja wohl nur die Einverleibung des anderen Staates betreiben. Die Einheit und Geschlossenheit der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Bevölkerung und ihrer Regierung, ihre wachsende wirtschaftliche und kulturelle Kraft, ihre Verbundenheit mit Völkern und Staaten, die mehr als die Hälfte der Menschheit umfassen, lassen einen objektiven Beobachter erkennen, daß eine solche Politik zum Scheitern verurteilt ist. Wir, die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, sind nach wie vor bereit, mit der Delegation der Bundesregierung über einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zu den Fragen des Friedensvertrages zu beraten. Sollte der Wunsch bestehen, auch andere Fragen in die Erörterung einzubeziehen, so steht dem nichts im Wege.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bedarf zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Bundesrepublik keines Auftrages. Sie ist in ihren Entscheidungen frei und unabhängig, das heißt lediglich dem Willen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unterworfen. Das ergibt sich in völkerrechtlich verbindlicher Form zum Beispiel aus dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955*, in dem es heißt:

„Die vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen.

In Übereinstimmung hiermit ist die Deutsche Demokratische Republik frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten.“

* Siehe Band III, S. 280 ff. oder Band IV, S. 48 ff.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist Sache des deutschen Volkes selbst, und niemand kann ihm die Lösung dieses Problems abnehmen. Wenn die vier Mächte das deutsche Volk dabei unterstützen wollen, so ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland das gebene.

Der Abschluß eines Friedensvertrages wäre auch der beste Weg, um die Lösung der Westberlin-Frage festzulegen, wenn auch eine Verständigung darüber noch vor Abschluß eines Friedensvertrages nicht ausgeschlossen werden soll. Die Westberlin-Frage muß auf jeden Fall einer raschen Lösung zugeführt werden, da die Lage in Westberlin anomal ist und den Frieden in Deutschland wie in Europa bedroht. Westberlin ist das einzige Territorium in Europa, auf dem vierzehn Jahre nach Beendigung des Krieges noch ein Besatzungsregime besteht. Der ehemalige Westberliner Bürgermeister Reuter kennzeichnete Westberlin als „Frontstadt des kalten Krieges“ und als „billigste Atombombe“. Der derzeitige Bürgermeister Westberlins, Brandt, bezeichnete es als Aufgabe Westberlins, die „Konsolidierung“ in der Deutschen Demokratischen Republik „soweit wie möglich zu erschweren und zu verlangsamen“ und dabei die Rolle eines „Störenfriedes“ zu spielen. Mit dieser Zielsetzung werden von Westberlin aus Angriffe gegen Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, gegen das Volkseigentum und gegen das Leben ihrer Bürger gerichtet. Die gleichen verantwortungslosen Kräfte bemühen sich, Westberlin immer stärker als eine Basis des kalten Krieges auch gegen andere Länder zu mißbrauchen. Es besteht die Gefahr, daß es abenteuerlustigen Elementen gelingt, Provokationen auszulösen, die zu militärischen Auseinandersetzungen führen könnten.

Das alles ist untragbar, sowohl für die Bevölkerung Berlins als auch für das ganze deutsche Volk. Um dieses brennende Problem aus der Welt zu schaffen, wurde der Vorschlag gemacht, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln. Obwohl Berlin die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist und Westberlin sich auf dem Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik befindet, will meine Regierung Westberlin nicht die gesellschaftliche Ordnung des demokratischen Sektors der Stadt aufdrängen. Sie ist zu dem Zugeständnis bereit, Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt einzuräumen. Die Grundlage für die Normalisierung der Lage kann nur die Beendigung des Besatzungsregimes auch im westlichen Teil der Stadt sein. Zu ihrem größten Bedauern sieht sich die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik zu

der Feststellung gezwungen, daß der Plan der drei Westmächte hinsichtlich der Westberlin-Frage die gegenwärtige Lage ebenso verkennt wie die Möglichkeiten zu ihrer Bereinigung. Schon lange besteht im demokratischen Sektor von Berlin kein Okkupationsregime. Der Magistrat ist dort frei in allen seinen Entscheidungen als oberstes Organ der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Dem westlichen Plan zufolge soll nun auch der demokratische Sektor einem Okkupationsregime unterworfen werden, anstatt Westberlin vom Okkupationsregime zu befreien. Ein solches Ansinnen ist unreal. Unsere Delegation sieht sich außerstande, Vorschläge auch nur zu diskutieren, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, eine Verletzung ihrer Souveränität und ihrer territorialen Integrität zum Gegenstand haben. Die Lösung der Westberlin-Frage ist notwendig und möglich; sie kann jedoch nur erfolgen unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Beteiligten, insbesondere der Deutschen Demokratischen Republik und der Westberliner Bevölkerung. Eine solche Lösung ist der Vorschlag, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln. Die von mir dargelegten Tatsachen zwingen uns leider zu der Schlußfolgerung, daß der Plan der drei Westmächte keine geeignete Grundlage für die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung der Westberlin-Frage bietet. Er kann das schon deshalb nicht, weil er diese zur Lösung herangereiften Fragen mit komplizierten internationalen Fragen verkoppelt und Fragen, die unzweifelhaft der Kompetenz der Konferenz unterliegen, mit Fragen, die ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der beiden deutschen Staaten gehören, künstlich zu einem Knäuel verknüpft. Zum Beispiel ist für uns Deutsche unverständlich, weshalb der Friedensvertrag mit Deutschland von Vereinbarungen über die Stärke der Truppen der vier Mächte abhängig gemacht werden soll.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß sowohl der von der Sowjetunion unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland als auch der Plan zur Normalisierung der Lage in Westberlin grundsätzlich mit unserer Forderung nach Sicherung des Friedens übereinstimmen, also den nationalen Interessen des deutschen Volkes wie dem Friedensstreben aller europäischen Völker gerecht werden. Sie bilden unseres Erachtens eine geeignete Grundlage für eine Verständigung auf dieser Konferenz.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik behält sich vor, im Laufe der Friedensverhandlungen zu den einzelnen Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes Stellung zu nehmen. Schon heute aber steht fest:

Der sowjetische Entwurf ist das gerade Gegenteil des Vertrages von Versailles, der ein Diktat war und den Krieg aus Europa nicht verbannte. Ein Deutscher, der dieses Angebot in Bausch und Bogen ablehnt, bekennt sich damit zur Fortsetzung der Politik der deutschen Regierungen der Vergangenheit, die Deutschland und Europa in zwei Kriegskatastrophen stürzten.

Die Deutsche Demokratische Republik bestreitet selbstverständlich keinem Staat der Welt und also auch nicht den drei Westmächten das Recht, die eigenen internationalen Beziehungen nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Wenn die Deutsche Demokratische Republik dabei von dem einen oder anderen Staat **nicht** de jure anerkannt wird, so teilt sie das mit dem ihr verbündeten 680-Millionen-Staat der Volksrepublik China.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik sieht ihre Aufgabe nicht darin, sich an einem Streit darüber zu beteiligen, ob man Tatsachen anerkennen oder leugnen soll. Sie ist hier, um das unverzichtbare Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag geltend zu machen, und sie bekräftigt erneut, daß sie in der baldigen Einberufung einer Friedenskonferenz einen entscheidenden Schritt sieht, um zu einer dauerhaften Friedensregelung im Herzen Europas zu kommen.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 21. Mai 1959**

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland als einen Akt von großer nationaler und internationaler Bedeutung. Sie begrüßt es, daß die Konferenz — wenn auch mit manchen Vorbehalten von dieser oder jener Seite — doch in die Diskussion über den Friedensvertrag eingetreten ist. Sie hofft, daß die Erörterung dieser Frage weitergeführt wird, und gestattet sich deshalb, zu einigen Grundfragen des Friedensvertrages Stellung zu nehmen.

Es kann dabei notwendig sein, auch bittere Wahrheiten auszusprechen. Aber nur wenn wir offen aussprechen, was uns bewegt, können wir auf das Verständnis aller an dieser Konferenz be-

teiligten Staaten hoffen und überdies zu einer ehrlichen Verständigung zwischen den deutschen Staaten beitragen, was uns besonders am Herzen liegt.

In Versailles hatten die Vertreter Deutschlands seinerzeit einen fertig vorliegenden Vertrag zu unterzeichnen. Sie hatten nicht die geringste Möglichkeit, den Vertrag mit den damaligen Siegermächten zu diskutieren. In der Anwesenheit deutscher Vertreter auf der Genfer Konferenz sehen wir den besten Beweis dafür, daß dem deutschen Volk nicht wieder ein Diktatfrieden aufgezungen, sondern daß hier ein frei verhandelter Friedensvertrag vorbereitet werden soll.

Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland ist gewiß notwendig, um endlich einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen. Vor allem aber ist er notwendig — und es ist nach der heutigen Erklärung des Herrn Grewe an der Zeit, das mit allem Nachdruck auszusprechen —, um in Deutschland eine sichere Barriere gegen einen dritten Weltkrieg zu errichten. Wir sehen die Hauptaufgabe des Friedensvertrages darin, eine weitere Entfaltung der Kräfte des Militarismus und der Revanche in Westdeutschland zu verhindern und ihnen die Mittel zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer Ziele aus den Händen zu nehmen.

Herr Grewe hat geglaubt, die Tatsache bestreiten zu können, daß es in Westdeutschland Kräfte des Militarismus und der Revanche gibt. Sicher ist es noch kein Militarismus, wenn ein Staat über militärische Kräfte verfügt. Wenn jedoch die Streitkräfte, wie es in der Bundesrepublik der Fall ist, im Dienst einer Politik der Revanche stehen und überdies der Befehlsgewalt von Generalen unterstehen, die eben noch die deutschen Aggressionsheere geführt haben, so wird sich niemand von friedlichen Absichten überzeugen lassen.

Und was soll man zum Beispiel davon halten, daß der Staatssekretär im Bonner „Ministerium für Vertriebene“, Dr. Nahn, in einem am 14. Februar 1959 im offiziellen „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ veröffentlichten Interview erklärte:

„Das Grundgesetz gilt nicht nur für Westdeutschland, sondern für Gesamtdeutschland. Zu Gesamtdeutschland gehört aber das Deutschland in den Grenzen von 1937“?

Derselbe Dr. Nahn sagte vor einer Woche auf einem Treffen der sogenannten Landsmannschaften, daß er die Bezeichnung Revanchist mit Stolz trage. Es könnten noch viele ähnliche Äußerungen

offizieller Vertreter der Bundesregierung angeführt werden. Aber es kommt uns nicht auf eine Polemik, sondern auf die Klarstellung von Prinzipien an.

Hier wurde die These vertreten, die Pariser Verträge hätten bereits die wesentlichsten Bestimmungen eines Friedensvertrages vorweggenommen. Diese Verträge haben aber keine wirksamen Sicherheitsgarantien gegen den deutschen Militarismus geschaffen. Nach der Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO und nach der Einführung der Wehrpflicht ist der Aufbau der Bundeswehr beschleunigt worden. Auch die Atomaufrüstung Westdeutschlands ist heute in vollem Gange, und die deutschen Militaristen, die heute Raketen erhalten, werden morgen die Atomsprengköpfe dazu fordern oder selbst herstellen. Der Friedensvertrag hat also eine äußerst wichtige Aufgabe zur Entspannung der Lage in Deutschland zu erfüllen. Wenn der Sprecher der westdeutschen Regierung sich darüber beklagte, daß der Friedensvertrag sich vor allem gegen Westdeutschland richtet, so möchte ich noch einmal feststellen, daß der Friedensvertrag sich im Interesse des deutschen Volkes — vor allem gerade der westdeutschen Bevölkerung — gegen den deutschen Militarismus richten muß, der erneut zu einer Gefahr für den Frieden geworden ist.

Die Behauptung, Bestimmungen über gewisse Beschränkungen der Streitkräfte und Rüstungen sowie das strikte Verbot jeder militaristischen und revanchistischen Tätigkeit in einem Friedensvertrag mit Deutschland würden das deutsche Volk diskriminieren, entbehrt jeder Grundlage. Solche Bestimmungen beschränken nicht die Souveränität des deutschen Volkes, sondern schaffen ihm erst die Voraussetzungen, seine Souveränität ungehindert auszuüben; weil sie die Handlungsfreiheit der Kräfte einschränken, die in der Vergangenheit nicht nur die Souveränität, sondern sogar die Existenz des deutschen Volkes bedenkenlos aufs Spiel gesetzt haben. Sie richten sich nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen seine Verderber, die deutschen Militaristen, die in Westdeutschland atomar aufrüsten und ganz Deutschland in die Vorbereitung eines Revanchekrieges einbeziehen wollen. Gerade diese Bestimmungen tragen dem Wunsche des deutschen Volkes Rechnung, endlich in Frieden zu leben. Gerade ein solcher Friedensvertrag würde den auf Revanche ausgehenden Kräften die waffentechnische Grundlage für neue Aggressionen entziehen und wäre eine wirksame Friedensgarantie. Wir können darin keine Diskriminierung des deutschen Volkes erkennen.

Mit dem Hinweis auf angebliche Diskriminierung hat Hitler in den Jahren 1933/34 seine Forderung nach Rüstungsgleichberechtigung begründet; seine Bevollmächtigten haben das gerade hier in Genf mit allem Nachdruck getan. Hinter dieser Forderung wie hinter ihrer Begründung verbarg sich nichts anderes als das Bestreben, der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges den Weg zu ebnen. Wäre es nicht angebracht, aus diesen geschichtlichen Erfahrungen die Lehren zu ziehen und den Forderungen, die heute von den deutschen Militaristen erhoben werden, rechtzeitig entgegenzutreten? Das deutsche Volk will keine Gleichberechtigung zur Vorbereitung neuer Kriege, sondern die Gleichberechtigung für ein Leben in Frieden und Sicherheit. Wir sind der Auffassung, daß der hier vorliegende sowjetische Friedensvertragsentwurf diesem Verlangen entspricht.

Nach unserer Auffassung muß der Friedensvertrag mit Deutschland selbstverständlich auch einen freien, ungehinderten wirtschaftlichen Aufstieg und ein reiches, auf den Grundsätzen der Humanität beruhendes Kulturleben gewährleisten; die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts verbieten eine wirtschaftliche oder kulturelle Diskriminierung. Da es seit Beginn des kalten Krieges vielfache Embargobestimmungen und sonstige Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit von Staaten gibt, müßte der Friedensvertrag ausdrücklich festlegen, daß Deutschland in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, im Handel mit anderen Ländern, in der Seeschifffahrt und im Zugang zu den Weltmärkten keinen Beschränkungen unterworfen wird.

Hinzu kommt, daß mit der Erfüllung des Friedensvertrages wesentliche Mittel, die in Westdeutschland für die Militarisierung und insbesondere für die atomare Aufrüstung bereitgestellt werden, der Entwicklung der Friedenswirtschaft zufließen. Die Deutsche Demokratische Republik könnte — wie ich bereits einmal dargelegt habe — die Mittel, die sie bei einer Fortsetzung der westdeutschen Aufrüstung für ihre Sicherheit aufzuwenden gezwungen wäre, für friedliche Zwecke verwenden. So würde der Friedensvertrag dem deutschen Volke die Freiheit und die Mittel geben, die ihm eine ungehinderte Entwicklung seiner großen schöpferischen Kräfte auf dem Gebiet der Wirtschaft wie auf dem Gebiet der Kultur ermöglichen.

Ein solcher Friedensvertrag ist das dringlichste Anliegen des deutschen Volkes, und da es gegenwärtig keinen einheitlichen deutschen Staat und keine gesamtdeutsche Regierung gibt, muß er mit den beiden bestehenden deutschen Staaten abgeschlossen

werden. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik sind Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches und vertreten als solche Deutschland. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, Herr Herter, hat hier erklärt, daß keine der beiden deutschen Regierungen ganz Deutschland vertreten kann; diese eindeutige Stellungnahme gegen den von der Bundesregierung erhobenen Anspruch, ganz Deutschland zu vertreten, ist dem Zustandekommen eines Friedensvertrages nur dienlich. Diese Feststellung muß die Bundesrepublik endlich zu der logischen Konsequenz führen, daß beide deutschen Staaten zusammen Deutschland vertreten.

Von dieser Einsicht läßt sich eine ganze Reihe von Staaten bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu beiden deutschen Staaten leiten. Da die beiden deutschen Staaten Nachfolgestaaten des ehemaligen Deutschen Reiches sind, so sind mit ihnen auch die Folgen zu regeln, die sich aus dem von diesem geführten Krieg ergeben. Der Staat, mit dem Krieg geführt wurde, war Hitler-Deutschland. Der Hitler-Staat ist untergegangen. Mit einem untergegangenen Staat kann kein Friedensvertrag abgeschlossen werden, sondern nur mit seinen Nachfolgestaaten. Das ist in der Geschichte nichts Neues. Im übrigen enthält der hier vorliegende Friedensvertragsentwurf den Vorschlag, mit den beiden deutschen Nachfolgestaaten keine getrennten Friedensverträge, sondern einen einheitlichen Friedensvertrag abzuschließen.

Herr Grewe hat hier vorgetragen, daß ein mit beiden deutschen Staaten abgeschlossener Friedensvertrag zu einer Dreiteilung Deutschlands führen würde. Auch dieser Einwand ist unbegründet. Die Beendigung des Besatzungsregimes, eines vierzehn Jahre nach Kriegsende unberechtigten und unwürdigen Zustandes, liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Der Friedensvertrag würde Westberlin aus einem Störzentrum mit einem Frontstadtklima, das zur Verschärfung der Lage in Deutschland beiträgt und einen gefährlichen Provokationsherd darstellt, in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandeln. Das würde die Spannungen in Deutschland mindern und damit der Annäherung und schließlichen Wiedervereinigung nur dienlich sein, statt sie zu verhindern.

Was aber würde eintreten, wenn dieser Friedensvertrag dem deutschen Volk verweigert würde? Zweifellos würden beide deutsche Staaten sich auch weiterhin auf verschiedenen, genauer gesagt, gegensätzlichen Wegen entwickeln. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden ihr friedliches Aufbauwerk unbeirrt fortsetzen. In Westdeutschland jedoch würde

der deutsche Militarismus immer mehr das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben beherrschen und die Vorbereitung eines neuen Krieges auf die Spitze treiben. Die Wiedervereinigung Deutschlands würde immer schwieriger werden und in immer weitere Ferne rücken. Es darf niemand im Zweifel darüber sein, daß die Wiedervereinigung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik mit einem militaristischen westdeutschen Staat nicht möglich ist.

Das heißt also: Ohne Friedensvertrag wird die Spaltung Deutschlands vertieft. Ohne Friedensvertrag werden die deutschen Militaristen nicht nur die allgemeine Aufrüstung beschleunigen, sondern sich mit Raketen- und Atomwaffen ausrüsten. Die damit verbundene Gefährdung des Friedens würde beschleunigt werden. Niemand wird behaupten können, das Wettrüsten werde den Frieden festigen.

Wir Deutsche wissen, worum es geht. Herr Grewe hat heute dem Sinne nach — und keineswegs mit Unrecht — gesagt, wir Deutsche brauchten nicht die Geschichte anderer Völker zu studieren, um zu Erkenntnissen zu kommen, die uns unsere eigene Geschichte bietet. Die Erfahrungen unserer deutschen Geschichte besagen, daß die deutschen Militaristen nicht mehr verhandeln, wenn sie glauben, stark genug zu sein, um zu handeln. Das imperialistische Deutschland der Vergangenheit hat sich zweimal unter Friedensbeteuerungen dazu gerüstet, den Anspruch auf die Führung in Europa mit Waffengewalt durchzusetzen. Das deutsche Volk sieht sich heute von neuem ebenso bedroht wie die anderen Völker Europas. Darum kann es nicht umhin, auf der Forderung nach baldigem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu bestehen, und zwar auf einem Friedensvertrag, der ihm das volle Selbstbestimmungsrecht gewährt und dem deutschen Militarismus jede Entwicklungsmöglichkeit nimmt. In diesem Sinne will die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik alles, was nur in ihren Kräften steht, tun, um an der Verständigung über den Entwurf eines Friedensvertrages und der Einberufung einer Friedenskonferenz mitzuwirken.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 26. Mai 1959**

Zwischen den beiden Weltkriegen betrachteten es so manche deutsche Politiker als höchste staatsmännische Weisheit, Ost und West gegeneinander auszuspielen, wobei sie mit Vorliebe

Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjetunion anpriesen. Gerade diese Politik hat das deutsche Volk und mit ihm viele europäische und außereuropäische Völker in die Katastrophe des zweiten Weltkrieges gestürzt.

Einer Wiederholung muß im Interesse des deutschen Volkes wie des europäischen Friedens unbedingt vorgebeugt werden. Darum ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für eine Regelung im Friedensvertrag, die für Deutschland einseitige Bindungen ausschließt und nach der es gleichberechtigt an allen Maßnahmen teilnehmen kann, die auf die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit und die Schaffung eines auf den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten beruhenden Sicherheitssystems gerichtet sind. Im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen würde allein eine solche Regelung sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes wie auch aller anderen europäischen Völker entsprechen.

Die Bundesregierung behauptet, es wäre ein diskriminierender Status, wenn Deutschland nicht das Recht hätte, sich jedem beliebigen Militärbündnis anzuschließen, und meint dabei die NATO. Der Friedensvertragsentwurf will doch aber auch den Vertragspartnern Deutschlands auferlegen, die Verpflichtung Deutschlands zur Nichtteilnahme an einseitigen Militärbündnissen zu achten und sich jeglicher Handlungen gegenüber Deutschland zu enthalten, die eine direkte oder indirekte Verletzung dieser Verpflichtung durch Deutschland nach sich ziehen könnte. Diese gegenseitige Verpflichtung Deutschlands und seiner Vertragspartner ist von größter Bedeutung, weil Deutschland im Herzen Europas liegt und — wie seine Geschichte beweist — gleichartige Beziehungen nach allen Himmelsrichtungen braucht.

Mit der Stellung zu den Militärbündnissen ist unvermeidlich die zu den Streitkräften und Rüstungen verbunden. Einerseits sollte der Friedensvertrag dazu führen, daß nach einer gewissen Übergangszeit alle ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Boden verschwinden und alle ausländischen Truppen abziehen. Andererseits muß Deutschland selbstverständlich nationale Streitkräfte zur Sicherung der Landesverteidigung haben.

Auch in dieser Hinsicht hat Deutschland Erfahrungen eigener Art. Es traf nicht den Kern der Sache, daß der Republik von Weimar nur ein 100 000-Mann-Heer gestattet und eine gewisse Beschränkung seiner Rüstung auferlegt wurde. Der Fehler bestand darin, daß die gesamte militärische Führung aus dem kai-

serlichen Deutschland übernommen wurde und mit der Befehlsgewalt über die Reichswehr entscheidenden Einfluß auf die politische Entwicklung Deutschlands erhielt. Der Kaiser ging, die Generale blieben. Weder das deutsche Volk noch die Völker Europas können die Tatsachen vergessen, daß es ohne Hindenburg und Blomberg, ohne die deutschen Militaristen auch keine Hitler-Herrschaft und keinen zweiten Weltkrieg gegeben hätte.

Es liegt also im eigenen Interesse des deutschen Volkes, im Interesse seiner friedlichen Zukunft, im Friedensvertrag zu bestimmen, daß in den deutschen Streitkräften keine Personen Dienst tun dürfen, die von alliierten oder deutschen Gerichten wegen Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit oder wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden. Das deutsche Volk ist begreiflicherweise dadurch sehr beunruhigt, daß die westdeutsche Wehrmacht von Generalen und Offizieren kommandiert wird, die im verbrecherischen Hitlerkrieg führende militärische Stellungen innehatten.

Ich habe hier bereits einmal darauf hingewiesen, daß an der Spitze der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik Männer stehen, die sich im opferreichen Kampf gegen Faschismus und Militarismus, also im Kampf für die gleichen Ziele, die die Anti-Hitler-Koalition verfolgte, bewährt haben. Inzwischen hat der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Generalmajor Rudolf Dölling, vorgeschlagen, eine internationale Pressekonferenz einzuberufen, auf der Generale der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee vorgestellt werden. Ich bin überzeugt, daß das zur Klärung der wahren Sachlage wesentlich beitragen würde.

Auf der Sitzung der Konferenz vom 25. Mai wurde eine Reihe von Zahlen vorgetragen, die die militärische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik charakterisieren sollen. Offenbar gehen diese Zahlen auf unrichtige Informationen von anderer Seite zurück. Die Deutsche Demokratische Republik konzentriert ihre Anstrengungen auf die Entwicklung der Friedenswirtschaft und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie ist ein Gegner des Wettrüstens und schritt zum Aufbau der nationalen Streitkräfte erst, als die Remilitarisierung Westdeutschlands und die daraus folgende Gefährdung des Friedens in Deutschland sie dazu zwangen. Die Deutsche Demokratische Republik besitzt trotz allem bis heute weder Raketen- noch Atomwaffen.

Doch möchte ich keinen bloßen Wortstreit entfachen. Ich bin der Meinung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Herter, daß es darauf ankommt, Tatsachen festzustellen, und deswegen will ich daran erinnern, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Parlament der Regierung Westdeutschlands und dem Bundestag wiederholt vorgeschlagen haben, eine Vereinbarung über die Stärke, Standortverteilung und Ausrüstung der bewaffneten Kräfte der beiden deutschen Staaten und über die gegenseitige Kontrolle ihrer Durchführung zu treffen.

Wir können uns die Ablehnung unserer Vorschläge durch die Bundesrepublik nur damit erklären, daß sie etwas zu verbergen hat. Wir haben nichts zu verbergen. Deshalb wiederhole ich das Angebot meiner Regierung an dieser Stelle noch einmal und weise ebenso nachdrücklich darauf hin, daß gerade der Abschluß eines Friedensvertrages diese Frage bereinigen und beiden deutschen Staaten die gleichen zur Sicherung des deutschen Volkes wie des europäischen Friedens notwendigen Pflichten auferlegen würde.

Ein friedliebendes Deutschland, das sich zum Verzicht auf Gewalt in seinen internationalen Beziehungen und zur Lösung aller strittigen Fragen mit friedlichen Mitteln verpflichtet, bedarf zur Wahrung seiner nationalen Unabhängigkeit und territorialen Integrität keiner Angriffswaffen, also keiner Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel, keiner Raketen- und gelenkten Geschosse, es kann auf ihren Besitz, ihre Produktion und ihre experimentelle Erprobung durchaus verzichten.

Der ungeheure materielle und finanzielle Aufwand für derartige Waffen käme besser der Friedensindustrie, dem Wohlstand des Volkes zugute. Schon einmal hat in Deutschland eine wirtschaftliche Scheinblüte, die von der Aufrüstung begleitet war, breite Massen für das Herannahen einer Katastrophe blind gemacht. Die Lehren liegen auf der Hand.

Die Regelung gerade dieser Fragen in einem Friedensvertrag, und zwar im Sinne der Sicherung der friedlichen Entwicklung in Deutschland, würde die unerläßlichen Voraussetzungen für die Annäherung und die friedliche und demokratische Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten schaffen. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist nun einmal der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung, und die Mächte der Anti-Hitler-Koalition würden dem deutschen Volk bei der Lösung des Problems der Wiedervereinigung eine geradezu unschätzbare

Hilfe leisten, wenn sie sich bereit erklärten, möglichst bald auf einer Friedenskonferenz einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Der sowjetische Außenminister hat am 25. Mai in diesem Saal erklärt, die Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sei bereit, zusätzlich zu der im sowjetischen Friedensvertragsentwurf bereits enthaltenen Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf die Wiederherstellung der Einheit seines Landes weitere Bestimmungen aufzunehmen, in denen die Möglichkeiten der Unterstützung einer Wiedervereinigung Deutschlands durch die vier Mächte festgelegt werden. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Regelung aller Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten ist. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie eine Unterstützung zurückweisen würde. Eine Unterstützung ist allerdings nur möglich, wenn sie davon ausgeht, daß die Annäherung der beiden deutschen Staaten allein auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten eingeleitet wird.

Die Deutsche Demokratische Republik benötigt zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik keine Ermächtigung und schon gar keinen Auftrag eines anderen Staates. Sie ist frei in ihren Entscheidungen. Es mag sein, daß sich die Bundesregierung durch die Pariser Verträge gebunden fühlt und eine Erlaubnis oder einen Auftrag zu benötigen meint. Wenn dem so ist, so ist es ihre Sache, Erlaubnis oder Auftrag für sich zu erwirken.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt den Vorschlag des Außenministers der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Regierungen der vier Mächte sollten eine gemeinsame Erklärung abgeben, daß sie Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik über die Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands als wünschenswert erachten und die Ergebnisse dieser Verhandlungen gebührend respektieren werden.

Der im Saal anwesende Vertreter der Bonner Regierung hat bisher alle unsere Verhandlungsangebote abgelehnt. Er hat — begreiflicherweise um eine Begründung verlegen — statt dessen über die Deutsche Demokratische Republik Bemerkungen gemacht, die mit der Sache nichts zu tun haben.

Den Absichten unserer Delegation entspräche es, wenn beide deutsche Delegationen sich darum bemühen würden, eine ge-

meinsame deutsche Auffassung — wenigstens in einer Reihe der aufgeworfenen Fragen — zu finden. Wir bedauern es sehr, daß die Delegation der Deutschen Bundesrepublik unsere Anregung, den Friedensvertragsentwurf mit Deutschland wie auch andere Fragen gemeinsam zu erörtern, immer noch nicht aufgegriffen hat. Natürlich sind auch uns neben recht kriegesischen Erklärungen des Bundeskanzlers und anderer maßgebender Persönlichkeiten Westdeutschlands auch solche bekannt, in denen von friedlichen Absichten und von einem Verzicht auf Gewaltanwendung die Rede ist.

Die Erfahrungen der deutschen Geschichte besagen, daß es den deutschen Militaristen nie an Worten über ihre Friedensliebe gemangelt hat, am allerwenigsten, wenn sie einen neuen Krieg vorbereiten. An Zitaten würde es uns nicht mangeln. Weil Millionen Deutscher solchen Friedensbeteuerungen geglaubt haben, gab es für sie 1945 ein böses Erwachen. Unser Volk will sich eine Wiederholung ersparen. Deswegen lernt es, Politiker nicht nach Worten, sondern nach Taten zu beurteilen.

Die Kernfrage der Entspannung in Deutschland und der Sicherung des Friedens in Europa ist: Die Entwicklung des deutschen Militarismus und seine Bewaffnung mit Raketen und atomaren Waffen zu verhindern. Der Friedensvertrag darf an dieser Kernfrage nicht vorbeigehen. Darum wird die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auch weiterhin unentwegt für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eintreten.

Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, hat am vergangenen Sonnabend, am 23. Mai auf dem Plenum des ZK der SED darauf hingewiesen, daß die beiden deutschen Staaten in erster Linie bestimmte Schritte zur Entspannung tun müssen, da vor dieser Konferenz die Sicherung des Friedens im Zusammenhang mit der deutschen Frage steht. Er hat den Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen beiden deutschen Staaten angeregt. Es handelt sich darum, daß beide deutsche Staaten sich wechselseitig verpflichten sollen, keine Gewalt gegeneinander anzuwenden, alle zwischen ihnen bestehenden oder noch entstehenden Fragen auf friedlichem Wege zu regeln, das heißt: einen Nichtangriffspakt abzuschließen.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik erhebt hier eine ernste Forderung an die Bundesrepublik, aber ich ver-

sichere im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik feierlich: Die Deutsche Demokratische Republik fordert nichts von Westdeutschland, was sie nicht selbst zu erfüllen bereit ist.

**Brief des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Minister-
rates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht,
an Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 28. Mai 1959**

An die
Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Entwicklung in Deutschland und in Europa beweist eindeutig, daß es gegenwärtig darauf ankommt, alle Anstrengungen auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu konzentrieren.

Konkrete Maßnahmen in dieser Frage auf deutschem Boden durch ein Übereinkommen der Regierungen der beiden deutschen Staaten würden beitragen, eine Lage zu schaffen, die eine friedliche und demokratische Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes auf dem Wege der Annäherung und Verständigung erleichtert und gleichzeitig einen Beitrag für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa darstellt.

Angesichts der Gefahr eines Bruderkrieges auf deutschem Boden und seiner unausbleiblichen Ausweitung zu einem atomaren Weltkrieg unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag, zwischen beiden deutschen Staaten einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Ein solcher Vertrag würde davon ausgehen, daß die gegenwärtige Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu den bestehenden militärischen Koalitionen nicht berührt wird.

Im Mittelpunkt dieses Vertrages sollte der feierliche Verzicht auf jede Art von Gewaltanwendung und Drohung mit Gewalt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik sowie die Verpflichtung stehen, alle bestehenden und auftretenden Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln im Geiste der

Genfer Außenministerkonferenz

Verständigung zu regeln und keinem Gewaltakt oder seiner Vorbereitung Unterstützung zu geben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der tiefen Überzeugung, daß die Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten dem Wunsch und der Sehnsucht der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes nach Frieden und Sicherheit entsprechen und Ausdruck verleihen würde.

Was die Möglichkeiten zur gegenseitigen Konsultation über die mit dem Abschluß eines Nichtangriffsvertrages im Zusammenhang stehenden Fragen betrifft, so schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor, die gegenwärtig an der Genfer Außenministerkonferenz teilnehmenden Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu bevollmächtigen, vorbereitende Gespräche zu führen und erste Abmachungen zu treffen. Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, daß die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, entsprechende Vollmachten unverzüglich erhalten wird.

In der Sorge um die friedliche Zukunft der deutschen Nation, im Interesse des Friedens und der Entspannung in Europa appelliert die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik, alle bestehenden Bedenken zurückzustellen und Ihrer Delegation ebenfalls entsprechende Vollmachten erteilen zu wollen.

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik versichere ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich bei ihrem Vorschlag zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages ausschließlich von der Notwendigkeit der Erhaltung und Festigung des Friedens leiten läßt.

Hochachtungsvoll

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik

Der Ministerpräsident

Im Auftrage:

(gez.) W. Ulbricht

Berlin, den 28. Mai 1959

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 2. Juni 1959**

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hat bereits auf die Notwendigkeit der friedlichen Lösung der Westberlinfrage hingewiesen. Westberlin ist das einzige Gebiet in Deutschland, auf dem vierzehn Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen immer noch ein Besatzungsregime besteht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß es an der Zeit ist, dem Besatzungsregime auf deutschem Boden ein Ende zu machen. Das ist um so dringender, da Westberlin zu einem ernststen Gefahrenherd für den Frieden in Deutschland und — ich glaube sagen zu müssen — für den Frieden in Europa geworden ist.

Das Fehlen einer friedensvertraglichen Regelung wurde benutzt, um Westberlin in eine „Frontstadt des kalten Krieges“ zu verwandeln, die der ehemalige Westberliner Bürgermeister Reuter als die „billigste Atombombe“ bezeichnete. Diese Worte sind keine rhetorischen Entgleisungen, sondern kennzeichnen die Zielsetzung der in Westberlin betriebenen Politik. Westberlin wurde zum Zentrum einer gegen die Deutsche Demokratische Republik und benachbarte Staaten gerichteten Politik der Provokationen. Dutzende von Geheimdiensten und Spionageorganisationen nützen die Lage Westberlins auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und die Möglichkeit des ungehinderten Verkehrs zwischen Westberlin und dem demokratischen Teil Berlins zu einer verbrecherischen Tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und andere Staaten aus.

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik werden mit Versprechungen nach Westberlin und mit Drohungen zu Spionage- und Diversionstätigkeit angeworben. Agenten und Spione werden in Westberlin mit Waffen, Sprengladungen, Funkgeräten usw. ausgerüstet und beauftragt, Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik und der ihr benachbarten Länder zu zerstören und Bürger dieser Staaten zu ermorden. Rundfunkstationen in Westberlin hetzen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten und rufen die Bevölkerung zu gesetzwidrigen Handlungen auf.

Tausende dunkler Existenzen in Westberlin leben ausschließlich davon, daß sie Verbrechen in der Deutschen Demokratischen

Republik und anderen Staaten organisieren. Es mag sein, daß diese Existenzen eine solche Lage in Westberlin zufriedenstellt. Mit dem Frieden des deutschen Volkes — und nicht nur des deutschen Volkes — ist sie jedoch unvereinbar, denn sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland, und das, obwohl Westberlin, wie der Außenminister der Republik Frankreich, Herr Couve de Murville, hier ausdrücklich bestätigte, kein Teil der Bundesrepublik ist.

Im offenen Gegensatz zur Rechtslage wird die offizielle Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik betrieben. Ich verweise auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. Mai 1957, in der behauptet wird, Berlin sei ein Land der Bundesrepublik. Über ihre Dienststellen in Westberlin beeinflußt die Bundesregierung das gesamte Leben Westberlins zur Vorbereitung von Gewaltakten gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten.

So fanden in Berlin wiederholt Sitzungen des westdeutschen Bundestages statt, auf denen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten Drohungen ausgestoßen und eine verleumderische Hetze betrieben wurden. In Westberlin wird unter der Jugend für die westdeutsche Bundeswehr geworben. Die weitere Militarisierung, insbesondere die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, das Anwachsen des Einflusses der deutschen Militaristen in Westdeutschland und in Westberlin müssen die Gefährdung des Friedens vergrößern, wenn die Lage in Westberlin nicht endlich normalisiert wird.

Es gibt keine Garantie dafür, daß die aus jedem Okkupationsregime sich notwendig ergebenden Reibungen von diesen militaristischen Kräften nicht zu provozierenden Zwischenfällen benutzt werden, die zu militärischen Auseinandersetzungen führen können. Es ist, so möchte ich nachdrücklich betonen, dem besonnenen Verhalten der Organe des demokratischen Berlins zu verdanken, daß die vielen von Westberlin aus herbeigeführten Provokationen bisher nicht größere Komplikationen ausgelöst haben.

Westberlin ist ein Pulverfaß, durch dessen Entzündung ein atomarer Weltbrand entfacht würde. Um das im Interesse des deutschen Volkes und aller Völker Europas auszuschließen, muß die anomale Lage in Westberlin normalisiert werden. Wir begrüßen es, daß auf dieser Konferenz der Versuch unternommen wird, eine Verständigung über die Lösung dieses Problems herbeizuführen.

Die Lösung des Westberlinproblems muß nach Meinung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das Ziel haben, die Gefahr der Auslösung eines Krieges durch Provokationen deutscher Militaristen in Westberlin zu beseitigen, ganz Berlin in eine Stadt des Friedens zu verwandeln und das Besatzungsregime in Westberlin aufzuheben; die Westberliner Bevölkerung muß der Lasten der Frontstadtpolitik enthoben werden und die uneingeschränkte Möglichkeit erhalten, in friedlicher Arbeit ein friedliches Leben zu führen.

Wenn es auch heute weniger auf historische Untersuchungen als vielmehr auf die Abwendung der gegenwärtigen Gefahren ankommt, so sehe ich mich trotzdem gezwungen, auf eine Frage der Vergangenheit hinzuweisen, weil sie auf der Konferenz bereits berührt wurde. Aus den Dokumenten der vier Mächte geht eindeutig hervor, daß von ihnen zu keiner Zeit beabsichtigt war, den Raum von Groß-Berlin zu einer fünften Besatzungszone zu machen. Berlin war ein Teil des Hoheitsgebietes der sowjetischen Besatzungszone und ist heute ein Teil des Hoheitsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik. Weder in den Vereinbarungen der Europäischen Konsultativ-Kommission noch in einem anderen Viermächtedokument ist von fünf Besatzungszonen die Rede. In der Beschreibung der Grenzen der Besatzungszonen in Artikel 2 des Abkommens vom 12. September 1944 wurde der Raum von Groß-Berlin aus dem territorialen Bestand der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone nicht ausgeklammert. Die vier Mächte haben in ihren Vereinbarungen zwischen der Ausübung der „obersten Gewalt“ in den vier Besatzungszonen und in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen einerseits und der gemeinsamen „Verwaltung“ Groß-Berlins andererseits einen klaren Trennungsstrich gezogen.

Die Zugehörigkeit ganz Berlins zur ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, die das natürliche Hinterland Berlins darstellt, kommt auch in dem Verbleiben einer Reihe unmittelbarer Befugnisse hinsichtlich ganz Berlins in den Händen des sowjetischen Oberkommandos zum Ausdruck. Dazu gehören die Verwaltung des Gesamtberliner Wasserstraßennetzes, der Verkehrseinrichtungen der Deutschen Reichsbahn und einer Reihe von in Westberlin befindlichen Gebäuden und Einrichtungen. Sich der Auffassung anzuschließen, Deutschland sei 1945 in fünf Teile aufgegliedert worden, würde bedeuten, Berlin nachträglich noch den Status einer Besatzungszone zu „verleihen“.

Die konsequenteste Lösung wäre also, das Besatzungsregime in Westberlin zu beseitigen und Westberlin mit dem demokratischen Berlin unter der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinigen. Das würde der geographischen Lage, den natürlichen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie vor ihrer Unterbrechung zwischen Westberlin und dem gesamten Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik bestanden, und nicht zuletzt der Rechtslage entsprechen.

Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich jedoch in ihrem Bestreben nach einer friedlichen, die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigenden Lösung der Westberlinfrage nicht allein von der Rechtslage, sondern auch und sogar in erster Linie von den in Berlin nun einmal entstandenen tatsächlichen Verhältnissen leiten.

Die Deutsche Demokratische Republik beabsichtigt nicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse des demokratischen Sektors Berlins Westberlin aufzuzwingen. Die Deutsche Demokratische Republik ist vielmehr der Meinung, daß die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westberlin eine Angelegenheit der Westberliner Bevölkerung ist und frei von jeder Einmischung von Kräften außerhalb des Territoriums Westberlins vor sich gehen muß.

Der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat der Konferenz den Vorschlag auf Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin unterbreitet. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat diesen Vorschlag ernst und eingehend geprüft. Sie hat sich entschlossen, diesen Vorschlag zu unterstützen, da er geeignet ist, die Gefahrenquelle Westberlin zu beseitigen.

Die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würde bedeuten, daß es in Westberlin keine Rüstungsproduktion und außer der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen Polizei keine militärischen Streitkräfte geben würde. Die Freie Stadt würde an keinen Abkommen oder Bündnissen militärischen oder militärpolitischen Charakters teilnehmen. Sie würde jede militärische Propaganda, jede Form der Kriegshetze sowie jede Tätigkeit militaristischer, faschistischer oder anderer antidemokratischer Organisationen unter Strafe stellen. Durch die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt würde niemand in seinen Rechten geschmälert werden. Gewinnen würden alle friedlichen Bürger Westberlins und alle, die an der Festigung des Friedens in Europa interessiert sind.

Die mit der Bildung einer freien Stadt Westberlin verbundene Bereinigung der Atmosphäre würde große Möglichkeiten zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin bieten und wesentliche Erleichterungen in den Beziehungen zwischen den beiden Teilen Berlins zur Folge haben. Die allseitige Entwicklung des Außenhandels und die Beseitigung der sinnlosen Lostrennung von den natürlichen Absatzmärkten und Rohstoffquellen würden der Wirtschaft der Freien Stadt Westberlin zugute kommen und Voraussetzungen für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit schaffen, die in Westberlin im Verhältnis zu der arbeitsfähigen Bevölkerung einen solch hohen Stand erreicht hat wie seit Kriegsende in keinem einzigen kapitalistischen Staat. Die Defizite im Haushalt Westberlins würden ebenso verschwinden wie die Passivsalden in der wirtschaftlichen Gesamtbilanz der Stadt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigt ihre Bereitschaft, wenn es gewünscht wird, nach ihren Möglichkeiten und Kräften die Versorgung der Freien Stadt Westberlin auf kommerzieller Grundlage mit Nahrungsmitteln, Wasser, elektrischer Energie und Brennstoffen zu unterstützen und entsprechende Verträge mit der Freien Stadt Westberlin abzuschließen. Die Deutsche Demokratische Republik ist auch bereit, auf wirtschaftlichem Gebiet der Freien Stadt Westberlin Unterstützung zu gewähren, indem sie deren Industrie mit Aufträgen versorgt und entsprechende Rohstoffe liefert. Die Deutsche Demokratische Republik ist ferner bereit, auf zweiseitiger Grundlage mit der Freien Stadt Westberlin alle anderen Fragen unter Berücksichtigung der Interessen der Freien Stadt und ihrer Bevölkerung zu lösen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird der Freien Stadt Westberlin die Verwirklichung von Rechten und Pflichten aus internationalen Abkommen ermöglichen, falls deren Erfüllung für die Freie Stadt Westberlin mit der Benutzung des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung steht oder deren Rechte berührt.

Die Deutsche Demokratische Republik wird den ungehinderten Verkehr der Freien Stadt Westberlin mit der Außenwelt gewährleisten und der Freien Stadt Westberlin sowie ihrer Bevölkerung zum Zwecke der wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Verbindungen mit anderen Staaten den freien Durchgangsverkehr für Personen, Güter, Fahrzeuge, Eisenbahnwagen, Flußschiffe, den Post-, Telegrafen- und Fernsprechkdienst sowie

das Überfliegen ihres Gebietes unter Beachtung der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik gestatten. Sie wird die Freie Stadt Westberlin durch Bereitstellung von Verkehrsmitteln und anderen Verkehrseinrichtungen auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen dabei weitgehend unterstützen.

Es ist gerade in diesem Zusammenhang zweckmäßig, daran zu erinnern, daß bereits seit Jahren der gesamte zivile Personen- und Warenverkehr nach und von Westberlin zu Wasser und zu Lande der Paß- und Zollkontrolle durch die zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik unterliegt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Deutsche oder um Ausländer — darunter um Staatsangehörige der vier Mächte — handelt. Es geht also auch auf diesem Gebiet gar nicht um die Beeinträchtigung von Rechten der Westberliner Bevölkerung, sondern um die Aufhebung des Westberliner Besatzungsregimes.

Es ist an diesem Tisch bekannt, daß die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik an der Ausarbeitung von Vorschlägen mitgewirkt hat, die die Delegationen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kürzlich den Delegationen der drei Westmächte zur Lösung der Westberlinfrage unterbreitet hat. Unsere Delegation will noch einen Schritt weitergehen und einen zusätzlichen Beitrag zur Erleichterung eines Übereinkommens leisten. Wir erklären hiermit im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik deren Bereitschaft, über die Unverletzlichkeit des Status der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin und über die Freiheit der Verbindungen dieser Freien Stadt mit der Außenwelt in einer angemessenen Form eine Garantieerklärung abzugeben und diese — obwohl die Deutsche Demokratische Republik nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist — im Sekretariat der Vereinten Nationen zu hinterlegen und registrieren zu lassen.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik weist auf die außerordentliche Bedeutung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland auch für die Lösung der Westberlinfrage hin. Da der hier vorliegende Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt vorsieht, wäre der Abschluß dieses Friedensvertrages der beste Weg zur Lösung des Westberlinproblems. In jedem Falle aber ist die Beseitigung der sich aus der anomalen Lage in Westberlin ergebenden Gefahren erforderlich und dringend.

**Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
an Bundesaußenminister von Brentano vom 4. Juni 1959**

Genf, den 4. Juni 1959

An
Herrn Außenminister Dr. Heinrich von Brentano
Genf

Sehr geehrter Herr Dr. von Brentano!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich angesichts der ernsten Lage in Deutschland und in Europa mit dem Vorschlag an die Regierung der Bundesrepublik gewandt, zwischen beiden deutschen Staaten einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Im Mittelpunkt des Vertrages soll nach dem Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der feierliche Verzicht auf jede Art von Gewaltanwendung und Drohung in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik sowie die Verpflichtung stehen, alle bestehenden und auftretenden Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln im Geiste der Verständigung zu regeln und keinem Gewaltakt oder seiner Vorbereitung Unterstützung zu geben. Der Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik wäre für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und in der Welt von großer Bedeutung. Er könnte den Anfang der notwendigen und wünschenswerten Wende im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu ihrer Annäherung und Verständigung darstellen.

Nach Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bietet die Anwesenheit von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik in Genf eine gute Möglichkeit, um die notwendigen Vorbereitungen für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages in Angriff zu nehmen und erste Abmachungen zu treffen. Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist von ihrer Regierung zu solchen Verhandlungen bevollmächtigt und jederzeit bereit, Beratungen aufzunehmen und Gegenvorschläge aufmerksam zu prüfen. Ich bin überzeugt, daß ein gemeinsames Bemühen der Vertreter beider deutscher Staaten, in dieser Frage zu einem Übereinkom-

Genfer Außenministerkonferenz

men zu gelangen, in Deutschland und in ganz Europa begrüßt werden würde.

Ich erwarte Ihre Vorschläge über Ort und Zeit des ersten Zusammentreffens.

Mit dem Ausdruck
der vorzüglichsten Hochachtung
(gez) Dr. Lothar Bolz

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 5. Juni 1959

Das Ziel dieser Konferenz besteht, wie bisher mehrfach von den Vertretern der vier Mächte erklärt wurde, darin, eine Verständigung zu erreichen, die die Spannungen in Europa mindert und die herangereiften Probleme einer Lösung zuführt. Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt die Probleme der Gegenwart sind, in denen eine Verständigung notwendig und möglich ist. Wie kompliziert die Probleme auch sind, in einer sachlichen und konkreten Erörterung können sie gelöst werden. Das schließt jedoch nicht aus, daß es auch andere Probleme gibt, deren Lösung eine Verständigung in den prinzipiellen Fragen erleichtern könnte. Es ist sehr bezeichnend, daß der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herr Gromyko, soeben zwei solche Probleme berührt hat. Ich meine vor allem eines von ihnen: den Verzicht auf Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen den Staaten bei der Lösung strittiger Fragen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein friedliebender Staat, der keine territorialen Forderungen gegen andere Staaten erhebt und der nichts sehnlicher wünscht, als in normalen, besser noch freundschaftlichen Beziehungen mit allen anderen Staaten der Welt zu leben. Das soll nicht heißen, es gäbe keine Meinungsverschiedenheiten, keine strittigen Fragen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten. Dort, wo sie bestehen, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestrebt, sie in friedlichen Verhandlungen zu klären und eine Verständigung in beiderseitigem Interesse zu finden. Das trifft insbesondere auf die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepu-

blik zu. Ich beabsichtige nicht zu wiederholen, warum die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten so gespannt sind. Die Ausführungen des Herrn Grewe auf dieser Konferenz haben zur Genüge gezeigt, wie feindlich die Haltung ist, die die derzeitige Regierung der Bundesrepublik gegenüber dem anderen deutschen Staat einnimmt.

Daß eine solche Haltung Spannungen erzeugt und in dem Maße verstärkt, wie extremistische Kreise in Westdeutschland Raketen und Atomwaffen erhalten, steht außer Zweifel. Wenn ich auf die Widersprüche zwischen den beiden deutschen Staaten hinweise, so nur deshalb, um eindeutig zu erklären:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist gewillt, alles zu tun, um durch eine Entspannung im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa beizutragen. Deshalb unsere Bemühungen um Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Deshalb unser Wille und unsere Bereitschaft zu Vereinbarungen über den Verzicht auf Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Ein Ausdruck der friedliebenden Politik meiner Regierung ist der Vorschlag, den der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Walter Ulbricht, in einem Schreiben an den Kanzler der Bundesrepublik, Herrn Adenauer, gemacht hat: einen Nichtangriffspakt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik abzuschließen. Ich habe nunmehr dem Außenminister der Deutschen Bundesrepublik, Herrn von Brentano, der zur Zeit in Genf weilt, offiziell mitgeteilt, daß die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik von ihrer Regierung zu entsprechenden Verhandlungen bevollmächtigt und jederzeit bereit ist, Beratungen über diesen Vorschlag aufzunehmen und Gegenvorschläge aufmerksam zu prüfen.

Im Mittelpunkt dieses Vertrages sollen der feierliche Verzicht auf jede Art von Gewaltanwendung und Drohung mit Gewalt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik sowie die Verpflichtung stehen, alle vorhandenen und auftretenden Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln im Geiste der Verständigung zu regeln und keinem Gewaltakt oder seiner Vorbereitung Unterstützung zu geben.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist der Überzeugung, daß der Abschluß eines solchen Vertrages dazu

beitragen würde, die Kriegsgefahr in Deutschland entscheidend zu mindern. Er könnte gleichzeitig eine wünschenswerte Wende im Verhältnis der beiden deutschen Staaten einleiten, was auch günstige Voraussetzungen für die Verständigung über eine Normalisierung der Lage in Deutschland schaffen würde.

Die Bedeutung eines Nichtangriffsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten geht jedoch weit über den Rahmen einer Entspannung in Deutschland hinaus. Das ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß die Nahtstelle der beiden Militärgruppierungen in Europa mitten durch Deutschland geht. Kommt es zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, die dem Warschauer Vertrag angehört, und der Deutschen Bundesrepublik, die Mitglied der NATO ist, dann wäre damit auch der Abschluß eines Vertrages gleichen Inhalts zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages wesentlich erleichtert.

Ich gestatte mir, darauf hinzuweisen, daß überhaupt Verhandlungen zwischen den Delegationen der beiden deutschen Staaten die Konferenz von vielem befreien könnten, was sie kompliziert. Daß das nur von Vorteil wäre, hat gerade der Verlauf der heutigen Sitzung bewiesen.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik hat heute hier eine Reihe von Behauptungen über die Verhältnisse im demokratischen Sektor von Berlin gehört. Ich möchte zu den einzelnen Punkten nicht Stellung nehmen, denn das würde in die Beratungen der Konferenz eine Fülle von Fragen einführen, über die sie sich ohne umfangreiche Materialstudien kein Bild machen kann und deren Erörterung sie bedauerlicherweise von der Diskussion der Hauptprobleme ablenken müßte.

Es dürfte hier niemand — auch in der westdeutschen Delegation niemand — einen Zweifel an der Fülle und Zuverlässigkeit des Materials haben, das wir jederzeit über die von Westberlin aus betriebene Hetze unterbreiten könnten, und zwar nicht über eine Propaganda in Worten, sondern über organisierte gesetzwidrige Aktionen, die mitten auf unserem Gebiet gegen uns betrieben werden und zum Beispiel — es ist nur ein Beispiel von vielen — mit einem unterirdischen Spionagetunnel in ein Gebiet vorgetrieben werden, dessen Zugehörigkeit zu unserem Gebiet auch an diesem Tisch von niemandem bestritten wird.

Es ist für die in Westberlin herrschenden politischen Verhältnisse bezeichnend genug, daß dort jede Organisation, die sich gegen den westdeutschen Militarismus und für die Verständi-

gung der Deutschen untereinander erklärt, als außerhalb des Gesetzes stehend behandelt wird.

Was das Regime betrifft, das sich nach der persönlichen Meinung von Herrn Grewe auf fremde Bajonette stützt, so ist die Frage berechtigt, warum eigentlich die Bundesregierung nichts so sehr fürchtet als die Beendigung des Besatzungsregimes und warum sie nicht auf unsere Vorschläge eingeht, die den Abzug aller fremden Truppen vom deutschen Territorium zum Ziele haben.

An Stelle der Fortsetzung dieser Erörterung wollte die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik heute erneut einen Beitrag zur Erzielung von Fortschritten auf dieser Konferenz leisten, so wie sie das in jeder ihrer bisherigen Erklärungen angestrebt hat und wie es ihren Begriffen von den Pflichten und Aufgaben einer deutschen und einer demokratischen Republik entspricht.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 10. Juni 1959**

Das deutsche Volk knüpft große Erwartungen an die Genfer Außenministerkonferenz. Die vielen Delegationen aus der Deutschen Demokratischen Republik wie aus der Bundesrepublik, die bei unserer Delegation vorsprechen und die — wie uns bekannt ist — auch den anderen Delegationen ihre Meinung mündlich und schriftlich mitteilen, die nach Tausenden zählenden Briefe, die beim Sekretariat der Konferenz wie bei unserer Delegation einlaufen, betonen immer wieder den Wunsch, die Konferenz möge zu einer Verständigung gelangen.

Zu unserem aufrichtigen Bedauern müssen wir jedoch feststellen, daß in der für das deutsche Volk dringlichsten Frage sich bisher immer noch keine unmittelbare Verständigung auf dieser Konferenz anbahnt: Die Westmächte lehnen es zur Zeit noch ab, dem baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland näherzutreten. Obwohl unter den gegenwärtigen Bedingungen die beiden deutschen Staaten Deutschland darstellen, berufen sich die Westmächte zur Begründung ihrer Haltung auf das Fehlen einer gesamtdeutschen Regierung. Aber gerade der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, vertreten durch die beiden deutschen Staaten, würde zu einer unmittelbaren Annäherung der beiden deutschen Staaten führen und sich als kürzester Weg zur Wiedervereinigung erweisen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands selbst ist in erster Linie eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten. Sie kann nur das Ergebnis ihrer Verständigung sein. Von diesem Grundsatz ausgehend, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik seit Jahren nicht nur Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Lebensfragen der deutschen Nation, sondern auch die Schaffung gesamtdeutscher Organe vorgeschlagen. Es würde Stunden in Anspruch nehmen, wollte ich versuchen, alle diese Vorschläge hier darzulegen. Im Widerspruch zum offenkundigen Willen des deutschen Volkes sind unsere Vorschläge von der Bundesregierung unbeachtet geblieben oder abgelehnt worden. Es erhebt sich nun die Frage: Kann die Konferenz dem deutschen Volk eine solche Unterstützung gewähren, daß zwischen den beiden deutschen Staaten gleichberechtigte Verhandlungen mit dem Ziel der Lösung der deutschen Frage durch die Deutschen selbst eingeleitet werden? Ich glaube, diese Frage bejahen zu können. Auf dieser Auffassung beruhen die Vorschläge, die der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Namen seiner Regierung und im Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der heutigen Sitzung darlegt hat.

Die Konferenz könnte diese Unterstützung in die grundsätzliche Feststellung kleiden: Im Interesse des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands sind gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten erforderlich; die Bildung eines gesamtdeutschen Organs — zum Beispiel eines gesamtdeutschen Ausschusses — wäre nützlich. Eine solche Feststellung der Konferenz würde bedeuten, daß die vier Mächte Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten in den Fragen ihrer Beziehungen untereinander wie in Fragen der Wiedervereinigung achten und anerkennen. Nach Auffassung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik würde damit eine Reihe von Einwänden fortfallen, die von der Bundesregierung gegen Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten erhoben werden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit, und sie ist gewillt, in Verhandlungen eine Verständigung zu erreichen. Sie benötigt hierzu keinen anderen Auftrag als den, den ihr die eigene Bevölkerung erteilt hat. Wenn sie sich dennoch für eine Empfehlung der Konferenz an die

beiden deutschen Staaten, in Verhandlungen zu treten, ausspricht, so deshalb, um der derzeitigen Bundesregierung den Weg zu Verhandlungen zu erleichtern.

Was die Zusammensetzung eines gesamtdeutschen Organs betrifft, so verweise ich auf den unbestreitbaren Satz des Völkerrechts, daß die Grundlage der Zusammenarbeit der Staaten die Achtung ihrer souveränen Gleichheit ist. In den internationalen Organisationen — wie in der Organisation der Vereinten Nationen — haben daher alle Staaten, größere wie kleinere, die gleichen Stimmen.

Es handelt sich bei der Schaffung eines gesamtdeutschen Organs nicht um die Lösung einer Rechenaufgabe. Auch das ausgeklügelte System von 25 : 10 Vertretern mit einer Dreiviertelmehrheit kann nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß es nicht darum geht, eine Volkszählung zu veranstalten, sondern darum, sich für einen von zwei Entwicklungswegen zu entscheiden: Das deutsche Volk muß eine geschichtliche Entscheidung zwischen seinem alten militaristischen und einem neuen antimilitaristischen Weg treffen, und es ist nicht einzusehen, warum der eine Weg mit 25 und der andere mit 10 bewertet wird.

Außerdem darf keiner Seite von der anderen etwas aufgezwungen werden. Im Gegenteil: Jede Seite muß ihre Auffassungen mit gleicher Aussicht auf Erfolg vertreten können. Damit unvereinbar aber wäre ein „Gemischter Deutscher Ausschuß“, der der Deutschen Demokratischen Republik im besten Falle ein Veto-recht geben, es ihr aber unmöglich machen würde, eigene Vorschläge mit Aussicht auf Erfolg zur Erörterung zu stellen. Von Gleichberechtigung könnte in einem solchen Fall nicht gesprochen werden. Eine echte Verständigung ist aber nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung möglich.

Ich gestatte mir, auch eine Antwort auf die Frage zu geben, warum es notwendig ist, eine Frist für eine Verständigung zu setzen, und warum diese Frist unseres Erachtens nicht über ein Jahr ausgedehnt werden sollte. Die Deutsche Demokratische Republik kann nicht daran vorbeigehen, daß die Gefahr besteht, in endlosen Verhandlungen eine Verständigung hinauszuzögern und inzwischen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands fortzusetzen und die Spannungen in Deutschland zu verschärfen. Extremistische Kreise dürfen keine Möglichkeit erhalten, Verhandlungen als Tarnmantel für die ungestörte Fortsetzung ihrer Politik zu benutzen. Eine solche Gefahr besteht; sie wird mit der Befristung herabgemindert.

Gestatten Sie mir, nun zu einer anderen Frage überzugehen. In meiner Erklärung vom 2. Juni habe ich bereits auf die Notwendigkeit der friedlichen Lösung der Westberlinfrage hingewiesen.* Es ist bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich gegenwärtig nicht bereit sind, dieses Problem im Rahmen eines mit beiden deutschen Staaten abzuschließenden Friedensvertrages zu lösen. Die Situation in Westberlin ist anomal. Das ist auf dieser Konferenz anerkannt worden. Westberlin ist ein Gefahrenherd. Die Verewigung des Besatzungsregimes ist nicht zu rechtfertigen.

Im Interesse der Verständigung hat die Deutsche Demokratische Republik unterlassen, alle sich aus der Rechtslage ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie hat sich mit dem Vorschlag, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln, einverstanden erklärt, weil das der wirksamste Beitrag zur Sicherung des Friedens wäre und die Interessen aller beteiligten Seiten in gleicher Weise berücksichtigen würde. Da die Regierungen der Westmächte jedoch gegenwärtig nicht gewillt sind, einer solchen Regelung zuzustimmen, erklärt die Deutsche Demokratische Republik im Interesse einer Verständigung auf dieser Konferenz:

Für den Fall des Zustandekommens einer Vereinbarung über einen provisorischen Status für Westberlin — wie sie der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hier vorgeschlagen hat — erklärt sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hiermit einverstanden, daß die durch den Briefwechsel zum Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 getroffene vorläufige Regelung für ein Jahr lang gültig bleibt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich streng an die Festlegungen in diesem Briefwechsel gehalten. Sie ist bereit, dies für den genannten Zeitraum in der gleichen Weise zu tun.

Auch der Vorschlag zur Bildung eines aus Vertretern der vier Mächte bestehenden Organs zur Kontrolle der Verpflichtungen Westberlins, die sich aus dem Abkommen über seinen provisorischen Status ergeben, ist von den Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen So-

* Siehe S. 173 ff.

wjetrepubliken vereinbart worden, wobei sie als selbstverständlich voraussetzen, daß dieses Organ seine Tätigkeit unter Achtung der souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik ausüben wird.

Die Herabsetzung der Stärke der in Westberlin stationierten Truppen bis auf symbolische Kontingente, die Einstellung jeder Propaganda in Westberlin gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder, die Auflösung der in Westberlin bestehenden Organisationen, die Spionage und Wühl-tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder treiben, sowie der Verzicht auf Stationierung von Atom- und Raketenwaffen sind unerläßliche Voraussetzungen für eine Minderung der Spannungen in Berlin. Sie werden auch den Abbau der internationalen Spannungen begünstigen. Der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland wird schließlich das Westberlinproblem endgültig lösen.

**Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
an Bundesaußenminister von Brentano vom 19. Juni 1959**

Genf, den 19. Juni 1959

An den Außenminister
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Heinrich von Brentano
Genf

Sehr geehrter Herr Dr. von Brentano!

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 4. Juni 1959* und übersende Ihnen hiermit den Entwurf eines Nichtangriffsvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet diesen Entwurf als geeignete Verhandlungsgrundlage und hat mich bevollmächtigt, Gegenvorschläge entgegenzunehmen und Verhandlungen zu führen.

Mit dem Ausdruck
der vorzüglichsten Hochachtung
(gez.) Dr. Lothar Bolz

* Siehe S. 179 f.

**Nichtangriffsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen
Republik und der Bundesrepublik Deutschland**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der
Präsident der Bundesrepublik Deutschland
sind

in der Entschlossenheit, die Gefahr eines Bruderkrieges auf deut-
schem Boden zu bannen,

in Anerkennung der besonderen Verantwortung der beiden deut-
schen Staaten, zur Schaffung und Sicherung eines dauerhaften
Friedens in Europa beizutragen,

in dem Willen, die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den
militärischen Koalitionen, denen die beiden deutschen Staaten
zum gegenwärtigen Zeitpunkt angehören, und damit die inter-
nationalen Spannungen zu mindern und den Weltfrieden zu
festigen,

in der Überzeugung, damit die Vorbereitung und den Abschluß
eines gerechten und demokratischen Friedensvertrages zu er-
leichtern und zu beschleunigen,

in dem Bestreben, die Annäherung und Verständigung der bei-
den auf dem Territorium Deutschlands bestehenden Staaten mit
dem Ziel ihrer Vereinigung zu einem einheitlichen, friedlieben-
den und demokratischen deutschen Staat zu fördern, und

in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Sat-
zung der Vereinten Nationen

übereingekommen,

einen Vertrag über den Verzicht auf Gewaltanwendung in den
Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Bundesrepublik Deutschland abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

.....

der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

.....

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befun-
denen Vollmachten

folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen jeder Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten.

Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten übernehmen die feierliche Verpflichtung, die territoriale Integrität und Souveränität des Vertragspartners zu achten und die Wiedervereinigung Deutschlands ausschließlich mit friedlichen Mitteln anzustreben.

Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten werden alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, um jede von ihren Territorien ausgehende Förderung, Vorbereitung und Durchführung von Gewaltakten gegen den Vertragspartner zu unterbinden.

Artikel 4

Die vertragschließenden Seiten werden, falls von dritter Seite eine Angriffshandlung gegen den Vertragspartner unternommen wird, dem Angreifer keine Unterstützung gewähren. Diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn gegenüber dem Angreifer Beistands- oder andere Verpflichtungen bestehen.

Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten werden alle zwischen ihnen bestehenden oder entstehenden Streitfragen im Geiste gegenseitiger Verständigung auf dem Wege von Verhandlungen oder mit anderen friedlichen Mitteln regeln. Zu diesem Zwecke werden sie sich, falls nach Ansicht eines Vertragspartners die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt sind oder deren Einhaltung gefährdet ist, konsultieren und geeignete Maßnahmen vereinbaren.

Artikel 6

Dieser Vertrag berührt nicht die Zugehörigkeit der Vertragspartner zu militärischen Koalitionen.

Artikel 7

Der vorliegende Vertrag bleibt bis zur Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Kraft.

Artikel 8

Schlußbestimmungen.

Erklärung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Juni 1959 zur Vertagung der Genfer Außenministerkonferenz

Die Einberufung der Genfer Außenministerkonferenz und ihr bisheriger Verlauf bestätigten die Kraft des Willens der Völker nach internationaler Entspannung und Verständigung. Ihre historische Bedeutung für das deutsche Volk besteht darin, daß in Genf zum ersten Male nach dem zweiten Weltkrieg Vertreter beider deutscher Staaten mit den Vertretern der vier Mächte zu einer Konferenz zusammentraten.

In der Konferenz setzte sich die Erkenntnis durch, daß nicht alle strittigen internationalen Probleme auf einmal gelöst werden können, sondern die Bemühungen um eine Verständigung auf die Lösung der herangereiften Probleme konzentriert werden müssen. Zu diesen Problemen gehören zweifellos der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Von dieser Tatsache ausgehend, waren die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bemüht, auf der Genfer Außenministerkonferenz zu einer Verständigung über die unmittelbare Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu gelangen. Dank ihrem Auftreten kann man sagen, die Diskussion um den Inhalt einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland hat begonnen. In diesem Zusammenhang trat die Notwendigkeit einer Zügelung des deutschen Militarismus, der in Westdeutschland sein Haupt wieder erhoben hat, in den Vordergrund.

Westdeutsche extremistische Kräfte nutzen auch die anomale Lage unter dem Besatzungsregime in Westberlin aus, um die Spannungen in Deutschland und Europa zu verschärfen, was große Gefahren für den Frieden der europäischen Völker heraufbeschwört. Die Notwendigkeit von Veränderungen der Lage

in Westberlin konnte von keinem der Konferenzteilnehmer bestritten werden. Meinungsverschiedenheiten entstanden jedoch darüber, in welchem Maße und in welcher Frist der Status Westberlins geändert werden muß. Die Westmächte bestanden auf der Beibehaltung des Besatzungsregimes auf unbestimmte Zeit und zeigten keine Bereitschaft, den Spannungsherd Westberlin durch entscheidende Maßnahmen zu entschärfen.

Die Konferenz zeigte in ihrem bisherigen Verlauf, daß Fragen, die Deutschland betreffen, nicht ohne Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten gelöst werden können. Sie gab der Weltöffentlichkeit darüber hinaus die Möglichkeit, sich von der friedliebenden Politik der Deutschen Demokratischen Republik zu überzeugen, die sie in den zehn Jahren seit ihrer Gründung unbeirrt verfolgt.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat gemeinsam mit der Delegation der Sowjetunion auf der Genfer Außenministerkonferenz mit ihren Vorschlägen immer wieder Grundlagen für eine Verständigung zu schaffen versucht. Das muß insbesondere über die letzten Vorschläge der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Berlinfrage und hinsichtlich der Schaffung eines Gesamtdeutschen Komitees aus Vertretern der beiden deutschen Staaten auf paritätischer Grundlage gesagt werden. Siebenmal hat der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik auf der Genfer Konferenz das Wort ergriffen und jedesmal einen konstruktiven Vorschlag unterbreitet.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat die Wahrheit über die Gefahren des deutschen Militarismus verbreitet und für eine Verständigung zwischen den Staaten im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens gewirkt. Sie kann mit Genugtuung auf ihre vielen Begegnungen mit Delegationen aus Westdeutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, aus Frankreich und andern Ländern zurückblicken, in denen zum Ausdruck kam, daß die von ihr vertretene Politik der Verständigung und des Friedens mit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands und anderer Staaten übereinstimmt. In Tausenden von Briefen und durch Millionen Unterschriften ist der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik immer wieder bestätigt worden, daß sie mit ihrem Auftreten den Hoffnungen und Wünschen der friedliebenden Menschen entspricht.

Genfer Außenministerkonferenz

Der Verlauf der Konferenz zeigt deutlich, daß die verständigungsfeindliche Politik der führenden Kräfte Westdeutschlands ein Haupthindernis für eine Entspannung in Europa darstellt. Das Verhalten der Bonner Regierung gegenüber der Außenministerkonferenz offenbarte, daß sie mit ihrer Politik der Ablehnung von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der atomaren Aufrüstung und der Orientierung auf die militärische Gewalt in eine Sackgasse geraten ist. Die Regierung Westdeutschlands hat keinen konstruktiven Beitrag zur Genfer Außenministerkonferenz geleistet und durch ihre Delegation alle Verständigungsvorschläge ablehnen lassen.

Ungeachtet dieser den Interessen des deutschen Volkes widersprechenden Haltung der Bonner Regierung hat die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in Genf mehrfach die Initiative ergriffen, um Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Delegationen einzuleiten. Entsprechend dem Vorschlag des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, forderte sie die westdeutsche Delegation zu Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden deutschen Staaten auf und übermittelte ihr einen Vertragsentwurf.*

Obwohl die Deutsche Demokratische Republik keinerlei Auftrag für Verhandlungen mit Westdeutschland benötigt, hat sich die Regierungsdelegation auf der Genfer Außenministerkonferenz für eine Verständigung über die Bildung eines Gesamtdeutschen Komitees zur Behandlung der Fragen des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands eingesetzt. Sie entsprach damit auch den Forderungen weiter Kreise Westdeutschlands.

Die gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten an der Genfer Außenministerkonferenz bekräftigte die Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Wiedervereinigung nur auf dem Wege einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten möglich ist.

Während der nunmehr beschlossenen Konferenzpause bis zum 13. Juli werden die Außenminister ihren Regierungen Bericht erstatten. Die Außenminister der Westmächte werden sich mit dem Verlangen großer Teile ihrer Völker nach internationaler Verständigung und Entspannung auseinanderzusetzen haben.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß sich in allen Ländern die

* Siehe S. 188 ff.

friedliebenden Menschen durchsetzen werden, die Verhandlungen mit positiven Ergebnissen im Sinne einer Verständigung über die dringendsten herangereiften Probleme anstreben.

**Erklärung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 13. Juli 1959**

Die dreiwöchige Konferenzpause hat die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik dazu benutzt, mit der Regierung, mit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, mit den Parteien und Massenorganisationen wie mit vielen parteilosen Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung die Fragen zu beraten, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen. Unsere Delegation ist mit der Gewißheit nach Genf zurückgekehrt, die Hoffnungen und Forderungen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen, wenn sie wiederum mit der nachdrücklichen Forderung nach dem baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland beginnt.

Die Deutsche Demokratische Republik macht das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag geltend, damit ein Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen und gleichzeitig eine Barriere gegen einen neuen Krieg errichtet wird. Auch weite politische Kreise Westdeutschlands vertreten in ihren Vorschlägen und Anregungen den gleichen Gedanken. Als Beispiele führe ich in diesem Zusammenhang die von zwei westdeutschen Parteien — der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Demokratischen Partei — in offiziellen Dokumenten entwickelten Auffassungen zur Lösung der Deutschlandfrage an.

Wie dringend der Abschluß eines Friedensvertrages ist, um gefährliche Entwicklungen zu verhindern, verdeutlichen erneut eine Reihe Ereignisse der letzten Wochen. Wiederum haben westdeutsche und Westberliner Politiker unsere Darlegungen über die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus und das bedrohliche Fortschreiten der atomaren Rüstung Westdeutschlands mit Wort und Tat bestätigt. So haben mit Unterstützung der Bundesregierung und unter Teilnahme maßgeblicher Vertreter dieser Regierung auch in diesen drei Wochen in Westdeutschland zahlreiche Treffen sogenannter Landsmannschaften stattgefunden und von neuem bewiesen, daß die herrschenden Kreise Westdeutschlands mit dem Fortschreiten ihrer Rüstung ständig be-

drohlichere Töne anschlagen. Die Veranstaltungen geben ein Bild von dem Stand der ideologischen Aufrüstung in Westdeutschland und zeigen, wie systematisch der Ungeist des Militarismus und Revanchismus in die Bevölkerung hineingetragen wird. Die systematische Verbreitung revanchistischer Forderungen entspricht den aggressiven Absichten. Auf dem CSU-Parteitag in München wiederholte der westdeutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer am 14. Juni die Aufforderung, nicht mehr von der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern von der Befreiung der Ostzone zu sprechen, das heißt von der Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik. Wenn auch jeder Versuch der in Westdeutschland herrschenden Kreise, die deutsche Frage mit Gewalt zu lösen, zum Scheitern verurteilt ist, so ist doch eine Politik, die mit solchen Gedanken spielt und nicht nur spielt, eine Gefahr ebenso für das deutsche Volk wie für alle Völker, insbesondere die Völker Europas. Heute ist keine Zeit mehr, staats- und völkerrechtliche Theorien zu diskutieren, sondern höchste Zeit, ernsthafte Schritte zur Sicherung des Friedens einzuleiten. Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben in den ersten sechs Wochen unserer Konferenz eben zu diesem Zwecke Vorschläge unterbreitet und sie mehrfach ergänzt und abgeändert, um die Einwände anderer Konferenzteilnehmer so weit als nur irgend möglich zu berücksichtigen.

Auch die Außenminister der Westmächte haben auf dieser Konferenz das Recht des deutschen Volkes auf einen Friedensvertrag anerkannt, gehen jedoch Verhandlungen über seinen Abschluß mit dem Hinweis aus dem Wege, es bestehe kein gesamtdeutscher Partner, mit dem ein Friedensvertrag verhandelt werden könne. Die Wiedervereinigung ist aber nur durch Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Bisher hat die Adenauer-Regierung alle Schritte in dieser Richtung unmöglich gemacht und ihrer Aufrüstungspolitik den Vorzug gegeben. Aufrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen demokratischen und friedliebenden Staat schließen aber einander aus. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten würde der Aufrüstung Westdeutschlands ein Ende bereiten und so den kürzesten Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands öffnen.

Wir haben unseren aufrichtigen Willen bewiesen, in sachlicher Arbeit eine Annäherung der Standpunkte zu erreichen. Ich erinnere an den Vorschlag, die Konferenz möge den beiden deut-

schen Staaten empfehlen, im Interesse des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands in gleichberechtigte Verhandlungen einzutreten. Wenn auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu solchen Verhandlungen durch den Auftrag ihrer Bevölkerung bereits hinreichend legitimiert ist, so erleichtert dieser Vorschlag doch der derzeitigen Bundesregierung, die diesen Weg aus eigener Verantwortung zu gehen nicht bereit ist, den Weg zu Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu beschreiten. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß dieser Gedanke bei den verschiedensten Begegnungen führender Persönlichkeiten wie in der öffentlichen Meinung aller auf dieser Konferenz vertretenen Staaten ein starkes Echo gefunden hat. Das Interesse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an der Minderung der Spannungen in Europa und an jedem nur möglichen Schritt zur Festigung des Friedens geht mit aller Deutlichkeit auch aus dem Vorschlag hervor, einen Nichtangriffspakt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik abzuschließen. Beide Staaten sollten sich verpflichten, sich jeder Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt zu enthalten. Wie weit wir bereit sind, die Interessen des Vertragspartners zu berücksichtigen, zeigt Artikel 6 unseres Vertragsentwurfes, in dem es heißt, daß der Vertrag die Zugehörigkeit der Vertragspartner zu militärischen Koalitionen nicht berührt. Niemand wird bestreiten können, daß Verhandlungen über einen solchen Gewaltverzicht und seine Fixierung in einem Vertrag dem Frieden in Europa dienlich wären. Ein weiteres brennendes Problem ist die Lösung der Westberlinfrage. Ich sehe mich leider gezwungen, auch in diesem Falle mit dem größten Ernst auf Ereignisse zu verweisen, die sich während der dreiwöchigen Konferenzpause abgespielt haben. Es häufen sich die Treffen der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, und sie machen besonders augenscheinlich, in welchem Maße Westberlin als Zentrum von Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten mißbraucht wird. Ich muß mir die Freiheit nehmen, die Meinung der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik vorzutragen, auch wenn sie von der Auffassung des Herrn Vorsitzenden abweicht. Wir sind der begründeten Meinung, daß die Wahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik in Westberlin eine Herausforderung besonderer Art ist und daß — wenn diese Provokation keine Zwischenfälle

zur Folge gehabt hat — dies nicht der Provokation, sondern der besonnenen Haltung der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu verdanken ist. Es ist nicht zufällig, daß diese Aktion unmittelbar nach Bekanntwerden der Vertagung unserer Konferenz beschlossen wurde. Sie richtete sich eindeutig gegen die Genfer Konferenz der Außenminister und bezweckte die Vereitelung aller Bemühungen, auf dieser Konferenz zu einer Verständigung zu gelangen.

Während der Ausarbeitung des westdeutschen Grundgesetzes haben die drei westlichen Besatzungsmächte in einem Schreiben ihrer Außenminister an die Militärgouverneure vom 8. April 1949, das am 22. April dem Parlamentarischen Rat bekanntgegeben wurde, erklärt, daß sie der Einbeziehung Berlins als ein Land in die ursprüngliche Organisation der Deutschen Bundesrepublik nicht zustimmen können. In dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates wird zur Westberlinfrage ein entsprechender Vorbehalt gemacht. Die gleiche Haltung haben die drei Westmächte auch zu der Westberliner Verfassung eingenommen. In der Anordnung vom 29. August 1950 wurde der Artikel I Absatz 2 der Westberliner Verfassung vom 1. September 1950, der Berlin zu einem „Land der Bundesrepublik Deutschland“ erklärte, ausdrücklich suspendiert. Auch im Vertrag zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 wurde Berlin als nicht zum Bundesgebiet gehörig bezeichnet. Selbst die westdeutsche Regierung war in völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten gezwungen, die Nichtzugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik anzuerkennen. Es sei auf den Konsularvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik verwiesen, in dem Westberlin nicht in den Geltungsbereich des Vertrages einbezogen ist. Hier auf der Konferenz hat am 22. Mai der Außenminister der Französischen Republik, Herr Couve de Murville, offensichtlich im Einverständnis mit den Delegationen der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreiches erklärt, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik ist. Im Gegensatz dazu behauptete der westdeutsche Bundestagspräsident Gerstenmaier bei der Eröffnung der Bundesversammlung, daß „Berlin ein Land der Bundesrepublik“ sei und daß das westdeutsche Grundgesetz „auch in Berlin“ gelte. Der provokatorische Charakter

dieser Veranstaltung wurde noch dadurch betont, daß den Westberliner Vertretern in der Bundesversammlung volles Stimmrecht zuerkannt wurde. Wir sind gezwungen, festzustellen, daß die aggressiven Kräfte Westdeutschlands das Okkupationsregime in Westberlin als eine Art Schirm benutzen, hinter den sie sich zurückziehen, wenn sie an ihre Verantwortung erinnert werden, den sie aber zur Seite werfen, wenn sie glauben, sich der Verantwortung entziehen zu können.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Westmächte in ihrer Note vom 30. Juni 1959 auf die großen Gefahren hingewiesen, die sich aus dem Zusammentreten des westdeutschen Parlaments außerhalb des westdeutschen Territoriums und im Zentrum eines anderen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, ergeben.* Die Wahl des westdeutschen Staatsoberhauptes außerhalb der Grenzen des eigenen Staates ist Ausdruck und Mittel einer Politik, die die Verständigung der beiden deutschen Staaten über ihre Wiedervereinigung ablehnt und die gewaltsame Einverleibung der Deutschen Demokratischen Republik in die westdeutsche Bundesrepublik betreibt. Diese Provokationen verüben die westdeutschen Militaristen heute. Zu welchen Provokationen werden sie übergehen, wenn sie die Ziele, die sie ihrer Aufrüstung stecken, erreicht haben! Und welche Folgen werden diese Provokationen haben! Diese Fragen sind durch die Geschichte unmißverständlich beantwortet. Es ist an der Zeit, der bedrohlichen Entwicklung ein Ende zu bereiten. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt nach wie vor die Auffassung, daß die Westberlinfrage im Rahmen eines Friedensvertrages am besten und reibungslosesten unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller Beteiligten geregelt werden könnte. Sie unterstützt den Vorschlag, Westberlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln, und ist bereit, die Achtung des Status der Freien Stadt und die Freiheit ihrer Verbindungen mit der Außenwelt zu garantieren.

Der Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würde das Besatzungsregime beseitigen und die Bevölkerung Westberlins von den Gefahren befreien, die mit der Rüstungsproduktion, der Errichtung militärischer Anlagen, besonders der Lagerung von Atom- und Raketenwaffen, verbunden sind. Die Freie Stadt Westberlin würde sich gemäß ihrem Status nicht an Abkommen oder Bündnissen militärischen Charakters beteiligen, jegliche

* Siehe S. 109 f.

feindliche Tätigkeit gegen andere Staaten, militaristische Propaganda und Kriegshetze sowie die Tätigkeit militaristischer und faschistischer Organisationen verbieten, und ihre Bürger würden in den Streitkräften der beiden deutschen Staaten keinen Dienst leisten. Gleichzeitig wäre gesichert: die freie Entscheidung der Westberliner Bevölkerung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, die Teilnahme der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin an internationalen Abkommen und Organisationen sowie die ungehinderte Verwirklichung der sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten, die freie Entwicklung der Westberliner Wirtschaft, die Vollbeschäftigung durch Auftragserteilung, die Versorgung der Freien Stadt mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen usw., die ungehinderte Entwicklung des Außenhandels, der ungehinderte Verkehr mit der Außenwelt sowie die Lösung aller offenen Fragen, die sich aus der Lage Westberlins ergeben, durch Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik. Auf diese Weise würde Westberlin aus einem gefährlichen Unruhezentrum im Herzen Deutschlands und Europas zu einer Stätte des Friedens. Die Bildung der Freien Stadt Westberlin wäre ein bedeutsamer Beitrag zur Annäherung und schließlich zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Diesen hier ausführlich dargelegten, wohlerwogenen Vorschlag, der die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, hält die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik nach wie vor für die zweckmäßigste Lösung des Westberlinproblems. Dieser grundsätzliche Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schließt nicht aus, daß wir Mittel und Wege suchen, um zur Verständigung auf dieser Konferenz beizutragen. Eben deshalb wird die von der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nach Vereinbarung mit unserer Delegation vorgeschlagene Zwischenlösung für Westberlin von der Deutschen Demokratischen Republik nach wie vor unterstützt. In den Vorschlägen vom 10.* und 19. Juni ist auch die Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses vorgesehen, der von beiden deutschen Staaten auf paritätischer Grundlage besetzt wird. Er soll während der Geltungsdauer des provisorischen Status von Westberlin Fragen behandeln, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen, konkrete Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands erörtern und ausarbeiten sowie zur

* Siehe S. 184f.

Erweiterung und Entwicklung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen.

Diese Vorschläge haben in unserer Bevölkerung allgemeine Zustimmung gefunden. Denn ihre Annahme würde dem deutschen Volk die große historische Chance geben, aus eigener Machtvollkommenheit an die Beseitigung der Hindernisse heranzugehen, die der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstehen. Die Vertreter des deutschen Volkes würden ohne Einmischung von dritter Seite verhandeln und Vereinbarungen treffen können, die eine friedliche Zukunft des deutschen Volkes sichern.

Die Vorschläge vom 10. und 19. Juni haben die Lösung der dringenden Aufgaben bei der Sicherung des Friedens zum Ziel und beweisen, daß wir jederzeit bereit sind, durch Verständigung die Mittel und Wege zu finden, die dem Frieden und der Sicherheit der Völker dienen. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß unsere Vorschläge bei allen Beteiligten volles Verständnis und die ihnen gebührende Würdigung finden.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 16. Juli 1959**

Wir haben heute mehrfach gehört, daß die Vorschläge der Westmächte vom 16. Juni nicht beantwortet worden wären. Die Vorschläge, die die Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 19. Juni eingebracht hat und die ebenso wie die Vorschläge vom 10. Juni mit unserer Delegation gemeinsam erarbeitet wurden, sind doch nach einem eingehenden, gründlichen Studium der Vorschläge der Westmächte vom 16. Juni gemacht worden, und sie stellten nach unserer Auffassung eine ebenso gründliche wie klare und — wie wir hofften — erfolversprechende Antwort dar, die bemüht war, den leeren Raum zwischen den Standpunkten der beiden Seiten zu überbrücken.

Auf der Konferenz standen sich in den ersten sechs Wochen zwei Standpunkte gegenüber, die man, wenn man von Einzelheiten absieht, kurz und treffend dahin charakterisieren kann, daß die sowjetische Delegation und die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten forderten, während die Westmächte den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten ablehnten und den Vertragsabschluß an das

Ende einer unübersehbaren Entwicklung verschoben. Die sowjetische Delegation und die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik forderten die endgültige Lösung der Westberlinfrage durch den Friedensvertrag oder jedenfalls durch die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin. Die Westmächte hielten und halten am Okkupationsregime fest.

Der gemeinsame Gedanke der sowjetischen und unserer Delegation ist nun nicht etwa, durch neue Vorschläge die Möglichkeit einer Übereinkunft zu verringern, wie das zum Beispiel, wenn ich recht verstanden habe, heute durch den Vorschlag der internationalen Kontrolle selbst über den Teil Berlins, der unstreitig nach Auffassung aller Beteiligten die Funktionen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt, geschehen ist. Wie man zur Deutschen Demokratischen Republik auch stehen mag — es gibt wohl in unserer Republik nicht einen einzigen Bewohner, der einem ausländischen Staat das Recht bestreiten würde, seine Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik nach eigenem Gutdünken zu bilden — wie man auch zu uns stehen mag, so muß man es doch auf jeden Fall als Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre Souveränität nicht zum Gegenstand von Erörterungen oder gar Verletzungen machen läßt. Umgekehrt möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß auch unsere Delegation mehrfach ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hat, den auf dieser Konferenz zu vereinbarenden Status von Westberlin zu garantieren und an dieser Garantie in irgendeiner, allen hier Beteiligten als zweckentsprechend erscheinenden Form die Vereinten Nationen teilnehmen zu lassen.

Der Gedanke, der den Vorschlägen vom 19. Juni zugrunde lag, war, durch ein Entgegenkommen einen Schritt voran zum Erfolg der Konferenz zu tun. Deshalb schlugen wir einen Gesamtdeutschen Ausschuß vor, der zwar nicht die sofortige Erfüllung des Wunsches des deutschen Volkes nach einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten bringt, aber doch wenigstens zur Erarbeitung eines gesamtdeutschen Standpunktes über den Friedensvertrag führt. Gleichzeitig schlugen wir eine Zwischenlösung für Westberlin vor, die zwar nicht die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt bedeutet, aber die Behebung der unerträglichsten Schwierigkeiten doch wenigstens beginnt und eine umfassendere Lösung anbahnt.

Die Vorschläge gehen vom Zusammenhang der beiden Fragen, der Frage des Friedensvertrages und der Lösung der Westberlin-

frage, aus, und dieser Zusammenhang ist nicht erfunden, sondern er entspricht der tatsächlichen Entwicklung. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland und die anomale Lage in Westberlin — ich betone: beides — stehen in engstem Zusammenhang mit den Spannungen in Deutschland und haben zu den Spannungen zwischen den vier Mächten nicht wenig, ja, man kann sagen: wesentlich beigetragen. Beide Fragen müssen ebenso dringend gelöst werden oder wenigstens gleichzeitig einer Lösung nähergebracht werden.

Wenn sich unsere Vorschläge bewähren — und wir sehen gar keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sie sich bewähren —, so werden sie die endgültige Lösung beider Fragen, der Frage eines Friedensvertrages und der Westberlinfrage, bringen. Man darf nicht übersehen, daß auch die Übereinstimmung, die im Gesamtdeutschen Ausschuß durch gleichberechtigte Verhandlungen erzielt werden soll, von großer Bedeutung für die umfassende Lösung der Westberlinfrage sein wird. Wenn die Verhandlungen in der vorgesehenen Frist nicht zu dem erwarteten Erfolg führen, so müßten unsere Verhandlungen wiederaufgenommen werden.

Die Festsetzung einer Frist in beiden Fragen ist ebenso notwendig wie im Interesse aller Beteiligten vorteilhaft; denn einmal wird die Festlegung einer Frist das Zustandekommen einer Einigung im Gesamtdeutschen Ausschuß in absehbarer Zeit nur fördern, zum anderen würde gerade die Festlegung einer Frist den doch leicht vorauszusehenden Streit über die Gültigkeitsdauer der Zwischenlösung schon jetzt auf dieser Konferenz rechtzeitig aus dem Wege räumen. Gerade mit der Befristung wollten wir dem Vorwurf begegnen, wir schlugen eine nicht endenwollende Erörterung von Fragen vor.

Ich muß hier noch einmal sagen: Für das deutsche Volk ist die Bildung eines gesamtdeutschen Organs von ganz besonderer Bedeutung. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes ist sich darin einig, daß die Fragen, die die beiden deutschen Staaten angehen, auf friedlichem Wege geregelt werden müssen. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes erwartet, daß gesamtdeutsche Verhandlungen beginnen. Jeder beliebige Staat — auch die Bundesrepublik — muß sich stets bereit zeigen, strittige Fragen auf dem Verhandlungswege zu lösen. Beide deutsche Staaten müssen im Interesse des europäischen Friedens wie auch vor allem im Interesse der Lösung der nationalen Lebensfragen unseres deutschen Volkes Verhandlungen miteinander aufnehmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Delegationen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik, in Verbindung mit einer Zwischenlösung der Westberlinfrage die Bildung eines Gesamtdeutschen Ausschusses zu empfehlen, ermöglicht den Beginn einer friedlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, und es besteht doch nicht der geringste Zweifel, daß ein solcher Schritt von der Bevölkerung ganz Deutschlands — sowohl der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Bundesrepublik — begrüßt werden würde.

Die Deutsche Demokratische Republik — das möchte ich heute mit allem Nachdruck noch einmal versichern — wird alles tun, um die Arbeit eines Gesamtdeutschen Ausschusses fruchtbar zu gestalten. Wenn sich auch die westdeutsche Seite zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit findet, wird es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geben, einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag zu finden sowie Schritte zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur Verständigung über eine schrittweise Wiedervereinigung zu tun.

Man muß den Tatsachen ins Auge sehen. Gesamtdeutsche Gespräche in Form von Gesprächen zwischen den beiden gleichberechtigten deutschen Staaten sind — das hat die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere der letzten Monate, ja, man kann sagen, der letzten Wochen gezeigt — nicht aufzuhalten. Die Entscheidungen der Konferenz der Außenminister hier in Genf würden in den Augen der Völker sowohl an Sympathie als auch an Autorität gewinnen, wenn sie diese Entwicklung nicht unbeachtet lassen, sondern ihr Rechnung tragen und sie nach Kräften fördern.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 16. Juli 1959**

Ich danke Ihnen, daß Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, noch drei kurze Bemerkungen zu machen.

Herr Grewe hat geglaubt, aus meinen Darlegungen eine einzige Formulierung herausgreifen zu können. Er hat sich dabei nur auf die englische Übersetzung verlassen, die genau dem entsprach, was er hier deutsch vorgetragen hat. Mir ist wie ihm bekannt, daß gerade in dieser Frage an diesem Tische zwei sich gegenüberstehende Meinungen herrschen. Hätte er sich der uns gemein-

samen deutschen Muttersprache bedient, so hätte er gehört — ich lese aus der stenografischen Niederschrift meiner Darlegungen vor, die ich soeben erhalten habe —, daß ich mich gewandt habe gegen den „Vorschlag der internationalen Kontrolle selbst über den Teil Berlins, der unstreitig nach Auffassung aller Beteiligten die Funktionen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt“. Das war die Formulierung, die ich gebraucht habe. Ich stelle das Protokoll zur Verfügung.

Eine zweite Bemerkung: Herr Professor Grewe hat der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Frage gestellt, die er besser an mich gerichtet hätte, da es sich um den Gesamtdeutschen Ausschuß handelt. Ich möchte ganz deutlich sagen, daß wir gerade deswegen eine paritätische Vertretung beider deutscher Staaten im Gesamtdeutschen Ausschuß vorschlagen und auf ihr bestehen, damit verhindert wird, daß ein Teil Deutschlands dem anderen Teil seine Staats- und Gesellschaftsordnung aufzwingt. Natürlich darf sich in der Bundesrepublik niemand Illusionen darüber machen, daß es etwa möglich wäre, der Deutschen Demokratischen Republik ein militaristisch-revanchistisches System aufzuzwingen. Aber ich möchte hier auch mit aller Deutlichkeit sagen: Wer überhaupt nur die Möglichkeit sieht, das Regime des einen deutschen Staates dem anderen deutschen Staat aufzuzwingen, sollte das Wort Wiedervereinigung lieber nicht in den Mund nehmen.

Die dritte Bemerkung betrifft die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Bundesrepublik versucht ja nicht erst heute, sondern seit langem immer wieder, ihre Ablehnung des Gesamtdeutschen Ausschusses, überhaupt jedes gesamtdeutschen Organs, damit zu begründen, daß sie eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik verhindern wolle. Dieser Einwand ist schon deswegen hinfällig, weil da gar nichts mehr zu verhindern ist. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist ebenso unbestreitbar wie ihr wachsendes internationales Gewicht. Sie steht mit ihrer Industrieproduktion an fünfter Stelle in Europa. Sie pflegt Beziehungen der verschiedensten Art mit Staaten, die die Mehrheit der Bevölkerung dieser Erde repräsentieren. Dank der unermüdlichen Arbeit ihrer Werktätigen ist die Deutsche Demokratische Republik zu einem stabilen wirtschaftlichen und politischen Faktor in Europa geworden. Die Deutsche Demokratische Republik benötigt keine besondere Anerkennung durch die *derzeitige* Regierung Westdeutschlands.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 20. Juli 1959**

Ich möchte mich dafür bedanken, daß ich die Möglichkeit erhalte, hier die Meinung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck zu bringen, bevor Sie selbst (Vorsitzender Gromyko — D. Red.) das Wort ergreifen. Ich glaube mich im Recht, von dieser Liebenswürdigkeit Gebrauch zu machen, da es sich doch hier nach den Worten des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Amerika um „die deutsche Frage“, um „das deutsche Problem im ganzen“, handelt, um „die Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands“, also in erster Linie um eine Sache der Deutschen, in der keine Entscheidung ohne die Deutschen, ohne beide deutsche Staaten, ohne ihr Übereinkommen möglich ist.

Ich habe die Reden, die hier gehalten worden sind, mit der ihnen gebührenden Aufmerksamkeit angehört und möchte zunächst meinem großen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß in einem Moment, wo die die Konferenz beschäftigenden Fragen nicht nur klar geworden sind, sondern sich bereits die Wege zu ihrer Entscheidung deutlich abzuzeichnen beginnen, in einem Moment, der Möglichkeiten zu Vereinbarungen in sich birgt, die den berechtigten Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen, diese von den Völkern mit solcher Ungeduld erwarteten Entscheidungen vertagt werden sollen.

Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, so hat der Herr Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika hier gesagt, die von ihm vorgetragene Auffassung wäre der Bundesrepublik zumutbar. Wäre die Frage gestellt worden, ob sie dem deutschen Volk als Ganzem zumutbar sei, ob sie beiden deutschen Staaten zumutbar sei, so wäre allein mit dieser Fragestellung bereits die Notwendigkeit der Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses bewiesen worden, eines Ausschusses, in dem beide deutsche Partner sich gleichberechtigt um die Schaffung einer gesamtdeutschen Auffassung zu den hier erörterten Fragen bemühen. Leider muß ich der Rede des Herrn Staatssekretärs Herter entnehmen, daß die Schaffung eines solchen Gesamtdeutschen Ausschusses immer noch abgelehnt wird. Als Ersatz wird uns heute vorgeschlagen, gewissermaßen die Genfer Konferenz in Permanenz zu erklären.

Die erste Frage, die dabei auftaucht, ist natürlich die nach den Motiven eines solchen Vorschlages. Ich möchte mir erlauben, in

aller Offenheit zu sagen, daß mir die hier angeführten Motive weder als hinreichend noch als erschöpfend für die tatsächliche Motivierung erscheinen.

Es ist hier in einer Gegenüberstellung von „freien“ und „kommunistischen“ Deutschen gesprochen worden. Ich will hoffen, daß es sich hier nicht um eine Gegenüberstellung zweier Gesellschaftssysteme in der ganzen Welt handelt. Diese Gegenüberstellung ist, wenn ich meine Worte selbst in Anführungsstriche setzen darf, „nur für Deutschland“ getroffen worden. Ich kann die Terminologie nicht gerade als fehlerfrei anerkennen, aber ich will nicht darüber streiten, ob die Begriffe „frei“ und „kommunistisch“ Antinome oder vielleicht gar Synonyme sind, das ist eine andere Frage. Ich will nur sagen: Wenn man unter „freien“ Deutschen die versteht, die frei sind in der Fortsetzung der alten Politik der Verderber Deutschlands, und unter „kommunistischen“ die, die sich um den Aufbau eines neuen Deutschlands unter Ausschaltung der Kräfte bemühen, die die Auslösung des ersten Weltkrieges bewirkt und den zweiten Weltkrieg vom Zaune gebrochen haben, so könnten wir uns mit der Terminologie vorübergehend einverstanden erklären, auch wenn es nicht zu übersehen ist, daß es in Westdeutschland Millionen Menschen gibt, die mit dieser Art von „Freiheit“ nicht einverstanden sind.

Es ist hier davon gesprochen worden, daß den Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik eine Ordnung „aufgezwungen“ worden sei. Ich will mich nicht in lange historische Erörterungen einlassen. Aber alle, die hier um den Tisch herum sitzen, sind alt genug, um sich zu erinnern, wie oft beispielsweise von der Sowjetunion von 1917 bis 1941 gesagt worden ist, daß ihren Völkern eine Ordnung aufgezwungen worden sei, bis diese Völker die ihnen „aufgezwungene“ Ordnung mit gigantischen Opfern an Gut und Blut verteidigten und damit auch die Freiheit aller unserer Völker. Zweifellos hat die Verteidigung einer von diesen Völkern selbst geschaffenen, ihnen ans Herz gewachsenen Ordnung eine entscheidende Rolle beim Sieg der Anti-Hitler-Koalition gespielt.

Die Bevölkerung unserer Deutschen Demokratischen Republik hat eine ähnliche Probe nicht bestehen müssen, und es wäre gewissen Leuten in Westdeutschland nicht zu raten, eine solche Probe zu provozieren. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß unsere Bevölkerung durch die Zurückschlagung anderer nicht ganz ungefährlicher Provokationen und durch eine Arbeitslei-

stung voll außerordentlicher Aufopferung bewiesen hat, wie sie für ihre Staats- und Gesellschaftsordnung und deren Stärke einsteht.

Aber stellen wir uns doch einmal einen Augenblick auf den Standpunkt, daß das alles nicht so ist, wie wir sagen, sondern daß alles so ist, wie es von den Vertretern der Bundesrepublik dargelegt wird! Dann erhebt sich doch wohl erst recht die Frage: Warum diese Angst vor einer Konföderation, warum diese Angst vor einem Gesamtdeutschen Ausschuß, warum so wenig Glauben an die eigene Kraft und die Wirkung des eigenen Beispiels? Wir jedenfalls legen uns mit allem Ernst die Frage vor: Wie kann jemand glauben, man könne die Lebensfragen des deutschen Volkes ohne Verhandlungen der Deutschen untereinander, ohne die Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses, wie er hier mehrfach erörtert worden ist, lösen oder ihre Lösung auch nur in Angriff nehmen?

Ich bin gezwungen, mich in einigem zu wiederholen, was ich hier schon gesagt habe, besonders an unserem letzten Verhandlungstage.

Die dringlichste Aufgabe, die vor unserem Volk steht, ist, zu einem Friedensvertrag mit den Siegermächten zu gelangen. Wenn die vier Mächte eine Kommission zur Ausarbeitung ihres gemeinsamen Standpunktes zum Friedensvertrag mit Deutschland schaffen wollen, so ist das zweifellos nur sehr zu begrüßen. Die Zahl der Vertragspartner bei einem mit Deutschland zu schließenden Friedensvertrag wird zwar erheblich größer sein als die Zahl der vier Mächte. Aber niemand leugnet doch die führende Rolle der vier Mächte in der Anti-Hitler-Koalition im Krieg gegen den Hitler-Faschismus und im Sieg über ihn und die besondere Verantwortung der vier Mächte für die Vorbereitung und den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland.

Aber ebenso notwendig wie diese Viermächtekommission, ja mehr als notwendig, ganz unerläßlich ist die Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses oder eines Organs der beiden deutschen Staaten, das den gemeinsamen Standpunkt der beiden deutschen Staaten zum Abschluß eines Friedensvertrages vorbereitet, ausarbeitet und zu Gehör bringt. Es handelt sich doch um den Abschluß eines Friedensvertrages, also eines Vertrages mit gleichberechtigten Vertragspartnern, mit Partnern, die einen eigenen Standpunkt auszuarbeiten haben, der möglicherweise nicht immer und nicht in allen Einzelheiten mit dem Standpunkt der anderen Seite übereinstimmt.

Natürlich wären auch manche andere Formen denkbar. Man könnte zum Beispiel daran denken, eine Kommission aus allen sechs an dieser Konferenz beteiligten Staaten zu schaffen, und zwar nachdem die Viererkommission den Standpunkt der vier Mächte und die Zweierkommission den Standpunkt der beiden deutschen Staaten ausgearbeitet hat und eine erhebliche Annäherung der Standpunkte der Vertragspartner erzielt worden ist. Dann könnte zweifellos auch eine Kommission aus Vertretern aller sechs Staaten fruchtbar arbeiten.

Man könnte noch weiter gehen: Man könnte optimistisch genug sein, anzunehmen, daß eine Annäherung der Standpunkte rasch erfolgen wird, daß einer Annäherung der Standpunkte bei gutem Willen aller Beteiligten nichts im Wege steht, und man könnte unter diesen Umständen vielleicht eine solche Kommission aus Vertretern aller sechs Staaten noch eher bilden.

Aber in jedem Falle müßten doch zweifellos zwei Voraussetzungen eingehalten werden: Die Voraussetzung der völligen Gleichberechtigung aller sechs Partner und die Voraussetzung, daß sich diese Kommission ausschließlich mit der Vorbereitung des Friedensvertrages befassen wird.

Die Tätigkeit jeder beliebigen Kommission, die sich mit Fragen des Friedensvertrages befaßt — sei es nun eine Kommission der vier Mächte zur Ausarbeitung des Viermächtestandpunktes, sei es eine Kommission der beiden deutschen Staaten zur Ausarbeitung des gemeinsamen deutschen Standpunktes, sei es eine Kommission von sechs Staaten, die etwas später oder etwas eher zusammentritt —, ihre Tätigkeit müßte unter allen Umständen befristet sein.

Das deutsche Volk hat im fünfzehnten Jahr nach Beendigung des Krieges ein Recht darauf, zu wissen, in welcher Frist die Kommission zu einem Ergebnis gekommen sein muß, in welcher Frist ein gemeinsamer Standpunkt zum Friedensvertrag ausgearbeitet sein muß. Das ist der eine Grund.

Der zweite Grund ist der, daß dem westdeutschen Militarismus nicht durch die Errichtung einer Kommission mit einer unbefristeten Tätigkeit die Möglichkeit gegeben werden darf, hinter diesem Schirm unbegrenzte Zeit freie Hand für die weitere Aufrüstung zu haben.

Weiter: Der Friedensvertrag wird auch andere Partner als die vier Mächte umfassen, und schon die Achtung vor diesen anderen Partnern, die im Kriege doch auch zum Teil sehr wesentliche, einige von ihnen geradezu fürchterliche Opfer an Gut und

Genfer Außenministerkonferenz

Blut gebracht haben, erfordert, daß man ihnen endlich mitteilt, in welcher Frist die Vorarbeiten für einen Friedensvertrag abgeschlossen werden sollen. Überdies verlangen die eigenen Lebensinteressen dieser Partner eine klare Frist für die Begrenzung des gegenwärtigen Zustandes.

Die Volksrepublik Polen zum Beispiel hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie lange es noch dauern soll, bis der gegen sie gerichteten Revanchehetze aus Westdeutschland durch einen Friedensvertrag ein Ende gemacht wird.

Der Friedensvertrag soll die Lösung aller durch den Krieg und seine Beendigung und in der Zeit seit seiner Beendigung entstandenen Probleme bringen, die zwischen den Siegermächten und den beiden deutschen Staaten schweben, unter anderem auch die Lösung der Westberlinfrage. Auch aus diesem Grunde ist eine Frist von größter praktischer Bedeutung.

Schließlich würde es die Festsetzung der Frist durch die Konferenz unmöglich machen, daß nach Errichtung der Kommission ein Streit über die Dauer ihrer Tätigkeit ausbricht, ein Streit, der leicht vorauszusehen ist, wenn er nicht von vornherein durch Festsetzung der Frist verhindert wird.

Alle drei Redner der Westmächte haben zum Ausdruck gebracht, daß die Permanenzerklärung der Genfer Außenministerkonferenz zu einer Behandlung der Wiedervereinigung Deutschlands hier an diesem Tisch führen müßte. Ich möchte noch einmal mit allem Nachdruck, mit allem Ernst und, ich füge hinzu, mit aller durch den Ablauf der deutschen Geschichte gebotenen Sorge erklären: Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht von außen kommen und schon gar nicht von außen aufgezwungen werden. Sie kann nur von innen, aus dem deutschen Volk heraus erzielt werden. Nur dann wird sie zustande kommen! Nur dann wird sie auch Bestand haben! Die Schaffung des einigen deutschen Staates ist in erster Linie Sache des deutschen Volkes selbst.

Natürlich würde die Deutsche Demokratische Republik eine Unterstützung beider deutscher Staaten durch die vier Mächte nur begrüßen, eine Unterstützung wie sie in der Empfehlung der vier Mächte an die beiden deutschen Staaten zu sehen wäre, die Schaffung eines paritätischen Gesamtdutschen Ausschusses oder eines anderen gesamtdutschen Organs in Angriff zu nehmen. Das gerade Gegenteil einer solchen Unterstützung wäre aber eine Einmischung in die Tätigkeit des Ausschusses, eine Aufsicht der vier Mächte über die Tätigkeit des deutschen Organs,

die Forderung der vier Mächte, daß das deutsche Organ Rechenschaft ablegt, mit anderen Worten eine Bevormundung des deutschen Volkes und der beiden deutschen Staaten in Sachen der Schaffung eines einigen deutschen Staates.

Wenn der Weg zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einigen, friedliebenden Deutschland ohne Einmischung von anderer Seite und unter gleichberechtigter Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik beschritten wird — und einen anderen Weg gibt es ja gar nicht —, wird gerade dadurch dem Sicherheitsbedürfnis aller interessierten Staaten Rechnung getragen werden; denn die gleichberechtigte Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik würde zur Schaffung eines antimilitaristischen Deutschlands führen, das für seine Nachbarn keine Gefahr, sondern eine zusätzliche Garantie ihrer Sicherheit darstellt.

Es ist heute im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Westmächte auch von der „Ausdehnung und Entwicklung von Kontakten zwischen den beiden Teilen Deutschlands“ die Rede gewesen. Weil diese Frage sehr wichtig ist, ist es notwendig, sich darüber klarzuwerden, was wir unter Kontakten verstehen.

Gestatten Sie mir, mit Deutlichkeit und Nachdruck zu sagen: Wir verstehen darunter die Kontakte, die zur Annäherung der beiden deutschen Staaten notwendig sind, also keine Maßnahmen zur Verschönerung der Oberfläche, sondern Verhandlungen beider Regierungen zur Festlegung von Maßnahmen, die die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Kern verbessern. Wir verstehen also darunter nicht Verhandlungen über Straßenbahnen und Telefonanschlüsse, obwohl das sicherlich auch nicht unwichtig ist, sondern zum Beispiel den Abschluß von Vereinbarungen beider deutscher Regierungen über den Verzicht auf die Drohung mit Gewalt und die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ähnliche wesentliche Maßnahmen, die die Annäherung der beiden deutschen Staaten fördern. Solange Westdeutschland Verhandlungen zum Beispiel über den Verzicht auf Gewalt ablehnt, sind Unterhaltungen über Straßenbahnen und Telefonanschlüsse sinnlos und würden nur dazu dienen, gegen uns gerichtete Machenschaften zu verschleiern und zu erleichtern. Wenn Westdeutschland auf echte Kontakte eingeht, so wird sich die Erledigung organisatorisch-technischer Fragen ganz von selbst verstehen.

Es bestehen auch heute noch bedeutsame Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten, und sie werden auf Initiative gerade der Deutschen Demokratischen Republik erhalten und ausgebaut. Ich erinnere an den innerdeutschen Handel, an Post und Eisenbahn.

Die Kontakte zur Annäherung der beiden deutschen Staaten können nur von den beiden deutschen Staaten selbst geschaffen und erweitert werden. Die Verantwortung dafür kann ihnen von keinem anderen Staat und keinem anderen Staatengremium abgenommen werden. Die bereits bestehenden Kontakte einer ausländischen Aufsicht zu unterstellen, würde bedeuten, einen entscheidenden Schritt zurück zu machen und das Okkupationsregime für ganz Deutschland wieder zu errichten.

Gesamtdeutsche Verhandlungen sind — ich glaube, das eben dargelegt zu haben — historisch notwendig. Sie sind unumgänglich, und weil sie es sind, werden diese gesamtdeutschen Verhandlungen und ein gesamtdeutsches Organ kommen.

Meiner Meinung nach sollten wir heute daran denken, daß die Konferenz weiter nach einem Weg suchen muß, um vorwärts zu kommen, daß wir nicht das Recht haben, auf der Stelle zu treten, daß wir nicht das Recht haben, den Völkern, die auf die Entscheidungen dieser Konferenz warten, anstatt Entscheidungen eine in Permanenz tagende Konferenz, anstatt Brot Steine zu geben. Die Entscheidungen sind reif. Sie können getroffen werden. Das ist meine feste Überzeugung. Und sie müssen getroffen werden. Ich will der Hoffnung, ja, der Gewißheit Ausdruck geben, daß sie von dieser Konferenz in Übereinstimmung und unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller an ihr Beteiligten erzielt werden.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Sitzung am 23. Juli 1959**

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik ist der festen Überzeugung: Eine Politik, die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ablehnt, kann auf die Dauer keinen Erfolg haben. Man kann nicht erwarten, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik, daß die anderen an der Lösung der uns beschäftigenden Fragen interessierten Völker verstehen werden, daß sich hier im Saal die Delegationen beider

deutscher Staaten befinden, mit dem gleichen Status an der Konferenz teilnehmen und auf der Konferenz das Wort ergreifen, aber nicht *miteinander* reden. Eine solche Politik entspricht zwar dem Willen und den Interessen der Adenauer-Regierung, aber keineswegs dem Sinnen und Trachten des deutschen Volkes.

Was wird zur Motivierung dieser Politik angeführt? Bonn sagt, ein Gesamtdeutscher Ausschuß vertiefe die Spaltung Deutschlands. Es ist ein Widerspruch in sich selbst, daß Verhandlungen die Spaltung vertiefen sollen. Welch anderes Mittel kann es zur Überwindung einer Spaltung geben als eben Verhandlungen? Wir sehen keins! Bonn will keine Verhandlungen. Es braucht Spannungen und ihre Verschärfung, um schließlich zur Gewalt zu greifen. Wir wollen mit allen Mitteln verhindern, daß in Deutschland geschossen wird, und mit allen Mitteln dazu beitragen, daß in ganz Europa nicht geschossen wird. Dazu gibt es nur ein Mittel: eben Verhandlungen. Es müssen Vereinbarungen erzielt werden, die keiner Seite aufgezwungen werden und die die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigen. Die Einberufung der gegenwärtigen Genfer Außenministerkonferenz haben wir als Anerkennung dieses Grundsatzes aufgefaßt.

Es wird uns entgegengehalten, Verhandlungen zwischen zwei Partnern mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen hätten keinen Zweck. Erstens einmal sind die Verhandlungen ja überhaupt erst durch die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung notwendig geworden. Zweitens leugnet niemand die Schwierigkeiten solcher Verhandlungen. Aber wenn sie auch nicht *sofort* zur Einheit führen, so doch sofort zur Entspannung in Deutschland, und schon das wäre ein großer Erfolg für die Festigung des Friedens in Europa. Er würde eine wichtige Pionierarbeit für die Wiedervereinigung leisten. Daß Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen erfolgreich verhandeln können, beweist uns die internationale Praxis täglich. Diese Überzeugung hat ja wohl auch die vier Mächte nach Genf geführt.

Es wird behauptet, gleichberechtigte Verhandlungen beider deutscher Staaten könnten nur das Ergebnis haben, daß Westdeutschland der Kommunismus aufgezwungen würde. Ganz abgesehen davon, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik keine so unsinnige Politik treibt und auch nirgends verkündet hat, wie sollte denn ein solches Ziel durch gleichberechtigte Verhandlungen erreicht werden? Beide deutsche Staaten würden paritätisch vertreten sein. Keiner könnte

dem anderen seinen Willen aufzwingen, und hätte denn übrigens ein Gesamtdeutscher Ausschuß die *Macht*, das zu tun? Umgekehrt: Wie soll denn eine Wiedervereinigung ohne Zwang anders erreicht werden als durch paritätische Verhandlungen?

Die von Bonn vertretene Auffassung bedeutet in ihrer Konsequenz, durch den Versuch, das militaristische und revanchistische Bonner Regime der Deutschen Demokratischen Republik aufzuzwingen, einen neuen Weltkrieg auszulösen. Wer gegen die Aufnahme von Verhandlungen ist, ist gegen die Wiedervereinigung und gegen das Mitspracherecht des deutschen Volkes beim Zustandekommen eines Friedensvertrages.

Die von uns immer wieder gehörte Begründung, man könne nicht durch Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten die Deutsche Demokratische Republik anerkennen, wird durch ihre Wiederholung weder überzeugender noch anziehender. Wir können immer wieder nur sagen: Es ist nichts mehr zu verhindern; die Deutsche Demokratische Republik ist anerkannt. Wir fordern keine Anerkennung von ausländischen Staaten, die uns noch nicht anerkennen wollen. Die Anerkennung durch diese Staaten kommt ohnehin.

Nun hat man geglaubt, heute die vorgeblichen Gründe noch ergänzen zu müssen. Der Außenminister des Vereinigten Königreiches, Herr Selwyn Lloyd, hat einem Teil seiner Rede die Worte vorausgeschickt, er wolle niemand beleidigen, um dann eine durch nichts begründete, mit den Tatsachen unvereinbare Bemerkung an die Adresse der hier von mir vertretenen Regierung zu richten. Diese Bemerkung kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich weise sie mit allem Nachdruck zurück.

Wenn hier eine Frage zu erörtern wäre, die zur Erörterung von *Tatsachen* führen und deren Beantwortung der Lösung der vor uns stehenden Fragen dienen würde, dann wäre es die: Welcher der beiden deutschen Staaten läßt seine Politik von den Interessen des deutschen Volkes leiten, und welcher handelt ihnen zuwider? Die Deutsche Demokratische Republik braucht die Beantwortung dieser Frage nicht zu fürchten. Sie würde eindeutig zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik und zuungunsten der derzeitigen Regierung der Bundesrepublik ausfallen. Das kann schon deswegen nicht anders sein, weil sich die Westmächte gegenüber der Bundesrepublik alle Entscheidungen in gesamtdeutschen Fragen vorbehalten haben. Für die Deutsche Demokratische Republik bestehen keinerlei derartige Einschränkungen, und wir wünschen hier an diesem Tisch zu hören, ob

die Westmächte auf ihre Vorbehaltsrechte gegenüber Westdeutschland verzichten.

Es ist im Anschluß daran noch von Wahlen die Rede gewesen. Wenn die Vorstellungen der derzeitigen Bundesregierung über die Freiheit von Wahlen nicht den unseren entsprechen, so entsprechen die unseren ebensowenig denen der derzeitigen Bundesregierung. Darüber zu streiten, scheint mir hier und heute müßig zu sein. Ich möchte mir aber die Bemerkung gestatten, daß es rückschauend, auch vom Standpunkt des Historikers, besonders des deutschen Historikers, nicht uninteressant wäre, sich 'zwei Fragen zu stellen und beide Fragen zu beantworten.

Die erste Frage: Wie würde Deutschland heute aussehen, wenn auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik die Ergebnisse von Wahlen und Volksabstimmungen wie die Beschlüsse von Volksvertretungen, soweit sie die Sozialisierung betrafen, nicht von den westlichen Okkupationsmächten suspendiert worden wären? Und die zweite Frage: Wie würde Deutschland heute aussehen, wenn die vielen, vielen Vorschläge, die die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unermüdlich der Bundesrepublik auf Abhaltung von freien, direkten, gleichen gesamtdeutschen Wahlen gemacht hat, bevor die Bundesrepublik der NATO beitrat und die Wehrpflicht einführte, angenommen worden wären?

Eines wissen alle, die hier um den Tisch sitzen: Friedliche Wiederherstellung Deutschlands und westdeutsche Aufrüstung schließen einander aus. Aber für die Genehmigung zur Aufrüstung verzichtet Westdeutschland nur zu gern auf die friedliche Wiedervereinigung. Weil die Deutsche Demokratische Republik für die friedliche Wiedervereinigung eintritt, erhebt sie ihre Stimme gegen die Aufrüstung in Westdeutschland, und sie erklärt mit allem Nachdruck: Der Versuch einer Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik durch ein aufgerüstetes Westdeutschland ist sinnlos. Er kann und wird nie zum Ziele führen. Er kann aber den Frieden aller auf dieser Konferenz vertretenen und auch der auf dieser Konferenz nicht vertretenen Völker zunichte machen.

Er hat das sogar zum Ziel; denn die Revanchepolitik Bonns richtet sich auch gegen die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakische Republik, ja mit nicht minderer Gefährlichkeit — das entspricht unserer festen Überzeugung — gegen die anderen Nachbarn der Bundesrepublik. Ist es nicht charakteristisch, daß gestern auf der Pressekonferenz im Weißen Haus gefragt wurde

— ich stütze mich auf den Text des „Daily Express“ —, welche Sicherheiten es gäbe, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland sich nicht gegen den Westen wenden würde, wie es das zweimal in einer Generation getan hat?

Es gibt nur einen einzigen Ausweg: Rechtzeitig — und das heißt sofort — jeder Möglichkeit ein Ende bereiten, daß dieser Versuch, sei er nach Westen oder nach Osten gerichtet, unternommen wird.

Dazu haben wir, die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik und die Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Wege gezeigt, zunächst Wege, die die Gefahr sofort und in vollem Umfang beseitigen, dann — um der zögernden Haltung der anderen Seite Rechnung zu tragen — Wege, die die Gefahr wenigstens herabmindern und Möglichkeiten zur völligen Lösung der uns bewegenden Fragen in der Zukunft eröffnen.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß wir keinen Grund haben, unsere bisherige Arbeit als fruchtlos anzusehen, sondern hier an diesem Tisch zu einer Lösung kommen können, die den geschichtlichen Aufgaben gerecht wird und die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

**Briefe des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,
an die vier Außenminister vom 5. August 1959**

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Genf, den 5. August 1959

An den

Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Andrej Andrejewitsch Gromyko

Sehr geehrter Genosse Gromyko!

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik habe ich die Ehre, Ihnen die Einladung zu einem Besuch der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß Ihr Besuch dazu beitragen wird, die Bande der Freundschaft zwischen unseren Völkern noch enger zu knüpfen

und die brüderliche Zusammenarbeit unserer beiden Staaten weiter zu festigen. Die Bevölkerung unserer Republik wird Ihren Besuch mit herzlicher Freude begrüßen.

Gleichzeitig habe ich den Außenministern der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Republik Frankreich eine Einladung zum Besuch der Deutschen Demokratischen Republik übermittelt.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

(gez.) Dr. Lothar Bolz

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Genf, den 5. August 1959

An den
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten
des Vereinigten Königreiches
Herrn Selwyn Lloyd

Exzellenz!

Der Verlauf der Konferenz der Außenminister in Genf hat deutlich werden lassen, wie sehr die Arbeit der beteiligten Minister dadurch erschwert wurde, daß ein Teil von Ihnen die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik nicht aus eigener Anschauung kennt. Geleitet von dem aufrichtigen Streben, nach besten Kräften zum allseitigen Verstehen der Völker untereinander beizutragen, ist meine Regierung bemüht, alles zu tun, um solche Schwierigkeiten zu beseitigen, und würde es daher aufrichtig begrüßen, wenn Sie die Deutsche Demokratische Republik besuchen würden.

Im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik habe ich die Ehre, hiermit die Einladung zu einem Besuch der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, bei Vereinbarung des Programms Ihres Besuches alle Ihre Wünsche zu berücksichtigen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß Ihr Besuch dazu beitragen würde, ein besseres Verständnis zwischen unseren Völkern her-

beizuführen und günstige Voraussetzungen für die Lösung strittiger Fragen zu schaffen.

Gleichzeitig richte ich im Auftrage meiner Regierung eine Einladung an die Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Frankreich.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

(gez.) Dr. Lothar Bolz

*

Gleichlautende Briefe wurden an die Außenminister der USA und Frankreichs gerichtet.

**Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Dr. Lothar Bolz in der Schlußsitzung am 5. August 1959**

Als am 11. Mai 1959 die Außenminister hier in Genf zusammentraten, folgten sie dem Ruf der Völker, die internationalen Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen. Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Genfer Außenministerkonferenz 1959 den Beginn eines neuen Versuches auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit bezeichnet, den Beginn einer Ära der Verhandlungen zur Behebung aller internationalen Streitfragen.

Der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herr Gromyko, hat soeben an einige wichtige Tatsachen erinnert. Nicht zufällig ist der Genfer Außenministerkonferenz der Besuch des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Anastas Mikojan, in den Vereinigten Staaten vorausgegangen; nicht zufällig haben später die Besuche des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Frol Koslow, in den Vereinigten Staaten und des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Richard Nixon, in der Sowjetunion stattgefunden; und es erfüllt gewiß alle friedliebenden Menschen mit tiefer Befriedigung, daß am 3. August die Einladungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in die Vereinigten Staaten und des ameri-

kanischen Präsidenten Eisenhower in die Sowjetunion ausgesprochen und angenommen worden sind.

Die öffentliche Meinung der ganzen Welt stimmt darüber überein, daß diese Zusammenkünfte von einer ersten Gipfelkonferenz gekrönt werden müssen, die dazu führt, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Grundlage der Beziehungen der Völker untereinander werden und im weiteren Verlauf der internationalen Begegnungen auf alle internationalen Streitfragen angewandt werden.

Die Wünsche der Völker und vor allem der an diesem Tisch vertretenen Völker — unter ihnen auch des deutschen Volkes — waren und sind auf die Ausräumung der brennendsten Gefahrenherde gerichtet, die die Spannungen zwischen den Mächten verschärfen und den Frieden der Völker bedrohen. Darum haben wir auf dieser Konferenz unsere Stimme gegen die Gefährdung des Friedens durch die Wiedererrichtung und beschleunigte Aufrüstung des westdeutschen Militarismus und durch die Aufrechterhaltung des Okkupationsregimes in Westberlin erhoben. Die Voraussetzungen für die Bereinigung dieser Fragen wurden durch die zahlreichen, die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigenden Vorschläge der Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschaffen.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeit der Konferenz war die Teilnahme deutscher Vertreter vom ersten Tage an. Mit ihrer Einladung wurde endlich auch von den Westmächten zugestanden, daß die Behandlung und Lösung Deutschland betreffender Fragen ohne die beiden deutschen Staaten nicht möglich ist. Wenn es trotz der Bemühungen der Delegationen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik auf dieser Konferenz noch nicht zu den Entscheidungen gekommen ist, die das deutsche Volk ein Recht hatte zu erwarten, so hauptsächlich aus zwei Gründen:

1. waren die Westmächte selbst noch nicht geneigt, die Schlußfolgerungen aus ihrem eigenen Verhalten zu ziehen. Nachdem beide deutsche Staaten an der Genfer Konferenz teilnehmen, ist auch klar, daß ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden kann und muß. Gegen dieses unverrückbare Recht des deutschen Volkes glaubten die Westmächte, hier in Genf noch auftreten zu können. Sie verschließen die Augen vor den Tatsachen wie vor der Rechtslage und verschließen sich dadurch auch selbst einen ebenso einfachen wie selbstver-

ständlichen Weg zur Bereinigung der Spannungen im Herzen Europas.

2. zeigte das Verhalten der beiden deutschen Staaten zur Genfer Außenministerkonferenz und den sie beschäftigenden Problemen den ganzen Unterschied ihrer politischen Zielsetzung und ihrer politischen Methoden. Während die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in einer ganzen Reihe von Vorschlägen, die sie allein oder im Zusammenwirken mit der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einbrachte, stets bestrebt war, zum Erfolg der Konferenz beizutragen und Entscheidungen zu suchen, die die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigen, erwies sich die derzeitige Regierung der Bundesrepublik als Hauptstörfried der Verhandlungen und Haupthindernis für ein positives Ergebnis.

Ich erinnere an unsere Erklärung, daß wir die Bildung einer Kommission der vier Mächte zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes zum Friedensvertrag mit Deutschland sehr begrüßen würden; gleichzeitig schlugen wir die Bildung einer Kommission der beiden deutschen Staaten vor, die einen gemeinsamen deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag ausarbeiten soll; beide Kommissionen könnten nach unserer Auffassung eng zusammenarbeiten. Unser Vorschlag ging davon aus, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nur auf Grund von Verhandlungen zwischen den Vertretern der Völker, die gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben, auf der einen Seite und den Vertretern der beiden deutschen Staaten auf der anderen Seite zustande kommen kann.

Auch dieser Vorschlag fand auf seiten der Westmächte nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Als Vorwand für die Verweigerung des Friedensvertrages dient die von den Kräften des deutschen Imperialismus mit ausländischer Hilfe herbeigeführte Spaltung Deutschlands. Die Behauptung, der Friedensvertrag könne nicht abgeschlossen werden, da keine gesamtdeutsche Regierung bestehe, könnte — wenn sie kein Vorwand wäre — doch nur von dem Bemühen um eine Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten begleitet sein. Sobald aber dieses selbstverständliche Verlangen des deutschen Volkes von den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik ausgesprochen wird, tritt die Bonner Regierung auf den Plan und lehnt Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten ab. Zielsetzung und Methoden der Politik der derzeitigen Bonner Regierung zeigten sich ganz deutlich in einer Frage, die zwar

nicht zur Zuständigkeit der Genfer Außenministerkonferenz und überhaupt nicht zur Zuständigkeit der vier Mächte gehört, aber doch hier in Genf eine bedeutende Rolle gespielt hat, weil der Beginn ihrer Lösung für die Arbeit der Konferenz von großer Bedeutung gewesen wäre. Die Geschichte gebietet Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, Bemühungen um den Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf Drohung mit Gewalt wie auf Anwendung von Gewalt an ihren wechselseitigen Beziehungen, erste Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege über eine Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Diese historische Notwendigkeit hat während der Genfer Konferenz die ganze Welt und insbesondere das deutsche Volk beschäftigt. Die Bundesregierung glaubt, ihr mit Tricks und Kniffen aus dem Wege gehen zu können.

Zu einem solchen Trick wollte heute auch Herr Professor Grewe Zuflucht nehmen und ist aus diesen durchsichtigen Gründen auf die Bevölkerungsbewegung zwischen den beiden deutschen Staaten eingegangen. Der verbrecherische Hitler-Krieg und seine Folgen haben in vielen Fällen zu einem Wechsel der Wohnorte geführt, der sich zunächst für den Staat mit der größeren Bevölkerungszahl ausgewirkt hat. Wir bestreiten auch nicht, daß in den vergangenen Jahren Bürger unserer Republik nach Westdeutschland in der Hoffnung abgewandert sind, dort wirtschaftliche Vorteile zu finden, wie ja Hunderttausende von Bundesbürgern aus gleichen Gründen ins Ausland gehen. Heute geht die Zahl der Abwanderungen nach Westdeutschland ständig zurück, während die Zahl von Übersiedlern aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik ständig wächst. Was die sowohl mit Versprechungen wie mit Drohungen systematisch betriebene Abwerbung von Fachkräften aus der Deutschen Demokratischen Republik anlangt, so möchte ich mich mit einem Hinweis auf das hierzu veröffentlichte Material begnügen.

Mit dem gebotenen Nachdruck muß ich jedoch das folgende betonen: Zweifellos gibt es auch heute Leute, die die Deutsche Demokratische Republik aus politischen Gründen verlassen. Das ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß seit 60 Jahren in Deutschland eine imperialistische Politik verfolgt wurde und das deutsche Volk zwölf Jahre dem Einfluß der nationalsozialistischen Ideologie ausgesetzt war. Deutsche, die noch immer in dieser Vergangenheit leben, bringen der Politik der Bundesregierung mehr Sympathien entgegen als der unseren. Das

Wesentliche, das Neue der Entwicklung in Deutschland besteht aber zweifellos darin, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik 17½ Millionen Menschen und in ganz Deutschland weit-aus mehr als 17½ Millionen Menschen gibt, die die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen, mit der imperialistischen Revanchepolitik gebrochen haben und aktiv die von der Deutschen Demokratischen Republik betriebene Politik des Friedens und der Völkerverständigung unterstützen. Daß unverbesserliche Gegner dieser Politik unseren Staat verlassen, spricht dafür, daß sie die Hoffnung auf eine Änderung der Gesellschaftsordnung und der Friedenspolitik dieses Staates aufgegeben haben.

Die Darlegungen des Herrn Grewe haben eine Auseinandersetzung erzwungen, die er besser getan hätte, nicht heraufzubeschwören. Lassen wir uns dadurch nicht von der Hauptfrage ablenken! Niemand in der Welt wird bestreiten können: Wer die Deutschlandfrage nicht mit Gewalt lösen will, muß verhandeln. Unsere Angebote sind klar und unmißverständlich. Wir haben vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Ausschuß zu bilden. Der Gesamtdeutsche Ausschuß soll Fragen behandeln, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zusammenhängen, konkrete Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands erörtern und ausarbeiten und zur Erweiterung und Entwicklung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen.

Der Gesamtdeutsche Ausschuß muß sich paritätisch zusammensetzen, so daß keine Seite der anderen eine Entscheidung aufzwingen, jede Seite aber Vorschläge mit Aussicht auf Erfolg einbringen kann. Die Bildung eines solchen Ausschusses würde dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, seine Lebensfragen in einem gesamtdeutschen Organ zu beraten, ihre schrittweise Lösung vorzubereiten und so den Weg für das künftige einige Deutschland frei zu machen. Mit der Bildung eines solchen Ausschusses hätte kein ehrlicher Deutscher etwas verloren, aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sehr viel gewonnen. So wäre ihm unter anderem auch die Möglichkeit gegeben, in seinen internationalen Beziehungen einheitlich zu wirken und — das wäre ein Hauptanliegen der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik — seinen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu leisten. Auch die anderen Völker Europas würden sich durch die Tätigkeit eines Gesamtdeutschen Ausschusses davon überzeugen können, daß zur Lösung eines so wichtigen Problems

wie des deutschen ein entscheidender Schritt getan wäre, und sie alle würden sich endlich von der sie bedrückenden Gefahr befreit sehen, daß der westdeutsche Militarismus und Revanchismus wieder zur Gewalt greift und das deutsche Volk wie alle europäischen Völker in einen neuen Weltkrieg stürzt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist in erster Linie eine Sache des deutschen Volkes. Die Verantwortung für die Wiedervereinigung tragen in erster Linie die beiden deutschen Staaten. Die vier Mächte sollten die beiden deutschen Staaten hierbei unterstützen. Das ist der Sinn unseres Vorschlages, die vier Mächte sollten den beiden deutschen Staaten die Bildung eines Gesamtdeutschen Ausschusses empfehlen.

Über den Gesamtdeutschen Ausschuß könnten im übrigen sogar die Voraussetzungen für die Bildung eines gesamtdeutschen Organs geschaffen werden, das als Vertragspartner eines Friedensvertrages wirken kann.

Die Politik der derzeitigen Bonner Regierung mag sich noch so hartnäckig gegen diese Vorschläge wehren. Sie mag dabei noch so bereitwillige Unterstützung bei gewissen Kreisen des Westens finden. Die Ziele und Aufgaben der Genfer Außenministerkonferenz mögen dadurch noch so sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir sind der unerschütterlichen Überzeugung: Die historische Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten wird sich durchsetzen. Solche Verhandlungen liegen im Interesse des deutschen Volkes wie aller Völker Europas.

Die Bedeutung der Genfer Außenministerkonferenz besteht gerade darin, daß alle diese Fragen aufgeworfen und in ihren Einzelheiten erörtert, daß die Wege zu ihrer Lösung gezeigt und die Einwände gegen ihre Lösung vor den Augen der Völker widerlegt worden sind.

Es ist aller Welt klargeworden, daß unter den zweiten Weltkrieg ein Schlußstrich gezogen und gleichzeitig eine Barriere gegen einen neuen Weltkrieg errichtet werden muß. Das muß durch den Friedensvertrag mit Deutschland geschehen. Das Recht des deutschen Volkes auf den Friedensvertrag mußte auf dieser Konferenz von allen Beteiligten anerkannt werden. Auf die Dauer ist der Friedensvertrag dem deutschen Volk nicht zu verweigern.

Auf der Genfer Konferenz wurde offensichtlich, daß das Okkupationsregime in Westberlin nicht aufrechtzuerhalten ist. Eine grundsätzliche Lösung des Problems wäre die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Dieser Vor-

schlag ist nach unserer festen Überzeugung der zweckmäßigste, der die berechtigten Interessen aller Beteiligten und vor allem der Westberliner Bevölkerung gebührend berücksichtigt. Die Vereinbarung eines provisorischen Status für Westberlin wäre natürlich keine umfassende Lösung der Westberlinfrage. Trotzdem haben wir uns auch um eine Verständigung über einen provisorischen Status Westberlins bemüht, um die Spannungen zu mindern, die gegenwärtig auf der Westberliner Bevölkerung lasten, und um der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik Sicherheit vor der gefährvollen Entwicklung in Westberlin zu geben.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die ständig der von Westberlin ausgehenden Diversionstätigkeit ausgesetzt ist und sie mit materiellen Schäden, ja, sogar mit Menschenopfern bezahlt, fordert mit allem Nachdruck, daß der Spannungsherd Westberlin endlich entschärft wird. Davon ausgehend haben wir auf dieser Konferenz alle Bestrebungen, zu einer Verständigung zu gelangen, unterstützt und wiederholt weitgehende Zugeständnisse gemacht. Wir sind der Auffassung, daß es im fünfzehnten Jahr nach Kriegsende ein Anachronismus ist, von den Rechtsgrundlagen des Besatzungsregimes in Westberlin zu sprechen. Trotzdem haben wir keine Einwände dagegen erhoben, daß die Anwesenheit symbolischer Kräfte der Westmächte in Westberlin in Höhe von 3000 bis 4000 Mann die vorläufige Aufrechterhaltung gewisser westlicher Besatzungsbefugnisse und die Verantwortung der Westmächte für die Lage in Westberlin symbolisiert und daß die Dauer dieses provisorischen Status auf 18 Monate ausgedehnt wird. Wir haben uns überdies bereit erklärt, für die Geltungsdauer des provisorischen Status von Westberlin keine Forderung nach Änderung der gegenwärtigen Regelung seiner Verbindungen mit der Außenwelt zu erheben.

Wir waren bereit zu bestätigen, daß, wenn das Territorium Westberlins nicht mehr für feindliche Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik, für Wühlarbeit und Diversionstätigkeit und für Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Republik ausgenutzt wird, wir keinerlei Veranlassung sehen, Abwehrmaßnahmen gegen Westberlin zu ergreifen. Die Westmächte verstehen wohl, daß das Besatzungsregime in Westberlin nicht verewigt werden kann; aber sie sträuben sich noch, die Schlußfolgerungen aus dieser Einsicht zu ziehen. Gerade das aber läge im Interesse des deutschen Volkes wie im Interesse der anderen Völker Europas.

Friedliebende Deutsche können dem gefährlichen Treiben der deutschen Militaristen nicht tatenlos zusehen. Welches Ausmaß die Gefahr bereits annimmt, wurde während der Genfer Außenministerkonferenz unter anderem durch die Tatsache erhärtet, daß Westdeutschland die Möglichkeit erhalten hat, Fernlenk Waffen herzustellen. Diese Tatsache bewog den früheren Verteidigungsminister des Vereinigten Königreiches, Shinwell, im Unterhaus zu der wohldurchdachten Frage: „Wie lange wird es noch dauern, bis der Oberbefehlshaber uns empfiehlt, der Bundesregierung die Herstellung von Atomwaffen zu gestatten?“

Wenn die deutschen Militaristen nicht von anderer Seite rechtzeitig und unmißverständlich darauf hingewiesen werden, daß ihnen das vorläufige Fehlen einer Vereinbarung über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Ausräumung des Gefahrenherdes Westberlin keinen Freibrief für die Fortsetzung oder gar die Verschärfung ihrer Provokationen ausstellt, wird die Deutsche Demokratische Republik gezwungen sein, der Lage Rechnung zu tragen und die Sicherheit des friedlichen Aufbauwerkes der Bevölkerung zu gewährleisten. Das Weiterbestehen des Spannungsherdes Westberlin und des Spannungsherdes Westdeutschland im Zentrum Europas legt den Völkern wie den Regierungen die Verpflichtung auf, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften für eine Entspannung durch Entschärfung dieser Herde einzutreten.

In Genf hat sich erwiesen, daß historischen Notwendigkeiten nicht auszuweichen ist, daß man zwar heute die Lösung dringender historischer Aufgaben auf Kosten des Friedens, der Sicherheit und der Ruhe der Völker verhindern kann, daß man aber schon morgen ihrer Lösung nicht mehr wird ausweichen können.

Auf dieser Konferenz haben alle Teilnehmer ihre Standpunkte dargelegt, und die Standpunkte haben sich in einer Reihe von Fragen genähert. Die offenen Diskussionen waren nützlich und sind eine wichtige Voraussetzung für die Erzielung einer Übereinkunft auf weiteren Verhandlungen. Wir scheiden daher heute mit der Gewißheit von hier, im Dienste unseres Volkes ein notwendiges Werk getan zu haben, das seine Früchte tragen und dazu mitwirken wird, die Fragen, die hier noch nicht gelöst worden sind, in naher Zukunft zur Lösung zu bringen. Das erwarten wir von der Fortsetzung unserer Verhandlungen nach Wiederaufnahme der Arbeit der Konferenz ebenso wie von Verhandlungen auf höherer Ebene.

**Erklärung der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. August 1959
zum Abschluß der Genfer Außenministerkonferenz**

Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, hat sofort nach seiner Rückkehr aus Genf Ministerpräsident Otto Grotewohl Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Außenministerkonferenz erstattet. Das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik gibt auf Grund dieses Berichtes folgende Erklärung ab:

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik hat an der Seite der Sowjetunion auf der Genfer Sechsmächtekonferenz, die sich mit Deutschland betreffenden Fragen, insbesondere mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Westberlinfrage befaßte, alle Anstrengungen unternommen, um konkrete Beschlüsse zu erreichen, damit der Kriegszustand mit Deutschland beendet wird. Obwohl es auf Grund der Haltung der Westmächte und insbesondere der Delegation der westdeutschen Bundesrepublik zu keinen Vereinbarungen kam, hat die Genfer Außenministerkonferenz doch für die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen große Bedeutung. Sie ist der Auftakt für eine Periode von Verhandlungen, die entscheidende Beschlüsse zur Beendigung des kalten Krieges, zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland überhaupt und zur Lösung internationaler Streitfragen bringen müssen.

Die Genfer Beratungen haben zu einem besseren gegenseitigen Kennenlernen der Standpunkte der einzelnen Mächte geführt, was für die Weiterführung der Verhandlungen von Bedeutung ist. In einer Reihe von Fragen, besonders in einzelnen Punkten eines Interimsabkommens über Westberlin, wurde eine gewisse Annäherung der Positionen erreicht.

Die Genfer Beratungen haben den Beweis erbracht, daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind. Es wird auch in Zukunft keine Gespräche über deutsche Probleme ohne die direkte Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Republik geben. Die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik an der Genfer Sechsmächtekonferenz bedeutet ihre De-facto-Anerkennung durch die Westmächte. Die Leistungen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus haben

in hohem Maße zur Festigung des internationalen Ansehens unserer Republik beigetragen. Unsere ökonomischen Erfolge und Beziehungen werden das Verständnis der Völker für die friedliche Lösung der deutschen Frage erleichtern.

Die gesamte Weltöffentlichkeit hatte die Möglichkeit, an Hand des Auftretens der Delegationen beider deutscher Staaten zu erkennen, daß sich die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik ständig um eine gerechte Lösung der behandelten Probleme bemühte, während die Vertreter der Bonner Regierung fortlaufend versuchten, die Verhandlungen durch ihr provokatorisches Auftreten zu stören und jede Verständigung zu hintertreiben. Vor aller Welt wurde deutlich, daß die Adenauer-Regierung der Hauptfeind jeder Entspannung ist. Es zeigte sich, daß die Bonner Politiker eine Verbesserung der internationalen Beziehungen fürchten, weil sie um jeden Preis die atomare Aufrüstung in beschleunigtem Tempo durchsetzen wollen. Jedoch auch die derzeitige westdeutsche Regierung vermag nicht zu verhindern, daß die Verhandlungen über die Minderung der Spannungen fortgeführt werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tritt mit allem Nachdruck dafür ein, daß die mit der Genfer Sechsmächtekonferenz eingeleiteten Verhandlungen fortgesetzt werden, um eine Verständigung zwischen Ost und West zu erwirken. Sie begrüßt die geplanten gegenseitigen Besuche zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Nikita Chruschtschow, in den USA und dem Präsidenten der USA, Dwight D. Eisenhower, in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und ist gleichzeitig der Meinung, daß eine Gipfelkonferenz zur Erörterung der wichtigsten internationalen Streitfragen einberufen werden muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertritt auch weiterhin die Auffassung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Regelung der Westberlinfrage, die Bildung eines Gesamtdeutschen Ausschusses und der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland Probleme von erst-rangiger Bedeutung für die Sicherung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands sind.

**Internationale Beziehungen
der Deutschen Demokratischen Republik**



INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Inhaltsübersicht

V. Ordentliche Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Sofia, 24. bis 30. März 1959)	231
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik zum III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation (Genf, 1. bis 28. April 1959)	232
Kommuniqué über die Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China (Warschau, 27. und 28. April 1959)	235
Kommuniqué über die XI. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Tirana, 13. bis 16. Mai 1959)	240
Tagung der Wirtschaftskommission des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Moskau, 17. bis 19. November 1959)	245
Kommuniqué über die XII. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Sofia, 10. bis 14. Dezember 1959)	245

V. Ordentliche Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe*

Wichtige Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Länder in der Landwirtschaft wurden auf der V. Ordentlichen Tagung der beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bestehenden Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft vom 24. bis 30. März 1959 in Sofia behandelt.

Auf der Tagung der Kommission standen eine Reihe von Maßnahmen im Mittelpunkt, die sich aus den Beschlüssen der IX. und X. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe** ergeben, geht aus einem jetzt veröffentlichten Communiqué hervor. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Fragen der Vergrößerung der Wollressourcen und der Produktion von Öl- und Faserkulturen, der Entwicklung mehrjähriger Anpflanzungen und der Steigerung der Produktion von Obst und Gemüse in frischem und verarbeitetem Zustand unter Berücksichtigung des Bedarfs der Länder sowie der Spezialisierung dieser Produktion in den europäischen volksdemokratischen Ländern gewidmet.

Die Ständige Kommission nahm den Bericht über die Arbeit der Kommission im Jahre 1958 entgegen und behandelte die weitere Richtung der Tätigkeit der Kommission. Die Kommission nahm ferner zu den Ergebnissen der Tätigkeit der Arbeitsgruppen im Jahre 1958 Stellung und beschloß dazu entsprechende Empfehlungen. Die Kommission erörterte weiter die Berichte und Empfehlungen über die Organisation der Produktion von Sortensaatgut der hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Kulturen, die Empfehlungen für die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und zur Produktion von Biopräparaten, über die Methoden der wissenschaftlichen Forschungen und die Einschätzung der Maisversuche, über die Probleme der Rinderzucht und der Organisation der künstlichen Besamung, über einige Fragen der Mechanisierung der Landwirtschaft und über andere Fragen.

Auf der Tagung der Kommission wurden auch Informationen über die Ergebnisse der Arbeit der III. Konferenz zur Koordi-

* Tagungen der Ständigen Kommissionen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sehe auch Zeittafel.

** Siehe Band VI, S. 190 f. und S. 192 f.

nierung der wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft und der IX. Konferenz für Quarantäne und Pflanzenschutz behandelt. Die Kommission bestätigte ihren Arbeitsplan für 1959.

In dem Kommuniqué wird abschließend erklärt, daß die V. Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft im Geiste der brüderlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe verlief. Die einstimmig angenommenen Empfehlungen werden die Erweiterung und Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Teilnehmerländer auf dem Gebiet der Landwirtschaft fördern.

(ADN 31. 3. 59)

*

Die VI. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe fand im Dezember 1959 in Sofia statt.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik zum III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation (Genf, 1. bis 28. April 1959)

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, den Mitgliedern der Weltmeteorologischen Organisation im Zusammenhang mit dem III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation folgenden Standpunkt zu unterbreiten:

Die Deutsche Demokratische Republik stützt sich in ihren internationalen Beziehungen auf die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, die auf ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Sie läßt sich stets von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung leiten, und ihre Beziehungen zu anderen Staaten und ihre Mitarbeit in internationalen Organisationen basieren auf dieser Grundlage. Die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die Beziehungen zur Weltmeteorologischen Organisation weiter zu festigen, wurde nicht zuletzt von der Bedeutung der Wetterdienststellen auf dem Territorium der Deutschen

Demokratischen Republik für die internationale Zusammenarbeit sowie von den traditionellen Verbindungen dieser Wetterdienststellen zu denen anderer Länder bestimmt. Die Mitarbeit des Meteorologischen-Hydrologischen Dienstes der Deutschen Demokratischen Republik an den Aufgaben der Weltmeteorologischen Organisation fand bisher in folgendem ihren beredten Ausdruck:

- a) Durch die Beschlüsse der II. Regionalkonferenz in Dubrownik 1956 und Utrecht 1957 wurde der Meteorologische-Hydrologische Dienst der Deutschen Demokratischen Republik zu einem wichtigen Nachrichtenknotenpunkt im europäischen Wetterfernsehnetz.
- b) Gleichzeitig wurde der Meteorologische-Hydrologische Dienst in Potsdam als Spezialsendezentrum zur Übermittlung von Wetternachrichten von der II. Regionalkonferenz anerkannt und als solches in den WMO-Dokumenten bekanntgegeben.
- c) Auf Beschluß der Kommission für Synoptische Meteorologie in Neu Delhi 1958 wurde Potsdam als Relaisstelle für die Übermittlung von Hemisphärenmeldungen zwischen Moskau-Frankfurt/Main eingesetzt.
- d) Auf Einladung des Sekretariats der Weltmeteorologischen Organisation nahmen in den letzten Jahren zahlreiche Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik an bedeutenden internationalen Tagungen der Weltmeteorologischen Organisation teil.

Der Meteorologische-Hydrologische Dienst der Deutschen Demokratischen Republik ist in der Lage, nicht nur diese bereits geleistete Arbeit fortzuführen, sondern noch aktiver mitzuwirken. Voraussetzung dazu ist jedoch die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Weltmeteorologischen Organisation und der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Bereitschaft der Mitglieder, den im Interesse der Förderung der Tätigkeit der Weltmeteorologischen Organisation liegenden Grundsatz der universellen Teilnahme von Staaten, ohne Unterschied ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung, an der Weltmeteorologischen Organisation zu achten. Bekanntlich hat bereits die Vollversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer V. Tagung folgende unzweideutige Feststellung getroffen:

„Die Spezialorganisationen sind errichtet worden, um den Völkern aller Staaten Nutzen zu bringen.“

Darüber hinaus stellt beispielsweise die Resolution 414 (V) der Vollversammlung der Vereinten Nationen fest,

„daß das Prinzip internationaler Zusammenarbeit eine wichtige Bedingung für den vollen Erfolg der Tätigkeit der Spezialorganisationen ist“.

Wenn die Weltmeteorologische Organisation in ihrem Statut die weltweite Zusammenarbeit auf meteorologischem Gebiet als Zweck der Organisation erklärt, hat sie sich gleichzeitig verpflichtet, alle Staaten, die willens und fähig sind, zu diesem Ziele beizutragen, als Mitglieder in die Organisation aufzunehmen; ja, sie gibt ihnen einen Anspruch darauf, unter gleichberechtigten Bedingungen an der Arbeit der Organisation teilzunehmen.

Die Deutsche Demokratische Republik weiß sich in Übereinstimmung mit einer großen Anzahl der Mitgliedstaaten, die bereits mehrmals festgestellt haben, daß der Ausschluß von Staaten aus der gleichberechtigten Arbeit der Weltmeteorologischen Organisation in erster Linie gegen die Satzung der Organisation und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit verstößt.

Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß bei der Abstimmung über die Einladung von Beobachtern zum III. Kongreß verschiedene Staaten einseitige politische Interessen in den Vordergrund stellten, um u. a. eine offizielle Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik an den Arbeiten des Kongresses zu verhindern. Damit fügten sie nicht nur der Erfüllung der Aufgaben der Organisation Schaden zu, sondern verletzten aufs gröblichste die einschlägigen Beschlüsse der Vereinten Nationen über die universelle Teilnahme von Staaten an den Spezialorganisationen der Vereinten Nationen.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich entschieden gegen solche Entscheidungen gewisser Staaten und weist auf die groteske Situation hin, die Mitarbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der Weltmeteorologischen Organisation zu einem Zeitpunkt auszuschließen, wo alle Großmächte ihre Bereitschaft erklärt haben, beide deutschen Staaten zu den großen weltpolitischen Konferenzen hinzuzuziehen. Das unterstreicht nur die Notwendigkeit, den rechtmäßigen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik auch in der Weltmeteorologischen Organisation Rechnung zu tragen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist keinesfalls in der Lage, unter nichtgleichberechtigten Bedingungen am III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation teilzunehmen. Sie weist

nachdrücklich auf die anomale Lage und auf die Erschwernisse der Arbeit der Weltmeteorologischen Organisation hin, die dadurch entstanden sind, daß die Deutsche Demokratische Republik mit einem für Europa bedeutenden Meteorologischen und Hydrologischen Dienst nicht am Kongreß teilnehmen kann.

Angesichts dieser Situation sieht sich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen zu erklären, daß die Vertreter der Deutschen Bundesrepublik nicht Gesamtdeutschland vertreten, sondern nur für den Teil Deutschlands sprechen und handeln können, der der Jurisdiktion der Deutschen Bundesrepublik untersteht.

Die Deutsche Demokratische Republik behält sich das Recht vor, zu den Ergebnissen des III. Kongresses der Weltmeteorologischen Organisation Stellung zu nehmen.

(Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 11–12/59)

**Kommuniqué
über die Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China**

Am 27. und 28. April 1959 fand in Warschau eine Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China statt. An der Konferenz nahmen teil:

Von der Volksrepublik Albanien — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, B. Shtylla;

von der Volksrepublik Bulgarien — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, K. Lukanow;

von der Volksrepublik China — der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Tschang Wen-tien;

von der Deutschen Demokratischen Republik — der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. L. Bolz;

von der Volksrepublik Polen — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. Rapacki;

von der Rumänischen Volksrepublik — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. Bunaciu;

von der Tschechoslowakischen Republik — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, V. David;

von der Ungarischen Volksrepublik — der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, J. Peter; von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A. A. Gromyko.

Auf der Konferenz fand im Zusammenhang mit den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zwischen Staaten des Ostens und des Westens über Fragen, die Deutschland betreffen, einschließlich des Friedensvertrages und der Berlinfrage, ein Meinungsaustausch statt.

Die Konferenz zeigte die völlige Übereinstimmung der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und des Herankehrens an die Lösung herangereifter Fragen im Interesse der Festigung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker.

Die Konferenz stellt fest, daß sich im Ergebnis der auf die Einstellung des kalten Krieges und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung gerichteten Anstrengungen der friedliebenden Staaten die Perspektiven für die Minderung der internationalen Spannungen merklich verbessert haben.

Die Konferenzteilnehmer stellen mit Genugtuung fest, daß gegenwärtig im Ergebnis der Verhandlungen mit den Westmächten eine Übereinkunft über die Einberufung einer Außenministerkonferenz und einer Gipfelkonferenz erzielt worden ist. Die Völker erwarten von diesen Konferenzen solche Entscheidungen zu herangereiften internationalen Fragen, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten grundlegend verbessern und die so notwendige Wende zur Schaffung von Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker in der Entwicklung der internationalen Lage gewährleisten wird.

Die Konferenzteilnehmer geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Annahme gemeinsamer Beschlüsse auf der Genfer Konferenz der Außenminister zu den beiden dringendsten und wichtigsten Fragen der Gegenwart — dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin — den Frieden in Europa auf eine feste Grundlage stellen wird.

Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von den friedensfeindlichen Kräften zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, für das offene Erheben revanchistischer Forderungen und zur Umwandlung Westdeutschlands in den wich-

tigsten Atom- und Raketenstützpunkt der NATO ausgenutzt. Die Aufrechterhaltung der Reste des Besatzungsregimes in Westberlin schafft dort einen ständigen Spannungs- und Konfliktherd. Das weitere Aufschieben einer Friedensregelung mit Deutschland sowie der Lösung der Berlinfrage kann die Kriegsgefahr in Europa nur verstärken.

Die an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten teilnehmenden Staaten billigen und unterstützen einmütig die Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland sieht zuverlässige Garantien für die Sicherheit der europäischen Völker vor und gewährleistet die volle Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes und die Schaffung der für eine friedliche, demokratische Entwicklung Deutschlands notwendigen Bedingungen. Eine Friedensregelung mit Deutschland wäre ein wichtiger Schritt vorwärts zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Der Friedensvertrag würde beiden deutschen Staaten gleiche Verpflichtungen auferlegen und ihnen gleiche Rechte geben, was eine gute Grundlage für eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik schaffen würde. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde dem Besatzungsregime in Westberlin ein Ende bereiten.

Die auf der Konferenz vertretenen Staaten sind der Meinung, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die annehmbarste Lösung der Berlinfrage wäre, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu gewähren, deren Sicherheit und ihre ungehinderten Verbindungen mit der Außenwelt von den Großmächten unter Mitwirkung der Organisation der Vereinten Nationen garantiert werden würde. Sie gehen davon aus, daß — wenn alle interessierten Staaten es wünschen — die Möglichkeit besteht, eine Übereinstimmung über wirksame Garantien zu treffen, die die Entwicklung der Freien Stadt Westberlin als unabhängige, politische Einheit gewährleisten, in deren Angelegenheiten sich kein Staat einmischen würde.

Die Konferenzteilnehmer stellen fest, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den auf die Regelung der Berlinfrage gerichteten Anstrengungen einen großen Beitrag geleistet hat. Sie begrüßen die Bereitschaft der Deutschen Demo-

kratischen Republik, den Status einer Freien Stadt Westberlin in vollem Umfang zu respektieren und an Garantien für seine Sicherheit teilzunehmen.

Es ist bemerkenswert, daß in der letzten Zeit die Regierungen der USA, der Deutschen Bundesrepublik, Italiens und einiger anderer Mitgliedstaaten der NATO in aller Eile Maßnahmen zur Errichtung amerikanischer Raketen- und Atomstützpunkte auf den Territorien der europäischen NATO-Staaten treffen.

Man muß besonders darauf aufmerksam machen, auf welchen gefährlichen Kurs sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik in dieser Hinsicht begibt, die gegenwärtig die Maßnahmen zur Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Kern- und Raketenwaffen zu forcieren beginnt. Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Maßnahmen wendet sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auch gegen alle Maßnahmen, die zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Lösung der Abrüstungsfrage führen, wie auch gegen den polnischen Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Die Errichtung von Militärstützpunkten und Depots der Bundeswehr auf dem Territorium der westeuropäischen Länder stellt eine ernste Gefahr für die Sicherheit dieser Länder dar.

Nach all dem zu urteilen, bestehen Bestrebungen, die bevorstehende Konferenz der Vertreter von Ost und West in Genf vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz verurteilen einmütig eine solche auf die Komplizierung der Lage und die Fortsetzung der bankrotten „Politik der Stärke“ gerichtete Politik. Die Mitgliedstaaten der NATO, die so handeln, erweisen der Sache des Friedens im allgemeinen und der Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Genf im besonderen einen schlechten Dienst.

Es versteht sich von selbst, daß die Regierungen dieser Länder eine große Verantwortung für diese Handlungsweise und diese Politik auf sich nehmen.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten sind der Auffassung, daß Versuche, die Erörterung der dringenden Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland und der Westberlinfrage mit solchen Problemen zu verknüpfen wie der Vereinigung Deutschlands, nicht zu einem erfolgreichen Verlauf der Genfer Konferenz beitragen können. Gegenwärtig, da auf den Territorien Deutschlands zwei selbständige deutsche Staaten bestehen, ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein innerdeutsches Problem,

das nur von den Deutschen selbst durch die Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ohne jegliche Einmischung von außen gelöst werden kann. Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung der Berlinfrage kann man auch nicht von der Lösung des Problems der europäischen Sicherheit abhängig machen. Jede einzelne dieser Fragen ist an sich schon kompliziert, und wer sie zu einem Paket zusammenfaßt, ist offen bestrebt, die Annahme gemeinsamer Beschlüsse sowohl über einen Friedensvertrag mit Deutschland als auch zur Westberlinfrage sowie über Fragen der europäischen Sicherheit zu erschweren.

Die Konferenzteilnehmer sind davon überzeugt, daß für die erfolgreiche Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland eine aktive Mitwirkung von Vertretern der Staaten, gegen die sich die Aggression Hitler-Deutschlands richtete, erforderlich ist. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß Polen und der Tschechoslowakei, die die ersten Opfer der Hitler-Aggression waren und mit ihren Kräften einen bedeutenden Beitrag zur Zerschlagung des gemeinsamen Feindes geleistet haben, die volle Teilnahme an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Genf und an der Gipfelkonferenz als Nachbarstaaten Deutschlands gewährleistet werden muß.

Die auf der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten vertretenen Staaten sind der Meinung, daß die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik das Recht haben, den ihnen gebührenden Platz am Verhandlungstisch der Genfer Konferenz einzunehmen.

Die Konferenzteilnehmer geben der Hoffnung Ausdruck, daß alle Staaten, die auf der Genfer Konferenz vertreten sein werden, alle Anstrengungen für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz machen werden. Sie erklären ihrerseits, daß ihre Regierungen bereit sind, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Erfolg dieser Verhandlungen zu gewährleisten. Sie rufen die Regierungen der Großmächte und aller europäischen Staaten auf, nichts zu unternehmen, was zur Verschärfung der Lage in Europa führen und die sich abzeichnenden Perspektiven für eine Lösung der strittigen Fragen durch Verhandlungen zwischen Ost und West verschlechtern könnte.

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Volksrepublik China, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen

Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden den Kampf um den Frieden in der ganzen Welt unentwegt in der Überzeugung fortsetzen, daß sie in diesem Kampf die Unterstützung der Völker der ganzen Welt, die gegen die Gefahr eines neuen Krieges auftreten, haben. Sie sind überzeugt, daß gegenwärtig Voraussetzungen für die Verhinderung eines Krieges und die Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt gegeben sind.

Kommuniqué über die XI. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

In der Zeit vom 13. bis 16. Mai 1959 wurde in Tirana die XI. Plenartagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe durchgeführt. An der Arbeit der Tagung nahmen Delegationen aller Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe teil: Volksrepublik Albanien, Volksrepublik Bulgarien, Ungarische Volksrepublik, Deutsche Demokratische Republik, Volksrepublik Polen, Rumänische Volksrepublik, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Tschechoslowakische Republik. Als Beobachter nahmen Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik an der Arbeit der Tagung teil.

Den Vorsitz der Tagung führte der Leiter der Delegation der Volksrepublik Albanien, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Spiro Koleka. Die Tagung wurde vom Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Mehmet Shehu, eröffnet. Die XI. Plenartagung des Rates fiel mit dem 10. Jahrestag des Bestehens des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammen. Auf der Tagung wurden der Bericht des Sekretärs des Rates über die zehnjährige Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zur Kenntnis genommen und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Die Tagung behandelte die von den Ständigen Kommissionen des Rates vorgelegten Berichte und Vorschläge über Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die sich aus den Perspektivplänen beziehungsweise Projekten der Teilnehmerländer über

die Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaften für den Zeitraum bis 1965 ergeben.

Von der Tagung wurden die Fragen der bevorzugten Erhöhung des Aufkommens an Kokskohle in den europäischen Ländern der Volksdemokratie diskutiert. Die europäischen Länder der Volksdemokratie haben für den Zeitraum bis 1965 eine Erhöhung der Gewinnung von Kokskohle um 53,5 Prozent bei einem Gesamtanstieg der Förderung von Steinkohle um 21 Prozent vorgesehen. So ist beispielsweise von der ČSR eine Erhöhung der Kokskohlegewinnung auf das 1,6fache und in der Volksrepublik Polen auf das 1,5fache vorgesehen.

In der Volksrepublik Bulgarien erhöht sich die Gewinnung von Kokskohle auf das Mehrfache. Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung der Gewinnung besonders knapper Kokskohlensorten gewidmet, deren Produktion auf das etwa 1,9fache gesteigert wird. Der Mangel an Kokskohle hatte in den letzten Jahren eine gewisse Anspannung bei der Deckung des Bedarfs der Schwarzmetallurgie und der chemischen Industrie der europäischen Länder der Volksdemokratie hervorgerufen. Die Durchführung der Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Kohleindustrie der europäischen Länder der Volksdemokratie sowie die vorgesehenen bedeutenden Lieferungen von Kokskohle aus der Sowjetunion erlauben es, den wachsenden Bedarf der Länder an dieser Kohle zu decken.

Auf der Tagung wurden Fragen der Erhöhung der Produktion von Schwarzmetallen und der Entwicklung der Rohstoffbasis der Schwarzmetallurgie in den europäischen Ländern der Volksdemokratie behandelt. Für den Zeitraum von 1959 bis 1965 sehen die Ratsländer einen wesentlichen Anstieg der Produktion von Rohstahl, Walzstahl und Rohren vor. Im Vergleich zum Jahre 1958 ist vorgesehen, im Jahre 1965 die Rohstahlproduktion in den europäischen Ländern der Volksdemokratie insgesamt auf das 1,8fache, von Stahl und Walzstahl auf das 1,7fache und von Stahlrohren auf nahezu das 1,9fache zu steigern. Die im Siebenjahrplan der UdSSR vorgesehene Erweiterung der Gewinnung von Eisenerzen erlaubt es der Sowjetunion, neben der Deckung ihres eigenen Bedarfes die Lieferungen von Eisenerzen an die europäischen Länder der Volksdemokratie fast auf das Doppelte zu erhöhen. Diese Erhöhung der Lieferungen ergibt gleichzeitig mit der Entwicklung der eigenen Eisenerzbasis für die europäischen Länder der Volksdemokratie die Möglichkeit zur Sicherung des projektierten Produktionsstandes der Schwarzmetalle.

Die Erhöhung der Produktion von Schwarzmetallen in den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird durch die Erhöhung des technischen Niveaus in der Schwarzmetallurgie auf Grund der Anwendung neuer technologischer Prozesse und durch die Inbetriebnahme großer metallurgischer Aggregate mit einem höheren Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad gewährleistet.

Die Länder widmen große Aufmerksamkeit der Steigerung der Produktion von Walzblechen und Rohren, dem Bau neuer hochleistungsfähiger Walzstraßen und Rohrwalzstraßen unter Berücksichtigung der Spezialisierung der Produktion und des Austausches verschiedener Arten von Walzstahl und Rohren, die auf der X. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zwischen den Teilnehmerländern abgestimmt wurden.* Bei der Erörterung der Fragen der Steigerung des Aufkommens und der Produktion von Buntmetallen stellte die Tagung fest, daß die europäischen Länder der Volksdemokratie auf der Grundlage der Koordinierung der Anstrengungen der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe eine weitere Steigerung der Ressourcen und ein Anwachsen der Produktion dieser Metalle vorsehen. Es ist auch eine beträchtliche Steigerung der Lieferungen von Buntmetallen aus der Sowjetunion vorgesehen.

Die Tagung erörterte Vorschläge zur Vereinigung der Energiesysteme der Teilnehmerländer des Rates sowie zur gegenseitigen Übertragung von Elektroenergie zwecks besserer Deckung des Bedarfs der europäischen Länder der Volksdemokratie. Im Laufe der Jahre 1959 bis 1965 ist vorgesehen, Leitungen für die Übertragung von Elektroenergie mit einer Spannung von 220 kV und mehr zwischen den Systemen der Deutschen Demokratischen Republik, Polens, der ČSR und Ungarns, zwischen Rumänien und der ČSR sowie zwischen Ungarn und dem westukrainischen Energiesystem der UdSSR, zwischen Polen und dem Kalinin-grader Energiesystem der UdSSR zu bauen. Demzufolge wird ein Energieverbundsystem der europäischen Länder der Volksdemokratie und der westlichen Gebiete der UdSSR geschaffen. Es wurde die Frage des Baues von Leitungen für die Energieübertragung zwischen Bulgarien und Rumänien überprüft.

Die vorgesehene Vereinigung der Energiesysteme wird es ermöglichen, auf wirtschaftlichste Weise die Deckung des wach-

* Siehe Band VI, S. 192 f.

senden Bedarfes an Energie in Ländern mit Energiedefiziten durch Lieferung von Elektroenergie aus anderen Ländern zu sichern und die Zuverlässigkeit der Elektroversorgung in den Ländern durch gegenseitige Hilfe mittels der Reservekapazitäten zu steigern. Es sind beträchtliche Lieferungen von Elektroenergie aus der UdSSR nach Ungarn vorgesehen. Zu diesem Zweck ist die Entwicklung des westukrainischen Energiesystems beabsichtigt.

Vorgesehen sind auch beträchtliche Lieferungen von Elektroenergie aus Rumänien in die ČSR auf der Grundlage der Errichtung von Wärmekraftwerken in Rumänien durch gemeinsame Anstrengungen beider Länder. Die Tagung widmete großes Augenmerk der Behandlung von Empfehlungen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion einer Reihe von Erzeugnissen des Maschinenbaues, die von den Ständigen Kommissionen für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinenbaues ausgearbeitet werden. Die Tagung billigte die Empfehlung der Kommission zur Spezialisierung der Produktion von Bergbau- und Walzwerkausrüstungen, Spezialmaschinen für die Walzlagerindustrie, Erdölausrüstungen und Lademaschinen. Unter Berücksichtigung der von den Teilnehmerländern des Rates vorgesehenen großen Entwicklung der chemischen Industrie und der Notwendigkeit der Deckung des Bedarfes der Länder an chemischen Ausrüstungen billigte die Tagung auch die Hauptrichtungen der Spezialisierung der Produktion von chemischen Ausrüstungen in den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Tagung faßte einen Beschluß über die Spezialisierung bestimmter Arten von Gruppen von Maschinenerzeugnissen, wodurch günstige Bedingungen für den gegenseitigen Austausch der zu spezialisierenden Produktion geschaffen werden. So ist zum Beispiel vorgesehen, Feinprofilstraßen hauptsächlich in der Deutschen Demokratischen Republik und Polen, Grobprofilstraßen hauptsächlich in der UdSSR und in der ČSR, Ziehstraßen im wesentlichen in Ungarn und in der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Die Produktion von Bohranlagen für die Erdölverarbeitung und Erdölchemie wird sich in Rumänien und in der Sowjetunion entwickeln; Eimerkettenbagger für Tagebaue werden in der Deutschen Demokratischen Republik und ČSR und Löffelbagger in der UdSSR hergestellt. Die Produktion von Spezialmaschinen für die Walzlagerindustrie

ist wie folgt verteilt: In der Deutschen Demokratischen Republik 40, in Polen 10, in der Sowjetunion 55 und in der ČSR 10 Maschinensorten. Die Durchführung der von der Tagung gebilligten Empfehlungen in den Ländern über die Spezialisierung der Produktion wird gestatten, in beträchtlichem Maße die Aufwendung für die Entwicklung der Konstruktionen und für die Herstellung von Erzeugnissen des Maschinenbaues zu senken, die Seriengrößen der Produktion zu steigern, das technische Niveau und die Qualität der hergestellten Maschinen und Ausrüstungen zu heben sowie eine vollständige Deckung des Bedarfs der Länder an den erwähnten Ausrüstungsarten zu sichern.

Die Tagung stellte fest, daß zur Durchführung der ausgearbeiteten Empfehlungen die Bemühungen zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern auf dem Gebiet des Austausches der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Erfahrungen immer größere Bedeutung gewinnen, wodurch die schnellere Einführung einer fortschrittlichen Technik, vollkommenere technologische Prozesse und damit die weitere Erhöhung des technischen Niveaus der Zweige der Volkswirtschaft gefördert werden. Im Ergebnis des unablässigen Wachstums der Produktion und der systematischen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung in den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie der weiteren Vertiefung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung wächst der Warenumsatz der Teilnehmerländer beträchtlich. Die entsprechend den Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zweiseitigen Verhandlungen über die gegenseitigen Lieferungen der wichtigsten Waren für den Zeitraum bis 1965 sehen eine Steigerung des gegenseitigen Warenumsatzes gegenüber 1958 auf rund das 1,7fache vor. Es erfolgt eine weitere Festigung und Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe mit den sozialistischen Ländern des Ostens, mit der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Vietnam, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik. Die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sehen in ihren Plänen bzw. Projekten insbesondere eine beträchtliche Steigerung des Warenumsatzes mit diesen Ländern vor. Neben der Entwicklung des gegenseitigen Handels zwischen den sozialistischen Ländern ist auch eine weitere Entwicklung des Handels zum gegenseitigen Vorteil mit den kapitalistischen

Ländern vorgesehen. Die Tagung legte das Arbeitsprogramm der Organe des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die weitere Behandlung der wichtigsten Fragen der ökonomischen Beziehungen der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe fest. Die Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe verlief in einer Atmosphäre der vollen Einmütigkeit, des gegenseitigen Verständnisses und der brüderlichen Zusammenarbeit.

Tagung der Wirtschaftskommission des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe*

Die Wirtschaftskommission des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hielt vom 17. bis 19. November 1959 in Moskau eine Tagung ab. Wie es in einem Kommuniqué darüber heißt, erörterte die Kommission eine Reihe von Fragen, deren Ausarbeitung die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern fördern wird. Unter anderem wurden das Verfahren, die Fristen sowie das Programm für die Ausarbeitung der Grundprinzipien und Richtlinien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung erörtert und bestätigt.

Die Kommission befaßte sich auch mit einer Reihe wichtiger methodischer Fragen. So wurde die Methode des Vergleichs von Kennziffern der Produktion und der Ausnutzung des Nationaleinkommens erörtert und bestätigt sowie das Verfahren und der Termin für die Ausarbeitung einer Methodik des Vergleichs der ökonomischen Wirksamkeit von Investitionen und der Gegenüberstellung der Kennziffern der Selbstkosten der Produktion in den Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe abgestimmt.

(ADN 21. 11. 59)

Kommuniqué über die XII. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

In der Zeit vom 10. bis 14. Dezember 1959 fand in Sofia die Ordentliche XII. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. An der Arbeit der Tagung beteiligten sich Delegationen

* Tagungen der Ständigen Kommissionen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe siehe auch Zeittafel.

aller Teilnehmerländer des Rates. Die Delegationen wurden geleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Genossen A. Kellezi, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Genossen R. Damjanow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Genossen A. Apró, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen K. Gregor, dem Vize-Premier des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Genossen P. Jaroszewicz, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Genossen A. Barladeanu, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genossen A. Kossygin, dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslowakischen Republik, Genossen O. Šimunek.

Als Beobachter nahmen an der Arbeit der Tagung die Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik teil. Den Vorsitz der Tagung des Rates führte der Leiter der Delegation der Volksrepublik Bulgarien, Genosse Rajko Damjanow.

Die Tagung des Rates stellte die ständig wachsende Rolle des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bei der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des Rates fest. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder und der Zweckmäßigkeit, die früher vom Rat gefaßten Beschlüsse über die Ziele, Prinzipien und organisatorischen Formen seiner Tätigkeit durch ein Statut zu ersetzen, hat die Ratstagung das Statut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Konvention über die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten des Rates behandelt und gebilligt.

Im Statut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird die eingebürgerte Praxis der engen wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder Europas, die auf den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der nationalen Interessen, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe beruht, verankert. Im Statut drückt sich die Entschlossenheit der Regierungen der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirt-

schaftshilfe aus, auch weiterhin eine solche Zusammenarbeit auf der Grundlage einer konsequenten Verwirklichung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung im Interesse des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus in ihren Ländern und der Sicherung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt zu entwickeln. Gleichzeitig spiegelt das Statut die Bereitschaft der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wider, die wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, auf der Basis der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln.

Das Statut sieht vor, daß die Aufnahme als Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe den anderen Ländern Europas, die die Ziele und Prinzipien des Rates teilen und bereit sind, die im Statut enthaltenen Verpflichtungen auf sich zu nehmen, offen steht. Die Prinzipien, die der Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zugrunde liegen, entsprechen dem Geiste des Statuts der Organisation der Vereinten Nationen.

Die Konvention über die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten des Rates enthält die in der internationalen Praxis allgemein üblichen Bestimmungen zu dieser Frage.

Das Statut und die Konvention, die von den Vertretern der Regierungen aller Teilnehmerländer des Rates unterzeichnet worden sind, unterliegen der Ratifikation.

Die Tagung des Rates behandelte die von den Ständigen Kommissionen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgelegten Berichte und billigte die Vorschläge zu Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die sich aus den Perspektivplänen zur Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum bis 1965 ergeben.

Die Tagung nahm Empfehlungen zur weiteren Spezialisierung der Produktion wichtigster Arten der chemischen Ausrüstungen, einiger Arten von Maschinen und Ausrüstungen für die Zucker-, fleischverarbeitende und Papierindustrie an. Die Verwirklichung dieser Empfehlungen wird es den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gestatten, mit größerer Effektivität die Produktionskapazitäten auszunutzen und den Bedarf der Länder an den entsprechenden Ausrüstungen besser zu decken.

Die von der Tagung gebilligten Maßnahmen für die Schwarzmetallurgie sehen eine weitere Vervollkommnung der Technolo-

gie für die Aufbereitung von Eisenerz und die Erhöhung einer Reihe technisch-wirtschaftlicher Kennziffern der Arbeit der Betriebe der Schwarzmetallurgie sowie eine zusätzliche Steigerung des Aufkommens an metallurgischen Rohstoffen und Brennstoffen in einer Reihe von Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Sicherung einer zusätzlichen Produktion von Roheisen, Stahl, Walzstahl und Rohren vor.

Mit Hilfe der interessierten Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird in schnellerem Tempo die Gewinnung von Eisen-Nickel-Erzen in Albanien und von Eisenerz in Bulgarien zur Entwicklung einer eigenen Schwarzmetallurgie in diesen Ländern und die Steigerung des Aufkommens an Nickel und Eisen in den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorangehen.

Die Tagung stellte fest, daß in der Zeit nach der XI. Ratstagung die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die Empfehlungen des Rates zur Erhöhung des Aufkommens und der Produktion von Buntmetallen zu einem bedeutenden Teil realisiert haben, und drückte den Wunsch aus, daß die interessierten Länder diese Arbeit auf der Grundlage der Koordinierung und Vereinigung der Anstrengungen der Länder fortsetzen, wobei sie besonderes Augenmerk auf die Spezialisierung der Produktion von Buntmetallen unter Berücksichtigung der vorhandenen Rohstoffressourcen richten.

Auf der Tagung wurde die Steigerung der Erzeugung von Wolle, Ölrohstoffen und die Erweiterung der Erzeugung und des Absatzes von Obst, Weintrauben und Gemüse in frischem und verarbeitetem Zustand in den Teilnehmerländern des Rates behandelt. Um Voraussetzungen für eine bessere Deckung des Bedarfs der Bevölkerung zu schaffen, sehen die Teilnehmerländer des Rates vor, im Jahre 1965 gegenüber 1958 z. B. die Erzeugung von Wolle auf das 1,7fache, von Obst auf das 1,7fache, von Weintrauben auf das 2,1fache und von Gemüse auf das 1,9fache zu erhöhen.

Albanien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien sehen unter Ausnutzung der bei ihnen vorhandenen günstigen Bedingungen vor, die Erzeugung von Obst, Weintrauben und Gemüse für den Export in andere Länder bedeutend zu steigern. So wird Bulgarien im Jahre 1965 den Export von Frischobst, Weintrauben und Tomaten, von Obst- und Gemüsekonserven in die anderen Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

im Vergleich zu 1958 auf mehr als das Zweifache und im Vergleich zu 1950 fast auf das Sechsfache steigern.

Die Tagung billigte die von der Ständigen Kommission für Landwirtschaft vorbereiteten mehrseitigen Abkommen über die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Veterinärwesens sowie auf dem Gebiet der Quarantäne und des Schutzes landwirtschaftlicher Pflanzen vor Schädlingen und Krankheiten.

Im Ergebnis der Erörterung des Berichtes der Ständigen Kommission für Verkehrswesen über den Stand und die notwendige Entwicklung des Eisenbahn- und Hochseetransports zur Gewährleistung der ständig zunehmenden Beförderungen in den Jahren 1961 bis 1965 in den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe stellte die Tagung die positive Bedeutung der im breiten Maßstabe durchgeführten Arbeit zur Abstimmung zwischen den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe über den Umfang der Beförderungen von Export- und Importgütern und zur Wahl der wirtschaftlichsten Arten des Transportes und der Richtungen der Beförderungen dieser Güter, insbesondere des Transportes durch Rohrleitungen, fest. Es wurde auch festgestellt, daß der beträchtlich zunehmende Umfang der Hochseebeförderungen durch eigenen Schiffsraum in den kommenden Jahren erlauben wird, die Transportkosten der Teilnehmerländer des Rates wesentlich zu senken.

Die Verwirklichung der angenommenen Empfehlungen wird es gestatten, die Güterbeförderung zwischen den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, insbesondere die Beförderung von Erdöl und Erdölprodukten sowie leichtverderblichen Gütern, am besten zu gewährleisten. In den Empfehlungen wurde besondere Aufmerksamkeit der Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung der Ausnutzung des Wagenparks, der Tonnage der Hochseeflotte sowie der Umschlagskapazitäten in den Häfen der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gewidmet.

Auf der Tagung fand ein Meinungsaustausch über die Organisation der Arbeit in den Organen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Zusammenhang mit der in den Teilnehmerländern des Rates begonnenen Vorbereitung zur Aufstellung der Pläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum nach 1965 statt. Im Ergebnis des Meinungsaustausches beauftragte die Tagung das Sekretariat des Rates und die Ständige

Internationale Organisationen

Kommission für ökonomische Fragen, entsprechende Vorschläge über die Organisierung der erwähnten Arbeit in den Organen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorzubereiten. Die XII. Ratstagung verlief in einer Atmosphäre der vollen Einmütigkeit, des gegenseitigen Verstehens und der brüderlichen Zusammenarbeit.

BEZIEHUNGEN ZU DEN EINZELNEN LÄNDERN

Inhaltsübersicht

Volksrepublik Albanien

Gemeinsames Kommuniqué der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien vom 11. Januar 1959	263
Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien vom 11. Januar 1959	275
Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen vom 11. Januar 1959..	283
VI. Tagung der Ständigen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien im April 1959 in Berlin	309
Verhandlungen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 und über Fragen der langfristigen ökonomischen Zusammenarbeit vom 22. bis 30. Juni 1959 in Tirana	310
Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien vom 8. Oktober 1959	311
Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960 am 15. November 1959	317
Glückwunschtelegramm zum 15. Jahrestag der Befreiung Albaniens vom faschistischen Joch am 29. November 1959	318

Volksrepublik Bulgarien

- Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vom 16. bis 20. März 1959 in Berlin 319
- Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 16. Juli 1959 320
- XIII. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien vom 28. Juli bis 3. August 1959 in Berlin 326
- Glückwunschtelegramm zum 15. Jahrestag der Befreiung Bulgariens vom Faschismus am 9. September 1959 327
- Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über den gegenseitigen Warenaustausch für das Jahr 1960 am 14. November 1959 328

Volksrepublik China

- Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China vom 27. Januar 1959 329
- Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China vom 27. Januar 1959 335
- Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr für das Jahr 1959 am 5. Februar 1959 342
- Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens vom 25. April 1959 343

Protokoll zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens vom 25. April 1959	349
Glückwunsch des Präsidenten Wilhelm Pieck an den neu-gewählten Vorsitzenden der Volksrepublik China, Liu Schao-tschi (27. April 1959)	351
Grußadresse zum 10. Jahrestag der Gründung der Volks-republik China am 1. Oktober 1959	352

Königreich Dänemark

Unterzeichnung einer Handelsvereinbarung für das Jahr 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deut-schen Demokratischen Republik und den maßgebenden dänischen Wirtschaftsorganisationen am 13. November 1959	355
--	-----

Republik Finnland

Unterzeichnung eines Abkommens über den Verrechnungs-verkehr und eines Protokolls über die Vereinbarung von Warenlisten für das Jahr 1959 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Repu-blik Finnland am 9. Februar 1959	356
--	-----

Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Repu-blik und der Republik Finnland über den Zahlungsver-kehr vom 25. Februar 1959	357
---	-----

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierun-gen der Deutschen Demokratischen Republik und der Re-publik Finnland über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960 am 11. November 1959	360
---	-----

Republik Frankreich

Abschluß einer Zusatzvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Français en Allemagne am 27. August 1959	362
---	-----

Republik Ghana

- Erklärung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten vom
25. Februar 1959 über die Beziehungen zwischen der Deut-
schen Demokratischen Republik und der Republik Ghana 363

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

- Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Kammer für
Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik
und dem Spitzenverband der britischen Industrie (FBI)
über den Warenaustausch im Jahre 1959 am 16. Januar
1959 364

Republik Guinea

- Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Regie-
rungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Repu-
blik und der Republik Guinea vom 4. bis 10. Februar 1959
in Berlin 365
- Unterzeichnung einer langfristigen Vereinbarung zwischen
den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea über beiderseitige Waren-
lieferungen am 3. März 1959 365

Republik Indien

- Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grote-
wohl an den Ministerpräsidenten der Republik Indien,
Jawaharlal Nehru, zu dessen 70. Geburtstag am 14. No-
vember 1959 367
- Unterzeichnung eines dreijährigen Handels- und Zahlungs-
abkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Re-
publik und der Republik Indien am 18. Dezember 1959 .. 367

Republik Irak

- Gemeinsame Erklärung des Ministerpräsidenten der Deut-
schen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und
des Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim

Kassem, über den Aufenthalt des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Irak vom 11. Januar 1959	369
Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Irak über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 1. April 1959	370
Kommuniqué über den Besuch des Wirtschaftsministers der Republik Irak, Dr. Ibrahim Kubbah, vom 12. bis 17. Juni 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik	374
Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim Kassem, anlässlich des 1. Jahrestages der irakischen Revolution am 14. Juli 1959	376
Telegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim Kassem (8. Oktober 1959)	376

Republik Island

Unterzeichnung einer Handelsvereinbarung für das Jahr 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Islenska Vöruskiptafelagid am 14. November 1959	378
--	-----

Föderative Volksrepublik Jugoslawien

Unterzeichnung eines Dreijahreabkommens für den Warenaustausch zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien — Unterzeichnung von zwei weiteren Protokollen am 8. August 1959	379
--	-----

Königreich Kambodscha

Telegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten von Kambodscha (9. September 1959)	380
--	-----

Koreanische Volksdemokratische Republik

- Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahre 1959 am 30. Januar 1959 .. 381
- Kommuniqué vom 24. April 1959 über den Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Zoi En Gen, vom 18. bis 24. April 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik 381
- Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern vom 7. Dezember 1959 384

Königreich Marokko

- Unterzeichnung eines Handelsabkommens bis zum 31. März 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Marocains en Allemagne am 8. Juni 1959 389

Mongolische Volksrepublik

- Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Mongolischen Volksrepublik über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 11. April 1959 390
- Abkommen über den Post- und Paketverkehr zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik vom 12. Juni 1959 392
- Abkommen über den Fernmeldeverkehr zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik vom 12. Juni 1959 399

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen
der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongo-
lischen Volksrepublik über die gegenseitigen Warenliefe-
rungen im Jahre 1960 am 23. September 1959 405

Glückwunschtelegramm zum 35. Jahrestag der Ausrufung
der Mongolischen Volksrepublik am 26. November 1959 .. 406

Republik Österreich

Unterzeichnung eines neuen Abkommens zur Förderung und
Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der
Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen
Republik und der Bundeskammer der Gewerblichen Wirt-
schaft Österreichs am 28. Januar 1959..... 408

Volksrepublik Polen

Protokoll zwischen der Regierung der Deutschen Demokra-
tischen Republik und der Regierung der Volksrepublik
Polen über die Tätigkeit der Kultur- und Informations-
zentren in Berlin und Warschau vom 6. Mai 1959 409

XVI. Tagung der Ständigen Kommission für technische und
wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepu-
blik Polen im Mai 1959 in Warschau 413

Glückwunschtelegramm zum 15. Jahrestag der Volksrepu-
blik Polen am 22. Juli 1959 414

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demo-
kratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik
Polen über den beiderseitigen privilegierten Eisenbahn-
durchgangsverkehr auf den Streckenabschnitten Hagen-
werder—Krzewina—Zgorzelecka—Hirschfelde—Zittau—Po-
rajów vom 23. September 1959 416

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen
der Deutschen Demokratischen Republik und der Volks-
republik Polen über gegenseitige Warenlieferungen für
das Jahr 1960 am 17. Oktober 1959 425

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit in Fragen der Wasserbewirtschaftung der Lausitzer Neiße einschließlich ihrer Zuflüsse oberhalb Görlitz vom 10. November 1959	426
--	-----

Rumänische Volksrepublik

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik über die wichtigsten gegenseitigen Warenlieferungen für die Jahre 1959 bis 1965 sowie über Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit am 16. März 1959	432
Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik vom 18. März 1959	433
Protokoll zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens vom 18. März 1959	438
Kommuniqué über den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik für das Jahr 1959 vom 26. März 1959	440
XI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik vom 24. Juni bis 3. Juli 1959 in Berlin	440
Abschluß eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik über zusätzliche gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1959 am 4. August 1959	441
Glückwünsche zum 15. Jahrestag der Befreiung Rumäniens vom faschistischen Joch am 23. August 1959	442

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke vom 12. November 1959	443
--	-----

Tschechoslowakische Republik

Kommuniqué über den Abschluß von Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die gegenseitigen Warenlieferungen in der Zeit von 1961 bis 1965 vom 29. Januar 1959	447
--	-----

IX. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik im Mai 1959 in Prag	447
---	-----

Unterzeichnung einer Zusatzvereinbarung zum Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1959 am 3. Juli 1959	448
---	-----

Unterzeichnung einiger Wirtschaftsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik am 12. September 1959	449
---	-----

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über eine einheitliche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe vom 18. September 1959.....	449
---	-----

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960 am 16. November 1959	465
--	-----

Gemeinsames Kommuniqué über die Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik vom 25. November 1959	466
--	-----

Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik vom 25. November 1959	480
--	-----

Ungarische Volksrepublik

Grußtelegramm anlässlich des 40. Jahrestages der Errichtung der Ungarischen Räterepublik am 21. März 1959	487
Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik über eine Erweiterung des Warenaustausches im Jahre 1959 am 29. Juni 1959.....	488
Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1960 am 5. Oktober 1959	489
Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik vom 19. Dezember 1959	490

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Glückwunschtelegramm des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, zu dem gelungenen Vorstoß der sowjetischen Weltraumrakete „XXI. Parteitag“ (6. Januar 1959)	495
Kommuniqué vom 11. März 1959 über den Aufenthalt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, vom 4. bis 12. März 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik	495
Glückwünsche zum 65. Geburtstag des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, am 17. April 1959	503

Grußtelegramm an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anlässlich des 14. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus am 8. Mai 1959	505
Danktelegramm der sowjetischen Staatsmänner	507
Kommuniqué vom 19. Juni 1959 über den Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. bis 20. Juni 1959 in der Sowjetunion	509
Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum bestehenden Handelsabkommen über Warenlieferungen im Jahre 1959 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 6. September 1959	525
Glückwunschtelegramm des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, K. J. Woroschilow, zum Flug einer sowjetischen kosmischen Rakete zum Mond (13. September 1959)	526
Grußadresse des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1959	526
Danktelegramm der deutschen Staatsmänner	528
X. Tagung der Gemeinsamen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. bis 24. Oktober 1959 in Moskau	530
Kommuniqué über die Unterzeichnung eines Protokolls über den Warenaustausch im Jahre 1960 und eines Abkommens über die gegenseitigen Lieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokrati-	

schen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjet- republiken vom 21. November 1959	581
--	-----

Vereinigte Staaten von Amerika

Übergabe von fünf amerikanischen Militärangehörigen an die US-Behörden am 5. Februar 1959 (Protokoll)	533
--	-----

Demokratische Republik Vietnam

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demo- kratischen Republik und der Regierung der Demokrati- schen Republik Vietnam vom 21. Januar 1959	535
--	-----

Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen der Deut- schen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam vom 7. März 1959	541
--	-----

Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam vom 9. Oktober 1959	547
--	-----

VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Gemeinsames Kommuniqué der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien

Auf Einladung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stattete eine Delegation der Partei der Arbeit Albanien und der Regierung der Volksrepublik Albanien in der Zeit vom 7. bis 11. Januar 1959 der Deutschen Demokratischen Republik einen Freundschaftsbesuch ab.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien hatte die Möglichkeit, die Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre friedliche Arbeit beim Aufbau des Sozialismus kennenzulernen. Sie besuchte Betriebe, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen und hatte herzliche Begegnungen und Gespräche mit Arbeitern, Bauern, Vertretern der Intelligenz und der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik. Die Delegation kam mit den Führern und Vertretern der Parteien und Massenorganisationen, die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereint sind, zusammen und führte mit ihnen freundschaftliche Gespräche über die verschiedensten Probleme.

Während ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik wurden der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albanien, Genosse Enver Hodscha, und der Vorsitzende des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Genosse Mehmet Shehu, vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, empfangen und führten mit ihm eine herzliche Unterhaltung.

Der warme Empfang, der den Vertretern des albanischen Volkes von der Bevölkerung und den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik zuteil wurde, ist ein Ausdruck der unerschütterlichen Freundschaft und Solidarität, die unsere beiden Völker auf ihrem gemeinsamen Weg zum Sozialismus vereint.

Während des Besuches fanden zwischen der Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik und der der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens und der Regierung der Volksrepublik Albanien Verhandlungen statt, an denen teilnahmen:

Von seiten der Deutschen Demokratischen Republik

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates;

Bruno Leuschner, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

Max Sefrin, Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Gesundheitswesen;

Dr. Hans Loch, Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates;

Paul Scholz, Stellvertreter des Vorsitzenden der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates;

Heinrich Homann, Stellvertreter des Vorsitzenden der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer;

Otto Winzer, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Peter Florin, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

Kurt Prenzels, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien.

Von seiten der Volksrepublik Albanien

Enver Hodscha, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Mitglied des Präsidiums der Volksversammlung;

Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Vorsitzender des Ministerrates;

Manush Myftiu, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Erster Stellvertreter des Vorsit-

zenden des Ministerrates und Minister für Unterricht und Kultur;

Koco Theodhosi, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Behar Shtylla, Kandidat des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Kico Ngjela, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Minister für Handel;

Gaqo Paze, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik.

Im Laufe der Gespräche, die in einer Atmosphäre brüderlicher Freundschaft und völligen gegenseitigen Verständnisses verliefen, informierten sich die Delegationen gegenseitig über das Leben und die Arbeit ihrer Parteien, über die Lage in ihren Ländern, führten einen Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Probleme der internationalen Lage und der internationalen Arbeiterbewegung und erörterten Fragen der weiteren brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien.

I

Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Partei der Arbeit Albaniens stellen fest, daß schon in der Vergangenheit freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk bestanden, die im Kampf um nationale Freiheit und sozialen Fortschritt geschmiedet wurden. Der deutsche Imperialismus und Faschismus versuchte Zwietracht zwischen die beiden Völker zu säen. Der historische Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland, der Sieg des nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes über die faschistischen Okkupanten, die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien schufen eine neue Grundlage für die traditionelle Freundschaft, die einen neuen, tieferen Inhalt bekam. Sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Volksrepublik Albanien wurde die Volksmacht errichtet. Beide Länder sind Verbündete und stehen treu im sozialistischen Lager unter der Führung der Sowjetunion.

In der Deutschen Demokratischen Republik und in der Volksrepublik Albanien sind die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Partei der Arbeit Albaniens die führenden Parteien, die sich von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, von der gesamten Lehre des Marxismus-Leninismus leiten lassen, die sie schöpferisch auf die konkreten Bedingungen ihrer Länder anwenden.

Die Partei der Arbeit Albaniens würdigt in hohem Maße die Erfolge der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim sozialistischen Aufbau. Sie betrachtet den V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als ein bedeutendes Ereignis für das deutsche Volk und seinen Kampf um Frieden, Demokratie und Fortschritt. Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstrichen die Bedeutung der großen Erfolge des albanischen Volkes, das unter der Führung der Partei der Arbeit das Antlitz Albaniens grundlegend veränderte und es von einem rückständigen Agrarland in ein Agrar- und Industrieland mit einem hohen Entwicklungstempo verwandelte. Die Erfolge, die in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Volksrepublik Albanien beim Aufbau des Sozialismus erreicht wurden, zeugen von der Richtigkeit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Partei der Arbeit Albaniens, die die Erfahrungen der Sowjetunion folgerichtig anwenden, indem sie diese den konkreten Bedingungen ihrer Länder anpassen. Sie bestätigen ebenso wie die Praxis in den anderen volksdemokratischen Ländern die historische Bedeutung und den universellen Charakter der Erfahrungen der Sowjetunion sowie die Allgemeingültigkeit der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau des Sozialismus für alle Länder.

Die Erfahrungen beider Parteien besagen, daß der Aufbau des Sozialismus sich nicht im Aufbau einer Industrie erschöpft, sondern die Stärkung und Festigung des volksdemokratischen Staates, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, die Anwendung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik in Industrie und Landwirtschaft sowie die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur erfordert.

Beide Seiten stellen fest, daß die uneigennützige Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion — des Befreiers und treuen Beschützers unserer Länder — für die allseitige Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik

Albanien sowie der anderen Länder der Volksdemokratie und für ihre Erfolge beim sozialistischen Aufbau von unschätzbbarer Bedeutung sind.

Beide Parteien stellen fest, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion dank ihrer revolutionären Tätigkeit und ihrer beispiellosen Erfahrungen im Kampf für den Sieg des Marxismus-Leninismus und beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus die Hauptkraft darstellt, die die Kampfeinheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung in der ganzen Welt schmiedet und ihr natürliches Führungszentrum ist. Die Sowjetunion ist die führende Kraft des sozialistischen Lagers und der entscheidende Faktor für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus.

Die Delegationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Partei der Arbeit Albaniens betrachten den bevorstehenden XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem die kommunistischen und Arbeiterparteien erwartungsvoll entgegensehen, als ein Ereignis von größter internationaler Bedeutung. Sie entbieten der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der kampferprobten Führerin der internationalen Arbeiterbewegung, ihre brüderlichen Grüße und geben der Überzeugung Ausdruck, daß der XXI. Parteitag eine neue, wichtige Etappe des stürmischen Vormarsches der Sowjetunion zum Kommunismus und des Siegeszuges des sozialistischen Weltsystems einleiten wird.

Die Delegationen beider Parteien stellen fest, daß die Erklärung der 12 kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und das Friedensmanifest der 64 kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1957 in Moskau beschlossen wurden, ihre volle Gültigkeit behalten haben. Beide Parteien werden die Beschlüsse der Moskauer Beratung weiterhin konsequent erfüllen und als Grundlage ihrer Arbeit betrachten. Insbesondere werden sie getreu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus alles tun, um die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers weiter zu festigen.

Die brüderliche Verbundenheit und Solidarität der großen sozialistischen Völkerfamilie, ihre unüberwindliche Kraft unter Führung der mächtigen Sowjetunion ist die Garantie der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten des sozialistischen Lagers, die sichere Gewähr ihres siegreichen sozialistischen und kommunistischen Aufbaus, die solide Grundlage für die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Sozialismus ist die Erhaltung der Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie, ihre Verteidigung gegen jede Entstellung. Beide Parteien werden nach wie vor einen unversöhnlichen Kampf gegen alle Formen des Revisionismus führen, der in der gegenwärtigen Etappe die Hauptgefahr in der internationalen Arbeiterbewegung darstellt. Der moderne Revisionismus, der seinem Wesen nach ein Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung ist, versucht die Grundprinzipien der Ideologie des Marxismus-Leninismus zu untergraben und die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen Arbeiterbewegung zu schwächen. Beide Parteien bekräftigen ihre bereits dargelegte Stellungnahme zum Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, das sie als revisionistisch und für die internationale Arbeiterbewegung schädlich ablehnen.

Die Delegationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Partei der Arbeit Albaniens stellen mit Genugtuung fest, daß sich die brüderlichen Beziehungen beider Parteien im Laufe der letzten Jahre ständig gefestigt haben. Beide Parteien kamen überein, im Interesse der weiteren Vertiefung dieser brüderlichen Zusammenarbeit in verstärktem Umfange sich gegenseitig ihre Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten sowohl durch den Austausch von Delegationen als auch auf andere Weise zu vermitteln.

II

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien konstatieren, daß ihre Beratungen zu einem Zeitpunkt stattfanden, an dem sich deutlich der Beginn einer neuen Etappe der internationalen Entwicklung abzeichnet, die durch eine rasche Beschleunigung der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und des Friedens gekennzeichnet ist. Davon zeugen die großartigen Errungenschaften und Pläne der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Sowjetunion und aller anderen Staaten des sozialistischen Lagers; das zeigen die Niederlagen der amerikanischen Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China, die politisch-moralische Verurteilung der anglo-amerikanischen Aggression im Nahen und Mittleren Osten durch die ganze friedliebende Menschheit und die Erfolge der Völker Asiens und Afrikas im Kampf um ihre nationale Befreiung.

Beide Seiten verurteilen entschieden die aggressive Politik der USA gegenüber der Volksrepublik China im Raum von Taiwan. Sie unterstützen vorbehaltlos das legitime Recht der Volksrepublik China, Taiwan und die anderen der chinesischen Küste vorgelagerten Inseln, die ein untrennbarer Bestandteil Chinas sind und von den USA besetzt gehalten werden, zu befreien.

Beide Seiten begrüßen die Beschlüsse der afrikanischen Völkerkonferenz vom Dezember 1958 in Accra und bringen den um ihre nationale Freiheit kämpfenden Völkern ihre tiefe Sympathie und Solidarität zum Ausdruck.

Dank der Friedenspolitik der Sowjetunion, dank des gemeinsamen Kampfes aller sozialistischen Länder mit den übrigen Friedenskräften der Welt, wurde mehr als einmal die Gefahr eines neuen Weltkrieges gebannt.

Dieser gesetzmäßigen Entwicklung und der Politik des Friedens, die den Lebensinteressen aller Völker entspricht, suchen die aggressiven imperialistischen Kräfte unter der Führung des USA-Imperialismus hartnäckig entgegenzuwirken. Sie setzen den kalten Krieg fort, betreiben fieberhaft die atomare Vorbereitung eines Weltbrandes, unterstützen in allen Teilen der Welt die reaktionärsten, völkerfeindlichen Kräfte. Sie suchen die wachsende Friedensbewegung durch „psychologische Kriegsführung“ und brutalen Terror zu unterdrücken, provozieren internationale Konflikte und streben danach, neue Kriegsherde zu erzeugen. Die Politik, die sie mit Hilfe der NATO betreiben, macht aus Westeuropa ein gefährliches Atomwaffenarsenal.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien stimmen in der Auffassung überein, daß angesichts dieser Entwicklung eine umfassende Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte der Welt zum gemeinsamen Kampf um den Frieden nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Beide Seiten begrüßen den Vorschlag der Sowjetunion zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, auf der die dringlichsten Fragen der Abrüstung und der Festigung des Friedens erörtert und gelöst werden könnten. Sie unterstützen vollinhaltlich die von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten unterbreiteten Vorschläge über das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, über die Einstellung der Kernwaffenversuche, über die Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen, über die Auflösung der Militärstützpunkte auf fremdem Territorium sowie für die Verhütung von Überraschungsangriffen.

Beide Seiten werden weiterhin jeden Schritt, der der Abrüstung und der Festigung des Friedens dient, unterstützen. Sie unterstreichen in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der neuen Vorschläge der Regierung der Volksrepublik Polen zur etappenweisen Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die den Alpdruck des Atomkrieges von den europäischen Völkern nehmen würde.

Beide Seiten stellen fest, daß der in Westdeutschland wiedererstandene aggressive deutsche Imperialismus zur Hauptgefahr für den Frieden Europas geworden ist. Die Hauptverantwortung hierfür tragen die Westmächte, die die entscheidenden Grundsätze des Potsdamer Abkommens verletzten. Die drei Westmächte brachen ihre im Potsdamer Abkommen eingegangene Verpflichtung, alle Maßnahmen zu treffen, „die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“. Wäre das Potsdamer Abkommen von den Westmächten erfüllt worden, so gäbe es heute kein Deutschlandproblem, sondern einen einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staat. Statt dessen erfolgte in Westdeutschland die Wiederherstellung der Machtpositionen der reaktionärsten, aggressivsten, monopolistischen und militaristischen Kräfte des deutschen Imperialismus, die Remilitarisierung und der Übergang zur atomaren Aufrüstung, wurde Westdeutschland zur Aggressionsbasis der NATO gemacht, die das friedliche Leben des deutschen Volkes und aller europäischen Völker bedroht.

Heute herrschen in Westdeutschland dieselben militaristischen und imperialistischen Kreise, die Hitler zur Macht verhalfen und die die unmittelbare Verantwortung für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges und seine Folgen tragen. Dieselben Hitler-Generale, die für die ungeheuerlichsten Verbrechen verantwortlich sind, die gegen die europäischen Völker im letzten Krieg begangen wurden, befehligen die wiedererstandene westdeutsche Wehrmacht.

Das albanische Volk, das die Wunden, die ihm von den faschistischen Okkupanten zugefügt worden waren, nicht vergessen kann, steht solidarisch an der Seite der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes, das so teuer für die verbrecherische imperialistische Politik Hitlers bezahlen mußte, im Kampf gegen die aggressive Politik der derzeitigen Regierung der Deutschen Bundesrepublik, um die Gefahr zu beseitigen, die diese für den Frieden darstellt.

Unter Mißbrauch der Rechte, die das Potsdamer Abkommen und die zu ihm gehörenden Vereinbarungen den Westmächten zeitweise gaben, verwandelten sie auch Westberlin in eine Aggressionsbasis, in ein Krebsgeschwür am Körper Deutschlands, dessen Entfernung für die Erhaltung des europäischen Friedens unerlässlich geworden ist. Beide Seiten stimmen den Feststellungen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in ihren Noten zur Berliner Frage zu. Sie betrachten die Aufhebung des Besatzungsregimes in Westberlin als eine notwendige Maßnahme, um einen Herd der Unruhe und der Provokation im Herzen Europas zu beseitigen und das Leben in Berlin zu normalisieren.

Im Interesse des europäischen Friedens würden es die Vertreter beider Länder begrüßen, wenn die Regierungen der Westmächte dem Beispiel der Sowjetregierung folgen würden, die beschlossen hat, ihre Truppen aus Berlin abzuziehen. Sie begrüßen die Absicht der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den Organen der Deutschen Demokratischen Republik alle Funktionen zu übergeben, die auf Grund interalliierten Abkommen und dem Abkommen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. September 1955 zeitweise von sowjetischen Organen in Berlin ausgeübt werden.

Obwohl ganz Berlin auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt und deren Hauptstadt ist, billigen beide Partei- und Regierungsdelegationen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen realen Lage den in den Noten der Sowjetregierung enthaltenen Vorschlag, Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewähren. Eine solche Lösung entspräche dem Bedürfnis des deutschen Volkes und seiner Nachbarvölker nach Sicherung des Friedens und würde zugleich der notwendigen Achtung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik gerecht werden.

Beide Seiten begrüßen und unterstützen die erneute Initiative der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Der vorgeschlagene Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland wird ebenso dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wie dem berechtigten Interesse aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, an Sicherheit und Frieden gerecht. Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Deutschland, seine Unterzeichnung und seine Inkraftsetzung würden den anomalen Zustand, daß 14 Jahre

nach einem Krieg noch kein Friedensschluß besteht, beenden und in bedeutendem Maße die Spannungen in Europa vermindern. Dem deutschen Volk würde gleichzeitig eine große Hilfe für seine friedliche Wiedervereinigung in einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Staat erwiesen.

Beide Delegationen sprachen die Hoffnung aus, daß alle Regierungen der mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt gewesenen Staaten, insbesondere die Großmächte, dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen und sich für die Einberufung einer Friedenskonferenz innerhalb von zwei Monaten erklären.

Beide Seiten betonen in diesem Zusammenhang, daß die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat allein Sache des deutschen Volkes ist.

Die Delegation der Volksrepublik Albanien würdigt die große Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als Bastion des Friedens auf deutschem Boden und als westlichster Vorposten des sozialistischen Lagers in Europa.

Die Delegation der Volksrepublik Albanien, die die prinzipienfeste Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik entschieden unterstützt, stellt mit Befriedigung fest, daß das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik in der internationalen Arena ständig wächst und sich festigt, daß sie ein wichtiger Faktor für den Frieden und die Stabilität im Zentrum Europas ist und daß sie im Geiste der Solidarität und des Internationalismus nicht nur einer Reihe sozialistischer Länder, sondern auch vielen unabhängigen Ländern, die sich gerade erst vom imperialistischen Joch befreit haben, sehr wertvolle Hilfe erweist. Die Volksrepublik Albanien unterstützt entschieden das Recht der Deutschen Demokratischen Republik auf vollberechtigte Teilnahme an den verschiedenen sie interessierenden internationalen Organisationen und Konferenzen und erhebt ihre Stimme gegen die Politik der Diskriminierung, die von den Westmächten in dieser Frage geübt wird.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unterstreicht ihrerseits die Bedeutung der Tatsache, daß Albanien, das einst ein Spielball imperialistischer Interessen und ihrer Gegensätze war, heute ein festes Bollwerk des Friedens auf dem Balkan ist. Sie verurteilt in voller Übereinstimmung mit der Regierung der Volksrepublik Albanien die Errichtung amerikanischer Raketenbasen in Italien, die das friedliche Leben aller Balkanvölker bedrohen. Sie unterstützt voll und ganz die Bemühungen

der Volksrepublik Albanien nach Entwicklung gutnachbarlicher und freundschaftlicher Zusammenarbeit zu allen Balkanvölkern und nach Erweiterung ihrer friedlichen Beziehungen zu den arabischen und nordafrikanischen Staaten.

Beide Seiten bekunden erneut ihre Entschlossenheit, ihre Beziehungen zu anderen Staaten, ungeachtet bestehender Unterschiede der Gesellschaftsordnung, gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz auszubauen und in unverbrüchlicher Freundschaft zur Sowjetunion und zu allen anderen Staaten des sozialistischen Lagers stets für die Sache des Friedens einzutreten.

Als Teilnehmer des Warschauer Vertrages wird die Volksrepublik Albanien zusammen mit den anderen Teilnehmerstaaten dieses Vertrages alle sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen erfüllen, wenn die Deutsche Demokratische Republik oder irgendein anderer sozialistischer Staat Objekt eines Angriffes von seiten der Westmächte und ihrer Verbündeten, der deutschen Militaristen und Revanchisten, werden sollte. In gleicher Weise wird auch die Deutsche Demokratische Republik ihre Verpflichtungen als Teilnehmer des Warschauer Vertrages gegenüber den Vertragspartnern konsequent erfüllen.

III

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien stellen mit Genugtuung fest, daß sich zwischen beiden Staaten auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus sozialistische Beziehungen brüderlicher Zusammenarbeit und unverbrüchlicher Freundschaft entwickelt haben. Im Geiste dieser Freundschaft erweisen sich beide Staaten beim Aufbau des Sozialismus gegenseitig uneigennützig Unterstützung.

Die Delegation der Volksrepublik Albanien würdigt mit besonderer Dankbarkeit die sehr wertvolle und brüderliche Hilfe, die die Deutsche Demokratische Republik der Volksrepublik Albanien erweist. Das Verständnis, das die Deutsche Demokratische Republik den Bedürfnissen der Volksrepublik Albanien entgegenbringt, die Kredithilfe, die Hilfe bei der Ausbildung albanischer Kader, die Vermittlung wertvoller Erfahrungen und die Arbeit deutscher Spezialisten in Industrie und Landwirtschaft sowie in anderen Zweigen der Wirtschaft der Volksrepublik Albanien, spielten eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der albanischen Volkswirtschaft. Dank dieser brüderlichen Hilfe

wurde in Albanien das Fischkonservenkombinat „Ernst Thälmann“ gebaut, wurde der Fischfangsektor erweitert, werden wichtige geologische Schürfungen durchgeführt, ein Betrieb für die Anreicherung von Kupfererzen und eine Reihe neuer, für die Wirtschaft der Volksrepublik Albanien sehr notwendiger Objekte gebaut.

Mit dem Ziel einer noch größeren Erweiterung der allseitigen Beziehungen zwischen den zwei Ländern wurden während der Anwesenheit der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik ein Konsularvertrag und ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen zwischen beiden Staaten unterzeichnet.*

Beide Seiten kamen überein, einen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt**, ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens abzuschließen und die zuständigen Organe beider Regierungen mit der Vorbereitung dieses Abkommen zu beauftragen.

Beide Seiten erörterten die Möglichkeit der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet sowie Fragen der Entwicklung der Touristik zwischen beiden Ländern. Sie kamen überein, daß im Laufe der nächsten Jahre noch mehr Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit gegeben wird, zur Erholung an die albanische Riviera zu fahren.

Beide Seiten bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der freundschaftliche Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik zur weiteren Festigung der brüderlichen Freundschaft und der engen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien beitragen und der Festigung der Einheit der Länder des sozialistischen Lagers, der Sicherheit und des Friedens auf der ganzen Welt dienen wird.

Die Delegation der Partei der Arbeit und der Regierung der Volksrepublik Albanien sprach eine Einladung an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und an den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik aus, gemeinsam mit einer Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokrati-

* Siehe S. 275 ff. und 283 ff.

** Siehe S. 311 ff.

schen Republik die Volksrepublik Albanien zu besuchen. Die Einladung wurde mit Dank angenommen.

Berlin, den 11. Januar 1959

Für die Sozialistische Einheitspartei
Deutschlands
(gez.) W. Ulbricht
Erster Sekretär des Zentralkomitees

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) W. Ulbricht
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden
des Ministerrates

Für die Partei der Arbeit Albaniens
(gez.) E. Hodscha
Erster Sekretär des Zentralkomitees

Für die Regierung der Volksrepublik
Albanien
(gez.) M. Shehu
Vorsitzender des Ministerrates

**Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der
Volksrepublik Albanien**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien haben, von dem Wunsch geleitet, auch auf konsularischem Gebiet die Beziehungen zwischen beiden Staaten enger zu gestalten, beschlossen, den folgenden Vertrag abzuschließen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten, Otto Winzer,

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik
Albanien
den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Behar
Shtylla,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten festgelegt haben:

I.

ZULASSUNG DER KONSULN

Artikel 1

Die Vertragspartner werden in ihrem Gebiet gegenseitig Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln (im folgenden Konsuln genannt) zulassen. Der Sitz der zu ernennenden Konsuln und ihre Konsularbezirke werden durch besondere Vereinbarungen der Vertragspartner festgelegt.

Artikel 2

Die durch den Entsendestaat ernannten Konsuln nehmen ihre Tätigkeit nach Erteilung des Exequaturs durch den Empfangsstaat auf. In der Ernennungsurkunde muß der Konsularbezirk bezeichnet sein.

Artikel 3

(1) Die Tätigkeit der Konsuln endet durch Abberufung, durch Widerruf des Exequaturs und durch Todesfall.

(2) Bei Abberufung, Widerruf des Exequaturs, Todesfall und bei vorübergehender Abwesenheit oder anderweitiger Verhinderung der Tätigkeit eines Konsuls ist sein Stellvertreter befugt, die Dienstobliegenheiten des Konsuls wahrzunehmen, vorausgesetzt, daß seine amtliche Eigenschaft vorher dem zuständigen Organ des Empfangsstaates zur Kenntnis gebracht worden ist. Der mit der vorübergehenden Leitung des Konsulats beauftragte Stellvertreter wird alle Rechte, Vorrechte und Befreiungen genießen, die der vorliegende Vertrag dem Konsul gewährt.

II.

BEFREIUNGEN UND VORRECHTE DER KONSULN

Artikel 4

(1) Der Empfangsstaat garantiert den Konsuln und ihren Mitarbeitern einen reibungslosen Verlauf ihrer Amtstätigkeit. Die

Organe des Empfangsstaates werden den Konsuln und ihren Mitarbeitern jede erforderliche Unterstützung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit gewähren.

(2) Die Amtsräume der Konsulate sind unverletzlich. In den Amtsräumen sowie in den Wohnungen der Konsuln werden die Organe des Empfangsstaates ohne Zustimmung der Konsuln keinerlei Zwangsmaßnahmen vornehmen.

(3) Die Konsulararchive sind unantastbar. Privatpapiere dürfen im Konsulararchiv nicht enthalten sein.

(4) Der amtliche Schriftwechsel ist unverletzlich und keiner Durchsicht unterworfen. Das gleiche gilt für Telegramme, Telefongespräche, Fernschreiben und Funkübermittlung.

(5) Die Konsuln haben beim Verkehr mit den Organen des Entsendestaates das Chiffrerecht und können für die Übermittlung den diplomatischen Kurierweg benutzen. Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für die Konsuln die gleichen Tarife wie für die diplomatischen Vertreter.

Artikel 5

Den Konsuln wird gestattet, das Wappen des Entsendestaates und eine ihr Amt bezeichnende Inschrift am Amtsgebäude anzubringen. Sie dürfen die Flagge des Entsendestaates auf dem Amtsgebäude und auf ihrem Wohnhaus aufziehen und an den von ihnen dienstlich benutzten Fahrzeugen anbringen.

Artikel 6

Die Konsuln und die Mitarbeiter, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, unterliegen bezüglich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

Artikel 7

Die Konsuln und ihre Mitarbeiter sind verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die nicht Gegenstand der dienstlichen Tätigkeit sind, vor den zuständigen Organen des Empfangsstaates Zeugnis abzulegen. Sind die Konsuln am Erscheinen verhindert, so werden sie in ihren Wohnungen vernommen oder haben ihre Aussage in schriftlicher Form zu machen.

Die Ladung eines Konsuls darf für den Fall des Nichterscheins weder die Androhung von Strafen noch von anderen Zwangsmaßnahmen enthalten. /

Artikel 8

(1) Die Konsuln und die Mitarbeiter, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, werden von militärischen und anderen Dienstleistungen sowie von direkten Steuern befreit. Grundstücke, die dem Entsendestaat gehören und als konsularische Amts- oder Wohnräume dienen, sind von Steuern befreit; diese werden nach dem Recht des Entsendestaates besteuert.

(2) Grundstücke und Gebäude sind von militärischen und anderen Dienstleistungen nur dann befreit, wenn sie von den Konsuln und den Mitarbeitern, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, zu Amts- und Wohnzwecken benutzt werden.

(3) Hinsichtlich der Zölle werden den Konsuln und den Mitarbeitern, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die gleichen Befreiungen gewährt, wie sie die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen genießen.

Artikel 9

Die Bestimmungen des Artikels 8 finden auf die mit den Konsuln zusammenlebenden Ehegatten und auf ihre minderjährigen Kinder entsprechende Anwendung.

III.

AMTSBEFUGNISSE DER KONSULN

Artikel 10

(1) Die Konsuln nehmen die Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Staatsangehörigen (Bürger und juristische Personen) wahr.

(2) Die Konsuln können sich in Ausübung ihrer Amtsbefugnisse an die staatlichen Organe in ihrem Konsularbezirk wenden; sie können bei diesen wegen Verletzung der Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Staatsangehörigen Einspruch erheben. Der Verkehr mit den zentralen Organen des Empfangsstaates ist der diplomatischen Vertretung vorbehalten.

Artikel 11

Den Konsuln wird das Recht zuerkannt, die Staatsangehörigen des Entsendestaates, die sich ständig oder vorübergehend in ihrem Konsularbezirk aufhalten, zu registrieren.

Artikel 12

- (1) Die Konsuln sind befugt, den Staatsangehörigen des Entsendestaates Pässe auszustellen.
- (2) Die Konsuln erteilen die erforderlichen Visa zum Betreten oder Verlassen des Entsendestaates.

Artikel 13

Die Konsuln nehmen Anträge von fremden Staatsangehörigen und Staatenlosen auf Verleihung der Staatsangehörigkeit des Entsendestaates entgegen.

Artikel 14

Die Konsuln haben das Recht, in den Konsulaten, in ihren Wohnungen oder in den Wohnungen der Staatsangehörigen des Entsendestaates sowie an Bord der die Flagge oder das Hoheitszeichen dieses Staates führenden Schiffe oder Flugzeuge folgende Handlungen durchzuführen, sofern diese Handlungen nach den Gesetzen des Empfangsstaates nicht verboten sind:

1. Erklärungen von Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen oder zu beglaubigen;
2. letztwillige Verfügungen oder einseitige Rechtsgeschäfte der Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen, zu beglaubigen und zu verwahren;
3. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen oder zu beglaubigen; ausgenommen sind Rechtsgeschäfte über die Begründung oder Übertragung von Rechten an im Empfangsstaat gelegenen Gebäuden und Grundstücken;
4. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates und solchen des Empfangsstaates aufzunehmen oder zu beglaubigen, wenn diese Rechtsgeschäfte ausschließlich Interessen auf dem Gebiet des Entsendestaates betreffen oder auf dem Gebiet dieses Staates erfüllt werden müssen;
5. Unterschriften von Staatsangehörigen des Entsendestaates auf jeder Art von Schriftstücken zu beglaubigen, Schriftstücke, die von den Organen oder Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgehen, zu legalisieren sowie Abschriften und Auszüge dieser Schriftstücke zu beglaubigen;

6. Übersetzungen von Schriftstücken, die von Organen und Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgehen, zu beglaubigen;
7. Vermögen und Schriftstücke von Staatsangehörigen des Entsendestaates oder für diese in Verwahrung zu nehmen;
8. andere Handlungen, die ihnen vom Entsendestaat übertragen werden.

Artikel 15

Die im Artikel 14 genannten Schriftstücke, Abschriften, Übersetzungen oder Auszüge aus ihnen, die vom Konsul aufgenommen oder beglaubigt worden sind, haben, soweit sie in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung des Empfangsstaates stehen, im Empfangsstaat dieselbe rechtliche Bedeutung und Beweiskraft, wie wenn sie von den zuständigen Organen und Amtspersonen des Empfangsstaates aufgenommen, übersetzt oder beglaubigt worden sind.

Artikel 16

Die Tätigkeit der Konsuln in Nachlaßangelegenheiten von Staatsangehörigen des Entsendestaates wird durch besondere vertragliche Vereinbarungen der Vertragspartner geregelt.

Artikel 17

- (1) Die Konsuln können entsprechend dem Recht des Entsendestaates Eheschließungen vornehmen, wenn beide Eheschließenden Staatsangehörige des Entsendestaates sind.
- (2) Das zuständige Organ des Empfangsstaates ist über die Eheschließung zu unterrichten.

Artikel 18

- (1) Die Konsuln können entsprechend dem Recht des Entsendestaates Geburten und Todesfälle von Staatsangehörigen des Entsendestaates beurkunden.
- (2) Das zuständige Organ des Empfangsstaates ist über die Eheschließung zu unterrichten.

Artikel 19

- (1) Die Konsuln können Vormünder und Pfleger für Staatsangehörige des Entsendestaates und für deren Vermögen be-

stellen, soweit sie nach dem Recht des Entsendestaates dazu befugt sind. Sie sind berechtigt, in diesen Fällen die Führung der Vormundschaft und Pflegschaft zu beaufsichtigen.

(2) Die Konsuln haben, soweit das die Gesetze des Entsendestaates zulassen, das Recht, Erklärungen über die Annahme an Kindes Statt aufzunehmen, wenn der Annehmende und der Anzunehmende Bürger des Entsendestaates sind.

Artikel 20

(1) Die Konsuln sind befugt, den Schiffen des Entsendestaates jedmöglichen Beistand zu leisten. Insbesondere können sie sich mit der Schiffsbesatzung und den Fahrgästen in Verbindung setzen, die Schiffspapiere überprüfen, Protokolle über die Ladung und den Zweck der Reise und über besondere Zwischenfälle aufnehmen. Die Konsuln unterstützen die Kapitäne bei der Aufrechterhaltung der Ordnung an Bord. Die Organe des Empfangsstaates haben dem Konsul oder dem Kapitän auf Verlangen hierbei Unterstützung und Hilfe zu gewähren.

(2) Beabsichtigen die Organe des Empfangsstaates die Durchführung von Zwangsmaßnahmen auf Handelsschiffen des Entsendestaates, so muß der Konsul vorher darüber benachrichtigt werden. Er kann bei diesen Maßnahmen anwesend sein. Das gilt nicht für Zoll-, Paß- und Gesundheitskontrollen des Schiffes, der Besatzungsmitglieder und der Fahrgäste vor der Freigabe des Schiffes oder vor Verlassen des Hafens.

(3) Bei Katastrophen oder Havarien der Schiffe des Entsendestaates sind die Konsuln befugt, Maßnahmen zur Hilfeleistung für die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste des Schiffes, zur Sicherstellung der Frachten und zur Reparatur des Schiffes zu ergreifen oder die Organe des Empfangsstaates darum zu ersuchen.

(4) Bei Katastrophen oder Havarien der Schiffe des Entsendestaates benachrichtigen die Organe des Empfangsstaates unverzüglich den zuständigen Konsul und unterrichten ihn gleichzeitig über die zur Rettung von Menschen, des Schiffes und der Fracht getroffenen Maßnahmen. Die Organe des Empfangsstaates gewähren dem Konsul die erforderliche Unterstützung bei der Durchführung der Maßnahmen, die er im Zusammenhang mit Katastrophen oder Havarien von Schiffen des Entsendestaates einleitet.

(5) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Schiffskatastrophen oder Havarien in anderen Übereinkommen bleiben von diesem Artikel unberührt.

Artikel 21

(1) Die Konsuln sind befugt, den Flugzeugen des Entsendestaates jedmöglichen Beistand zu leisten. Insbesondere können sie im Falle einer Notlandung die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste beim Verkehr mit den zuständigen Organen des Empfangsstaates unterstützen und geeignete Maßnahmen zur Fortsetzung der Reise ergreifen.

(2) Bei Katastrophen oder Unfällen der Flugzeuge des Entsendestaates sind die Konsuln befugt, Maßnahmen zur Hilfeleistung für die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste des Flugzeuges, zur Sicherstellung der Frachten und zur Reparatur der Flugzeuge zu ergreifen oder die Organe des Empfangsstaates darum zu ersuchen.

(3) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Flugzeugkatastrophen oder Unfällen in anderen Übereinkommen bleiben von diesem Artikel unberührt.

IV.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 22

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Rechte und Pflichten der Konsuln finden auf die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung, die mit der Ausübung konsularischer Befugnisse beauftragt worden sind, entsprechende Anwendung. Dadurch werden die diplomatischen Vorrechte und die Immunität dieser Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung nicht berührt.

(2) Der direkte Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates wird durch gegenseitige Übereinkommen von den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der Vertragspartner geregelt.

Artikel 23

Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Tirana. Der Vertrag tritt

einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.*

Der vorliegende Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn der Vertrag sechs Monate vor Ablauf dieser Frist durch einen der Vertragspartner nicht gekündigt worden ist, bleibt er mit der vorgesehenen Kündigungsfrist jeweils für weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 11. Januar 1959 in zwei Exemplaren, jedes Exemplar in deutscher und in albanischer Sprache. Beide Texte sind gleichermaßen gültig.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen
Demokratischen Republik
(gez.) Otto Winzer

In Vollmacht
des Präsidiums der Volks-
versammlung der Volks-
republik Albanien
(gez.) Behar Shtylla

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der
Volksrepublik Albanien über Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und
Strafsachen

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien haben sich, in dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihren Völkern zu festigen, und ihre Politik des friedlichen Aufbaus und der Festigung des Weltfriedens auch auf dem Gebiete der rechtlichen Zusammenarbeit zu stärken, entschlossen, einen Vertrag über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten, Otto Winzer,

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 17. November 1959, der Vertrag trat am 17. Dezember 1959 in Kraft.

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik
Albanien

den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Behar
Shtylla,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Teil I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Rechtsschutz

(1) Die Angehörigen des einen Vertragspartners genießen für ihre Person und ihr Vermögen auf dem Gebiete des anderen Vertragspartners den gleichen Rechtsschutz wie die eigenen Angehörigen. Das gleiche gilt für juristische Personen, die nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragspartners gegründet worden sind.

(2) Sie haben das Recht des freien und ungehinderten Zutritts zu den Organen des anderen Vertragspartners, die in zivil-, familien- und strafrechtlichen Angelegenheiten tätig werden; sie können dort auftreten und unter den gleichen Bedingungen wie die Angehörigen des anderen Vertragspartners Anträge einbringen und Klagen erheben.

Artikel 2

Umfang der Rechtshilfe

Die Vertragspartner gewähren einander Rechtshilfe durch Vornahme einzelner Prozeßhandlungen, insbesondere durch Beschaffung und Übersendung von Akten und Schriftstücken, durch Durchsuchung und Beschlagnahme, durch Übersendung und Herausgabe von Beweisgegenständen, durch Beweisaufnahme in der Form von Vernehmungen der Beschuldigten, der Zeugen, der Sachverständigen, der Parteien und anderen Personen, durch Einnahme eines gerichtlichen Augenscheins sowie durch die Erledigung von Zustellungsersuchen.

Artikel 3

Gewährung der Rechtshilfe

- (1) Die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Staatlichen Notariate beider Vertragspartner gewähren einander Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen.
- (2) Die in Abs. 1 genannten Organe gewähren Rechtshilfe auch anderen Organen, die in Zivil-, Familien- und Strafsachen tätig sind.

Artikel 4

Art des Verkehrs

Bei der Gewährung von Rechtshilfe verkehren die in Artikel 3 Abs. 1 genannten Organe der Vertragspartner über ihre zentralen Organe der Justiz und der Staatsanwaltschaft, soweit durch den vorliegenden Vertrag keine andere Regelung getroffen worden ist.

Artikel 5

Form des Rechtshilfeersuchens

Das Rechtshilfeersuchen muß folgende Angaben enthalten:

- a) die Bezeichnung des ersuchenden Organs;
- b) die Bezeichnung des ersuchten Organs;
- c) die Bezeichnung der Sache, in der die Rechtshilfe begehrt wird;
- d) Vor- und Familiennamen der Parteien, Beschuldigten oder Verurteilten, ihre Staatsangehörigkeit, ihren Beruf, ihren Wohnsitz, gegebenenfalls ihren Aufenthaltsort;
- e) Vornamen, Namen und Anschriften der Rechtsvertreter;
- f) die erforderlichen Angaben über den Gegenstand des Ersuchens, in Strafsachen die Beschreibung der strafbaren Handlung.

Artikel 6

Art der Erledigung

- (1) Bei der Durchführung der Rechtshilfe wendet das ersuchte Organ die innerstaatlichen Vorschriften an. Es kann jedoch auf Verlangen des ersuchenden Organs die Verfahrensvorschriften des ersuchenden Vertragspartners anwenden, soweit sie nicht

der Gesetzgebung des ersuchten Vertragspartners widersprechen.

(2) Ist das ersuchte Organ für die Erledigung nicht zuständig, so gibt es das Ersuchen von Amts wegen an das zuständige Organ weiter und benachrichtigt das ersuchende Organ davon.

(3) Das ersuchte Organ teilt auf Verlangen dem ersuchenden Organ rechtzeitig mit, wann und wo die geforderte Rechtshilfeleistung durchgeführt wird.

(4) Nach Erledigung des Rechtshilfeersuchens gibt das ersuchte Organ die Akten dem ersuchenden Organ zurück; wenn es nicht möglich war, die Rechtshilfe zu gewähren, teilt es gleichzeitig die Gründe mit, die eine Erledigung des Ersuchens verhindern.

Artikel 7

Freies Geleit für Zeugen und Sachverständige

(1) Ein Zeuge oder Sachverständiger, welche Staatsangehörigkeit er auch besitzt, der auf eine ihm durch das Organ des ersuchten Vertragspartners zugestellte Ladung vor den Organen des ersuchenden Vertragspartners erscheint, darf weder wegen der den Gegenstand des Verfahrens bildenden noch wegen einer anderen, vor dem Grenzübertritt in das Gebiet des ersuchenden Staates begangenen strafbaren Handlung verfolgt oder in Haft genommen werden. Auch darf wegen einer solchen Handlung auf dem Gebiet des ersuchenden Vertragspartners keine Strafe gegen ihn vollstreckt werden.

(2) Dieses Privileg verliert der Zeuge oder Sachverständige, wenn er eine Woche nach dem Tage, an dem ihm von dem vernehmenden Organ bekanntgegeben worden ist, daß seine Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, das Gebiet des ersuchenden Vertragspartners nicht verlassen hat, obwohl ihm das möglich war. In diese Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, während der der Zeuge oder Sachverständige das Gebiet des ersuchenden Vertragspartners ohne sein eigenes Verschulden nicht verlassen konnte.

Artikel 8

Form der Schriftstücke

Schriftstücke, die auf Grund dieses Vertrages übersandt werden, müssen mit einem Siegel versehen sein.

Artikel 9 *Zustellungsersuchen*

(1) Das ersuchte Organ veranlaßt die Zustellung nach den für die Zustellung inländischer Schriftstücke geltenden Vorschriften, sofern das zuzustellende Schriftstück in der Sprache des ersuchenden Organs verfaßt oder eine beglaubigte Übersetzung beigefügt ist. Anderenfalls übergibt das ersuchte Organ das Schriftstück dem Empfänger, soweit dieser bereit ist, es freiwillig anzunehmen.

(2) Die Beglaubigung der Übersetzung erfolgt durch einen amtlichen Dolmetscher, das ersuchende Organ oder einen diplomatischen oder konsularischen Vertreter eines Vertragspartners.

(3) Zustellungsersuchen sollen die genaue Anschrift des Empfängers und die Bezeichnung des zuzustellenden Schriftstückes enthalten.

(4) Kann die Zustellung unter der Anschrift, die im Ersuchen angegeben ist, nicht bewirkt werden, so hat das ersuchte Organ von Amts wegen die notwendigen Maßnahmen zur Feststellung der Anschrift zu treffen. Ist die Feststellung der Anschrift durch das ersuchte Organ nicht möglich, so ist das ersuchende Organ bei Rückgabe des zuzustellenden Schriftstückes hiervon zu benachrichtigen.

Artikel 10 *Zustellungsnachweis*

Der Nachweis der Zustellung erfolgt nach den Vorschriften des ersuchenden Vertragspartners über die Zustellung.

Artikel 11 *Zustellung an eigene Staatsangehörige*

(1) Die Vertragspartner sind berechtigt, Zustellungen an ihre eigenen Staatsangehörigen durch ihre diplomatischen oder konsularischen Vertretungen zu bewirken.

(2) Bei Zustellungen dieser Art können keine Zwangsmittel Anwendung finden.

Artikel 12 *Anerkennung von Urkunden*

(1) Urkunden, die auf dem Gebiet des einen Vertragspartners von einem Staatsorgan oder von einer Amtsperson im Rahmen

ihrer Zuständigkeit aufgenommen oder in der vorgeschriebenen Form beglaubigt und mit einem amtlichen Siegel versehen worden sind, bedürfen im Gebiete des anderen Vertragspartners keiner Legalisation. Das gleiche gilt für Unterschriften, die nach den Vorschriften des einen Vertragspartners beglaubigt sind.

(2) Urkunden, die auf dem Gebiet des einen Vertragspartners als öffentliche Urkunden gelten, genießen auch auf dem Gebiete des anderen Vertragspartners die Beweiskraft von öffentlichen Urkunden.

Artikel 13

Kosten der Rechtshilfe

(1) Für die Gewährung der Rechtshilfe verlangt der ersuchte Vertragspartner keine Erstattung der Kosten. Die Vertragspartner tragen alle durch den Rechtshilfeverkehr auf ihrem Gebiet entstandenen Kosten, insbesondere auch die bei der Durchführung von Beweisaufnahmen entstehenden Auslagen selbst.

(2) Das ersuchte Organ gibt dem ersuchenden Organ die Höhe der entstandenen Kosten bekannt. Soweit das ersuchende Organ diese Kosten von dem Kostenpflichtigen einzieht, verbleiben sie dem einziehenden Vertragspartner.

Artikel 14

Ablehnung der Rechtshilfe

Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn ihre Gewährung die Souveränität oder die Sicherheit des ersuchten Vertragspartners gefährden könnte.

Artikel 15

Information über Rechtsfragen

Die Minister der Justiz der Vertragspartner erteilen einander auf Wunsch Auskunft über Rechtsfragen.

Artikel 16

Sprache

(1) Die Organe der Vertragspartner bedienen sich im gegenseitigen Rechtshilfeverkehr ihrer eigenen oder der russischen Sprache.

(2) Übersetzungen in die Sprache des ersuchten Vertragspartners oder in die russische Sprache sind zur Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs nach Möglichkeit auch in den Fällen beizufügen, in denen es in diesem Verträge nicht zwingend vorgeschrieben ist.

Teil II

BESONDERE BESTIMMUNGEN

1. Abschnitt

RECHTSHILFE IN ZIVIL- UND FAMILIENSACHEN

a) Gerichtskosten

Artikel 17

Angehörigen eines Vertragspartners, die vor den Gerichten des anderen Vertragspartners auftreten, darf, soweit sie sich auf dem Gebiet eines Vertragspartners aufhalten, keine Sicherheitsleistung für die Gerichtskosten allein aus dem Grunde auferlegt werden, daß sie Ausländer sind oder daß sie im Inland weder Wohnsitz noch Aufenthalt haben.

Artikel 18

Angehörigen des einen Vertragspartners wird auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners Kostenbefreiung unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang wie Inländern gewährt.

Artikel 19

(1) Die Bescheinigungen über die persönlichen Verhältnisse sowie über die Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die für die Bewilligung der Befreiung von den Gerichtskosten erforderlich sind, erteilt das zuständige Organ des Vertragspartners, auf dessen Gebiet der Antragsteller seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

(2) Hat der Antragsteller weder auf dem Gebiet des einen noch des anderen Vertragspartners Wohnsitz oder Aufenthalt, so genügt eine von der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung seines Staates ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung.

(3) Das Gericht, das über den Antrag auf Kostenbefreiung entscheidet, kann das Organ, das die Bescheinigung ausgestellt hat, um weitere Aufklärung ersuchen.

Artikel 20

(1) Ein Angehöriger des einen Vertragspartners, der bei einem Gericht des anderen Vertragspartners Kostenbefreiung sowie die Beordnung eines Anwalts für die Prozeßführung beantragen will, kann diesen Antrag mündlich bei dem für seinen Wohnsitz oder Aufenthalt zuständigen Gericht zu Protokoll erklären. Das Gericht sendet das Protokoll mit der Bescheinigung gemäß Artikel 19 Abs. 1 und den übrigen vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen an das zuständige Gericht des anderen Vertragspartners.

(2) Gleichzeitig mit dem Antrag auf Kostenbefreiung kann die Klage oder der sonst in Frage kommende Antrag zu Protokoll erklärt werden.

b) Personen- und Familienrecht

Artikel 21

Geschäftsfähigkeit

Die Geschäftsfähigkeit der Angehörigen der Vertragspartner bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, dem sie angehören.

Artikel 22

Form der Eheschließung

(1) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Gebiet die Ehe geschlossen wird.

(2) Die Form der Eheschließung, die vor einem dazu ermächtigten diplomatischen oder konsularischen Vertreter vorgenommen wird, bestimmt sich nach dem Recht des Entsendestaates des diplomatischen oder konsularischen Vertreters.

Artikel 23

Persönliche und vermögensrechtliche Beziehungen der Ehegatten

(1) Die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten bestimmen sich nach dem Recht desjenigen Vertragspartners, dessen Angehörige sie sind.

(2) Ist einer der Ehegatten Angehöriger eines Vertragspartners und der andere Angehöriger des anderen Vertragspartners, so bestimmen sich ihre persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen nach dem Recht desjenigen Vertragspartners, auf dessen Gebiet sie ihren gemeinschaftlichen Wohnsitz haben oder zuletzt gehabt haben.

Artikel 24

Ehescheidung und Nichtigkeitserklärung der Ehe

(1) Für die Ehescheidung und die Nichtigkeitserklärung einer Ehe gilt das Recht und sind grundsätzlich die Gerichte desjenigen Vertragspartners zuständig, dessen Angehörige die Ehegatten zur Zeit der Erhebung der Klage waren. Wohnen die Ehegatten auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners, so sind auch dessen Gerichte zuständig.

(2) Gehört zur Zeit der Erhebung der Klage auf Scheidung oder Nichtigkeitserklärung der Ehe ein Ehegatte dem einen, der andere dem anderen Vertragspartner an und wohnt einer von ihnen auf dem Gebiet des einen oder der andere auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners, so sind für die Ehescheidung und Nichtigkeitserklärung der Ehe die Gerichte beider Vertragspartner zuständig. Die Gerichte wenden das Recht ihres Staates an.

Artikel 25

Verschollenheitserklärung, Todeserklärung und Feststellung der Tatsache des Todes

(1) Für die Todeserklärung (Verschollenheitserklärung und Todeserklärung) oder die Feststellung der Todeszeit (Feststellung der Tatsache des Todes) sind die Organe des Vertragspartners zuständig, dessen Angehöriger die Person war, als sie nach den letzten Nachrichten noch gelebt hat.

(2) Die Organe des einen Vertragspartners können in bezug auf einen Angehörigen des anderen Vertragspartners auf Antrag der auf dem Gebiet dieses Vertragspartners lebenden Personen die Todeserklärung (Verschollenheitserklärung und Todeserklärung) oder die Feststellung der Todeszeit (Feststellung der Tatsache des Todes) durchführen, wenn diese Personen nach dem Recht dieses Vertragspartners ein rechtliches Interesse daran haben.

(3) In den Fällen des Abs. 1 und 2 wenden die Organe der Vertragspartner das Recht ihres Staates an.

Artikel 26

Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern

Die Anfechtung und Feststellung der Vaterschaft und die Frage, ob das Kind aus einer bestimmten Ehe stammt, bestimmen sich nach der Rechtsordnung des Vertragspartners, dessen Staatsangehörigkeit das Kind durch die Geburt erworben hat.

Artikel 27

Die Rechtsverhältnisse zwischen einem nichtehelichen Kind und dessen Mutter einerseits und dem Vater andererseits richten sich nach der Rechtsordnung des Vertragspartners, dessen Staatsangehörigkeit das Kind besitzt.

Artikel 28

(1) Zur Entscheidung über die in Artikel 26 und 27 bezeichneten Rechtsverhältnisse sind die Gerichte des Vertragspartners zuständig, dessen Gesetze in diesen Fällen anzuwenden sind.

(2) Wohnen der Kläger und der Verklagte auf dem Gebiet eines Vertragspartners, so sind auch die Gerichte dieses Vertragspartners unter Einhaltung der Bestimmungen der Artikel 26 und 27 zuständig.

Vormundschaft und Pflegschaft

Artikel 29

(1) Für die Vormundschaft und Pflegschaft über die Angehörigen der Vertragspartner ist, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, das Vormundschaftsorgan des Vertragspartners zuständig, dem der Mündel oder Pflegebefohlene angehört.

(2) Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vormund oder Pfleger einerseits und dem Mündel oder Pflegebefohlenen andererseits bestimmt sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Vormundschaftsorgan den Vormund oder Pfleger bestellt hat.

Artikel 30

(1) Werden Maßnahmen der Vormundschaft oder Pflegschaft für einen Mündel oder einen Pflegebefohlenen erforderlich, dessen Wohnsitz, Aufenthalt oder Vermögen auf dem Gebiet des an-

deren Vertragspartners liegen, so hat das Vormundschaftsorgan dieses Vertragspartners unverzüglich das Vormundschaftsorgan des nach Artikel 29 Abs. 1 zuständigen Vertragspartners zu benachrichtigen.

(2) In dringenden Fällen kann das Vormundschaftsorgan des anderen Vertragspartners selbst die erforderlichen Maßnahmen treffen, muß aber das nach Artikel 29 Abs. 1 zuständige Vormundschaftsorgan über die vorläufig getroffenen Maßnahmen unverzüglich benachrichtigen. Diese Maßnahmen bleiben bis zu einer anderweitigen Entscheidung dieses Vormundschaftsorgans in Kraft.

Artikel 31

(1) Das nach Artikel 29 Abs. 1 zuständige Vormundschaftsorgan kann die Vormundschaft oder Pflegschaft an die Vormundschaftsorgane des anderen Vertragspartners abgeben, wenn der Mündel oder Pflegebefohlene Wohnsitz, Aufenthalt oder Vermögen in diesem Staat hat. Die Abgabe wird erst dann wirksam, wenn das ersuchte Vormundschaftsorgan die Vormundschaft oder Pflegschaft ausdrücklich übernimmt und hiervon das ersuchende Vormundschaftsorgan verständigt.

(2) Das nach Abs. 1 zuständige Vormundschaftsorgan des anderen Vertragspartners führt die Vormundschaft oder Pflegschaft nach den Gesetzen seines Staates; es hat jedoch das Recht des Vertragspartners, dem der Mündel oder Pflegebefohlene angehört, anzuwenden, soweit es sich um die Geschäftsfähigkeit des Mündels oder Pflegebefohlenen handelt. Es ist nicht befugt, Entscheidungen über den Personenstand des Mündels oder Pflegebefohlenen zu treffen; es kann jedoch eine nach dem Heimatrecht des Mündels oder Pflegebefohlenen zur Eheschließung erforderliche Genehmigung erteilen.

Artikel 32

Annahme an Kindes Statt

(1) Die Annahme an Kindes Statt oder ihre Aufhebung bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dem der Annehmende zur Zeit der Annahme oder Aufhebung angehört.

(2) Gehört das Kind dem anderen Vertragspartner an, so sind bei seiner Annahme an Kindes Statt und bei ihrer Aufhebung die Zustimmungen des gesetzlichen Vertreters und des zustän-

digen staatlichen Organs und, soweit dies dem Recht des Staates, dem das Kind angehört, erforderlich ist, die Zustimmung des Kindes beizubringen.

(3) Wird das Kind durch Ehegatten angenommen, von denen einer dem einen Vertragspartner, der andere dem anderen Vertragspartner angehört, so muß die Annahme oder ihre Aufhebung den in den Gebieten beider Vertragspartner geltenden Bestimmungen entsprechen.

(4) Zuständig für das Verfahren betreffend Annahme an Kindes Statt oder ihre Aufhebung sind die Organe des Vertragspartners, dem der Annehmende zur Zeit der Annahme oder der Aufhebung angehört. Im Fall des Abs. 3 ist das Organ zuständig, in dessen Bezirk die Ehegatten ihren gemeinsamen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben oder zuletzt gehabt haben.

Artikel 33

Übersendung von Personenstands- und anderen Urkunden

Die Vertragspartner verpflichten sich, einander auf Ersuchen durch Vermittlung ihrer zuständigen zentralen Organe kostenlos Personenstandsurkunden und andere Urkunden, die persönliche Rechte und Interessen der Angehörigen des anderen Vertragspartners betreffen, zu übersenden.

c) Erbrechtliche Bestimmungen

Artikel 34

Grundsatz der rechtlichen Gleichstellung

(1) Die Angehörigen des einen Vertragspartners sind in bezug auf die Fähigkeit, eine Verfügung von Todes wegen über das Vermögen, das sich auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners befindet, oder über ein Recht, das dort geltend gemacht werden soll, zu errichten oder aufzuheben, sowie in bezug auf die Fähigkeit, durch Erbrecht Vermögen oder Rechte zu erwerben, den Angehörigen des anderen Vertragspartners, die auf seinem Gebiet leben, gleichgestellt. Vermögen und Rechte gehen unter den gleichen Bedingungen auf sie über wie auf die eigenen Angehörigen des anderen Vertragspartners, die auf seinem Gebiet leben.

(2) Zeugnisse über die erbrechtlichen Verhältnisse, insbesondere Erbscheine oder Testamentsvollstreckerzeugnisse, die von dem zuständigen Organ des einen Vertragspartners ausgestellt sind, beweisen auch auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners diese Tatsachen.

Artikel 35

Erbrecht

(1) Das Erbrecht hinsichtlich beweglichen Vermögens richtet sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Angehöriger der Erblasser zur Zeit des Todes war.

(2) Das Erbrecht hinsichtlich unbeweglichen Vermögens richtet sich nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Gebiet sich das Vermögen befindet.

Artikel 36

Verfügung von Todes wegen

(1) Die Fähigkeit zur Errichtung oder Aufhebung von Verfügungen von Todes wegen sowie auch die Rechtsfolgen von Willensmängeln richten sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Angehöriger der Erblasser zur Zeit der Willenserklärung war. Nach diesem Recht bestimmen sich auch die zulässigen Arten von Verfügungen von Todes wegen.

(2) Die Form einer Verfügung von Todes wegen richtet sich nach dem Recht des Vertragspartners, dessen Angehöriger der Erblasser zur Zeit der Errichtung der Verfügung von Todes wegen war. Es genügt, wenn das Recht des Vertragspartners beachtet wurde, auf dessen Gebiet die Verfügung von Todes wegen errichtet wurde. Diese Bestimmung gilt auch für die Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen.

Artikel 37

Zuständigkeit in Nachlasssachen

(1) Die Regelung des beweglichen Nachlasses wird unbeschadet der Bestimmung des Abs. 4 dieses Artikels von den Organen des Vertragspartners vorgenommen, dessen Angehöriger der Erblasser zur Zeit des Todes war.

(2) Die Regelung des unbeweglichen Nachlasses wird von den Organen des Vertragspartners vorgenommen, auf dessen Gebiet sich der Nachlaß befindet.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels gelten entsprechend auch für Rechtsstreitigkeiten, welche aus Erbansprüchen entstehen.

(4) Wenn sich der gesamte bewegliche Nachlaß nach dem Angehörigen eines der Vertragspartner auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners befindet und wenn alle Erben damit einverstanden sind, so wird auf Antrag eines Erben oder Vermächtnisnehmers die Regelung von den Organen des anderen Vertragspartners getroffen.

Artikel 38

Mitteilung von Todesfällen

(1) Stirbt auf dem Gebiet eines Vertragspartners ein Angehöriger des anderen Vertragspartners, so hat die Ortsbehörde der diplomatischen oder konsularischen Vertretung des anderen Vertragspartners von dem Todesfall unverzüglich Kenntnis zu geben und ihr mitzuteilen, was über die Erben und ihren Wohnsitz oder Aufenthalt, über Umfang und Wert des Nachlasses sowie über das Vorhandensein einer Verfügung von Todes wegen bekannt ist.

Dasselbe gilt, wenn das zuständige Organ eines der Vertragspartner erfährt, daß ein Angehöriger des anderen Vertragspartners, der außerhalb des Gebietes beider Vertragspartner gestorben ist, auf dem Gebiet seines Staates Vermögen hinterlassen hat.

(2) Erhält die diplomatische oder konsularische Vertretung zuerst von dem Todesfall Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses das zuständige Nachlaßorgan zu benachrichtigen.

Artikel 39

Vertretungsbefugnis der diplomatischen oder konsularischen Vertretungen in Nachlaßsachen

(1) In allen Nachlaßsachen, die auf dem Gebiet eines Vertragspartners vorliegen, ist die diplomatische oder konsularische Vertretung ohne besondere Vollmacht ermächtigt, vor den Organen des Vertragspartners ihre Staatsangehörigen zu vertreten, sofern sie an den Verfahren nicht teilnehmen und keinen Bevollmächtigten ernannt haben.

(2) Stirbt ein Angehöriger des einen Vertragspartners auf einer Reise auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners, ohne dort seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt zu haben,

so werden die von ihm mitgeführten Sachen ohne weiteres der diplomatischen oder konsularischen Vertretung zur Verfügung gestellt.

Artikel 40

Testamentseröffnung

Für die Eröffnung und Verkündung einer Verfügung von Todes wegen ist das Nachlaßorgan des Vertragspartners zuständig, auf dessen Gebiet sich die Verfügung befindet. Ist der Erblasser auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners wohnhaft gewesen, so ist dem zuständigen Nachlaßorgan eine Abschrift der Verfügung von Todes wegen und ein Protokoll über ihren Zustand und Inhalt, gegebenenfalls auch über ihre Eröffnung und Verkündung zu übersenden; auf Verlangen ist auch die Originalurkunde zu übersenden.

Artikel 41

Sicherungsmaßnahmen

(1) Die Nachlaßorgane der Vertragspartner haben nach ihrem Recht die Maßnahmen zu treffen, die zur Sicherung oder Verwaltung des in ihrem Staat befindlichen Nachlasses eines Angehörigen des anderen Vertragspartners erforderlich sind.

(2) Die diplomatische oder konsularische Vertretung ist von den nach Abs. 1 getroffenen Maßnahmen unverzüglich zu verständigen; sie kann bei diesen Maßnahmen selbst oder durch Bevollmächtigte mitwirken. Die nach Abs. 1 getroffenen und die sonst erforderlichen Maßnahmen können auf Antrag der diplomatischen oder konsularischen Vertretung geändert, aufgehoben oder aufgeschoben werden.

(3) Auf Ersuchen des heimatlichen Nachlaßorgans müssen die nach Abs. 1 getroffenen Maßnahmen aufgehoben werden.

(4) Auf Anforderung einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung werden ihr der bewegliche Nachlaß und die Urkunden des Verstorbenen übergeben.

Artikel 42

Herausgabe des Nachlasses

(1) Fällt der bewegliche Nachlaß oder der aus dem Verkauf von beweglichen oder unbeweglichen Nachlaßgegenständen erzielte Erlös nach Durchführung des Nachlaßverfahrens an Erben, die sich auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners aufhalten, so

ist der Nachlaß oder Erlös an die diplomatische oder konsularische Vertretung dieses Staates auszuhändigen.

(2) Das Nachlaßorgan ordnet die Aushändigung des Nachlasses an die diplomatische oder konsularische Vertretung an, wenn:

- a) alle angemeldeten Forderungen der Gläubiger des Verstorbenen innerhalb der Frist, die nach dem Recht des Vertragspartners, auf dessen Gebiet sich der Nachlaß befindet, gilt, bezahlt oder sichergestellt worden sind;
- b) sämtliche Abgaben von Todes wegen bezahlt oder sichergestellt worden sind;
- c) die zuständigen Organe die etwa notwendige Genehmigung zur Ausfuhr der Nachlaßgegenstände erteilt haben. Eine Überweisung von Geldbeträgen erfolgt nach den auf dem Gebiet der Vertragspartner geltenden devisenrechtlichen Bestimmungen.

d) Anerkennung von Entscheidungen und Zwangsvollstreckung

Artikel 43

Anerkennung von nichtvermögensrechtlichen Entscheidungen

Rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte und der Organe der Vormundschaft und Pflegschaft des einen Vertragspartners in nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten werden im Gebiet des anderen Vertragspartners ohne weiteres Verfahren anerkannt, wenn kein Gericht oder Organ der Vormundschaft oder Pflegschaft des anderen Vertragspartners schon vorher in dieser Sache rechtskräftig entschieden hat. Diese Bestimmung findet auch auf Entscheidungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind.

Artikel 44

Anerkennung von vermögensrechtlichen Entscheidungen

Rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen in Zivil- und Familiensachen, die über vermögensrechtliche Ansprüche auf dem Gebiet eines Vertragspartners nach Inkrafttreten dieses Vertrages ergangen sind, werden auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners anerkannt und vollstreckt. Dies gilt auch für rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte in Strafsachen über Schadenersatzansprüche.

Artikel 45

Vollstreckung von Entscheidungen

(1) Für Entscheidungen der Gerichte des einen Vertragspartners, die nach den Bestimmungen des Artikels 44 auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners anerkannt werden, wird auf entsprechenden Antrag von dem zuständigen Gericht des anderen Vertragspartners die Vollstreckungsklausel erteilt. Vollstreckbare Urkunden werden wie gerichtliche Entscheidungen behandelt.

(2) Für die Erteilung der Vollstreckungsklausel und die Zwangsvollstreckung gelten die Vorschriften des Vertragspartners, auf dessen Gebiet die Vollstreckung stattfindet.

Artikel 46

(1) Für die Erteilung der Vollstreckungsklausel ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, auf dessen Gebiet die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

(2) Der Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel ist bei dem Gericht zu stellen, das in der ersten Instanz über die Sache entschieden hat, und wird dann an das Gericht abgegeben, das zur Entscheidung über den Antrag zuständig ist.

(3) Dem Antrag ist eine Übersetzung in der Sprache des ersuchten Vertragspartners oder in der russischen Sprache beizufügen. Die Übersetzung ist entsprechend Artikel 9 Abs. 2 dieses Vertrages zu beglaubigen.

Artikel 47

(1) Dem Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel sind beizufügen:

- a) eine Ausfertigung der Entscheidung mit der Bescheinigung der Rechtskraft;
- b) die Urschriften oder beglaubigten Abschriften der Urkunden, aus denen ersichtlich ist, daß dem Schuldner, der sich nicht auf das Verfahren eingelassen hat, die Ladung oder eine andere amtliche Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens rechtzeitig und in gehöriger Form zugestellt worden ist;
- c) beglaubigte Übersetzungen des Antrages und der unter a) und b) aufgeführten Urkunden.

(2) Mit dem Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel kann der Antrag auf Durchführung der Zwangsvollstreckung verbunden werden.

Artikel 48

Einwendungen des Schuldners

Bei dem Gericht, das über die Erteilung der Vollstreckungsklausel entscheidet, kann der Schuldner auch Einwendungen gegen ihre Zulässigkeit und gegen den in der Entscheidung festgestellten Anspruch geltend machen, soweit diese Einwendungen nach dem Recht des Vertragspartners zulässig sind, auf dessen Gebiet die Entscheidung erlassen wurde.

Artikel 49

Versagung der Vollstreckungsklausel

Die Erteilung der Vollstreckungsklausel kann außer den in Artikel 14 genannten Fällen verweigert werden:

- a) wenn sich der Antragsteller oder sein Gegner nicht in das Verfahren eingelassen haben, weil ihnen oder ihren Bevollmächtigten die Ladung nicht rechtzeitig und in gehöriger Form zugestellt wurde oder weil die Ladung nur im Wege der öffentlichen Zustellung oder in einer Form erfolgte, die von den Vorschriften dieses Vertrages abweicht;
- b) wenn die gerichtliche Entscheidung im Widerspruch zu einer rechtskräftigen früheren Entscheidung steht, die zwischen den gleichen Beteiligten über denselben Anspruch und aus dem gleichen Rechtsgrunde von einem Gericht des Vertragspartners erlassen wurde, auf dessen Gebiet die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf solche Fälle, in denen sich die Umstände, auf deren Grundlage die frühere gerichtliche Entscheidung den Inhalt oder den Zeitpunkt der Leistung festsetzte, wesentlich geändert haben.

Vollstreckung von Kostenentscheidungen

Artikel 50

(1) Wird einem Verfahrensbeteiligten, der nach Artikel 17 von der Sicherheitsleistung für Kosten befreit war, durch eine rechtskräftige Entscheidung die Verpflichtung zur Zahlung von gerichtlichen oder außergerichtlichen Kosten auferlegt, so wird für die Entscheidung über die der obsiegenden Partei zu erstattenden Kosten auf Antrag durch das zuständige Gericht des an-

deren Vertragspartners gebührenfrei die Vollstreckungsklausel erteilt.

(2) Entscheidungen im Sinne des Abs. 1 sind auch die Kostenfestsetzungsbeschlüsse.

Artikel 51

(1) Das Gericht, welches die Vollstreckungsklausel erteilt, beschränkt seine Überprüfung nur darauf, ob die Entscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist.

(2) Dem Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel werden die Ausfertigung der Kostenentscheidung und eine von demselben Gericht herausgegebene Bestätigung, daß die Entscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist, und die beglaubigten Übersetzungen dieser Schriftstücke beigelegt.

(3) Die Kosten für die Anfertigung der in Abs. 2 bezeichneten Übersetzungen werden als Teil der Kosten der Zwangsvollstreckung behandelt.

Artikel 52

(1) Soweit es sich um die Beitreibung offenstehender Gerichtskosten handelt, ersucht das in erster Instanz tätig gewordene Gericht des Vertragspartners, auf dessen Gebiet die Kostenforderung entstanden ist, das zuständige Gericht des anderen Vertragspartners um die Beitreibung der Gerichtskosten. Dieses leitet die Zwangsvollstreckung ein und überweist den beigetriebenen Betrag an die diplomatische oder konsularische Vertretung des anderen Vertragspartners.

(2) Dem Ersuchen sind beizufügen:

- a) die Kostenrechnung,
- b) die Bescheinigung über die Rechtskraft der zugrundeliegenden Entscheidung;
- c) beglaubigte Übersetzungen der Urkunden zu a) und b).

(3) Die Kosten für die Anfertigung der in Abs. 2 bezeichneten Übersetzungen werden als Teil der Kosten der Zwangsvollstreckung behandelt.

Artikel 53

Herausgabe von Sachen

Die Herausgabe von Sachen an eine Person, die ihren Wohnsitz auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners hat, erfolgt nach den für die Ausfuhr von Sachen oder für die Überweisung von Geldbeträgen geltenden innerstaatlichen Bestimmungen.

Artikel 54

Kosten der Zwangsvollstreckung

Für die Berechnung und Beitreibung der mit der Zwangsvollstreckung verbundenen Kosten gelten die gleichen Vorschriften wie im Falle der Vollstreckung der Entscheidung inländischer Gerichte.

Artikel 55

Vollstreckung aus Vergleichen

Die Bestimmungen der Artikel 44 bis 49, 53 und 54 über gerichtliche Entscheidungen sind entsprechend auch auf Vergleiche anzuwenden, die vor den Gerichten oder anderen staatlichen Organen abgeschlossen worden sind.

2. Abschnitt

RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN

Artikel 56

Auslieferungsstraftaten

(1) Die Vertragspartner liefern einander nach Maßgabe dieses Vertrages auf Ersuchen Personen aus, gegen die eine Strafverfolgung oder eine Strafvollstreckung durchgeführt werden soll.

(2) Die Auslieferung erfolgt nur wegen solcher Handlungen, die nach dem Recht beider Vertragspartner strafbar und mit einer Freiheitsstrafe, deren Höchstgrenze nach dem Gesetz mehr als ein Jahr beträgt, oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind (Auslieferungsstraftat).

Artikel 57

Ablehnung der Auslieferung

Die Auslieferung erfolgt nicht, wenn

- a) die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, Angehöriger des ersuchten Vertragspartners ist;
- b) die strafbare Handlung auf dem Gebiet des ersuchten Vertragspartners begangen ist;
- c) die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners wegen Verjährung oder aus einem anderen Grunde unzulässig sein würde;

- d) gegen den Täter wegen derselben strafbaren Handlung bereits ein Urteil oder eine andere das Verfahren abschließende Entscheidung eines Gerichts oder eines anderen Organs des ersuchten Vertragspartners ergangen ist;
- e) die strafbare Handlung nach dem Recht der beiden Vertragspartner im Wege der Privatklage verfolgt wird.

Artikel 58

Übernahme der Strafverfolgung

- (1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, auf Ersuchen des anderen Vertragspartners die Strafverfolgung nach den eigenen Gesetzen gegen seine Staatsangehörigen einzuleiten, wenn diese auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstraftat begangen haben.
- (2) Dem Ersuchen werden alle Beweisgegenstände beigelegt, die über die strafbare Handlung zur Verfügung stehen.
- (3) Der ersuchte Vertragspartner ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragspartner von dem Ausgang des Verfahrens zu benachrichtigen. Ist ein rechtskräftiges Urteil ergangen, so ist der Benachrichtigung eine Abschrift dieses Urteils beizufügen.

Artikel 59

Art des Verkehrs

In Sachen der Auslieferung und der Übernahme der Strafverfolgung verkehren die Minister der Justiz und die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner unmittelbar miteinander im Rahmen ihrer Zuständigkeit.

Artikel 60

Auslieferungsersuchen

- (1) Dem Ersuchen um Auslieferung sind beizufügen:
 - a) bei einem Ersuchen um Auslieferung zur Strafvollstreckung eine Ausfertigung des Urteils mit Begründung und mit der Bestätigung, daß es rechtskräftig geworden ist;
 - b) bei anderen Ersuchen eine beglaubigte Abschrift des Haftbefehls und die Beschreibung der strafbaren Handlung unter Darlegung des Sachverhalts und der Wortlaut der Gesetze, nach denen diese Handlung beurteilt wird. Bei strafbaren

Handlungen gegen das Vermögen ist außerdem die Höhe des durch die strafbare Handlung entstandenen oder zu erwartenden Schadens anzugeben.

(2) Nach Möglichkeit sind dem Ersuchen um Auslieferung eine Beschreibung des Auszuliefernden, Angaben über seine persönlichen Verhältnisse, seine Staatsangehörigkeit und seinen Aufenthaltsort sowie seine Fotografie und Fingerabdrücke beizufügen.

(3) Der ersuchende Vertragspartner ist nicht verpflichtet, dem Ersuchen Beweise für die Schuld der angeforderten Person beizufügen.

Artikel 61

Ergänzung des Auslieferungsersuchens

(1) Reichen die übersandten Unterlagen nicht zur Entscheidung über das Auslieferungsersuchen aus, so kann der ersuchte Vertragspartner deren Ergänzung verlangen. Er kann dem ersuchenden Vertragspartner eine angemessene Frist setzen, die nicht mehr als zwei Monate betragen soll. Auf entsprechendes Ersuchen kann die Frist verlängert werden.

(2) Gibt der ersuchende Vertragspartner innerhalb der ihm gesetzten Frist die zur Ergänzung des Ersuchens erforderlichen Erklärungen nicht ab, so kann der ersuchte Staat die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, aus der Haft entlassen.

Auslieferungshaft

Artikel 62

Geht ein Auslieferungsersuchen ein, so hat der ersuchte Vertragspartner unverzüglich Maßnahmen zur Verhaftung der Person zu treffen, um deren Auslieferung ersucht wird.

Artikel 63

(1) Schon vor Eingang des Auslieferungsersuchens sind Personen in Haft zu nehmen, um deren Verhaftung von einem Vertragspartner unter Berufung auf einen Haftbefehl, ein rechtskräftiges Urteil oder eine entsprechende andere gerichtliche Entscheidung und unter gleichzeitiger Ankündigung des Auslieferungsersuchens ersucht wird. Das Ersuchen um Verhaftung kann von den zuständigen Organen auf dem Postwege, telegrafisch, telefonisch oder durch Funkspruch gestellt werden.

(2) Auch ohne ein Ersuchen nach Abs. 1 kann in Haft genommen werden, wer dringend verdächtig ist, auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners eine Auslieferungsstraftat begangen zu haben.

(3) Von der Verhaftung (Abs. 1 und 2) ist der andere Vertragspartner unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 64

(1) Eine nach Artikel 63 Abs. 1 verhaftete Person kann freigelassen werden, wenn nicht innerhalb zweier Monate nach Absendung der Benachrichtigung über die Verhaftung ein Ersuchen um Auslieferung eingeht.

(2) Eine nach Artikel 63 Abs. 2 verhaftete Person kann freigelassen werden, wenn nicht innerhalb eines Monats nach der Absendung der Benachrichtigung von der Verhaftung ein Ersuchen nach Artikel 63 Abs. 1 eingeht. Das gleiche gilt, wenn nicht innerhalb eines weiteren Monats ein ordnungsgemäßes Ersuchen um Auslieferung eingeht.

Artikel 65

Aufschub der Auslieferung

Wird die Person, um deren Auslieferung ersucht worden ist, von einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragspartners wegen einer anderen strafbaren Handlung verfolgt oder ist sie von einem Gericht dieses Staates wegen einer anderen strafbaren Handlung verurteilt worden, so kann die Auslieferung aufgeschoben werden bis zur Einstellung des Verfahrens oder Verbüßung oder Erlaß der Strafe.

Artikel 66

Auslieferung auf Zeit

(1) Im Falle des Artikels 65 kann auf Ersuchen eine zeitweilige Auslieferung erfolgen, wenn durch den Aufschub der Auslieferung eine Verjährung oder eine erhebliche Gefährdung der Strafverfolgung eintreten würde.

(2) Die auf Zeit ausgelieferte Person wird nach Durchführung der Strafverfolgung, wegen der sie ausgeliefert wurde, wieder zurückgeführt.

Artikel 67

Mehrheit von Auslieferungsersuchen

Liegen Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten vor, so entscheidet der ersuchte Staat darüber, welchem Ersuchen entsprochen wird.

Artikel 68

Grenzen der Strafverfolgung

(1) Der Ausgelieferte darf ohne Zustimmung des ersuchten Vertragspartners nicht wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, wegen der die Auslieferung nicht erfolgt ist, verfolgt, bestraft oder einem dritten Staat ausgeliefert werden.

(2) Die Zustimmung nach Abs. 1 ist nicht erforderlich, wenn der Ausgelieferte innerhalb eines Monats nach Beendigung des Strafverfahrens und im Falle der Verurteilung nach Beendigung der Vollstreckung oder des Erlasses der Strafe das Gebiet des ersuchenden Vertragspartners nicht verläßt oder wenn er dorthin zurückkehrt. In diese Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in der der Ausgelieferte ohne sein Verschulden am Verlassen des Gebietes des ersuchenden Vertragspartners verhindert ist.

Artikel 69

Übergabe

Der ersuchte Vertragspartner ist verpflichtet, dem ersuchenden Vertragspartner den Ort und die Zeit der Auslieferung bekanntzugeben. Übernimmt der ersuchende Vertragspartner die auszuliefernde Person nicht innerhalb eines Monats nach dem festgesetzten Auslieferungszeitpunkt, so kann diese aus der Haft entlassen werden.

Artikel 70

Wiederholte Auslieferung

Entzieht sich der Ausgelieferte der Strafverfolgung und begibt er sich wieder auf das Gebiet des ersuchten Vertragspartners, so ist er auf Ersuchen zu verhaften und auszuliefern, ohne daß es der Vorlage der in Artikel 60 und 61 genannten Unterlagen bedarf.

Artikel 71

Bekanntgabe des Ergebnisses der Strafverfolgung

Der ersuchende Vertragspartner hat dem ersuchten Vertragspartner das Ergebnis der Strafverfolgung gegen den Ausgelieferten bekanntzugeben. Ist in der Sache ein rechtskräftiges Urteil ergangen, so ist eine Abschrift dieses Urteils zu übersenden. Dies gilt auch für die in Artikel 68 angeführten Fälle.

Artikel 72

Durchleitung

(1) Jeder Vertragspartner hat auf Ersuchen des anderen Vertragspartners den Transport solcher Personen durch sein Gebiet vorzunehmen, die ein dritter Staat dem anderen Vertragspartner ausliefert. Das gilt nicht, wenn nach den Bestimmungen dieses Vertrages keine Auslieferungspflicht bestehen würde.

(2) Ein Ersuchen nach Abs. 1 ist wie ein Auslieferungsersuchen zu stellen und zu behandeln.

Artikel 73

Ablehnung der Rechtshilfe

Rechtshilfe in Strafsachen wird außer in den in Artikel 14 genannten Fällen auch dann nicht gewährt, wenn

- a) die Rechtshilfe wegen einer Tat begehrt wird, die nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners nicht strafbar ist;
- b) Rechtshilfe wegen einer strafbaren Handlung begehrt wird, die nicht der Auslieferung unterliegt.

Artikel 74

Vorübergehende Überführung verhafteter Personen

(1) Werden Zeugen vorgeladen, die sich im Gebiet des ersuchten Vertragspartners in Haft befinden, so können die in Artikel 59 genannten Organe des Vertragspartners ihre Überführung auf das Gebiet des ersuchenden Vertragspartners unter der Bedingung anordnen, daß sie in Haft gehalten und nach ihrer Vernehmung baldmöglichst zurückgeführt werden.

(2) Werden Personen, die sich in einem dritten Staat in Haft befinden, von den Organen des ersuchenden Staates als Zeugen vorgeladen, so genehmigen die in Artikel 59 genannten Organe des ersuchten Vertragspartners den Hin- und Rücktransport durch das Gebiet ihres Staates unter Beachtung der Bestimmungen des Artikels 7.

Artikel 75

Herausgabe von Gegenständen

(1) Die Vertragspartner geben auf Ersuchen einander heraus:
a) Gegenstände, die durch die Auslieferungsstraftat erlangt worden sind;

b) Gegenstände, die mit der Auslieferungsstraftat zusammenhängen;

c) Gegenstände, die als Beweismittel für ein Strafverfahren von Bedeutung sein können, und zwar auch dann, wenn die Auslieferung des Täters wegen seines Todes, seiner Flucht oder aus anderen Gründen nicht vorgenommen werden kann.

(2) Werden die Gegenstände, um deren Herausgabe ersucht wird, von einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft des ersuchten Vertragspartners in einem Strafverfahren als Beweismittel benötigt, so kann die Herausgabe bis zur Beendigung dieses Verfahrens ausgesetzt werden.

(3) Die Rechte Dritter an den herauszugebenden Gegenständen bleiben unberührt. Gegenstände, an denen solche Rechte bestehen, sind nach Beendigung des Verfahrens dem ersuchten Vertragspartner zur Weitergabe an den Berechtigten zurückzugeben.

Artikel 76

Mitteilungen von Verurteilungen

- (1) Die Vertragspartner werden einander jährlich Mitteilung über rechtskräftige Verurteilungen geben, die von den Gerichten des einen Vertragspartners gegen Angehörige des anderen Vertragspartners gefällt wurden. Gleichzeitig werden sie Maßnahmen zur Übersendung von vorhandenen Fingerabdrücken der Verurteilten treffen.

(2) Die Vertragspartner erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über die Vorstrafen von Personen, die früher auf dem Gebiet des ersuchten Vertragspartners wohnhaft waren, wenn diese auf dem Gebiet des ersuchenden Vertragspartners strafrechtlich verfolgt werden.

Teil III

SCHLUSSEBESTIMMUNGEN

Artikel 77

Dieser Vertrag wird ratifiziert. Die Ratifikationsurkunden werden in kürzester Zeit in Tirana ausgetauscht.

Artikel 78

Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt fünf Jahre vom Tage des Inkrafttretens an gültig.*

Wenn nicht einer der Partner mindestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist den Vertrag kündigt, bleibt der Vertrag jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Dieser Vertrag ist in zwei Originalen, jedes in deutscher und in albanischer Sprache, ausfertigt worden. Beide Texte sind authentisch.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterschrieben und gegesigt.

Geschehen in Berlin, am 11. 1. 1959

In Vollmacht
des Präsidenten der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Otto Wäcker

In Vollmacht
des Präsidenten der Volks-
versammlung der Volks-
republik Albanien
(gez.) Ismet Shylla

VI. Tagung der Ständigen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien

Die VI. Tagung der Ständigen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien fand im April 1959 in Berlin statt.

Es wurden Beratungen geführt und Beschlüsse gefaßt über die gegenseitige Unterstützung der technisch-wissenschaftlichen

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 11. November 1959, der Vertrag tritt am 11. Dezember 1959 in Kraft.

Albanien

Fortschritts und die weitere Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien.

Durch die Unterstützung der Volksrepublik Albanien bei der Lösung technisch-wissenschaftlicher Probleme, besonders auf den Gebieten der Leichtindustrie, der Aufbereitung von Kupfererz, der Landwirtschaft und des Bauwesens, trägt die Deutsche Demokratische Republik zur beschleunigten Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in der Volksrepublik Albanien bei.

(ADN 24. 4. 59)

Verhandlungen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 und über Fragen der langfristigen ökonomischen Zusammenarbeit

In der Zeit vom 22. bis 30. Juni 1959 fanden in Tirana Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Volksrepublik Albanien und der Deutschen Demokratischen Republik über gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 und über wichtige Fragen der langfristigen ökonomischen Zusammenarbeit beider Staaten statt.

Die vorgesehene bedeutende Steigerung der gegenseitigen Warenlieferungen wird in erheblichem Maße zur schnelleren Entwicklung der Volkswirtschaften beider Staaten beitragen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird Erdöl, Chromerz, Kupfer, Furniere, Ölsardinen, Tabak, Südfrüchte und andere Waren beziehen und dafür Ausrüstungen und Material für den Aufbau und die Erweiterung einer Reihe von Industriebetrieben sowie chemische Erzeugnisse, Düngemittel, Industriewaren und andere Waren liefern.

Ein weiteres bedeutendes Ergebnis der Verhandlungen war die Festlegung einer langfristigen Perspektive für die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie und für eine engere Zusammenarbeit der Lebensmittelindustrie.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 15/59)

Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien haben,

geleitet von dem Wunsche, zur weiteren Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen und in einem Verträge die Grundbedingungen, die diese Beziehungen regeln, festzulegen,
beschlossen,

diesen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt abzuschließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt: der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,
Heinrich Rau,

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien

den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Volksverteidigung,

Beqir Balluku,

die nach Austausch ihrer in gehöriger Form und in voller Ordnung befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Vertragspartner werden alle notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung und Festigung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe sowie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ergreifen.

Zu diesem Zweck werden die Regierungen der Vertragspartner Vereinbarungen treffen, darunter auch langfristige, die die gegenseitigen Warenlieferungen und andere Bedingungen bestimmen, die die Entwicklung des Warenverkehrs in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft beider Staaten gewährleisten.

Artikel 2

Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Fragen, die den Handel, die Seeschifffahrt sowie

alle sonstigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten betreffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 2 gewähren sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Zollangelegenheiten, insbesondere hinsichtlich der Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben, der Lagerung der Waren unter Zollkontrolle, der Vorschriften und Förmlichkeiten, die für die Zollabfertigung der Waren maßgebend sind.

Artikel 4

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die aus dem Gebiet des einen Vertragspartners in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, unterliegen keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse irgendeines dritten Staates unterliegen.

Ebenso werden die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners bei der Ausfuhr nach dem Gebiet des anderen Vertragspartners keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei der Ausfuhr nach dem Gebiet irgendeines dritten Staates unterworfen sind.

Artikel 5

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners, die durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, werden bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen sie unterworfen sein würden, wenn sie unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt worden wären.

Diese Bestimmung findet auch auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse Anwendung, die während der Durchfuhr durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten einer Umladung, Umpackung oder Lagerung unterzogen wurden.

Artikel 6

Unter der Bedingung der Wiederausfuhr bzw. Wiedereinfuhr innerhalb der von der Zollverwaltung festgesetzten Frist und unter der Bedingung des Nachweises der Nämlichkeit werden bei der Ein- und Ausfuhr folgende Gegenstände von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben befreit:

- a) Gegenstände, die für Messen, Ausstellungen oder Ausschreibungen bestimmt sind;
- b) Gegenstände, die für die Durchführung von Versuchen oder Prüfungen bestimmt sind;
- c) Gegenstände, die zwecks Reparatur eingeführt und im reparierten Zustand wieder ausgeführt werden;
- d) Montagewerkzeuge und -instrumente, die von Monteuren ein- bzw. ausgeführt werden oder die ihnen nachgesandt werden;
- e) Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die zur Verarbeitung oder Veredelung eingeführt werden und im verarbeiteten bzw. veredelten Zustand wieder ausgeführt werden;
- f) markierte Behältnisse, die zum Zweck der Füllung eingeführt werden, sowie Behältnisse, in denen Einfuhrgegenstände enthalten sind und die nach Ablauf der festgesetzten Frist wieder ausgeführt werden.

Warenmuster, die nur als solche verwendet und in handelsüblichen Mengen versandt werden, sind von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben ohne weiteres befreit.

Artikel 7

Die Inlandsabgaben, die im Gebiet des einen Vertragspartners auf der Erzeugung, der Bearbeitung, dem Umlauf oder dem Verbrauch irgendeines Boden- und Gewerbeerzeugnisses ruhen, werden unabhängig davon, zu wessen Gunsten und in wessen Namen sie erhoben werden, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen Vertragspartners keinesfalls stärker belasten als die gleichartigen Erzeugnisse irgendeines dritten Staates.

Artikel 8

Keiner der Vertragspartner wird bezüglich der Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Vertragspartners oder bezüglich der Ausfuhr in das Gebiet des anderen Vertragspartners irgendwelche Beschränkungen oder Verbote anwenden, soweit solche nicht gegenüber allen anderen Staaten angewandt werden.

Die Vertragspartner behalten sich jedoch das Recht vor, aus Gründen der Sicherheit des Staates, der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, des Gesundheitsschutzes, des Tier- und Pflanzenschutzes, der Erhaltung von Kunstwerken sowie archäologischer und historischer Werte Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen zu erlassen, soweit solche Verbote oder Beschränkungen unter gleichartigen Umständen auch gegenüber jedem dritten Staat angewandt werden.

Artikel 9

Den Schiffen des einen Vertragspartners und ihren Ladungen wird beim Ein- und Auslaufen sowie während ihres Aufenthaltes in den Häfen des anderen Vertragspartners die Meistbegünstigung gewährt. Die Meistbegünstigung findet insbesondere Anwendung hinsichtlich:

- a) der Abgaben und Gebühren jeder Art, die im Namen oder für Rechnung des Staates, der Behörden oder anderer Organisationen erhoben werden;
- b) des Anlegens, der Beladung und Löschung der Schiffe in den Häfen und auf den Reeden;
- c) der Inanspruchnahme von Lotsendiensten, Kanälen, Schleusen, Brücken, Signalen und Beleuchtungen des Fahrwassers;
- d) der Benutzung von Kränen, Waagen, Lagern, Werften, Trockendocks und Reparaturwerkstätten;
- e) der Versorgung mit Brenn- oder Kraftstoffen, Schmiermitteln, Wasser und Proviant;
- f) der Anwendung aller Vorschriften einschließlich der sanitären und Quarantäneformalitäten.

Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die Ausübung der Hafendienste einschließlich der Lotsenbegleitung und des Bugsierdienstes sowie auf die Ausübung der Küstenschifffahrt (Kabotage). Als Kabotage gilt jedoch nicht die Fahrt der Schiffe des einen Vertragspartners aus einem Hafen des anderen Vertragspartners in einen seiner anderen Häfen, um dort eine aus dem Ausland herbeigebrachte Ladung zu löschen oder um eine Ladung an Bord zu nehmen, deren Bestimmungsort im Ausland liegt.

Artikel 10

Wenn ein Schiff des einen Vertragspartners an den Küsten des anderen Vertragspartners Schiffbruch erleidet oder in Seenot

gerät, so werden Schiff und Ladung dieselben Vergünstigungen und Rechte genießen, welche die Landesgesetzgebung den eigenen Schiffen in gleicher Lage gewährt. Dem Kapitän, der Besatzung und den Passagieren sowie dem Schiff und seiner Ladung werden jederzeit die notwendige Hilfe und Unterstützung in dem Maße zuteil, in dem sie den nationalen Schiffen in gleicher Lage gewährt werden.

Artikel 11

Die Nationalität der Schiffe der Vertragspartner wird gegenseitig anerkannt auf Grund der an Bord befindlichen Urkunden, die von den zuständigen Behörden entsprechend den Gesetzen und Bestimmungen des Vertragspartners, unter dessen Flagge das Schiff fährt, ausgestellt worden sind.

Die an Bord des Schiffes befindlichen Schiffsmeßbriefe und sonstigen Schiffspapiere, die von den zuständigen Behörden des einen Vertragspartners ausgestellt worden sind, werden von den Behörden des anderen Vertragspartners anerkannt.

In Übereinstimmung hiermit werden die Schiffe des einen Vertragspartners, die mit rechtmäßig ausgestellten Schiffsmeßbriefen versehen sind, in den Häfen des anderen Vertragspartners von einer nochmaligen Ausmessung befreit, und das reine Volumen des Schiffes, das in dem Brief angegeben ist, wird der Berechnung der Hafengebühren zugrundegelegt.

Artikel 12

Bei der Beförderung von Waren, Passagieren und Gepäck auf inländischen Land- und Wasserwegen sowie auf der Eisenbahn werden sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung bezüglich aller Fragen gewähren, die die Übernahme der Ladung zur Beförderung, die Art und Weise und die Kosten der Beförderung sowie die Abgaben, die mit der Beförderung zusammenhängen, betreffen.

Artikel 13

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners werden bei ihrer Durchfuhr durch das Gebiet des anderen Vertragspartners nach dem Gebiet eines dritten Staates nicht mit Zöllen, Steuern oder anderen Abgaben belegt.

Hinsichtlich der Transitvorschriften und -förmlichkeiten für die angeführten Erzeugnisse werden keine geringeren Vergünstigungen gewährt als bei den Transitladungen irgendeines dritten Staates.

Artikel 14

Juristische Personen, die ihren Sitz im Gebiet des einen Vertragspartners haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, werden auch im Gebiet des anderen Vertragspartners als zu Recht bestehend anerkannt. Ihre Zulassung zur geschäftlichen Tätigkeit im Gebiet des anderen Vertragspartners erfolgt in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung.

Artikel 15

Juristische Personen und Bürger des einen Vertragspartners werden im Gebiet des anderen Vertragspartners in allen Beziehungen dieselben Rechte und Vergünstigungen genießen, die den juristischen Personen und Bürgern irgendeines dritten Staates zuerkannt werden.

Artikel 16

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich nicht auf Rechte und Vergünstigungen, die jeder der Vertragspartner im Interesse der Erleichterung des Grenzhandelsverkehrs mit den benachbarten Staaten bereits gewährt hat oder noch gewähren wird.

Artikel 17

Die Vertragspartner gewährleisten die Vollstreckung von Schiedssprüchen in Streitigkeiten, die sich aus den von ihren juristischen Personen oder Behörden getätigten Handels- oder sonstigen Geschäften ergeben, vorausgesetzt, daß die Entscheidung der Streitigkeit durch das betreffende Schiedsgericht, welches speziell zu diesem Zweck gebildet worden ist bzw. ständig arbeitet, von den Parteien rechtsgültig vereinbart wurde.

Die Bewilligung der Vollstreckung wie auch die Vollstreckung des Schiedsspruches selbst erfolgt in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung des Staates, in dem der Schiedsspruch vollstreckt werden soll.

Artikel 18

Dieser Vertrag soll sobald wie möglich ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Tirana stattfindet, in Kraft.*

Der Vertrag bleibt in Kraft bis zum Ablauf einer sechsmonatigen Frist, gerechnet von dem Tage an, an dem einer der Vertragspartner seine Absicht bekannt gibt, die Gültigkeitsdauer zu beenden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in Berlin, am 8. Oktober 1959, in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und albanischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen
Demokratischen Republik
(gez.) Rau

In Vollmacht
des Präsidiums der Volksver-
sammlung der Volksrepublik
Albanien
(gez.) Balluku

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Repu- blik und der Volksrepublik Albanien über gegenseitige Waren- lieferungen für das Jahr 1960

Ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Albanien für das Jahr 1960 wurde am 15. November 1959 in Tirana unterzeichnet. Danach wird die DDR an Albanien Anlagen, Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, medizinische Apparate und Laborgeräte, Kunstdünger und verschiedene Chemikalien, Papier, Glas-erzeugnisse und Massenbedarfsgüter liefern. Die Volksrepublik Albanien wird in die DDR u. a. Erdöl, Chromerz, Bitumen, Kupfer, Tabak, Konserven, Obst, Gemüse und Felle exportieren. Die Verhandlungen verliefen im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses.

(ADN 16. 11. 59)

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am
21. März 1960.

**Glückwunschtelegramm
zum 15. Jahrestag der Befreiung Albaniens vom faschistischen
Joch am 29. November 1959**

Auszug

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, sandten an den Vorsitzenden des Präsidiums der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, den Ersten Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hodscha, und den Vorsitzenden des Ministerrates, Mehmet Shehu, zum 15. Jahrestag der Befreiung Albaniens vom faschistischen Joch ein Glückwunschtelegramm, in dem es heißt:

Mit großer Sympathie und brüderlicher Anteilnahme verfolgt die Bevölkerung der DDR den Kampf des albanischen Volkes, den Balkan- und Adriaraum in eine atom- und raketenwaffenfreie Zone zu verwandeln. Mit dem gleichen Enthusiasmus kämpfen die patriotischen Kräfte unseres Volkes für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die friedliche Lösung des Westberlinproblems. Wir danken dem albanischen Brudervolk für die uns dabei erwiesene Hilfe, die ein Ausdruck des gemeinsamen Kampfes gegen den aggressiven und revanchelüsternden deutschen Militarismus ist, durch den Westdeutschland zum Hauptgefahrenherd für den Frieden in Europa wurde.

Mit großer Freude und Genugtuung können wir feststellen, daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus ständig entwickeln und festigen. Die patriotischen Kräfte unserer Länder werden sich unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien weiterhin beim Aufbau des Sozialismus freundschaftliche und brüderliche Hilfe erweisen. Das wird zugleich ein Beitrag zur weiteren Festigung des unter der Führung der großen Sowjetunion stehenden sozialistischen Lagers sein, das neuen und noch größeren Erfolgen entgegengeht.

(ADN 29. 11. 59)

*

Die Staatsmänner der Volksrepublik Albanien dankten lt. ADN vom 19. 12. 59 für die Glückwünsche.

VOLKSREPUBLIK BULGARIEN

Verhandlungen

zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

In der Zeit vom 16. bis 20. März 1959 wurden in Berlin zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien Verhandlungen über die Entwicklung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und über die Erweiterung des Warenaustausches in den Jahren 1961 bis 1965 geführt.

Die geplanten gegenseitigen Lieferungen wichtiger Waren werden eine weitere Erhöhung des Warenaustausches gewährleisten. Die Volksrepublik Bulgarien wird der Deutschen Demokratischen Republik landwirtschaftliche Erzeugnisse in frischem und verarbeitetem Zustand, darunter Tomaten, Weintrauben, Aprikosen, verschiedene Konserven sowie Buntmetalle, Erzeugnisse der Elektrotechnik und andere Waren liefern.

Die Volksrepublik Bulgarien wird aus der Deutschen Demokratischen Republik insbesondere Industrieanlagen, Tagebaufördergeräte, verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie, des Maschinenbaues und der Leichtindustrie beziehen.

Zur Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit wurden u. a. auf den Gebieten der Buntmetallurgie und des Elektromaschinenbaues gemischte deutsch-bulgarische Spezialistengruppen gebildet.

Es wurden Vereinbarungen erzielt, die zur Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation der Industrieproduktion in beiden Ländern führen.

Die Verhandlungen, die im Geiste brüderlicher Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geführt wurden, werden zur weiteren Festigung der ökonomischen Beziehungen beider Länder beitragen.

Das Protokoll wurde von deutscher Seite vom Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Dr. Grete Wittkowski, und von bulgarischer Seite vom Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der Volksrepublik Bulgarien, Ognjan Tischomirow, unterzeichnet.

(Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 14/59)

**Vertrag
über Handel und Seeschifffahrt zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der
Volksrepublik Bulgarien**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien **h a b e n**,

geleitet von dem Wunsche, zur weiteren Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen,

b e s c h l o s s e n,

diesen Handels- und Seeschiffahrtsvertrag zu schließen und haben zu diesem Zweck als Bevollmächtigte ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

den Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
Heinrich Rau,

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien

den Minister für Handel Rajko Damjanow,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Vertragspartner werden alle notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung und Festigung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe sowie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ergreifen.

Zu diesem Zweck werden die Regierungen der Vertragspartner Vereinbarungen treffen, darunter auch langfristige, die die gegenseitigen Warenlieferungen und andere Bedingungen bestimmen, die die Entwicklung des Warenverkehrs in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaften beider Staaten gewährleisten.

Artikel 2

Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Fragen, die den Handel, die Seeschifffahrt sowie alle anderen Arten der wirtschaftlichen Tätigkeit in ihren Gebieten betreffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit Artikel 2 gewähren sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Zollangelegenheiten, insbesondere hinsichtlich der Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben, der Lagerung der Waren unter Zollkontrolle, der Vorschriften und Förmlichkeiten, die für die Zollabfertigung der Waren maßgebend sind.

Artikel 4

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die aus dem Gebiet des einen Vertragspartners in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, unterliegen keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse irgendeines dritten Staates unterliegen.

Ebenso werden die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners bei der Ausfuhr nach dem Gebiet des anderen Vertragspartners keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei der Ausfuhr nach dem Gebiet irgendeines dritten Staates unterworfen sind.

Artikel 5

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners, die durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, werden bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen sie unterworfen sein würden, wenn sie unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt worden wären.

Die Bestimmung des Absatz 1 findet auch auf Erzeugnisse Anwendung, die während der Durchfuhr durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten einer Umladung, Umpackung oder Lagerung unterzogen wurden.

Artikel 6

Bei Einhaltung der Vorschriften des jeweiligen Vertragspartners über die zeitweilige Ein- und Ausfuhr werden folgende Gegen-

stände bei ihrer Ein- und Ausfuhr von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben befreit:

- a) Gegenstände, die für Messen, Ausstellungen oder Ausschreibungen bestimmt sind;
- b) Gegenstände, die für die Durchführung von Versuchen oder Prüfungen bestimmt sind;
- c) Gegenstände, die zwecks Reparatur eingeführt und nach ihrer Reparatur wieder ausgeführt werden;
- d) Montagewerkzeuge und -instrumente, die von Monteuren eingeführt oder ihnen nachgesandt und wieder ausgeführt werden;
- e) Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die zur Verarbeitung oder Veredelung eingeführt werden und im verarbeiteten bzw. veredelten Zustand wieder ausgeführt werden;
- f) markierte Behältnisse, die zum Zwecke der Füllung eingeführt werden, sowie Behältnisse, in denen Einfuhrgegenstände enthalten sind und die nach Ablauf der festgesetzten Frist wieder ausgeführt werden.

Warenmuster und Werbematerialien, die nur als solche verwendet und in handelsüblichen Mengen versandt werden, sind von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben befreit.

Artikel 7

Die Inlandsabgaben, die im Gebiet des einen Vertragspartners auf der Erzeugung, der Bearbeitung, dem Umlauf oder dem Verbrauch irgendeines Erzeugnisses ruhen, werden unabhängig davon, auf wessen Rechnung und in wessen Namen sie erhoben werden, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen Vertragspartners keinesfalls stärker belasten als die gleichartigen Erzeugnisse irgendeines dritten Staates.

Artikel 8

Keiner der Vertragspartner wird bezüglich der Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Vertragspartners oder bezüglich der Ausfuhr nach dem Gebiet des anderen Vertragspartners irgendwelche Beschränkungen oder Verbote anwenden, soweit solche nicht gegenüber allen anderen Staaten angewandt werden.

Die Vertragspartner behalten sich jedoch das Recht vor, aus Gründen der Sicherheit des Staates, der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, des Gesundheitsschutzes, des Tier-

und Pflanzenschutzes, der Erhaltung von Kunstwerken sowie archäologischer und historischer Werte Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen zu erlassen, soweit solche Verbote oder Beschränkungen unter gleichartigen Umständen auch gegenüber jedem dritten Staate angewandt werden.

Artikel 9

Den Schiffen des einen Vertragspartners, ihren Ladungen und Besatzungen wird beim Ein- und Auslaufen sowie während ihres Aufenthaltes in den Häfen des anderen Vertragspartners die Meistbegünstigung gewährt. Die Meistbegünstigung findet insbesondere Anwendung hinsichtlich:

- a) der Abgaben und Gebühren jeder Art, die im Namen oder für Rechnung des Staates, der Gemeinden, der Behörden oder anderer Organisationen erhoben werden;
- b) des Anlegens, der Beladung und Löschung der Schiffe in den Häfen und auf den Reeden;
- c) der Inanspruchnahme von Lotsen- und Bugsierdiensten, Kanälen, Schleusen, Brücken, Signalen und Beleuchtungen des Fahrwassers;
- d) der Benutzung von Kränen, Waagen, Lagern, Werften, Trok-kendocks und Reparaturwerkstätten;
- e) der Versorgung mit Brenn- oder Kraftstoffen, Schmiermitteln, Wasser und Proviant;
- f) der Anwendung aller Vorschriften einschließlich der sanitären und Quarantäne-Formalitäten.

Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die Ausübung der Hafendienste einschließlich der Lotsenbegleitung und des Bugsierdienstes sowie auf die Ausübung der Küstenschifffahrt (Kabotage).

Als Kabotage gilt jedoch nicht die Fahrt der Schiffe des einen Vertragspartners aus einem Hafen des anderen Vertragspartners in einen seiner anderen Häfen, um dort eine aus dem Ausland herbeigebrachte Ladung zu löschen oder um eine Ladung an Bord zu nehmen, deren Bestimmungsort im Ausland liegt.

Artikel 10

Wenn ein Schiff des einen Vertragspartners an der Küste des anderen Vertragspartners Schiffbruch erleidet oder in Seenot gerät, so genießen Schiff und Ladung dieselben Rechte und Ver-

günstigungen, welche die Gesetzgebung des Landes den nationalen Schiffen und ihren Ladungen in gleicher Lage gewährt. Dem Kapitän, der Besatzung und den Passagieren sowie dem Schiff und seiner Ladung werden jederzeit die notwendige Hilfe und Unterstützung in dem Maße zuteil, in dem sie den nationalen Schiffen in gleicher Lage gewährt werden.

Die von einem Schiff, das Schiffbruch erlitten hat oder in Seenot geraten ist, geborgenen Gegenstände werden nicht mit Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben belegt, es sei denn, daß sie der Verwertung im Inland zugeführt werden.

Artikel 11

Die Nationalität der Schiffe der Vertragspartner wird gegenseitig anerkannt auf Grund der an Bord befindlichen Urkunden, die von den zuständigen Behörden entsprechend den Gesetzen und Bestimmungen des Vertragspartners, unter dessen Flagge das Schiff fährt, ausgestellt worden sind.

Die an Bord des Schiffes befindlichen Schiffsmeßbriefe und sonstigen Schiffspapiere, die von den zuständigen Behörden des einen Vertragspartners ausgestellt worden sind, werden von den Behörden des anderen Vertragspartners anerkannt. In Übereinstimmung hiermit werden die Schiffe des einen Vertragspartners, die mit rechtmäßig ausgestellten Meßbriefen versehen sind, in den Häfen des anderen Vertragspartners von einer nochmaligen Ausmessung befreit und das reine Volumen des Schiffes, das in dem Brief angegeben ist, wird der Berechnung der Hafengebühren zugrunde gelegt.

Artikel 12

Bei der Beförderung von Waren, Passagieren und Gepäck auf inländischen Land- und Wasserwegen sowie auf der Eisenbahn gewähren sich beide Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung bezüglich aller Fragen, die die Übernahme der Ladung zur Beförderung, die Art und Weise und die Kosten der Beförderung sowie die Abgaben, die mit der Beförderung zusammenhängen, betreffen.

Artikel 13

Die Boden- und Gewerbezeugnisse des einen Vertragspartners werden bei ihrer Durchfuhr durch das Gebiet des anderen Ver-

tragspartners nach dem Gebiet eines dritten Staates nicht mit Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben belegt.

Hinsichtlich der Transitvorschriften und -förmlichkeiten für die angeführten Erzeugnisse werden keine geringeren Vergünstigungen gewährt als bei den Transitladungen irgendeines dritten Staates.

Artikel 14

Juristische Personen, die ihren Sitz im Gebiet des einen Vertragspartners haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, werden auch im Gebiet des anderen Vertragspartners als zu Recht bestehend anerkannt. Ihre Zulassung zur geschäftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners geschieht in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung.

Artikel 15

Die juristischen Personen sowie die Bürger des einen Vertragspartners genießen im Gebiet des anderen Vertragspartners in jeder Beziehung dieselben Rechte und Vergünstigungen, die den juristischen Personen und Bürgern irgendeines dritten Staates zuerkannt werden.

Artikel 16

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich nicht auf die Rechte und Vergünstigungen, die jeder der Vertragspartner zur Erleichterung des Grenzhandelsverkehrs mit den benachbarten Staaten bereits gewährt hat oder noch gewähren wird.

Artikel 17

Die Vertragspartner gewährleisten die Vollstreckung von Schiedssprüchen in Streitigkeiten, die sich aus den von ihren juristischen Personen oder Behörden getätigten Handels- oder sonstigen Geschäften ergeben, vorausgesetzt, daß die Beilegung der Streitigkeit durch das betreffende Schiedsgericht von den Parteien rechtsgültig vereinbart wurde.

Die Bewilligung der Vollstreckung wie auch die Vollstreckung der Schiedssprüche selbst geschieht in Übereinstimmung mit der

Gesetzgebung des Staates, in dem der Schiedsspruch vollstreckt werden soll.

Artikel 18

Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt am Tage des in Berlin erfolgenden Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.*

Der Vertrag bleibt solange gültig, bis er von einem der Vertragspartner unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten schriftlich gekündigt wird.

Ausgefertigt in Warna am 16. Juli 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in bulgarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen
Demokratischen Republik
(gez.) Rau

In Vollmacht
des Präsidiums der Volksver-
sammlung der Volksrepublik
Bulgarien
(gez.) R. Damjanow

**XIII. Tagung der Ständigen Kommission
für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der
Deutschen Demokratischen Republik und der
Volksrepublik Bulgarien**

Die XIII. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien, die vom 28. Juli bis 3. August 1959 in Berlin stattfand, verlief im Geiste der brüderlichen sozialistischen Zusammenarbeit. Es wurden Vereinbarungen über den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Dokumentationen im Interesse der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder getroffen. Die Deutsche Demokratische Republik wird der Volksrepublik Bulgarien technisch-wissenschaftliche Unterstützung u. a. auf dem Gebiet der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, bei der

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am
11. November 1959.

Kunststoffproduktion und -verarbeitung sowie bei der landwirtschaftlichen Produktion gewähren. Die Volksrepublik Bulgarien vermittelt der Deutschen Demokratischen Republik u. a. ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der geologischen Untersuchungen, in einigen Zweigen des Textilmaschinenbaus und der Landwirtschaft.

(ADN 15. 8. 59)

**Glückwunschtelegramm
zum 15. Jahrestag der Befreiung Bulgariens vom Faschismus
am 9. September 1959**

Auszug

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, übermittelten dem Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien, Dimitr Ganew, dem Vorsitzenden des Ministerrates, Anton Jugow, und dem Ersten Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow, zum Nationalfeiertag des bulgarischen Volkes, dem 15. Jahrestag der Befreiung Bulgariens vom monarchofaschistischen Joch, ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm. In dem Telegramm heißt es:

Seit jenen historischen Septembertagen des Jahres 1944, mit denen eine neue Epoche in der Geschichte des bulgarischen Volkes begann, errangen die Werktätigen Ihres Landes, im engen brüderlichen Bündnis mit den Völkern der Sowjetunion und der anderen Länder des sozialistischen Lagers, gewaltige Erfolge. Mit großem Enthusiasmus, Fleiß und Ausdauer verwandelte das bulgarische Volk das einst rückständige Bulgarien in ein Land mit einer modernen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft. Heute kämpft das bulgarische Volk, angespornt durch die Beschlüsse des VII. Parteitages der Bulgarischen Kommunistischen Partei, in einer großen und mächtigen Volksbewegung für die Erfüllung des dritten Fünfjahrplanes in drei bis vier Jahren.

Die Bevölkerung der DDR dankt den bulgarischen Arbeitern, Bauern und Angehörigen der schaffenden Intelligenz für die

Solidarität, die sie dem deutschen Volk bei seiner gerechten Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und im Kampf zur Bändigung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus erweisen.

Mit besonderer Freude und Genugtuung können wir feststellen, daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, deren historische Wurzeln im Kampfbündnis unserer marxistisch-leninistischen Parteien liegen, ständig entwickeln und festigen. Aus dem gemeinsamen Kampf und der engen Freundschaft unserer großen unsterblichen Söhne Ernst Thälmann und Georgi Dimitroff erwuchs die tiefe brüderliche Verbundenheit unserer Völker.

Unsere unverbrüchliche Freundschaft zur mächtigen Sowjetunion, die an der Spitze des sozialistischen Lagers steht, und die Gemeinsamkeit unserer Ziele werden auch in Zukunft die Richtschnur für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen sein.

(ADN 8. 9. 59)

**Unterzeichnung eines Abkommens
zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Bulgarien über den gegenseitigen
Warenaustausch für das Jahr 1960**

Ein Abkommen über den gegenseitigen Warenaustausch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien für 1960 wurde am 14. November 1959 in Berlin abgeschlossen. Das Protokoll wurde von den stellvertretenden Außenhandelsministern Erich Wächter und Dobri Alexiew unterzeichnet. Das vorgesehene Volumen des Warenaustausches wird gegenüber 1959 um etwa 50 Prozent gesteigert.

Die Deutsche Demokratische Republik liefert entsprechend diesem Abkommen u. a. komplette Industrieausrüstungen, Erzeugnisse des Maschinenbaus, Kraftfahrzeuge, chemische Produkte und verschiedene Gebrauchsgüter. Bulgarien wird Buntmetalle, Erzeugnisse des Maschinenbaus, Obst und Gemüse und andere Artikel liefern.

(Neues Deutschland, Berlin 15. 11. 59)

VOLKSREPUBLIK CHINA

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China

Auf Einladung der Regierung der Volksrepublik China weilte in der Zeit vom 22. bis 29. Januar 1959 eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, zu einem Freundschaftsbesuch in der Volksrepublik China.*

Während ihres Besuches in der Volksrepublik China besichtigte die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik Industriebetriebe, Volkskommunen sowie kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen. Das chinesische Volk bereitete den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik überall einen herzlichen Empfang, der die brüderliche Freundschaft zwischen beiden Völkern erneut bekräftigte.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wurde vom Vorsitzenden der Volksrepublik China, Mao Tse-tung, empfangen.

Zwischen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und einer Regierungsdelegation der Volksrepublik China unter Leitung von Ministerpräsident Tschou En-lai fanden gemäß Artikel 2 des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China** Konsultationen über beide Seiten interessierende internationale Fragen, über die Lage in Deutschland und in China sowie über Fragen der Erweiterung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China statt. Die Beratungen verliefen im Geiste der Brüderlichkeit. Beide Seiten stellten mit Genugtuung fest, daß in allen erörterten Fragen völlige Übereinstimmung der Auffassungen besteht.

* Siehe Zeittafel: 4. bis 29. Januar 1959.

** Siehe Band III, S. 424 ff., oder Band IV, S. 95 ff.

An den Beratungen nahmen teil:

von seiten der Deutschen Demokratischen Republik:

Dr. Lothar Bolz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten; Sepp Schwab, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten; Gerhard Weiß, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel; Professor Dr. h. c. Manfred von Ardenne, Mitglied des Forschungsrates und des Wissenschaftlichen Beirates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik; Dr. h. c. Paul Wandel, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China;

von seiten der Volksrepublik China:

Tschen I, Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Staatsrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten; Je Tschihdschuan, Minister für Außenhandel; Tseng Jung-tschuan, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten; Lin Hai-yün, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel; Tschien San-tschan, Direktor des Forschungsinstituts für Atomenergie bei der Akademie der Wissenschaften Chinas; Wang Kuo-tschuan, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik.

I.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß sich seit dem Besuch einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China im Dezember 1955 das Kräfteverhältnis in der Welt wesentlich zugunsten des Friedens und des Sozialismus verändert hat. Die Kräfte des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze sind bedeutend gewachsen. Die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus beruhende Einheit des sozialistischen Lagers hat sich weiter gefestigt.

Die Kontrollziffern des Siebenjahrplanes der Sowjetunion und der Abschluß der kosmischen Rakete haben erneut die Überlegenheit des sozialistischen Systems bewiesen und die Zuversicht der Völker im Kampf für den Weltfrieden und den Fortschritt der Menschheit gestärkt.

Die Bewegung gegen den Kolonialismus und für die nationale Unabhängigkeit in Asien, Afrika und Lateinamerika befindet

sich weiterhin im Aufschwung und hat zu bedeutenden Erfolgen geführt. Beide Seiten begrüßen diese Erfolge von ganzem Herzen und bringen ihre Sympathie für den nationalen Befreiungskampf der Völker zum Ausdruck, wie er sich gegenwärtig insbesondere im Kampf der Völker auf Kuba und im Kongo für Unabhängigkeit und Freiheit zeigt. Sie werden diesen Kampf auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit unterstützen.

Die Lage der kapitalistischen Welt ist durch die wachsende Wirtschaftskrise und die Verschärfung der inneren Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und im Innern eines jeden von ihnen gekennzeichnet. Die Kräfte des Imperialismus, in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, die eine Politik der Verschärfung des kalten Krieges und der Aggression betreiben, sich in gröblicher Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen und mit allen Kräften versuchen, die nationale Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu unterdrücken, haben auf Grund des entschiedenen Auftretens der friedliebenden Völker der Welt wiederholt schwere Niederlagen erlitten. Die reaktionären Pläne der Imperialisten werden stets scheitern, wenn alle friedliebenden Staaten und Völker ihre Wachsamkeit erhöhen und ihre Kräfte vereinen.

Beide Seiten unterstützen nachhaltig die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, zur allgemeinen Abrüstung und zum endgültigen Verbot der Versuche, der Herstellung und der Anwendung von Kernwaffen sowie zur Beseitigung der Militärstützpunkte auf den Territorien anderer Staaten. Sie werden ihre Bemühungen um die Verwirklichung dieser Vorschläge fortsetzen. Beide Seiten bekräftigen ihre Unterstützung der Initiative der Regierung der Volksrepublik Polen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als einen wichtigen Schritt zur Entspannung der Lage in Europa und zur Sicherung des Friedens in der Welt.

Beide Seiten verurteilen die Sabotierung der Genfer Abkommen von 1954 über die Wiederherstellung des Friedens in Indochina und die Verhinderung der friedlichen Wiedervereinigung Vietnams durch die Vereinigten Staaten von Amerika und die Behörden Südvietnams. Gleichzeitig unterstützen sie mit aller Kraft die Anstrengungen der Demokratischen Republik Vietnam für die Wiederherstellung der Einheit Vietnams auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Beide Seiten stellen fest, daß auch nach dem Abzug der chinesischen Volksfreiwilligen aus Korea sich die amerikanischen Aggressionstruppen ohne jeden Grund in Südkorea festsetzen und die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin die friedliche Lösung der Koreafrage verhindern. Beide Seiten fordern energisch von den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Staaten, die an den sogenannten UNO-Truppen beteiligt sind, den Abzug aller ihrer Streitkräfte aus Südkorea und unterstützen mit allen Kräften den Kampf des koreanischen Volkes für die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes.

Beide Seiten geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Völker in der Lage sind, durch entschlossenes Handeln die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Staats- und Gesellschaftsordnung in immer breiterem Umfang durchzusetzen.

II.

Bei der Behandlung der Lage in Deutschland kamen beide Staaten übereinstimmend zu der Auffassung, daß dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland größte Bedeutung zukommt. Angesichts der Tatsache, daß mit Hilfe der aggressiven Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika in Westdeutschland die Herrschaft des Monopolkapitals und der Militarismus wiedererstanden sind, daß Westdeutschland in den aggressiven Kriegsblock der NATO eingegliedert wurde und versucht, die kolonialistische Politik wiederzubeleben, daß die in Westdeutschland herrschenden Kreise alle Mittel auf die Vorbereitung eines Revanchekrieges mit Atomwaffen konzentrieren, wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein wirksames Mittel, um die Entwicklung in Westdeutschland in friedliche Bahnen zu lenken. Gleichzeitig würde der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Entspannung der Lage in Europa und zur Sicherung des Weltfriedens beitragen und die nationale Wiedergeburt Deutschlands wesentlich erleichtern. Beide Seiten begrüßen den Vorschlag der Sowjetregierung vom 10. Januar 1959 über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die baldige Einberufung einer Friedenskonferenz.

Die Regierung der Volksrepublik China brachte ihre Anerkennung für die unermüdlichen Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik um die Schaffung eines einheitlichen, fried-

liebenden und demokratischen Deutschlands zum Ausdruck. Sie unterstützt mit ganzer Kraft den Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik zur Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten und den kürzlich von der Sowjetunion unterbreiteten Vorschlag zur Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.

Die Regierung der Volksrepublik China würdigt die großen Erfolge, die die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus und bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern erzielt hat. Der Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in einigen Ländern Asiens und Afrikas wird zweifellos zur weiteren Stärkung der Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit diesen Ländern beitragen.

Die Regierung der Volksrepublik China erklärt mit Nachdruck, daß sie jeden Anschlag der imperialistischen Mächte gegen die Deutsche Demokratische Republik als einen Angriff auf das ganze sozialistische Lager betrachten und die Deutsche Demokratische Republik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der Abwehr eines solchen Anschlages unterstützen wird.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik war tief beeindruckt von der großen Arbeitsbegeisterung des chinesischen Volkes beim sozialistischen Aufbau, von dem stürmischen Entwicklungstempo der Industrie und der Landwirtschaft sowie von der Bewegung der Volkskommunen. Die Regierungsdelegation ist der Ansicht, daß in der Volksrepublik China die Entwicklung des Systems der Volkskommune auf dem Lande bedeutend zum beschleunigten sozialistischen Aufbau beiträgt. Sie bringt ihre Bewunderung für die Bewegung des „großen Sprungs nach vorn“ zum Ausdruck, den das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und der Regierung der Volksrepublik China vollbringt.

Beide Seiten verurteilen energisch die verstärkten Versuche der Vereinigten Staaten von Amerika, „zwei Chinas“ mit dem Ziel zu konstruieren, das Komplott zur Verewigung der Besetzung Taiwans durchzusetzen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt erneut, daß sie den gerechten Standpunkt der Regierung der Volksrepublik China und des chinesischen Volkes in bezug auf die Forderung nach dem Abzug der

amerikanischen Aggressionstruppen von Taiwan, den Penghu-Inseln und aus der Taiwan-Straße vollauf unterstützt.

III.

Beide Seiten tauschten ihre Meinungen über die weitere Verstärkung der brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aus. Sie stellten mit großer Befriedigung fest, daß sich diese Beziehungen auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und in Übereinstimmung mit dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955* wesentlich entwickelt und vertieft haben. Das findet seinen Niederschlag in den ständigen Konsultationen beider Staaten zu wichtigen internationalen Fragen, in der Erweiterung und Verstärkung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit.

Beide Seiten erklären ihre Entschlossenheit, die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China auch in Zukunft allseitig weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wurde ein Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China** unterzeichnet.

Es wurde vereinbart, in Schanghai ein Generalkonsulat der Deutschen Demokratischen Republik zu eröffnen*** und einen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen beiden Staaten abzuschließen†. Ferner kamen beide Seiten überein, das Außenhandelsvolumen für das Jahr 1959 zu erhöhen†† sowie ein langfristiges Handelsabkommen abzuschließen.

Beide Seiten erklären, daß sie auch künftig in noch stärkerem Maße ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus austauschen und sich mit allen Kräften gegenseitig unterstützen werden.

Beide Seiten stellen übereinstimmend fest, daß die Richtigkeit der Erklärung der 12 kommunistischen und Arbeiterparteien

* Siehe Band III, S. 424 ff., oder Band IV, S. 95 ff.

** Siehe S. 335 ff.

*** Siehe Zeittafel: 25. Mai 1959.

† Das Abkommen wurde am 18. Januar 1960 abgeschlossen, erscheint in Band VIII.

†† Siehe S. 342 f.

der sozialistischen Länder und des Friedensmanifestes der 64 kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 durch die Praxis eindeutig bewiesen wurde. Sie werden sich auch künftig von den in diesen Dokumenten festgelegten Prinzipien leiten lassen.

Beide Seiten erklären erneut, daß sie auch in Zukunft unermüdlich die Einheit des sozialistischen Lagers stärken und festigen werden. In Verbindung damit geben sie ihrer Entschlossenheit Ausdruck, weiterhin den modernen Revisionismus, der mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar ist, zu bekämpfen.

Beide Seiten stimmen überein, daß der Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China und die Beratungen zwischen den führenden Persönlichkeiten beider Länder die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen weiterhin fördern und zugleich einen Beitrag zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und zur Erhaltung des Weltfriedens darstellen.

Peking, den 27. Januar 1959

Der Ministerpräsident der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) O. Grotewohl

Der Amtierende Minister-
präsident des Staatsrates
der Volksrepublik China
(gez.) Tschen I

Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Vorsitzende der Volksrepublik China haben, von dem Wunsch geleitet, die konsularischen Beziehungen zwischen beiden Staaten enger zu gestalten, beschlossen, nachfolgenden Vertrag abzuschließen und zu diesem Zweck zu ihren bevollmächtigten Vertretern ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen
Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz,

der Vorsitzende der Volksrepublik China
den stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrates
und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volks-
republik China, Tschen I.

Die bevollmächtigten Vertreter beider Seiten sind nach gegenseitiger Prüfung der in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten in folgendem übereingekommen:

I.

ENTSENDUNG UND AUFNAHME VON KONSULN

Artikel 1

Die beiden vertragschließenden Seiten erklären ihr Einverständnis, gegenseitig Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln (im folgenden allgemein Konsuln genannt) zuzulassen. Vor ihrer Ernennung durch den Entsendestaat ist die Zustimmung des anderen Vertragspartners hinsichtlich der Personen der Konsuln und ihrer Konsularbezirke einzuholen.

Artikel 2

Die Konsuln beginnen mit der Ausübung ihrer Tätigkeit nach Ernennung durch den Entsendestaat und nach Erteilung des Exequaturs durch den Empfangsstaat. In der Ernennungs-urkunde der Konsuln und im Exequatur ist der Konsularbezirk zu bezeichnen.

Artikel 3

- (1) Die Tätigkeit der Konsuln endet durch Abberufung, durch Widerruf des Exequaturs oder durch Todesfall.
- (2) Wenn ein Konsul durch Todesfall, durch Abberufung, durch vorübergehende Abwesenheit oder aus anderen Gründen seine Tätigkeit nicht ausüben kann, so ist sein jeweiliger Stellvertreter oder ein im Empfangsstaat tätiger diplomatischer Mitarbeiter des Entsendestaates des Konsuls berechtigt, zeitweilig die Funktion des Konsuls vertretungsweise auszuüben. Name und Funktion dieser Person sind vorher dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates mitzuteilen. Die Personen, die zeitweilig die Funktion als Konsul vertretungsweise ausüben, genießen alle Rechte, Vorrechte und Befreiungen, die der vorliegende Vertrag den Konsuln gewährt.

II.

DIE VORRECHTE UND BEFREIUNGEN DER KONSULN

Artikel 4

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Konsuln und den Mitarbeitern der Konsuln die reibungslose Durchführung ihrer dienstlichen Tätigkeit. Die Organe des Empfangsstaates gewähren den Konsuln und den Mitarbeitern der Konsuln bei der Durchführung ihrer dienstlichen Tätigkeit die notwendige Unterstützung.

(2) Die Amtsräume der Konsuln sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen ohne vorherige Zustimmung der Konsuln keinerlei Zwangsmaßnahmen in den Diensträumen der Konsuln ergreifen.

(3) Die Archive der Konsuln sind unverletzlich. In den Archiven dürfen keine Privatpapiere der Konsuln und ihrer Mitarbeiter aufbewahrt werden.

(4) Der dienstliche Schriftverkehr ist unverletzlich und keiner Durchsicht unterworfen. Das gleiche gilt auch für Telegramme, Telefongespräche und Fernschreiben.

(5) Im Verkehr mit den Regierungsorganen des Entsendestaates können die Leiter der Konsulate Chiffren benutzen. Für die Übermittlung können sie den von den auswärtigen Organen des Entsendestaates eingerichteten diplomatischen Kurierdienst benutzen. Für die Leiter der Konsulate gelten bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel die gleichen Gebührentarife wie für diplomatische Vertreter.

Artikel 5

Die Konsuln haben das Recht, an ihrem Amtsgebäude das Wappen des Entsendestaates und eine Inschrift mit der Bezeichnung des Konsulates anzubringen. An den Amtsgebäuden der Konsuln und an den Fahrzeugen der Leiter der Konsulate kann die Flagge des Entsendestaates angebracht werden.

Artikel 6

Die Konsuln unterliegen bei der Ausübung ihrer konsularischen Tätigkeit nicht der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

Artikel 7

Die Konsuln sind verpflichtet, in Angelegenheiten, die nicht Gegenstand ihrer dienstlichen Tätigkeit sind, vor den Gerichten des Empfangsstaates zu erscheinen und Zeugnis abzulegen. Sind die Konsuln aus bestimmten Gründen nicht in der Lage, vor Gericht zu erscheinen und Zeugnis abzulegen, so können sie in ihrer Wohnung Zeugnis ablegen oder ihre Zeugenaussage in schriftlicher Form machen.

Artikel 8

(1) Die Konsuln und die Mitarbeiter der Konsuln, die die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, sind von militärischen und anderen Dienstleistungen sowie von der Entrichtung direkter Steuern befreit.

(2) Die Amtsräume und die Wohnungen der Konsuln sind von militärischen und anderen Dienstleistungen befreit.

(3) Hinsichtlich der Zölle genießen die Konsuln auf der Basis der Gegenseitigkeit die gleichen Befreiungen wie Diplomaten. Die Mitarbeiter der Konsuln genießen die gleiche Behandlung wie die nichtdiplomatischen Mitarbeiter der Botschaft.

Artikel 9

Die Bestimmungen des Artikels 8 gelten auch für die Ehegatten und minderjährigen Kinder, die mit den Konsuln zusammenleben.

III.

DIE AMTSBEFUGNISSE DER KONSULN

Artikel 10

(1) Die Konsuln nehmen die Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Bürger und juristischen Personen wahr.

(2) In Ausübung ihrer konsularischen Tätigkeit können die Konsuln die zuständigen Organe in ihrem Konsularbezirk um Unterstützung ersuchen und wegen Handlungen, die Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Bürger und juristischen Personen verletzen, vorstellig werden.

Artikel 11

Die Konsuln haben das Recht, Bürger des Entsendestaates, die sich ständig oder zeitweilig in ihrem Konsularbezirk aufhalten, zu registrieren.

Artikel 12

(1) Die Konsuln haben das Recht, den Bürgern des Entsendestaates Pässe auszustellen.

(2) Die Konsuln erteilen Personen, die den Entsendestaat betreten oder verlassen, die erforderlichen Visa.

Artikel 13

Die Konsuln nehmen unter Einhaltung der Gesetze des Empfangsstaates Anträge von fremden Staatsangehörigen und Staatenlosen auf Verleihung der Staatsangehörigkeit des Entsendestaates entgegen.

Artikel 14

Die Konsuln haben das Recht, in ihren Amtsräumen und Wohnungen, in den Wohnungen der Bürger des Entsendestaates und auf den Schiffen und Flugzeugen, die die Flagge oder das Wappen des Entsendestaates führen, folgende Handlungen vorzunehmen:

1. Aufnahme, Ausfertigung oder notarielle Beglaubigung von Erklärungen der Bürger des Entsendestaates;
2. Aufnahme, Ausfertigung, notarielle Beglaubigung oder Verwahrung von letztwilligen Verfügungen, einseitigen Erklärungen und anderen Urkunden der Bürger des Entsendestaates;
3. Aufnahme, Ausfertigung oder notarielle Beglaubigung von Rechtsgeschäften zwischen Bürgern des Entsendestaates; Aufnahme, Ausfertigung oder notarielle Beglaubigung von Rechtsgeschäften zwischen Bürgern des Entsendestaates und des Empfangsstaates, soweit sich diese Rechtsgeschäfte lediglich auf Interessen auf dem Territorium des Entsendestaates oder auf Angelegenheiten beziehen, die nur im Entsendestaat geregelt werden können. Diese Rechtsgeschäfte dürfen die Gesetze des Entsendestaates und des Empfangsstaates nicht verletzen.

4. Notarielle Beglaubigung von Unterschriften der Bürger des Entsendestaates auf jeder Art von Urkunden; Legalisierung der von den Organen oder Amtspersonen des Entsendestaates und des Empfangsstaates ausgehenden Urkunden sowie notarielle Beglaubigung von Abschriften dieser Urkunden;
5. notarielle Beglaubigung von Übersetzungen der Urkunden, die von Organen oder Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgehen;
6. Verwahrung von Geld und Wertgegenständen der Bürger des Entsendestaates oder von Geld und Wertgegenständen, die den Bürgern des Entsendestaates übergeben werden sollen. Hierbei dürfen die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen des Empfangsstaates nicht verletzt werden.
7. Andere Handlungen, die den Konsuln übertragen werden und die nicht die Gesetze des Empfangsstaates verletzen.

Artikel 15

Die im Artikel 14 genannten Urkunden, die vom Konsul aufgenommen, ausgefertigt oder notariell beglaubigt worden sind, haben, soweit sie in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen des Empfangsstaates stehen, im Empfangsstaat dieselbe rechtliche Bedeutung und Beweiskraft, wie wenn sie von den zuständigen Organen und Amtspersonen des Empfangsstaates aufgenommen, ausgefertigt oder notariell beglaubigt worden sind.

Artikel 16

(1) Stirbt im Konsularbezirk ein Bürger des Entsendestaates, so haben die zuständigen Organe des Konsularbezirkes den Konsul hierüber zu informieren.

(2) Die Konsuln können darüber Erkundigungen einziehen, inwieweit die zuständigen örtlichen Organe des Empfangsstaates den Nachlaß der Bürger des Entsendestaates festgestellt, verwahrt und versiegelt haben.

Artikel 17

Die Konsuln können entsprechend den Bestimmungen des Entsendestaates Geburten und Todesfälle von Bürgern des Entsendestaates registrieren. Das entbindet jedoch die Beteiligten

nicht von der Verpflichtung, die entsprechenden Bestimmungen des Empfangsstaates einzuhalten.

Artikel 18

Die Konsuln können für Bürger des Entsendestaates Vormünder sowie Pfleger bestellen. Die Konsuln haben das Recht, die Führung der Vormundschaft und Pflegschaft zu beaufsichtigen.

Artikel 19

(1) Die Konsuln können den Schiffen des Entsendestaates jedmöglichen Beistand leisten, mit der Schiffsbesatzung und den Fahrgästen in Verbindung treten, die Schiffspapiere überprüfen und Protokolle über die Ladung, über den Zweck der Reise und über besondere Zwischenfälle aufnehmen.

(2) Bei Katastrophen und Havarien der Schiffe des Entsendestaates können die Konsuln Maßnahmen zur Rettung der Besatzung und der Fahrgäste, zur Bergung von Frachten und zur Reparatur des Schiffes ergreifen oder um Einleitung dieser Maßnahmen ersuchen.

(3) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfe bei Schiffskatastrophen und Havarien in anderen Abkommen werden durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 20

(1) Die Konsuln können den Flugzeugen des Entsendestaates jedmögliche Unterstützung gewähren. Insbesondere können sie im Falle einer Notlandung mit den örtlichen Organen Verbindung aufnehmen, um die Besatzung und die Fahrgäste zu unterstützen sowie um geeignete Maßnahmen zur Fortsetzung des Fluges zu ergreifen.

(2) Bei Katastrophen oder Unfällen von Flugzeugen des Entsendestaates können die Konsuln Maßnahmen zur Rettung der Besatzung und Fahrgäste, zur Bergung des Gepäcks, der Fracht und der Postsachen sowie zur Reparatur des Flugzeuges ergreifen oder um Einleitung dieser Maßnahmen nachsuchen.

(3) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und Unfällen von Flugzeugen in anderen Abkommen werden durch diesen Artikel nicht berührt.

IV.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 21

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Rechte und Pflichten der Konsuln gelten auch für Diplomaten der diplomatischen Vertretungen, die mit der Wahrnehmung der Funktion des Konsuls beauftragt werden. Die diplomatischen Vorrechte und Befreiungen dieser Diplomaten werden dadurch in keiner Weise berührt.

Artikel 22

Dieser Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn der Vertrag sechs Monate vor Ablauf dieser Frist nicht durch eine der vertragschließenden Seiten gekündigt worden ist, bleibt er für jeweils weitere fünf Jahre in Kraft.

Artikel 23

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des in Berlin erfolgenden Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.*

Ausgefertigt in Peking, am 27. Januar 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in chinesischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

In Vollmacht des Präsidenten
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Dr. Lothar Bolz

In Vollmacht
des Vorsitzenden der
Volksrepublik China
(gez.) Tschen I

**Unterzeichnung eines Abkommens
zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik China über den Warenaustausch
und den Zahlungsverkehr für das Jahr 1959**

Am 5. Februar 1959 wurde in Peking zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik ein Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr für das Jahr 1959 unterzeichnet.

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 4. Juni 1959.

Die Verhandlungen, die im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses geführt wurden, waren auf die Erhöhung des Warenaustausches im Interesse der schnellen Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder und der weiteren Steigerung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung gerichtet. Das Abkommen sieht daher für 1959 eine Steigerung gegenüber dem Abkommensvolumen des Jahres 1958 vor.

Die Volksrepublik China wird u. a. Reis, Ölsaaten, verschiedene Rohstoffe und Konsumgüter, Nahrungsmittel, Tee und andere wichtige Waren in die Deutsche Demokratische Republik liefern und dafür aus der Deutschen Demokratischen Republik u. a. komplette Anlagen, Werkzeugmaschinen, Schmiede- und Preß-ausrüstungen, Schienenfahrzeuge, elektrische Ausrüstungen, feinmechanisch-optische Erzeugnisse, Chemikalien und Waren der Konsumgüterindustrie erhalten.

Für die Volksrepublik China wurde das Abkommen vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, Lin Hai-yün, und für die Deutsche Demokratische Republik vom Leiter der Handelsdelegation, dem Staatssekretär und Ersten Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Willy Hüttenrauch, unterzeichnet.

Der Unterzeichnung wohnten von chinesischer Seite der Minister für Außenhandel, Yeh Chi-chuang, der Abteilungsdirektor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Chen Poching, der Handelsrat der Volksrepublik China in der Deutschen Demokratischen Republik, Chao Chi-chang, und von deutscher Seite der Geschäftsträger a. i. der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Botschaftsrat Bierbach, sowie der Handelsrat der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Neubert, bei.

(ADN 5. 2. 59)

Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und das Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China

sind mit dem Ziel, die freundschaftliche Verbindung zwischen dem Deutschen Demokratischen Rundfunk und dem Rundfunk

der Volksrepublik China weiter zu entwickeln und zu festigen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens zu vertiefen, übereingekommen, entsprechend dem Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China* das folgende Abkommen zu schließen.

Beide Seiten haben zu Bevollmächtigten ernannt:

das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik

Prof. Dr. Hermann Ley, Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees,

das Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China

Mei I, Leiter des Amtes für Rundfunkwesen,
die folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden Deutscher Demokratischer Rundfunk genannt) und das Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China (im folgenden Rundfunk der Volksrepublik China genannt) verpflichten sich, im Geiste enger Freundschaft und im gegenseitigen Verständnis auf allen Gebieten des Rundfunks und des Fernsehens zusammenzuarbeiten.

Artikel 2

Beide Seiten werden bei der Vorbereitung und Produktion von Rundfunkprogrammen zusammenarbeiten. Beide Seiten werden bei der Vorbereitung und Produktion von Rundfunkprogrammen systematisch folgende Programm- und Informationsmaterialien austauschen:

A) Bezüglich des Austausches von Sendungen:

- a) Der Deutsche Demokratische Rundfunk verpflichtet sich, für den Rundfunk der Volksrepublik China Rundfunksendungen vorzubereiten, die die wichtigsten Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik, die Errungen-

* Siehe Band IV, S. 98 ff.

schaften des deutschen Volkes auf politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, die Erfolge auf dem Gebiete der Kultur, der Kunst, der Wissenschaft und der Technik sowie die wichtigsten internationalen Ereignisse beinhalten.

- b) Der Rundfunk der Volksrepublik China verpflichtet sich, für den Deutschen Demokratischen Rundfunk Sendungen vorzubereiten, die die wichtigsten Ereignisse der Chinesischen Volksrepublik, die Errungenschaften des chinesischen Volkes auf politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, die Erfolge auf dem Gebiete der Kultur, Kunst, Wissenschaft und Technik sowie die wichtigsten internationalen Ereignisse beinhalten.

B) Bezüglich des Austausches von Materialien:

- a) Auf dem Gebiet der politischen Sendungen:
Austausch von Sendungen, kurze Tonbandaufnahmen, informatorisches Material über wichtige laufende Ereignisse der Innen- und Außenpolitik, verschiedene Arten von Materialien über die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft sowie über das Wachsen des Lebensniveaus der Werktätigen; über Errungenschaften in Wissenschaft und Technik sowie andere Aspekte des sozialistischen Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik;
- b) auf dem Gebiet der literarisch-dramaturgischen Sendungen:
Hörspiele, literarische Montagen, Texte satirischer und humoristischer Sendungen, literarische Radiomontagen, Studien, Rezensionen und literarische Chroniken sowie Bücher, Zeitschriften und andere Veröffentlichungen über Theater, Literatur und Kulturleben oder andere Schriften über literarisch-dramaturgische Sendungen;
- c) auf dem Gebiet der Sendungen für Kinder und Jugendliche:
Austausch von Texten und Bandaufnahmen erzieherischen, wissenschaftlichen und unterhaltenden Charakters, pädagogische Sendungen, Szenarien oder gestaltete Märchen und Erzählungen, Sendungen für Pionierorganisationen und für Mitglieder der Jugendorganisationen wie auch andere Materialien über das Leben der Jugend und Kinder beider Länder;
- d) zu den vorstehend aufgeführten Punkten stellen beide Seiten vierteljährlich Pläne auf, in denen die Wünsche be-

treffend Manuskriptsendungen gegenseitig mitgeteilt werden;

e) auf dem Gebiet der musikalischen Sendungen:

Aufnahmen von Volks-, klassischer und zeitgenössischer Musik sowie Unterhaltungs- und Jugendmusik.

Auf Ansuchen der beiden Seiten werden die Materialien mit Erläuterungen, Informationen über die Komponisten, geschichtlichen Daten usw., versehen.

Beide Seiten tauschen Musikaufnahmen vierteljährlich nach Bestellungen der anderen Seite oder nach eigener Auswahl aus. Das musikalische Material, das Gegenstand dieses Austausches bildet, wird vierteljährlich von Seiten des Rundfunks der Deutschen Demokratischen Republik 180 Minuten, von Seiten des Rundfunks der Volksrepublik China 100–150 Minuten betragen.

Beide Seiten übersenden die in diesem Artikel aufgeführten Materialien und Tonbandaufnahmen per Luftpost. In besonderen Fällen wird nach vorheriger Vereinbarung das Material auf dem Funkwege nach Berlin oder Peking überspielt.

Artikel 3

Die Zeitdauer der in dem Artikel 2 Absatz A) genannten Sendungen beträgt 30 Minuten. Beide Seiten stellen diese Sendungen einmal monatlich in Tonbandaufnahmen mit Manuskript in der Landessprache und einem weiteren Manuskript in Übersetzung zur Verfügung.

Die Verwendung der in dem Artikel 2 aufgeführten Sendungen und Materialien erfolgt nach eigenem Ermessen.

Artikel 4

Für die deutschsprachigen Sendungen des Rundfunks der Volksrepublik China stellt der Deutsche Demokratische Rundfunk auf Anforderung des Rundfunks der Volksrepublik China ein bis zwei Sprecher und ein bis zwei Redakteure zur Verfügung. Die Frist ihrer Arbeit in China wird von beiden Seiten aus jährlich vereinbart. Die Finanzierung dieser Mitarbeiter wird entsprechend der Zusatzvereinbarung über die Entsendung von Fachleuten auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Volksrepu-

blik China zur Lehrtätigkeit, zu Gastvorlesungen oder zu anderer Tätigkeit durchgeführt.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Arbeitsplanes für das jeweilige Jahr zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Regierungen beider Länder.

Der Deutsche Demokratische Rundfunk verpflichtet sich, für die deutsche Redaktion des Rundfunks der Volksrepublik China umfangreiche Materialien zur Verfügung zu stellen.

Artikel 5

Zur Durchführung eines ständigen Erfahrungsaustausches zwischen beiden Seiten und zur Organisierung von Sendungen finden gegenseitige Besuche von Mitarbeitern des Rundfunks und Fernsehens statt. Die Anzahl der Mitarbeiter wird zu Beginn eines jeden Jahres von beiden Seiten schriftlich festgelegt.

Mit Ausnahme solcher Mitarbeiter, die auf eigene Kosten fahren, wird die Entsendung von Mitarbeitern in den Arbeitsplan für das jeweilige Jahr zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik China aufgenommen und die Kosten entsprechend den Bestimmungen dieses Abkommens verrechnet.

Artikel 6

Beide Seiten sind prinzipiell einverstanden mit der Errichtung einer Korrespondentenstelle. Für die Dauer der Tätigkeit werden zur Einsparung von Devisen die Ausgaben für den Korrespondenten von dem Land getragen, in dem er sich aufhält. Die maximale Höhe der Summe wird vorher schriftlich vereinbart. Die für diese Korrespondentenstelle entstehenden Ausgaben werden von beiden Seiten am Ende eines jeden Jahres aufgerechnet.

Artikel 7

Beide Seiten veranstalten einmal jährlich eine „Woche der Musik“ des anderen Abkommenspartners.

Die „Woche der deutschen Musik“, die der Rundfunk der Volksrepublik China durchführt, beginnt jeweils am 7. Oktober, am Nationalfeiertag der Deutschen Demokratischen Republik, die

„Woche der chinesischen Musik“, die der Deutsche Demokratische Rundfunk durchführt, jeweils am 1. Oktober, dem Nationalfeiertag der Volksrepublik China.

Die für diese Musikwochen erforderlichen Materialien werden die verschiedensten Musikarten enthalten. Tonbandaufnahmen mit beigelegten erläuternden Texten werden sechs Wochen vor Beginn der jeweiligen „Musik-Woche“ übersandt.

Artikel 8

Beide Seiten werden informative Materialien und Arbeitserfahrungen auf dem Gebiet der Planung, der Programmgestaltung, der Rundfunkorganisation und der Schulung austauschen. Sie werden sich die Radioprogramme, Zeitschriften und Veröffentlichungen, die die Rundfunkstätigkeit betreffen, zusenden. Beide Seiten werden in technischen Fragen des Rundfunks und Fernsehens zusammenarbeiten.

Artikel 9

Beide Seiten arbeiten bei den von der Internationalen Rundfunkorganisation (OIR) organisierten oder unter ihrer Mitwirkung veranstalteten Aktionen zusammen. Auch bei anderen internationalen Ereignissen, an denen beide Seiten interessiert sind, leisten sie sich auf dem Gebiet des Rundfunks die notwendige Hilfe.

Artikel 10

Der Austausch sämtlicher in diesem Abkommen angeführten Sendungen und Materialien wird zwischen beiden Seiten unentgeltlich durchgeführt.

Artikel 11

Beide Seiten arbeiten auf dem Gebiet des Fernsehens beider Länder zusammen. Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit werden in einem Protokoll festgelegt, das einen Bestandteil dieses Abkommens bildet.

Artikel 12

Beide Seiten überprüfen die Durchführung dieses Abkommens halbjährlich, und zwar zum 30. Juni und zum 31. Dezember. Zu diesem Zweck tauschen sie eine schriftliche Bewertung der

durchgeführten Arbeiten für das abgelaufene Halbjahr sowie Einwendungen und Vorschläge für die weitere Erfüllung des Abkommens aus.

Artikel 13

Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren geschlossen. Es tritt mit der Unterzeichnung in Kraft. Das Abkommen verlängert sich um jeweils zwei weitere Jahre, wenn nicht eine der beiden Seiten drei Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer das Abkommen kündigt.

Abänderungen und Ergänzungen dieses Abkommens dürfen nur nach gegenseitiger Verständigung durchgeführt werden. Sie bedürfen der Schriftform.

Durch dieses Abkommen wird das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Zentralamt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China vom 10. 6. 1954 außer Kraft gesetzt.*

Dieses Abkommen wurde in Berlin in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und chinesischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Berlin, den 25. April 1959

Im Namen des
Staatlichen Rundfunkkomitees
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Ley

Im Namen des
Amtes für Rundfunkwesen
der Volksrepublik China
(gez.) Mei I

Protokoll zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem

Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens

Zur Erreichung der besten Ergebnisse in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens haben das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik (im weiteren Deutscher Demokratischer Rundfunk genannt) und das Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China (im folgenden Rund-

* Siehe Band IV, S. 86 ff.

funk der Volksrepublik China genannt) in Ausführung des Artikel 11 des Abkommens zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens vom 25. April 1959 folgendes vereinbart:

§ 1

Der Deutsche Demokratische Rundfunk und der Rundfunk der Volksrepublik China tauschen auf Ersuchen der anderen Seite oder nach eigenem Ermessen folgende Programm-Materialien aus:

- a) fernseheigene Filme
- b) aktuelles Material über wichtige Ereignisse für Fernsehsendungen
- c) Manuskripte von Jugend-, Kinder-, literarisch-dramaturgischen, populärwissenschaftlichen und anderen Fernsehsendungen
- d) Perspektiv- und Monatspläne, sowie Programmzeitschriften.

§ 2

Beide Seiten tauschen Arbeitserfahrungen, besonders über Struktur, Organisation, Planung, Programmgestaltung, Regie, Fernsehkorrespondenten und Schulung aus sowie über die Schulung und Erziehung von Redakteuren, Regisseuren, Kameraleuten und Technikern.

§ 3

Beide Seiten informieren einander in Fragen der Dramaturgie, der Inszenierung und anderen Fragen, sowie bei Fernsehspielen.

§ 4

Beide Seiten informieren sich gegenseitig in allen mit dem Fernsehen in Verbindung stehenden Fragen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet.

§ 5

Beide Seiten organisieren jährlich gegenseitig entsprechend dem Artikel 5 des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens vom 25. April 1959 Reisen ihrer Mitarbeiter in die Deutsche Demokratische Republik und in die Volksrepublik China zum Erfahrungsaustausch und zur Gestaltung von Fernsehsendungen.

§ 6

Dieses Protokoll bildet einen Bestandteil des Abkommens zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens, das am 25. April 1959 abgeschlossen wurde.

Dieses Protokoll wurde in deutscher und in chinesischer Sprache gefertigt. Beide Texte haben die gleiche Gültigkeit.

Berlin, den 25. April 1959

Im Namen des
Staatlichen Rundfunkkomitees
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Prof. Ley

Im Namen des
Amtes für Rundfunkwesen
der Volksrepublik China
(gez.) Mei I

**Glückwunsch des Präsidenten Wilhelm Pieck an den
neugewählten Vorsitzenden der Volksrepublik China,
Liu Schao-tschi***

An den Vorsitzenden der Volksrepublik China, Genossen Liu Schao-tschi.

Hochverehrter Genosse Vorsitzender!

Gestatten Sie mir bitte, Ihnen aus Anlaß Ihrer Wahl zum Vorsitzenden der Volksrepublik China im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

* Der Vorsitzende der Volksrepublik China, Liu Schao-tschi, antwortete wie folgt:

Ich erlaube mir, Ihnen und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für Ihre Glückwünsche, die mir anläßlich meiner Wahl zum Vorsitzenden der Volksrepublik China übermittelt wurden, herzlich zu danken.

Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit für immer und bei Ihrer erhabenen Sache für den Wohlstand des deutschen Volkes, den Aufbau des Sozialismus und für die friedliche Einigung Deutschlands neue Erfolge.

(ADN 15, 5. 59)

Ihre Wahl zum Vorsitzenden der Volksrepublik China ist ein Beweis für das uneingeschränkte Vertrauen, welches Ihnen das chinesische Volk entgegenbringt.

Ich wünsche Ihnen und dem chinesischen Volk bei der Vollen-
dung des sozialistischen Aufbaus in ihrem Vaterland und im
Kampf um die Erhaltung des Friedens in Asien und der ganzen
Welt weitere große Erfolge.

Mit brüderlichen Kampfesgrüßen!

Wilhelm Pieck,

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

**Grußadresse zum 10. Jahrestag der Gründung der
Volksrepublik China am 1. Oktober 1959**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, und der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, übermittelten dem Vorsitzenden der KP Chinas, Mao Tse-tung, dem Vorsitzenden der Volksrepublik, Liu Schao-tshi, dem Vorsitzenden des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, Tschu Teh, und dem Ministerpräsidenten des Staatsrates, Tschou En-lai, folgende Gruß-
adresse, die vom Leiter der in Peking weilenden Partei- und Re-
gierungsdelegation der DDR, Hermann Matern, am 28. September
1959 anlässlich des Empfangs der Delegationsleiter durch die füh-
renden Persönlichkeiten der Volksrepublik China übergeben
wurde:

Gestatten Sie uns, Ihnen und in Ihrer Person dem ganzen chine-
sischen Brudervolk anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung
der Volksrepublik China die herzlichsten Glückwünsche und
brüderlichen Kampfesgrüße zu übermitteln.

Der Sieg des chinesischen Volkes über die feudalen und impe-
rialistischen Ausbeuter und die Gründung der Volksrepublik
China waren ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte
des an revolutionären und kulturellen Traditionen reichen
chinesischen Volkes. Befreit von der Unterdrückung schlug das
chinesische Volk unter Führung seiner ruhmreichen Kommu-
nistischen Partei unbeirrbar den Weg zum Sozialismus ein. Die
Gründung der Volksrepublik China war ein Triumph der wis-
senschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus unter den

konkreten historischen Bedingungen in China und zugleich eine weitere schwere Niederlage der imperialistischen Kräfte in der Welt. Für die Kräfte des Friedens und des Sozialismus wurde der Sieg des chinesischen Volkes zu einem neuen, großen Kraftquell. Den Völkern Asiens und Afrikas entstand in der Volksrepublik China ein leuchtendes Vorbild für ihren eigenen nationalen Befreiungskampf.

Das erste Jahrzehnt des Bestehens der mächtigen Volksrepublik China war gekennzeichnet durch historische Erfolge, die das chinesische Volk unter Führung seiner kampferprobten Kommunistischen Partei auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gegen jahrhundertealte Rückständigkeit und Armut für den Sieg des Sozialismus errungen hat. Der „große Sprung nach vorn“ zeugt von dem hohen politisch-moralischen Bewußtsein, dem Fleiß und der Schöpferkraft der chinesischen Werktätigen, die fest zu ihrer Regierung und der Kommunistischen Partei mit dem Genossen Mao Tse-tung an der Spitze stehen. Alle Versuche reaktionärer Kräfte, diese Entwicklung aufzuhalten und das chinesische Volk bei seinem großen Aufbauwerk zu stören, scheiterten an der Einheit und Geschlossenheit des von der Kommunistischen Partei geführten chinesischen Volkes.

Die Volksrepublik China ist eine mächtige Bastion des von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführten sozialistischen Lagers und steht fest auf dem Boden des sozialistischen Internationalismus. Im weltweiten Ringen um die Erhaltung des Friedens und den Sieg des Sozialismus vertiefen sich die brüderlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ständig, wird das sozialistische Lager immer stärker, woran die Volksrepublik China hervorragenden Anteil hat. Gleich allen sozialistischen Ländern gibt die Volksrepublik China Tag für Tag neue, überzeugende Beweise für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Immer wenn es galt, die Imperialisten in ihren Kriegsprovokationen zu zügeln, erhob die Volksrepublik China machtvoll ihre Stimme. Es gibt heute kein Problem der Weltpolitik, das ohne die Volksrepublik China gelöst werden könnte. In den 10 Jahren ihres Bestehens hat sich die internationale Autorität der Volksrepublik China entgegen allen imperialistischen Störmanövern ständig und sehr bedeutend erhöht.

Im Kampf gegen die Machenschaften der USA-Imperialisten, die sich durch die Besetzung Taiwans und durch provokato-

rische Verletzungen der Hoheitsrechte der Volksrepublik China zur See und in der Luft noch immer in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China einmischen, der Volksrepublik China als allein rechtmäßigem Vertreter des chinesischen Volkes nach wie vor den ihr zustehenden Platz in der UNO verweigern, stehen die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt und nicht zuletzt die Deutsche Demokratische Republik treu an der Seite des chinesischen Volkes.

In den Jahren seit der Gründung der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik haben sich zwischen unseren beiden Bruderstaaten grundsätzlich neue Beziehungen herausgebildet, die getragen sind von den Ideen des proletarischen Internationalismus, des Friedens und der freundschaftlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit. Dieses neue brüderliche Verhältnis zwischen unseren Ländern fand seinen hervorragenden Ausdruck im Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955.* Unsere beiden Staaten leisten sich im Kampf um die Erhaltung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus jede nur mögliche Hilfe.

Wir möchten diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen, um unseren tiefempfundenen Dank für die große Unterstützung, die das chinesische Brudervolk der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus und bei der Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation angedeihen läßt, zum Ausdruck zu bringen. Wir sind fest davon überzeugt, daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden sozialistischen Staaten und die immerwährende Freundschaft zwischen dem chinesischen Brudervolk und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik in der Zukunft weiter entwickeln und festigen werden.

Wir wünschen Ihnen und dem ganzen chinesischen Volk neue große Erfolge beim schnellen Aufbau des Sozialismus und dem Kampf um die Sicherung des Friedens in der Welt.

(Neues Deutschland, Berlin 1. 10. 59)

* Siehe Band III, S. 424 ff., oder Band IV, S. 95 ff.

KÖNIGREICH DÄNEMARK

Unterzeichnung einer Handelsvereinbarung für das Jahr 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den maßgebenden dänischen Wirtschaftsorganisationen

Eine Handelsvereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Dänemark für das Jahr 1960 wurde am 13. November 1959 in Berlin abgeschlossen und von den bevollmächtigten Vertretern der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der maßgebenden vier dänischen Wirtschaftsorganisationen unterzeichnet. Entsprechend den vereinbarten Warenlisten wird die Deutsche Demokratische Republik u. a. Maschinen, Braunkohlenbriketts, Kali, Erzeugnisse der optischen Industrie, Textilien und andere Konsumgüter liefern und dafür aus Dänemark Erzeugnisse der dänischen Industrie sowie landwirtschaftliche Produkte, Schuhe, Fisch, Fischkonserven und Fischmehl und andere Waren beziehen.

Auf Grund der günstigen Entwicklung des Handels zwischen beiden Ländern konnte auch für das Jahr 1960 eine Erhöhung des Warenumsatzes um 6 Prozent vorgesehen werden. Das Gesamtvolumen der für 1960 vereinbarten Warenlisten beträgt 128 Millionen DM.

(ADN 19. 11. 59)

REPUBLIK FINNLAND

Unterzeichnung eines Abkommens über den Verrechnungsverkehr und eines Protokolls über die Vereinbarung von Warenlisten für das Jahr 1959 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland

Mit der Unterzeichnung eines neuen Abkommens über den Verrechnungsverkehr zwischen Finnland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie eines Protokolls über die Vereinbarung von Warenlisten für das Jahr 1959 fanden die in Berlin von Regierungsdelegationen beider Länder geführten Verhandlungen am 9. Februar 1959 ihren Abschluß.

Die Unterzeichnung erfolgt im Auftrage der finnischen Regierung durch Legationsrat Jaakko Hallama, Generaldirigent im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Finnlands, und im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch Generalkonsul Hans Bahr, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik. Anwesend waren ferner der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Gerhard Weiß, der Leiter der Handelsvertretung der Republik Finnland in der Deutschen Demokratischen Republik, Legationsrat Wanne, sowie Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Ministeriums der Finanzen, der Deutschen Notenbank und die Mitglieder beider Delegationen.

Die Verhandlungen verliefen in einer freundschaftlichen Atmosphäre gegenseitiger Bereitschaft, den Handel als wichtigen Teil der Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterzuentwickeln. Die getroffenen Vereinbarungen bilden eine gute Grundlage für die Aktivierung der beiderseitigen Handelstätigkeit, sieht doch das für 1959 vereinbarte Volumen eine Erhöhung der gegenseitigen Lieferungen im Vergleich zum Waren-austausch des Jahres 1958 vor.

Von der Deutschen Demokratischen Republik werden u. a. Fahrzeuge, Erzeugnisse des Maschinenbaus, wie Werkzeugmaschinen, Bordwippkrane, Förderbänder usw. sowie Chemikalien und chemische Produkte, Kali und Zucker nach Finnland exportiert, während von dort hauptsächlich Holz und Produkte der holzverarbeitenden Industrie, wie Karton, Kraftpapier,

Zellulose und andere Erzeugnisse, importiert werden. Nach wie vor ist die Deutsche Demokratische Republik der bedeutendste Käufer von finnischem Fettkäse.

(ADN 9. 2. 59)

**Abkommen
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der
Republik Finnland über den Zahlungsverkehr**

Der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Finnland haben zur Erleichterung und Förderung des Zahlungsverkehrs zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland durch ihre Beauftragten, deren Vollmachten in gebührender Ordnung befunden wurden, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Deutsche Notenbank, Berlin, und die Suomen Pankki, Helsinki, eröffnen gegenseitig besondere zinsfreie Verrechnungskonten in US-Verrechnungs-Dollar. Die auf diesen Konten erfolgten Einzahlungen teilen beide Banken einander unverzüglich mit.

Bei Erhalt solcher Gutschriftsanzeigen einer Bank wird die andere Bank unverzüglich die erforderliche Vergütung zugunsten der in Frage kommenden Organisation, Firma oder Person in ihrem Lande durchführen. Bei Überschreitung des gemäß Artikel 7 vereinbarten Saldos kann die kreditierende Bank die Vergütung zeitweise zurückstellen.

Artikel 2

Alle Zahlungen und Verrechnungen

- a) für Warenlieferungen, Leistungen, Transportkosten, Seefrachten, insofern die Transporte mit der eigenen Tonnage der Vertragspartner stattfinden, und sonstige mit der Abfertigung zusammenhängende Kosten gemäß dem jeweils geltenden Warenabkommen
- b) für Dienstleistungen und nichtkommerzielle Zahlungen, wie Reisekosten, Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Messen, Ausstellungen, Konferenzen

Finnland

werden in US-Verrechnungs-Dollar über die im Artikel 1 genannten Banken, und zwar gemäß der Artikel 1 und 5 dieses Abkommens erfolgen.

Andere Zahlungen können im Einverständnis beider Staatsbanken durchgeführt werden.

Artikel 3

Gegenseitigkeits-, Kompensations- und Reexportgeschäfte bedürfen der beiderseitigen Zustimmung der zuständigen Behörden.

Artikel 4

Kapitalüberweisungen oder anderweitige Transferierungen können nur von Fall zu Fall mit Genehmigung der zuständigen Behörden beider Abkommenspartner erfolgen.

Artikel 5

Für die Zahlungen gemäß Artikel 2 sind alle im internationalen Verkehr gebräuchlichen Zahlungsarten zugelassen. Dokumentengeschäfte können in Finnland im Rahmen dieses Abkommens auch durch die finnischen Handelsbanken abgewickelt werden, vorausgesetzt, daß die Zahlungen über Suomen Pankki, Helsinki, erfolgen.

Artikel 6

Rechnungen und Forderungen müssen grundsätzlich über US-Verrechnungs-Dollar lauten. Einzahlungen, welche sich aus Verbindlichkeiten einer anderen Währung als US-Verrechnungs-Dollar ergeben, werden in US-Verrechnungs-Dollar aufgrund des Mittelkurses der betreffenden Währung, wie ihn die Staatsbank des Gläubigerlandes am Vortage der Zahlung festgesetzt hat, umgerechnet.

Artikel 7

Falls der Passivsaldo auf dem Verrechnungskonto eines Abkommenspartners drei Monate ununterbrochen den Betrag von
3 500 000 US-Verrechnungs-Dollar
(Drei Millionen Fünfhunderttausend),
ab 1. Oktober 1959 2 500 000 US-Verrechnungs-Dollar
(Zwei Millionen Fünfhunderttausend)

übersteigt, ist dieser verpflichtet, dem anderen Abkommenspartner den über die genannte Summe hinausgehenden Betrag in freikonvertierbarer Valuta abzudecken.

Artikel 8

Einen Monat nach Ablauf dieses Abkommens wird der Saldo auf den Verrechnungskonten festgestellt. Der Schuldner ist dann verpflichtet, diesen Saldo innerhalb von sechs Monaten durch Warenlieferungen in beiderseitigem Einvernehmen zu tilgen.

Im Einverständnis mit einem dritten Land oder mit mehreren Ländern kann der Ausgleich des auf dem Konto dieses Abkommens entstandenen Saldos durch Übertragung des Saldos des Kreditors gegenüber einem dritten Land oder gegenüber mehreren Ländern erfolgen. Eine solche multilaterale Verrechnung kann nur im Einvernehmen mit allen beteiligten Partnern vorgenommen werden.

Mit Einverständnis beider Abkommenspartner kann der Saldo auch in anderer Weise getilgt werden.

Artikel 9

Im Falle des Außerkrafttretens dieses Abkommens finden seine Bestimmungen weiterhin Anwendung auf solche Verträge und Zahlungen, die vor dem Ablauf des Abkommens abgeschlossen beziehungsweise vereinbart wurden.

Artikel 10

Die Deutsche Notenbank und die Suomen Pankki werden sich über die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen verständigen.

Artikel 11

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Zahlungsabkommen werden von einer zu gründenden gemischten Kommission geregelt, die aus offiziellen Vertretern der beiden Abkommenspartner besteht und der es obliegt, Vorschläge zur Regelung und Weiterentwicklung ihrer Finanzbeziehungen auszuarbeiten.

Weiterhin obliegt es dieser Kommission, die Durchführung dieses Abkommens zu überwachen. Außerdem fällt der Kommis-

sion die Aufgabe zu, eventuell auftretende Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Zahlungsabkommens ergeben, zu beseitigen.

Die gemischte Kommission tritt auf Antrag des einen der beiden Abkommenspartner in Berlin oder Helsinki zusammen. Der Verhandlungsort wird zwischen den Abkommenspartnern vereinbart.

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abkommen können auch mit Einverständnis beider Abkommenspartner auf schriftlichem Wege geregelt werden.

Artikel 12

Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt rückwirkend ab 1. Januar 1959 in Kraft. Das Protokoll vom 21. Januar 1959 wird damit gegenstandslos. Das Abkommen kann auf schriftlichen Antrag des einen der beiden Abkommenspartner drei Monate vor Ablauf eines Jahres zum Jahresschluß gekündigt werden.

Ausgefertigt in Berlin am 25. Februar 1959 in doppelter Urschrift in deutscher Sprache.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Immig

Für die Regierung
der Republik Finnland
(gez.) Jaakko Hallama

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960

Mit der Unterzeichnung eines Abkommens über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960 wurden am 11. November 1959 in Helsinki die Verhandlungen zwischen Delegationen der Republik Finnland und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen. Gestützt auf die traditionellen Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern, fanden die Verhandlungen im Geiste der Verständigung und Zusammenarbeit statt.

Das Abkommen sieht eine Erweiterung des gegenseitigen Warenaustausches gegenüber dem Jahre 1959 vor. Die Deutsche Demokratische Republik wird an Finnland hauptsächlich Erzeugnisse des Maschinenbaues, Fahrzeuge, Chemikalien, feinmechanische und optische Geräte und Erzeugnisse der Leichtindustrie liefern. Finnland wird in erster Linie Produkte der Holz-, Papier- und Zelluloseindustrie sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse exportieren.

(Neues Deutschland, Berlin 13. 11. 59)

REPUBLIK FRANKREICH

Abschluß einer Zusatzvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Français en Allemagne

Am 27. August 1959 wurde zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Français en Allemagne eine Zusatzvereinbarung in Höhe von 450 000 Dollar auf jeder Seite abgeschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung wird die Deutsche Demokratische Republik unter anderem Metallwaren, Armaturen, Druckereimaschinen, Haushaltsnähmaschinen, Werkzeugmaschinen, darunter Holzbearbeitungsmaschinen, ferner Rundfunkempfangsgeräte, elektrotechnische Erzeugnisse und Heizkörper aus Gußeisen exportieren. Für den Import sind Maschinen und Ausrüstungen, Werkzeugmaschinen, elektrisches Material sowie Funksende- und -empfangsausrüstungen vorgesehen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 18/59)

*

Am 23. Dezember 1959 wurde eine Vereinbarung über die Verlängerung der Warenlisten für das Jahr 1960 getroffen, die einen Warenaustausch in Höhe von 84,84 Millionen DM vorsah.

REPUBLIK GHANA

Erklärung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten vom 25. Februar 1959 über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana

Eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter der Leitung des Stellvertreters des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Carl Eckloff, weilte auf Einladung der Regierung von Ghana in Accra. Sie führte dort Verhandlungen mit der Regierung von Ghana über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ghana auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Im Ergebnis dieser freundschaftlichen Verhandlungen wurde vereinbart, daß direkte Handelsbeziehungen und kulturelle Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen und Handelsvertretungen mit konsularischem Status ausgetauscht werden. Des weiteren wurde vereinbart, daß Ghana Studenten und Facharbeiter zur Ausbildung in die Deutsche Demokratische Republik entsendet. Auf Einladung des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel wird eine Delegation Ghanas die Leipziger Frühjahrsmesse besuchen und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten bei der Industrialisierung Ghanas studieren.

VEREINIGTES KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Kammer für Außen- handel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Spitzenverband der britischen Industrie (FBI) über den Warenaustausch im Jahre 1959

Auszug aus dem Communiqué

Am 16. Januar 1959 wurde von der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Verband der britischen Industrie (FBI) eine Vereinbarung über den Warenaustausch im Jahre 1959 getroffen.

Die Vereinbarung sieht einen Warenaustausch von über 7 Millionen Pfund (etwa 80 Millionen Rubel oder etwa 45 Millionen DM) auf jeder Seite vor.

Die Frage der Erhöhung des Abkommens im Laufe des Jahres und die Einrichtung eines Handelsbüros in London* waren ebenfalls Gegenstand der Erörterung.

(ADN 24. 1. 59)

* Siehe Zeittafel: 19. Mai 1959.

REPUBLIK GUINEA

Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea

Vom 4. bis 10. Februar 1959 weilte eine Regierungsdelegation der Republik Guinea in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Ziel, die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu festigen.

Während der Verhandlungen zwischen dieser Delegation und einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, die in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verliefen, wurden Fragen der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und andere, beide Seiten interessierende Fragen erörtert.

Die Delegation der Republik Guinea brachte ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent den Kampf der Völker um die Erringung und Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit unterstützen.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik würdigte den heldenhaften Kampf des Volkes von Guinea zur Festigung seiner nationalen Unabhängigkeit und die historische Bedeutung der Gründung der Republik Guinea für den Befreiungskampf aller Völker Afrikas.

Beide Seiten stellten mit tiefer Befriedigung fest, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea auf der Grundlage der im Monat November 1958 in Conakry abgeschlossenen Abkommen* erfolgreich entwickeln.

Unterzeichnung einer langfristigen Vereinbarung zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea über beiderseitige Warenlieferungen

Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea wurde am 3. März 1959 in Leipzig eine lang-

* Siehe Band VI, S. 309.

Guinea

fristige Vereinbarung über beiderseitige Warenlieferungen unterzeichnet. Die Deutsche Demokratische Republik wird Industriewaren und Baustoffe ausführen, während Guinea Bananen liefert.

Die Vereinbarung wurde für die Deutsche Demokratische Republik vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Enkelmann und für Guinea vom Minister für Wirtschaft und Planung, Beavogui, unterzeichnet. Minister Enkelmann erklärte nach der Unterzeichnung, dies sei ein weiterer Schritt zur Festigung der Freundschaft, der im Interesse der beiden Länder liegt, und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens. Der Leiter der guinesischen Regierungsdelegation, Beavogui, wies darauf hin, daß die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea auf Aufrichtigkeit und Solidarität beruhen.

(ADN 3. 3. 59)

REPUBLIK INDIEN

Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, zu dessen 70. Geburtstag

Gestatten Sie, daß ich Ihnen, Exzellenz, im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem 70. Geburtstag ausspreche.

Euer Exzellenz haben jahrzehntelang an hervorragender Stelle im indischen Freiheitskampf gestanden und erwarben sich unvergängliche Verdienste um die Wiedergeburt Indiens als freier, unabhängiger Staat. Ich darf Sie versichern, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Sympathie und Anteilnahme auf die heroischen Anstrengungen des indischen Volkes blickt, unter Ihrer Führung, Exzellenz, das große Programm des nationalen Aufbaus zu verwirklichen.

Es ist mir an diesem Tage ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, Exzellenz, für das Verständnis, das Sie dem nationalen Anliegen unseres Volkes gegenüber bewiesen haben, zu danken und zu wünschen, daß sich die freundschaftlichen Bande zwischen dem indischen und dem deutschen Volk in Zukunft noch enger gestalten mögen.

Ich wünsche Ihnen, Exzellenz, noch viele Jahre der Gesundheit und fruchtbarer Arbeit zum Wohle des indischen Volkes und zur Festigung des Friedens in der ganzen Welt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung!

(ADN 14. 11. 59)

Unterzeichnung eines dreijährigen Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien

Besprechungen zwischen den Handelsdelegationen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des Ministeriums für Handel und Industrie der Regierung Indiens führten am 18. Dezember 1959 zu einem Austausch von Dokumenten zwischen dem Leiter der Handelsdelegation der Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Renneisen, und dem Sekretär im Ministerium für Handel und Industrie, Khilnani Joint, über ein auf drei Jahre befristetes Handels- und Zahlungsabkommen, das am 1. Januar 1960 in Kraft tritt.

Dieses Abkommen sieht eine weitere Erhöhung des Warenaustauschs vor, wobei für die Verrechnung der Lieferungen die indische Währung zugrunde gelegt wird.

Indien wird außer den traditionellen Waren wie Eisen und Manganerz, Tee, Kaffee, Gewürze, Nüsse, Textilien, Konfektion, Juteerzeugnisse, kaschierte Jutesäcke, Kokosfaserprodukte, kunstgewerbliche Erzeugnisse, Sportartikel, Obstkonserven und Obstprodukte, Schuhe, Woll- und Seidenstoffe, Sperrholz und Kühlschränke exportieren.

Die Exporte der Deutschen Demokratischen Republik nach Indien werden hauptsächlich aus Erzeugnissen des Maschinenbaus bestehen, wie Textilmaschinen einschließlich automatischer Webstühle, Druckereimaschinen, Werkzeugmaschinen, komplette Installationen und Anlagen, Rohfilmen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen.

(Neues Deutschland, Berlin 20. 12. 59)

REPUBLIK IRAK

Gemeinsame Erklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und des Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim Kassem, über den Aufenthalt des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Irak

Vom 8. bis 11. Januar 1959 besuchte der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik die Republik Irak.* Zwischen dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und dem Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim Kassem, fanden Unterredungen über die internationale Lage, über beide Seiten interessierende außenpolitische Fragen sowie über die Beziehungen zwischen den beiden genannten Staaten statt. Sie stellten die völlige Übereinstimmung ihrer Auffassungen zu wichtigen internationalen Problemen fest.

Beide Ministerpräsidenten geben der Überzeugung Ausdruck, daß alle internationalen Probleme auf dem Wege friedlicher Verhandlungen gelöst werden müssen. Sie sind überzeugt, daß jeder Bedrohung des Friedens wirksam entgegengetreten werden kann, wenn alle Völker, die die Freiheit und Unabhängigkeit erstreben, gemeinsam und entschlossen handeln.

Der Ministerpräsident der Republik Irak ist überzeugt, daß die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik stets den nationalen Befreiungskampf des arabischen Volkes konsequent unterstützen und für seine Interessen in der Palästinafrage Verständnis aufbringen.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik nahm mit Befriedigung die Auffassung der Regierung der Republik Irak zur Kenntnis, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst ist und auf dem Wege der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten gelöst werden muß.

Die Ministerpräsidenten stimmen überein, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erfolgreich entwickeln. Im Interesse der weiteren Vertiefung der dauerhaften freundschaftlichen Be-

* Siehe Zeittafel: 4. bis 29. Januar 1959.

ziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak und auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit sind beide übereingekommen zu erörtern, daß bei entsprechender Lage diplomatische Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak hergestellt und politische Vertretungen zwischen ihnen ausgetauscht werden. Die Ministerpräsidenten geben der Überzeugung Ausdruck, daß dieser Schritt den Interessen beider Völker dient und zur Stärkung der Kräfte des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern beiträgt.

Bagdad, den 11. Januar 1959

Der Ministerpräsident der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Otto Grotewohl

Der Ministerpräsident
der Republik Irak
(gez.) Abdul Kerim Kassem

**Abkommen
zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Irak über die kulturelle und wissenschaftliche
Zusammenarbeit**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Irak sind, von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak weiter zu festigen und zu entwickeln, das gegenseitige Verständnis der beiden Völker durch die Vermittlung der fortschrittlichen Traditionen und Errungenschaften der Kultur und der Wissenschaften zu fördern und die Zusammenarbeit für die Sache des Weltfriedens zu stärken und zu entwickeln, in der Überzeugung, daß eine der besten Methoden, um diese Ziele zu erreichen, die enge Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und des Erziehungswesens ist, übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben als Bevollmächtigte ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Herrn
Dr. Wilhelm Girnus,

die Regierung der Republik Irak
den Minister für Erziehung, Herrn Muhiddin Abdul Hamid,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner sind bestrebt, ihre Länder einander näher zu bringen und die gegenseitigen Beziehungen auf jede Weise, insbesondere durch Vorträge, künstlerische und wissenschaftliche Ausstellungen, Filme, Konzerte, künstlerische Veranstaltungen und durch Besuche von kulturellen, Studenten-, Jugend- und Sportdelegationen im anderen Land sowie die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen, technischen und literarischen Gesellschaften, die in jedem Partnerland zugelassen sind, zu fördern.

Artikel 2

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die fachliche Hilfe und den Austausch von Informationen sowie von wissenschaftlichen Materialien und gewähren einander erforderliche Erleichterungen bei der Übersetzung und der Veröffentlichung von hervorragenden Publikationen, die im anderen Land erscheinen; sie fördern weiterhin den Austausch von Büchern, Zeitschriften und anderen Publikationen in der jeweiligen Landessprache.

Artikel 3

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere der Akademien, Universitäten, Hochschulen, Bibliotheken und Museen bei der Durchführung gemeinsamer Aufgaben und Untersuchungen durch den Austausch von Wissenschaftlern zu Gastvorlesungen und zu Studienzwecken, ferner durch den Austausch von Kopien von Antiquitäten und deren Abdrucken bzw. Abgüssen und durch den Austausch von Archäologen und Ausgrabungsdelegationen sowie durch entsprechende zeitweilige Ausstellungen.

Artikel 4

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen den Austausch von Aspiranten, Absolventen und Studenten zum Studium an Universitäten, Hochschulen und Ingenieurschulen des anderen Landes.

Artikel 5

Die Abkommenspartner ermöglichen die Entsendung von Studentendelegationen und von offiziellen Vertretern zum zeitweiligen Studium, zur Ausbildung oder zur wissenschaftlichen Forschung an den kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen des anderen Landes.

Artikel 6

Die Abkommenspartner richten gemäß einer zu treffenden besonderen Vereinbarung mit gegenseitiger Unterstützung Lehrstühle an ihren Universitäten und kulturelle Zentren für das Studium der Sprache, der Kultur und der Literatur des anderen Partnerlandes ein. Sie halten es für wünschenswert, in die Lehrpläne der Universitäten und Hochschulen sowie der allgemeinbildenden Schulen entsprechend ihren Möglichkeiten Geschichte, Literatur, Landes- und Wirtschaftskunde des anderen Landes aufzunehmen sowie den Unterricht der Sprache des anderen Landes an geeigneten Bildungsstätten zu fördern.

Artikel 7

Die Abkommenspartner fördern mit dem Ziel, zur Entwicklung des Schulwesens in beiden Ländern beizutragen, den Austausch von Delegationen und Lehrern sowie die gegenseitige Übermittlung von Materialien zum Zwecke des gegenseitigen Studiums und des Vergleichs der Aufgaben und des Aufbaus der allgemeinbildenden Schulen, der Berufs- und Fachschulen und der Schulen für Erwachsenenbildung sowie ihrer Lehrpläne, Lehrbücher, Lehrmittel und pädagogischen Schriften. Sie unterstützen weiterhin die Durchführung von Ausstellungen über Fragen des Schulwesens.

Artikel 8

Die Abkommenspartner führen in regelmäßigen Abständen Beratungen über die Gleichwertigkeit und die Bewertung der Zeugnisse und der wissenschaftlichen Grade mit dem Ziele durch, in dieser Hinsicht eine einheitliche Grundlage zu schaffen.

Artikel 9

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern auf den Gebieten der Presse,

des Rundfunks, des Fernsehens, des Austausches und der Produktion von Filmen sowie auf anderen ähnlichen Gebieten, insbesondere durch die Durchführung von Rundfunk- und Fernsehübertragungen, den Austausch von Musiksendungen und von Reportagen sowie von Sendematerialien, die die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des anderen Landes zum Inhalt haben, den Austausch von Schallplatten und Tonbändern sowie durch die Entsendung von Korrespondenten der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens in das andere Land.

Artikel 10

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Sports, insbesondere der Leichtathletik, der allgemeinen Körpererziehung und der sportlichen Betätigung der Jugend und gewähren sich gegenseitig Unterstützung bei der Ausbildung und der Qualifizierung von Trainern und Sportlehrern.

Artikel 11

Die finanziellen Fragen, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden, soweit nichts anderes festgelegt wird, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geregelt. Erforderliche Zahlungen erfolgen im Rahmen der jeweils zwischen beiden Ländern gültigen Vereinbarungen über den Zahlungsverkehr.

Artikel 12

Die zuständigen Stellen beider Abkommenspartner können in Durchführung dieses Abkommens besondere Vereinbarungen treffen.

Artikel 13

(1) Zur Verwirklichung dieses Abkommens werden Arbeitspläne über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum von jeweils einem Jahr vereinbart, die auch die erforderlichen finanziellen Regelungen enthalten. Das Arbeitsplanjahr läuft jeweils vom 1. September des vorausgehenden bis zum 31. August des folgenden Jahres.

(2) Die Abkommenspartner ernennen Anfang Juli eines jeden Jahres Delegierte, die die Erfüllung des Arbeitsplanes prüfen, die neuen Arbeitsplanentwürfe austauschen und den Arbeitsplan für das folgende Jahr vereinbaren.

(3) Entsprechend den Jahresarbeitsplänen verständigen sich

die zuständigen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak unmittelbar miteinander über die praktische Durchführung der Maßnahmen zur Zusammenarbeit auf den entsprechenden Gebieten der Kultur und der Wissenschaft.

Artikel 14

(1) Das vorliegende Abkommen unterliegt der Bestätigung durch beide Regierungen entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen.

(2) Das Abkommen tritt mit dem Tage des Austausches der Bestätigungsurkunden, der in Bagdad erfolgen wird, in Kraft.*

(3) Ergänzungen zu diesem Abkommen treten nach ihrer Unterzeichnung durch beide Regierungen in Kraft.

(4) Jeder Abkommenspartner kann die Gültigkeit des vorliegenden Abkommens unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist aufheben; die Kündigung bedarf der Schriftform.

Das vorliegende Abkommen wurde in 2 Exemplaren, jedes in deutscher, arabischer und englischer Sprache, ausgefertigt. Jeder Text ist authentisch, im Zweifelsfalle ist der englische Text maßgebend.

Zum Beweis dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Bagdad, den 1. April 1959

In Vollmacht der Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik

(gez.) Dr. Wilhelm Girnus

In Vollmacht der Regierung
der Republik
Irak

(gez.) Muhiddin Abdul Hamid

**Kommuniqué über den Besuch des Wirtschaftsministers der
Republik Irak, Dr. Ibrahim Kubbah, vom 12. bis 17. Juni 1959
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Auf Einladung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, weilte der Wirtschaftsminister der Republik Irak, Dr. Ibrahim Kubbah, vom 12. bis 17. Juni 1959 in der Deutschen Demo-

* Das Abkommen trat am 8. Dezember 1959 in Kraft.

kratischen Republik. In seiner Begleitung befanden sich Generaldirektor Dr. El Tuckmachi und der Attaché im irakischen Wirtschaftsministerium, Dr. El Memar.

Während des Aufenthaltes der irakischen Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik fanden mehrere Unterredungen zwischen dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau und dem irakischen Wirtschaftsminister, Dr. Ibrahim Kubbah, statt. Es wurden Fragen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak sowie die Möglichkeiten zur Erweiterung und Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen beiden Staaten erörtert.

Dr. Kubbah zeigte sich besonders an der Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen interessiert, da sich die Volkswirtschaften beider Länder gut ergänzen. Über die bereits bestehenden Abkommen hinaus kann die Zusammenarbeit auf allen Gebieten vertieft werden. Es ist beabsichtigt, eine Vereinbarung über technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu treffen und einen verstärkten Austausch von Fachexperten auf den verschiedensten Gebieten, besonders für Fragen der Landwirtschaft, vorzunehmen.

Die Unterredungen hatten weitere, beide Seiten interessierende Fragen zum Inhalt. So wurden die internationale Situation behandelt, insbesondere die Lage im Nahen und Mittleren Osten, sowie die Haltung der Republik Irak in der Deutschlandfrage.

Die Besprechungen wurden in einer sehr freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre geführt und brachten volle Übereinstimmung in den gegenseitig dargelegten Standpunkten.

Die irakische Delegation mit Wirtschaftsminister Dr. Kubbah an der Spitze hatte während ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit, die Erfolge der Werktätigen unserer Republik und ihre friedliche Arbeit beim Aufbau des Sozialismus kennenzulernen. Sie besuchte in Begleitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau die LPG „7. Oktober“ in Schenkenberg und die internationale Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg, wo sie gemeinsam mit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, einen mehrstündigen Rundgang durch das Ausstellungsgelände unternahm. Die genossenschaftliche Entwicklung auf dem Lande, die modernen Maschinensysteme und die Aufzucht von Leistungstieren fanden dabei besonderes Interesse der irakischen Gäste.

Bei diesen Besuchen und bei einer Besichtigung des Eisenhüttenkombinats in StalinStadt hatte die Delegation herzliche Gespräche mit Arbeitern, Bauern und Vertretern der Intelligenz unserer Republik.

Zwischen Studenten aus der Republik Irak und aus anderen arabischen Ländern und Dr. Kubbah fand ein Freundschaftstreffen im Ausländerstudentenheim der Leipziger Karl-Marx-Universität statt.

Der Besuch der irakischen Delegation in der Deutschen Demokratischen Republik hat zur weiteren Festigung der Freundschaft und der engen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak beigetragen.

**Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
an den Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim
Kassem, anlässlich des 1. Jahrestages der irakischen Revolution
am 14. Juli 1959**

Exzellenz!

Im Namen der Bevölkerung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie auch in meinem eigenen Namen übermittle ich Ihnen, Ihrer Regierung und dem irakischen Volk die herzlichsten Glückwünsche zum 1. Jahrestag der siegreichen Revolution und zur Schaffung der Republik Irak.

Mit Freude kann ich feststellen, daß sich zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Irak die freundschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln und gute Voraussetzungen für ihren weiteren Ausbau bestehen. Uns verbindet der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus, für die Erhaltung des Friedens.

(ADN 13. 7. 59)

**Telegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den
Ministerpräsidenten der Republik Irak, Abdul Kerim Kassem**

Euer Exzellenz!

Mit Abscheu und Empörung haben Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von dem verbrecherischen Anschlag auf Ihre Person Kenntnis genommen.

Ich gestatte mir, Ihnen und dem ganzen irakischen Volk unsere große Freude darüber zum Ausdruck zu bringen, daß auch dieser Versuch der Imperialisten und der mit ihnen verbundenen reaktionären Kreise, die fortschrittliche Entwicklung in der Republik Irak aufzuhalten, gescheitert ist.

Im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wünsche ich Ihnen baldige Genesung, auf daß Sie noch viele Jahre bei voller Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle des irakischen Volkes wirken können.

(ADN 8, 10. 59)

*

Ministerpräsident Kassem dankte lt. ADN vom 20. 10. 59 für die Anteilnahme.

REPUBLIK ISLAND

Unterzeichnung einer Handelsvereinbarung für das Jahr 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Islenzka Vöruskiptafelagid

Eine Handelsvereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Island für das Jahr 1960 wurde am 14. November 1959 von den bevollmächtigten Vertretern der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Islenzka Vöruskiptafelagid in Berlin unterzeichnet. Entsprechend dieser Vereinbarung wird die Deutsche Demokratische Republik u. a. Fischereifahrzeuge, Erzeugnisse des Maschinenbaues und der chemischen Industrie, feinmechanisch-optische Geräte sowie Textilien und andere Konsumgüter nach Island liefern und dafür vor allem Fischfilet, Salzheringe, Fischmehl, Wolle sowie andere Waren aus der landwirtschaftlichen Produktion Islands beziehen.

Auf Grund der günstigen Entwicklung des Handels zwischen beiden Ländern in den letzten Jahren konnte für das Jahr 1960 eine weitere Steigerung des Umsatzes um etwa 12 Prozent im Vergleich zu 1959 vereinbart werden. Die im März 1959 zwischen der Deutschen Notenbank und der Nationalbank Islands abgeschlossene Bankenvereinbarung wurde für das Jahr 1960 erneuert.

(ADN 17. 11. 59)

FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN

Unterzeichnung eines Dreijahresabkommens für den Warenaustausch zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien — Unterzeichnung von zwei weiteren Protokollen

Die Handelsbesprechungen zwischen den Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Belgrad wurden am 8. August 1959 beendet. Die Verhandlungen führten zum Abschluß eines Dreijahresabkommens über den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern für die Jahre 1960 bis 1962, eines Protokolls über gegenseitige Warenlieferungen und Dienstleistungen im Jahre 1960 sowie eines Protokolls der Verhandlungen der gemischten Kommission über den Stand des Warenaustausches im Jahre 1959. Für die Deutsche Demokratische Republik wurden die Abkommen vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Carl Eckloff und für Jugoslawien vom stellvertretenden Präsidenten des Außenhandelskomitees, Nanad Popović, unterzeichnet.

Die Deutsche Demokratische Republik wird an Jugoslawien Kunstdünger, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Maschinen, Anlagen, Ausrüstungen und andere Waren liefern, während Jugoslawien in die Deutsche Demokratische Republik vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel sowie Erzeugnisse der Holzwirtschaft und der Elektroindustrie exportiert. Dem Bedarf und den Möglichkeiten der Volkswirtschaft beider Länder entsprechend, ist eine ständige Vergrößerung des Umfangs des Warenaustausches bis zum Jahre 1962 vorgesehen.

(Neues Deutschland, Berlin 9. 8. 59)

KÖNIGREICH KAMBODSCHA

Telegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Ministerpräsidenten von Kambodscha*

Auszug

Ministerpräsident Otto Grotewohl richtete im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Telegramm an den Präsidenten des Ministerrates der Königlichen Regierung von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, in dem er zum verbrecherischen Bombenanschlag auf den König und die Königin Kambodschas Stellung nimmt. In dem Schreiben heißt es:

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entbiete ich Eurer Königlichen Hoheit und der Königlichen Regierung Kambodschas tiefempfundenenes Mitgefühl, verbunden mit dem Wunsch, daß es der Königlichen Regierung gelingen möge, die Anstifter dieses Verbrechens zu entlarven. Die Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik können nicht umhin, das Attentat im Zusammenhang mit den Bestrebungen imperialistischer Mächte zu sehen, die darauf abzielen, die Souveränität und Neutralität Kambodschas zu untergraben und das Khmervolk in ihre kriegerischen Abenteuer in Indochina einzubeziehen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist davon überzeugt, daß die Königliche Regierung Kambodschas, entgegen allen Intrigen friedensfeindlicher Kräfte, den Frieden, die Unabhängigkeit und Neutralität ihres Landes im Interesse des Glückes und Wohlstandes des Khmervolkes mit Erfolg verteidigen wird. Bei der Lösung dieser schweren Aufgabe kann die Königliche Regierung Kambodschas der Sympathie und Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik gewiß sein.

(ADN 9. 9. 59)

* Im Danktelegramm des Präsidenten des Ministerrates der Königlichen Regierung von Kambodscha heißt es laut ADN vom 15. 9. 59: Das Volk von Khmer ist fest entschlossen, seine Neutralität und seine Unabhängigkeit zu verteidigen, die ihm durch die Unterstützung aller Nationen, die wie die Deutsche Demokratische Republik für Frieden und Freiheit kämpfen, errungen wurde.

KOREANISCHE VOLKSDEMOKRATISCHE REPUBLIK

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahre 1959

Am 30. Januar 1959 wurde in Berlin auf Grund des langfristigen Handelsabkommens vom 22. Februar 1957 für die Jahre 1958 bis 1961* ein Protokoll über den Waren- und Zahlungsverkehr im Jahre 1959 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unterzeichnet. Das Protokoll sieht gegenüber dem Vorjahr eine Erweiterung des Warenaustausches auf etwa das Dreifache vor. Die Deutsche Demokratische Republik wird neben verschiedenen Buntmetallen, Erzeugnissen des Bergbaus und der chemischen Industrie Ölfrüchte, Fischmehl und erstmalig auch Reis importieren. Die Koreanische Volksdemokratische Republik erhält dafür Werkzeugmaschinen, Bagger, Planier-
raupen, Ausrüstungen für die Metallurgie, Transportausrüstungen, feinmechanisch-optische Geräte und Erzeugnisse der chemischen und Leichtindustrie.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnete das Protokoll der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Erwin Kerber, für die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Ir Jen.

(ADN 30. 1. 59; Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 7/59)

Kommuniqué über den Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Zoi En Gen, vom 18. bis 24. April 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Einladung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, weilte der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemo-

* Siehe Band V, S. 355.

kratischen Republik, Genosse Zoi En Gen, in der Zeit vom 18. bis 24. April 1959 zu einem Staatsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik.

In seiner Begleitung befanden sich: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Hon Men Hi, der Sekretär des Präsidiums der Obersten Volksvertretung, Kan Rjan Uk, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Li Don Gen.

Der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung, Genosse Zoi En Gen, wurde vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, empfangen.

Während ihres Aufenthaltes besichtigten die Gäste verschiedene Städte, Industriebetriebe, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Einheiten der Nationalen Volksarmee sowie kulturelle Institutionen.

Als Vertreter des koreanischen Volkes wurden der Vorsitzende der Obersten Volksversammlung, Genosse Zoi En Gen, und seine Begleitung überall mit großer Herzlichkeit begrüßt.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und der Erste Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, erörterten mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung, Genossen Zoi En Gen, in einer brüderlichen Atmosphäre wichtige Probleme der internationalen Lage, der Situation in Deutschland und in Korea sowie die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Hierbei wurde vollkommene Übereinstimmung der Auffassungen beider Seiten über alle behandelten Fragen festgestellt.

Beide Seiten betonten die große Bedeutung, die Besprechungen der führenden Staatsmänner von Ost und West auf höchster Ebene für die Sache der Erhaltung des Friedens und die internationale Entspannung haben können, und unterstützten deshalb den Vorschlag der Sowjetunion auf Einberufung einer Gipfelkonferenz. Sie betrachten das Zustandekommen einer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte unter Hinzuziehung von Vertretern beider deutscher Staaten als einen wichtigen Schritt zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz.

Die beiden Seiten messen einer erfolgreichen Weiterführung und Beendigung der Genfer Konferenz der drei Atomkräfte zur Einstellung der Kernwaffenversuche große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens bei. Sie sind weiter der Auffassung, daß

die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa, der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages wesentlich zur Minderung der internationalen Spannungen in Europa beitragen würden.

Der Vorsitzende des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Genosse Zoi En Gen, sicherte die uneingeschränkte Unterstützung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik für den Kampf der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Deutschen um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung der Westberlinfrage zu. Er bekräftigte, daß die Koreanische Volksdemokratische Republik die Auffassung teilt, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ausschließlich eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst ist.

Genosse Zoi En Gen brachte zum Ausdruck, daß die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Erarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes durch die Regierungen beider deutscher Staaten für die Genfer Außenministerkonferenz und für ein Zusammentreffen von Vertretern beider deutscher Parlamente zur Beratung von Maßnahmen im Geiste des Friedens und der Bildung einer deutschen Konföderation die volle Unterstützung seitens der Koreanischen Volksdemokratischen Republik finden.

Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik erklärten ihrerseits, daß die Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den gerechten Kampf des koreanischen Volkes um die demokratische und friedliche Wiedervereinigung Koreas nachhaltig unterstützen. Sie erblicken in den Vorschlägen der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik den einzigen richtigen Weg zur Erreichung dieses Zieles.

Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik verurteilen entschieden die Machinationen der amerikanischen Imperialisten in Südkorea, die wiederholten Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens, die Einführung von Atomwaffen nach Südkorea und die Kriegsdrohungen Li Syng Mans. Sie erklären, daß deshalb den Vorschlägen der Koreanischen Volksdemokratischen Republik für die Einberufung einer internationalen Konferenz interessierter Staaten zur Lösung der Koreafrage und für den unverzüglichen Abzug der ausländischen Besatzungstruppen aus Südkorea besondere Bedeutung zukommt.

Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß die zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen im Laufe der Jahre eine allseitige Entwicklung erfahren haben, und gaben der Überzeugung Ausdruck, daß dies die Einheit des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers stärkt. Der Besuch des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Genossen Zoi En Gen, ist ein Beitrag zur weiteren Festigung und Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik.

Berlin, den 24. April 1959

Abkommen

zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über die Aufnahme und den Austausch von Hoch- schulabsolventen, Studenten und Fachschülern

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik haben, geleitet von dem Wunsche, die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern zu regeln, beschlossen, das vorliegende Abkommen zu schließen. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:
die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Richard Fischer,
die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
den Minister für Bildung und Kultur der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Li Ir Gen.

Artikel 1

Beide vertragschließenden Parteien erklären ihr Einverständnis, auf Wunsch des Partners Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschüler (im folgenden „Studierende“ genannt) an Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie an wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen ihres Landes zur Ausbildung aufzunehmen.

Artikel 2

Die Ausbildung der delegierten Studierenden erfolgt im Vollstudium an Hochschulen, Universitäten und Fachschulen entsprechend den geltenden Studienplänen des Gastlandes oder für eine zu vereinbarende geringere Dauer.

Artikel 3

- (1) Die Zahl der Studierenden, die an Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie an wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen des anderen Landes aufgenommen werden sollen, wird durch Vereinbarung zwischen beiden Partnern jährlich bis zum 30. Januar festgelegt.
- (2) Spätestens drei Monate vor Beginn des Studienjahres (bis 1. Juni) übermitteln sich beide Partner Fachrichtungslisten, aus denen die Zahl der zu delegierenden Studierenden, ihre Fachrichtungen und die geplante Studiendauer ersichtlich sind.
- (3) Beide Partner teilen sich wechselseitig innerhalb eines Monats ihre Meinung über die Fachrichtungen und die vorgeschlagene Studiendauer mit.
- (4) Bis einen Monat vor Beginn des neuen Studienjahres werden die Unterlagen der zu delegierenden Studierenden übermittelt (Namenslisten, Personalien und Angaben über ihre bisherige Ausbildung, Sprachkenntnisse).
- (5) Die delegierten Studierenden treffen mindestens eine Woche vor Beginn des Studienjahres im Gastland ein. Die Organisation der Anreise sowie Rückreise nach Abschluß des Studiums obliegt der entsendenden Seite bzw. der Botschaft des Heimatlandes.

Artikel 4

Voraussetzungen zum Studium sind:

- a) für Absolventen: die erfolgreiche Absolvierung einer Universität oder Hochschule;
- b) für Studenten: die Hochschulreife;
- c) für Fachschüler: die erfolgreich abgeschlossene Grundschulausbildung und die abgeschlossene Facharbeiterausbildung bzw. die abgeschlossene Mittel- oder Oberschulausbildung;
- d) für Absolventen, Studenten und Fachschüler: die gesundheitliche Befähigung, das Studium im Gastland erfolgreich durchzuführen.

Artikel 5

- (1) Für die delegierten Studierenden gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Studierenden des Gastlandes, soweit dieses Abkommen keine anderen Bestimmungen vorsieht. Die Partner stellen sich gegenseitig alle die Studienausbildung betreffenden Bestimmungen zur Verfügung.
- (2) Nach Abschluß eines jeden Studienjahres informieren sich beide Partner über die Leistungen der Studenten.
- (3) Hochschul- bzw. Fachschulwechsel oder Änderungen der Fachrichtungen werden von den Partnern im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart; sie werden im allgemeinen in der Zeit zwischen dem Abschluß des alten und dem Beginn des neuen Studienjahres durchgeführt.
- (4) Die delegierten Studierenden erhalten nach Abschluß des Studiums die im Gastland üblichen Diplome bzw. Zeugnisse mit Angabe der erworbenen Qualifikation.
- (5) Auf Wunsch der entsendenden Seite kann an das Vollstudium eine berufs- bzw. betriebspraktische Tätigkeit von zu vereinbarenden Dauer angeschlossen werden.
- (6) Wenn Studierende vorzeitig abberufen werden, muß das Gastland über die Gründe der Abberufung informiert werden.

Artikel 6

- (1) Delegierte Studierende, die die Sprache des Gastlandes nicht genügend beherrschen, besuchen einen vom Gastland durchzuführenden Lehrgang, der sie sprachlich auf das Studium vorbereitet.
- (2) Für die delegierten Studierenden wird erforderlichenfalls auch zusätzlich zum Fachstudium Unterricht in der Sprache des Gastlandes erteilt.

Artikel 7

- (1) Das Gastland trägt alle Kosten, die für die Ausbildung der Studierenden, die auf der Grundlage dieses Abkommens aufgenommen werden, erforderlich sind.
- (2) Das entsendende Land trägt für die delegierten Studierenden die Kosten für die Stipendien, für die Hin- und Rückreise sowie für Urlaubsreisen in die Heimat.
- (3) Die Höhe der Stipendien wird vom entsendenden Land nach vorheriger Konsultation des Gastlandes in einem Zusatz-

protokoll zu diesem Abkommen jeweils festgelegt. Das Zusatzprotokoll ist ein unabdingbarer Bestandteil des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern.

- (4) Die Kosten für Unterbringung und Lebenshaltung tragen die delegierten Studierenden von ihrem Stipendium.

Artikel 8

Für koreanische Studierende in der Deutschen Demokratischen Republik, die bereits vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens immatrikuliert worden sind, trägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alle Ausbildungskosten und die Stipendien.

Artikel 9

Das Gastland kann für die delegierten Studierenden Ferienreisen durchführen. Die Kosten dieser Reisen werden von den Studierenden selbst getragen; sie genießen dabei die gleichen Vergünstigungen wie die Studierenden des Gastlandes.

Artikel 10

Den delegierten Studierenden gewährt das Gastland freie ärztliche Versorgung.

Artikel 11

- (1) Das Gastland verauslagt die Stipendien und zahlt sie für die Dauer des tatsächlichen Aufenthaltes der Studierenden im Gastland.
- (2) Das Gastland verauslagt die Kosten für die Urlaubsreisen in die Heimat und für die Rückreise nach Abschluß des Studiums.
- (3) Im November jeden Jahres übermitteln sich beide Partner für das zurückliegende Studienjahr spezifizierte Rechnungen über die dem anderen Land zu erstattenden Kosten. Die Zahlungen erfolgen durch Überweisung der entsprechenden Beträge auf das Konto der Koreanischen Zentralbank bei der Deutschen Notenbank bzw. auf das Konto der Deutschen Notenbank bei der Koreanischen Zentralbank.

Artikel 12

- (1) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich auf weitere drei Jahre, wenn keiner der beiden Partner das Abkommen sechs Monate vor Ablauf der Frist kündigt. Es tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
- (2) Änderungen bedürfen der Schriftform und der Zustimmung beider Partner.

Dieses Abkommen wurde am 7. Dezember 1959 in Phoengjang in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und koreanischer Sprache ausgefertigt. Jeder Text hat die gleiche Gültigkeit.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) R. Fischer

Für die Regierung der
Koreanischen Volksdemokratischen
Republik
(gez.) Li Ir Gen

KÖNIGREICH MAROKKO

Unterzeichnung eines Handelsabkommens bis zum 31. März 1960 zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Marocains en Allemagne

Ein Handelsabkommen wurde am 8. Juni 1959 in Berlin zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und den Services Commerciaux Marocains en Allemagne abgeschlossen. Das Abkommen, das bis zum 31. März 1960 gilt, sieht Warenlieferungen im Werte von 3,755 Mill. Dollar auf jeder Seite, d. h. eine Steigerung des Warenumsatzes um 41⁰/₀ gegenüber 1958, vor.

Im Rahmen des Abkommens wird die Deutsche Demokratische Republik unter anderem Industrieausrüstungen, Maschinenbauerzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Industriefahrzeuge, Düngemittel, Baum- und Zellwollgewebe, Wandfliesen und Paraffin liefern und dafür marokkanische Landeserzeugnisse, darunter Südfrüchte, Trockenfrüchte, Phosphate und Ölsardinen, beziehen.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 12/59)

MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK

Abkommen

zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Mongolischen Volksrepublik über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Mongolischen Volksrepublik haben, geleitet von dem Wunsche, zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern beizutragen, beschlossen, ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter,
Johannes Dick,

die Regierung der Mongolischen Volksrepublik
den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für ökonomische
Verbindungen mit anderen Ländern, O. Batotschir,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Mongolischen Volksrepublik werden sich zum Zwecke der Auswertung bei der Entwicklung der Wirtschaft ihrer Länder im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit gegenseitig die Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik übermitteln.

Artikel 2

Die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit wird in folgenden Formen und Arten durchgeführt:

- a) durch gegenseitige Übergabe vorhandener technischer Dokumentationen (z. B. technisch-wissenschaftliche Informationen, Konstruktionen, produktionstechnische und organisationsorganisatorische Erfahrungen);

- b) durch Entsendung von Fachleuten zur technischen Hilfeleistung, zur Bekanntmachung mit technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften oder zur produktionstechnischen Spezialausbildung;
- c) durch gemeinsame Durchführung von Projektierungs-, Forschungs- und Versuchsarbeiten;
- d) durch Einladungen von Spezialisten zur Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen und zur Durchführung von gemeinsamen wissenschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Tagungen;
- e) durch Förderung des gegenseitigen Austausches von wissenschaftlicher Literatur;
- f) durch die Verwirklichung anderer Arten der Zusammenarbeit nach vorheriger Vereinbarung zwischen den zuständigen Organen beider Abkommenspartner.

Artikel 3

Zur Ausarbeitung der Maßnahmen, Vorschläge und Empfehlungen für die Verwirklichung der in den Artikeln 1 und 2 des vorliegenden Abkommens genannten Aufgaben wird eine deutsch-mongolische Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit gebildet, für die jede Regierung drei Mitglieder benennt.

Diese Kommission arbeitet ein Statut und die allgemeinen Bedingungen für die Verwirklichung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit aus, die nach Unterzeichnung von Vertretern beider Seiten in Kraft treten werden.

Die Kommission wird mindestens einmal im Jahr, abwechselnd in Berlin und in Ulan-Bator, ihre Sitzungen durchführen.

Artikel 4

Zur Aufrechterhaltung der ständigen, unmittelbaren Verbindung in allen sich aus dem vorliegenden Abkommen ergebenden Fragen ist jeder Abkommenspartner berechtigt, in die Hauptstadt des anderen Landes Vertreter zu entsenden.

Artikel 5

Die Kosten der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit werden auf der Basis der Selbstkostenpreise berechnet, und die sich aus dem vorliegenden Abkommen ergebenden Zahlungen

erfolgen im Rahmen der zwischen beiden Ländern gültigen Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr.

Artikel 6

Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Falls nicht einer der Abkommenspartner das Abkommen ein Jahr vor Ablauf der Frist kündigt, bleibt es mit derselben Kündigungsfrist für jeweils weitere fünf Jahre gültig. Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung durch die Regierungen der Abkommenspartner und tritt mit dem Notenaustausch über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

Änderungen oder Ergänzungen des vorliegenden Abkommens bedürfen der Schriftform und des Einverständnisses beider Abkommenspartner.

Das vorliegende Abkommen wurde in Ulan-Bator am 11. April 1959 in zwei Exemplaren ausgefertigt und unterschrieben, jedes in deutscher und in mongolischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht
der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik
(gez.) Joh. Dick

In Vollmacht
der Regierung der Mongolischen
Volksrepublik
(gez.) O. Batotschir

Abkommen

über den Post- und Paketverkehr zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik einerseits und das Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik andererseits schließen in dem Bestreben, die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den befreundeten Ländern zu fördern, das folgende Abkommen über die weitere Entwicklung des Post- und Paketverkehrs ab und ernennen als Bevollmächtigte:

* Das Abkommen trat am 4. August 1959 in Kraft.

das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Minister Friedrich Burmeister,
das Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik

Herrn Minister Legdenin Damdinshaw,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik wird ein gegenseitiger regelmäßiger und unmittelbarer End- und Durchgangsverkehr für alle Arten von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, Zeitungen und Wertbriefen sowie von Paketen eingerichtet.

Artikel 2

1. Der Austausch der Posten im unmittelbaren Verkehr erfolgt in geschlossenen Beuteln.
2. Durchgangsbriefpostsendungen für einzelne Länder können in einzelnen Bunden und zusammengefaßt in einem Beutel versandt werden.
3. Die Auswechslungspostämter mit unmittelbarem Austausch von Briefpost können die Beutel der anderen Verwaltung verwenden.
4. Große Pakete ohne Wertangabe (Kisten und Körbe) dürfen lose befördert werden.

Artikel 3

1. Für Briefpost und Pakete, die aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Mongolische Volksrepublik und umgekehrt versandt werden, kommen folgende Auswechslungspostämter in Frage:
 - a) seitens der Deutschen Demokratischen Republik
 - (1) für Briefkartenschlüsse Berlin NW 7
 - (2) für Paketkartenschlüsse Frankfurt (Oder) 2
 - b) seitens der Mongolischen Volksrepublik
für Brief- und Paketkartenschlüsse Ulan-Bator

2. Die Auswechslungspostämter und die Beförderungsbedingungen können erforderlichenfalls im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Postverwaltungen geändert werden.

Artikel 4

1. Die Zeiten des Beginns und der Einstellung des Brief- und Paketaustausches werden nach gegenseitiger Vereinbarung zwischen den beiden Verwaltungen schriftlich festgesetzt.
2. Die einzelnen Fragen des Auslandsverkehrs, deren Lösung den Dienststellen der beiden Verwaltungen obliegt, werden von diesen im gegenseitigen Einverständnis geregelt.

Artikel 5

1. Brief- und Paketsendungen, die zwischen den Dienststellen des Post- und Fernmeldewesens ausgetauscht werden, sind gebührenfrei.
2. Bezüglich der Paketsendungen gelten diese Bestimmungen nur, wenn das Einverständnis der Vermittlungsländer über die Nichterhebung der entsprechenden Durchgangsgebühren vorliegt.

Artikel 6

Der Schriftverkehr zwischen den Dienststellen des Post- und Fernmeldewesens der beiden Verwaltungen wird in französischer oder russischer Sprache durchgeführt. Hierbei sind die im Auslandsverkehr geltenden Formblätter zu verwenden.

II. POST

A) BRIEFPOST

Artikel 7

1. Im gegenseitigen Endverkehr werden folgende Arten von Briefsendungen zugelassen:
gewöhnliche Briefe, einfache Postkarten, Postkarten mit Antwortkarte, Geschäftspapiere, Drucksachen, Sendungen in Blindenschrift, Warenproben, Mischsendungen, Päckchen sowie Briefe mit Wertangabe, Zeitungen und Zeitschriften.
2. Nachnahmesendungen und Sprechbriefe sind nicht zugelassen.

Artikel 8

Die Annahme von Briefsendungen, ihre Freimachung, Bearbeitung und Beförderung erfolgt nach den Auslandsgebühren und nach den Vorschriften für den Auslandspostverkehr eines jeden Abkommenspartners.

Artikel 9

Die zwischen den beiden Ländern auszutauschenden Einschreibsendungen werden summarisch in die Briefkarten eingetragen.

Artikel 10

1. Im gegenseitigen Post austausch werden Wertbriefe mit einer Wertangabe bis zu 10 000 Goldfranken zugelassen.
2. Gegenstände, die einer Zollgebühr unterliegen, sind in Wertbriefen nicht zugelassen.
3. Die Art des Austausches von Wertsendungen wird zwischen den beiden Verwaltungen vereinbart.

Artikel 11

Die Abrechnung über die Beförderung von Luftpostsendungen erfolgt entsprechend dem tatsächlichen Gewicht. Bezüglich des Gewichts der lose zu befördernden Luftpostsendungen gelten die dem Weltpostvertrag beigefügten Bestimmungen über Luftpostbriefsendungen.

B) PAKETE

Artikel 12

1. Im gegenseitigen Endverkehr werden nur gewöhnliche Pakete bis zum Höchstgewicht von 10 kg zugelassen.
2. Vom Paketaustausch sind ausgeschlossen:
 - a) Nachnahmepakete,
 - b) Eilpakete,
 - c) dringende Pakete,
 - d) Pakete, für welche die Postverwaltungen im Auftrage des Absenders die Zollgebühren im voraus entrichtet haben.
3. Die Abmessungen der Pakete dürfen in allen drei Dimensionen (Länge, Breite und Höhe) nicht weniger als 10 cm und nicht mehr als 70 cm betragen.

Artikel 13

Jede Verwaltung hat entsprechend den in ihrem Lande geltenden Bestimmungen das Recht, Beschränkungen über die Annahme, die Beförderung und den Inhalt der Pakete durchzuführen. Diese Beschränkungen müssen der anderen Verwaltung rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werden.

Artikel 14

1. Jede Verwaltung hat das Recht, in Ausnahmefällen den Paket-
austausch in der einen oder anderen Richtung vorübergehend
ganz oder teilweise einzustellen.
2. Jede Verwaltung, die von diesem Recht Gebrauch macht, ist
verpflichtet, die andere Verwaltung hiervon erforderlichen-
falls telegrafisch zu unterrichten.

Artikel 15

Bezüglich der Annahme und Ausgabe von Paketen mit Gegen-
ständen, deren Ein- und Ausfuhr verboten ist oder die beson-
deren Bestimmungen unterliegen, sind die Gesetze des Landes
und die Vorschriften jedes Abkommenspartners maßgebend.

Artikel 16

1. Als Endgebühren werden festgesetzt:
 - a) zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik

für Pakete mit einem Gewicht bis 1 kg	0,60 Gfr
„ „ „ „ „ von 1 bis 3 kg	0,80 Gfr
„ „ „ „ „ von 3 bis 5 kg	1,00 Gfr
„ „ „ „ „ von 5 bis 10 kg	2,00 Gfr
 - b) zugunsten der Mongolischen Volksrepublik

für Pakete mit einem Gewicht bis 1 kg	1,75 Gfr
„ „ „ „ „ von 1 bis 3 kg	4,32 Gfr
„ „ „ „ „ von 3 bis 5 kg	6,32 Gfr
„ „ „ „ „ von 5 bis 10 kg	13,12 Gfr
2. Als Durchgangsgebühren werden festgelegt:
 - a) zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik

für Pakete mit einem Gewicht bis 1 kg	0,30 Gfr
„ „ „ „ „ von 1 bis 3 kg	0,40 Gfr
„ „ „ „ „ von 3 bis 5 kg	0,50 Gfr
„ „ „ „ „ von 5 bis 10 kg	1,00 Gfr

b) zugunsten der Mongolischen Volksrepublik
für Pakete mit einem Gewicht bis 1 kg

					von 1 bis 3 kg	0,53 Gfr
"	"	"	"	"	von 3 bis 5 kg	1,58 Gfr
"	"	"	"	"	von 5 bis 10 kg	2,06 Gfr
"	"	"	"	"		4,46 Gfr

3. Beide Verwaltungen sind berechtigt, die Absätze 1 und 2 dieses Artikels, die die Festsetzung der End- und Durchgangsgebühren betreffen, im gegenseitigen Einverständnis zu ändern.

Artikel 17

1. Jede Verwaltung setzt die Gebühren für die Beförderung von Luftpostpaketen nach eigenem Ermessen fest.
2. Die in Goldfranken angegebenen Gebühren sollen nach Möglichkeit den anteilmäßigen Betriebsausgaben der Luftverkehrslinien entsprechen, die zur Beförderung der Pakete benutzt werden.
3. Diese Gebühren werden zugunsten der Verwaltung erhoben, die die Beförderung der Pakete durchführt.

Artikel 18

1. Jedes Paket muß mit einer Paketkarte und einer Inhaltserklärung versehen sein, die in französischer oder russischer Sprache auszufüllen ist.
2. Der Absender muß auf der Paketkarte und auf dem Paket selbst bezeichnen, was mit dem Paket bei Unzustellbarkeit zu geschehen hat.
3. Seitens des Absenders dürfen auf der Rückseite der Paketkarte nur die Angaben gemacht werden, die das Paket betreffen. Die Verwendung der Rückseite für allgemeine schriftliche Mitteilungen ist unzulässig.

III. ABRECHNUNG

Artikel 19

1. Als Währungseinheit für die gegenseitige Abrechnung im Postverkehr dient der Goldfranken zu 100 Centimen in einem Gewicht von 10/31 g mit 0,900 Feingehalt.
2. Jede der beiden Verwaltungen benachrichtigt rechtzeitig die andere Verwaltung über das Umrechnungsverhältnis ihrer Landeswährung zum Goldfranken.

Artikel 20

1. Die Rechnungen im Postpaketverkehr werden monatlich aufgestellt, abgestimmt und anerkannt.
2. Unmittelbar nach Anerkennung von sechsmonatlichen Rechnungen stellt die Gläubigerverwaltung eine Halbjahresrechnung zusammen und sendet sie in zwei Exemplaren an die Schuldnerverwaltung, die nach Überprüfung ein Exemplar mit dem Anerkennnisvermerk zurücksendet.

Artikel 21

1. Die halbjährlichen Salden der gegenseitigen Abrechnungen im Postpaketverkehr werden untereinander ausgeglichen, so daß sich ein Endsaldo ergibt.
2. Die Halbjahresrechnung muß im Verlauf von 6 Wochen nach Eingang bei der Schuldnerverwaltung beglichen werden.

Artikel 22

Der in Goldfranken angegebene Endsaldo der Jahresrechnung wird von der Schuldnerverwaltung durch Vermittlung einer Bank in der Hauptstadt des Gläubigerlandes in Goldrubeln beglichen oder auf jede beliebige Art, die zwischen den beiden Ländern vereinbart ist.

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 23

Soweit in diesem Abkommen nichts anderes vereinbart ist, gelten für den unmittelbaren und Durchgangsverkehr die Bestimmungen des Weltpostvertrags und die Bestimmungen über Luftpostbriefsendungen sowie die des Wertbrief- und Wertkästchenabkommens mit ihren Vollzugsordnungen, ferner die Bestimmungen des Postpaketabkommens mit seiner Vollzugsordnung.

Artikel 24

1. Beide Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen zum vorliegenden Abkommen Änderungen und Zusätze machen, die sich aus der weiteren Entwicklung des Post- und Paketverkehrs ergeben.
2. Alle Einzelfragen, die sich aus dem vorliegenden Abkommen ergeben, können im Wege des üblichen Schriftwechsels zwischen den beiden Verwaltungen entschieden werden.

Artikel 25

1. Das vorliegende Abkommen wird auf unbefristete Zeit abgeschlossen. Es kann auf Grund einer schriftlichen Benachrichtigung von jeder Verwaltung gekündigt werden, die dem anderen Abkommenspartner 6 Monate im voraus übersandt werden muß.
2. Die Kündigung kann sich auf einen der Postdienstzweige oder auf mehrere Zweige beziehen. In diesem Falle bleiben die anderen Postdienstzweige des Abkommens auch weiterhin in Kraft.
3. Das Abkommen tritt an dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in 2 Exemplaren, jedes in deutscher, russischer und mongolischer Sprache.

Jeder Text ist rechtsverbindlich.

Im Zweifelsfalle ist der russische Text maßgebend.

Geschehen in Berlin, am 12. Juni 1959.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Abkommenspartner das vorliegende Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Für das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Burmeister	Für das Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volks- republik (gez.) Damdinshaw
--	---

Abkommen

über den Fernmeldeverkehr zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik

Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik einerseits
und das Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der Mongolischen Volksrepublik andererseits

schließen in dem Bestreben, die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen den befreundeten Ländern zu

fördern, das folgende Abkommen über die weitere Entwicklung des Fernmeldeverkehrs ab und ernennen als Bevollmächtigte:

das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der
Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Minister Friedrich Burmeister,

das Ministerium für Verkehrs- und Fernmeldewesen der
Mongolischen Volksrepublik

Herrn Minister Legdenin Damdinshaw,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Der Fernsprech- und Telegrafatenverkehr zwischen den Abkommenspartnern erfolgt nach vorheriger Vereinbarung über das Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Artikel 2

Jeder Abkommenspartner stellt auf seinem Gebiet die erforderlichen technischen Einrichtungen zur Verfügung, um den normalen Fernsprech- und Telegrafatenverkehr auf beiden Seiten zu gewährleisten.

Artikel 3

Für Schäden oder Verluste, die infolge einer Unterbrechung oder Verzögerung des Fernsprech- oder Telegrafatenverkehrs, bedingt durch eine Leitungsstörung oder durch andere Ursachen, für einen Abkommenspartner eintreten, trägt weder der eine noch der andere Abkommenspartner die Verantwortung.

II. TELEGRAFATENVERKEHR

Artikel 4

Zwischen den Abkommenspartnern sind folgende Telegrammarten zugelassen:

- a) Staatstelegramme,
- b) gewöhnliche Telegramme,

- c) gewöhnliche Pressetelegramme,
- d) Brieftelegramme,
- e) Diensttelegramme.

Artikel 5

1. Alle Telegramme können in lateinischer Schrift in mongolischer, russischer, deutscher oder geheimer Sprache abgefaßt werden.
2. Für Pressetelegramme ist der Gebrauch der geheimen Sprache entsprechend den internationalen Bestimmungen nicht zugelassen.

Artikel 6

1. Die Telegrammgebühren zwischen den Abkommenspartnern und ihre anteilmäßige Aufteilung werden wie folgt festgesetzt:
 - a) Für jedes Wort eines gewöhnlichen Telegramms wird eine Gebühr von 0,8125 Goldfranken erhoben; davon erhält die Mongolische Volksrepublik 0,1725 Goldfranken, die Deutsche Demokratische Republik 0,15 Goldfranken, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für den Durchgangsverkehr 0,40 Goldfranken und die Volksrepublik Polen für den Durchgangsverkehr 0,09 Goldfranken.
 - b) Die Gebühr für jedes Wort in gewöhnlichen Pressetelegrammen beträgt $\frac{1}{3}$ der Gebühr je Wort gewöhnlicher Privattelegramme.
 - c) Die Gebühr für jedes Wort in Staatstelegrammen, die zwischen den Abkommenspartnern ausgetauscht werden und ihre anteilmäßige Aufteilung beträgt 50% der Gebühr je Wort gewöhnlicher Telegramme.

Der vorliegende Punkt c) kann auch auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zwischen den Abkommenspartnern für Staatstelegramme anderer Länder angewandt werden.

Wird keine besondere Vereinbarung über die Festlegung der Gebühren und ihre anteilmäßige Aufteilung für Staatstelegramme anderer Länder getroffen, so wird die gleiche Gebühr wie für gewöhnliche Telegramme erhoben.

2. Für Brieftelegramme wird für jedes Wort eine Gebühr festgelegt, die die Hälfte der Gebühr je Wort für gewöhnliche Telegramme beträgt, wobei die anteilmäßige Aufteilung der Gebühren gleichmäßig vorgenommen wird.
3. Für Diensttelegramme zwischen den Abkommenspartnern in Angelegenheiten des Post- und Fernmeldewesens werden keine Gebühren berechnet.

Artikel 7

Die End- und Durchgangsgebühren für Telegramme zwischen den Ländern der Abkommenspartner, die über andere als die im Artikel 6 genannten Länder umgeleitet werden, werden durch gemeinsame Vereinbarungen beider Abkommenspartner mit den in Anspruch genommenen Ländern festgelegt.

III. FERNSPRECHVERKEHR

Artikel 8

1. Zwischen den Abkommenspartnern werden folgende Arten von Ferngesprächen zugelassen:
 - a) Staatsgespräche,
 - b) gewöhnliche Ferngespräche,
 - c) Gespräche mit Voranmeldung,
 - d) Dienstgespräche.
2. Die Abkommenspartner tauschen gegenseitig Verzeichnisse der Städtenamen ihrer Länder aus, zwischen denen eine Fernsprechverbindung besteht.

Artikel 9

1. Als Gebühreneinheit für ein gewöhnliches Ferngespräch wird eine Gesprächsdauer von drei Minuten festgelegt, wobei die Gesamtgebühr auf 22,80 Goldfranken festgesetzt wird.
2. Die Anteile für eine Gebühreneinheit eines gewöhnlichen Ferngesprächs werden wie folgt festgelegt:

a) zugunsten der Mongolischen Volksrepublik	2,40 Gfr
b) zugunsten der Deutschen Demokratischen Republik	2,40 Gfr
c) zugunsten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für den Durchgangsverkehr	15,40 Gfr
d) zugunsten der Volksrepublik Polen für den Durchgangsverkehr	2,60 Gfr
3. Für Dienstgespräche zwischen den Abkommenspartnern in Angelegenheiten des Post- und Fernmeldewesens werden keine Gebühren berechnet.
4. Die Gebühren für Ferngespräche, die im vorliegenden Abkommen nicht genannt werden, und für andere zusätzliche Ferngesprächsarten werden nach Vereinbarung der Abkommenspartner festgelegt.

Artikel 10

End- und Durchgangsgebühren für Ferngespräche zwischen den Ländern, die über andere als die im Artikel 6 genannten Länder umgeleitet werden, werden durch gemeinsame Vereinbarung beider Abkommenspartner mit den in Anspruch genommenen Ländern festgelegt.

Artikel 11

Dienstgespräche zwischen den Endfernämtern in Betriebsan gelegenheiten werden in russischer Sprache geführt.

IV. ABRECHNUNG

Artikel 12

1. Als Währungseinheit für die gegenseitige Abrechnung im Fernmeldeverkehr dient der Goldfranken zu 100 Centimen in einem Gewicht von 10/31 g mit 0,900 Feingehalt.
2. Jede der beiden Verwaltungen benachrichtigt rechtzeitig die andere Verwaltung über das Umrechnungsverhältnis ihrer Landeswährung zum Goldfranken.

Artikel 13

1. Die Rechnungen im Fernmeldeverkehr werden monatlich aufgestellt, abgestimmt und vor Ablauf von 6 Monaten anerkannt.
2. Unmittelbar nach Anerkennung von 6 monatlichen Rechnungen stellt die Gläubigerverwaltung eine Halbjahresrechnung zusammen und übermittelt sie in 2 Exemplaren der Schuldnerverwaltung, die nach Überprüfung 1 Exemplar mit dem Anerkennnisvermerk zurücksendet.

Artikel 14

1. Die halbjährlichen Salden der gegenseitigen Abrechnung im Fernmeldeverkehr werden untereinander ausgeglichen, so daß sich ein Endsaldo ergibt.
2. Die Halbjahresrechnung ist im Laufe von 6 Wochen vom Tage ihres Eingangs bei der Schuldnerverwaltung an zu begleichen.

Artikel 15

Der in Goldfranken angegebene Endsaldo der Jahresrechnung wird von der Schuldnerverwaltung durch Vermittlung einer Bank in der Hauptstadt des Gläubigerlandes in Goldrubel beglichen oder auf jede beliebige andere Art, die zwischen den beiden Ländern vereinbart ist.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 16

Alle mit dem Fernsprech- und Telegrafenverkehr in Verbindung stehenden Fragen, die in diesem Abkommen nicht festgelegt wurden, werden nach internationalem Gebrauch geregelt.

Artikel 17

1. Die beiden Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen zum vorliegenden Abkommen Änderungen und Ergänzungen machen, die sich aus der weiteren Entwicklung des Fernmeldeverkehrs ergeben.
2. Technische Fragen, die im vorliegenden Abkommen nicht behandelt sind, und andere Fragen, die bei der Durchführung des Abkommens auftreten, werden durch schriftliche Vereinbarungen zwischen den Abkommenspartnern entschieden.
3. Der dienstliche Schriftverkehr zwischen den Abkommenspartnern wird in russischer Sprache durchgeführt.

Artikel 18

1. Das vorliegende Abkommen wird auf unbefristete Zeit abgeschlossen. Es kann auf Grund einer schriftlichen Benachrichtigung von jeder Verwaltung gekündigt werden, die dem anderen Abkommenspartner 6 Monate im voraus übersandt werden muß.
2. Die Kündigung kann sich auf einen der Fernmeldedienstzweige oder auf mehrere Dienstzweige beziehen. In diesem Falle bleiben die anderen Fernmeldedienstzweige des Abkommens auch weiterhin in Kraft.
3. Das Abkommen tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in 2 Exemplaren, jedes in deutscher, russischer und mongolischer Sprache.

Jeder Text ist rechtsverbindlich. Im Zweifelsfalle ist der russische Text maßgebend.

Geschehen in Berlin, am 12. Juni 1959.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Abkommenspartner das vorliegende Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Für das Ministerium
für Post- und Fernmeldewesen
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Burmeister

Für das Ministerium für
Verkehrs- und Fernmeldewesen
der Mongolischen Volks-
republik
(gez.) Damdinshaw

**Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der
Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen
Volksrepublik über die gegenseitigen Warenlieferungen im
Jahre 1960**

Als Ergebnis der in freundschaftlicher Atmosphäre zwischen den Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik geführten Verhandlungen wurde am 23. September 1959 in Berlin ein Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen im Jahre 1960 unterzeichnet.

Das Protokoll sieht eine Steigerung des Umfanges der Warenlieferungen für das Jahr 1960 um 20 Prozent gegenüber dem Jahre 1959 vor. Entsprechend dem Protokoll wird die Deutsche Demokratische Republik aus der Mongolischen Volksrepublik Fleisch, Därme, Häute, Felle, Wolle, Tierhaare und andere Waren importieren. Die Deutsche Demokratische Republik wird in die Mongolische Volksrepublik Erzeugnisse der Feinmechanik/Optik, Laborausrüstungen, Nähmaschinen, Mopeds und Fahrräder, Textilien, Lehrmittel und verschiedene technische Güter des Massenbedarfs liefern.

Die Erhöhung der gegenseitigen Warenlieferungen wird zur weiteren Festigung der Freundschaft zwischen beiden Völkern; zur Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit und zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne beider Länder beitragen.

(ADN 24..9. 59)

Glückwunschtelegramm zum 35. Jahrestag der Ausrufung der Mongolischen Volksrepublik am 26. November 1959

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, richteten an den Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Shamsarangyn Sambu, und an den Vorsitzenden des Ministerrates der Mongolischen Volksrepublik und Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Mongolischen Volksrevolutionären Partei, Jumshagin Zedenbal, nachstehendes Glückwunschtelegramm:

Zum 35. Jahrestag der Ausrufung der Mongolischen Volksrepublik übermitteln wir Ihnen und dem gesamten mongolischen Volk im Namen der Bevölkerung und in unserem eigenen Namen die herzlichsten Glückwünsche. Die Schaffung des unabhängigen, souveränen ersten volksdemokratischen Staates war die Krönung des jahrhundertelangen opfervollen Kampfes des mongolischen Volkes gegen seine in- und ausländischen Unterdrücker. Das mongolische Volk hat seit der Gründung der Mongolischen Volksrevolutionären Partei beim Übergang von feudaler Knechtschaft zum Sozialismus hervorragende Erfolge auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet errungen. Die großen Leistungen, die das mongolische Volk beim Aufbau des Sozialismus vollbrachte, sind ein Beweis für die unüberwindbare Kraft des großen sozialistischen Lagers.

Die Mongolische Volksrepublik hat als unabhängiger, souveräner und demokratischer Staat das volle Recht, in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt deshalb die berechtigten Forderungen der Mongolischen Volksrepublik, daß ihr der ihr zustehende Platz in der Organisation der Vereinten Nationen eingeräumt wird.

Wir sind tief davon überzeugt, daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus auch künftig zum Wohle unserer Völker und im Interesse des Friedens weiterentwickeln werden. Damit tragen unsere beiden Staaten zur Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers bei, an dessen Spitze die Sowjetunion steht.

Wir wünschen Ihnen, teure Genossen, und dem ganzen mongolischen Volk weitere große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Ihrer Heimat und im Kampf um die Festigung und Erhaltung des Friedens.

(Neues Deutschland, Berlin 26. 11. 59)

*

Die Staatsmänner der Mongolischen Volksrepublik dankten lt. ADN vom 11. 12. 59 für die Glückwünsche.

REPUBLIK ÖSTERREICH

Unterzeichnung eines neuen Abkommens zur Förderung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs

Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Österreich über ein neues Abkommen zur Förderung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen wurden am 28. Januar 1959 in Wien abgeschlossen. Im Rahmen dieses Abkommens wurden neben dem Warenaustausch auch Möglichkeiten zur Förderung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen fixiert, so z. B. die Kooperation bei der industriellen Fertigung, die technische Zusammenarbeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen und anderes. Das Volumen des Warenaustausches für das Jahr 1959 wurde import- und exportseitig auf je 20 Millionen USA-Verrechnungsdollar festgelegt.

(ADN 30. 1. 59)

Mitte Dezember 1959 wurde das Handelsabkommen für das Jahr 1960 verlängert.

VOLKSREPUBLIK POLEN

Protokoll zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Tätigkeit der Kultur- und Informationszentren in Berlin und Warschau

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen sind in dem Bestreben, das humanistische und fortschrittliche Kulturgut und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Völker stärker zu popularisieren und die kulturelle Zusammenarbeit noch enger zu gestalten, übereingekommen, dieses Protokoll auf der Grundlage des Vertrages über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vom 8. Januar 1952* abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Josef Hegen, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Polen,

die Regierung der Volksrepublik Polen
Józef Winiewicz, Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen,

die nach Austausch ihrer für richtig und in gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Die Aufsicht über die Tätigkeit des Kultur- und Informationszentrums der Deutschen Demokratischen Republik übt die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in Warschau aus.

Die Aufsicht über die Tätigkeit des Kultur- und Informationszentrums der Volksrepublik Polen übt die Botschaft der Volksrepublik Polen in Berlin aus.

* Siehe Band IV, S. 149 ff.

Artikel 2

Die Tätigkeit der Kultur- und Informationszentren, im weiteren „Zentren“ genannt, umfaßt:

- a) Durchführung von Veranstaltungen (Konzerte, Vorträge, Literaturabende, Filmvorführungen, Ausstellungen usw. sowie damit im Zusammenhang stehende Zusammenkünfte mit Pressevertretern);
- b) Unterhaltung eines Leseraumes mit Zeitungen, Zeitschriften und anderen Publikationen;
- c) Ausleihe von Büchern und Zeitschriften;
- d) Erteilung von Informationen über alle Fragen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens;
- e) Durchführung von Sprachkursen;
- f) Detailverkauf von Büchern, Broschüren, Reproduktionen, Noten, Schallplatten, Gegenständen der Volkskunst und des Kunsthandwerks in den Zentren sowie Versandvertrieb dieser Materialien.

Zur Durchführung der vorstehenden Tätigkeiten können die Zentren zu entsprechenden Institutionen, Organisationen usw. Kontakte unterhalten.

Artikel 3

Beide Seiten werden gegenseitig den Zentren in der Realisierung ihrer Aufgaben allseitige Hilfe gewähren.

Artikel 4

Die Einrichtungsgegenstände sowie sämtliche für den laufenden Betrieb der Zentren benötigten und nicht für den Verkauf bestimmten Gegenstände werden bei der Ein- und Ausfuhr von Zoll und anderen Abgaben befreit.

Artikel 5

Jede der Seiten wird die Ausgaben decken, die mit der Unterhaltung der Räume des Zentrums der zweiten Seite verbunden sind.

Notwendige Renovierungen führt jede Seite in ihrem Zentrum auf eigene Kosten durch.

Artikel 6

Falls die empfangende Seite aus städtebaulichen oder anderen wichtigen Erwägungen eine Verlegung des Zentrums der anderen Seite für notwendig erachtet, ist sie verpflichtet, nach vor-

heriger gegenseitiger Vereinbarung andere gleichwertige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Artikel 7

Die Zentren unterliegen in ihrer gesamten Tätigkeit den gesetzlichen Bestimmungen der empfangenden Seite, falls dieses Protokoll nicht anders bestimmt.

Artikel 8

Beide Zentren werden bei den zuständigen Staatsbanken Betriebskonten in der Landeswährung unterhalten.

Artikel 9

1. Die Buchführung der Zentren wird in der Sprache und entsprechend den Gepflogenheiten der entsendenden Seite geführt;
2. die Zentren haben in ihren Verkaufsstellen eine selbständige Buchführung;
3. die Kontrolle der Buchführung über den Verkauf in den Zentren kann durch entsprechende Organe der empfangenden Seite nach vorheriger Vereinbarung durchgeführt werden.

Artikel 10

Der Umfang der im Artikel 2, Punkt f, zum Verkauf in den Zentren vorgesehenen Waren wird in den Verhandlungen zum Abschluß der Jahresprotokolle zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über gegenseitige Warenlieferungen unter der Bezeichnung „Kulturzentrum“ vereinbart.

Artikel 11

Die Bestellungen und Lieferungen der zum Detailverkauf in den Zentren bestimmten Waren werden ausschließlich durch die zuständigen Außenhandelsunternehmen beider Seiten ohne Mitwirkung der Organe des Binnenhandels durchgeführt.

Artikel 12

Die Warenlieferungen und Zahlungen erfolgen auf der Grundlage der Bestimmungen, die in den jeweiligen Jahresprotokollen über gegenseitige Warenlieferungen vereinbart werden.

Jede der Seiten stellt ihrem Zentrum die erforderlichen Mittel in der Währung der empfangenden Seite zur Deckung der Forderungen der Außenhandelsunternehmen für die ersten Lieferungen zur Verfügung. Aus den staatlichen Detailverkaufspreisen für die zum Verkauf in Frage kommenden Waren gewährt das Außenhandelsunternehmen der empfangenden Seite dem Zentrum einen Rabatt von 25⁰/₀.

Die Regelung der Forderungen der Außenhandelsunternehmen durch die Zentren erfolgt auf dem Wege des Bankinkassos. Beide Zentren überweisen die aus dem Detailverkauf erzielten Beträge in der Landeswährung auf ein gemäß Artikel 8 eingerichtetes Konto bei der Staatsbank der empfangenden Seite.

Artikel 13

Die Verwaltungskosten und die mit der Tätigkeit verbundenen Ausgaben trägt jede der Seiten im eigenen Bereich. Aus dem Verkauf entstehende finanzielle Überschüsse verbleiben den Zentren. Sie können nur zur Erweiterung der nicht kommerziellen Tätigkeit der Zentren verwendet werden. Transfer dieser Überschüsse ist ausgeschlossen.

Artikel 14

Falls es sich als notwendig erweisen sollte, wird nach vorheriger gegenseitiger Vereinbarung ein Erfahrungsaustausch durchgeführt.

Artikel 15

Dieses Protokoll tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1960.

Wird das Protokoll nicht drei Monate vor Ablauf der entsprechenden Frist von einer der beiden Seiten gekündigt, so verlängert sich seine Gültigkeit mit der gleichen Kündigungsfrist jeweils um ein weiteres Jahr.

Unterzeichnet in Warschau am 6. Mai 1959 in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Auftrage der Regierung
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) J. Hegen

Im Auftrage der Regierung
der Volksrepublik Polen
(gez.) J. Winiewicz

XVI. Tagung der Ständigen Kommission für technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen

Im Mai 1959 fand in Warschau die XVI. Tagung der Ständigen Kommission für technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen statt, auf der über eine Erweiterung der technischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beraten wurde. Entsprechend den Vereinbarungen werden sich die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen gegenseitig technische und wissenschaftlich-technische Hilfe gewähren in Form von Dokumentationsüberweisungen und Konsultationen, insbesondere auf den Gebieten des Maschinenbaus, der Grundstoffindustrie, der Chemie, des Bauwesens, der Leichtindustrie und anderen Industriezweigen.

Beide Seiten kamen überein, die auf der XIV. Tagung der Ständigen Kommission beschlossene Vereinbarung zur Regelung der planmäßigen und unmittelbaren technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen zentralen staatlichen Organen und Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen auf Institute und Betriebe zu erweitern. Diese direkte Zusammenarbeit der Institute und Betriebe sieht die Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vor sowie die Vermittlung der neuesten Erkenntnisse auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation, der Produktionstechnologie und der Kleinmechanisierung auf der Grundlage konkreter Jahresarbeitsprogramme.

Dies trifft u. a. für das Institut für Schweißtechnik, Halle, und das Institut für Schweißtechnik, Gliwice, für das Institut für Technologie und Organisation des Maschinenbaus, Karl-Marx-Stadt, und das Institut für Organisation des Maschinenbaus, Warschau, für den VEB Berliner Glühlampenwerk und das „Rosa-Luxemburg-Werk“, Warschau, für den VEB Warnowwerft, Warnemünde, und die Werft Gdansk sowie für den VEB Sachsenwerk, Niedersedlitz, und das Elektromotorenwerk M 5, Wrocław, zu.

Die Besprechungen verliefen im Geiste der Freundschaft und trugen zur Vertiefung der gegenseitigen Zusammenarbeit bei.

(ADN 12. 5. 59)

Glückwunschtelegramm zum 15. Jahrestag der Volksrepublik Polen am 22. Juli 1959

Präsident Wilhelm Pieck, Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann, Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, sandten anlässlich des 15. Jahrestages der Wiedergeburt Polens an den Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Genossen Alexander Zawadzki, den Marschall des Sejm der Volksrepublik Polen, Czesław Wycech, den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Genossen Józef Cyrankiewicz, und den Ersten Sekretär des ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Genossen Władysław Gomułka, folgendes Glückwunschtelegramm:

Teure Genossen!

Zum 15. Jahrestag der Wiedergeburt Polens erlauben wir uns, Ihnen und dem polnischen Volk im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und in unserem eigenen Namen die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Mit großer Freude und brüderlicher Anteilnahme verfolgen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Anstrengungen des polnischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus. Dem polnischen Brudervolk ist es unter der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in einer historisch kurzen Zeit gelungen, Volkspolen zu einem bedeutenden Industrie-Agrarstaat in Europa zu gestalten. In der internationalen Politik spielt die Volksrepublik Polen eine wichtige Rolle. Die wesentlichen Beiträge, welche die Volksrepublik Polen zur Erhaltung des Friedens geleistet hat, und die Anstrengungen auf diesem Gebiet, die von ihr ständig unternommen werden, finden die breiteste Zustimmung aller friedliebenden Menschen in der ganzen Welt. Der Vorschlag der Volksrepublik Polen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa wird von der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und den patriotischen Kräften in Westdeutschland freudig begrüßt und voll unterstützt.

Das Hauptproblem des Kampfes aller friedliebenden Kräfte in beiden deutschen Staaten ist gegenwärtig das Ringen um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin und die Schaffung einer Freien Stadt Westberlin.

Über die gerechte Forderung des deutschen Volkes, die auch die aktive Unterstützung des polnischen Volkes findet, beraten

gegenwärtig Vertreter der sechs Mächte in Genf, wobei sich der deutsche Imperialismus und Militarismus wiederum als Störenfried gegen jede Minderung der internationalen Spannung und jeden Schritt zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage auf dem Wege der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten erweist. Die westdeutschen Militaristen und Revanchisten haben insbesondere in der letzten Zeit mit Unterstützung der Bonner Regierung eine gefährliche Aktivität entwickelt, wovon die zahlreichen organisierten Treffen der Revanchisten in Kassel, Köln und anderen Städten und die dort erhobenen aggressiven, zügellosen Forderungen, die auch auf die Revision der Oder-Neiße-Friedensgrenze abzielen, zeugen.

Die friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt, die heute mehr denn je auf die Gestaltung der internationalen Lage Einfluß nehmen, werden sich davon nicht beirren lassen und ständig weiter erfolgreich für die Sicherung des Friedens kämpfen.

Nehmen Sie bitte, teure Genossen, auch bei dieser Gelegenheit unsere wiederholt zum Ausdruck gebrachte Versicherung entgegen, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bereit ist, die Oder-Neiße-Friedensgrenze gemeinsam mit dem polnischen Volk und den anderen Ländern des sozialistischen Lagers gegen jeden Angriff der westdeutschen Militaristen zu verteidigen.

Die engen brüderlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen, die vom Geiste des proletarischen Internationalismus erfüllt sind, haben sich im vergangenen Jahr auf allen Gebieten weiter zum Wohle unserer beiden Völker gestaltet. Dazu trugen auch die Besprechungen unserer Partei- und Regierungsdelegationen im Dezember 1958 in Warschau bei.*

Die weitere Festigung unserer Beziehungen hat die schnelle Steigerung des Wohlstandes unserer Werktätigen, die Erhöhung unserer gemeinsamen Kampfkraft gegen die Atomkriegspolitik des deutschen Militarismus und Revanchismus gefördert. Sie ist gleichzeitig ein Beitrag zur unaufhörlichen Stärkung des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers.

Gestatten Sie uns, Ihnen und dem polnischen Volk für die aktive Unterstützung bei der Lösung der Lebensfrage des deutschen Volkes und für die brüderliche Hilfe, die der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau des Sozialismus zuteil wird, unseren heißen Dank auszusprechen.

* Siehe Band VI, S. 335 ff.

In brüderlicher Verbundenheit wünschen wir Ihnen und dem polnischen Volk anlässlich Ihres hohen Feiertages von ganzem Herzen neue große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

(ADN 21. 7. 59)

*

Die polnischen Staatsmänner dankten lt. ADN vom 13. 8. 1959 für die Glückwünsche.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Polen über den beider-
seitigen privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr auf den
Streckenabschnitten Hagenwerder—Krzewina Zgorzelecka—
Hirschfelde—Zittau—Porajów**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen sind, geleitet von dem Wunsch, den beiderseitigen privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr auf den Streckenabschnitten Hagenwerder—Krzewina Zgorzelecka—Hirschfelde—Zittau—Porajów zu regeln, übereingekommen, dieses Abkommen abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen
Helmut Scholz,

die Regierung der Volksrepublik Polen
den Staatssekretär im Verkehrsministerium Józef Popielas,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Die Abkommenspartner gewähren sich gegenseitig das Recht auf den privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr auf folgenden Streckenabschnitten:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Volksrepublik Polen auf den Streckenabschnitten

zwischen den Staatsgrenzen bei Krzewina Zgorzelecka—Rosenthal und Rosenthal—Trzciniec sowie Trzciniec—Hirschfelde und Zittau—Porajów;

die Regierung der Volksrepublik Polen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf den Streckenabschnitten zwischen den Staatsgrenzen bei Hagenwerder—Reczyn und Krzewina Zgorzelecka—Rosenthal sowie Rosenthal—Trzciniec und Trzciniec—Hirschfelde.

Artikel 2

(1) Der privilegierte Eisenbahndurchgangsverkehr wird von der Eisenbahnverwaltung jedes Abkommenspartners mit ihren Zügen und ihren Beschäftigten durchgeführt.

(2) Die Beförderung von Personen, Gütern und Postsendungen sowie das Mitführen von Waffen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr erfolgt nach den Bestimmungen des Abkommenspartners, dessen Eisenbahnverwaltung diesen Verkehr durchführt, soweit in diesem Abkommen nichts anderes festgelegt ist.

Artikel 3

Der durch dieses Abkommen geregelte privilegierte Eisenbahndurchgangsverkehr unterliegt den gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie über Gesundheitsschutz des Staates, durch dessen Gebiet dieser Verkehr erfolgt. Soweit es für den sicheren und reibungslosen Eisenbahndurchgangsverkehr erforderlich ist, können die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner bei der Anwendung von Eisenbahnbestimmungen hiervon Abweichungen vereinbaren.

Artikel 4

(1) Im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr dürfen die Reisenden mit ihrem Handgepäck das Gebiet des anderen Staates frei passieren, sofern sie nicht auf diesem Gebiet während ihrer Durchreise eine Handlung begangen haben, die nach den für dieses Gebiet geltenden Bestimmungen strafbar ist.

(2) Reisegepäck, Expresß- und Frachtgut sowie Eisenbahnfahrzeuge und Postsendungen dürfen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr nicht beschlagnahmt werden.

(3) Die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Organe der Abkommenspartner, im folgenden zuständige Organe

genannt, gewähren den Reisenden sowie dem Zug- und Postpersonal im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr, soweit erforderlich, Schutz und Hilfe.

Artikel 5

Im gegenseitigen dienstlichen Verkehr wenden die zuständigen Organe jeweils ihre Landessprache an. In den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens können Abweichungen hiervon vereinbart werden.

II.

EISENBAHNBESTIMMUNGEN

Artikel 6

(1) Die Züge im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr haben das Gebiet des anderen Staates ohne Halt zu durchfahren, soweit in diesem Abkommen nichts anderes festgelegt oder soweit nicht ein Halt aus Gründen des Eisenbahnbetriebes, der Sicherung der Grenze oder des Zolls erforderlich ist.

(2) Eisenbahnwagen dürfen aus diesen Zügen auf dem Gebiet des anderen Staates nur bei technischen Wagenschäden oder bei Mängeln in der Beladung ausgesetzt werden, sofern dadurch die Weiterbeförderung ausgeschlossen oder die Betriebssicherheit nicht gewährleistet ist. Das gilt jedoch nicht für die im Artikel 15 geregelten Fälle.

Artikel 7

Die Fahrpläne der Züge im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr werden durch die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt. Hierbei ist den beiderseitigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Artikel 8

(1) Die Reisenden und die Güter werden im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr nach den Vorschriften und Tarifen der Eisenbahnverwaltung des durchgangsberechtigten Abkommenspartners abgefertigt.

(2) Die Tarifeinnahmen aus dem privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr fallen in voller Höhe der Eisenbahnverwaltung des durchgangsberechtigten Abkommenspartners zu.

(3) Im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr erfolgt keine eisenbahnseitige Übergabe und Übernahme der Eisenbahnwagen und Sendungen.

Artikel 9

(1) Die dem privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr dienenden Bahnanlagen sind von den Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner, jeweils auf dem Gebiet ihres Staates, in einem betriebssicheren Zustand zu erhalten.

(2) Soweit die Staatsgrenze durch Bahnanlagen hindurchgeht, vereinbaren die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner in den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens die Abgrenzung ihrer Verantwortungsbereiche.

Artikel 10

Die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner sind für den betriebssicheren Zustand der im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr verwendeten Eisenbahnfahrzeuge verantwortlich. Sie vereinbaren in den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens das Verfahren für den Fall, daß sich Eisenbahnfahrzeuge auf dem Gebiet des anderen Staates als nicht verwendungsfähig erweisen sollten.

Artikel 11

Für die dienstlichen Belange der Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner sind Fernsprech- und Fernschreibverbindungen einzurichten, die durch besondere Apparate abgeschlossen sein müssen. Diese Apparate dürfen nicht mit dem Inlandsnetz verbunden sein.

Artikel 12

Die Eisenbahnaufsicht in den Zügen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr übt die Eisenbahnverwaltung des durchgangsberechtigten Abkommenspartners mit ihren Beschäftigten und nach ihren Vorschriften aus.

Artikel 13

(1) Die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner unterrichten sich gegenseitig über alle Betriebsstörungen und sonstigen Maßnahmen und Ereignisse, die sich ungünstig auf den privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr auswirken könnten.

(2) Das Beseitigen der im Absatz 1 genannten Störungen obliegt der Eisenbahnverwaltung des Abkommenspartners, auf deren Streckenabschnitt die Störungen eingetreten sind. Auf Verlangen helfen sich die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner gegen Erstattung der Selbstkosten.

(3) Die Kosten für das Beseitigen einer Störung trägt die Eisenbahnverwaltung des Abkommenspartners, durch deren Verschulden die Störung eingetreten ist. Ist die Störung durch beiderseitiges Verschulden eingetreten oder läßt sich die Schuld nicht feststellen, tragen die Eisenbahnverwaltungen beider Abkommenspartner die Kosten zu gleichen Teilen. War ein unabwendbares Ereignis die Ursache, so trägt die Eisenbahnverwaltung, auf deren Streckenabschnitt sich der Vorfall ereignet hat, die Kosten.

Artikel 14

(1) Für die Personen- und Sachschäden der Reisenden und der im Dienst befindlichen Beschäftigten der Eisenbahn- und Postverwaltungen sowie der Begleitpersonale haftet die Eisenbahnverwaltung des durchgangsberechtigten Abkommenspartners nach den Bestimmungen ihres Staates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die beförderten Sendungen.

(3) Für alle übrigen Schäden haftet die Eisenbahnverwaltung des Abkommenspartners, auf deren Streckenabschnitt das schädigende Ereignis eingetreten ist.

(4) Die Haftung zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner richtet sich nach folgenden Bestimmungen:

a) Für Personen- und Sachschäden, die durch Verschulden von Beschäftigten verursacht worden sind, haftet die Eisenbahnverwaltung des Abkommenspartners, der diese Beschäftigten angehören.

Liegt ein Verschulden von Beschäftigten beider Eisenbahnverwaltungen vor oder läßt sich nicht feststellen, durch wessen Verschulden der Schaden verursacht wurde, tragen beide Eisenbahnverwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

b) Für Personen- und Sachschäden, die durch Mängel in der Bauart, im Material oder in der Unterhaltung der Eisenbahnfahrzeuge verursacht worden sind, haftet die sie nutzende Eisenbahnverwaltung.

c) Für Personen- und Sachschäden, die durch mangelhaften Zustand der Anlagen und Einrichtungen eines Streckenabschnitts

tes verursacht worden sind, haftet die Eisenbahnverwaltung, der die Unterhaltung dieses Abschnittes obliegt.

- d) Für Schäden, die durch ein unabwendbares Ereignis eingetreten sind, wird gegenseitig nicht gehaftet.
- e) Jede Eisenbahnverwaltung hat das Rückgriffsrecht gegen die andere Eisenbahnverwaltung, soweit sie durch eine rechtskräftige Entscheidung zum Ersatz eines Schadens verurteilt worden ist, für den die andere Eisenbahnverwaltung nach den vorstehenden Bestimmungen ganz oder zum Teil haftet. Das gleiche Rückgriffsrecht besteht, wenn beide Eisenbahnverwaltungen übereingekommen sind, daß eine von ihnen die Entschädigungsansprüche regelt, obwohl nach den vorstehenden Bestimmungen die andere ganz oder zum Teil haftet. Vergleiche, Anerkenntnisse und Versäumnisurteile sind jedoch hinsichtlich des Rückgriffes gegen die andere Eisenbahnverwaltung nur dann verbindlich, wenn diese ihnen zugestimmt oder sich auf Anfrage der die Entschädigungsansprüche regelnden Eisenbahnverwaltung trotz Mahnung innerhalb der festgelegten angemessenen Frist nicht geäußert hat.

(5) Die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner vereinbaren in den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens das Verfahren zum Feststellen der Ursachen von Schäden.

III.

VERKEHR MIT DER STADT OSTRITZ

Artikel 15

(1) Die Züge der Deutschen Reichsbahn dürfen im Verkehr mit der Stadt Ostritz auf dem Bahnhof Krzewina Zgorzelecka halten.

(2) Reisenden, die in den Zügen der Deutschen Reichsbahn von und nach Ostritz fahren, ist das Ein- und Aussteigen auf dem Bahnhof Krzewina Zgorzelecka gestattet.

(3) Reisegepäck, Expresß- und Frachtgut sowie Postsendungen, die für Ostritz bestimmt sind beziehungsweise von Ostritz abgehen, dürfen auf dem Bahnhof Krzewina Zgorzelecka ausgeladen beziehungsweise verladen werden.

(4) Das Aus- und Verladen der Güterwagenladungen hat während der Tageszeit auf einem dazu vorgesehenen und entsprechend hergerichteten Teil des Bahnhofs Krzewina Zgorzelecka zu erfolgen.

Artikel 16

(1) Die Verbindung zwischen der Stadt Ostritz und dem Bahnhof Krzewina Zgorzelecka wird durch einen besonderen Zugang hergestellt. Die zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik haben das Recht, zu diesem Zweck eine Straßenbrücke über die Neiße zu errichten. Diesen Organen obliegt auch die Unterhaltung dieser Brücke.

(2) Die Zeiten für die Benutzung der Räume und sonstigen Einrichtungen auf dem Bahnhof Krzewina Zgorzelecka durch die Deutsche Reichsbahn werden zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner vereinbart.

(3) Der Verkauf von Fahrausweisen und die Abfertigung des Reisegepäcks, Expreß- und Frachtgutes sowie der Postsendungen erfolgen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nach den dort geltenden Bestimmungen.

IV.

ABGELTUNG DER LEISTUNGEN

Artikel 17

Die Eisenbahnverwaltungen der Abkommenspartner vereinbaren in den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens die Art und Weise der Abgeltung der Leistungen, die sich aus dem privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr ergeben.

V.

POSTBESTIMMUNGEN

Artikel 18

(1) Im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr dürfen Postsendungen aller Art befördert werden.

(2) Die Briefkästen der Bahnpostwagen müssen während der Fahrt auf den Eisenbahndurchgangsstrecken verschlossen sein.

VI.

GRENZ- UND ZOLLBESTIMMUNGEN

Artikel 19

(1) Die Reisenden sowie das Zug- und Postpersonal sind im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr von den Paßformalitäten befreit. Sie haben jedoch ihren Personal- oder Dienstausweis beziehungsweise Reisepaß bei sich zu führen. Im Verkehr mit der Stadt Ostritz sind diese Dokumente den Grenzorganen der Volksrepublik Polen zum Zwecke der vereinfachten Grenzkontrolle auf Verlangen vorzuzeigen. Die Grenzorgane jedes Abkommenspartners haben das Recht, die Reisenden sowie das Zug- und Postpersonal in den Zügen der Eisenbahnverwaltung ihres Abkommenspartners auf den Eisenbahndurchgangsstrecken zu kontrollieren.

(2) Personen, Hand- und Reisegepäck sowie Expresß- und Frachtgut und Eisenbahnfahrzeuge unterliegen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr der allgemeinen Zollüberwachung. Die Waren sind von Zoll und sonstigen Abgaben befreit. Devisenformalitäten sowie Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen werden im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr nicht angewendet.

(3) Das Personal der Hilfszüge und Schneepflüge sowie die Beschäftigten, die Untersuchungen gemäß Artikel 14, Absatz 5, durchzuführen haben, überschreiten die Staatsgrenze mit Namenslisten. Die Rückkehr nach der Hilfeleistung oder Untersuchung hat nur an der Stelle zu erfolgen, die zum Grenzübertritt benutzt worden ist. Die Grenzorgane der Abkommenspartner vereinbaren in den Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens die Bedingungen des Grenzübertritts.

(4) Im Hilfszug dürfen Geräte, Werkzeuge und Material, die zu diesem Hilfszug gehören, ohne besondere Genehmigung und ohne Erheben von Zoll und sonstigen Abgaben mitgeführt werden. Das nicht verbrauchte Material ist nach Beendigung des Einsatzes des Hilfszuges zurückzuführen.

(5) Dem im Absatz 3 genannten Personal und den Beschäftigten ist es gestattet, Gegenstände des persönlichen Bedarfs und eine im Verhältnis zu der Zeit ihres Aufenthaltes angemessene Menge Lebens- und Genußmittel ohne besondere Genehmigung und ohne Erheben von Zoll und sonstigen Abgaben ein- und auszuführen.

Artikel 20

(1) Die Züge im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr können von den Grenzorganen beider Abkommenspartner begleitet werden.

(2) Die zuständigen Organe vereinbaren, welche Züge begleitet werden sollen. Diese Züge haben zum Ein- und Aussteigen der Begleiter an den bezeichneten Stellen zu halten.

Artikel 21

(1) Die Reisenden sowie das Zug-, Post- und Begleitpersonal dürfen mit Ausnahme der im Artikel 15 geregelten Fälle die Züge im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr nur bei außergewöhnlichen Ereignissen wie Unfällen, Betriebsstörungen und Naturereignissen auf dem Gebiet des anderen Staates verlassen. Bis zum Verlassen dieses Gebietes verbleiben sie unter Aufsicht der zuständigen Organe.

(2) Die Reisenden sowie das Zug-, Post- und Begleitpersonal dürfen auf dem Gebiet des anderen Staates keine Gegenstände abgeben, übernehmen oder aus dem Zug werfen. Dies gilt nicht für das Zugpersonal, soweit es die unmittelbare Betriebsausübung erfordert, sowie für die in den Artikeln 15 und 16 geregelten Fälle.

(3) Die Türen der Eisenbahnwagen müssen während der Fahrt auf den Eisenbahndurchgangsstrecken geschlossen sein. Die Reisenden haben sich während der Fahrt in den Reisezugwagen aufzuhalten.

(4) Es ist den Reisenden sowie dem Zug-, Post- und Begleitpersonal nicht gestattet, aus den Zügen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr oder bei Aufenthalt außerhalb dieser Züge zu fotografieren oder zu filmen.

VII.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 22

Die zuständigen Organe können Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens vereinbaren.

Artikel 23

(1) Dieses Abkommen unterliegt der Bestätigung durch beide Regierungen und tritt am Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

(2) Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens verlieren das Abkommen vom 10. Dezember 1948 über den beiderseitigen Eisenbahndurchgangsverkehr auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Hagenwerder und Hirschfelde sowie die zu dessen Durchführung vereinbarten Bestimmungen ihre Gültigkeit.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbefristete Zeit abgeschlossen. Es kann von jedem Abkommenspartner gekündigt werden und verliert sechs Monate nach dem Zugang der Kündigungsurkunde beim anderen Abkommenspartner seine Gültigkeit.

Dieses Abkommen wurde in Berlin am 23. September 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in polnischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit haben.

Zum Beweis dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Scholz

Für die
Regierung der
Volksrepublik Polen
(gez.) Popielas

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960

Am 17. Oktober 1959 wurde in Berlin zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960 unterzeichnet. Auf der Grundlage dieses Protokolls wird die Deutsche Demokratische Republik im Jahre 1960 an Polen insbesondere Maschinen und Ausrüstungen, Konsumgüter, Düngemittel und Chemikalien liefern.

Gegenüber dem im Protokoll für das Jahr 1959 festgelegten Volumen konnte der Anteil der Exporte der Deutschen Demokratischen Republik von Investitionsgütern an Polen um 30 Prozent gesteigert werden. Hinsichtlich des Exports von Konsumgütern enthalten die Warenlisten die traditionellen Lieferungen von Motorrädern, Mopeds, Fotoapparaten, Armbanduhren, Haus-

* Das Abkommen trat am 31. Dezember 1959 in Kraft.

haltgeräten, Erzeugnissen der Textilindustrie und anderen Waren. Die Lieferungen der Volksrepublik Polen an die Deutsche Demokratische Republik umfassen neben den bekannten Lieferungen von Steinkohle, Zink und Chemikalien Zulieferungen für komplette Anlagen, elektrische Geräte, Komplettierungsteile für die metallverarbeitende Industrie und Selbstentladungswaggons.

Der Gesamtwert der für 1960 vereinbarten Warenlisten konnte gegenüber dem Volumen für 1959 auf 111 Prozent erhöht werden. Damit wurde die im langfristigen Abkommen für die Jahre 1958 bis 1960 festgelegte Werthöhe* für das Jahr 1960 bedeutend überschritten. Die Verhandlungen wurden in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses geführt.

(ADN 18. 10. 59)

Abkommen
zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammen-
arbeit in Fragen der Wasserbewirtschaftung der Lausitzer Neiße
einschließlich ihrer Zuflüsse oberhalb Görlitz

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen sind, von dem Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu festigen, übereingekommen, zur Regelung der Fragen, die sich bezüglich der Wasserversorgung aus der Durchführung des Abkommens vom 17. April 1957 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen bei dem Aufschluß neuer Braunkohlentagebaue in der Volksrepublik Polen** ergeben, über die zweckmäßigste Bewirtschaftung der Lausitzer Neiße und ihrer Nebenflüsse oberhalb Görlitz ein Abkommen abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik —

den Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft, Johann Rochlitzer,

die Regierung der Volksrepublik Polen —

den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Roman Piotrowski,

* Siehe Band VI, S. 331.

** Siehe Band V, S. 407 f.

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Das Abkommen umfaßt die Bewirtschaftung des Oberflächenwassers der Lausitzer Neiße oberhalb Görlitz einschließlich ihrer Zuflüsse auf dieser Strecke, insbesondere von Witka, Pließnitz, Gaule und Niedzianka. Die auf beiden Seiten vorhandenen Grundwasservorkommen sind in dieses Abkommen nicht einbezogen.

Artikel 2

Beide Seiten verpflichten sich, wenn die Wasserführung der Lausitzer Neiße am Pegel Görlitz weniger als $2,4 \text{ m}^3/\text{s}$ beträgt, kein Oberflächenwasser aus dem im Artikel 1 genannten Einzugsgebiet zu entnehmen, ohne eine Rückgabe des gebrauchten Wassers zu garantieren.

Artikel 3

Jede der beiden Seiten hat Anspruch auf die Entnahme der Hälfte der Wassermengen, die über den im Artikel 2 genannten Mindestwasserabfluß hinaus anfallen. Der Gesamtverbrauch aus dem im Artikel 1 genannten Einzugsgebiet durch bestehende und geplante Werke wird auf jeder Seite annähernd $1,3 \text{ m}^3/\text{s}$ betragen. Der endgültige Wasserverbrauch wird durch die technische Dokumentation des geplanten Baues und des Ausbaues der Werke in diesem Gebiet festgelegt.

Artikel 4

(1) Zwecks Sicherstellung des Wasserbedarfes in Zeitabschnitten nicht ausreichender Wasserführung der im Artikel 1 genannten Flüsse werden durch beide Seiten Speicherbecken, Pumpstationen und Rohrleitungen gebaut, welche die Deckung des doppelten Verbrauches der die geringere Menge verbrauchenden Seite gewährleisten. Diese Speicheranlagen werden nach Bedarf gebaut.

(2) Die endgültige Größe der Speicherbecken sowie der Umfang der Pumpstationen und Rohrleitungen, welche gemäß Absatz 1 errichtet werden sollen, sind auf Grund der Vorplanungen und Grundprojekte festzulegen und durch die Staatliche Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik sowie durch

das Ministerium für Kohle und Energie der Volksrepublik Polen zu bestätigen.

(3) Jede der beiden Seiten übernimmt die Bearbeitung der technischen Dokumentation für die Anlagen auf dem eigenen Territorium. Die Dokumentationen sind gegenseitig zu übergeben. Innerhalb von 8 Wochen akzeptiert die andere Seite diese Dokumentationen oder schlägt andere Lösungen vor.

(4) Die Berechnung der Kosten für Maschinen, Ausrüstungen und Materialien, die in die gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Anlagen (Speicherbecken, Pumpstationen, Rohrleitungen) eingebaut werden, erfolgt auf der Grundlage der zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen im Rahmen des Abkommens über gegenseitige Warenlieferungen gültigen Preisklausel des Jahres, in welchem die Leistung erbracht wurde.

Die Be- und Verrechnungsgrundlage für alle übrigen Baukosten (Arbeitslöhne, Gemeinkosten u. a.) wird gesondert vereinbart. Sollten die auf Grund der obengenannten Grundsätze ermittelten Baukosten der einen Seite die der anderen Seite übersteigen, wird der entstehende Differenzbetrag von jeder der beiden Seiten je zur Hälfte getragen.

(5) Die Verrechnung der Hälfte des Differenzbetrages erfolgt alljährlich nach gemeinsam durchgeführter Abnahme im ersten Halbjahr des dem Baujahr folgenden Jahres. Hierbei wird die für Maschinen, Ausrüstungen und Materialien zu zahlende Hälfte des Differenzbetrages über das laufende Rubel-Clearing-Konto verrechnet. Alle Fragen der Verrechnung fallen unter die Kompetenz der Ministerien für Außenhandel beider Seiten und werden durch eine gemischte Kommission geregelt.

(6) Die Deckung des Wasserverbrauches, welcher den doppelten Verbrauch der die geringere Menge verbrauchenden Seite übersteigt, wird von der entsprechenden Seite ausschließlich auf eigene Kosten durch Bau zusätzlicher Speicheranlagen oder durch Versorgung aus anderen Quellen oder Einzugsgebieten, die im Artikel 1 nicht genannt sind, vorgenommen.

Artikel 5

Werden in dem im Artikel 1 genannten Einzugsgebiet von einer der beiden Seiten auf ihrem Territorium Brunnen für Industrie oder Bevölkerung errichtet, welche vom Oberflächenwasser gespeist werden, so wird die Verbrauchsmenge in die Bilanz der

gemeinsamen Wasserwirtschaft gemäß Artikel 4 Absatz 1 einbezogen.

Artikel 6

Zwecks Sicherung eines ordnungsgemäßen Betriebes der gemäß Artikel 4 Absatz 1 zu errichtenden Anlagen verpflichten sich beide Seiten, Rahmenbetriebsvorschriften, Organisation der Wartung und genaue Grundsätze der Ermittlung und Verrechnung der Betriebskosten bis zum 31. Dezember 1960 auszuarbeiten und abzustimmen.

Artikel 7

(1) Beide Seiten geben ihre gegenseitige Zustimmung für den Bau der jetzt geplanten bzw. in der Zukunft erforderlichen wasserwirtschaftlichen Anlagen an der Lausitzer Neiße, welche mit dem Bau der Kohlen- und Energiekombinate in Turoszow, Hirschfelde und Berzdorf verbunden sind, und tauschen gegenseitig sämtliche dazu erforderlichen Unterlagen aus.

(2) Neue Entnahme- und Einleitungsstellen müssen zwischen beiden Seiten vereinbart werden.

Artikel 8

Beide Seiten sichern die Aufstellung von registrierenden Kontroll- und Meßeinrichtungen zu, welche zur Überwachung der Wasserbewirtschaftung der Lausitzer Neiße, ihrer Zuflüsse und der Entnahmestellen erforderlich sind. Die Anlagekosten für die Kontroll- und Meßeinrichtungen an den Flüssen werden entsprechend der Regelung im Artikel 4 Absatz 4 und 5 ermittelt und verrechnet. Die Anlagekosten für die Kontroll- und Meßeinrichtungen an den Wasserentnahmestellen tragen beide Seiten getrennt.

Artikel 9

Beide Seiten werden in allen neuerbauten Werken, welche die Abwässer in das Einzugsgebiet der Lausitzer Neiße oberhalb Görlitz einleiten, gleichzeitig mit Inbetriebsetzung dieser Werke Abwasserreinigungsanlagen nach den gemeinsam festzulegenden Normen errichten und betreiben. Gleichzeitig verpflichten sich beide Seiten, die Abwasserreinigungsanlagen in allen bestehenden Werken, welche ihre Abwässer in dem im Artikel 1 genannten Einzugsgebiet einleiten, bis zum Jahre 1965

auf einen solchen Stand zu bringen, daß die Qualität der Abwässer den erwähnten Normen entspricht.

Artikel 10

Beide Seiten unternehmen gemeinsam entsprechende Schritte zwecks Abschlusses eines zusätzlichen dreiseitigen Abkommens mit der Regierung der Tschechoslowakischen Republik hinsichtlich Qualität und Menge der im Einzugsgebiet der Lausitzer Neiße aus dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik abfließenden Wassermengen mit dem Ziel der Aufstellung eines gemeinsamen Wasserwirtschaftsplanes.

Artikel 11

Das Abkommen vom 6. Februar 1952 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Schifffahrt auf den Grenzgewässern und über die Ausnutzung und Instandhaltung der Grenzgewässer sowie die dazugehörigen Zusatzprotokolle* werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 12

Treten in Durchführung dieses Abkommens Meinungsverschiedenheiten auf, so sind diese von der gemäß Artikel 14 des Abkommens vom 17. April 1957 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit bei dem Aufschluß neuer Braunkohlentagebaue in der Volksrepublik Polen bestehenden deutsch-polnischen Kommission zu regeln. Vor Ablauf der Gültigkeit des obengenannten Abkommens wird durch die beiden Seiten eine andere Möglichkeit zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten festgelegt.

Artikel 13

Für die Koordinierung der Durchführung dieses Abkommens beauftragt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das Amt für Wasserwirtschaft, die Regierung der Volks-

* Siehe Band IV, S. 157 ff.

republik Polen das Ministerium für Schifffahrt und Wasserwirtschaft.

Artikel 14

(1) Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen beider Regierungen und tritt mit dem Notenaustausch über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

(2) Das vorliegende Abkommen bleibt 40 Jahre gültig. Erfolgt 6 Monate vor Ablauf der Frist keine Kündigung, so verlängert es sich mit der gleichen Kündigungsfrist jeweils um weitere 10 Jahre.

Das vorliegende Abkommen wurde am 10. November 1959 in Berlin in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in polnischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit haben.

Für
die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Rochlitzer

Für
die Regierung der
Volksrepublik Polen
(gez.) Piotrowski

* Das Abkommen trat am 27. Januar 1960 in Kraft.

RUMÄNISCHE VOLKSREPUBLIK

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik über die wichtigsten gegenseitigen Warenlieferungen für die Jahre 1959 bis 1965 sowie über Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit

Am 16. März 1959 wurde in Berlin zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik ein Protokoll über die wichtigsten gegenseitigen Warenlieferungen für die Jahre 1959 bis 1965 sowie über Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Das Protokoll dient als Grundlage sowohl für den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens als auch für die jährlichen Handelsabkommen. Die gegenseitigen Warenlieferungen werden sich bis zum Jahre 1965 gegenüber 1958 um mehr als 50 Prozent erhöhen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird komplette Anlagen und verschiedene Ausrüstungen für den rumänischen Maschinenbau, für die chemische, die Textil-, die Lebensmittel-, die Holz- und Papierindustrie sowie Düngemittel, Zellwolle, synthetischen Kautschuk, verschiedene Chemikalien und Medikamente usw. liefern.

Aus der Rumänischen Volksrepublik wird die Deutsche Demokratische Republik Ausrüstungen für die Erdölindustrie, rollendes Eisenbahnmateriail, verschiedene andere Erzeugnisse des Maschinenbaues, chemische Produkte, Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittel und andere Waren beziehen. Beide Delegationen haben Beratungen geführt und Maßnahmen festgelegt, die zur Vertiefung und Erweiterung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik in den nächsten Jahren führen werden.

Die Verhandlungen wurden in einer freundschaftlichen Atmosphäre geführt in dem Bestreben, die wirtschaftlichen Bindungen zu stärken und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen.

Das Protokoll unterzeichneten von deutscher Seite das Mitglied der Staatlichen Plankommission G. Henke und von rumänischer Seite der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission M. Novac.

(ADN 17. 3. 59)

Abkommen

zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik

Mit dem Ziel, die freundschaftlichen Beziehungen und die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet zu festigen und zu entwickeln und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens intensiver zu gestalten, sind

das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und das Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik übereingekommen,

das folgende Abkommen über Zusammenarbeit zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik

den 1. Stellvertreter des Vorsitzenden Willi Perk,
das Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik

den Vizepräsidenten Sion Mihail Bujor,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden Deutscher Demokratischer Rundfunk genannt) und das Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik (im folgenden Rumänischer Rundfunk und Fernsehen genannt) verpflichten sich, im Geiste enger Freundschaft und im gegenseitigen Verständnis auf allen Gebieten des Rundfunks und des Fernsehens zusammenzuarbeiten.

Artikel 2

Die Abkommenspartner verpflichten sich, ständig und operativ einen Materialaustausch durchzuführen:

a) auf dem Gebiet der politischen und sozialen Sendungen:

Austausch von Sendungen, kurze Tonbandaufnahmen, informatorisches Material über wichtige laufende Ereignisse der Innen- und Außenpolitik, verschiedene Arten von Materialien über die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft sowie über das Wachsen des Lebensniveaus der Werktätigen; über die Errungenschaften in Wissenschaft und Technik sowie andere Aspekte des sozialistischen Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Rumänischen Volksrepublik;

- b) auf dem Gebiet der literarisch-dramaturgischen Sendungen: Hörspiele, literarische Montagen, Texte satirischer und humoristischer Sendungen, literarische Radiomontagen, Studien, Rezensionen und literarische Chroniken sowie Bücher, Zeitschriften und andere Veröffentlichungen über Theater, Literatur und Kulturleben oder andere Schriften über literarisch-dramaturgische Sendungen;
- c) auf dem Gebiet der Sendungen für Kinder und Jugendliche: Austausch von Texten und Bandaufnahmen erzieherischen, wissenschaftlichen und unterhaltenden Charakters, pädagogische Sendungen, Szenarien oder gestaltete Märchen und Erzählungen, Sendungen für Pionierorganisationen und für Mitglieder der Jugendorganisationen wie auch andere Materialien über das Leben der Jugend beider Länder;
- d) auf dem Gebiet der musikalischen Sendungen:

Aufnahmen von Volks-, klassischer, zeitgenössischer und Unterhaltungsmusik sowie Musik für Kinder und Jugendliche.

Auf Ansuchen der Abkommenspartner werden die Materialien mit Erläuterungen, Informationen über die Komponisten und mit historischen Daten versehen. Das musikalische Material, das Gegenstand des Austausches bildet, wird vierteljährlich drei Stunden betragen.

Zu diesem Zweck werden die beiden Abkommenspartner Verzeichnisse der neuesten Musikaufnahmen austauschen.

Die Abkommenspartner werden die in diesem Artikel aufgeführten Materialien und Tonbandaufnahmen per Kabel oder per Luftpost übersenden.

Die Abkommenspartner werden die erhaltenen Materialien nach eigenem Ermessen verwenden.

Artikel 3

Die Abkommenspartner verpflichten sich gegenseitig, periodisch Sendungen in deutscher beziehungsweise in rumänischer Sprache

zusammenzustellen und zu übersenden, die die wichtigsten Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise in der Rumänischen Volksrepublik, die Errungenschaften der beiden befreundeten Völker auf politischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, die Erfolge auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und der Technik sowie die wichtigsten internationalen Ereignisse behandeln.

Die Zeitdauer dieser Sendungen beträgt dreißig Minuten.

Die Abkommenspartner werden diese Sendungen — Tonbandaufnahmen — nach eigenem Ermessen verwenden.

Artikel 4

Im Rahmen des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Auslandssendungen werden sich die Abkommenspartner wichtige Kommentare, verschiedene aktuelle informatorische und andere Materialien ihrer Auslandssendungen (Texte und Tonbänder) zu Studienzwecken übermitteln.

Artikel 5

Anläßlich der Nationalfeiertage werden die Abkommenspartner in ihren Rundfunkstationen musikalische Sonderprogramme im Rahmen von „Wochen der Musik“ durchführen.

Die „Woche der deutschen Musik“, die der Rumänische Rundfunk und das Fernsehen durchführen, wird am 1. Oktober anläßlich des bevorstehenden Nationalfeiertages der Deutschen Demokratischen Republik (7. Oktober) beginnen.

Die „Woche der rumänischen Musik“, die der Deutsche Demokratische Rundfunk durchführt, wird am 17. August anläßlich des bevorstehenden Nationalfeiertages der Rumänischen Volksrepublik (23. August) beginnen.

Die für diese „Musik-Wochen“ erforderlichen Materialien werden die verschiedensten Musikarten enthalten. Tonbandaufnahmen mit beigelegten erläuternden Texten werden sechs Wochen vor Beginn der jeweiligen „Musik-Woche“ übersandt.

Artikel 6

Die zum Austausch bestimmten Materialien werden in deutscher und rumänischer Sprache angefertigt.

Artikel 7

Die Abkommenspartner werden informative Materialien und Arbeitserfahrungen auf dem Gebiet der Planung, der Programmgestaltung, der Rundfunkorganisation und der Schulung austauschen. Sie werden sich die Radioprogramme, Zeitschriften und Veröffentlichungen, die die Rundfunktätigkeit betreffen, zusenden.

Auch werden beide Seiten in technischen Fragen des Rundfunks zusammenarbeiten.

Artikel 8

Die Abkommenspartner werden auf Verlangen gedruckte Materialien austauschen: Literarische Werke, Zeitungen, periodische Publikationen, verschiedene Zeitschriften und technische Fachzeitschriften.

Artikel 9

Die Abkommenspartner werden bei den von der Internationalen Rundfunkorganisation — OIR — organisierten oder unter ihrer Mitwirkung veranstalteten Aktionen zusammenarbeiten. Auch bei anderen internationalen Ereignissen, an denen beide Abkommenspartner interessiert sind, werden sie sich auf dem Gebiet des Rundfunks die notwendige Hilfe leisten.

Artikel 10

Der in vorliegendem Abkommen vorgesehene Materialaustausch erfolgt kostenlos. Eventuelle Zahlungsverpflichtungen für Verfasserrechte und Darsteller sowie andere gesetzliche Bestimmungen, die von der Landesgesetzgebung des betreffenden Landes vorgesehen sind, werden von der Seite geregelt und getragen, die das Material übersendet.

Artikel 11

Zur Durchführung eines ständigen Erfahrungsaustausches zwischen beiden Abkommenspartnern und zur Organisation von Sendungen finden gegenseitige Besuche von Mitarbeitern des Rundfunks und des Fernsehens statt. Die Personenzahl dieser Delegationen wird in allen Fällen nach vorheriger Absprache der Abkommenspartner festgelegt.

Für die Mitarbeiter trägt der entsendende Abkommenspartner die Fahrtkosten und der empfangende Abkommenspartner die Aufenthaltskosten.

Artikel 12

Die Abkommenspartner arbeiten auf dem Gebiet des Fernsehens beider Länder zusammen.

Die Einzelheiten dieser Zusammenarbeit werden in einem Protokoll festgelegt, das einen Bestandteil dieses Abkommens bildet.

Artikel 13

Die Abkommenspartner überprüfen die Durchführung dieses Abkommens halbjährlich, und zwar zum 30. Juni und zum 31. Dezember.

Zu diesem Zweck tauschen sie eine schriftliche Bewertung der durchgeführten Arbeiten für das abgelaufene Halbjahr sowie Einwendungen und Vorschläge für die weitere Erfüllung des Abkommens aus.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren geschlossen. Es tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft. Das Abkommen verlängert sich um jeweils zwei weitere Jahre, wenn nicht einer der Abkommenspartner das Abkommen drei Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer kündigt.

Abänderungen und Ergänzungen dieses Abkommens dürfen nur nach gegenseitiger Verständigung durchgeführt werden. Sie bedürfen der Schriftform.

Durch dieses Abkommen wird das am 21. Dezember 1953 in Berlin abgeschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und der Generaldirektion des Rundfunks des Ministeriums für Kultur der Rumänischen Volksrepublik außer Kraft gesetzt.*

Dieses Abkommen wurde am 18. März 1959 in Bukarest in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und rumänischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen des Staatlichen Rundfunkkomitees der Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Willi Perk

Im Namen des Komitees für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik
(gez.) Sion Mihail Bujor

* Siehe Band IV, S. 437 ff.

Protokoll

**zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen
beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik über die
Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernsehens**

Zur Erreichung der besten Ergebnisse in der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fernsehens haben das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik (im weiteren Deutscher Demokratischer Rundfunk genannt) und das Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik (im weiteren Rumänischer Rundfunk und Fernsehen genannt) in Ausführung des Artikels 12 des Abkommens zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens vom 18. März 1959 folgendes vereinbart:

§ 1

Der Deutsche Demokratische Rundfunk und der Rumänische Rundfunk und Fernsehen tauschen auf Ersuchen des anderen Abkommenspartners oder nach eigenem Ermessen folgende Programm-Materialien aus:

- a) fernseheigene Filme,
- b) aktuelles Material über wichtige Ereignisse für Fernsehsendungen,
- c) Manuskripte von Jugend-, Kinder-, literarisch-dramaturgischen, populär-wissenschaftlichen und anderen Fernsehsendungen,
- d) Perspektiv- und Monatspläne sowie Programmzeitschriften.

§ 2

Die Abkommenspartner werden Arbeitserfahrungen, besonders über Struktur, Organisation und Programmgestaltung austauschen.

Auch werden sie sich gegenseitig über die Arbeit der Fernsehkorrespondenten und über die Schulung und Erziehung von Redakteuren, Regisseuren, Kameraleuten und Technikern informieren.

§ 3

Die Abkommenspartner werden sich gegenseitig über Fragen der Dramaturgie und Inszenierung informieren sowie ihre Erfahrungen bei der Entwicklung und Gestaltung von Fernsehspielen austauschen.

§ 4

Die Abkommenspartner werden sich gegenseitig in allen mit dem Fernsehen in Verbindung stehenden Fragen auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet informieren.

§ 5

Die Abkommenspartner werden jährlich gegenseitig entsprechend dem Artikel 11 des Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens vom 18. März 1959 Reisen ihrer Mitarbeiter in die Deutsche Demokratische Republik und in die Rumänische Volksrepublik zum Erfahrungsaustausch und zur Gestaltung von Fernsehsendungen organisieren.

§ 6

Dieses Protokoll bildet einen Bestandteil des Abkommens zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens, das am 18. März 1959 in Bukarest abgeschlossen wurde. Das vorliegende Protokoll wurde in Bukarest am 18. März 1959 in deutscher und rumänischer Sprache in zwei Exemplaren ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Namen
des Staatlichen Rundfunkkomitees
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Willi Perk

Im Namen
des Komitees für Rundfunk
und Fernsehen beim
Ministerrat der Rumä-
nischen Volksrepublik
(gez.) Sion Mihail Bujor

**Kommuniqué über den Abschluß eines Handelsabkommens
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der
Rumänischen Volksrepublik für das Jahr 1959**

Am 26. März 1959 wurde in Berlin das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volksrepublik über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1959 unterzeichnet. Der Umfang des wertmäßigen Volumens des Abkommens konnte gegenüber dem Abkommen des Vorjahres um 25 Prozent erhöht werden. Die Warenlisten sowohl des Exportes der Deutschen Demokratischen Republik als auch der Rumänischen Volksrepublik wurden gegenüber dem Jahre 1958 erweitert.

Die Verhandlungen wurden im Geiste der Freundschaft und der gegenseitigen Hilfe geführt. Das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volksrepublik über gegenseitige Warenlieferungen im Jahre 1959 wurde von deutscher Seite von dem Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Erwin Kerber, und von rumänischer Seite von dem Stellvertreter des Ministers für Handel der Rumänischen Volksrepublik, Ana Toma, unterzeichnet.

Die Deutsche Demokratische Republik liefert im Jahre 1959 im Rahmen des Handelsabkommens in die Rumänische Volksrepublik u. a. Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Filme, synthetischen Kautschuk, Zellwolle, Motorräder, Musikinstrumente, Spielwaren, Haushaltporzellan, Bücher usw.

Die Rumänische Volksrepublik wird in die Deutsche Demokratische Republik u. a. Abraumwagen, Kesselwagen, Traktoren, Transformatoren, Erdölbohranlagen, Bergbauerzeugnisse, landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Obst, Frühgemüse, Wein, kunstgewerbliche Erzeugnisse, Zink, Petrolkoks, Buchenschnittholz usw. exportieren.

XI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik

In der Zeit vom 24. Juni bis 3. Juli 1959 fand in Berlin die XI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Repu-

blik und der Rumänischen Volksrepublik statt. Die Tagung verlief im Geiste der brüderlichen sozialistischen Zusammenarbeit. Die Deutsche Demokratische Republik wird von Rumänien technisch-wissenschaftliche Unterstützung bei der Förderung von Erdöl und Erdgas, auf wichtigen Gebieten der chemischen Industrie und auf anderen Gebieten erhalten. Rumänien wird von der Deutschen Demokratischen Republik technisch-wissenschaftliche Unterstützung in der chemischen Industrie, insbesondere bei der Kunststoffherstellung sowie auf den Gebieten der Elektrotechnik, des Maschinenbaus u. a. geleistet. Beide Länder werden sich gegenseitig bei der Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Konsumgütern Unterstützung gewähren.

(ADN 6. 7. 59)

**Abschluß eines Protokolls zwischen den Regierungen der
Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen
Volksrepublik über zusätzliche gegenseitige Warenlieferungen
für das Jahr 1959**

In der Zeit vom 18. Juli bis 4. August 1959 fanden in Berlin Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Handelsministerium der Rumänischen Volksrepublik über den Abschluß eines Protokolls über zusätzliche gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1959 statt.

Die beiderseitigen Warenlieferungen wurden um 20 Prozent gegenüber dem Grundabkommen für das Jahr 1959* erhöht. Die Deutsche Demokratische Republik wird in die Rumänische Volksrepublik u. a. feinmechanisch-optische sowie elektrotechnische Erzeugnisse, Erzeugnisse der Leichtindustrie, Konsumgüter und Werkzeugmaschinen sowie chemische Produkte liefern. Die Rumänische Volksrepublik liefert in die Deutsche Demokratische Republik u. a. Bergbau- und chemische Erzeugnisse, Erzeugnisse der Holzindustrie, Textilien sowie Nahrungs- und Genußmittel.

Die Verhandlungen wurden im Geiste freundschaftlichen gegenseitigen Einvernehmens geführt.

Von deutscher Seite wurde das Zusatzprotokoll vom Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen

* Siehe Seite 440.

Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Türpe, und von rumänischer Seite vom Direktor im Handelsministerium der Rumänischen Volksrepublik, Stoian, unterzeichnet.

(Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 28/59)

**Glückwünsche zum 15. Jahrestag der Befreiung Rumäniens vom
faschistischen Joch am 23. August 1959**

Auszug

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, richteten an den Vorsitzenden des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik, Ion Gheorghe Maurer, den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Chivu Stoica, und den Ersten Sekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe Gheorghiu-Dej, zum 15. Jahrestag der Befreiung Rumäniens vom Joch des Faschismus ein Glückwunschtelegramm, in dem es heißt:

Seit jenem historischen 23. August 1944 haben die Werktätigen der Rumänischen Volksrepublik unter der Führung der Rumänischen Arbeiterpartei großartige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und der Stärkung der sozialistischen Staatsmacht errungen, zu denen wir Ihnen und dem gesamten rumänischen Volk unseren herzlichen Glückwunsch aussprechen.

Heute ist die Rumänische Volksrepublik im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens ein gewichtiger Faktor. Die Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Genossen Chivu Stoica, vom September 1957 zur Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der Balkanländer über die Fragen der Zusammenarbeit und der kollektiven Sicherheit auf dem Balkan sowie die Erklärung der rumänischen Regierung gegen die Errichtung von Raketenabschußrampen in Griechenland und über die Frage des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan vom 7. Juni 1959 sind bedeutsame Vorschläge zur Minderung der internationalen Spannungen. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle deutschen Patrioten begrüßen und unterstützen diese auf die

Sicherung des Friedens gerichtete Politik der Rumänischen Volksrepublik.

Der Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz bewies erneut, daß die konsequente Friedenspolitik der Staaten des sozialistischen Lagers, mit der Sowjetunion an der Spitze, immer mehr Zustimmung und Unterstützung bei den Völkern der ganzen Welt findet. Die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik vertraten auf dieser Konferenz die Interessen aller friedliebenden Menschen. Es ist uns ein Bedürfnis, der Rumänischen Volksrepublik für die dabei erwiesene aktive Hilfe zu danken.

Die Feinde des Friedens, vor allem die herrschenden Kreise in Westdeutschland, versuchen, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, die Aufnahme von Verhandlungen auf gleichberechtigter Grundlage zwischen den beiden deutschen Staaten und eine Übergangslösung der Westberlinfrage zu verhindern. Dafür beschleunigt die westdeutsche Regierung die atomare Aufrüstung und verstärkt die revanchistisch-chauvinistische Politik, die in der Vergangenheit dem deutschen Volk und den meisten Völkern Europas, darunter auch dem rumänischen Volk, unermeßliches Leid gebracht und viele Opfer gekostet hat.

Heute besteht das mächtige sozialistische Lager und die breite Weltfriedensbewegung der Völker. Das erste Mal in der Geschichte gibt es auf deutschem Boden einen friedliebenden deutschen Staat, der fest im Lager des Friedens und des Sozialismus steht und ein Bollwerk gegen die militaristischen und revanchistischen Kräfte Westdeutschlands ist.

Unser gemeinsamer Kampf, unsere enge Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung werden zum Sieg der Sache des Friedens und des Sozialismus führen.

(ADN 23. 8. 59)

**Abkommen zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der
Rumänischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem
Gebiet der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Rumänischen Volksrepublik sind,
in dem Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auch auf dem Gebiet der Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke zu erweitern,

in der Überzeugung, daß diese Zusammenarbeit die Entwicklung von Kernforschung und Kerntechnik in beiden Staaten fördern wird,
in dem Bewußtsein, daß diese Zusammenarbeit zur Erhaltung und Festigung des Friedens beiträgt,
übereingekommen, vorliegendes Abkommen abzuschließen.
Sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:
die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
den Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik,
Prof. Karl Rambusch,
die Regierung der Rumänischen Volksrepublik
den Direktor des Instituts für Atomphysik,
Prof. Horia Hulubei.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Abkommenspartner werden bei der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung und der wirtschaftlichen Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zusammenarbeiten und zu diesem Zweck Erfahrungen, Informationen sowie entsprechende Dokumentationen austauschen.

Artikel 2

Die Abkommenspartner werden die in Artikel 1 vorgesehene Zusammenarbeit verwirklichen durch:

- a) Konsultation bei der Ausarbeitung der beiderseitigen Perspektivpläne und Durchführung gemeinsamer Arbeiten für die friedliche Nutzung der Atomenergie;
- b) Herstellung von direkten Kontakten zwischen den wissenschaftlichen und technischen Institutionen beider Länder;
- c) Austausch von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Spezialisten zum Studium in den wissenschaftlichen Institutionen und Industriebetrieben;
- d) beiderseitige Teilnahme an Kongressen, Konferenzen, Seminaren und Ausstellungen;
- e) Austausch von Filmen, wissenschaftlicher und technischer Literatur sowie entsprechender Dokumentation;
- f) Austausch von Prospekten, Norm- und Gesetzblättern sowie anderer Vorschriften;

- g) Unterstützung bei der Beschaffung von Materialien, Geräten und speziellen Ausrüstungen;
- h) Austausch von speziellen Labormaterialien in kleinen Mengen;
- i) Übermittlung von Erfahrungen in Fragen der Ausbildung sowie Austausch von Lehrplänen und Skripten.

Artikel 3

Jeder Abkommenspartner wird die geforderte Geheimhaltung erhaltener Informationen und Dokumentationen erfüllen.

Artikel 4

Das vorliegende Abkommen umfaßt nicht solche Fälle, in denen sich einer der Abkommenspartner gegenüber einem dritten Staat oder einer internationalen Organisation zur Nichtüberweisung erhaltener Informationen, von Material, Ausrüstungen oder technischer Dokumentationen verpflichtet hat oder verpflichten wird.

Artikel 5

Vertreter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie Vertreter des Komitees für Kernenergie des Ministerrats der Rumänischen Volksrepublik werden je nach Notwendigkeit, jedoch mindestens einmal in zwei Jahren, zur Besprechung der Formen und der Bedingungen zur Realisierung des vorliegenden Abkommens zusammenkommen. Die Zusammenkünfte werden abwechselnd in einem der beiden Länder stattfinden.

Artikel 6

Die mit der Realisierung dieses Abkommens zusammenhängenden finanziellen Fragen werden durch zusätzliche Vereinbarungen geregelt.

Artikel 7

Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen beider Abkommenspartner.

Es tritt mit dem Tage des Notenaustausches über die Bestätigung in Kraft.*

* Das Abkommen trat am 13. Februar 1960 in Kraft.

Rumänien

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es kann von jedem Abkommenspartner gekündigt werden und tritt nach Ablauf von drei Monaten vom Tage des Erhalts der Kündigung an außer Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 12. November 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und rumänischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Rambusch

Für die Regierung der
Rumänischen Volksrepublik
(gez.) Horia Hulubei

TSCHECHOSLOWAKISCHE REPUBLIK

**Kommuniqué über den Abschluß von Verhandlungen zwischen
Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Republik über die Erweiterung
der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die gegenseitigen
Warenlieferungen in der Zeit von 1961 bis 1965***

Auszug

Es wurden vor allen Dingen solche Fragen vereinbart, die zur Erweiterung der Rohstoffgrundlage beider Länder und zur weiteren Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation der Industrieproduktion führen.

Die gegenseitig vereinbarten Lieferungen wichtiger Waren werden zu einer weiteren wesentlichen Erhöhung des Warenaustausches zwischen beiden Ländern führen. Die ČSR wird in die Deutsche Demokratische Republik vor allem Walzmaterial, Kokskohle, Koks, verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie und des Maschinenbaus sowie Konsumgüter liefern.

Die Deutsche Demokratische Republik wird in die ČSR Kali- dünger, Braunkohlenbriketts, synthetischen Kautschuk, verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie und des Maschinenbaus sowie Konsumgüter liefern.

Es wurde eine enge Zusammenarbeit zur weiteren Entwicklung der Kaliindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik vereinbart. Ferner wurde vereinbart, daß der deutsch-tschechoslowakische Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit sich in der nächsten Zeit mit der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit insbesondere auf dem Gebiet der chemischen Industrie und auf einigen Gebieten des Maschinenbaus beschäftigt.

(ADN 29. 1. 59)

IX. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik

Die IX. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokra-

* Das Kommuniqué wurde am 29. Januar 1959 in Prag veröffentlicht.

tischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik fand im Mai 1959 in Prag statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Festlegung von Maßnahmen zur engeren Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten der Volkswirtschaft beider Länder, wobei insbesondere Probleme im Vordergrund standen, deren Lösung einen wesentlichen Einfluß auf die schnellere Entwicklung des technischen Niveaus der Industrieproduktion beider Länder hat.

So wird zum Beispiel eine langfristige Zusammenarbeit bei der Forschung, Entwicklung und Produktion zwischen dem VEB Metallurgieprojektierung, Berlin, und dem Nationalunternehmen Hutni-Projekt, Prag, zwischen den Leunawerken „Walter Ulbricht“ und den Stalin-Werken in Most sowie zwischen den Forschungsinstituten der Textilindustrie beider Länder erfolgen.

(ADN 3. 6. 59)

Unterzeichnung einer Zusatzvereinbarung zum Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1959

Nach erfolgreichen Verhandlungen wurde am 3. Juli 1959 eine Zusatzvereinbarung zum Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1959 abgeschlossen. Dadurch wird der Warenaustausch im Jahre 1959 im Vergleich zum Jahre 1958 um 24 Prozent gesteigert.

Die Deutsche Demokratische Republik wird außer den im Grundabkommen festgelegten Kontingenten im Rahmen dieses Zusatzabkommens an die Tschechoslowakische Republik Bau- und Wegebaumaschinen, Erzeugnisse der chemischen Industrie, Nähmaschinen, Magnetophone, Textilien, Spielwaren, Sportboote und Pianos liefern.

Aus der Tschechoslowakischen Republik erhält die Deutsche Demokratische Republik Walzmaterial, Erzeugnisse des Maschinenbaus, Chemikalien, Woll- und Leinengewebe, verschiedene Papiere und Lederschuhe.

(ADN 4. 7. 59)

Unterzeichnung einiger Wirtschaftsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik

Der deutsch-tschechoslowakische Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der vom 8. bis 12. September 1959 in Prag tagte, beschloß eine Reihe bedeutsamer Abkommen zwischen der ČSR und der Deutschen Demokratischen Republik. So wurde unter anderem ein Abkommen über die Zusammenarbeit zur Unterstützung der Entwicklung der Kaliindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Die ČSR wird der Deutschen Demokratischen Republik verschiedene Maschinen und Ausrüstungen für die Kaliindustrie im Werte von 110 Millionen Rubel liefern. Dies ermöglicht es der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Kaliförderung zu steigern und ihre Exporte an Kalidünger in die ČSR zu erhöhen.

Bei den Verhandlungen wurde eine Übereinkunft über die Spezialisierung der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen, von Erzeugnissen der Foto- und Kinoindustrie und von einigen wichtigen Konsumgütern des Maschinenbaues erzielt. Die Spezialisierung ermöglicht beiden Seiten, ihre Produktion zu erhöhen.

(ADN 14. 9. 59)

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über eine einheitliche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik
h a b e n ,

von dem Wunsche geleitet, den internationalen Verkehr zu fördern und die Schifffahrt auf der Elbe zu erleichtern,
b e s c h l o s s e n ,

ein Abkommen über eine einheitliche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben bevollmächtigt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik —

Anton Ruh, Leiter des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs,

die Regierung der Tschechoslowakischen Republik —

Stanislav Saur, Leiter der Zentralen Zollverwaltung,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten vereinbart haben:

Artikel 1

Für die Zollabfertigung von Schiffen unter Zollverschluß auf der Elbe, ihren Nebenflüssen und den mit ihr zusammenhängenden Wasserstraßen im Gebiet der Abkommenspartner gilt die anliegende einheitliche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe (im folgenden nur „Verschlußordnung“), die einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens bildet.

Artikel 2

Die von den Zollorganen des einen Abkommenspartners auf Grund der Bestimmungen der Verschlußordnung ausgestellten Anerkennnisse über die Verschlußfähigkeit von Schiffen und Bescheinigungen über die Zulassung der Schifffahrtsunternehmen zur Beförderung von Waren unter Zollverschluß (im folgenden nur „Anerkennnisse“ und „Zulassungsscheine“) werden von den Zollorganen des anderen Abkommenspartners unbeschadet der Bestimmungen des § 25 der Verschlußordnung anerkannt.

Artikel 3

Der Entzug eines Anerkennnisses oder eines Zulassungsscheines durch die Zollorgane eines Abkommenspartners wird von den Zollorganen des anderen Abkommenspartners anerkannt.

Artikel 4

Die zentralen Zollverwaltungen der Abkommenspartner werden sich die zur Ausstellung beziehungsweise zum Entzug von Anerkennnissen und Zulassungsscheinen befugten Zollorgane gegenseitig mitteilen.

Artikel 5

Änderungen der Verschlußordnung, die sich bei der Durchführung des Abkommens erforderlich machen, werden von den zentralen Zollverwaltungen der Abkommenspartner gegenseitig vereinbart.

Artikel 6

Dieses Abkommen steht dritten Staaten zum Beitritt offen, soweit deren Schiffe auf Grund vertraglicher Regelungen zur Schifffahrt auf der Elbe im Gebiet der Abkommenspartner **be-**rechtigt sind, und wenn die Abkommenspartner diesem **Beitritt** zustimmen.

Die Beitrittserklärung ist jedem Abkommenspartner durch Note mitzuteilen.

Für den beitretenden Staat tritt das Abkommen an dem Tage in Kraft, an welchem die Abkommenspartner ihre Zustimmung zum Beitritt erklären.

Artikel 7

Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Vorschriften der Abkommenspartner und tritt mit dem Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

Jeder Abkommenspartner kann das Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf schriftlichem Wege kündigen; erfolgt die Kündigung durch einen Abkommenspartner, der das Abkommen unterzeichnet hat, verliert dieses nach Ablauf der Kündigungsfrist seine Gültigkeit.

Ausgefertigt in Prag am 18. September 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in tschechischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Ruh

Für die Regierung der
Tschechoslowakischen
Republik
(gez.) Saur

Einheitliche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe

§ 1

(i) Wer auf der Elbe, ihren Nebenflüssen und den mit ihr zusammenhängenden Wasserstraßen Waren unter Zollverschluß befördern will, hat sich durch folgende Dokumente auszuweisen:

* Das Abkommen trat am 5. Mai 1960 in Kraft.

- a) ein Anerkenntnis über die Zollverschlußfähigkeit des Schiffes (im folgenden nur „Anerkenntnis“, siehe Muster A) und
- b) eine Bescheinigung über die Zulassung des Schiffahrtsunternehmens zur Beförderung von Waren unter Zollverschluß (im folgenden nur „Zulassungsschein“, siehe Muster B).

(2) Zur Abfertigung unter Zollverschluß dürfen nur für die Warenbeförderung bestimmte Schiffe zugelassen werden, deren Bauart und Verschlußeinrichtungen den in den §§ 2–16 enthaltenen Bestimmungen dieser Verschlußordnung entsprechen.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 2

Die Schiffe dürfen weder geheime Räume noch solche Zugänge haben, die bei der äußeren Besichtigung nicht sofort wahrgenommen werden können. Die Teile der äußeren Schiffswände müssen so miteinander verbunden sein (verzimmert, vernietet, verschweißt, verschraubt oder ähnliches), daß sie nicht ohne sichtbare Spuren entfernt werden können.

§ 3

(1) Die Wände oder Zwischenwände, welche die Verschlußräume untereinander und von den übrigen Räumen des Schiffes trennen, sind aus Blech herzustellen, dessen einzelne Tafeln miteinander und mit dem Schiffskörper so verbunden sein müssen, daß eine Trennung voneinander und von diesen nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Durch derartige Wände aus Blech sind auch Freiräume und Räume, in denen sich bewegliche Maste befinden (Köcher), von den Verschlußräumen zu trennen.

Türen und sonstige Öffnungen, welche aus den Kajüten unmittelbar in die Verschlußräume führen, sind nicht gestattet.

(2) Bei Holzschiffen können die im Absatz 1 genannten Wände oder Zwischenwände auch aus verzimmerten Planken bestehen, die die gleiche Höhe wie der Schiffskörper haben und mit ihm fest verbunden sein müssen. Jede Planke muß mit der Befestigungskonstruktion der Zwischenwände fest verbunden sein, damit ein Entfernen der Planken nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

§ 4

(1) Die an der Außenseite des Schiffes angebrachten Krampen, Ösen, Nägel, Nieten, Klammern, Schrauben, Bolzen und dergleichen müssen so gesichert sein (umzubiegen, zu vernieten, zu verschrauben, zu verschweißen oder dergleichen), daß ihre Entfernung von außen nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

(2) Scharniere sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Scharnierstifte müssen mit den äußeren Seiten des Scharnierbandes verschweißt sein. Nur die mittlere Zunge des Scharniers darf drehbar und muß gleichfalls geschweißt sein. Scharnierstifte dürfen an den Enden nicht nur vernietet oder verschraubt sein.

(3) Die Stahlteile der Verschlusseinrichtungen, wie Stangen, Ösen, Krampen, Scharniere usw. dürfen zwecks Rostschutz nur mit einem durchsichtigen Schutzmittel überzogen sein.

(4) Die Verschußstangen müssen aus einem Stück Stabeisen gezogen oder geschmiedet sein, an einem Ende in eine genügend große Öse gebogen und am anderen Ende mit einem Einschnitt für den Verschußkeil versehen sein.

§ 5

(1) Pumpen, Krane, Lüftungsrohre, Rohrleitungen, Oberlichte, Gitter oder dergleichen, die sich in den Verschußräumen, an deren Wänden oder auf dem Deck befinden, müssen so befestigt sein, daß die Verschußsicherheit gewährleistet und es ausgeschlossen ist, diese Vorrichtungen herauszunehmen, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

(2) Aushebbare Pumpen und Krane sind von den Verschußräumen durch eine feste Verschalung zu trennen, die nach den Bestimmungen gemäß § 3 dieser Verschußordnung eingerichtet sein muß.

II. Besondere Bestimmungen

A. SCHIFFE MIT FESTEM DECK

§ 6

(1) Das Deck muß mit dem Schiffskörper so verzimmert, verbolzt, vernietet, verschweißt oder auf andere Weise fest ver-

bunden sein, daß der Zutritt in die Verschlußräume nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Die Verbindungsstücke zwischen Deck und Schiffsrumpf sind nur im Inneren der Verschlußräume anzubringen; die Verschraubung, Vernietung, Verbolzung und dergleichen sind in der im § 4 dieser Verschlußordnung vorgeschriebenen Weise vorzunehmen. Verschweißungen des Decks mit dem Schiffskörper können außerdem auch von außen vorgenommen werden.

(2) Von Deck aus dürfen keine anderen Zugänge zu den Verschlußräumen bestehen als durch die Ladeluken. Das Deck muß mit den Seitenwänden einen zusammenhängenden Teil bilden, der mit den innenliegenden Rippen und Zwischenwänden durch Nägel, Nieten, Schrauben, Schweißungen usw. fest verbunden sein muß.

§ 7

(1) Die zu den Verschlußräumen führenden Luken müssen fest eingebaute Lukenrahmen haben und durch Deckel oder Türen verschlossen werden können. Sind die Deckel und Türen aus Metall, so müssen sie aus einem Stück starken Blech, gegebenenfalls aus mehreren durch Vernietung, Verschweißung oder dergleichen verbundenen Stücken hergestellt sein. Sind diese aus Holz, so müssen die Bretter von innen so verbunden sein, daß einzelne nicht entfernt werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

(2) Befördern Schiffe Waren, die einer ständigen Lüftung bedürfen, können die Luken anstatt mit Deckeln oder Türen mit Gittern aus Drahtgeflecht oder gelochtem Blech in hölzernen oder stählernen Rahmen verschlossen werden. Die Drähte des Geflechtes müssen mindestens 2 mm stark und dürfen nicht mehr als 25 mm voneinander entfernt sein. Die Lochungen im Blech dürfen nicht mehr als 25 mm im Durchmesser betragen. Das Drahtgeflecht oder das gelochte Blech müssen mit dem Rahmen derart verbunden sein, daß sie nicht herausgenommen werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

§ 8

(1) Die Einrichtungen zum Verschließen der Luken müssen so beschaffen sein, daß ein Ausbiegen, Ausheben oder Herausschieben der Lukendeckel oder Türen nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

(2) Die Lukenrahmen sowie die Lukendeckel und -türen müssen mit Ösen oder mit Überfällen und Ösen versehen sein, durch die stählerne Verschlußstangen oder Drahtseile gezogen werden.

(3) Zum Verschließen mehrerer nebeneinander liegender Lukendeckel sind mindestens zwei ausreichend starke Stahlstangen zu verwenden und gemäß Absatz 2 mit dem Lukenrahmen zu verbinden.

§ 9

(1) Bei Tankschiffen dürfen die einzelnen Tankräume untereinander verbunden sein. Die zu den Tankräumen führenden Öffnungen (Luken, Mannlöcher usw.) sind mit stählernen Deckeln zu verschließen und entsprechend § 8 dieser Verschlußordnung verschlußsicher einzurichten. Die Tankrohrleitungen sind so anzubringen, daß ihre Bestimmung und ihr Verlauf leicht zu erkennen sind. Die Hähne, Ventile, Schieber, Flansche usw. müssen so vorgerichtet sein, daß Zollverschlüsse angelegt werden können.

(2) Sämtliche Rohrleitungen einschließlich der Verbindungsstücke, Ventile und Flansche müssen aus hartem Metall oder gleichwertigen Kunststoffen bestehen.

B. SCHIFFE MIT AUSEINANDERNEHMBAREM ODER VERSCHIEBBAREM DECK

a) Schiffe mit Schandekelvorrichtung

§ 10

(1) Die Deckbretter der auseinandernehmbaren Deckel müssen dieselbe Länge wie die Bretter des Seitenanschlages haben und auf der Innenseite mit einer Leiste versehen sein, durch welche das Verschieben der Bretter auf den Decksparren verhindert wird. Jedes Brett muß das unterliegende Brett wenigstens 2 cm, das Deckbrett auf der Stülpe beide darunterliegenden Bretter in gleicher Weise überdecken. Ist das auseinandernehmbare Deck mit Seitenbrettern versehen (Seitendeck), so müssen diese mit den Deckständen so verbunden sein, daß sie von außen nicht gelöst werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

(2) Die nach den Freiräumen auslaufenden Bretter der Deckplatten, die auf einen Eingang zum Freiraum treffen, müssen an der Außenseite mit ordnungsgemäß befestigten Winkel-

eisen versehen sein, die von dem Schandeckel überdeckt werden, wodurch ein Hervorziehen der Bretter verhindert wird.

(3) In gleicher Weise müssen die nach dem Gangbord auslaufenden Deckbretter gesichert sein. Die Enden dieser Schandeckel müssen entsprechend den Bestimmungen des § 11 Absatz 3 und 4 dieser Verschußordnung verblendet sein.

(4) Wenn zur Befestigung des Deckbretts auf der Stülpe ein Scharnierband verwandt wird, so muß das Deckbrett mit einem Falz versehen sein, in welchen das Band, das den Verschuß bildet, genau paßt.

§ 11

(1) Die Stelle, an der die auseinandernehmbaren Deckplatten zusammentreffen, muß mit einem Schandeckel überdeckt sein, der an der unteren Seite genau an die auf den Decksparren aufliegenden Deckbretter anschließt.

(2) Der gleiche Schandeckel muß in der Längenmitte der Deckplatten befestigt sein, um das Verschieben der Bretter unmöglich zu machen.

(3) Das vorderste und hinterste Paar der Schandeckel, welche auf Zwischenwände zu liegen kommen, die die Verschußräume von anderen Räumen trennen, sind an ihrer Außenseite so zu verblenden, daß die Enden der darunter liegenden Deckbretter und die Deckbretter auf der Stülpe verdeckt werden.

(4) Die Befestigung dieser Verblendung muß den Bestimmungen des § 4 dieser Verschußordnung entsprechen.

§ 12

(1) Die Schandeckel müssen so eingerichtet sein, daß die mit ihnen verbundenen weiteren Verschußteile nicht verschoben werden können.

(2) Der Schandeckel muß auf seinem unteren Teil mit einem Haken, der in eine am Bordrand befestigte Öse eingehängt wird, der obere Teil des Schandeckels mit einer in einem Ausschnitt beweglichen Schiene versehen sein. Sowohl die Schiene als auch der Schandeckel müssen mit zwei Ausschnitten ausgestattet sein, durch welche bei Anlegung des Schandeckels zwei in den Decksparren fest eingesetzte und unmittelbar über die Schienen herausgehende Haken durchgelassen werden. Das über den Schandeckel herausragende Ende der Schiene ist mit einem Überfall oder einer Öse zu versehen, welche in die Schiene des gegen-

überliegenden Schandeckels eingreift. An die Ösen werden Zollverschlüsse entweder einzeln angelegt oder es werden Zollverschlüsse an einer durch mehrere Ösen geführten Verschlußstange angebracht.

b) Schiffe mit Scherstockvorrichtung

§ 13

(1) Schiffe mit Scherstockvorrichtung müssen längs der Verschlußräume an beiden Seiten mit Gangborden versehen und die Öffnungen ihrer Verschlußräume durch Tennebäume (Setzborde) und Kopfstücke (Giebel) begrenzt sein. Die Gangborde, Tennebäume und Kopfstücke müssen untereinander sowie mit dem Schiffskörper fest verbunden sein. Die Tennebäume der abnehmbaren Seitenwände müssen mit dem Schiffskörper so verbunden sein, daß sie von außen nicht gelöst werden können. Der Scherstock muß an seinen beiden Enden mit dem Schiffskörper fest verbunden sein, daß er, sobald der Zollverschluß angelegt ist, von außen nicht entfernt werden kann; die Kappe der Stülpe muß an dem Scherstock so befestigt sein, daß sie, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, nicht gelöst werden kann. Der unter der Kappe liegende Falz muß der Stärke der Holzplatten (Absatz 2) entsprechen.

(2) Zum Zudecken der Verschlußräume sind Holzplatten zu verwenden, die, in den Falz der Stülpe eingefügt und auf den Tennebaum aufgelegt, eine vollständige dichte und feste Bedeckung bilden; bestehen sie aus einzelnen Brettern, müssen diese an der Innenseite durch mindestens zwei Querleisten oder mindestens zwei stählerne Bänder so zusammengehalten werden, daß ein Ausheben oder Verschieben der einzelnen Bretter unmöglich ist. Die einzelnen Holzplatten müssen mit einer geeigneten Vorrichtung (z. B. am unteren Ende mit einer auf der Innenseite an den Tennebaum anstoßenden Klampe) versehen sein, damit nach Anlegen des Zollverschlusses keinerlei Verschieben oder Ausheben möglich ist.

(3) Für das Anlegen des Zollverschlusses müssen an jeder Platte, je nach ihrer Breite, ein oder mehrere Überfälle in einer Stärke von mindestens 60 mm und an der Außenseite des Tennebaums entsprechende Verschlußösen von mindestens 75 mm Stärke angebracht sein, in welche die Überfälle eingehängt werden. Durch die Verschlußösen werden die Verschlußstangen gezogen. Bei

der Verbindung der Überfälle mit den Holzplatten und, falls die Überfälle aus mehreren Teilen zusammengesetzt sind, bei der Verbindung dieser Teile untereinander dürfen keine Scharniere verwendet werden. Die Verschlusseinrichtung muß so beschaffen sein, daß, sobald die Verschußstangen durch die Verschußösen hindurchgezogen werden, es nicht möglich ist, die einzelnen Platten ohne sichtbare Spuren anzuheben.

§ 14

(1) Werden zum Verdecken der Verschußräume anstatt Bretter oder Holzplatten Tafeldeckplatten aus Metall verwendet, muß das Anlegen des Zollverschlusses auf ähnliche Weise wie im § 13 dieser Verschußordnung gesichert sein.

(2) Die Verschußvorrichtungen der Metalltafeln bestehen aus je zwei Überfällen, die in Ösen einfallen, die an den Seitenwänden befestigt sind. Durch die Ösen werden die Verschußstangen gezogen. Die oberen Enden der Metalltafeln liegen in einer abnehmbaren Stülpe, die von innen gesichert sein muß. Die Seitenkanten der Metalltafeln sind umgebogen und liegen in Profileisen, die an den Seitenwänden und an der Stülpe angebracht sind.

§ 15

Wird zum Verdecken der Verschußräume Wellblech verwandt, so hat dies in Querrichtung zu erfolgen. Die einzelnen Querteile müssen aus einem Stück und so übereinander gelegt sein, daß die Verschußsicherheit gewährleistet ist. Die Verschußvorrichtungen müssen in gleicher Weise beschaffen sein, wie im § 14 dieser Verschußordnung festgelegt ist.

c) Schiffe mit verschiebbarem Deck

§ 16

(1) Das Material des verschiebbaren Decks muß eine absolute Sicherung der Verschußräume gewährleisten.

(2) Das verschiebbare Deck liegt auf dem Scherstock, auf dem es in der Längsrichtung verschoben werden kann. Die verschiebbaren Deckteile müssen mit festen Haken versehen sein, die ein Ausheben der Teile unmöglich machen. Die Deckteile müssen beim Verschließen des Raumes genügend übereinander greifen.

(3) Die verschiebbaren Deckteile jedes Verschlußraumes müssen an den Seiten, wo sie die Zwischenwände berühren, mit Verschlußösen versehen sein. Diese müssen nach Verschließen des Raumes mit den Ösen übereinander liegen, die am Scherstock angebracht sind.

(4) Lüftungsöffnungen in dem verschiebbaren Deck müssen auf die im § 7 Absatz 2 dieser Verschlußordnung angeführte Weise hergerichtet sein.

III. Anerkenntnis über die Zollverschlußfähigkeit des Schiffes

§ 17

(1) Die Ausstellung eines Anerkenntnisses ist bei den Zollorganen des Staates zu beantragen, in welchem das Schiff registriert ist. Das Schiffahrtsunternehmen, das die Ausstellung eines Anerkenntnisses beantragt, muß das unbeladene Schiff den auf Grund des Artikels 4 des Abkommens zur Ausstellung von Anerkenntnissen befugten Zollorganen vorführen und folgende Dokumente in doppelter Ausfertigung vorlegen:

- a) eine Zeichnung des Schiffes und der Verschlußeinrichtungen im Quer- und Längsschnitt sowie in der Deckansicht; bei Tankschiffen eine Zeichnung des Schiffes, aus der der Verlauf der Rohrleitungen und die Verschlußeinrichtungen zu ersehen sind;
- b) eine Beschreibung, die die näheren Angaben über die Verschlußräume, ihre Öffnungen und Türen, über die Bauart des Schiffes, der Kajüten und der anderen Räume sowie über die Verschlußeinrichtungen enthält.

(2) Die zuständigen Zollorgane nehmen die Besichtigung des Schiffes und die Überprüfung der Verschlußeinrichtungen auf Grund der vorgelegten Dokumente in Gegenwart eines bevollmächtigten Vertreters des Schiffahrtsunternehmens vor. Dabei ist festzustellen, ob die Bauart des Schiffes mit der Zeichnung und Beschreibung übereinstimmt, den Vorschriften dieser Verschlußordnung entspricht und das Anlegen von Zollverschlüssen gestattet. Hierbei kann auf Kosten des Schiffahrtsunternehmens ein Schiffsbaufachmann hinzugezogen werden. Werden keinerlei Mängel festgestellt, fertigt das Zollorgan ein Anerkenntnis entsprechend Muster A aus, dem eine Ausfertigung der Zeichnungen und der Beschreibung beigelegt wird. Die angeführten Do-

kumente hat der Schiffsführer in einem wasserdichten Behälter an Bord des Schiffes aufzubewahren und den Zollorganen sowie den Schiffs- und Sicherheitsorganen auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen. Die Zweitausfertigungen der Dokumente bleiben in Verwahrung des ausstellenden Zollorgans.

§ 18

(1) Das Anerkenntnis gilt für die Dauer von fünf Jahren. Vor Ablauf dieser Frist muß das Schiff dem zuständigen Zollorgan zu einer neuen Besichtigung vorgeführt werden. Werden bei der Besichtigung keine Mängel festgestellt, bestätigt dieses das Zollorgan im Anerkenntnis. Das bestätigte Anerkenntnis gilt wiederum für die Dauer von fünf Jahren.

(2) Beantragt das Schiffsverkehrsunternehmen nach Ablauf der Gültigkeit des Anerkenntnisses keine Verlängerung desselben, ist es verpflichtet, das Anerkenntnis dem Zollorgan zurückzugeben, das es erteilt hat; kommt das Schiffsverkehrsunternehmen dieser Pflicht nicht nach, ist jedes Zollorgan berechtigt, das Anerkenntnis einzuziehen.

§ 19

(1) Jede bauliche Veränderung der Verschlußräume oder -einrichtungen des Schiffes ist dem zuständigen Zollorgan zu melden, und zwar bevor eine weitere Abfertigung unter Zollverschluß beantragt wird. Der Meldung sind eine Zeichnung sowie die Beschreibung der baulichen Veränderung in je zwei Ausfertigungen und die im § 17 Absatz 1 dieser Verschlußordnung bezeichneten Dokumente beizufügen. Gleichzeitig ist das Schiff — falls erforderlich in unbeladenem Zustand — zur Besichtigung vorzuführen.

(2) Werden bei der Besichtigung der Verschlußeinrichtungen keine Mängel festgestellt, wird von dem Zollorgan auf dem Anerkenntnis die Verschlußfähigkeit des Schiffes erneut bestätigt und dem Anerkenntnis eine Ausfertigung der im Absatz 1 genannten Zeichnung und Beschreibung hinzugefügt. Die Zweitausfertigung wird dem Zollorgan, das das Anerkenntnis ausgestellt hat, übersandt.

(3) Werden bei Überprüfung der Verschlußeinrichtungen Mängel festgestellt und diese vom Schiffsverkehrsunternehmen in der festgesetzten Frist nicht beseitigt, behält das Zollorgan die im Absatz 1 genannten Dokumente zurück und übersendet sie mit

Angabe der Mängel dem Zollorgan, das das Anerkenntnis ausgestellt hat.

§ 20

(1) Bevor die Zollorgane Zollverschlüsse an die Verschlußräume anlegen, müssen sie sich von dem ordnungsgemäßen Zustand der Verschlußeinrichtungen überzeugen.

(2) Die Zollorgane sind berechtigt, nach Entladung der Verschlußräume die Zollverschlußfähigkeit des Schiffes zu prüfen. Werden Mängel festgestellt, hat das Zollorgan die im § 1 dieser Verschlußordnung genannten Dokumente einzubehalten und entsprechend der Bestimmungen des § 19 Absatz 3 dieser Verschlußordnung zu verfahren.

IV. Zulassung von Schiffahrtsunternehmen zur Beförderung von Waren unter Zollverschluß

§ 21

Das Schiffahrtsunternehmen muß für jedes Schiff, auf dem Waren unter Zollverschluß befördert werden sollen, im Besitz eines Zulassungsscheines sein. Der Zulassungsschein wird nach Muster B von dem zuständigen Zollorgan erteilt und ist zusammen mit den im § 17 dieser Verschlußordnung genannten Dokumenten aufzubewahren.

§ 22

(1) Das Schiffahrtsunternehmen, das einen Zulassungsschein erhalten hat, ist verpflichtet:

- a) dafür zu sorgen, daß der Zollverschluß nicht beschädigt und keine Vorkehrung getroffen wird, die einen Zugang zu den Waren ohne Verletzung des Zollverschlusses ermöglicht;
- b) jede Veränderung der Verschlußeinrichtungen des Schiffes in der im § 19 dieser Verschlußordnung festgesetzten Form den zuständigen Zollorganen zu melden, bevor es die Abfertigung unter Zollverschluß beantragt;
- c) jedes Schiff, das nicht mehr in seinem Auftrage fährt, binnen 14 Tagen dem zuständigen Zollorgan zu melden und diesem den Zulassungsschein zu übergeben;
- d) auf diesem Schiff keine Personen zu beschäftigen, die ein Zoll- oder Devisendelikt begangen haben.

(2) Die zentralen Zollverwaltungen können Ausnahmen zum Punkt d) zugestehen.

§ 23

(1) Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 22 dieser Verschlußordnung können die Zollorgane entsprechend den innerstaatlichen Vorschriften eine Geldstrafe beziehungsweise eine Geldbuße erheben. Außerdem kann der Zulassungsschein entzogen werden.

(2) Die gesetzlichen Bestimmungen der Abkommenspartner über die Verfolgung und Bestrafung von Verstößen gegen die Zoll- oder Devisenvorschriften bleiben unberührt.

§ 24

Übersetzungen der in den §§ 1, 17 und 19 dieser Verschlußordnung angeführten Dokumente müssen amtlich beglaubigt sein.

V. Übergangsbestimmungen

§ 25

Schiffe, die das Anerkenntnis über die Zollverschlußfähigkeit entsprechend den bisherigen Vorschriften besitzen, werden mit Zollverschluß bis zum 31. Dezember 1960 unter diesen Bedingungen abgefertigt,

Anerkennntnis Nr.

über die Zollverschlußfähigkeit des Schiffes

(Gattung, Name, Nummer oder sonstige Merkzeichen, Heimat-
hafen usw.), gültig bis zum:

Laut § 17 der einheitlichen Zollverschlußordnung für Elbeschiffe
vom 18. September 1959 wird die Verschlußfähigkeit des oben
angeführten Schiffes anerkannt.

Dieses Anerkenntnis einschließlich Zeichnung und Beschreibung
sowie des Zulassungsscheines für das Schifffahrtsunternehmen
zur Warenbeförderung unter Zollverschluß muß der Schiffsführer
in einem wasserdichten Behälter an Bord des Schiffes aufbewah-
ren. Den Zollorganen sowie den Schifffahrts- und Sicherheits-
organen sind diese Dokumente auf Verlangen vorzulegen.

Jede bauliche Veränderung der Verschlußräume oder -einrich-
tungen des Schiffes muß dem zuständigen Zollorgan gemeldet
werden, bevor eine Abfertigung unter Zollverschluß beantragt
wird. Zugleich müssen die oben angeführten Dokumente mit
einer Zeichnung und Beschreibung der baulichen Veränderungen
vorgelegt werden. Das Schiff ist zur Besichtigung vorzuführen.

....., den 19....

.....
(Dienststelle)

(Siegel)

.....
(Unterschrift)

Eintragungen der Zollorgane über Prüfungen der Verschluß-
fähigkeit und Verlängerung der Gültigkeit des Anerkenntnisses:

Zulassungsschein Nr.

Das Schiffahrtsunternehmen
(Name) (Sitz)

ist auf Grund der einheitlichen Zollverschlußordnung für Elbeschiffe vom 18. September 1959 für das Schiff (Gattung, Name, Nummer oder sonstige Merkzeichen, Heimathafen usw.)

zur Beförderung von Waren unter Zollverschluß zugelassen.

Das Schiffahrtsunternehmen ist verpflichtet:

- a) dafür zu sorgen, daß der Zollverschluß nicht beschädigt und keine Vorkehrung getroffen wird, die einen Zugang zu den Waren ohne Verletzung des Zollverschlusses ermöglicht;
- b) jede Veränderung der Verschlußeinrichtungen des Schiffes den zuständigen Zollorganen zu melden, bevor es die Abfertigung unter Zollverschluß beantragt;
- c) jedes Schiff, das nicht mehr in seinem Auftrage fährt, binnen 14 Tagen dem zuständigen Zollorgan zu melden und diesem den Zulassungsschein zu übergeben;
- d) auf diesem Schiff keine Personen zu beschäftigen, die ein Zoll- oder Devisendelikt begangen haben.

Bei Nichteinhaltung dieser Bestimmungen können die Zollorgane eine Geldstrafe beziehungsweise Geldbuße erheben. Außerdem kann der Zulassungsschein entzogen werden.

....., den 19....

.....
(Dienststelle)

(Siegel)

.....
(Unterschrift)

Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1960

Über die gegenseitigen Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1960 wurde am 16. November 1959 in Berlin ein Protokoll unterzeichnet. In den Verhandlungen, die im Geiste der Freundschaft und der gegenseitigen Hilfe geführt wurden, ist eine Steigerung des gegenseitigen Warenaustausches um 13 Prozent gegenüber 1959 vereinbart worden. In dieser Steigerung kommt die planmäßige ökonomische Entwicklung auf Grund der Beschlüsse der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau vom Mai 1958 zum Ausdruck.

Im Rahmen des Protokolls liefert die Deutsche Demokratische Republik an die ČSR Walzwerkseinrichtungen, Hütten- und Gießereiausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Bau- und Straßenbaumaschinen, Textil- und polygraphische Maschinen, Traktoren, Transportausrüstungen, Kalidungemittel und andere Erzeugnisse der chemischen Industrie, ferner Braunkohlenbriketts, Erzeugnisse der Feinmechanik/Optik, Textilien, Waschmittel und andere Gebrauchsgüter.

Die Tschechoslowakische Republik liefert an die Deutsche Demokratische Republik Steinkohle, Koks, Walzmaterial, Werkzeugmaschinen, Schuhmaschinen, Transportausrüstungen und andere Erzeugnisse des Maschinenbaus, Hopfen und Braumalz, ferner Textilien, Lederschuhe, Möbel, Fernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen, Motorräder und andere Gebrauchsgüter.

Das Abkommen, das einen Beitrag zur Sicherung des Aufbaus des Sozialismus in beiden Ländern darstellt, wurde von deutscher Seite durch den Leiter der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Dieter Albrecht, und von seiten der ČSR durch den Leiter der Regierungsdelegation, Ersten Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, František Hamouz, unterzeichnet.

(ADN 16. 11. 59)

Gemeinsames Kommuniqué über die Verhandlungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik

Auf Einladung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik besuchte vom 19. November bis 25. November 1959 eine Delegation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik unter Führung des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Genossen Antonín Novotný, die Deutsche Demokratische Republik.

Die tschechoslowakische Partei- und Regierungsdelegation wurde vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, empfangen und hatte mit ihm eine herzliche Unterredung.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Tschechoslowakischen Republik überzeugte sich bei ihren Besuchen in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und bei ihren Aussprachen mit Arbeitern, Bauern und der werktätigen Intelligenz erneut von den unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands errungenen großen Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie fand erneut bestätigt, daß das werktätige Volk der Deutschen Demokratischen Republik unerschütterlich zu seinem Arbeiter- und Bauern-Staat steht. Die Entschlossenheit und schöpferische Initiative, mit der die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den Siebenjahrplan, das Programm des Sieges des Sozialismus, des Friedens, des Wohlstandes und des Glückes des Volkes verwirklichen, hat die tschechoslowakische Delegation tief beeindruckt.

Der begeisterte Empfang, den die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik der tschechoslowakischen Delegation bereitet hat, zeugt von der unzerstörbaren Freundschaft beider Länder.

Die Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik führten Verhandlungen, an denen teilnahmen:

von seiten der Deutschen Demokratischen Republik:

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Erster Stellver-

treter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, als Leiter der Delegation;

Otto Grotewohl, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik;

Heinrich Rau, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel;

Alfred Neumann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Nationale Verteidigung;

Bruno Leuschner, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Dr. Lothar Bolz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Max Sefrin, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Gesundheitswesen;

Dr. Max Suhrbier, Stellvertreter des Ministers der Finanzen;

Ernst Goldenbaum, Mitglied des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik;

Johannes König, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Georg Stibi, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Tschechoslowakischen Republik;

von seiten der Tschechoslowakischen Republik:

Antonín Novotný, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Republik, als Leiter der Delegation;

Viliam Široký, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Vorsitzender der Regierung der Tschechoslowakischen Republik;

Ing. Otakar Šimůnek, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslo-

wakischen Republik, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Bruno Köhler, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei;

Dr. h. c. Plojhar, Vorsitzender der Tschechoslowakischen Volkspartei und Minister für Gesundheitswesen;

Božena Macháčová-Dostállová, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Minister für Konsumgüterindustrie;

Pavel Majling, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Beauftragtenkollegiums der Slowakei und Vorsitzender der Slowakischen Plankommission;

Dr. Jiří Hajek, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Emil Chlebec, Kandidat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Erster Sekretär der Bezirksleitung Košice;

Fedor Vošćepinec, Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung der Kohlengrube „Jan Šverma“;

Otto Klička, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Tschechoslowakischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik.

Während der Verhandlungen, die in einer aufrichtigen und herzlichen Atmosphäre verliefen, erfolgte ein Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Fragen der internationalen Situation und über die weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen und der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik. Beide Seiten stellten mit Befriedigung fest, daß ihre Auffassungen in allen behandelten Fragen völlig übereinstimmen.

I.

Der Besuch der tschechoslowakischen Delegation erfolgte in einer Zeit, in der sich dank der ständigen Bemühungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder die Spannungen in den internationalen Beziehungen gemindert haben. Die allseitige Entwicklung der Sowjetunion, vor allem die glänzenden Erfolge der sowjetischen Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik, und die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne der

Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakischen Republik und der anderen sozialistischen Staaten erhöhen ständig die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Das verleiht allen demokratischen Kräften in der ganzen Welt mächtige Impulse in ihren Bemühungen um eine friedliche internationale Zusammenarbeit.

Ein entscheidender Friedensfaktor, der immer wirksamer das internationale Geschehen im Geiste des Friedens und des Fortschritts beeinflußt, ist die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, das von der Sowjetunion geführt wird.

Der gewaltige Aufschwung der Wissenschaft und Technik eröffnet der Entwicklung der Menschheit große Möglichkeiten, die jedoch infolge des Mißbrauchs des wissenschaftlich-technischen Fortschritts durch die aggressiven imperialistischen Kräfte von der Gefahr eines Vernichtungskrieges bedroht wird. In dieser Situation steht die dringende und reale Aufgabe, den Krieg als Mittel zur Lösung strittiger internationaler Probleme auszuschließen. Das sozialistische Lager strebt zielbewußt die friedliche Regelung dieser Probleme an. Eine große Bedeutung haben in diesem Zusammenhang auch die Länder Asiens und Afrikas, die um die völlige Beseitigung der Kolonialherrschaft kämpfen und die hierbei durch das sozialistische Lager unterstützt werden. In allen Ländern wachsen unaufhaltsam die Kräfte, die für Frieden und internationale Verständigung kämpfen. Auch führende Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Länder beginnen, die Entwicklung der internationalen Beziehungen realistischer einzuschätzen und zu begreifen, daß die Entfesselung eines Krieges unerhörte Opfer und vor allem die Vernichtung ihrer eigenen Länder zur Folge haben würde.

Das Leben bestätigt, daß die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unter den gegenwärtigen Bedingungen objektiv notwendig ist.

Ausdruck einer gewissen Wende in den internationalen Beziehungen waren der Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, in den USA und seine Gespräche mit Präsident D. Eisenhower.

Beide Delegationen begrüßen mit größter Genugtuung den von der Sowjetunion am 18. September 1959 der XIV. Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegten welthistorischen Vorschlag für eine allgemeine und vollständige Abrüstung und sind sich darüber einig, daß die Frage der Abrüstung das wichtigste Problem ist, vor dessen Lösung heute die ganze Welt steht. Die

Verwirklichung dieses Vorschlages würde die Menschheit endgültig von Vernichtungskriegen befreien, neue Bedingungen für das Wachstum des Wohlstandes schaffen und allen Völkern eine Entwicklung in Frieden und Freundschaft eröffnen.

Der großartige Vorschlag der Sowjetunion fand einen positiven Widerhall in allen Ländern und wird von der überwältigenden Mehrheit der Menschheit unterstützt. Die Völker erwarten, daß auch die Westmächte im Geiste der friedlichen Koexistenz für eine allgemeine und vollständige Abrüstung eintreten und alles tun, um die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen zum Erfolg zu führen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Tschechoslowakische Republik werden alles in ihren Kräften Stehende tun, um zur Erreichung dieses großen und edlen Zieles beizutragen. Sie stimmen mit der Sowjetunion überein, wirksame Teilmaßnahmen, die ein Schritt zur Lösung der Abrüstungsfrage sind, zu erörtern und zu verwirklichen, falls die Westmächte gegenwärtig noch nicht bereit sein sollten, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zuzustimmen. Ein bedeutender Beitrag dazu wäre die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, wie sie die Regierung der Volksrepublik Polen vorgeschlagen hat.

Beide Delegationen sind der Meinung, daß eine Gipfelkonferenz sobald wie möglich einberufen werden sollte. Die Tagesordnung dieser Konferenz sollte solche Fragen enthalten, die von erst-rangiger Bedeutung für die Festigung des Friedens sind. Es ist dringend notwendig, die Abrüstungsfrage zu behandeln. Ebenso ist eine Behandlung des Friedensvertrages mit Deutschland und die Normalisierung der Lage in Westberlin unaufschiebbar.

Das Fehlen eines Friedensvertrages wird von den imperialistischen und militaristischen Kräften in Westdeutschland ausgenutzt, um den kalten Krieg zu schüren und einen atomaren Angriffskrieg vorzubereiten. Der Abschluß eines Friedensvertrages würde dieser unheilvollen Entwicklung ein Ende setzen, einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen und seine Überreste beseitigen. Das liegt im Interesse aller Völker. Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik ist bereit, entsprechend dem Vorschlag der Sowjetunion, mit beiden deutschen Staaten oder mit dem deutschen Staat, der dazu bereit ist, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Beide Seiten betonen, daß die Lösung der Frage Westberlins, das auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegt und als Brückenkopf des kalten Krieges und der Vorberei-

tung einer Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten dient, im Sinne der Vorschläge der Sowjetunion notwendig ist.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik unterstützt die von der Deutschen Demokratischen Republik am 1. Oktober 1959 unterbreiteten Vorschläge für eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über solche Fragen wie den Verzicht auf die Atomrüstung, die Vereinbarung eines Rüstungsstopps, das beiderseitige Eintreten für den schrittweisen Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, den Abschluß eines Nichtangriffspaktes und die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses aus Vertretern beider Regierungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und zur Schaffung der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands.* Die tschechoslowakische Seite ist überzeugt, daß die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über diese Fragen unumgänglich und im Interesse des Friedens notwendig ist. Das tschechoslowakische Volk betrachtet die Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes als dessen ureigenste Angelegenheit.

Die tschechoslowakische Delegation schätzt die friedliebenden Bestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik, die zu einer bedeutenden Stütze des Friedens in Europa und zu einem festen Bollwerk der Demokratie und des Sozialismus geworden ist, sehr hoch ein.

Die Deutsche Demokratische Republik würdigt den konsequenten und kompromißlosen Kampf der Tschechoslowakischen Republik gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus, der gleichzeitig eine große Unterstützung aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes bedeutet.

Beide Seiten sind überzeugt, daß alle strittigen und internationalen Fragen in gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Partnern gelöst werden müssen und auch gelöst werden können, wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist. Dieser Wille muß sich auch darin äußern, daß die Regierungen alles unterlassen, was die Minderung der internationalen Spannungen behindert und den kalten Krieg aufrechterhält oder gar verschärft. Die Anstrengungen aller Regierungen sollten nur darauf gerichtet sein, die bereits eingetretene Verbesserung des

* Siehe S. 126 ff.

internationalen Klimas zu fördern, den kalten Krieg restlos zu beenden und die friedliche Koexistenz zu sichern.

Beide Seiten stellen fest, daß es noch Kräfte gibt, die hartnäckig bestrebt sind, den Prozeß der internationalen Entspannung aufzuhalten und die Politik des kalten Krieges fortzusetzen. Unter diesen Kräften nimmt die gegenwärtige westdeutsche Regierung einen führenden Platz ein. Sie versucht mit allen Mitteln, die erfolgreiche Durchführung der Gipfelkonferenz zu verhindern. Sie macht verzweifelte Anstrengungen, um die auch von maßgebenden Vertretern der USA-Regierung — auf der Grundlage der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Tatsachen — erwogene Verständigung zwischen den Staaten der beiden Lager zu hintertreiben.

Die in Westdeutschland herrschenden Kreise wollen die mit dem Blute der Völker besiegelten Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren. Sie treffen alle Vorbereitungen, um die alten Eroberungsziele des deutschen Militarismus und Imperialismus durchzusetzen. Aus diesem Grunde tun sie alles, um die Atmosphäre in den internationalen Beziehungen zu verschärfen und die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Massenvernichtungswaffen beschleunigt zu vollenden. Damit gelangen Massenvernichtungswaffen in die Hände jener militaristischen Kräfte, die die Mitverantwortung für die verbrecherische Politik Hitler-Deutschlands tragen, heute erneut an führenden Stellen des Staatsapparates der Bundesrepublik wirken und das öffentliche Leben Westdeutschlands beherrschen. Die Bundesregierung, die im Geiste Hitlers die Kommunistische Partei Deutschlands und zahlreiche andere, demokratische Organisationen verboten hat, bereitet gegenwärtig das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vor. Sie will damit eine der letzten Organisationen der friedliebenden, antifaschistischen Kräfte in Westdeutschland beseitigen. Andererseits beschützt die Bonner Regierung beharrlich Kriegs- und Naziverbrecher vom Schlage Oberländers, der als Minister in der Regierung verbleibt, obwohl dessen Teilnahme an Massenvernichtungen während des zweiten Weltkrieges erwiesen ist.

In der Bundesrepublik werden offen revanchistische Gebietsforderungen gegen eine ganze Reihe europäischer Länder erhoben. Beide Regierungen weisen die sich ständig steigernden Provokationen der westdeutschen Revanchisten ganz entschieden zurück. Sie verurteilen, daß Mitglieder der westdeutschen Regierung und leitende Beamte des Staatsapparates führende

Funktionen in revanchistischen Organisationen, die eine intensive Wühl­tätigkeit gegen die Tschechoslowakische Republik, die Volksrepublik Polen und andere sozialistische Staaten durchführen, innehaben.

Die Politik der Revanchisten schädigt und bedroht die Lebensinteressen der westdeutschen Bevölkerung einschließlich der ehemaligen Umsiedler, die sie für die Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges der deutschen Militaristen mißbraucht.

Die Politik der westdeutschen Militaristen und Revanchisten richtet sich nicht nur gegen die sozialistischen Staaten, sondern bedroht auch die Sicherheit aller anderen europäischen Völker. Sie beschwört insbesondere für das britische, französische und amerikanische Volk die Gefahr herauf, von den deutschen Militaristen in einen neuen Weltkrieg hineingezogen zu werden.

Diese imperialistische Politik richtet sich auch gegen die Länder Asiens und Afrikas. Die Bundesrepublik versucht, in diesen Ländern als nichtkolonialistischer Staat aufzutreten, der angeblich nur an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung interessiert sei. In Wirklichkeit ist jedoch diese sogenannte Hilfe eine imperialistische wirtschaftliche Expansion, die auf der Irreführung der Völker dieser Länder beruht, auf ihre Ausbeutung und letzten Endes gegen ihre nationale Befreiungsbewegung gerichtet ist. Im Gegensatz dazu ist die friedliche, freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Staaten anstrebende Politik der Deutschen Demokratischen Republik darauf gerichtet, durch ihre uneigennützig­e Unterstützung die schwachentwickelten Länder zu fördern.

Es ist offensichtlich, daß die Stör- und Sabotagepolitik der Bonner Militaristen und Revanchisten zum Scheitern verurteilt ist, weil sie im Gegensatz zum Willen der Völker und zum Kräfteverhältnis in der Welt steht.

Es würde den Interessen des Friedens und den Wünschen aller Völker entsprechen, wenn die regierenden Kreise Westdeutschlands endlich die Schlußfolgerungen aus dem gegenwärtigen internationalen Kräfteverhältnis ziehen, den kalten Krieg beenden und den Weg der Verständigung und der friedlichen Zusammenarbeit beschreiten.

II.

Die Völker der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik, deren enge freundschaftliche

Beziehungen sich auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus entwickeln, sind durch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, durch den Kampf um den Sieg des Sozialismus und die Erhaltung und Festigung des Weltfriedens miteinander verbunden. Das findet seinen Niederschlag in der Politik ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Parteien, die die führende Kraft beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung und bei der Gestaltung der glücklichen Zukunft ihrer Völker sind.

Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei tauschten Informationen, Meinungen und Erfahrungen der Arbeit ihrer Parteien und des sozialistischen Aufbaus in ihren Ländern aus. Es wurden Fragen der weiteren Zusammenarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wie auch aktuelle Fragen der internationalen Arbeiterbewegung erörtert. Der Meinungsaustausch der Vertreter beider Parteien zeigte volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen.

Beide Parteien stellten fest, daß die internationale kommunistische Bewegung seit der Annahme der Moskauer Deklaration der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 einen gewaltigen Aufschwung genommen hat und daß die Richtigkeit dieser Deklaration durch die Praxis voll und ganz bestätigt wurde. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß der regelmäßige Austausch von Meinungen und Informationen sowie die enge Zusammenarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beiden Parteien zum Vorteil gereichte. Beide Parteien halten es für ihre Pflicht, die Reinheit des Marxismus-Leninismus zu verteidigen. Sie sind entschlossen, auch in Zukunft jegliche Erscheinungen des Revisionismus und Opportunismus entschieden zu bekämpfen. Sie werden auch weiterhin das Kampfbündnis der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vertiefen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei schätzt das Bemühen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die sozialdemokratischen Werktätigen und ihre Organisationen in Westdeutschland von der Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu überzeugen, als bedeutend ein. Die Aktionseinheit macht die ganze deutsche Arbeiterklasse zum entschei-

denden Faktor für die Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes im Geiste des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

III.

Beide Delegationen haben ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in beiden Ländern ausgetauscht und festgestellt, daß die hervorragenden schöpferischen Leistungen und die Initiative der Werktätigen ihrer Länder Ausdruck der großen Veränderungen im Denken der Menschen und der Festigung der sozialistischen Beziehungen sind.

Gestützt auf das einheitliche und festgefügte Lager des Sozialismus und vor allem auf die Hilfe der Sowjetunion, haben die Werktätigen beider Länder unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien große Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und bei der Erhöhung des Lebensniveaus erreicht.

In der gegenwärtigen Etappe des Aufbaues des Sozialismus stehen beide Länder in steigendem Maße vor der Aufgabe, gleichartige Probleme zu lösen. Beide Seiten erachten die Erreichung der höchsten Arbeitsproduktivität durch die Einführung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik in den Produktionsprozeß für erstrangig. Die Parteien und Regierungen beider Länder mobilisieren die Werktätigen, ihre schöpferische Initiative für die Lösung dieser Aufgaben einzusetzen. Die neuen Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, wie die Bewegung der Brigaden der sozialistischen Arbeit, haben in der gegenwärtigen Etappe des Aufbaues des Sozialismus in beiden Ländern eine außerordentliche Bedeutung.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wird durch die Gründung und Festigung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in beiden Ländern erfolgreich der Prozeß des Übergangs von der individuellen Kleinproduktion zur sozialistischen Großproduktion vollzogen. Das Steigen der Arbeitsproduktivität und der Produktion in der Landwirtschaft ist ein wichtiger Beitrag zur Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen in Stadt und Land.

Der volksdemokratische Staat ist in beiden Ländern das Hauptinstrument zur Organisation des Sieges des Sozialismus. In engster Verbundenheit mit den Massen wird er ständig gefestigt und gestärkt.

Von entscheidender Bedeutung für den schnellen Fortschritt auf dem Wege des Sozialismus ist die internationale brüderliche Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe der Staaten des sozialistischen Lagers durch die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, durch Erweiterung und Vervollkommnung der internationalen Arbeitsteilung, durch Spezialisierung, Kooperation und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Beide Delegationen erklären erneut, daß die unverbrüchliche Freundschaft beider Länder mit der Sowjetunion eine feste Grundlage und die Gewähr für die glückliche Zukunft und Sicherheit des deutschen und tschechoslowakischen Volkes ist.

Beide Partei- und Regierungsdelegationen stellen mit Befriedigung fest, daß unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern weiterentwickelt wurden, was sich in einer Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens äußert. Das trug zum sozialistischen Aufbau in beiden Ländern und damit auch zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers bei.

Beide Delegationen werten positiv die Ergebnisse aller Maßnahmen, die bei den Verhandlungen der Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik im Juli 1950* und im September 1956 in Prag** sowie im Mai 1957 in Berlin*** vereinbart wurden. Sie erklären, daß sie auch weiterhin alles tun werden, um die freundschaftlichen Beziehungen und die brüderliche Zusammenarbeit der Völker der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik zu stärken.

Auf Grund des raschen Wachstums der Produktivkräfte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik sind beide Länder zu den industriell fortgeschrittensten Ländern aufgerückt. Das zeigt sich am deutlichsten in der Pro-Kopf-Produktion und im Pro-Kopf-Verbrauch bei einer ganzen Reihe wichtiger Erzeugnisse in beiden Ländern sowie im technischen Niveau der Produktion.

Das schnelle Wachstum der Produktivkräfte ist eng verbunden mit der ständigen Ausdehnung der gegenseitigen wirtschaft-

* Siehe Band I, S. 375 ff., und Band IV, S. 247 ff.

** Siehe Band V, S. 498 ff.

*** Siehe Band V, S. 559 ff.

lichen Zusammenarbeit. Beide Delegationen haben mit Befriedigung festgestellt, daß sich der Umfang des Warenaustausches gegenüber dem Jahre 1950 auf etwa das Fünffache erhöht hat. Die grundsätzlichen Vereinbarungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Periode bis zum Jahre 1965, die zwischen den Planungsorganen beider Länder und im Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Basis der Beschlüsse der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom Mai 1958 und in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Rates getroffen wurden, beweisen, daß Hand in Hand mit dem Wachstum der wirtschaftlichen Kraft beider Länder ständig größere Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entstehen.*

Entsprechend der erweiterten wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit wird der Außenhandelsumsatz ständig gesteigert. Das wird besonders in dem langfristigen Handelsabkommen für die Periode bis zum Jahre 1965 zum Ausdruck kommen, welches nach Vereinbarung der beiden Delegationen bis zum Ende des I. Quartals 1960 abgeschlossen wird.

Im Verlauf der Verhandlungen wurde ein Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet.** Dieser Vertrag wird zur weiteren Entwicklung des Außenhandels zwischen beiden Ländern beitragen.

Ausgehend von dem erreichten Niveau der Produktivkräfte und von den bisher erzielten Ergebnissen und Erfahrungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spezialisierung und Kooperation der Produktion, der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Außenhandels unterzeichneten die Vorsitzenden der Staatlichen Plankommissionen beider Länder im Verlauf der Verhandlungen eine Vereinbarung über die Haupttrichtungen der weiteren Entwicklung der ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit für die kommende Periode. Diese Vereinbarung wird die Grundlage bilden für die weitere Vertiefung der Tätigkeit des Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit wird sich vor allem auf die Unter-

* Siehe S. 447 und 449.

** Siehe S. 480 ff.

stützung der Erfüllung der Hauptaufgaben erstrecken, welche im Siebenjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und im Plan der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik sowie in den Richtlinien für den Plan der Entwicklung der Volkswirtschaft der Tschechoslowakischen Republik für die Jahre 1961 bis 1965 festgelegt sind.

Die Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit wird sich vor allem auf die Spezialisierung und Kooperation der Produktion und auf die Koordinierung der technischen Entwicklung der wichtigsten Zweige des Maschinenbaues, der chemischen Industrie und der Verbrauchsgüterindustrie konzentrieren, um die materiellen und finanziellen Mittel in beiden Ländern am effektivsten auszunutzen. So wird z. B. auf dem Gebiet des Maschinenbaues die Produktion von großen Guß- und Schmiedestücken, Anlagen und Einrichtungen für die chemische Industrie, Werkzeugmaschinen, Einrichtungen für die Starkstromtechnik, Meß-, Kontroll-, Regel- und Prüfgeräten sowie industriellen Konsumgütern in engster Verbindung mit der Entwicklung der Produktion weiter spezialisiert werden. Die in beiden Ländern durchgeführten und beabsichtigten Maßnahmen auf den Gebieten der Forschung und Anwendung von Halbleitern in der Elektronik werden maximal in Übereinstimmung gebracht. Im Interesse einer besseren Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung beider Länder wird der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Produktion und der gegenseitigen Lieferungen von industriellen Konsumgütern besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde vereinbart, die Spezialisierung dieser Produktion so zu vertiefen, daß sie zu einer Vergrößerung der Sortimente und zur Verbesserung der Qualitäten der Erzeugnisse in beiden Ländern führt.

Auf dem Gebiet der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit wurde vereinbart, die direkten planmäßigen Beziehungen zwischen den Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungseinrichtungen sowie zwischen wichtigen Industriebetrieben beider Länder in Fragen der Forschung, Entwicklung, Projektierung, der Produktionstechnologien und der Neuerermethoden weiter auszubauen. Das Ziel dieser Zusammenarbeit ist die bessere Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten zur beschleunigten Einführung der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion sowie der Erhöhung der Effektivität der Produktion und der Investitionen.

Die gemeinsamen Anstrengungen auf dem Gebiet der ökonomischen Zusammenarbeit werden dazu beitragen, das Weltniveau bei einer immer größer werdenden Anzahl von Erzeugnissen im technischen Stand und in der Qualität zu erreichen und dadurch die Ergebnisse des ökonomischen Wettbewerbs zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System für den Sozialismus positiv zu beeinflussen.

Die in beiden Ländern rasch fortschreitende sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft erfordert die Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion. Beide Länder werden sich auf Grund ihrer Erfahrungen bei der Entwicklung der sozialistischen Großproduktion sowie bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und -intensität der Landwirtschaft allseitig unterstützen. Der Erfahrungsaustausch zwischen LPG, Versuchsgütern und zwischen den Forschungsinstituten für den Landmaschinenbau ist planmäßig zu entfalten. Der Kontakt zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben, Versuchsgütern und den Forschungsinstituten ist zu erweitern, wobei die gemeinsame Forschungsarbeit zwischen beiden Ländern eine ständig steigende Bedeutung erhalten wird. Zur Sicherstellung eines hohen Mechanisierungsgrades in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung wird die bereits vereinbarte Spezialisierung in der Produktion vor allem auf die Entwicklung moderner, leistungsfähiger Bearbeitungs- und Vollernfemaschinen und Anlagen für die Inneneinrichtung weiter entwickelt.

Beide Delegationen haben auch den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet erörtert. Sie haben mit Befriedigung festgestellt, daß diese Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik einen großen Umfang erreicht hat und in bedeutendem Maße das kulturelle Leben beider Länder bereichert. Beide Seiten sind der Ansicht, daß eine weitere planmäßige Vertiefung und Qualifizierung dieser Zusammenarbeit in noch größerem Maße die Vollendung der Kulturrevolution in beiden Ländern fördern wird.

Beide Seiten geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der Besuch der tschechoslowakischen Partei- und Regierungsdelegation in der Deutschen Demokratischen Republik zur weiteren Vertiefung der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit der Völker der Deutschen Demokratischen Republik und

der Tschechoslowakischen Republik, zur Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen Arbeiterbewegung und zur Stärkung des Friedens in Europa und der ganzen Welt beigetragen hat.

Berlin, den 25. November 1959

(gez.) Walter Ulbricht
Erster Sekretär des Zentral-
komitees der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands

(gez.) Otto Grotewohl
Vorsitzender des Minister-
rates der Deutschen Demo-
kratischen Republik

(gez.) Antonín Novotný
Erster Sekretär des Zentral-
komitees der Kommunisti-
schen Partei der Tschecho-
slowakei und Präsident der
Tschechoslowakischen
Republik

(gez.) Viliam Široký
Vorsitzender der Regierung
der Tschechoslowakischen
Republik

Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und
der Präsident der Tschechoslowakischen Republik
h a b e n ,

geleitet von dem Wunsche, die wirtschaftlichen Beziehungen zwi-
schen den beiden befreundeten Staaten weiter zu entwickeln
und zu festigen und in einem Verträge die Grundbedingun-
gen, die diese Beziehungen regeln, festzulegen,
b e s c h l o s s e n ,

diesen Vertrag über Handel und Schifffahrt abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:
der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und
Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel,
Heinrich Rau,

der Präsident der Tschechoslowakischen Republik

den Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung und Vor-
sitzenden der Staatlichen Plankommission,

Ing. Otakar Šimůnek,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Vertragspartner werden auch weiterhin alle notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung und Festigung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ergreifen.

Zu diesem Zweck werden die Regierungen der Vertragspartner Vereinbarungen treffen, darunter auch langfristige, die die gegenseitigen Warenlieferungen und andere Bedingungen bestimmen, die die Entwicklung des Warenverkehrs in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft beider Staaten gewährleisten.

Artikel 2

Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig die unbedingte Meistbegünstigung in allen Angelegenheiten, die den Handel, die Seeschifffahrt sowie alle sonstigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten betreffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit Artikel 2 gewähren sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Zollangelegenheiten, insbesondere hinsichtlich der Zölle, Steuern oder sonstigen Abgaben, der Lagerung der Waren unter Zollkontrolle, der Vorschriften und Förmlichkeiten, die für die Zollabfertigung der Waren maßgebend sind.

Artikel 4

In Übereinstimmung mit Artikel 2 unterliegen die Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die aus dem Gebiet des einen Vertragspartners in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse irgendeines dritten Staates unterliegen.

Ebenso werden die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners bei der Ausfuhr nach dem Gebiet des anderen

Vertragspartners keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei der Ausfuhr nach dem Gebiet irgendeines dritten Staates unterworfen sind.

Artikel 5

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners, die durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten als denjenigen, denen sie unterworfen sein würden, wenn sie unmittelbar aus dem Ursprungsland eingeführt worden wären.

Diese Bestimmung findet auch auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse Anwendung, die während der Durchfuhr durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten einer Umladung, Umpackung oder Lagerung unterzogen wurden.

Artikel 6

Der Zollberechnung für die aus dem Gebiet des einen Vertragspartners in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführten Boden- und Gewerbeerzeugnisse wird grundsätzlich der in der Rechnung angeführte Preis zugrunde gelegt.

Artikel 7

Unter der Bedingung der Wiederausfuhr bzw. Wiedereinfuhr innerhalb der von der Zollverwaltung festgesetzten Frist und unter der Bedingung des Nachweises der Nämlichkeit werden bei der Ein- und Ausfuhr insbesondere folgende Gegenstände von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben befreit:

- a) Gegenstände, die für Messen, Ausstellungen, Wettbewerbe oder Ausschreibungen bestimmt sind;
- b) Gegenstände, die für die Durchführung von Versuchen oder Prüfungen bestimmt sind;
- c) Gegenstände, die zwecks Reparatur eingeführt und im reparierten Zustand wieder ausgeführt werden;
- d) Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die zur Verarbeitung oder Veredelung eingeführt und im verarbeiteten bzw. veredelten Zustand wieder ausgeführt werden;

- e) Montagewerkzeuge und -instrumente, die von Monteuren ein- bzw. ausgeführt werden oder die ihnen voraus- bzw. nach- gesandt werden;
- f) markierte Behältnisse, die zum Zweck der Füllung eingeführt werden sowie Behältnisse, in denen Einfuhrgegenstände enthalten sind und die nach Ablauf der festgesetzten Frist wieder ausgeführt werden.

Warenmuster, die nur als solche verwendet und in handels- üblichen Mengen in das Gebiet des anderen Vertragspartners ausgeführt werden sowie Kataloge, Preislisten, Prospekte und Werbematerial, einschließlich Werbefilme, sind auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners sowohl bei der Ein- als auch bei der Wiederausfuhr von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben ohne weiteres befreit.

Artikel 8

In Übereinstimmung mit Artikel 2 belasten die Inlandsabgaben, die im Gebiet des einen Vertragspartners auf der Erzeugung, der Bearbeitung, dem Umlauf oder dem Verbrauch irgendeines Boden- und Gewerbeerzeugnisses ruhen, unabhängig davon, zu wessen Gunsten und in wessen Namen sie erhoben werden, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen Vertragspartners keinesfalls stärker als die gleichartigen Erzeugnisse irgendeines dritten Staates.

Artikel 9

Keiner der Vertragspartner wendet bezüglich der Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Vertragspartners oder bezüglich der Ausfuhr in das Gebiet des anderen Vertragspartners irgend- welche Beschränkungen oder Verbote an, soweit solche nicht gegenüber jedem dritten Staat angewandt werden.

Die Vertragspartner behalten sich jedoch das Recht vor, aus Gründen der Sicherheit des Staates, der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, des Gesundheitsschutzes, des Tier- und Pflanzenschutzes, der Erhaltung von Kunstwerken oder archäologischer und historischer Werte Ein- oder Ausfuhrver- bote oder -beschränkungen zu erlassen, soweit solche Verbote oder Beschränkungen unter gleichartigen Umständen auch gegenüber jedem dritten Staat angewandt werden.

Artikel 10

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners werden bei ihrer Durchfuhr durch das Gebiet des anderen Ver-

tragspartners aus bzw. nach dem Gebiet eines dritten Staates nicht mit Zöllen, Steuern oder anderen Abgaben belegt. Hinsichtlich der Transitvorschriften und -förmlichkeiten für die angeführten Erzeugnisse werden keine geringeren Vergünstigungen gewährt als bei den Transitleadungen irgendeines dritten Staates.

Artikel 11

Den tschechoslowakischen Seehandelsschiffen und ihren Ladungen wird beim Ein- und Auslaufen sowie während ihres Aufenthaltes in den Häfen der Deutschen Demokratischen Republik die Meistbegünstigung gewährt. Die Meistbegünstigung findet insbesondere Anwendung hinsichtlich:

- a) der Abgaben und Gebühren jeder Art, die im Namen oder für Rechnung des Staates, der Behörden oder anderer Organisationen erhoben werden;
- b) des Anlegens, der Beladung und Löschung der Schiffe in den Häfen und auf den Reeden;
- c) der Inanspruchnahme von Lotsendiensten, Kanälen, Schleusen, Brücken, Signalen und Beleuchtungen des Fahrwassers;
- d) der Benutzung von Kränen, Waagen, Lagern, Werften, Trockendocks und Reparaturwerkstätten;
- e) der Versorgung mit Brenn- und Kraftstoffen, Schmiermitteln, Wasser und Proviant;
- f) der Anwendung aller Vorschriften einschließlich der Bestimmungen über Gesundheitsschutz und Quarantäne.

Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die Ausübung der Hafendienste einschließlich der Lotsenbegleitung, sowie des organisierten Rettungs- und Hilfsdienstes, des Bugsierdienstes und auf die Ausübung der Küstenschiffahrt (Kabotage). Als Kabotage gilt jedoch nicht die Fahrt der tschechoslowakischen Seehandelsschiffe aus einem Hafen der Deutschen Demokratischen Republik in einen ihrer anderen Häfen, um dort eine aus einem dritten Staat herbeigebrachte Ladung zu löschen oder um eine Ladung an Bord zu nehmen, deren Bestimmungsort in einem dritten Staat liegt.

Artikel 12

Wenn ein tschechoslowakisches Schiff an der Küste der Deutschen Demokratischen Republik Schiffbruch erleidet oder in Seenot gerät, so genießen Schiff und Ladung dieselben Vergünstigungen und Rechte, welche die Gesetzgebung der Deutschen

Demokratischen Republik den eigenen Schiffen in gleicher Lage gewährt. Dem Kapitän, der Besatzung und den Passagieren sowie dem Schiff und seiner Ladung werden jederzeit die notwendige Hilfe und Unterstützung in dem Maße zuteil, in dem sie den eigenen Schiffen in gleicher Lage gewährt werden.

Artikel 13

Die Nationalität der tschechoslowakischen Schiffe wird von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt auf Grund der an Bord befindlichen Urkunden, die von den zuständigen tschechoslowakischen Behörden entsprechend den Gesetzen und Bestimmungen der Tschechoslowakischen Republik ausgestellt worden sind. Die an Bord des Schiffes befindlichen Schiffsmeßbriefe und sonstigen Schiffspapiere, die von den zuständigen tschechoslowakischen Behörden ausgestellt worden sind, werden von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt. In Übereinstimmung hiermit werden die tschechoslowakischen Schiffe, die mit rechtmäßig ausgestellten Schiffsmeßbriefen versehen sind, in den Häfen der Deutschen Demokratischen Republik von einer nochmaligen Ausmessung befreit, und das reine Volumen des Schiffes, das in dem Brief angegeben ist, wird der Berechnung der Hafengebühren zugrundegelegt.

Artikel 14

Die Organisationen beider Vertragspartner, deren Tätigkeit die Seeschifffahrt betrifft, können im Gebiet des anderen Vertragspartners Vertretungen unterhalten. Diese genießen dieselben Rechte und Vergünstigungen, die den gleichartigen Vertretungen der Organisationen irgendeines dritten Staates gewährt werden.

Artikel 15

Bei der Beförderung von Waren, Passagieren und Gepäck auf inländischen Land- und Wasserwegen sowie auf der Eisenbahn gewähren sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung bezüglich aller Fragen, die die Übernahme der Ladung zur Beförderung, die Art und Weise und die Kosten der Beförderung sowie die Abgaben, die mit der Beförderung zusammenhängen, betreffen.

Artikel 16

Juristische Personen, die ihren Sitz im Gebiet des einen Vertragspartners haben und nach dessen Gesetzen zu Recht be-

stehen, werden auch im Gebiet des anderen Vertragspartners als zu Recht bestehend anerkannt. Ihre Zulassung zur geschäftlichen Tätigkeit im Gebiet des anderen Vertragspartners erfolgt in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung.

Artikel 17

Juristische Personen des einen Vertragspartners genießen im Gebiet des anderen Vertragspartners im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages dieselben Rechte und Vergünstigungen, die den juristischen Personen irgendeines dritten Staates zuerkannt werden, soweit sich aus anderen Vereinbarungen nichts anderes ergibt.

Artikel 18

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich nicht auf Rechte und Vergünstigungen, die jeder der Vertragspartner im Interesse der Erleichterung des Grenzverkehrs mit anderen benachbarten Staaten bereits gewährt hat oder noch gewähren wird.

Artikel 19

Dieser Vertrag wird sobald wie möglich ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Prag stattfindet, in Kraft.*

Der Vertrag bleibt in Kraft bis zum Ablauf einer sechsmonatigen Frist, gerechnet von dem Tage an, an dem einer der Vertragspartner schriftlich seine Absicht bekannt gibt, die Gültigkeitsdauer zu beenden.

Ausgefertigt in Berlin am 25. November 1959, in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
(gez.) Rau

Für die
Tschechoslowakische Republik
(gez.) Ing. Šimůnek

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 15. Juni 1960.

UNGARISCHE VOLKSREPUBLIK

Grußtelegramm anlässlich des 40. Jahrestages der Errichtung der Ungarischen Räterepublik am 21. März 1959

An den Vorsitzenden des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik,

István Dobi

An den Vorsitzenden der Nationalversammlung der Ungarischen Volksrepublik,

Sándor Rónai

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik,

Dr. Ferenc Münnich

An den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei,

János Kádár

Teure Genossen und Freunde!

Gestatten Sie uns, Ihnen und dem ganzen ungarischen Volk im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und in unserem eigenen Namen zum 40. Jahrestag der Errichtung der Ungarischen Räterepublik brüderliche Grüße zu übermitteln.

Die siegreiche Große Sozialistische Oktoberrevolution als leuchtendes Vorbild vor Augen, erkämpfte das ungarische Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei Ungarns am 21. März 1919 die Räterepublik. Der heldenhafte Kampf der ungarischen Arbeiterbewegung ist als Ruhmesblatt in die Geschichte der ungarischen und internationalen Arbeiterbewegung eingegangen. Die Ungarische Räterepublik bestätigte die Allgemeingültigkeit der Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die Errichtung der Ungarischen Räterepublik bedeutete eine wesentliche Unterstützung für die junge Sowjetmacht und stärkte die Kampfkraft und die Siegeszuversicht der internationalen Arbeiterbewegung.

Nach der Zerschlagung der faschistischen Aggression im zweiten Weltkrieg durch die ruhmreiche Sowjetarmee verwirklichte die ungarische Arbeiterklasse unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im engen Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft die großen Ideen der Räterepublik.

Dank der Politik ihrer Arbeiter-und-Bauern-Regierung und der Entfaltung der schöpferischen Initiative und Kraft ihrer Werktätigen entwickelte sich die Ungarische Volksrepublik mit tatkräftiger Unterstützung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten in kurzer Zeit zu einem modernen Industrie- und Agrarstaat.

Geführt von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, die sich auf das feste Vertrauen der Werktätigen stützt, und die konsequent die Lehre des Marxismus-Leninismus anwendet, schreitet das ungarische Volk als untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Lagers unaufhaltsam voran und erringt täglich neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus.

Jeder Erfolg der ungarischen Werktätigen ist ein Beitrag zur weiteren Festigung und Stärkung der Einheit des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze. Jeder Fortschritt in Ihrem Lande ist eine Unterstützung unseres gemeinsamen Kampfes für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Nehmen Sie, teure Freunde und Genossen, anläßlich des 40. Jahrestages der Errichtung der ruhmreichen Ungarischen Räterepublik unsere besten Wünsche für die Erringung weiterer Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung Ihres Landes und beim Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens entgegen.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik
Wilhelm Pieck

Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Johannes Dieckmann

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Walter Ulbricht

**Unterzeichnung
eines Zusatzprotokolls zwischen den Regierungen der Deutschen
Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik
über eine Erweiterung des Warenaustausches im Jahre 1959**

In der Zeit vom 12. bis 29. Juni 1959 fanden in Berlin Handelsbesprechungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik statt. Unter anderem

wurde dabei ein Zusatzprotokoll über eine Erweiterung des Warenaustausches im Jahre 1959 um etwa 23 Prozent unterzeichnet. Die bedeutende Erhöhung des Warenverkehrs über das Grundabkommen hinaus ist ein Ausdruck der günstigen Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im Rahmen des Zusatzprotokolls Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Landmaschinen, Erzeugnisse der Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik sowie Chemikalien liefern.

Die Ungarische Volksrepublik wird unter anderem Omnibusse, Werkzeugmaschinen, Schuhe, Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie und Fernsehgeräte liefern. Von deutscher Seite erfolgte die Unterzeichnung durch den Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Türpe, und ungarischerseits durch den Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik, Cziemer.

(ADN 29. 6. 59)

Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1960

Ein Handelsabkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung der Ungarischen Volksrepublik für das Jahr 1960 wurde am 5. Oktober 1959 in Berlin unterzeichnet.

Dieses Handelsabkommen sieht eine Erweiterung der gegenseitigen Warenlieferungen gegenüber dem für das Jahr 1959 abgeschlossenen Abkommen um etwa 30 Prozent vor.

Die außerordentliche Erweiterung des Warenaustausches ist ein Ausdruck des hohen Tempos, in welchem sich die Volkswirtschaften beider Länder, insbesondere ihre Industrien, entwickeln, und eine wesentliche Unterstützung ihres sozialistischen Aufbaus.

Die Deutsche Demokratische Republik wird im Rahmen des Handelsabkommens Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus, Werkzeugmaschinen, Maschinen für die chemische Industrie sowie Nahrungsmittelmaschinen, Landmaschinen, Erzeugnisse des Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik und der feinmechanischen und optischen Industrie liefern. Daneben erhält die Ungarische Volksrepublik Chemikalien und Erzeugnisse der Leichtindustrie.

Die Ungarische Volksrepublik liefert der Deutschen Demokratischen Republik Maschinenbauerzeugnisse, z. B. Werkzeugmaschinen, Omnibusse, Dumper sowie Schmiede- und Gußstücke, Wälzlager und Fernsehgeräte sowie Rohstoffe, z. B. Bauxit und Tonerde. Weiter erhält die Deutsche Demokratische Republik Erzeugnisse der Leichtindustrie, darunter Schuhe und Textilien sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere Obst, Gemüse und Wein.

(ADN 5. 10. 59)

**Abkommen
über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der
Regierung der Ungarischen Volksrepublik**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik sind, geleitet von dem Wunsch, die freundschaftlichen, auf den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beruhenden Beziehungen zwischen beiden Ländern durch das gegenseitige Kennenlernen der wissenschaftlichen und kulturellen Traditionen und Errungenschaften zu vertiefen und in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der Wissenschaftler, Kulturschaffenden und Künstler und der wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen zu erweitern und noch enger zu gestalten, die Entwicklung einer neuen sozialistischen Kultur zu fördern und zu dem gemeinsamen Kampf beider Völker für den siegreichen Aufbau des Sozialismus und einen dauerhaften Frieden beizutragen, übereingekommen, dieses Abkommen zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Alexander Abusch, Minister für Kultur,

die Regierung der Ungarischen Volksrepublik
Valéria Benke, Minister für Kulturwesen,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit ihrer wissenschaftlichen Institutionen, wie der Aka-

demien, Universitäten und Hochschulen bei der Lösung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben sowie den ständigen Austausch von Erfahrungen und Ergebnissen ihrer wissenschaftlichen Forschungsarbeit und den regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlern zu Gastvorlesungen und Studienzwecken, die gegenseitige Entsendung von Delegierten zu wissenschaftlichen Konferenzen und die Übersetzung und den Austausch wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften.

Artikel 2

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Tätigkeit der Lehrstühle bzw. Lektorate für die ungarische Sprache und Literatur in der Deutschen Demokratischen Republik und der Lehrstühle bzw. Lektorate für die deutsche Sprache und Literatur in der Ungarischen Volksrepublik durch Entsendung von Lektoren und den Austausch entsprechender Materialien sowie die Aufnahme der Geschichte, Literatur, Landes- und Wirtschaftskunde des anderen Landes in die entsprechenden Lehrpläne der Hochschulen und allgemeinbildenden Schulen.

Artikel 3

Die Abkommenspartner ermöglichen die Aufnahme von Aspiranten und Studenten des anderen Landes zum Studium an ihren Universitäten sowie Hoch- und Fachschulen.

Artikel 4

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Pädagogischen Hochschulen und Instituten, den Austausch von Delegationen zum Studium der Aufgaben und des Aufbaues von allgemeinbildenden Schulen, der Berufsschulen und der Schulen für Erwachsenenbildung sowie den Austausch von Lehrplänen, Lehrmitteln, pädagogischen Zeitschriften und Büchern.

Artikel 5

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Literatur, des Verlagswesens, des Films, des Theaters, der Musik, der bildenden Kunst, der Volkskunst, der kulturellen Massenarbeit, des Bibliothekswesens und der Artistik durch gegenseitige Entsendung von Delegatio-

nen, Kulturschaffenden und Künstlern sowie von Kulturensembles, den Austausch von Fachleuten auf diesen Gebieten zu Gastvorlesungen, Studienreisen und zur Teilnahme an Kongressen und Tagungen sowie die Zusammenarbeit kultureller und künstlerischer Institutionen.

Artikel 6

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen:

- a) den Austausch und die Übersetzung wertvoller ungarischer literarischer und künstlerischer Werke ins Deutsche und wertvoller deutscher literarischer und künstlerischer Werke ins Ungarische sowie deren Herausgabe;
- b) den Austausch und die Veröffentlichung von Musikwerken;
- c) den Austausch von Presse- und anderen Veröffentlichungen, Filmen, Theaterstücken, Schallplatten und Tonbändern des anderen Landes.

Artikel 7

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit der Massen- und Kulturorganisationen, insbesondere der Künstlerverbände und der Sportvereinigungen, die Einladung von Vertretern dieser Organisationen, die Durchführung gemeinsamer Kultur- und Sportveranstaltungen sowie den Touristenaustausch.

Artikel 8

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rundfunks und des Fernsehens.

Artikel 9

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Tätigkeit von Vertretern der Presseagenturen und Presseorganen des anderen Landes sowie den Austausch von Journalisten.

Artikel 10

(1) Die Abkommenspartner schützen, insbesondere im Rahmen der für sie gültigen internationalen urheberrechtlichen Abkommen, gegenseitig die Urheberrechte der Bürger und juristischen Personen des anderen Landes und gewähren bei der Durchsetzung der Urheberrechte die erforderliche Hilfe.

(2) Urheberrechtliche Streitigkeiten werden in gegenseitigem Einvernehmen unter Hinzuziehung der jeweiligen Urheberschutzorganisationen geregelt. Im Falle von Streitigkeiten mit Bürgern und juristischen Personen dritter Staaten, die für den anderen Abkommenspartner von Bedeutung sind, unterrichten sich die Abkommenspartner gegenseitig und leisten einander Unterstützung.

Artikel 11

(1) Die Abkommenspartner fördern und unterstützen eine umfassende Popularisierung der Leistungen auf allen Tätigkeitsgebieten des anderen Landes.

(2) Beide Seiten unterstützen die Einrichtung und Tätigkeit von Kultur- und Informationsbüros bzw. -zentren im Lande des Abkommenspartners.

Artikel 12

Zur Verwirklichung dieses Abkommens werden Arbeitspläne für die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für einen Zeitraum von jeweils ein oder mehreren Jahren vereinbart.

Artikel 13

(1) Die bisher abgeschlossenen Vereinbarungen einzelner Institutionen und Organisationen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit bleiben in Kraft, sofern sie den Bestimmungen dieses Abkommens entsprechen.

(2) Vereinbarungen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, die in Zukunft abgeschlossen werden, werden ebenfalls nur dann gültig, wenn sie den Bestimmungen dieses Abkommens entsprechen.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn keiner der Abkommenspartner das Abkommen mit einer Frist von sechs Monaten kündigt.

Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner und tritt am Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

* Das Abkommen trat am 6. Mai 1960 in Kraft.

Artikel 15

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik vom 24. Juni 1950 seine Gültigkeit.*

Ausgefertigt in Budapest am 19. Dezember 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Abkommenspartner dieses Abkommen unterschrieben und gesiegelt.

Im Auftrage der Regierung
der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Alexander Abusch

Im Auftrage der Regierung
der
Ungarischen Volksrepublik
(gez.) Benke Valéria

* Siehe Band I, S. 430 ff., oder Band IV, S. 382 ff.

UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

Glückwunschtelegramm des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, zu dem gelungenen Vorstoß der sowjetischen Weltraumrakete „XXI. Parteitag“.

Teurer Genosse Chruschtschow!

Im Namen des ZK der SED, der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik beglückwünsche ich Sie und in Ihrer Person das ganze sowjetische Volk und seine hervorragenden Wissenschaftler zu dem welthistorischen Ereignis, das mit dem gelungenen Vorstoß der sowjetischen Weltraumrakete, die den verheißungsvollen Namen „XXI. Parteitag“ trägt, vollbracht wurde.

Dieser Triumph der sowjetischen Wissenschaft ist ein erneuter unwiderlegbarer Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der sich alle schöpferischen Kräfte der Menschen unter Führung der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion frei entfalten.

Uns erfüllt Stolz und Genugtuung darüber, ein Teil der sozialistischen Welt zu sein, die solche grandiosen Leistungen vollbringt und damit beweist, daß nur ihr die Zukunft gehört.

(ADN 6. 1. 59)

*

N. S. Chruschtschow dankte lt. ADN vom 20. 1. 59 für die Glückwünsche.

Kommuniqué über den Aufenthalt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weilte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des

Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genosse N. S. Chrustschow, vom 4. bis 12. März 1959 in der Deutschen Demokratischen Republik.

Während seines Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik besuchte Genosse N. S. Chrustschow die Leipziger Frühjahrsmesse, wo er die Messepavillons und Ausstellungsstände der sozialistischen, asiatischen und arabischen Länder sowie der wichtigsten Länder des kapitalistischen Westens eingehend besichtigte.

Genosse N. S. Chrustschow sprach mit Vertretern der Geschäftskreise verschiedener Länder, mit Direktoren von Betrieben, Ingenieuren, Technikern, Arbeitern und Spezialisten. Er machte sich mit neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Industrie und der Landwirtschaft sowie mit den Arbeitsbedingungen und der Organisation der Produktion in den auf der Messe vertretenen Ländern bekannt. Die Besichtigung der auf der Messe ausgestellten Waren vermittelte einen Eindruck vom gewaltigen Wachstum der Wirtschaft und Kultur der sozialistischen Länder und ihren sich ständig erweiternden wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern der Welt.

Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Erzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik zeugten von den hervorragenden Erfolgen bei der Entwicklung der Wissenschaft, der Technik, der Kultur und der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, die erfolgreich die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbaut. Sie zeugten gleichzeitig von der weiteren bedeutenden Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Leipziger Messe offenbarte ferner die großen Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interesse der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern und der Festigung^a des Friedens.

Genosse N. S. Chrustschow sprach auf einer Massenkundgebung in Leipzig. Er nahm außerdem an der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz auf Einladung ihres Ständigen Ausschusses teil. Die Rede des Genossen N. S. Chrustschow auf der Konferenz wurde von den Vertretern der Arbeiterbewegung beider deutscher Staaten, von den Gewerkschaftsfunktionären verschiedener politischer Richtungen mit großer Begeisterung aufgenommen.

In den Ansprachen auf Empfängen, in Gesprächen mit Vertretern der Öffentlichkeit, mit Politikern und Geschäftsleuten unterstrich Genosse N. S. Chrustschow immer wieder die Wichtig-

keit der allseitigen Erweiterung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten und die ständig wachsende Rolle der traditionellen Leipziger Messe, die zu einer Art internationalem Wirtschaftskongreß geworden ist.

Genosse N. S. Chruschtschow berichtete über die gewaltigen Handelsmöglichkeiten der Sowjetunion und unterstrich, daß die Entwicklung umfassender Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Staaten der kapitalistischen Welt eine immer größere Rolle bei der Annäherung zwischen den Völkern und der Festigung der friedlichen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten spielt. Er hob besonders die Bedeutung des Außenhandels als einer gesunden und dauerhaften Grundlage hervor, auf der sich die friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedenen sozial-ökonomischen Systemen erfolgreich entwickeln kann. Das schafft seinerseits die notwendigen Voraussetzungen dafür, daß sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten festigen und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Völkern wächst.

Bei der Erläuterung der Politik der Sowjetunion bekräftigte Genosse N. S. Chruschtschow erneut, daß die Sowjetregierung wie bisher so auch künftig für die Sache des Friedens eintreten und alles tun wird, um einen Krieg zu verhindern. In diesem Zusammenhang unterstrich Genosse N. S. Chruschtschow besonders, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin unter den gegenwärtigen Bedingungen als wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa unaufschiebbar sind.

Der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Otto Grotewohl, bekräftigten in ihren Erklärungen die Entschlossenheit der Deutschen Demokratischen Republik, mit allen Kräften zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, zur Entwicklung einer vertrauensvollen und sachlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten beizutragen. Sie erklärten erneut, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle demokratischen Parteien der Nationalen Front des demokratischen Deutschland keine Anstrengungen scheuen werden, um zum schnellstmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu gelangen. Das wird ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Lösung der nationalen Aufgabe des deutschen Volkes, zur Wiedervereini-

gung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat sein.

Nach der Beendigung des Besuches der Leipziger Messe begaben sich Genosse N. S. Chruschtschow und die ihn begleitenden Personen gemeinsam mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Otto Grotewohl, in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, wo sie von der Bevölkerung der Stadt aufs herzlichste begrüßt wurden.

In Berlin stattete der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genosse N. S. Chruschtschow, dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck, einen Besuch ab und hatte mit ihm eine freundschaftliche Unterredung.

Genosse N. S. Chruschtschow besuchte das Berliner Rathaus und hatte mit dem Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Genossen Friedrich Ebert, und den Mitgliedern des Berliner Magistrats eine Aussprache. Genosse N. S. Chruschtschow sprach ferner auf einer Massenkundgebung der Werktätigen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Anlässlich des Aufenthaltes des Genossen N. S. Chruschtschow in der Deutschen Demokratischen Republik gaben der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Walter Ulbricht, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Otto Grotewohl, im Berliner Rathaus einen großen Empfang. Genosse N. S. Chruschtschow gab seinerseits im Gebäude der sowjetischen Botschaft einen Empfang.

Genosse N. S. Chruschtschow nahm ferner an dem Empfang teil, der vom ZK der SED und dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zu Ehren des 65. Geburtstages des Genossen Otto Grotewohl gegeben wurde.

In Berlin fanden zwischen dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Otto Grotewohl, einerseits und dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genossen N. S. Chruschtschow, andererseits mehrere Zusammenkünfte statt. In ihnen wurde eine ganze Reihe beide Seiten interessierender internationaler Fragen beraten. An den Zusammenkünften nahmen ebenfalls die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED

und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Nationale Verteidigung Willi Stoph, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau und der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner sowie der Vorsitzende der National-Demokratischen Partei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, das Mitglied des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Gesundheitswesen Max Sefrin, der stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Bauern-Partei Deutschlands und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz, der Vorsitzende der Liberal-Demokratischen Partei und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Dr. Hans Loch, der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Dr. Erich Correns, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Alfred Neumann, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, das Mitglied des Politbüros des ZK der SED Professor Albert Norden, der Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Erster Sekretär der Bezirksleitung Groß-Berlin der SED, Paul Verner, der Kandidat des Politbüros des ZK der SED Alois Pisnik, das Mitglied des ZK der SED und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Winzer, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Johannes König, und der Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Anton Plenikowski, von deutscher Seite sowie der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken W. A. Sorin und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, M. G. Perwuchin, von sowjetischer Seite teil. Im Verlaufe des Meinungsaustausches wurde volle Einmütigkeit über die Einschätzung der internationalen Lage und über die Wege zur Lösung der wichtigsten Fragen festgestellt, die mit der Erhaltung des Friedens und der Gewährleistung der europäischen Sicherheit verbunden sind.

Besondere Bedeutung wurde dabei der Vorbereitung für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Lösung der Frage der Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin beigemessen.

Beide Seiten sind der festen Ansicht, daß die Frage der Friedensregelung mit Deutschland gegenwärtig besonders aktuell geworden ist. Es kann nicht als normal betrachtet werden, daß das deutsche Volk fast 14 Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer ohne Friedensvertrag ist. Das nimmt ihm die Möglichkeit, seine staatliche Souveränität in vollem Umfange zu verwirklichen. Auf deutschem Territorium befinden sich noch immer ausländische Truppen und in einigen Teilen Deutschlands, insbesondere in Westberlin, besteht bis zum heutigen Tage ein Besatzungsregime, das jeglicher moralischen oder rechtlichen Grundlage entbehrt. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von friedensfeindlichen Kräften für eine Verschärfung in den Beziehungen zwischen den Staaten ausgenutzt. Es verstärkt die Spannungen in den internationalen Beziehungen und löst berechnete Beunruhigung um das Schicksal des Friedens in Europa aus. Die Verschleppung einer Friedensregelung wird von den Westmächten ausgenutzt, um die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Der westliche Teil Deutschlands, die Deutsche Bundesrepublik, wurde in den aggressiven Block der imperialistischen Mächte, die NATO, einbezogen und wird zum Hauptstützpunkt dieses Blocks in Europa gemacht. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wird von der ständig zunehmenden Vorbereitung eines Atomkrieges begleitet. Das stellt eine ernsthafte Gefahr sowohl für die Nachbarn Deutschlands als auch für das deutsche Volk selbst dar.

Alle, die an der Erhaltung des Friedens interessiert sind, können dieser gefährlichen Entwicklung nicht gleichgültig zusehen. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sind einig in ihrem Entschluß, zusammen mit allen friedliebenden Völkern alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederholung der verhängnisvollen Ereignisse der Vergangenheit zu verhindern und jeden Versuch zu vereiteln, neue Kriegsabenteuer zu entfachen.

Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland betrachten sie als äußerst wichtige und vordringlichste Maßnahme. Der Friedensvertrag mit Deutschland, der den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspricht, würde eine wichtige Rolle bei der Normalisierung der Lage in Europa und der Gewährleistung

der Sicherheit aller europäischen Staaten spielen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann der Friedensvertrag von beiden deutschen Staaten — von der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — und wenn eine deutsche Konföderation gebildet werden sollte, auch in ihrem Namen unterzeichnet werden. Die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten würde den direkten Weg zur Lösung der nationalen Aufgabe des deutschen Volkes, zur Wiedervereinigung Deutschlands, eröffnen. Beide Regierungen sind überzeugt, daß die Idee der Schaffung einer Konföderation das erforderliche Verständnis und die einmütige Unterstützung auch aller friedliebenden und patriotischen Kräfte Westdeutschlands finden wird.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde auch das Besatzungsregime in Westberlin beseitigt werden. Die realste Lösung der Berliner Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen bestünde darin, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu geben. Das würde die Normalisierung der Lage in Berlin gewährleisten.

Die Bevölkerung Westberlins bekäme die Möglichkeit, unter Beibehaltung der bestehenden sozial-ökonomischen Ordnung, ihr wirtschaftliches und kulturelles Leben frei zu entfalten und Beziehungen sowohl mit beiden Teilen Deutschlands als auch mit den anderen Ländern der Welt zu unterhalten.

Die Regierung der Sowjetunion begrüßt die Bereitschaft der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, im Interesse der Entspannung der Lage in Deutschland den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu gewähren. Dabei wurden die Grundprinzipien behandelt, die bei der Ausarbeitung eines Statuts der Freien Stadt Westberlin durch die interessierten Staaten zugrunde gelegt werden können und die eine freie und unabhängige Entwicklung der Freien Stadt gewährleisten müssen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigt ihre früheren Erklärungen, daß sie den Status einer Freien Stadt in vollem Umfange achten wird.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik brachte erneut ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die ungehinderte Verbindung der Freien Stadt Westberlin mit der Außenwelt sowohl in östlicher als auch in westlicher Richtung zu garantieren. Die Regierung der Sowjetunion bestätigte gleichzeitig ihre Bereit-

schaft, an Garantien der vier Großmächte für die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Freien Stadt Westberlin und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten teilzunehmen. Beide Regierungen erklärten sich damit einverstanden, daß an diesen Garantien die Organisation der Vereinten Nationen teilnimmt.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion verurteilen entschieden den Standpunkt der Westmächte und der Deutschen Bundesrepublik, die gegen eine Friedensregelung mit Deutschland und gegen die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin auftreten. Insbesondere wurde die Politik der von Kanzler Adenauer geführten Regierung der Deutschen Bundesrepublik verurteilt, die das Haupthindernis für die Friedensregelung mit Deutschland ist, Westdeutschland der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung beraubt und es immer weiter auf den Weg des Militarismus und Revanchismus stößt.

Diese Politik kann nur zur Verschärfung der Spannungen und zur Entstehung von Konflikten zwischen den Staaten führen, die schwere Folgen für die Völker in sich bergen. Die Regierungen beider Staaten erklärten, daß die Regierungen der USA, Englands, Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik die gesamte Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik in vollem Umfange tragen. Was die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion betrifft, so bestätigen sie ihre Entschlossenheit, den schnellstmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland anzustreben. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sprachen sich einmütig für die möglichst rasche Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der entsprechenden Mächte zur Lösung von Fragen der Minderung der internationalen Spannungen und der friedlichen Regelung strittiger Probleme aus sowie für die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der USA, Englands, Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei unter Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten — der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik — zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Beratung der schnellsten Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion stellten mit besonderer Genugtuung fest, daß

sich die herzliche und brüderliche Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ständig festigt. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch künftig die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion zu stärken. Beide Staaten werden auch weiterhin einander Hilfe in allen Fragen gewähren und allseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der Interessen pflegen.

Genosse N. S. Chruschtschow übergab im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an das Zentralkomitee der SED und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Einladung, der Sowjetunion in nächster Zeit einen Freundschaftsbesuch abzustatten.

Das Zentralkomitee der SED und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen diese Einladung und nahmen sie mit Dank an.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wird die Sowjetunion im Mai 1959 besuchen.

Berlin, den 11. März 1959

**Glückwünsche zum 65. Geburtstag des Vorsitzenden des
Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
N. S. Chruschtschow, am 17. April 1959**

Präsident Wilhelm Pieck an N. S. Chruschtschow

Lieber Nikita Sergejewitsch Chruschtschow!

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen, teurer Genosse und Freund Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, zu Ihrem 65. Geburtstag die herzlichsten Grüße und besten Wünsche für Ihre Gesundheit und Ihr Wohlergehen zu übermitteln.

Ihr Eintreten für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt ist für alle Völker ein Vorbild.

Als unerschrockener und treuer Kämpfer um die Reinheit und Geschlossenheit der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, unter deren Führung das Sowjetvolk auf die gesamte Entwicklung der Menschheit einen entscheidenden Einfluß ausübt, haben Sie sich bei allen Kommunisten und fortschrittlichen Menschen in der Welt hohe Achtung und Anerkennung erworben.

Ganz besonders möchte ich Ihnen, lieber Genosse Nikita Sergejewitsch, an Ihrem Ehrentage für Ihre Bemühungen um die friedliche Lösung der Deutschlandfrage und die uneigennützig und solidarische Hilfe beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik danken und der Gewißheit Ausdruck geben, daß unser gemeinsames Ringen zum baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und zur Festigung des Friedens in Europa führen wird.

Ich wünsche Ihnen, gemeinsam mit all meinen Landsleuten, daß Sie, der hervorragende Repräsentant der Partei Lenins und der Völker der Sowjetunion, noch viele Jahre zum Wohle der friedliebenden Menschen im Interesse des Friedens und zum Ruhm des Sozialismus wirken können.

Ich bitte Sie, teurer Nikita Sergejewitsch, meinen herzlichen, freundschaftlichen Händedruck entgegenzunehmen.

W. Pieck

*Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
an N. S. Chruschtschow*

Hochverehrter Genosse Nikita Sergejewitsch Chruschtschow!

Im Namen der Bevölkerung übermittelt Ihnen der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zu Ihrem 65. Geburtstag herzliche Glückwünsche und Kampfesgrüße.

Es ist uns ein Herzensbedürfnis, der großen Wertschätzung und Dankbarkeit Ausdruck zu geben, die das deutsche Volk Ihnen, dem hervorragenden Staatsmann und prinzipienfesten Kämpfer für unsere gemeinsame Sache des Friedens und des Sozialismus, entgegenbringt.

In Ihrer Person würdigen wir zugleich die Politik der KPdSU und des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die den Weltfrieden sichert und allen Völkern die Perspektive eines dauerhaften Friedens gibt. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und die gesamten friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes schätzen Ihre Initiative für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Ihr unermüdliches Schaffen und Wirken im Interesse der großen Sache des siegreichen Kommunismus läßt Ihnen hohe Achtung und festes Vertrauen in den Herzen aller friedliebenden Menschen zuteil werden.

Hochverehrter Genosse Chrustschow!

Wir wünschen Ihnen Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Möge es Ihnen vergönnt sein, Ihre großen schöpferischen Kräfte noch viele Jahre dem Wohle der Völker der Sowjetunion und aller friedliebenden Menschen dienstbar zu machen.

In brüderlicher Verbundenheit

Der Ministerrat der
Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl
Ministerpräsident

*

N. S. Chrustschow dankte lt. ADN vom 30. 4. 1959 für die Glückwünsche.

Grußtelegramm an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anlässlich des 14. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, und der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Dr. Erich Correns, sandten anlässlich des 14. Jahrestages des Sieges der Sowjetarmee über die Hitler-Wehrmacht und der Befreiung des deutschen Volkes aus der faschistischen Barbarei an das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, an den Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion folgendes Grußtelegramm:

Teure Genossen und Freunde!

Zum 14. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee über die Hitlerwehrmacht und der Befreiung des deutschen Volkes aus der faschistischen Barbarei, entbieten wir Ihnen und den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Namen aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes herzliche und brüderliche Grüße.

Der 14. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus steht im Zeichen eines verstärkten Ringens um den

Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Dank der großen Initiative und der konsequenten Haltung der Sowjetunion im Kampf um die Sicherung des Friedens wird in wenigen Tagen die Genfer Außenministerkonferenz beginnen, in deren Mittelpunkt die Beratungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin stehen sollen.

Das deutsche Volk knüpft an die Genfer Konferenz die Erwartung, daß sie einen positiven Beitrag zur Vorbereitung einer Gipfelkonferenz, zur Entspannung der internationalen Lage und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland leisten wird. Jede weitere Verzögerung einer Friedensregelung mit Deutschland und der Lösung der Westberlinfrage kann nur die Verschärfung der Spannungen in Europa begünstigen und die Gefahr eines neuen Weltbrandes vergrößern. Aus diesem Grunde verurteilt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ganz entschieden die Bestrebungen der westdeutschen Regierung, die internationale Situation durch die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verschärfen und damit die Verhandlungen in Genf zu erschweren.

Wir versichern Ihnen erneut, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um der Konferenz zum Erfolg zu verhelfen, damit bald eine Friedenskonferenz einberufen wird und Deutschland, 14 Jahre nach Beendigung des Krieges, endlich einen Friedensvertrag erhält.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik begeht in diesem Jahr den 10. Jahrestag ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates. Sie hat aus der unglückseligen Vergangenheit Deutschlands die richtigen Lehren gezogen und den Militarismus und Imperialismus mit der Wurzel ausgerottet. Das gestattete, den Weg des Wohlstands und des Friedens — den Weg des Sozialismus zu beschreiten. Durch viele hervorragende Taten zu Ehren des 10. Jahrestages beweist unsere Bevölkerung ihre feste Entschlossenheit, die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken und ihren Beitrag zur weiteren Festigung des sozialistischen Lagers zu leisten. Dank ihrer zielstrebigem Arbeit, dank der engen Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion haben die Arbeiter, die werktätigen Bauern und die Angehörigen der schaffenden Intelligenz unserer Republik in den vergangenen Jahren in der gesamten Volkswirtschaft ein Produktionsniveau erreicht, das uns die reale Möglichkeit gibt, bis 1961 den Pro-Kopf-Verbrauch der Bevöl-

kerung Westdeutschlands an den wichtigsten Lebensmitteln und Industriewaren einzuholen und zu überholen. Schon jetzt beginnt sich bei immer mehr Menschen in Westdeutschland die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Deutsche Demokratische Republik die feste Garantie für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes ist.

Am heutigen Tage ist es uns ein inneres Bedürfnis, Ihnen und durch Sie allen Sowjetmenschen den tiefempfundenen Dank der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller fortschrittlichen Kräfte Deutschlands zu übermitteln für die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus, für diese historische Großtat, die dem deutschen Volke den Weg zu einem Leben in Glück, Wohlstand und Frieden eröffnete.

(ADN 8. 5. 59)

Danktelegramm der sowjetischen Staatsmänner

In einem Telegramm an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, Ministerpräsident Otto Grotewohl, den Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, den Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und den Präsidenten des Nationalrates, Prof. Dr. Erich Correns, haben der Erste Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, und der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, K. Woroschilow, ihren Dank für die freundschaftlichen Grüße zum Tag der Befreiung ausgesprochen. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Wir danken Ihnen, liebe Genossen, herzlich für die warmen und freundschaftlichen Grüße, die Sie anlässlich des 14. Jahrestages der Befreiung Deutschlands von der faschistischen Tyrannei übersandten.

Die vergangenen 14 Jahre waren durch das ständig anwachsende Vertrauen und die Festigung der Freundschaft zwischen unseren Ländern gekennzeichnet. Jetzt, da die für das Schicksal des deutschen Volkes und die Sache des Friedens in Europa wichtigen Fragen des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Normalisierung der Lage in Westberlin entschieden werden, würdigt und unterstützt das sowjetische

Volk die Anstrengungen, die von der Deutschen Demokratischen Republik für eine positive Lösung dieser lange herangereiften internationalen Probleme gemacht werden.

Die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in diesen Fragen vertretene Haltung ist ein weiterer deutlicher Ausdruck dafür, daß die gesamte Politik der Deutschen Demokratischen Republik den nationalen Interessen des deutschen Volkes, den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens auf dem europäischen Kontinent zutiefst entspricht.

Wir begrüßen die in Ihrem Telegramm ausgedrückte Bereitschaft der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, alles von ihr Abhängende für den erfolgreichen Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen über die genannten Fragen zu unternehmen. Wir geben der Gewißheit Ausdruck, daß unser gemeinsamer Kampf für eine friedliche Regelung mit Deutschland und die Beendigung des Besatzungsregimes in Westberlin seine Früchte tragen wird und damit ein großer Beitrag zur Sache der Minderung der internationalen Spannung geleistet werden wird.

Die Sowjetmenschen wissen, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den 14. Jahrestag der Befreiung Deutschlands in einer Atmosphäre des großen Aufschwunges der Aufbauarbeit begehen. Die in den letzten Jahren von der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Entwicklung der Volkswirtschaft erzielten Erfolge gestatteten es dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Aufgabe zu stellen, einen solchen Produktionsstand zu erreichen, daß Westdeutschland hinsichtlich des Verbrauchs der wichtigsten Lebensmittel und Industriewaren pro Kopf der Bevölkerung bis zum Jahre 1961 eingeholt und übertroffen wird.

Wir wünschen Ihnen und allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik aufrichtig die erfolgreiche Erfüllung dieser großen und politisch wichtigen Aufgabe. Dadurch werden dem ganzen deutschen Volk die ungeheuren Vorzüge des Weges, den die Deutsche Demokratische Republik geht, noch überzeugender demonstriert werden. Gestatten Sie uns, Ihnen und allen ruhmreichen Arbeitern der Deutschen Demokratischen Republik zum 14. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitler-Joch im Namen des Sowjetvolkes unsere herzlichen Glückwünsche auszusprechen und der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß sich die zwischen unseren Ländern bestehenden freundschaftlichen

Beziehungen auch in der Zukunft zum Wohle der Sache des Friedens in Europa und in der ganzen Welt unablässig entwickeln und festigen werden.“

(ADN 12. 5. 59)

Kommuniqué über den Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion

Auf Einladung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken weilte eine Delegation des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vom 8. bis 20. Juni 1959 zu einem Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion.

Der Delegation gehörten an:

Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates;

Otto Grotewohl, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzender des Ministerrates;

Bruno Leuschner, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Friedrich Ebert, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Oberbürgermeister von Groß-Berlin;

August Bach, Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union;

Dr. Hans Loch, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands;

Paul Scholz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands;

Heinrich Homann, Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer, stellvertretender Vorsitzender der National-Demokratischen Partei Deutschlands;

Prof. Dr. Dr. Erich Correns, Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland;

Alois Pisnik, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg der SED;

Heinz Wittig, Mitglied des ZK der SED, Vorsitzender der LPG Kauern, Bezirk Gera;

Anni Posselt, Vorsitzende des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder;

Prof. Dr. Peter-Adolf Thießen, Vorsitzender des Beirates für naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik;

Prof. Dr. Dr. Johannes Nelles, Direktor der Bunawerke;

Anna Marie Rambaum, Direktorin der 19. Mittelschule in Berlin-Köpenick, Vertreterin der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft;

Bernhard Büchner, Leiter der Brigade „Mamai“ im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld;

Heinz Müller, Leiter der Jugendbrigade „Karl Marx“ im volkseigenen Maschinenbaubetrieb „Modul“ in Karl-Marx-Stadt;

Johannes König, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik besuchte während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion Moskau und Gorki sowie die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und die Lettische Sozialistische Sowjetrepublik. Sie hatte die Möglichkeit, die neuesten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Sowjetunion kennenzulernen. Die Delegationsmitglieder weilten in Industriebetrieben, Kolchosen, wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Hochschulen und kulturellen Einrichtungen. Mit Arbeitern, Kolchosbauern, Wissenschaftlern und Vertretern der Intelligenz, mit Jugendlichen und Frauen der Sowjetunion hatte die Delegation zahlreiche Gespräche und Begegnungen, die in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre verliefen. Dabei ergaben sich viele wertvolle Anregungen für die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und die siegreiche Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Mitglieder der Delegation konnten sich davon überzeugen, daß das Sowjetvolk mit Enthusiasmus die historischen Beschlüsse des XXI. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erfüllt und auf allen Gebieten des Lebens unaufhaltsam zum Sieg des Kommunismus vorwärtsschreitet. Die Mitglieder der Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik erläuterten ihrerseits auf Freundschaftskundgebungen in Moskau, Kiew, Gorki und Riga

sowie in Aussprachen und Begegnungen mit Werktätigen der Sowjetunion die Probleme des Kampfes der Deutschen Demokratischen Republik und aller deutschen Patrioten um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat. Sie legten die friedliebende Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik dar, die insbesondere auf eine friedliche Regelung der Deutschlandfrage und auf die Festigung des Friedens in Europa gerichtet ist, und berichteten über die großen Leistungen, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unter aktiver Beteiligung aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten demokratischen Parteien und Organisationen beim Aufbau des Sozialismus vollbringen.

Alle Begegnungen, Gespräche und Kundgebungen, die aus Anlaß des Besuches der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion stattfanden, waren überzeugende Beweise der Gemeinsamkeit der Anschauungen und der brüderlichen Solidarität der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sowie des unverbrüchlichen, auf den edlen Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruhenden Bündnisses beider Staaten.

Gemeinsam mit der Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik reisten:

Nach Riga der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chrustschow, nach Kiew das Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, F. R. Koslow, und nach Gorki das Mitglied des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. I. Mikojan.

Während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion hatte die Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik Beratungen mit führenden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung, an denen von sowjetischer Seite Genosse N. S. Chrustschow (Leiter der Delegation), A. I. Kiritschenko, F. R. Koslow, A. I. Mikojan, A. N. Kossygin sowie der Minister für Außenhandel der

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Patolitschew, die Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken W. W. Kusnezow, W. S. Semjonow und der Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik, M. G. Perwuchin, teilnahmen.

Außerdem waren von sowjetischer Seite zugegen: der stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion I. T. Winogradow und die amtierenden Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken N. M. Lunkow und A. J. Popow.

Bei diesen Beratungen, die in einer herzlichen Atmosphäre verliefen, sowie in den Besprechungen zwischen führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik während des Besuches der Delegation in verschiedenen Städten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurden Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert, die die internationale Lage, die Gewährleistung der Sicherheit in Europa sowie die Lage in Deutschland und Westberlin betreffen. Der Aufenthalt der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion ermöglichte es, auch Fragen der Weiterentwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet, allseitig zu erörtern. Der Meinungsaustausch zeigte, daß die Ansichten beider Seiten in allen behandelten Fragen übereinstimmen.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches über die internationale Lage stand die Frage, welche Wege zu beschreiten sind, um eine spürbare und wirksame Minderung der Spannungen in Europa zu erreichen.

Beide Seiten stellten fest, daß bestimmte Kreise der Westmächte und vor allem der Deutschen Bundesrepublik bestrebt sind, die zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Festigung des Friedens notwendige Lösung akuter Fragen zu verhindern. Diese Kreise, als deren Interessenvertreter vor allem der westdeutsche Kanzler Adenauer auftritt, setzen alles daran, den kalten Krieg auch weiterhin zu schüren. Adenauer versucht, die politische Lage in Deutschland zuzuspitzen sowie Mißtrauen zwischen den europäischen Staaten zu säen. Er stützt sich dabei auf die Kräfte, die noch immer an der bankrotten Politik der Stärke

festhalten. Diesem Zweck dienen die verhängnisvollen Maßnahmen der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, die auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen gerichtet sind.

Während die Deutsche Demokratische Republik durch ihre Friedenspolitik einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens leistet, hat Westdeutschland den alten Weg des Militarismus beschritten und ist zum Zentrum der Kriegsgefahr in Europa geworden. Die herrschenden Kreise Bonns verwandeln Westdeutschland in einen aggressiven militaristischen Staat, der im Begriff ist, in die Fußtapfen Hitler-Deutschlands zu treten. Die militaristischen und revanchistischen Kräfte machen kein Hehl daraus, daß ihre aggressiven Pläne nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik und die osteuropäischen Länder gerichtet sind, sondern daß ihr Appetit sich auch auf Gebietsteile ihrer eigenen NATO-Verbündeten in Westeuropa erstreckt. Der mit Atomwaffen ausgerüstete deutsche Militarismus ist eine ernste Bedrohung aller europäischen Völker und eine tödliche Gefahr für die Bevölkerung Westdeutschlands selbst.

Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik tritt gegenwärtig als Hauptgegner einer Minderung der internationalen Spannungen auf und leistet hartnäckigen Widerstand gegen eine Verständigung zwischen den Großmächten über strittige internationale Fragen. Sie lehnt alle Vorschläge ab, die auf die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Europa und auf die Annäherung beider deutscher Staaten gerichtet sind.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion stellen mit Genugtuung fest, daß sich die Westmächte nach vielen Jahren des kalten Krieges bereit fanden, zur Erörterung der brennendsten internationalen Fragen eine Konferenz der Außenminister in Genf durchzuführen, an der die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik gleichberechtigt teilnehmen. Beide Delegationen begrüßen, daß die Westmächte ihre unrealistische Haltung, die Existenz zweier deutscher Staaten zu ignorieren, aufgegeben haben. Damit erkennen die Westmächte an, daß es unmöglich ist, Deutschland betreffende Fragen weiterhin ohne die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik, die die nationalen Interessen des deutschen Volkes konsequent verteidigt, zu erörtern und zu entscheiden. Die sowjetische Seite betont, daß die Teilnahme der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik an der Genfer Konferenz und ihre von Friedensliebe durch-

drungenen konstruktiven Vorschläge ein bedeutender Beitrag zur Arbeit der Konferenz sind und zur Stärkung der internationalen Autorität der Deutschen Demokratischen Republik beitragen.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind davon überzeugt, daß eine grundlegende Verbesserung der Lage in Deutschland und in ganz Europa ohne eine Friedensregelung mit Deutschland und ohne Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin nicht erreicht werden kann. Das Fehlen eines Friedensvertrages schadet nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch den anderen europäischen Völkern und der gesamten Sache des Friedens. Der kürzeste Weg, den Frieden in Europa zu festigen und zugleich die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat zu erleichtern, ist — unter Berücksichtigung der realen Lage — der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Der Friedensvertrag mit Deutschland, dessen Entwurf die Sowjetregierung in Übereinstimmung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Außenministerkonferenz zur Beratung vorlegte, würde endlich einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen und gleichzeitig eine Barriere gegen einen neuen Krieg errichten.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde die gegenwärtige gefährliche Lage im Zentrum Europas liquidieren, eine zuverlässige Schranke gegen den deutschen Militarismus und Revanchismus errichten, und die Sicherheit der europäischen Völker, die wiederholt unter der Aggression der deutschen Militaristen gelitten haben, gewährleisten. Wenn Deutschland entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages keine Atom- und Raketenwaffen hat und dadurch die atomare Ausrüstung der westdeutschen Militaristen verhindert wird, dann ist damit das Haupthindernis auf dem Wege zur Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, der einzigen Möglichkeit für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, beseitigt. Der Friedensvertrag würde die inneren und äußeren Voraussetzungen dafür schaffen, daß Deutschland als souveräner, friedliebender und demokratischer Staat einen würdigen Platz im Kreis der Völker einnehmen kann.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stellen mit Bedauern fest, daß die drei Westmächte auf der Genfer Außenministerkonferenz den Vorschlag, einen Friedensvertrag mit

Deutschland vorzubereiten und abzuschließen, nicht angenommen haben. Sie legten statt dessen ein sogenanntes Verhandlungspaket vor, das eine Reihe komplizierter Probleme zu einem unentwirrbaren Knäuel verknüpft und vorsieht, den Herrschaftsbereich der deutschen Militaristen bis zur Oder und Neiße auszudehnen, die atomare Aufrüstung der Deutschen Bundesrepublik zu legalisieren und fortzusetzen und ganz Deutschland in die NATO einzubeziehen.

Die Regierungen der Westmächte und der Bundesrepublik versuchen, ihre Ablehnung des Friedensvertrages mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß Deutschland nicht wiedervereinigt ist. Ihre eigenen Taten zeigen jedoch, daß sie an der Wiedervereinigung gar nicht interessiert sind. Die Adenauer-Regierung hat bisher mit Unterstützung der Westmächte hartnäckig jede Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, ohne die die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich ist, verhindert.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion erklären, daß sie auch weiterhin den Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland führen werden. Beide Regierungen sind der Meinung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung oder einem anderen bevollmächtigten Organ, welches das ganze Deutschland repräsentiert, die beste Lösung dieser Aufgabe wäre. Wenn die reaktionären Kräfte jedoch auch weiterhin praktische Maßnahmen zur Annäherung der Deutschen und zur Wiedervereinigung Deutschlands verhindern, muß der Friedensvertrag, der die jetzige anomale Lage in Deutschland beseitigt, mit den beiden bestehenden deutschen Staaten abgeschlossen werden.

Falls die friedliche Regelung auch auf dieser Grundlage von den aggressiven Kreisen verhindert wird, wird der Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik von den Staaten unterzeichnet werden, die sich damit einverstanden erklären und an der Friedensregelung mit Deutschland und somit an der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa interessiert sind. Es versteht sich, daß die aus der Kapitulation bzw. aus der militärischen Niederlage Deutschlands im vergangenen Kriege resultierenden Festlegungen und Bestimmungen dann ihre Gültigkeit verlieren.

Die Sowjetunion begrüßt aufrichtig das von der Deutschen Demokratischen Republik ausgearbeitete konstruktive Pro-

gramm der nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat, das die Schaffung einer Konföderation beider deutscher Staaten als entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung vorsieht. Die Vereinigung Deutschlands ist eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes, in die sich kein anderer Staat einmischen darf. Die Annäherung und die enge Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf der Grundlage eines gemeinsamen Kampfes um die Festigung des Friedens und die Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes ist der Weg, der ungeachtet der bestehenden Hindernisse die Möglichkeiten für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eröffnet.

Die Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken teilt die Meinung der Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik, daß die nächsten wichtigen Schritte zur Minderung der Spannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zur Liquidierung des kalten Krieges in Europa der Abschluß eines Vertrages zwischen beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf Gewaltanwendung und der Abschluß eines Abkommens über den Verzicht beider deutscher Staaten auf die Produktion, den Erwerb oder den Besitz von Atom- und Raketenwaffen sind.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären erneut, daß sie die Lage in Westberlin, die infolge der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes entstanden ist, als unerträglich ansehen. Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, ist zu einem gefährlichen Konfliktherd in Europa und zu einem Zentrum der Diversions- und Störtätigkeit sowie der feindlichen Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Länder des sozialistischen Lagers geworden. Die Regierungen beider Staaten lehnen entschieden die Versuche der Westmächte ab, an Stelle einer Regelung dieser längst herangereiften Frage das Besatzungsregime auf ganz Berlin auszudehnen.

Die Regierungen beider Länder bestätigen ihre Bereitschaft und ihr ehrliches Bestreben, gemeinsam mit allen interessierten Staaten eine für alle Seiten annehmbare Lösung der Westberlinfrage zu finden. Sie sind davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die beste Lösung darin besteht, Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu geben, der die Rechte der Westber-

liner Bevölkerung und die dort bestehende Lebensweise, die sich von den sozialökonomischen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik unterscheidet, nicht beeinträchtigen würde. Die unabhängige Existenz der Freien Stadt Westberlin und ihr unbehinderter Verkehr mit der Außenwelt sowie die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, ganz gleich von welcher Seite, müßten von den vier Großmächten unter Teilnahme der Organisation der Vereinten Nationen zuverlässig garantiert werden. Die Bildung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin würde niemandem einseitige Vorteile verschaffen, aber einen gefährlichen Herd der internationalen Spannungen liquidieren.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, in geeigneter Form eine Erklärung abzugeben, die die Unverletzlichkeit des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin und die Freiheit ihrer Verbindungen mit der Außenwelt garantiert.

Die Westmächte haben sich nicht bereit erklärt, auf eine solche Lösung der Berlinfrage einzugehen. Um eine gemeinsame Lösung dieser strittigen Frage zu erleichtern und der Position der Westmächte entgegenzukommen, erklären die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ihre Bereitschaft, eine Übergangszeit zuzugestehen, in deren Verlauf eine Reihe notwendiger Maßnahmen in Westberlin durchgeführt werden müssen, die die Voraussetzungen für die Normalisierung der Lage Berlins und des Lebens seiner Bürger schaffen würden. Solche Maßnahmen sind: die Reduzierung der zahlenmäßigen Stärke der ausländischen Streitkräfte in Westberlin, die Einstellung der von Westberlin aus betriebenen feindlichen Propaganda- und Wühl­tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder und der Verzicht auf die Stationierung von Kern- und Raketenwaffen in Westberlin. Das wäre ein guter Beginn, um die Lösung der Fragen, die Deutschland betreffen, voranzubringen.

Es wird ferner erwartet, daß innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes eine gesamtdeutsche Kommission oder ein anderes durch Übereinkommen der beiden deutschen Staaten zu schaffendes deutsches Organ zu Vereinbarungen hinsichtlich des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands gelangt.

Unter diesen Bedingungen sind die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bereit, einer zeitweiligen, befristeten Auf-

rechterhaltung gewisser Besatzungsrechte der Westmächte in bezug auf Westberlin zuzustimmen und ein Abkommen über den provisorischen Status Westberlins abzuschließen.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bedauern, daß die Westmächte bisher nicht gewillt waren, diese konstruktiven Vorschläge sachlich zu erörtern. Die von ihnen gegen diese Vorschläge vorgebrachten Argumente sind willkürlich konstruiert. Ihr Hauptargument richtet sich gegen die Frist, die für die Gültigkeit des vorgeschlagenen zeitweiligen Abkommens über Westberlin und für die gesamtdeutsche Kommission genannt wurde. Das Wesen der Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion besteht jedoch in der Vorbereitung eines Friedensvertrages, in der allmählichen Liquidierung der anomalen Lage in Westberlin und in der Durchführung von Maßnahmen zur Vereinigung Deutschlands. Die Frage der Fristen ist keine prinzipielle Frage. Bei aufrichtigem Bestreben der Westmächte, ein Übereinkommen zu erreichen, wäre es nicht schwer, sich über die Fristen zu einigen, die kein Hindernis auf dem Weg zu einem Übereinkommen darstellen sollten, zumal die Westmächte selbst in ihren Vorschlägen bestimmte Fristen für die Durchführung der Deutschland betreffenden Maßnahmen genannt haben.

An Stelle sachlicher Erörterungen beharren die Westmächte weiterhin auf der Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin. Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion werden sich nicht bereit finden, die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin für unbegrenzte Zeit zu sanktionieren. Sie sind entschlossen, alle erforderlichen Maßnahmen für die schnellste Beseitigung der anomalen Lage in Westberlin, die eine Bedrohung des Friedens in Europa heraufbeschworen hat, zu treffen.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betonten die große Bedeutung, die sie einer Gipfelkonferenz für die friedliche Regelung der brennendsten internationalen Probleme einschließlich des Friedensvertrages mit Deutschland und der Westberlinfrage beimessen.

An der Einberufung einer solchen Konferenz sind alle Regierungen interessiert, die für die friedliche Koexistenz der Staaten mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen eintreten. Wenn sich die Regierungschefs von den Interessen der Sicherung

des Friedens leiten lassen, können sie bei ihrer Beratung viele Fragen zugunsten des Friedens, zum Wohle aller Völker lösen.

Es wurden auch andere internationale Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert. Die Delegationen beider Länder verurteilen die Handlungen der Teilnehmerstaaten des aggressiven NATO-Blocks, die auf die beschleunigte Schaffung von amerikanischen Raketen- und Atombasen auf den Territorien Italiens und Griechenlands gerichtet sind. Beide Seiten unterstreichen, daß zu den dringlichsten und unaufschiebbaren Fragen die Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche gehört. Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt voll und ganz die Vorschläge der Sowjetunion zur sofortigen und völligen Einstellung der Kernwaffenversuche.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik teilt die Auffassung, daß die Verzögerung einer Lösung dieser Frage, die Millionen Menschen auf der Erde bewegt, unzulässig ist.

Im Verlaufe des Meinungsaustauschs lenkten beide Seiten ihre Aufmerksamkeit auf die Versuche des NATO-Kommandos, die Ostsee in ein Aufmarschgebiet der Seestreitkräfte des aggressiven NATO-Blocks zu verwandeln. Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken appellieren an die Regierungen aller Ostseeländer, die Ostsee zu einem Meer des Friedens, zu einer atom- und raketenwaffenfreien Zone zu machen, in der es keine militärischen Stützpunkte anderer Staaten geben darf. Die Sowjetregierung unterstützt die Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Abschluß gegenseitiger Nichtangriffsverträge der Ostseestaaten, da dies ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa wäre.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bringen ihre aufrichtige Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß sich die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf der Grundlage einer engen, brüderlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe erfolgreich entwickeln.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, daß die großen Errungenschaften des Sowjetvolkes den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bei der

Lösung ihrer eigenen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus leuchtendes Beispiel sind, insbesondere bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, innerhalb weniger Jahre die Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistische Herrschaft in Westdeutschland umfassend zu beweisen und Westdeutschland im Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel und Konsumgüter pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen.

Die Delegationen betonen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Lage in Deutschland und in bestimmtem Maße auch in Europa durch die Erfolge der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bei der Lösung der vom V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands festgelegten ökonomischen Aufgaben entscheidend zugunsten der Festigung des Friedens und der Demokratie beeinflußt wird.

Die Lösung dieser Aufgabe wird durch die brüderliche Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern und insbesondere durch die wirksame Unterstützung von seiten der Sowjetunion bedeutend gefördert.

Beide Delegationen stellen einmütig fest, daß die im August 1957 zwischen den Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereinbarten Maßnahmen zur Erweiterung und Festigung der Beziehungen zwischen unseren Völkern und Staaten erfolgreich erfüllt wurden. So wurde ein Vertrag über Handel und Seeschifffahrt abgeschlossen*, die gegenseitigen Warenlieferungen haben bedeutend zugenommen, und für den Warenumsatz bis 1965 wurden Perspektivpläne ausgearbeitet. Von Jahr zu Jahr steigt der Warenaustausch zwischen beiden Ländern. Im Jahre 1959 werden die gegenseitigen Warenlieferungen mehr als sieben Milliarden Rubel betragen.

Es wurden Verhandlungen über die Erweiterung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen geführt. Es wurde vereinbart, ein langfristiges Handelsabkommen für die Jahre bis 1965 noch in diesem Jahr abzuschließen.**

Beide Seiten stellten fest, daß sich der Austausch von gegenseitigen Informationen über wissenschaftlich-technische Errungenschaften und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Konstruktionsarbeiten zwischen der Deutschen Demokratischen Re-

* Siehe Band V, S. 730 ff.

** Siehe S. 531 f.

publik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in letzter Zeit wesentlich erweitert haben.

Auf dem Gebiet der Chemieindustrie wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Gewährleistung einer engen Kooperierung durchgeführt, die eine Steigerung der Produktion von Gebrauchsgütern für die Bevölkerung beider Länder ermöglichen.

Im Laufe der Verhandlungen fand ein Meinungsaustausch über die Erweiterung der Kooperierung verschiedener Zweige der Volkswirtschaft statt, worüber ein entsprechendes Übereinkommen erzielt wurde. Gleichzeitig wurde vereinbart, unmittelbare Kontakte und eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbetrieben beider Länder herzustellen.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Bedingungen vorhanden sind und die Notwendigkeit herangereift ist, zu höheren Formen der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf ökonomischem Gebiet überzugehen, wie es in den Beschlüssen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgesehen ist. Die Aufgabe besteht darin, die Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Ländern in einem solchen Tempo zu steigern, daß die allseitige Überlegenheit des Sozialismus über das kapitalistische System in historisch kurzer Frist endgültig gesichert ist.

Auch über die weitere Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen fand ein Meinungsaustausch statt. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Erweiterung der fachlichen Kontakte zwischen einzelnen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen, zwischen Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Künstlern gewidmet.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß sich die Anzahl der Touristen der Deutschen Demokratischen Republik, die in die Sowjetunion reisen, sowie der Touristen der Sowjetunion, die die Deutsche Demokratische Republik besuchen, erhöht. Die Werktätigen beider Länder lernen einander immer besser kennen und nutzen die dabei gewonnenen Erfahrungen für ihre Aufbauarbeit.

Beide Seiten erklären, daß sie auch künftig keine Anstrengungen scheuen werden, um die zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion bestehenden herzlichen, brüderlichen Freundschaftsbande zu festigen und zu entwickeln. Sie sind der Auffassung, daß diese Beziehungen in hohem Maße zur Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa beitragen.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bringen ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß sich die Einheit der sozialistischen Länder, die durch die gemeinsamen Ideen des Sozialismus und Kommunismus, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, durch die brüderliche gegenseitige Hilfe und den gemeinsamen Kampf für den Frieden in der ganzen Welt verbunden sind, ständig entwickelt und festigt.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion erklären, daß sie die Einheit des sozialistischen Lagers weiterhin allseitig festigen werden, weil sie in dieser Einheit eine zuverlässige Garantie für die friedliche Entwicklung ihrer Länder für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der ganzen Welt sehen.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erachten es für besonders notwendig hervorzuheben, daß die Nationale Front des demokratischen Deutschland, in der die politischen Parteien und Massenorganisationen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik vereint sind, beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wie auch im Kampf für die Annäherung der Deutschen und für einen Friedensvertrag sowie für die Wiedervereinigung Deutschlands eine große Rolle spielt. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die in ihr vereinten Parteien und Organisationen schaffen unter den Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen Voraussetzungen und Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme der verschiedenen Bevölkerungsschichten an der Errichtung einer neuen Gesellschaft, in der die großen, schöpferischen Kräfte des arbeitsamen und begabten deutschen Volkes voll zur Entfaltung kommen.

In Besprechungen zwischen den Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft und voller Übereinstimmung verliefen, wurden Informationen über die Arbeit beider Parteien ausgetauscht und die weitere brüderliche Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie aktuelle Fragen der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung erörtert. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß sich nach den Verhandlungen der Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion während des Aufenthaltes der Partei- und Regie-

rungsdelegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Deutschen Demokratischen Republik im August 1957* die brüderliche Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien noch mehr gefestigt und erweitert hat und daß ein ständiger Meinungs- und Informationsaustausch über die wichtigsten Fragen erfolgt, die beide Parteien interessieren.

Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hoben hervor, daß die Anwesenheit N. S. Chruschtschows in Berlin auf dem V. Parteitag der SED an der Spitze einer Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie auf der Leipziger Messe im März 1959** für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik von großer Bedeutung war.

Beide Parteien betrachten es als ihre wichtigste Pflicht, auch künftig die unverbrüchliche Solidarität der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion allseitig zu festigen und das brüderliche Bündnis zwischen den Völkern der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik zu bewahren.

Die Vertreter beider Parteien betonten einmütig die Notwendigkeit der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes im Kampf gegen den deutschen Militarismus und die Gefahr eines Atomkrieges, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse Deutschlands wäre die organisierende Kraft, die die Vereinigung aller patriotischen Schichten der deutschen Nation im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher, demokratischer Grundlage fördern würde. Die Vertreter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion würdigen die ernstesten Bemühungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Herstellung dieser Aktionseinheit zwischen der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, zwischen den Parteien und Organisationen der deutschen Arbeiterklasse.

Die SED und die KPdSU werden, wie in den Beratungen erneut bekräftigt wurde, weiterhin die Leninsche Einheit der Reihen der Partei unerschütterlich verteidigen und jeden Versuch, die

* Siehe Band V, S. 721 ff.

** Siehe S. 495 ff.

Kampfgemeinschaft der internationalen kommunistischen Bewegung zu verletzen, entschlossen bekämpfen. Beide Parteien halten es für erforderlich, auch künftig einen unversöhnlichen Kampf gegen jede Erscheinungsform des Revisionismus zu führen. Gleichzeitig werden sie jedes Sektierertum und jeden Dogmatismus, die zu einer Loslösung von den Massen führen, entschieden bekämpfen.

Die Vertreter der SED und der KPdSU stimmen darin überein, daß gegen die Bestrebungen der imperialistischen Kräfte, die internationale Arbeiterbewegung zu spalten, die in der ganzen Welt wachsende Anziehungskraft der großen Ideen des Marxismus-Leninismus durch einen ideologischen Feldzug gegen den Kommunismus zu schwächen, unbeirrt ein entschiedener Kampf geführt werden muß. Sie betrachten es als Verpflichtung beider Parteien, auch weiterhin die Kampfgemeinschaft der sozialistischen Länder, die brüderliche Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre und der Prinzipien des proletarischen Internationalismus zu festigen. Die Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstreichen die historische Rolle der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die als Führer und Organisator der werktätigen Massen in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, bei der Errichtung des ersten sozialistischen Staates der Welt und beim siegreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zum anerkannten Vorbild für alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien geworden ist.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und das gesamte Sowjetvolk sehen in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die zuverlässige und bewährte Vorhut der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf für eine glückliche sozialistische Zukunft des deutschen Volkes, für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern.

Die SED und KPdSU sind entschlossen, die zwischen beiden Parteien bestehenden brüderlichen Beziehungen auch weiterhin zu festigen. Keinerlei feindlichen Anschlägen wird es gelingen, die Einheit des Wollens und Handelns beider Parteien und ihre Verbundenheit mit den Bruderparteien der anderen Länder zu schwächen.

Im Verlaufe der Beratungen kamen die Vertreter beider Parteien überein, durch praktische Maßnahmen den Austausch gegenseitiger Informationen und Erfahrungen der Parteiarbeit sowie die Verbindungen zwischen der Arbeiterklasse und den

gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion zu erweitern.

*

Der Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Sowjetunion manifestiert ein-drucksvoll die enge Verbundenheit beider Länder in der großen Familie der Staaten und Völker des sozialistischen Lagers, dessen Einheit und Geschlossenheit unerschütterlich sind.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden ihre brüderliche Freundschaft auch weiterhin stärken — zum Wohle der Werktätigen beider Länder, zum Nutzen aller Völker und Staaten und der internationalen Arbeiterbewegung.

Moskau, den 19. Juni 1959

(gez.) Walter Ulbricht
Erster Sekretär des Zentral-
komitees der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands

(gez.) O. Grotewohl
Vorsitzender des Ministerrats
der Deutschen Demokrati-
schen Republik

(gez.) N. S. Chruschtschow
Erster Sekretär des Zentral-
komitees der Kommunisti-
schen Partei der Sowjetunion
und Vorsitzender des Minister-
rats der Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken

Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum bestehenden Han- delsabkommen über Warenlieferungen im Jahre 1959 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 6. Sep-tember 1959 auf der Leipziger Herbstmesse ein Zusatzprotokoll zum bestehenden Handelsabkommen über Warenlieferungen im Jahre 1959 unterzeichnet. Die Deutsche Demokratische Republik liefert nach dieser Zusatzvereinbarung für 75 Mill. Rubel Erzeug-nisse der Leichtindustrie wie Konfektion, Zellwollgewebe, Sport-artikel und Schmalfilmkameras. Von der Gesamtsumme entfal-len allein 6 Mill. Rubel auf Pharmazeutika.

(Der Außenhandel, Berlin, Nr. 18/59)

Glückwunschtelegramm des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, K. J. Woroschilow, zum Flug einer sowjetischen kosmischen Rakete zum Mond

Verehrter Genosse Woroschilow! Im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen gestatte ich mir, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, den Völkern der Sowjetunion und der sowjetischen Wissenschaft zum welthistorischen Flug einer sowjetischen kosmischen Rakete zum Mond herzliche Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße zu übermitteln. Diese friedliche Großtat sowjetischer Wissenschaft und Technik bezeugt erneut die weltverändernde Kraft der sowjetischen Gesellschaftsordnung, die der Menschheit ungeahnte Perspektiven eröffnet. Die Sowjetmenschen zeigen mit solchen Leistungen allen Völkern die großen Möglichkeiten menschlichen Geistes zur Beherrschung der Natur und der Gestaltung einer friedlichen Zukunft. Wir sind glücklich, diesen Augenblick, der in die Geschichte eingeht, miterleben zu können. Wir sind überzeugt, daß die Sowjetvölker noch weitere Großtaten des Friedens vollbringen werden.

(Neues Deutschland, Berlin 14. 9. 59)

Grußadresse des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Wilhelm Pieck,
den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Walter Ulbricht,
den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Otto Grotewohl.

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Ministerrat der Union der

Sozialistischen Sowjetrepubliken beglückwünschen Sie herzlich zu Ihrem ruhmvollen Jubiläum — dem 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

Der 10. Jahrestag des Arbeiter-und-Bauern-Staates ist nicht nur für das deutsche Volk ein großer Feiertag. Dieser bedeutende Tag wird auch von dem Sowjetvolk, von allen friedliebenden Völkern, die den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik von ganzem Herzen neue große Erfolge im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus wünschen, festlich begangen.

Während der zehn Jahre ihres Bestehens verwandelte sich die Deutsche Demokratische Republik in ein unüberwindliches Bollwerk aller fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes in ihrem Kampf gegen die Wiedergeburt des westdeutschen Militarismus und Revanchismus. Durch ihren konsequenten Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges wurde die Deutsche Demokratische Republik zu einem wichtigen Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa und erwarb sich die tiefe Achtung und Anerkennung der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt.

Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der kämpferischen Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse, haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik in den verflossenen zehn Jahren große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielt. Diese Erfolge sind das Ergebnis der hartnäckigen und aufopfernden Arbeit der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz, das Ergebnis der engen Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und Massenorganisationen der patriotischen Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das Ergebnis der richtigen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Der unermüdliche Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für die Festigung des Friedens in Europa, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, für die Beseitigung des überlebten Besatzungsregimes in Westberlin, für den steilen Aufschwung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen entspricht den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes und fördert die Lösung der nationalen Aufgabe — die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß zwischen unseren Ländern Beziehungen brüderlicher Freundschaft und Zusammenarbeit, die eine große Errungenschaft unserer Völker sind, hergestellt wurden und sich weiterentwickeln. Die Werktätigen der

Sowjetunion schätzen diese Freundschaft hoch ein und werden auch weiterhin mit allen Kräften zu ihrer Festigung beitragen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und das gesamte Sowjetvolk entbieten Ihnen und allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die wärmsten und aufrichtigsten Wünsche für neue große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, bei der Realisierung der vom V. Parteitag der SED gestellten Aufgaben, bei der weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa und der ganzen Welt.

Es lebe und gedeihe die Deutsche Demokratische Republik!
Es lebe die ewige und unverbrüchliche Freundschaft zwischen den Völkern der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion!

N. Chruschtschow

Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Vorsitzender des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

K. Woroschilow

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

*

Danktelegramm der deutschen Staatsmänner

Präsident Wilhelm Pieck, der Erste Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, und Ministerpräsident Otto Grotewohl dankten dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, K. J. Woroschilow, und dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, für die herzlichen Glückwünsche anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mit folgendem Telegramm:

Teure Genossen!

Für die herzlichen Glückwünsche, die Sie uns anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen

Republik übermittelten, sagen wir Ihnen und dem ganzen Sowjetvolk in unserem eigenen und im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unseren aufrichtigsten Dank.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, für die die von der Sowjetunion dem ersten deutschen Arbeiter- und-Bauern-Staat erwiesene uneigennützige brüderliche Hilfe und die reichen Erfahrungen der Sowjetmenschen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik von unschätzbarem Wert sind, beginnen das zweite Jahrzehnt des Bestehens des ersten deutschen Arbeiter- und-Bauern-Staates mit der Lösung der im Siebenjahrplan gestellten Aufgaben. Voller Stolz und Optimismus wirken die Arbeiter, Bauern und die schaffende Intelligenz an der erfolgreichen Erfüllung und Übererfüllung dieses Planes mit, weil sie wissen, daß dies der wichtigste Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik zur Stärkung des sozialistischen Westsystems, zur Erhaltung des Friedens in Europa und für den Sieg des Sozialismus im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus ist.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik blicken voll Hochachtung und Bewunderung auf die gewaltigen Leistungen der Sowjetmenschen. Unter Führung der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion vollbringen sie so grandiose Taten, die die ganze Menschheit in Atem halten, wie die Landung der zweiten kosmischen Rakete auf dem Mond, den Start der dritten kosmischen Rakete und die Schaffung einer automatischen interplanetarischen Station, die den Mond umkreist. Diese hervorragenden Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft und Technik sowie die erfolgreiche Erfüllung des ersten Planjahres des Siebenjahrplanes des entfalteten Aufbaus des Kommunismus haben erneut vor aller Welt die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus eindeutig bewiesen.

Im Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes erwies sich die Sowjetunion stets als der treue Verbündete des deutschen Volkes. Die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Lösung der Westberlinfrage, die Friedensmission des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, in den USA und die historischen Vorschläge über die allgemeine und vollständige Abrüstung sind von allen friedliebenden Deutschen mit großer Genugtuung aufgenommen worden. All das ist Ausdruck für die zwischen unseren bei-

den Ländern bestehenden wahrhaft brüderlichen Beziehungen, die auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus beruhen.

Wir wünschen Ihnen und dem gesamten Sowjetvolk von ganzem Herzen neue große Erfolge beim entfalteten Aufbau des Kommunismus und im Kampf für die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Es lebe die ewige und unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft!

Es lebe die brüderliche Einheit und die feste Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Weltsystems, an dessen Spitze die große Sowjetunion steht!

X. Tagung der Gemeinsamen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die Gemeinsame Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beschloß auf ihrer X. Tagung in Moskau vom 20. bis 24. Oktober 1959 Maßnahmen, die der Erweiterung und Verbesserung der Zusammenarbeit dienen. In einem Kommuniqué der Tagung wird hervorgehoben, daß der Kommission zahlreiche Vorschläge zur technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zur Beschlußfassung vorgelegen haben. Einen besonders großen Anteil haben daran die Beschlüsse auf den Gebieten des Maschinen- und Gerätebaus, der Chemie — insbesondere Erdölchemie —, der metallurgischen Industrie, der Elektrotechnik, des Bauwesens und anderer für beide Länder wichtige Industriezweige.

Durch die gegenseitige Übermittlung technisch-wissenschaftlicher Erfahrungen wurden sowohl in der Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bedeutende Einsparungen erzielt und bei Projektierungs- sowie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten die vorgesehene Bearbeitungszeit verkürzt. Die Realisierung der auf der X. Tagung der Kommission gefaßten Beschlüsse wird bedeutend zur Beschleunigung der Entwicklung des technischen Fortschritts in beiden Ländern beitragen.

(ADN 27. 10. 59)

Kommuniqué über die Unterzeichnung eines Protokolls über den Warenaustausch im Jahre 1960 und eines Abkommens über die gegenseitigen Lieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Die in Moskau zwischen den Handelsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführten Verhandlungen über gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1960 bis 1965 wurden am 21. November 1959 mit der Unterzeichnung eines Protokolls über den Warenaustausch im Jahre 1960 und eines langfristigen Abkommens über die gegenseitigen Lieferungen in den Jahren 1961 bis 1965 erfolgreich beendet.

Grundlage der Verhandlungen war das im Herbst 1957 abgeschlossene langfristige Handelsabkommen für die Jahre 1958 bis 1960 sowie das Protokoll der Besprechungen zwischen den Regierungsdelegationen über gegenseitige Lieferungen der wichtigsten Waren bis 1965.

In den jetzt unterzeichneten Abkommen sind Warenlieferungen in Höhe von 7,5 Milliarden Rubel im Jahre 1960 und von über 42,5 Milliarden Rubel in den Jahren 1961 bis 1965, also insgesamt von mehr als 50 Milliarden Rubel vorgesehen. Im Abkommen für die Jahre 1961 bis 1965 sind für die gegenseitigen Lieferungen die Kontingente der wesentlichen Waren festgelegt, die durch die abzuschließenden Protokolle für die einzelnen Jahre noch ergänzt und erweitert werden.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken liefert an die Deutsche Demokratische Republik in den Jahren 1960–1965 in großem Umfang Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel sowie in steigendem Maße Erzeugnisse des Maschinenbaus und andere Fertigwaren, die für die Versorgung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik benötigt werden, zum Beispiel über 32 Millionen Tonnen Steinkohle, über 12 Millionen Tonnen Eisenerz, über 8 Millionen Tonnen Koks, etwa 15 Millionen Tonnen Walzwerkerzeugnisse sowie Rohre und Roheisen, über 17 Millionen Tonnen Erdöl, über eine halbe Million Tonnen Baumwolle, 8,5 Millionen cbm Holz, etwa 200 000 Tonnen Zellstoff sowie große Mengen Buntmetalle, wie Aluminium, Kupfer, Blei, Zink und Ferrolegierungen.

Ferner liefert die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in großem Umfange Getreide, Ölsaaten, Pflanzenöl, Butter, Fleisch

sowie 34 000 Personenkraftwagen. Außerdem sehen die Warenlisten wachsende sowjetische Lieferungen von Maschinen und Geräten vor, insbesondere Bagger und Straßenbauausrüstungen, Ausrüstungen für Walzwerke und für die chemische Industrie, Erdölbohrausrüstungen, Hebe- und Transportausrüstungen, Werkzeugmaschinen und Kugellager und Schiffnavigationsgeräte.

Die Deutsche Demokratische Republik wird in diesen sechs Jahren für rund 16 Milliarden Rubel Erzeugnisse des Maschinenbaus nach der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken liefern, unter anderem Kühlwagen und -züge für 490 Millionen Rubel, Langstrecken-Personenwagen für 1670 Millionen Rubel, Seefracht-, Seefahrgast- und Fischereischiffe für über 2 Milliarden Rubel, Zementfabriken für 625 Millionen Rubel, Ausrüstungen für die Nahrungsmittelindustrie für über 800 Millionen Rubel, Kühlausrüstungen für 170 Millionen Rubel, technologische Ausrüstungen für die chemische Industrie für 700 Millionen Rubel, Ausrüstungen für die Leichtindustrie für 750 Millionen Rubel und Werkzeugmaschinen, einschließlich Schmiede- und Preßausrüstungen, für rund eineinhalb Milliarden Rubel.

Ferner erhält die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Chemikalien für rund 2 Milliarden Rubel sowie in erheblichem Umfange Massenbedarfsgüter, im wesentlichen aus der Leichtindustrie.

Die Verhandlungen wurden in freundschaftlichem Geist geführt. Ihr Ergebnis fördert wesentlich die beschleunigte Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder und trägt in bedeutendem Maße dazu bei, die in den Siebenjahrplänen gestellten hohen Ziele zu erreichen.

Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte in Vollmacht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, und in Vollmacht der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch den Minister für Außenhandel, N. S. Patolitschew.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Übergabe von fünf amerikanischen Militärangehörigen an die US-Behörden

Am 5. Februar 1959 wurden von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik, vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Dr. Werner Ludwig, an die amerikanischen Behörden, vertreten durch den Direktor für den europäischen Wirkungsbereich des Nationalen Roten Kreuzes der USA, Herrn Robert S. Wilson, fünf Personen amerikanischer Staatsbürgerschaft übergeben.

Die Übergabe fand am Kontrollpassierpunkt Wartha, Kreis Eisenach, statt. Es wurde ein Übergabeprotokoll von beiden Seiten unterzeichnet.

Bei den übergebenen Personen handelt es sich um folgende Militärangehörige:

den Oberleutnant der amerikanischen Armee Mackin, der mit dem Fallschirm über dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik abgesprungen ist, wonach sein Flugzeug abstürzte;

die amerikanischen Militärangehörigen Carlson und Bell, die von Westberlin aus illegal die Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik überschritten hatten, was eine Überprüfung der Gründe erforderlich machte;

den amerikanischen Militärangehörigen Melwin, der sich bei den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik meldete und Angaben machte, die sich jedoch bei einer Überprüfung als unwahr erwiesen haben, und

den amerikanischen Militärangehörigen Hayes, der wegen Belästigung der Bevölkerung im Demokratischen Sektor Berlins, verbunden mit renitentem Verhalten gegen die Volkspolizei, festgenommen werden mußte. Das Verfahren gegen ihn wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft nach Ermahnung eingestellt.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der DDR, Herr Dr. Werner Ludwig, erklärte dem Vertreter des Amerikanischen Roten Kreuzes bei der Übergabe, es sei im Interesse der betroffenen amerikanischen Staatsbürger zu bedauern, daß die Behörden der Vereinigten Staaten sich nicht schon früher bereit gefunden haben, sich mit den Behörden der Deutschen Demokratischen

Republik über die Rückführung der amerikanischen Militär-angehörigen zu verständigen. Er erklärte weiter, daß die Bereinigung dieser Angelegenheit erneut beweise, daß die Organe der Deutschen Demokratischen Republik zu jeder sachlichen Regelung bereit sind, die mit der Würde und Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik vereinbar ist.

Bei der Übergabe der fünf amerikanischen Armeeangehörigen wurde von Präsident Dr. Ludwig und Direktor Wilson folgendes Protokoll unterzeichnet:

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes in der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Werner Ludwig, bevollmächtigt von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, und der Director of Operations European Area, American National Red Cross, Robert Storey Wilson, in Vertretung des Präsidenten des von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bevollmächtigten Amerikanischen Roten Kreuzes, haben am Donnerstag, dem 5. Februar 1959, die Übergabe von Angehörigen der USA-Armee vollzogen:

1. Es wurden folgende Personen an den Vertreter des American National Red Cross übergeben: Richard W. Mackin, Kenneth G. Carlson, Etwyn E. Bell, James W. Hayes, Hampton Melwin.
2. Es wird bestätigt, daß die unter Punkt 1 genannten Angehörigen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika während ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik korrekt behandelt wurden und bei guter Gesundheit übergeben worden sind.
3. Die Übergabe wird hiermit bestätigt.

Bebra-Wartha, den 5. Februar 1959

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes in der Deutschen Demokratischen Republik

(gez.) Dr. Ludwig

Der Director of Operations European Area, American National Red Cross

(gez.) R. S. Wilson

DEMOKRATISCHE REPUBLIK VIETNAM

Gemeinsame Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam

Auf Einladung der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam weilte in der Zeit vom 17. bis 22. Januar 1959 eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, in der Demokratischen Republik Vietnam.*

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wurde vom Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Ho Chi Minh, vom Zentralkomitee der Lao-Dong-Partei, vom Ständigen Komitee der Nationalversammlung, von der Regierung und von Vertretern der Vaterländischen Front Vietnams empfangen.

Alle Begegnungen der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bevölkerung und führenden Persönlichkeiten der Demokratischen Republik Vietnam gestalteten sich zu einer eindrucksvollen Demonstration der tiefen und unverbrüchlichen Freundschaft zwischen dem deutschen und dem vietnamesischen Volk.

Zwischen der vom Ministerpräsidenten Otto Grotewohl geleiteten Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und einer vom Ministerpräsidenten Pham Van Dong geleiteten Delegation der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam fanden Verhandlungen statt, die in einer Atmosphäre der brüderlichen Verbundenheit verliefen.

An den Verhandlungen nahmen teil:

seitens der Deutschen Demokratischen Republik:

Dr. Lothar Bolz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Sepp Schwab, Botschafter und Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Gerhard Weiß, Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel;

* Siehe Zeittafel: 4. bis 29. Januar 1959.

Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, Mitglied des Forschungsrates der Deutschen Demokratischen Republik;

Rudolf Pfützner, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam;

seitens der Demokratischen Republik Vietnam:

Truong Chinh, Stellvertreter des Ministerpräsidenten;

Vo Nguyen Giap, Stellvertreter des Ministerpräsidenten;

Nguyen Duy Trinh, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission;

Hoang Minh Giam, Minister für Kultur;

Phan Anh, Minister für Außenhandel;

Nguyen Van Huyen, Minister für Erziehungswesen;

Ung Van Khiem, Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten;

Pham Ngoc Thuan, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Demokratischen Republik Vietnam in der Deutschen Demokratischen Republik.

Beide Regierungsdelegationen erörterten Fragen der internationalen Lage, der Festigung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, der Wiedervereinigung Deutschlands und Vietnams auf friedlicher und demokratischer Grundlage sowie die Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam.

Mit tiefer Befriedigung stellten beide Regierungsdelegationen die volle Übereinstimmung der Auffassungen zu allen erörterten Fragen fest.

I.

Bei der Erörterung der internationalen Lage stellten beide Seiten mit Genugtuung fest, daß die Friedenskräfte in der ganzen Welt täglich erstarken und daß sich das internationale Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus verändert. Wie die Tatsachen bewiesen haben, besitzen sie die Möglichkeit, der Kriegspolitik der Imperialisten wirkungsvoll zu begegnen.

Beide Seiten werden die Einheit des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze auf der Grundlage der Beschlüsse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterpar-

teien vom November 1957 und im Kampf gegen alle Formen des modernen Revisionismus mit allen Kräften stärken und die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder ständig vertiefen.

Beide Seiten, die sich in ihrer Außenpolitik ständig von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten lassen, begrüßen die Tatsache, daß der antikoloniale Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas immer mächtiger wird und erklären ihre Entschlossenheit, allen um die Erlangung und Festigung ihrer Unabhängigkeit kämpfenden Völkern jederzeit aufrichtige Freunde zu sein und ihren Kampf mit aller Kraft zu unterstützen.

Entgegen dem Streben der Völker nach Frieden und Sicherheit verfolgen die imperialistischen Mächte, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten von Amerika und in ihrem Gefolge die westdeutsche Bundesrepublik, eine Politik am Rande des Krieges. Sie schaffen überall in der Welt neue Spannungen und Kriegsherde, errichten um das sozialistische Lager ein System von Militärstützpunkten, die mit Raketen- und Atomwaffen ausgerüstet werden, und versuchen, die nationale Befreiungsbewegung der Völker zu unterdrücken.

Die Vorschläge der Sowjetunion zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, zur Frage der Abrüstung, zur Einstellung der Kernwaffenversuche und zum Verbot der Herstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen sowie die Vorschläge der Volksrepublik Polen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa finden die volle Unterstützung beider Regierungen. Ihre Verwirklichung würde wesentlich zur Minderung der internationalen Spannungen beitragen.

Beide Seiten betrachten die Befreiung Taiwans als eine ausschließlich innere Angelegenheit der Volksrepublik China und fordern den unverzüglichen Abzug aller Streitkräfte der USA von Taiwan und aus der Taiwan-Straße. Sie sind der Auffassung, daß die Volksrepublik China den ihr gebührenden Platz in der Organisation der Vereinten Nationen einnehmen muß.

Beide Regierungen unterstützen die Vorschläge der Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik hinsichtlich der friedlichen Wiedervereinigung Koreas.

Um den Frieden zu sichern, ist es erforderlich, daß die durch die imperialistische Politik geschaffenen Kriegsherde beseitigt und alle internationalen Streitfragen durch friedliche Verhandlungen auf der Grundlage der Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Souveränität der Staaten geregelt werden.

II.

Zwischen beiden Regierungsdelegationen fand ein umfassender Meinungsaustausch über die Lage in Deutschland und in Vietnam statt. Bezüglich der Lage in Deutschland sind beide Seiten der Auffassung, daß durch die Verletzung des Potsdamer Abkommens seitens der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Deutschland eine anomale und für den Frieden gefährliche Lage entstanden ist. In Westdeutschland wurde die Herrschaft der Monopolisten und Militaristen wiedererrichtet, der deutsche Imperialismus wurde zum Hauptverbündeten des amerikanischen Imperialismus in Europa.

Heute ist Westdeutschland der gefährlichste Kriegsherd in Europa. Angesichts dieser Entwicklung ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland eines der dringlichsten internationalen Probleme geworden. Der Vorschlag der Sowjetunion vom 10. Januar 1959, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, zeigt den kürzesten und realsten Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Schaffung der Voraussetzungen für die Bildung eines friedliebenden und demokratischen deutschen Staates. Der Abschluß eines solchen Friedensvertrages würde den nationalen Interessen des deutschen Volkes wie aller anderen europäischen Völker entsprechen, zu einer bedeutenden Minderung der Spannungen in Europa führen und die Lösung anderer internationaler Probleme erleichtern. Dem würde auch die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt dienen.

Von der Tatsache ausgehend, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit des deutschen Volkes ist und ohne Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten nicht erreicht werden kann, erklärte die vietnamesische Seite erneut, daß sie die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten unterstützt. Die vietnamesische Seite betont die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als wichtiger Faktor des Friedens in Europa und erklärte ihre feste Entschlossenheit, die Deutsche Demokratische Republik im Kampf für die friedliche Lösung der deutschen Frage vollauf zu unterstützen.

In bezug auf die Lage in Vietnam betonen beide Staaten, daß die Wiedervereinigung des Landes auf friedliche Weise und in Übereinstimmung mit den Genfer Abkommen von 1954 erfolgen muß. Sie stellen fest, daß diese Abkommen durch die amerikanischen Imperialisten und die südvietnamesischen Behörden gröblichst

verletzt werden. Die Behörden Südvietnams haben bisher die durch die Genfer Abkommen vorgesehene Konsultativkonferenz sowie die Vorschläge der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, die für die Wiedervereinigung Vietnams günstige Bedingungen schaffen würden, abgelehnt. Die amerikanischen Imperialisten schleusen fortgesetzt neue Waffen und Ausrüstungen sowie Militärpersonal nach Südvietnam ein, um es in eine amerikanische Militärbasis zu verwandeln. Sie haben Südvietnam offen in den Bereich des aggressiven SEATO-Blocks einbezogen, um einen neuen Krieg zu provozieren. Sie haben die südvietnamesische Wirtschaft der amerikanischen unterworfen und dadurch das Leben der Bevölkerung Südvietnams immer schwieriger gestaltet.

Beide Seiten verurteilen entschieden die Intervention der amerikanischen Imperialisten in Südvietnam, die darauf abzielt, den Frieden zu stören, die Teilung Vietnams zu verlängern und durch den barbarischen Terror die Patrioten und die ehemaligen Widerstandskämpfer in Südvietnam zu unterdrücken. Sie verurteilen die auf die Schaffung einer gespannten Lage in Südostasien gerichteten Provokationsakte der amerikanischen Imperialisten, darunter auch diejenigen, die kürzlich an der Grenze zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und dem Königreich Laos unternommen wurden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt voll und ganz die von der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam betriebene Politik der friedlichen Wiedervereinigung des Landes, insbesondere die in der Note vom 22. Dezember 1958 an die Behörden Südvietnams enthaltenen Vorschläge, die den nationalen Bestrebungen des ganzen vietnamesischen Volkes und den Genfer Abkommen entsprechen.

Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die großen Erfolge des vietnamesischen Volkes, die es unter der Führung der Lao-Dong-Partei und seiner Regierung bei der Beseitigung der Kriegsschäden, bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft errungen hat, und ist erfreut darüber, daß die Produktion der Demokratischen Republik Vietnam den Vorkriegsstand weit überholt hat und daß die Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam mit Erfolg die in ihrem ersten Dreijahrplan gestellten Aufgaben verwirklicht, der das Ziel hat, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion zu entwickeln und die Lebensbedingungen des Volkes weiter zu verbessern.

III.

Mit Befriedigung stellen beide Seiten fest, daß sich seit der Wiederherstellung des Friedens in Indochina die auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruhenden Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam ständig entwickelt und vertieft haben. Beide Seiten stimmen in dem festen Willen überein, auch in Zukunft diese Beziehungen weiter auszubauen.

Auf den bisherigen Erfahrungen aufbauend, vereinbarten beide Seiten, künftig in noch stärkerem Maße Konsultationen über beide Staaten interessierende Fragen durchzuführen. Auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet werden beide Staaten ihre Zusammenarbeit erweitern. Die Beziehungen auf kulturellem Gebiet, die auf dem Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam vom 31. Juli 1957* basieren, werden auch in Zukunft zum Wohle beider Völker weiterentwickelt werden.

In dem Bestreben, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erweitern, kamen beide Seiten überein, in der nächsten Zeit eine Vereinbarung über die Ausbildung vietnamesischer Studenten und Fachschüler in der Deutschen Demokratischen Republik, einen Vertrag über Handel und Seeschifffahrt sowie einen Konsularvertrag abzuschließen.**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam stellen mit Befriedigung fest, daß der Besuch der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam zur Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern beigetragen hat und bringen nochmals ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Beziehungen zwischen beiden Staaten auch weiterhin auf allen Gebieten zum Wohle beider Völker, im Interesse der Stärkung des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers und der Erhaltung des Weltfriedens weiter auszubauen.

Hanoi, den 21. Januar 1959

Der Ministerpräsident
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) O. Grotewohl

Der Ministerpräsident
der Demokratischen Republik
Vietnam
(gez.) Pham Van Dong

* Siehe Band V, S. 780 ff.

** Siehe S. 541 ff. und S. 547 ff.

Vertrag über Handel und Seeschifffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam
h a b e n ,

geleitet von dem Wunsche, zur Entwicklung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen,

b e s c h l o s s e n ,

diesen Handels- und Seeschiffahrtsvertrag zu schließen und haben zu diesem Zwecke als Bevollmächtigte ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik:

Herrn Heinrich Rau, Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik,

der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam:

Herrn Phan Anh, Minister für Außenhandel der Demokratischen Republik Vietnam,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Vertragspartner werden alle notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung und Festigung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe sowie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ergreifen.

Zu diesem Zweck werden die Regierungen der Vertragspartner Vereinbarungen treffen, darunter auch langfristige, die die gegenseitigen Warenlieferungen und andere Bedingungen bestimmen, die die Entwicklung des Warenverkehrs in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Volkswirtschaft beider Staaten gewährleisten.

Artikel 2

Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Fragen, die den Handel, die Seeschifffahrt sowie alle sonstigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten betreffen.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit Artikel 2 gewähren sich die Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung in allen Zollangelegenheiten, insbesondere hinsichtlich der Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben, der Lagerung der Waren unter Zollkontrolle, der Vorschriften und Förmlichkeiten, die für die Zollabfertigung der Waren maßgebend sind.

Artikel 4

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die aus dem Gebiet des einen Vertragspartners in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, unterliegen keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse irgendeines dritten Staates unterliegen.

Ebenso werden die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners bei der Ausfuhr nach dem Gebiet des anderen Vertragspartners keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen gleichartige Boden- und Gewerbeerzeugnisse bei der Ausfuhr nach dem Gebiet irgendeines dritten Staates unterworfen sind.

Artikel 5

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners, die durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragspartners eingeführt werden, werden bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben oder anderen Vorschriften oder beschwerlicheren Förmlichkeiten unterworfen als denjenigen, denen sie unterworfen sein würden, wenn sie unmittelbar aus dem Ursprungslande eingeführt worden wären.

Diese Bestimmung findet auch auf Erzeugnisse Anwendung, die während der Durchfuhr durch das Gebiet eines dritten Staates oder dritter Staaten einer Umladung, Umpackung oder Lagerung unterzogen wurden.

Artikel 6

Unter der Bedingung der Wiederausfuhr beziehungsweise Wiedereinfuhr innerhalb der von der Zollverwaltung festgesetzten angemessenen Frist und des Nachweises der Nämlichkeit werden

folgende Gegenstände bei der Ein- und Ausfuhr von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben befreit:

- a) Gegenstände, die für Messen, Ausstellungen oder Ausschreibungen bestimmt sind;
- b) Gegenstände, die für Versuche oder Prüfungen bestimmt sind;
- c) Gegenstände, die zwecks Reparatur eingeführt und nach ihrer Reparatur wieder ausgeführt werden;
- d) Montagewerkzeuge und -instrumente, die von Monteuren einbeziehungsweise ausgeführt werden oder die ihnen nachgeschickt werden;
- e) Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die zur Verarbeitung oder Veredelung eingeführt werden und im verarbeiteten beziehungsweise veredelten Zustand wieder ausgeführt werden;
- f) markierte Behältnisse, die zum Zwecke der Verpackung von Waren eingeführt werden sowie Behältnisse, in denen Einfuhrgegenstände enthalten sind und die nach Ablauf der festgesetzten Frist wieder ausgeführt werden.

Warenmuster, die nur als solche verwendet werden und in handelsüblichen Mengen versandt werden, sind von Zöllen, Steuern oder sonstigen Abgaben ohne weiteres befreit.

Artikel 7

Die Inlandsabgaben, die im Gebiet des einen Vertragspartners auf der Erzeugung, der Bearbeitung, dem Umlauf oder dem Verbrauch irgendeines Erzeugnisses ruhen, werden unabhängig davon, auf wessen Rechnung und in wessen Namen sie auch erhoben werden, die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des anderen Vertragspartners keinesfalls stärker belasten als die gleichartigen Erzeugnisse irgendeines dritten Staates.

Artikel 8

Keiner der Vertragspartner wird bezüglich der Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Vertragspartners oder bezüglich der Ausfuhr in das Gebiet des anderen Vertragspartners irgendwelche Beschränkungen oder Verbote anwenden, soweit solche nicht gegenüber allen anderen Staaten angewandt werden.

Die Vertragspartner behalten sich jedoch das Recht vor, aus Gründen der Sicherheit des Staates, der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung, des Gesundheitsschutzes, des Tier- und Pflanzenschutzes, der Erhaltung von Kunstwerken sowie

archäologischer und historischer Werte Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen zu erlassen, soweit solche Verbote oder Beschränkungen unter gleichartigen Umständen auch gegenüber jedem dritten Staate angewandt werden.

Artikel 9

Den Schiffen des einen Vertragspartners und ihren Ladungen wird beim Ein- und Auslaufen sowie während ihres Aufenthaltes in den Häfen des anderen Vertragspartners die Meistbegünstigung gewährt. Die Meistbegünstigung findet insbesondere Anwendung hinsichtlich:

- a) der Abgaben und Gebühren jeder Art, die im Namen oder für Rechnung des Staates, der Gemeinden, der Behörden oder anderer Organisationen erhoben werden;
- b) des Anlegens, der Beladung und Löschung der Schiffe in den Häfen und auf den Reeden;
- c) der Inanspruchnahme von Lotsendiensten, Kanälen, Schleusen, Brücken, Signalen und Beleuchtungen des Fahrwassers;
- d) der Benutzung von Hebekränen, Waagen, Lägern, Werften, Trockendocks und anderer Reparaturwerkstätten;
- e) der Versorgung mit Brenn- oder Kraftstoffen, Schmiermitteln, Wasser und Proviant;
- f) der Anwendung der Vorschriften und Förmlichkeiten einschließlich der sanitären und Quarantäne-Formalitäten.

Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf die Ausübung der Hafendienste einschließlich der Lotsenbegleitung und des Bugsierdienstes sowie auf die Ausübung der Küstenschifffahrt (Kabotage). Als Kabotage gilt jedoch nicht die Fahrt der Schiffe des einen Vertragspartners aus einem Hafen des anderen Vertragspartners in einen seiner anderen Häfen, um dort eine aus dem Ausland herbeigebrachte Ladung zu löschen oder um eine Ladung an Bord zu nehmen, deren Bestimmungsort im Ausland liegt.

Artikel 10

Wenn ein Schiff des einen Vertragspartners an den Küsten des anderen Vertragspartners strandet oder Schiffbruch erleidet, so genießen Schiff und Ladung dieselben Vergünstigungen und Vorrechte, welche die Landesgesetzgebung den eigenen Schiffen in gleicher Lage gewährt. Dem Kapitän, der Mannschaft und den Passagieren sowie auch dem Schiff und seiner Ladung werden

jederzeit die notwendige Hilfe und Unterstützung in dem Maße zuteil, in dem sie den eigenen Schiffen in gleicher Lage gewährt werden.

Artikel 11

Die Nationalität der Schiffe der Vertragspartner wird gegenseitig anerkannt auf Grund der an Bord befindlichen Urkunden, die von den zuständigen Behörden entsprechend den Gesetzen und Bestimmungen des Vertragspartners, unter dessen Flagge das Schiff fährt, ausgestellt worden sind.

Die an Bord des Schiffes befindlichen Schiffsmeßbriefe und sonstigen Schiffspapiere, die von den zuständigen Behörden des einen Vertragspartners ausgestellt worden sind, werden von den Behörden des anderen Vertragspartners anerkannt.

In Übereinstimmung hiermit werden die Schiffe des einen Vertragspartners, die mit rechtmäßig ausgestellten Meßbriefen versehen sind, in den Häfen des anderen Vertragspartners von einer nochmaligen Ausmessung befreit und der Berechnung der Hafengebühren wird das reine Volumen des Schiffes, das in dem Brief angegeben ist, zugrunde gelegt.

Artikel 12

Bei der Beförderung von Waren, Passagieren und Gepäck auf inländischen Land- und Wasserwegen sowie auf der Eisenbahn gewähren sich beide Vertragspartner gegenseitig die Meistbegünstigung bezüglich aller Fragen, die die Übernahme der Ladung zur Beförderung, die Art und Weise und die Kosten der Beförderung sowie die Abgaben, die mit der Beförderung zusammenhängen, betreffen.

Artikel 13

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse des einen Vertragspartners werden bei ihrer Durchfuhr durch das Gebiet des anderen Vertragspartners nach dem Gebiet eines dritten Staates nicht mit Zöllen, Steuern oder anderen Abgaben belegt.

Hinsichtlich der Transitvorschriften und -förmlichkeiten für die obengenannten Erzeugnisse werden keine geringeren Vergünstigungen gewährt als bei den Transitladungen irgendeines dritten Staates.

Artikel 14

Juristische Personen, die ihren Sitz im Gebiet des einen Vertragspartners haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen,

werden auch im Gebiet des anderen Vertragspartners als zu Recht bestehend anerkannt. Ihre Zulassung zur geschäftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners geschieht in Übereinstimmung mit dessen Gesetzgebung.

Artikel 15

Die juristischen Personen sowie die Bürger des einen Vertragspartners genießen auf dem Gebiet des anderen Vertragspartners im Rahmen der Bestimmungen dieses Vertrages dieselben Vorrechte und Vergünstigungen, die den juristischen Personen und Bürgern irgendeines dritten Staates zuerkannt werden.

Artikel 16

Die Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich nicht auf Rechte und Vorteile, die jeder der Vertragspartner im Interesse der Erleichterung des Grenzverkehrs mit den benachbarten Staaten bereits gewährt oder noch gewähren wird.

Artikel 17

Die Vertragspartner gewährleisten die Vollstreckung von Schiedssprüchen in Streitigkeiten, die sich aus den von ihren juristischen Personen oder Behörden getätigten Handels- oder sonstigen Geschäften ergeben, vorausgesetzt, daß die Beilegung der betreffenden Streitigkeit durch ein Schiedsgericht von beiden Parteien rechtsgültig vereinbart wurde.

Die Bewilligung der Vollstreckung wie auch die Vollstreckung des Schiedsspruchs selbst geschieht in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung des Staates, in dem der Schiedsspruch vollstreckt werden soll.

Artikel 18

Dieser Vertrag soll sobald wie möglich ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Hanoi stattfindet, in Kraft.*

Der Vertrag bleibt in Kraft bis nach Ablauf einer sechsmonatigen Frist, gerechnet von dem Tage ab, an dem einer der Vertragspartner die Absicht bekanntgibt, seine Gültigkeitsdauer zu beenden.

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 23. Januar 1960.

Zu Urkund dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Leipzig am 7. März 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher, vietnamesischer und französischer Sprache, wobei der deutsche und der vietnamesische Text gleichermaßen gültig sind. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung ist der französische Text als authentisch zu betrachten.

In Vollmacht
des Präsidenten der Deutschen
Demokratischen
Republik
(gez.) Rau

In Vollmacht
des Präsidenten der Demo-
kratischen Republik
Vietnam
(gez.) Phan Anh

Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam haben, von dem Wunsch geleitet, auch auf konsularischem Gebiet die Beziehungen zwischen beiden Staaten enger zu gestalten, beschlossen, den folgenden Vertrag abzuschließen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Dr. Lothar Bolz, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik,

der Präsident der Demokratischen Republik Vietnam

Herrn Pham Van Dong, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Demokratischen Republik Vietnam,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes festgelegt haben:

I.

ZULASSUNG DER KONSULN

Artikel 1

Die Vertragspartner werden in ihrem Gebiet gegenseitig Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln (im folgenden Konsuln

genannt) zulassen. Der Sitz der zu ernennenden Konsuln und ihrer Konsularbezirke wird durch besondere Vereinbarungen der Vertragspartner festgelegt.

Artikel 2

Die durch den Entsendestaat ernannten Konsuln nehmen ihre Tätigkeit nach Erteilung des Exequaturs durch den Empfangsstaat auf. In der Ernennungsurkunde muß der Konsularbezirk bezeichnet sein.

Artikel 3

(1) Die Tätigkeit der Konsuln endet durch Abberufung, durch Widerruf des Exequaturs und durch Todesfall.

(2) Bei Abberufung, Widerruf des Exequaturs, Todesfall und bei vorübergehender Abwesenheit oder anderweitiger Verhinderung der Tätigkeit eines Konsuls ist sein Stellvertreter befugt, die Dienstobliegenheiten des Konsuls wahrzunehmen, vorausgesetzt, daß seine amtliche Eigenschaft vorher dem zuständigen Organ des Empfangsstaates zur Kenntnis gebracht worden ist. Der mit der vorübergehenden Leitung des Konsulats beauftragte Stellvertreter wird alle Rechte, Vorrechte und Befreiungen genießen, die der vorliegende Vertrag dem Konsul gewährt.

II.

BEFREIUNGEN UND VORRECHTE DER KONSULN

Artikel 4

(1) Der Empfangsstaat garantiert den Konsuln und ihren Mitarbeitern einen reibungslosen Verlauf ihrer Amtstätigkeit. Die Organe des Empfangsstaates werden den Konsuln und ihren Mitarbeitern jede erforderliche Unterstützung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit gewähren.

(2) Die Amtsräume der Konsulate sind unverletzlich. In den Amtsräumen sowie in den Wohnungen der Konsuln werden die Organe des Empfangsstaates ohne Zustimmung der Konsuln keinerlei Zwangsmaßnahmen vornehmen.

(3) Die Konsulararchive sind unantastbar. Privatpapiere dürfen im Konsulararchiv nicht enthalten sein.

(4) Der amtliche Schriftwechsel ist unverletzlich und keiner Durchsicht unterworfen. Das gleiche gilt für Telegramme, Telefongespräche, Fernschreiben und Funkübermittlung.

(5) Die Konsuln haben beim Verkehr mit den Organen des Entsendestaates das Chiffrerecht und können für die Übermittlung den diplomatischen Kurierweg benutzen. Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für die Konsuln die gleichen Tarife wie für die diplomatischen Vertreter.

Artikel 5

Den Konsuln wird gestattet, das Wappen des Entsendestaates und eine ihr Amt bezeichnende Inschrift am Amtsgebäude anzubringen. Sie dürfen die Flagge des Entsendestaates auf dem Amtsgebäude und auf ihrem Wohnhaus aufziehen und an den von ihnen dienstlich benutzten Fahrzeugen anbringen.

Artikel 6

Die Konsuln und die Mitarbeiter, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, unterliegen bezüglich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

Artikel 7

Die Konsuln und ihre Mitarbeiter sind verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die nicht Gegenstand der dienstlichen Tätigkeit sind, vor den zuständigen Organen des Empfangsstaates Zeugnis abzulegen. Sind die Konsuln am Erscheinen verhindert, so werden sie in ihrer Wohnung vernommen oder haben ihre Aussage in schriftlicher Form zu machen. Die Ladung eines Konsuls darf für den Fall des Nichterscheins weder die Androhung von Strafen noch von anderen Zwangsmaßnahmen enthalten.

Artikel 8

(1) Die Konsuln und die Mitarbeiter, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, werden von militärischen und anderen Dienstleistungen sowie von direkten Steuern befreit. Die steuerliche Befreiung erstreckt sich nicht auf Einnahmen, die im Empfangsstaat erzielt werden.

(2) Grundstücke und Gebäude sind von militärischen und anderen Dienstleistungen nur dann befreit, wenn sie von den Konsuln und den Mitarbeitern, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, zu Amts- oder Wohnzwecken benutzt werden.

(3) Hinsichtlich der Zölle werden den Konsuln und den Mitarbeitern, die Staatsangehörige des Entsendestaates sind, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die gleichen Befreiungen gewährt, wie sie die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen genießen.

Artikel 9

Die Bestimmungen des Artikels 8 finden auf die mit den Konsuln zusammenlebenden Ehegatten und auf ihre minderjährigen Kinder entsprechende Anwendung.

III.

AMTSBEFUGNISSE DER KONSULN

Artikel 10

(1) Die Konsuln nehmen die Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Staatsangehörigen (Bürger und juristische Personen) wahr.

(2) Die Konsuln können sich in Ausübung ihrer Amtsbefugnisse an die staatlichen Organe in ihrem Konsularbezirk wenden; sie können bei diesen wegen Verletzungen der Rechte und Interessen des Entsendestaates sowie seiner Staatsangehörigen Einspruch erheben. Der Verkehr mit den zentralen Organen des Empfangstaates ist der diplomatischen Vertretung vorbehalten.

Artikel 11

Den Konsuln wird das Recht zuerkannt, die Staatsangehörigen des Entsendestaates, die sich ständig oder vorübergehend in ihrem Konsularbezirk aufhalten, zu registrieren.

Artikel 12

(1) Die Konsuln sind befugt, den Staatsangehörigen des Entsendestaates Pässe auszustellen.

(2) Die Konsuln erteilen die erforderlichen Visa zum Betreten oder Verlassen des Entsendestaates.

Artikel 13

Die Konsuln nehmen Anträge von fremden Staatsangehörigen und Staatenlosen auf Verleihung der Staatsangehörigkeit des Entsendestaates entgegen.

Artikel 14

Die Konsuln haben das Recht, in den Konsulaten, in ihren Wohnungen oder in den Wohnungen der Staatsangehörigen des Entsendestaates sowie an Bord der die Flagge oder das Hoheitszeichen dieses Staates führenden Schiffe oder Flugzeuge folgende Handlungen durchzuführen, sofern diese Handlungen nach den Gesetzen des Empfangsstaates nicht verboten sind:

1. Erklärungen von Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen oder zu beglaubigen;
2. letztwillige Verfügungen oder einseitige Rechtsgeschäfte der Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen, zu beglaubigen und zu verwahren;
3. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates aufzunehmen oder zu beglaubigen; ausgenommen sind Rechtsgeschäfte über die Begründung oder Übertragung von Rechten an im Empfangsstaat gelegenen Gebäuden und Grundstücken;
4. Rechtsgeschäfte zwischen Staatsangehörigen des Entsendestaates und solchen des Empfangsstaates aufzunehmen oder zu beglaubigen, wenn diese Rechtsgeschäfte ausschließlich Interessen auf dem Gebiet des Entsendestaates betreffen oder auf dem Gebiet dieses Staates erfüllt werden müssen;
5. Unterschriften von Staatsangehörigen des Entsendestaates auf jeder Art von Schriftstücken zu beglaubigen, Schriftstücke, die von den Organen oder Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgehen, zu legalisieren sowie Abschriften und Auszüge dieser Schriftstücke zu beglaubigen;
6. Übersetzungen von Schriftstücken, die von Organen und Amtspersonen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgehen, zu beglaubigen;
7. Vermögen und Schriftstücke von Staatsangehörigen des Entsendestaates oder für diese in Verwahrung zu nehmen;
8. andere Handlungen, die ihnen vom Entsendestaat übertragen werden.

Artikel 15

Die im Artikel 14 genannten Schriftstücke, Abschriften, Übersetzungen oder Auszüge aus ihnen, die vom Konsul aufgenommen oder beglaubigt worden sind, haben im Empfangsstaat dieselbe rechtliche Bedeutung und Beweiskraft, wie wenn sie von den zuständigen Organen und Amtspersonen des Empfangsstaates aufgenommen, übersetzt oder beglaubigt worden sind.

Artikel 16

(1) Stirbt ein Staatsangehöriger des Entsendestaates im Konsularbezirk, so wacht der Konsul darüber, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die berechtigten Interessen der Erben zu wahren.

(2) Die Konsuln sind von den Behörden ihres Konsularbezirks über Todesfälle von Staatsangehörigen des Entsendestaates und von bereits eingeleiteten und noch vorgesehenen Maßnahmen zur Nachlaßregelung zu unterrichten.

Artikel 17

(1) Die Feststellung, Sicherstellung und Versiegelung des Nachlasses obliegt den örtlichen Behörden. Auf Ersuchen des Konsuls haben sie die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung des Nachlasses zu treffen. Der Konsul kann zugegen sein, wenn die örtlichen Behörden Maßnahmen zur Feststellung und Sicherstellung des Nachlasses treffen, und an der Aufnahme des Nachlaßverzeichnisses sowie an der Siegelung teilnehmen. Er hat das Recht, sich den beweglichen Nachlaß, einschließlich der Schriftstücke des Verstorbenen, von den örtlichen Behörden aushändigen zu lassen, auch wenn sie von diesen sichergestellt worden sind.

(2) Bis zur Übergabe des Nachlasses an die Erben oder bis zu seiner Absendung ins Ausland sind aus dem Nachlaß die festgelegten Gebühren zu begleichen und andere gegenüber dem Nachlaß erhobene und bewiesene Ansprüche einzelner Erben oder anderer Personen, die im Empfangsstaat des Konsuls leben, zu befriedigen. Diese Verpflichtungen des Konsuls erlöschen, wenn nicht im Verlauf von sechs Monaten nach dem Todestag des Erblassers dem Konsul nachgewiesen wird, daß die Ansprüche anerkannt oder eingeklagt worden sind.

(3) Der unbewegliche Nachlaß wird nach den Gesetzen des Staates behandelt, in dem er sich befindet.

Artikel 18

(1) Die Konsuln können entsprechend dem Recht des Entsendestaates Eheschließungen vornehmen, wenn beide Eheschließende Staatsangehörige des Entsendestaates sind.

(2) Das zuständige Organ des Empfangsstaates ist über die Eheschließung zu unterrichten.

Artikel 19

(1) Die Konsuln können entsprechend dem Recht des Entsendestaates Geburten und Todesfälle von Staatsangehörigen des Entsendestaates beurkunden.

(2) Das zuständige Organ des Empfangsstaates ist über die Geburten und Todesfälle zu unterrichten.

Artikel 20

Die Konsuln können Vormünder und Pfleger für Staatsangehörige des Entsendestaates und für deren Vermögen bestellen, soweit sie nach dem Recht des Entsendestaates dazu befugt sind. Sie sind berechtigt, in diesen Fällen die Führung der Vormundschaft und Pflegschaft zu beaufsichtigen.

Artikel 21

(1) Die Konsuln sind befugt, den Schiffen des Entsendestaates jedmöglichen Beistand zu leisten. Insbesondere können sie sich mit der Schiffsbesatzung und den Fahrgästen in Verbindung setzen, die Schiffspapiere überprüfen, Protokolle über die Ladung und den Zweck der Reise und über besondere Zwischenfälle aufnehmen. Die Konsuln unterstützen die Kapitäne bei der Aufrechterhaltung der Ordnung an Bord. Die Organe des Empfangsstaates haben dem Konsul oder dem Kapitän auf Verlangen hierbei Unterstützung und Hilfe zu gewähren.

(2) Beabsichtigen die Organe des Empfangsstaates die Durchführung von Zwangsmaßnahmen auf Handelsschiffen des Entsendestaates, so muß der Konsul vorher darüber benachrichtigt werden. Er kann bei diesen Maßnahmen anwesend sein. Das gilt nicht für Zoll-, Paß- und Gesundheitskontrollen des Schiffes, der Besatzungsmitglieder und der Fahrgäste vor der Freigabe des Schiffes oder vor Verlassen des Hafens.

(3) Bei Katastrophen oder Havarien der Schiffe des Entsendestaates sind die Konsuln befugt, Maßnahmen zur Hilfeleistung für die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste des Schiffes, zur Sicherstellung der Frachten und zur Reparatur des Schiffes zu ergreifen oder die Organe des Empfangsstaates darum zu ersuchen.

(4) Bei Katastrophen oder Havarien der Schiffe des Entsendestaates benachrichtigen die Organe des Empfangsstaates unverzüglich den zuständigen Konsul und unterrichten ihn gleichzeitig

über die zur Rettung von Menschen, des Schiffes und der Fracht getroffenen Maßnahmen. Die Organe des Empfangsstaates gewähren dem Konsul die erforderliche Unterstützung bei der Durchführung von Maßnahmen, die er im Zusammenhang mit Katastrophen oder Havarien von Schiffen des Entsendestaates einleitet.

(5) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Schiffskatastrophen oder Havarien in anderen Übereinkommen bleiben von diesem Artikel unberührt.

Artikel 22

(1) Die Konsuln sind befugt, den Flugzeugen des Entsendestaates jedmöglichen Beistand zu leisten. Insbesondere können sie im Falle einer Notlandung die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste beim Verkehr mit den zuständigen Organen des Empfangsstaates unterstützen und geeignete Maßnahmen zur Fortsetzung der Reise ergreifen.

(2) Bei Katastrophen oder Unfällen der Flugzeuge des Entsendestaates sind die Konsuln befugt, Maßnahmen zur Hilfeleistung für die Besatzungsmitglieder und Fahrgäste des Flugzeuges, zur Sicherstellung der Frachten und zur Reparatur der Flugzeuge zu ergreifen oder die Organe des Empfangsstaates darum zu ersuchen.

(3) Bestimmungen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Flugzeugkatastrophen oder Unfällen in anderen Übereinkommen bleiben von diesem Artikel unberührt.

IV.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 23

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Rechte und Pflichten der Konsuln finden auf die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung, die mit der Ausübung konsularischer Befugnisse beauftragt worden sind, entsprechende Anwendung. Dadurch werden die diplomatischen Vorrechte und die Immunität dieser Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung nicht berührt.

(2) Der direkte Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates wird durch gegenseitige Übereinkommen von den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der Vertragspartner geregelt.

Artikel 24

Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Hanoi. Der Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.*

Artikel 25

Der vorliegende Vertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Wenn der Vertrag sechs Monate vor Ablauf dieser Frist durch einen der Vertragspartner nicht gekündigt worden ist, bleibt er mit der vorgesehenen Kündigungsfrist jeweils für weitere fünf Jahre in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 9. Oktober 1959 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in vietnamesischer Sprache. Beide Texte sind gleichermaßen gültig.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragspartner diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

In Vollmacht
des Präsidenten der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Dr. Lothar Bolz

In Vollmacht
des Präsidenten der
Demokratischen Republik
Vietnam
(gez.) P V Dong

* Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 30. März 1960, der Vertrag trat am 30. April 1960 in Kraft.

ANHANG

ZEITTAFEL

Die Zeittafel stellt eine Ergänzung der Dokumentation dar; sie enthält im allgemeinen nur solche Fakten, die weder als Dokument noch als Pressemeldung im vorliegenden Band erscheinen. Bei größeren Komplexen wird der Fakt als solcher in der Zeittafel gebracht, die Einzelheiten (Erklärungen, Reden usw.) sind im Dokumententeil zu finden

1958 (Nachtrag)

- 1. 12. Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam über den Waren- und Zahlungsverkehr für die Jahre 1959 bis 1960
- 13. 12. Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der VAR für die Jahre 1959 bis 1961
- 19. 12. Handelsvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und vier dänischen Wirtschaftsorganisationen für das Jahr 1959
- 30. 12. Handelsvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Norsk Kompensasjonsselskap A/S, Oslo, für das Jahr 1959

1959

- 1. 1. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der französischen Luftfahrtgesellschaft Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux, Paris, (TAI) in Kraft. Die TAI befliegt ein Streckennetz von 80 000 Kilometer Fluglinien nach Nord- und Westafrika, Madagaskar, Europa, dem Mittleren Osten, Südostasien, Australien und dem Pazifik

Anfang Januar Besprechungen zwischen Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in Berlin über Fragen der weiteren technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Es wird vereinbart, insbesondere auf den Gebieten der Entwicklung der Zellulosegewinnung und der Zellwoll- und Kunstfaserindustrie eng zusammenzuarbeiten, ferner auf den Gebieten der Gewinnung von hüttenfähigem Koks aus Braunkohle, der Elektrifizierung des nordkoreanischen

Eisenbahnnetzes sowie der Ausbildung von qualifizierten Kadern für die Drucktechnik

- 4./29. 1. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl besucht die Vereinigte Arabische Republik (4.–7. 1.), die Republiken Irak (8.–11. 1.) und Indien (12.–16. 1.) sowie die Demokratische Republik Vietnam (17.–22. 1.) und die Volksrepublik China (22.–29. 1.). In Kairo wird eine Vereinbarung über die Errichtung von Generalkonsulaten in Berlin und Kairo getroffen. Präsident Nasser verleiht Ministerpräsident Otto Grotewohl den höchsten ägyptischen Orden „Kordon des Nils“, auch seine Begleitung wird mit hohen Orden ausgezeichnet – Gemeinsame Erklärungen siehe S. 329 ff., 369 f. und 535 ff.
- 7./9. 1. Zweite Tagung der Programmdirektoren des Fernsehens der Mitgliedstaaten der OIR (Organisation der internationalen Rundfunkverbände) in Berlin. Der OIR gehören die sozialistischen Länder, die Republik Finnland und die VAR an. Es werden Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit und des Austausches von Fernsehprogrammen beschlossen. Die Vertreter des Fernsehens der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der CSR treffen Vereinbarungen über die Erweiterung des Austausches von Direktsendungen
9. 1. Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übergibt auf einer internationalen Pressekonferenz der Öffentlichkeit ein Memorandum zur Berlinfrage, das die Antwortnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Januar (siehe S. 11 ff.) auf die Berlinnote der Regierung der Sowjetunion vom 27. November 1958 durch den geschichtlichen Tatsachenbeweis über die Entwicklung nach 1945 und durch die Darstellung der derzeitigen Lage in Westberlin ergänzt
9. 1. Arbeitsplan für das Jahr 1959 zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik unterzeichnet
- 11./15. 1. Delegation des Präsidiums des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes mit Präsident Dr. Janouch an der Spitze weilt zu Verhandlungen mit dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in Dresden. Die Vertreter beider Rotkreuz-Gesellschaften unterzeichnen im Verlauf der Verhandlungen eine

Vereinbarung über weitere Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand

- 12./15. 1. Polnische Expertendelegation unter Leitung des Vizeministers Piróg vom Ministerium für Bauwesen und Baustoffindustrie der Volksrepublik Polen führt in Berlin Besprechungen über die weitere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
26. 1. Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Sambu, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik, Johannes Dick, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens
4. 2. Übergabe der von der Sowjetunion geretteten Werksammlung des VEB Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen. Es handelt sich um über 6000 kostbare figürliche Porzellane und Ziervasen aus der 250jährigen Geschichte der Manufaktur
11. 2. Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, überreicht in seinem Amtssitz Herrn Rudi Jahn, den er auf Vorschlag des Ministerrates zum Außerordentlichen Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien ernannt hat, Berufungsurkunde und Beglaubigungsschreiben
– 17. März: Vorsitzender des Präsidiums der Bulgarischen Nationalversammlung, Dimitr Ganew, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien, Rudi Jahn, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens
11. 2. Die Republik Ghana erklärt durch offiziellen Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten ihre Zustimmung zur Errichtung einer Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik mit konsularischen Rechten und Befugnissen in Accra (s. S. 363)
13. 2. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt die Labour-Abgeordneten des britischen Unterhauses Mrs. Lena Jeger, Mr. Sydney Silverman, Mr. Malcolm K. Macmillan, Mr.

Leo Abse und Mr. Fred T. Willey, die auf Einladung des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, in die Deutsche Demokratische Republik gekommen sind, um mit Politikern der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere mit Mitgliedern der Regierung und der Volkskammer, Gespräche über die sowjetischen Vorschläge zur Berlinfrage und zur Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu führen und Gedanken auszutauschen

16. 2. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der zivilen Luftfahrtverwaltung der Volksrepublik China für das staatliche Luftverkehrsunternehmen „Minhanduy“ in Kraft
18. 2. Plan für die kulturelle Zusammenarbeit im Jahre 1959 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik unterzeichnet
19. 2. Übereinkommen zwischen der Deutschen Reichsbahn und den Schwedischen Staatsbahnen über den gemeinsamen Fährverkehr zwischen Saßnitz und Trelleborg
19. 2. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der griechischen Luftfahrtgesellschaft Olympic Airways in Kraft
23. 2. Arbeitsplan für das Jahr 1959 zum Kulturabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam abgeschlossen
26. 2. Plan der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für das Jahr 1959 unterzeichnet
28. 2. Protokoll zwischen Vertretern der Eisenbahnen der Deutschen Demokratischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik Polen über die Einrichtung einer Schnelltriebwagenverbindung zwischen Berlin und Brest mit Beginn des Sommerfahrplanes am 31. Mai 1959
- Februar V. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erdöl- und Gasindustrie der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Bukarest.

Die Tagung behandelt die Ergebnisse der im Jahre 1958 geleisteten Arbeit und bestätigt den Arbeitsplan der Kommission für 1959. Die Kommission erörtert u. a. Maßnahmen, die mit dem Bau der Erdölfernleitungen und der neuen erdölverarbeitenden Werke zusammenhängen

- 5./11. 3. Delegation des finnischen Reichstages unter Leitung des Reichstagspräsidenten Fagerholm weist auf Einladung des Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, in der Deutschen Demokratischen Republik
16. 3. Der Erste Sekretär des ZK der KPC und Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Antonín Novotný, empfängt den Ersten Sekretär des ZK der SED und Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf der Prager Burg zu einer Unterredung über beide Länder interessierende Fragen. Beide Seiten betonen bei dieser Gelegenheit die hervorragende Bedeutung des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland für die Völker beider Länder sowie für Frieden und Sicherheit in Europa und der ganzen Welt
19. 3./3. 4. Delegation des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Wilhelm Girnus in der Republik Irak (Siehe S. 370 ff.)
21. 3. Protokoll zwischen dem Minister für Verkehr der Deutschen Demokratischen Republik, Erwin Kramer, und dem Minister für Industrie der ägyptischen Region der VAR, Fathi Rizk, über die bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit in Schiffsfragen und über die Vorschläge für eine weitere Verbesserung der Arbeit. (Abschluß der im Schiffsverkehrsabkommen DDR/VAR – siehe Band VI, S. 477 – festgelegten halbjährlichen Sitzung der gemischten Kommission in Kairo)
- 23./26. 3. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Maschinenbaus des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Prag. Zum Abschluß der Tagung wird ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt: „Die Kommission hat die Ergebnisse der im verflossenen Zeitraum durchgeführten Arbeit zusammengefaßt. Hierbei wurden die positiven Ergebnisse und der bedeutende wirtschaftliche Nutzen der Koordinierung der Pläne der wissenschaftlichen Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten auf dem Gebiet des Maschinenbaus festgestellt“

Zeittafel

24. 3. Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Libanon um ein weiteres Jahr verlängert. Das Volumen des beiderseitigen Warenaustausches für 1959 soll je 7 Mill. libanesischen Pfund betragen
25. 3. Plan für die Erfüllung des Abkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien auf dem Gebiete des Gesundheitswesens für das Jahr 1959 unterzeichnet. – Wortlaut des Abkommens siehe Band VI, S. 282 ff.
- 6./11. 4. Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, weilt auf Einladung des Studentenverbandes Clarté in Schweden und hält Vorträge über das Deutschland- und Berlin-Problem an den Universitäten von Stockholm, Uppsala und Lund.
– 7. April: Der schwedische Ministerpräsident Erlander empfängt Oberbürgermeister Ebert zu einer Unterredung über das Deutschland- und Berlin-Problem sowie über die Beziehungen zwischen Schweden und der Deutschen Demokratischen Republik
8. 4./14. 5. Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung von Volkskammerpräsident Dr. h. c. Johannes Dieckmann besucht die Republiken Irak, Indien und Ceylon sowie die Demokratische Republik Vietnam, die Volksrepublik China und die Koreanische Volksdemokratische Republik
- 14./21. 4. II. Tagung der Ständigen Kommission für Fragen des Transports des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Warschau. Im Zusammenhang mit der schnellen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft in den sozialistischen Ländern und ihrem ständig steigenden Warenaustausch befaßt sich die Kommission mit der Entwicklung des Straßen-, Wasser- und Lufttransports und der Sicherung des Ladegutes sowie mit der erweiterten Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Ländern
16. 4. Der Lord-Mayor von London, Sir Harold Gillett, empfängt zum ersten Male eine Delegation aus der Deutschen Demokratischen Republik. Die Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Halle, Konecny und Hannich, sowie der Leiter des Sektors Musik im Ministerium für Kultur, Dr. Uszkoreit, überreichen dem Repräsentanten der britischen Hauptstadt einen Freundschaftsbrief vom Oberbürgermeister der

Geburtsstadt Handels, Halle, an das Oberhaupt der Stadt, in der Händel jahrzehntelang gewirkt und gelebt hat und in der er begraben liegt

20. 4. Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik an den Präsidenten der ECE, Prof. Dr. Oskar Lange, anlässlich des Beginns der XIV. Tagung der UN-Wirtschaftskommission für Europa in Genf weist darauf hin, daß die Deutsche Demokratische Republik auf ihrem Recht auf vollberechtigte Mitarbeit in der Kommission bestehe und von den Organen der Wirtschaftskommission konstruktive Vorschläge zur Beseitigung der gegenwärtigen anomalen Lage erwarte
20. 4. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der britischen Luftfahrtgesellschaft British European Airways (BEA) in Kraft
- 20./24. 4. VI. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der chemischen Industrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin. Die Kommission behandelt wichtige Fragen der Rohstoffversorgung der chemischen Industrie der Teilnehmerländer des Rates und nimmt Empfehlungen zur künftigen Erweiterung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe an, die die Entwicklung der chemischen Industrie in den Jahren 1959 bis 1965 beschleunigen werden
- 22./24. 4. Konstituierende Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Leicht- und Lebensmittelindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Prag. Außer Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und aller anderen volksdemokratischen Länder Europas wohnen der Tagung Beobachter aus der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam bei
29. 4./6. 5. Militärdelegation der Volksrepublik China unter Leitung von Verteidigungsminister Marschall Peng Teh-huai weilt zu einem Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erwidert den Besuch einer Delegation

der Nationalen Volksarmee in der Volksrepublik China im September 1957

- April Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Bauwesens des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin. Auf der Tagung werden die von den Sektionen ausgearbeiteten Empfehlungen beraten, und zwar über den Stand und die Perspektiven der Entwicklung der Produktion der wichtigsten Baustoffe in den Teilnehmerländern des Rates für die Jahre 1959 bis 1965; über den Stand und die Aufgaben zur Entwicklung der Produktion von Stahlbeton- und Spannbetonfertigteilen; über die wichtigsten Entwicklungseinrichtungen der Mechanisierung im Bauwesen; über Maßnahmen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Projektierung und über die Ausarbeitung von Grundsätzen und die Methodik der Gebietsplanung
6. 5. Auf einer vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik am Vorabend der Genfer Konferenz veranstalteten internationalen Pressekonferenz geben der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Otto Winzer, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Polen, Roman Piotrowski, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der ČSR, Otto Klička, im offiziellen Auftrag ihrer Regierungen scharfgehaltene Grundsatzserklärungen gegen die verstärkte revanchistische und chauvinistische Propaganda und Hetze aus Westdeutschland ab
- 7./15. 5. Sorbische Delegation unter Leitung des Mitgliedes der Volkskammer Wilhelm Koenen in Wales und London
8. 5. Irakisch-Deutsche Gesellschaft in Bagdad gegründet. Ziel der Gesellschaft ist die Pflege und Entwicklung der Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten
- 11.5./20.6. Konferenz der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der USA, Großbritanniens und
- 13.7./5.8. Frankreichs tagt in Genf unter Beteiligung von Delegationen beider deutscher Staaten. Damit ist die Deutsche Demokratische Republik von den Westmächten de facto anerkannt. Der Leiter der DDR-Delegation, Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz, stellt fest, daß nunmehr die Zeiten vorbei seien, in denen die Großmächte ohne das deutsche Volk Entscheidungen über Deutschland treffen konnten (Siehe S. 147 ff.)

13. 5. ADN: Die britische Nachrichtenagentur Reuter, eine der ältesten Nachrichtenagenturen der Welt, hat im demokratischen Berlin ein Büro eröffnet. Sie ist die erste Agentur des westlichen Auslands, die in der Deutschen Demokratischen Republik eine Vertretung eingerichtet hat. Der Leiter des Büros, Mr. Peter B. Johnson, ist beim Außenministerium der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik akkreditiert
15. 5. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der französischen Luftfahrtgesellschaft Union Aéro-maritime de Transport (UAT) in Kraft. Die UAT befliegt ein Streckennetz von insgesamt 52000 Kilometern nach Nordafrika, Kamerun, Rhodesien, Französisch-Äquatorialafrika und zur Südafrikanischen Union
- 15./24. 5. Delegation des Kongresses der Republik Kolumbien unter Leitung von Dr. Horacio Rodriguez Plata weilt auf Einladung des Präsidiums der Volkskammer zu einem offiziellen Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik. Kolumbien ist der erste lateinamerikanische Staat, der eine Parlamentsdelegation in die Deutsche Demokratische Republik entsendet.
- 23. Mai: Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt die kolumbianische Delegation, ebenso der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz
16. 5. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Heinrich Rau empfängt die in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden französischen Abgeordneten Pierre Bloch (ehem. Minister) und Charles Baur. Es findet ein Meinungsaustausch über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Frankreich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet statt
- 16./26. 5. Fünf Außenhandelsunternehmen der Deutschen Demokratischen Republik zeigen im Rahmen einer Fachausstellung in Helsinki Industrieerzeugnisse der Deutschen Demokratischen Republik auf einer Ausstellungsfläche von 2000 qm
19. 5. Eine Vertretung der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik wird in London eröffnet. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte ist der bisherige Vizepräsident der Kammer für Außenhandel, Kurt Wolf, beauftragt worden

25. 5. Das in Schanghai eingerichtete Generalkonsulat der Deutschen Demokratischen Republik nimmt seine Tätigkeit auf. Zum amtierenden Leiter wurde Konsul Hermann Ackermann ernannt
27. 5. Protokoll über die Tagung der gemischten Kommission des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik und des Ministeriums für Außenhandel der Volksrepublik Polen. Im Ergebnis der Verhandlungen wird eine Erhöhung des gegenseitigen Warenaustausches für 1959 festgelegt und eine Vereinbarung über den Austausch von Konsumgütern zwischen den Grenzbezirken beider Länder abgeschlossen
28. 5. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt die britischen Unterhausabgeordneten der Labour Party Konni Zilliacus, Ian Mikardo und Robert Edwards. Walter Ulbricht beantwortet die Fragen der britischen Politiker über den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß es wünschenswert ist, die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und allen friedliebenden Kräften in Deutschland und Großbritannien auf Grund des Prinzips der friedlichen Koexistenz weiter zu entwickeln
28. 5. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Gesundheitswesen, Max Seifert, gibt für den in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden Sozialminister der Republik Finnland, Frau Simonen, einen Abendempfang
30. 5. Expertenkonferenz über den Bau der mehr als 4000 Kilometer langen Erdölleitung von der Sowjetunion nach Polen, in die Deutsche Demokratische Republik, in die ČSR und nach Ungarn wird in Warschau beendet. Die Konferenz, an der Fachleute aus den Ländern teilnehmen, in die die Erdölleitung führen wird, erörtert das Generalprojekt für den Leitungsbau, das von sowjetischen Ingenieuren ausgearbeitet worden ist. Der Plan sieht vor, daß die Leitung, von den Erdölfeldern im Wolgagebiet ausgehend, bis Belorussland führen und von dort in zwei Armen nach Polen und in die Deutsche Demokratische Republik sowie in die ČSR und nach Ungarn gehen wird
- 1./8. 6. Das nationale „Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik des Internationalen Theaterinstituts“ wird auf

dem in Helsinki stattfindenden 8. Kongreß des Internationalen Theaterinstituts (ITI) vom Exekutivrat der Organisation einstimmig als Mitglied aufgenommen. Das ITI ist eine der wichtigsten Organisationen, die durch Übereinkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) verbunden sind. An dem Kongreß des ITI nimmt eine Delegation des nationalen Zentrums der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung von Intendant Wolfgang Langhoff teil

- 1./10. 6. Ordentliche Konferenz der Organisation für Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS) in Berlin. Zum Vorsitzenden wird der Minister für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, Friedrich Burmeister, gewählt. Die Konferenz erörtert Fragen der Erweiterung, Verbesserung und Entwicklung des Postwesens, des drahtgebundenen Fernmeldewesens, des Funkwesens sowie des Planes über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens zwischen den sozialistischen Ländern
6. 6. ADN: Der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik Dr. h. c. Paul Wandel übergab dem Botschafter des Königreiches Kambodscha, Leng Ngeth, in Peking im Auftrage von Ministerpräsident Grotewohl eine Botschaft an den Ministerpräsidenten von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk. Mit der Botschaft wird eine der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf diplomatischem Wege übermittelte Erklärung der königlichen Regierung von Kambodscha über die Aufdeckung des Komplotts gegen die Unabhängigkeit und Neutralität Kambodschas beantwortet. In der Botschaft wird das Komplott als einer der abenteuerlichen Anschläge der imperialistischen Mächte auf den Frieden und die Souveränität bewertet und die Gewißheit zum Ausdruck gebracht, „daß es dem Khmer-Volk gelingen wird, alle Anschläge der imperialistischen Kräfte auf die nationale Unabhängigkeit des Königreiches Kambodscha zu vereiteln“ (Siehe S. 380)
- 16./25. 6. Expertenkonferenz der Kommission für Fragen der Elektrifizierung und Einführung der vollkommenen Arten der Zugbeförderung bei der Organisation für Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder (OSShD) in Moskau. Im Mittelpunkt der Beratungen steht der Erfahrungsaustausch über die Anwendung von Eisenbetonkonstruktionen sowie über die Organisation von Baumontage-

arbeiten und ihre Mechanisierung bei der Elektrifizierung der Eisenbahnen

17. 6. Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der ČSR und der Volksrepublik Polen über die Konstituierung und Unterhaltung eines „Internationalen Schiedsgerichts für See- und Binnenschifffahrt in Gdynia“. Dieses Schiedsgericht ist die erste von den Handelskammern mehrerer sozialistischer Länder gegründete Arbitrageeinrichtung auf dem Gebiet der See- und Binnenschifffahrt
19. 6. Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über den Warenaustausch für das Jahr 1959
19. 6. Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und mehrere Mitglieder des Ältestenrates der Volkskammer empfangen im Gebäude der Volkskammer eine auf Einladung der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland in der Deutschen Demokratischen Republik weilende Gruppe schwedischer Reichstagsabgeordneter. Sprecher der Gruppe ist der Oberpfarrer der größten Gemeinde Stockholms, Probst Vertil Mogard. Der Gruppe gehören weiter drei Mitglieder der Sozialdemokratischen und ein Mitglied der Kommunistischen Partei an
- 23./30. 6. Minister Prof. Dr. Werner Winkler, Leiter des Sektors Chemische Industrie in der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik, weilt auf Einladung britischer Wirtschaftskreise in Großbritannien
25. 6. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der kanadischen Luftfahrtgesellschaft Trans Canada Airlines (TCA) in Kraft
25. 6./4. 7. Delegation des Sejm der Volksrepublik Polen unter Leitung des Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Witold Jarosinski in der Deutschen Demokratischen Republik
27. 6. Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft zwischen Indonesien und der Deutschen Demokratischen Republik in Djakarta gegründet. Die Gesellschaft will die indonesische Bevölkerung mit dem Leben und Kampf der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik vertraut machen.

Zum Vorsitzenden wird Professor Dr. Sutarman, Stellvertreter des Dekans der Medizinischen Fakultät der Universität Indonesia in Djakarta, gewählt

29. 6. Erster Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, empfängt eine Gruppe von 36 Wissenschaftlern, Geistlichen, Künstlern, Publizisten und Angehörigen anderer Berufe aus allen Teilen der USA zu einer längeren Aussprache, um die die Mitglieder der Delegation, die sich im Rahmen eines „Friedensseminars“ auf einer Reise durch Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Polen, die ČSR und die Sowjetunion befindet, gebeten hatten
30. 6. Plan der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität und der Humboldt-Universität zu Berlin für das Jahr 1959 in Berlin verabschiedet
9. 7. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik beschließt, den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Johannes König, zum Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik zu berufen
9. 7. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der syrischen Luftfahrtgesellschaft Syrian Airways Company in Kraft
- 10./16. 7. Eine Gruppe von Parlamentariern der Abgeordneten-kammer der Republik Peru unter Leitung von Universitätsprofessor Rechtsanwalt Roberto Ramirez del Villar in der Deutschen Demokratischen Republik
14. 7. Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters Georg Stibi nimmt an den Feierlichkeiten anlässlich des 1. Jahrestages der irakischen Revolution in der Republik Irak teil
– 14. Juli: Ministerpräsident Otto Grotewohl empfängt in Berlin den Minister für Erziehung der Republik Irak, Prof. Muhiddin Abdul Hamid, zu einem Gedankenaustausch über die Fragen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der Republik Irak und ihrer weiteren Entwicklung

- 16./25. 7. Konferenz der Internationalen Rundfunkorganisation (OIR) in Helsinki. An der Konferenz nehmen rund 60 Vertreter aus europäischen und asiatischen Ländern sowie Beobachter aus Marokko, Jugoslawien, Guinea und den USA teil – 20. Juli: Die OIR beschließt, als erste internationale Organisation nach dem Kriege, ab sofort Deutsch als offizielle Sprache neben die bisherigen Sprachen der Organisation, Russisch, Chinesisch, Französisch und Englisch, treten zu lassen. Sie entspricht damit einem Antrag des Staatlichen Rundfunkkomitees der Deutschen Demokratischen Republik
- 18./30. 7. Der Bevollmächtigte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die arabischen Staaten, Botschafter Richard Gyptner, weilt in Rabat und vom
- 1./7. 8. in Tunis. Er führt mit dem Ministerpräsidenten und Außenminister des Königreiches Marokko, Ibrahim, sowie mit führenden Persönlichkeiten der Regierung der Republik Tunesien Besprechungen über gemeinsam interessierende Fragen. Dabei werden Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an den Ministerpräsidenten des Königreiches Marokko und an den Präsidenten der Republik Tunesien überreicht. Es wird vereinbart, daß über die in den Beratungen behandelten Fragen weitere Besprechungen stattfinden sollen
4. 8. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Räu, empfängt den in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden ehemaligen Vizepräsidenten der Republik Chile, Guillermo Pedregal. Es werden Gespräche zur Förderung des gegenseitigen Warenaustausches geführt, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen
7. 8. Die auf Vorschlag des Ministerrates vom Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, ernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter Eduard Claudius-Schmidt (für die Demokratische Republik Vietnam) und Walter Vesper (für die Ungarische Volksrepublik) nehmen ihre Ernennungsurkunden und die Beglaubigungsschreiben entgegen. Den neuernannten Botschaftern werden gleichzeitig die Abberufungsschreiben für die bisherigen Botschafter Rudolf Pfützner in der Demo-

kratischen Republik Vietnam und Rudolf Helmer in der Ungarischen Volksrepublik überreicht. Rudolf Pfützner und Rudolf Helmer übernehmen verantwortliche Funktionen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

- 18. August: Der Vorsitzende des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, István Dobi, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Ungarischen Volkrepublik, Walter Vesper, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens

- 27. August: Präsident Ho Chi Minh empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam, Eduard Claudius-Schmidt, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens

17. 8. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der kanadischen Luftfahrtgesellschaft Canadian Pacific Air Lines (CPAL) in Kraft

25. 8. Präsident Wilhelm Pieck übergibt dem bisherigen Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, Generalmajor Rudolf Dölling, den er auf Vorschlag des Ministerates zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ernannt hat, die Berufungsurkunde und das Beglaubigungsschreiben

- 4. September: Der stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Mirso Rachmatow, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Rudolf Dölling, zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens

27. 8./4. 9. Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer und Oberbürgermeisters von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, nimmt am 48. Kongreß der Interparlamentarischen Union in Warschau teil

1. 9. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der brasilianischen Luftfahrtgesellschaft Panair do Brasil in Kraft

5./9. 9. Indonesische Parlamentsdelegation unter Leitung des Mitglieds der Nationalpartei Soedarsono in der Deutschen Demokratischen Republik

10. 9. Der Stellvertreter des Außenministers der VAR, Hussein Sulficar Sabri, empfängt den Bevollmächtigten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die arabischen Staaten, Botschafter Richard Gyptner, gemeinsam mit dem Generalkonsul der Deutschen Demokratischen Republik in der VAR, Martin Bierbach, der dem Minister einen Brief des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VAR, Mahmoud Fawzi, und sein Konsularpatent überreicht (Siehe S. 123 ff.)
- 22. September: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Republik, Dr. Mahmoud Fawzi, erteilt dem Generalkonsul der Deutschen Demokratischen Republik in der VAR, Martin Bierbach, das Exequatur
- Sept. Delegationen des Senats der Französischen Republik wei-
und Okt. len in der Deutschen Demokratischen Republik
11. 9. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, empfängt den Minister für Handel der Republik Ceylon, R. G. Senanayake, der auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin weilt. Es findet ein Meinungsaustausch über die Möglichkeiten und die Vorteilhaftigkeit der Aufnahme direkter Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ceylon statt
14. 9. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der zypriotischen Luftfahrtgesellschaft Cyprus Airways Ltd. in Kraft
21. 9. Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Sepp Schwab empfängt den Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft der Republik Ghana, A. J. Dowuona Hammond, zu einer Unterredung über Fragen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana
21. 9. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der britischen Luftfahrtgesellschaft British Overseas Airways Corporation (BOAC) in Kraft
- 27.9./8.10. Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Mitglieds des Polit-

büros des ZK der SED und 1. Stellvertreters des Präsidenten der Volkskammer, Hermann Matern, anlässlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China in Peking'

1. 10. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der sudanesischen Luftfahrtgesellschaft Sudan Airways in Kraft
2. 10. Vorsitzender der CDU-Fraktion der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Gerald Götting, eröffnet in Stockholm die Ausstellung „Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik“, die auf einer Fläche von 800 qm einen Überblick über die friedliche Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik, ihre Gesellschaftsform sowie über die kulturelle Entwicklung und das Bildungswesen gibt. Ähnliche Ausstellungen werden in den Hauptstädten zahlreicher sozialistischer und kapitalistischer Länder veranstaltet, so u. a. in Bukarest, Hanoi, Neu Delhi und Helsinki
5. 10. Mongolisch-Deutsche Freundschaftsgesellschaft in Ulan-Bator gegründet
7. 10. An den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nehmen Delegationen aus über 50 Ländern teil: Partei- und Regierungsdelegationen aus sämtlichen Ländern des sozialistischen Lagers, ferner Regierungsdelegationen aus Jugoslawien, dem Irak und Guinea, Delegationen der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 20 kapitalistischen Ländern, außerdem Delegationen aus Algerien, Australien, Brasilien, Chile, Ceylon, Finnland, Frankreich, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Indonesien, Irak, Italien, Kamerun, Kenia, Luxemburg, Norwegen und der Schweiz. Im Ausland finden anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche Festveranstaltungen statt, darunter auch in vielen nichtsozialistischen Ländern
14. 10. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, gibt zu Ehren des in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden Ministers für Handel und Industrie der Fédération du Mali (Franz. Sudan und Senegal), N'Douré Hamaciré, im Gästehaus der Regierung ein Essen

- 19./29.10. III. Konferenz der Leiter der Zollverwaltungen aller sozialistischen Länder in Berlin. Die Konferenz beschäftigt sich mit Fragen der Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der sozialistischen Staaten mit dem Ziel einer noch wirksameren Sicherung des Außenhandels- und Valutamonomopols im grenzüberschreitenden Güter- und Reiseverkehr. Die Teilnehmer kommen überein, Maßnahmen zur maximalen Beschleunigung des Güter- und Reiseverkehrs durch Einschränkung und Vereinfachung der administrativen Kontrolle unter höchstmöglicher Wahrung der Kontrollsicherheit zu veranlassen
22. 10. Vereinbarung zwischen der Deutschen Notenbank der Deutschen Demokratischen Republik und dem Banco do Brasil, Rio de Janeiro, für das Jahr 1960 – Wortlaut: Der Außenhandel, Berlin, Nr. 23/59, S. 26
26. 10. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt eine Delegation griechischer Parlamentarier, die eine zehntägige Reise durch die Deutsche Demokratische Republik unternommen haben, zu einer Aussprache, in der die Frage der Entwicklung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten erörtert wird
30. 10. Maßnahmen für eine noch engere Zusammenarbeit der ČSR und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft haben Bevollmächtigte beider Staaten auf einer Beratung in Prag beschlossen. Ihren Besprechungen lag das Abkommen über die Regelung der technischen und wirtschaftlichen Fragen der Grenzwasserläufe vom 14. November 1955 (siehe Band IV, S. 345 ff.) zugrunde. Die festgelegten Maßnahmen betreffen die Wasserversorgung, die Verminderung der Verschmutzung der Gewässer, die Errichtung von Talsperren und die Erhaltung der Grenzwasserläufe
10. 11. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und der libanesischen Luftfahrtgesellschaft Air Liban in Kraft
- 10./16.11. VII. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der chemischen Industrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin. Es werden Fragen der weiteren

Spezialisierung und Kooperation der Produktion und der Durchführung der wissenschaftlichen Forschungs- und Projektierungsarbeiten in der chemischen Industrie behandelt. Ferner werden Empfehlungen zur weiteren wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angenommen

- 18./21.11. Delegation der Deputiertenkammer der Republik Uruguay unter Leitung des Präsidenten der Deputiertenkammer, Rodriguez Camusso, in der Deutschen Demokratischen Republik
23. 11. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, spricht zum ersten Male im amerikanischen Fernsehen im Rahmen eines Fernsehinterviews der Westinghouse Broadcasting Company, Boston, u. a. über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Westberlinfrage
24. 11. Vereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Nederlandse Kamer van Koophandel voor Duitsland über die Verlängerung des im Dezember 1958 abgeschlossenen Handelsabkommens einschließlich Warenlisten für das Jahr 1960. Das vereinbarte Volumen beträgt 147,2 Millionen DM
30. 11. Das zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Office Économique Belge bestehende Handelsabkommen wird für das Jahr 1960 verlängert. Gesamtvolumen des Warenaustausches 102 Mill. DM (1959: 90 Mill. DM)
5. 12. Handelsvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der A. B. Sukab, Stockholm, für das Jahr 1960 sieht eine Steigerung des Warenaustausches und einen Gesamtumsatz von etwa 150 Millionen DM vor
7. 12. Protokoll zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam über den Warenaustausch im Jahre 1960. Das Protokoll sieht Warenlieferungen in Höhe von 85,5 Millionen Rubel vor, das entspricht einer Steigerung von fast 60% gegenüber dem Abkommen des Jahres 1959

- 7./10. 12. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bauwesens des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin. Beraten werden Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Bauens, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten durch engere Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. Es werden Vorschläge über die Methode der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe bei der Produktion der wichtigsten Baustoffe, besonders neuer Baumaterialien auf der Grundlage von chemischen Rohstoffen, ausgearbeitet. Ferner berät die Kommission die Richtung der technischen Entwicklung bei der Mechanisierung der Bau- und Baustoffindustrie für die Zeit bis 1965
8. 12. Vereinbarung zwischen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie der Tschechoslowakischen und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften über die Zusammenarbeit in den Jahren 1960 bis 1963
10. 12. Das zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Istituto Nazionale per il Commercio Estero (italienisches Außenhandelsinstitut) bestehende Handelsabkommen wird für das Jahr 1960 verlängert. Die Warenlisten sehen ein Volumen von je 14,5 Millionen Dollar vor, doch ist eine weitere Steigerung des gegenseitigen Handels, der schon 1959 gegenüber 1958 um 25% erweitert wurde, zu erwarten
11. 12. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung von Staatssekretär Skodowski nimmt an der Eröffnung des DDR-Pavillons auf der Weltlandwirtschaftsausstellung in Neu Delhi teil. Westdeutschland ist auf der Ausstellung nicht vertreten
14. 12. Der Minister für Industrie und Arbeit der Republik Indien, R. Venkataraman, trifft in Berlin ein, um Betriebe, besonders der Metallurgie, und andere Einrichtungen zu besichtigen. Am 15. Dezember wird er vom Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Heinrich Rau empfangen
15. 12. Abkommen zwischen der Deutschen Notenbank der Deutschen Demokratischen Republik und dem Banco Nacional do Desenvolvimento Econômico in Rio de Janeiro zwecks wirtschaftlich-finanzieller Zusammenarbeit – Wortlaut des Abkommens: Der Außenhandel, Berlin, Nr. 2/60, S. 35 f

16. 12. Arbeitsplan für das Jahr 1960 zum Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien unterzeichnet
18. 12. Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Bau der Erdölleitung von der UdSSR über Polen nach der DDR. Die etwa 1200 km lange Rohrleitung, die in der belorussischen Stadt Mosyr ihren Anfang nehmen wird, soll bis 1963 fertiggestellt werden
18. 12. Der Ministerpräsident der Republik Libanon, Raschid Karami, empfängt in Beirut den Bevollmächtigten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die arabischen Staaten, Botschafter Richard Gyptner, zu einer Unterredung über die Entwicklung und den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Botschafter Gyptner überbringt ein persönliches Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Ministerpräsident Raschid Karami
21. 12. Botschafter Kurt Schneidewind nimmt im Amtssitz des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Ernennungsurkunde und Beglaubigungsschreiben entgegen, nachdem ihn Präsident Wilhelm Pieck auf Vorschlag des Präsidiums des Ministerrates zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ernannt hat. Dem neuernannten Botschafter wird gleichzeitig das Abberufungsschreiben für den bisherigen Botschafter in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Richard Fischer, übergeben, der eine andere verantwortliche Funktion übernehmen wird

SACHREGISTER

A

Abkommen (A), auch Arbeitsplan (APL), Plan (Pl), Protokoll (P),
Übereinkommen (Ü), Vereinbarung (Vbg), Vertrag (V), Zusatz-
protokoll (ZP)

- der DDR mit:

Albanien:

(V) Handel und Seeschifffahrt 8. 10. 59	311-317
(V) Konsularvertrag 11. 1. 59	275-283
(Vbg) Perspektive für Entwicklung der Kooperation (Grundstoffindustrie) 22.-30. 6. 59	310
(V) Rechtshilfe 11. 1. 59	283-309
(P) Warenlieferungen 1960 15. 11. 59	317

Belgien/Luxemburg:

(A) Handelsabkommen, Verlängerung 1960 30. 11. 59....	577
---	-----

Brasilien:

(A) Abkommen Deutsche Notenbank-Banco Nacional do Desenvolvimento Econômico, Rio de Janeiro 15. 12. 59 ..	578
(A) Generalverkaufsagenturabkommen Deutsche Luft- hansa-Panair do Brasil, in Kraft am 1. 9. 59	573
(V) Vereinbarung Deutsche Notenbank-Banco do Brasil 22. 10. 59	576

Bulgarien:

(V) Handel und Seeschifffahrt 16. 7. 59	320-326
(APL) Kulturabkommen, Arbeitsplan 1960 16. 12. 59	579
(Pl) Plan 1959 zum Gesundheitsabkommen 25. 3. 59	564
(Vbg) Spezialisierung und Kooperation der Industrie- produktion 16.-20. 3. 59	319
(ZP) Warenaustausch 1959, Zusatzprotokoll 19. 6. 59	570
(A) Warenaustausch 1960 14. 11. 59	328

China:

(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Minhanduy, in Kraft am 16. 2. 59	562
(V) Konsularvertrag 27. 1. 59	335-342
(A/P) Rundfunk und Fernsehen 25. 4. 59	343-351
(A) Waren- und Zahlungsverkehr 1959 5. 2. 59	342-343

Dänemark

(Vbg) Handelsvereinbarung 1959 19. 12. 58	559
(Vbg) Handelsvereinbarung 1960 13. 11. 59	355

Finnland:

(A) Verrechnungsverkehr 9. 2. 59	356-357
(P) Warenlisten 1959 9. 2. 59	356-357

(A) Warenlieferungen 1960 11. 11. 59	360—361
(A) Zahlungsverkehr 25. 2. 59	357—360
Frankreich:	
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux (TAI), in Kraft am 1. 1. 59	559
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Union Aéro-maritime de Transport (UAT), in Kraft am 15. 5. 59	567
(Vbg) Warenlisten 1959, Zusatzvereinbarung 27. 8. 59	362
(Vbg) Warenlisten 1960 23. 12. 59	362
Griechenland:	
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Olympic Airways, in Kraft am 19. 2. 59	562
Großbritannien:	
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-British European Airways (BEA), in Kraft am 20. 4. 59	565
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-British Overseas Airways Corp. (BOAC), in Kraft am 21. 9. 59	574
(Vbg) Warenaustausch 1959 16. 1. 59	364
Guinea:	
(Vbg) Langfristige Vereinbarung über Warenlieferungen 3. 3. 59	365—366
Indien:	
(A) Handels- und Zahlungsabkommen 1960—1962 18. 12. 59	367—368
Irak:	
(A) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit 1. 4. 59	370—374
Island:	
(Vbg) Handelsvereinbarung 1960 14. 11. 59	378
Italien:	
(A) Handelsabkommen, Verlängerung 1960 10. 12. 59	578
Jugoslawien:	
(A) Warenaustausch 1960—1962 8. 8. 59	379
(P) Warenlieferungen und Dienstleistungen 1960 8. 8. 59 ..	379
Kanada:	
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Trans Canada Airlines (TCA), in Kraft am 25. 6. 59	570
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Canadian Pacific Air Lines (CPAL), in Kraft am 17. 8. 59	573

Korea:

- (A) Austausch von Studenten usw. 7. 12. 59 384-388
 (P) Waren- und Zahlungsverkehr 1959 30. 1. 59 381

Libanon:

- (A) Handelsabkommen, Verlängerung 1959 24. 3. 59 564
 (A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Air Liban,
 in Kraft am 10. 11. 59 576

Marokko:

- (A) Handelsabkommen bis 31. März 1960 8. 6. 59 389

Mongolische Volksrepublik:

- (A) Fernmeldeverkehr 12. 6. 59 399-405
 (APL) Kulturabkommen, Arbeitsplan 1959 18. 2. 59 562
 (A) Post- und Paketverkehr 12. 6. 59 392-399
 (A) Technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit
 11. 4. 59 390-392
 (P) Warenlieferungen 1960 23. 9. 59 405

Niederlande:

- (A) Handelsabkommen, Verlängerung 1960 24. 11. 59 577

Norwegen:

- (Vbg) Handelsvereinbarung 1959 30. 12. 58 559

Österreich:

- (A) Förderung und Erweiterung der Wirtschaftsbe-
 ziehungen 28. 1. 59 408

Polen:

- (A) Eisenbahndurchgangsverkehr Hagenwerder-Porajów
 23. 9. 59 416-425
 (P) Kultur- und Informationszentren in Berlin und War-
 schau 6. 5. 59 409-412
 (P) Warenaustausch, Erhöhung 1959 27. 5. 59 568
 (P) Warenlieferungen 1960 17. 10. 59 425-426
 (A) Wasserbewirtschaftung der Lausitzer Neiße
 10. 11. 59 426-431

Rumänien:

- (APL) Kulturabkommen, Arbeitsplan 1959 9. 1. 59 560
 (A) Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken
 12. 11. 59 443-446
 (A/P) Rundfunk und Fernsehen 18. 3. 59 433-439
 (A) Warenlieferungen 1959 26. 3. 59 440
 (P) Warenlieferungen 1959, Zusatzvereinbarung 4. 8. 59
 441-442
 (P) Warenlieferungen 1959-1965 und Fragen der ökonomischen
 Zusammenarbeit 16. 3. 59 432

Schweden:

- (Vbg) Handelsvereinbarung 1960 5. 12. 59 577
 (Ü) Deutsche Reichsbahn-Schwedische Staatsbahnen über
 Fährverkehr Saßnitz-Trelleborg 19. 2. 59 562

Sudan:

- (A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Sudan Air-
 ways, in Kraft am 1. 10. 59 575

Tschechoslowakische Republik:

- (Vbg) Deutsches Rotes Kreuz-Tschechoslowakisches Rotes
 Kreuz 15. 1. 59 560-561
 (Vbg) Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
 und Warenlieferungen 1961-1965 29. 1. 59 447
 (A) Handel und Schiffahrt 25. 11. 59 480-486
 (Vbg) Warenlieferungen 1959, Zusatzvereinbarung 3. 7. 59 . 448
 (P) Warenlieferungen 1960 16. 11. 59 465
 (A) Wirtschaftsabkommen 12. 9. 59 449
 (Vbg) Wissenschaftliche Zusammenarbeit 1960-1963 8. 12. 59 578
 (A) Zollverschlußordnung für Elbeschiffe 18. 9. 59 449-464

Ungarn:

- (A) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
 9. 12. 59 490-494
 (ZP) Warenaustausch 1959, Zusatzprotokoll 29. 6. 59 .. 488-489
 (A) Warenaustausch 1960 5. 10. 59 489-490

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

- (Pl) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit 1959
 26. 2. 59 562
 (ZP) Warenlieferungen 1959, Zusatzprotokoll 6. 9. 59 525
 (P) Warenaustausch 1960 21. 11. 59 531-532
 (A) Warenlieferungen 1961-1965 21. 11. 59 531-532
 (Pl) Wissenschaftliche Zusammenarbeit Humboldt-Univer-
 sität-Lomonossow-Universität 30. 6. 59 571

Vereinigte Arabische Republik:

- (A) Handelsabkommen 1959-1961 13. 12. 58 559
 (A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Syrian Air-
 ways Company, in Kraft am 9. 7. 59 571
 (P) Zusammenarbeit in Schiffsfahrtsfragen 21. 3. 59 563

Vereinigte Staaten von Amerika:

- (P) Übergabe von fünf amerikanischen Militärangehörigen
 5. 2. 59 533-534

Vietnam:

- (A) Handel und Seeschiffahrt 7. 3. 59 541-547
 (V) Konsularvertrag 9. 10. 59 547-555

Sachregister

(API) Kulturabkommen, Arbeitsplan 1959	23. 2. 59	562
(P) Warenaustausch 1960	7. 12. 59	577
(A) Waren- und Zahlungsverkehr 1959-1960	1. 12. 58	559
Zypern:		
(A) Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa-Cyprus Airways Limited, in Kraft am	14. 9. 59	574
Dreiseitige —		
DDR—Polen—UdSSR:		
(A) Erdölleitung UdSSR—Polen—DDR	18. 12. 59	579
(P) Schnelltriebwagenverbindung Berlin—Brest	28. 2. 59	562
DDR—ČSR—Polen:		
(V) Konstituierung und Unterhaltung eines Internationalen Schiedsgerichts für See- und Binnenschifffahrt in Gdynia	17. 6. 59	570
Abrüstung	41, 126, 140, 141, 144,	270
Allgemeine und vollständige —	125-126,	139
Vorschlag der UdSSR	125-126, 137, 331, 469-470,	529, 537
Rüstungsstopp	127, 128, 133, 269,	471
„Verdünnte Zone“ in Europa	28, 41, 45, 61, 80,	94
Abwerbung	39, 173,	219
Abzug ausländischer Streitkräfte aus Deutschland s. Streitkräfte		
Accra , Konferenzen 15.-22. 4. 58 und Dezember 1958	121,	269
Ägypten s. Vereinigte Arabische Republik		
Äquatorialafrika		57
Äthiopien	122,	123
Afrika (s. auch Kolonialismus)		
Äquatorial —		57
Äthiopien	122,	123
Angola		123
Befreiungsbewegung in —	56-59, 121, 124, 268, 269, 330-331, 353,	365, 469, 537
Belgisch-Kongo	56,	331
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zum Kolonialterror in —	2. 3. 59	56-59
Guinea	56-57, 365-366	
Kamerun	57-58,	123
Konferenz von Monrovia 4.-8. 8. 59	120-123	
Note der Regierung der DDR zu den Ergebnissen der Monrovia-Konferenz 29. 8. 59	120-123	
Konferenzen von Accra 15.-22. 4. 58 und Dezember 1958	121,	269
Madagaskar		57
Marokko		389
Njassaland	56,	123

- Rhodesien 56, 123
 Sudan 575
 Uganda 123
 Vereinigte Arabische Republik 123—125, 559, 560,
 563, 571, 574
 West - 123
- Agenten** s. Berlin und Spionage
- Aggression** 27, 31, 32—34, 35, 36, 62, 75, 78, 82, 84, 88—89, 98, 99, 100—102,
 114, 162, 194, 269, 331—332, 470, 473, 513, 514
 Suez - 124, 131, 268
- Air Liban**
 Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft
 am 10. 11. 59 576
- Akademie**
 Deutsche - der Wissenschaften zu Berlin 578
 Slowakische - der Wissenschaften 578
 Tschechoslowakische - der Wissenschaften 578
 Zusammenarbeit der - 371—372, 490—491, 578
- Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse** 474—475, 496, 523
- Albanien** (Volksrepublik Albanien)
 Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen
 Gemeinsames Kommuniqué mit der DDR 11. 1. 59 263—275
 15. Jahrestag der Befreiung 29. 11. 59 327—328
 Partei der Arbeit - 263—268, 274
 VI. Tagung der Ständigen Kommission für wissenschaftlich-
 technische Zusammenarbeit mit der DDR April 1959 309—310
 Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 235, 240, 246
 Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR 310, 317
- Algerien** 122, 123, 124
- Alliierte Kommandantur** 14, 17
- Alliierter Kontrollrat** 14, 16—17
- Amtsbefugnisse der Konsuln** s. Konsul
- Anerkennung** 91—92, 105, 160, 203, 212
 de facto - der DDR 105, 124, 132, 224, 566
- Angola** 123
- Annahme an Kindes Statt** 293—294
- Antifaschisten** 103, 104, 156, 167
 Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien 17
 Widerstandskampf der—im zweiten Weltkrieg .. 102, 104, 106, 151
- Anti-Hitler-Koalition** .. 12, 13, 16, 17, 18, 28 29, 151, 153, 167, 168, 205,
 206
- Antikommunismus** 27, 34

Arbeiterbewegung, internationale	267, 268, 474, 487, 522, 524
Arbeiterklasse, deutsche	132, 474-475, 523
Arbeitslosigkeit in Westberlin	177
Arbeitsorganisation	413
Arbeitsplan (s. auch Abkommen)	373
Arbeitsproduktivität	
Steigerung der -	475, 479, 521, 578
Arbeitsteilung	
Internationale sozialistische -	244, 245, 247, 476
Atlantikpakt(organisation) s. NATO	
Atomenergie	121
Abkommen DDR-Rumänien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nutzung der - für friedliche Zwecke 12. 11. 59	443-446
Amt für Kernforschung und Kerntechnik	444, 445
Anwendung der - für militärische Zwecke (Noten der Re- gierung der DDR an die Regierungen der USA und der Bun- desrepublik 21. 8. 59)	113-118
Atomkrieg, Atomkriegsgefahr	
Politik der Atomkriegsdrohung, -vorbereitung	20, 21, 23, 32, 71, 73, 74-75, 78-79, 154
Vorschläge und Erklärungen zur Beseitigung der - ..	12-13, 28-30, 51, 60-63, 69-70, 71-72, 73, 77-78, 125-126
Atomwaffen (Atomrüstung) (s. auch Raketen)	
--freie Zone ..	37, 41, 42, 61, 80, 94, 98, 99, 116, 117, 127, 133, 238, 270, 331, 383, 414, 470, 537
Ausbildung der Bundeswehr an -	113-118
Ausrüstung der Bundeswehr mit - ..	15, 24, 25, 50, 52, 60, 71, 73, 77, 78, 89, 125, 135-136, 143, 155, 162, 165, 174, 213, 225, 238, 270, 472, 513
Einstellung der Atomrüstung	28, 41, 42, 45
Einstellung der -versuche	121, 127, 133, 269, 519
Konferenz in Genf	382
Erprobung von -	122
Errichtung von Raketen- und -basen in NATO-Mitglied- staaten	238, 272, 442, 519
Kampf gegen -	28
Keine - und Raketenwaffen auf dem Territorium der DDR	102, 167
Lagerung von - und Raketenwaffen	197
Politik der Atomrüstung	32
Produktion von -	115, 127
Verbot der -	29, 37, 62, 121, 269, 537
Verhinderung der Atomrüstung	28

- Verzicht auf Atomrüstung 127, 133, 140, 168, 187, 471, 517
Wasserstoffwaffen 121
Westdeutsch-französische -versuche in der Sahara .. 121-122, 124
Westdeutschland als -basis der NATO .. 81, 116, 236-237, 270, 500
- Aufrüstung** s. Atomwaffen, Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung
- Auseinanderrücken der Machtblöcke** s. Abrüstung-„Verdünnte Zone“ in Europa
- Ausfuhr** s. Handel, Außenhandel und Handelsabkommen
- Ausgrabungen** 371
- Auskunft über Verurteilungen** 308
- Auslieferung** 302-308
- Ausschließlichkeitsanspruch** der Bundesregierung .. 56, 124, 132, 144, 157, 164, 235
- Ausschuß**
Deutsch-tschechoslowakischer - für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Tagung in Prag 8.-12. 9. 59 447, **449**, 477
Paritätisch zusammengesetzter deutscher - s. Wiedervereinigung
- Ausstellung** 371, 372, 375, 410, 444, 567
- „10 Jahre DDR“ 575
- Austausch** (s. auch Erfahrungsaustausch)
- von Dokumentationen 326, 390, 444, 445
- von Fachleuten .. 273, 346-347, 363, 375, 391, 436, 439, 444, 491-492
- von Fernseh- und Rundfunksendungen .. 344-346, 347-348, 350, 433-436, 438
- von Informationen .. 345, 348, 371, 435, 436, 438-439, 444, 445, 474, 491, 520, **522-523**, 524
- von Jugend und Sportdelegationen 371
- von Parteidelegationen 268
- von Publikationen 348, 350, 371, 436, 438, 491
- von Wissenschaftlern, Studenten, Fachschülern usw. 363, 371-372, 384-387, 491
- von wissenschaftlichen Materialien 371
- Außenhandel** s. DDR-Außenhandel und Handelsabkommen
- Außenminister(ium) der DDR** s. DDR-Minister(ium) für Auswärtige Angelegenheiten
- Außenministerkonferenz in Genf** s. Genfer Außenministerkonferenz
- Außenpolitik** s. Deutsche Bundesrepublik-Außenpolitik, Deutsche Demokratische Republik-Außenpolitik
- Automatisierung** 242, 478

B

- Balkan** 272-273, 318, 442
- Bandungsprinzipien, -staaten** 124, 131, 144
- Bauwesen** 530
 Polnische Expertendelegation in Berlin 12.-15. 1. 59 561
 Ständige Kommission für wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des - des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Tagungen in Berlin April und Dezember 1959 566, 578
- BEA s. British European Airways**
- Befreiungsbewegung in Afrika, Asien und Lateinamerika** . 56-59, 121, 124, 268, 269, 330-331, 353, 365, 469, 537
- Belgien/Luxemburg (Wirtschaftsunion)**
 Handelsabkommen mit der DDR, Verlängerung 1960 30. 11. 59 . 577
- Belgisch-Kongo** 56, 331
- Beratungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen s. DDR-Staats- und Freundschaftsbesuche**
- Bergbau- und Walzwerkausrüstungen** 243
- Berlin**
 Agentenzentrale West- 12, 173-174
 Alliierte Kommandantur 14, 17
 Arbeitslosigkeit in West- 177
 --Verkehr 18, 19, 21, 48, 177-178, 186, 222, 271, 501, 517
 Besatzungsregime, Besatzungsstatut in West- .. 12-13, 16-17, 18, 20, 24, 37, 46, 48, 51, 53, 54, 60, 65, 77, 86, 139, 154, 158, 159, 164, 173, 175, 178, 183, 186, 190, 191, 197, 200, 217, 221, 222, 236, 237, 271, 414, 497, 500, 501, 502, 506, 508, 514, 516, 518
 Entmilitarisierte Freie Stadt West- .. 19, 27, 47, 54, 65, 86-87, 94, 136, 140, 158, 159, 164, 176-178, 186, 197-198, 200-201, 202, 221-222, 237-238, 271, 333, 414, 501-502, 516-518, 538
 Erklärungen des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz auf der Genfer Außenministerkonferenz zur Lösung der -frage .. 152, 154, 158-159, 164, 173-178, 182, 186-187, 195-198, 200-201, 202, 203, 221-222
 Erklärungen und Noten der Regierung der DDR zur Lage in West- 11-22, 139-140, 224
 Frist für provis. West--Status 222, 518
 Internationale Kontrolle 200, 203
 Keine fünfte Besatzungszone 175
 Magistrat von Groß- - 17, 21, 159, 498
 Memorandum der Regierung der DDR zur -frage 9. 1. 59 560
 NATO-Brückenkopf West- 12, 20, 136

- Note der UdSSR zur -frage 27. 11. 58 .. 11, 20, 21, 27, 136, 159, 271, 333, 529
- Provokations- und Spionagezentrum West- .. 12, 46, 53, 86, 87, 110, 136, 139—140, 158, 164, 173—175, 182, 270, 470, 516
- Verfassung von West- 196
- Wahl des Bundespräsidenten in West- 109—110, 195—197
- Werbung für die Bundeswehr in West- 174
- West- Teil der DDR .. 11, 12, 18, 19, 47, 136, 158, 175, 271, 470, 501, 516
- Westmächte zum Status von — 87, 110, 139, 174, 191, 196, 516, 517, 518
- Besatzungsregime, Besatzungsstatut** in Westberlin s. Berlin
- Besatzungstruppen** s. Streitkräfte
- Besatzungszonen** 14—15, 18, 175
- Besetzung Deutschlands** 14—15, 17—18
- Bibliothek** 371
- Binnenschifffahrt** s. Schifffahrt
- Biologische und chemische Waffen** 127
- Biopräparate** 231
- Bizone** 15
- Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien** 17
- BOAC** s. British Overseas Airways Corp.
- Botschafter**
- König Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR 571
- Neue — der DDR in:
- Bulgarien 561
- Korea 579
- Mongolische Volksrepublik 561
- Ungarn 572—573
- Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 573
- Vietnam 572—573
- Bourgeoisie** 30, 31, 268
- Brasilien**
- Abkommen Deutsche Notenbank—Banco Nacional do Desenvolvimento Económico, Rio de Janeiro 15. 12. 59 578
- Generalverkaufsagenturabkommen Deutsche Lufthansa—Panair do Brasil, in Kraft am 1. 9. 59 573
- Vereinbarung Banco do Brasil—Deutsche Notenbank 22. 10. 59 . 576
- Briefwechsel** Dr. Bolz—Sorin über Berlin-Verkehr 20. 9. 55 . 18, 186, 271

Brigade der sozialistischen Arbeit	475
British European Airways (BEA)	
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 20. 4. 59	565
British Overseas Airways Corp. (BOAC)	
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 21. 9. 59	574
Bulgarien (Volksrepublik Bulgarien)	
Abkommen usw. mit der DDR s. Abkommen	
15. Jahrestag der Befreiung 9. 9. 59	327—328
XIII. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissen- schaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, Berlin 28. 7. bis 3. 8. 59	326—327
Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 235, 240, 246	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR	319, 328
Bund der Kommunisten Jugoslawiens	263
Bundesgrenzschutz	119
Bundespräsident	90
Wahl des — in Westberlin	109—110, 195—197
Bundestag	
Außenpolitische Debatte im — 5. 11. 59	138, 139
Beschluß über atomare Ausrüstung der Bundeswehr 25. 3. 58 .	135
Sitzungen in Westberlin	174
Bundesverfassungsgericht	174
Bundeswehr	100—102, 103, 127, 133, 139
Atombewaffnung der — 15, 24, 25, 50, 52, 60, 71, 73, 77, 78, 89, 113—118, 125, 135—136, 143, 155, 162, 165, 174, 213, 225, 238, 270, 472, 513	
Hitler-Generale in der — 100, 101—102, 103, 104, 114, 136, 143, 155, 161, 167, 270	
„Landmannschaftliche Verbände“	33
Raketen für die — 15, 117, 139, 162, 165, 223, 238	
Truppenkontingente zum Einsatz gegen afrikanische Völker ..	122
Werbung für die — in Westberlin	174
Buntmetalle	242, 248

C

Camp David

Zusammentreffen Chruschtschow—Eisenhower in — 25.—27. 9. 59 .	126,
	138, 469

Canadian Pacific Air Lines (CPAL)

Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 18. 8. 59	573
--	-----

- Chemische Industrie** 241, 243, 447, 478, 521
 Chemische Ausrüstungen 243, 247
 Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe,
 VI. Tagung, Berlin 20.—24. 4. 59 565
 VII. Tagung, Berlin 10.—16. 11. 59 576—577
- Chile**
 Ehem. Vizepräsident der Republik — in der DDR August 1959 . 572
- China** (Volksrepublik China) 112
 Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen
 Anspruch auf Sitz in der UNO 354, 537
 Anspruch auf Taiwan 269, 333—334, 537
 Gemeinsame Erklärung mit der DDR 27. 1. 59 329—335
 Generalkonsulat der DDR in Schanghai 334, 568
 10. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik — 1. 10. 59 . 352—354, 574—575
 Militärdelegation in der DDR 29. 4.—6. 5. 59 565—566
 Neuwahl des Vorsitzenden der Volksrepublik — 27. 4. 59 .. 351—352
 Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 235, 240, 246
 Volkskammerdelegation in — 564
 Volkskommunen 329, 333
- Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)** 194
- Ceylon**
 Minister für Handel der Republik — in der DDR Sept. 1959 .. 574
 Volkskammerdelegation in — 564
- Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux (TAI)**
 Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 1. 1. 59 559
- CPAL** s. Canadian Pacific Air Lines
- ČSR** s. Tschechoslowakische Republik
- Cyprus Airways Limited**
 Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 14. 9. 59 574
- D**
- Dänemark** 101, 102, 104
 Handelsvereinbarungen mit der DDR 1959 und 1960 355
- DDR** s. Deutsche Demokratische Republik
- Delegation** s. DDR-Staats- und Freundschaftsbesuche
- Demokratische Republik Vietnam** s. Vietnam

Demokratischer Frauenbund Deutschlands	42
Demokratisierung	40, 41, 42
Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin	578
Deutsche Bundesrepublik (DBR)	
Außenpolitik	76, 90, 103, 140, 212
Beziehungen	
zu Frankreich	88
zu Großbritannien	88, 89
zu den USA	113–118
zum Nahen Osten	123–125
zur DDR s. DDR-Beziehungen und Wiedervereinigung	
zur UdSSR	196
Bundesgrenzschutz	119
Bundespräsident	90, 109–110, 195–197
Bundestag	135, 138, 139, 174
Bundesverfassungsgericht	174
Bundeswehr s. Bundeswehr	
Grundgesetz	196
Hauptstützpunkt der NATO	81, 116, 236–237, 270, 500
Innenpolitik	103
Justiz	103, 143
Regierung	
Ausschließlichkeitsanspruch	56, 124, 132, 144, 157, 164, 235
Gegen Wiedervereinigung und Verständigung ..	16, 24, 35, 36, 50,
69, 81, 86, 91–93, 110, 118, 134, 139–140, 152, 155, 157, 169–170,	
181, 192, 194, 195, 211–212, 218–221, 225, 515	
Politik der Stärke (Aufrüstung, Atomrüstung) 20, 23, 24, 50, 80,	
82, 83, 86, 87, 90, 105, 113–118, 119, 125, 192, 238, 332, 472–473,	
502, 512–513, 537	
Westdeutscher Imperialismus und Neokolonialismus	39, 58, 75,
78–79, 94, 100–102, 122, 123–125, 218, 270, 332, 472–473, 538	
Deutsche Demokratische Republik (DDR) ..	16, 45, 56, 157, 169, 225
Abkommen, Verträge usw. s. Abkommen	
Anerkennung der —	91–92, 105–109, 160, 203, 212
de facto-Anerkennung durch die Westmächte ..	105, 124, 132, 224,
	566
Aufbau des Sozialismus s. Sozialismus	
Außenhandel, allgemein (s. auch Handelsabkommen, Zahlungs-	
verkehr)	477
Außenministerium s. DDR-Minister(ium) für Auswärtige An-	
gelegenheiten	
Außenpolitik, allgemein ..	59, 105, 106, 121, 129, 131, 191, 212, 497,
	508, 511
Bastion des Friedens	29, 31, 272, 471, 527, 538

Beziehungen (außer Abkommen usw.)	130
Albanien	263—275, 309—310, 318
Bulgarien	326—328
Chile	572
China	329—335, 351—354, 560, 574—575
Ceylon	574
Deutsche Bundesrepublik ..	91—92, 96, 114, 116—118, 123, 126—128, 133—134, 203, 218
Fédération du Mali	575
Finnland	106, 131
Frankreich	567, 574
Ghana	363, 574
Griechenland	576
Großbritannien	561—562, 564—565, 566, 567, 568, 570
Guinea	56—57, 365
Indien	367, 560, 578
Indonesien	570, 573
Irak	369—370, 374—377, 560, 563, 564, 571—572
Kambodscha	380, 569
Kolumbien	567
Korea	381—384
Libanon	579
Marokko	572
Mongolische Volksrepublik	406—407, 575
Österreich	408
Peru	571
Polen	413—416
Rumänien	440—441, 442—443
Schweden	570
Tschechoslowakische Republik	447—448, 465—480
Tunesien	572
Ungarn	487—488, 572—573
Union der Soz. Sowjetrepubliken	495, 503—509, 526—530
Uruguay	577
Vereinigte Arabische Republik	123—125, 560, 563, 574
Vereinte Nationen	565
Vietnam	535—540, 560, 572—573
Deutsche Notenbank	357, 359, 387, 576, 578
Deutsche Volkspolizei	130
Industrieproduktion	203
Jahrestag der Gründung der —	128—137, 506, 526—530, 575
Minister(ium) für Auswärtige Angelegenheiten (s. auch Per- sonenregister: Bolz, Dr. Lothar)	
Botschafter König Stellvertreter des Ministers	571
Briefwechsel Dr. Bolz—Sorin über Berlin-Verkehr 20. 9. 55	
	18, 186, 271

Erklärungen:

Einmischung der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten der VAR 14. 9. 59	123—125
Ereignisse im Königreich Laos 20. 8. 59	110—113
Kolonialterror in Afrika 2. 3. 59	56—59
III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation (Genf, 1.—28. 4. 59)	232—235
Kriegsdrohungen Adenauers und Dulles' 11. 2. 59	53—55
USA-Einreiseverbot für DDR-Skisportler 28. 2. 59	55—56
Vollberechtigte Mitarbeit in der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) 20. 4. 59	565
Interview des Ministers zur außenpolitischen Bundestagsdebatte (5. 11. 59) 12. 11. 59	138—141
Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China, Warschau 27.—28. 4. 59	235—240
Mitteilung des Ministeriums zur Wahl des Präsidenten der Bundesrepublik in Westberlin 30. 6. 59	109—110
Pressekonzferenz vor der Genfer Außenministerkonferenz 6. 5. 59	566
Protest des Ministeriums gegen häufige Verletzungen des Luftraumes der DDR 1. 4. 59	66—67
Reden, Erklärungen und Briefe des Ministers auf der Genfer Außenministerkonferenz:	
Abrüstung	156, 162, 168
Anerkennung der DDR	203, 212
Aufbau in der DDR	156, 167, 203
Aufrüstung	194, 213, 217
Atom- und Raketenbewaffnung der Bundeswehr	155, 162, 165, 174, 223
Bevölkerungsbewegung in Deutschland	219—220
Einladung an die vier Außenminister zum Besuch der DDR	214—216
Friedensvertrag .. 152, 153—171, 178, 183—184, 193, 194, 199—200, 206—208, 217, 218, 221	
Gesamtdeutsche Wahlen	155, 213
Gesamtdeutscher Ausschuß (Konstituierender Rat) 156, 184, 185, 198—199, 200, 201, 202, 203, 204, 206, 208—209, 210, 212, 220—221	
Gesellschaftsordnung	205—206, 211
Gewaltverzicht	170, 180, 195
Gipfelkonferenz	217
Konföderation	152, 156
Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten 199, 204, 209—210	
Nationale Streitkräfte	166—167, 168
Nichtangriffspakt DDR—Bundesrepublik 170, 179—180, 181—182, 187, 188—190, 195, 209, 219	
Potsdamer Abkommen	151

- Remilitarisierung 155, 161, 162, 217
 Revanchismus, Revisionismus 155, 161, 162, 208, 213
 Selbstbestimmungsrecht 152, 153, 165
 Souveränität 154, 159, 162
 Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten 151, 152, 217
 Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten 152, 157, 169,
 179, 182, 185, 192, 194–195, 199, 201–202, 210–212, 219, 221
 „Verhandlungspaket“ der Westmächte 153, 156, 159
 Westberlin, Status von Berlin 152, 154, 158–159, 164, 173–178,
 182, 186–187, 195–198, 200–201, 202, 203, 221–222
 Wiedervereinigung 154–158, 164–165, 168–169, 183–184, 194–195,
 198–199, 203, 208–209, 213, 217
- Ministerpräsident (s. auch Personenregister: Grotewohl, Otto)
 Erklärung zur bevorstehenden Gipfelkonferenz 14. 12. 59 145–146
 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
 s. Personenregister: Ulbricht, Walter
 Ostasienreise Jan. 59 .. 123, 131, 329–335, 369–370, 535–540, 560
 Presseamt beim Ministerpräsidenten: Erklärung über die
 Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Ghana
 25. 2. 59 363
 Rede zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR 6. 10. 59 128–137
 Regierungserklärung 16. 4. 59 74–95
 Rundfunckerklärung 9. 4. 59 68–71
 Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer 8. 4. 59 .. 67–68, 92
- Ministerrat s. DDR-Regierung
- Mitarbeit der – in internationalen Organisationen s. Inter-
 nationale Organisationen
- Nationale Volksarmee 127, 130, 133, 156, 167
- Noten der Regierung s. DDR-Regierung
- Präsident der – s. Personenregister: Pieck, Wilhelm
- Regierung (Ministerrat)
 Antwort an den indischen Ministerpräsidenten Nehru 9. 12. 59
 141–145
 Außenpolitik s. DDR-Außenpolitik, DDR-Beziehungen, DDR-
 Staats- und Freundschaftsbesuche
 Erklärung des Ministerrates zu den Abrüstungsvorschlägen
 des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chru-
 schow, vor der UN-Vollversammlung 21. 9. 59 125–126
 Erklärung der Regierung zum Abschluß der Genfer Außen-
 ministerkonferenz 8. 8. 59 224–225
 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
 s. Personenregister: Ulbricht, Walter
 Gemeinsame Erklärungen s. Gemeinsame Erklärungen
 Ministerpräsident s. DDR-Ministerpräsident
 Memorandum zur Berlinfrage 9. 1. 59 560

Noten (chronologisch)

Antwortnote auf die Note der UdSSR vom 27. 11. 58 zur Berlinfrage 7. 1. 59	11—22
Antwortnote auf die Note der UdSSR vom 10. 1. 59 zum Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland 19. 1. 59	22—26
Antwortnote auf die Note der UdSSR vom 2. 3. 59 zur Einberufung einer Gipfelkonferenz 25. 3. 59	59—66
Antwortnote auf die Note der UdSSR vom 30. 3. 59 zur Einberufung einer Friedenskonferenz 9. 4. 59	71—72
Note an die Westmächte zur Gipfelkonferenz und zur Einberufung einer Friedenskonferenz 9. 4. 59	72—74
Noten an die USA und die Deutsche Bundesrepublik zum Abschluß des Abkommens USA—Bundesrepublik über Gewährung von Informationen hinsichtlich Anwendung der Kernenergie zu militärischen Zwecken und über Ausbildung der westdeutschen Streitkräfte an atomaren Waffen 21. 8. 59	113—118
Note an die Deutsche Bundesrepublik 24. 8. 59: Protest gegen Grenzverletzung	118—120
Note an afrikanische Staaten zu den Ergebnissen der Monrovia-Konferenz 29. 8. 59	120—123
Protest gegen die Abhaltung des „Sudetendeutschen Tages“ in Wien 20. 5. 59	96—97
Regierungserklärungen	
21. 1. 59	26—49
16. 4. 59	74—95
Vorschläge s. unter dem betr. Stichwort, z. B. Entspannung, Friedensvertrag, Wiedervereinigung usw.	
Siebenjahrplan	109, 466, 478, 529
Staats- und Freundschaftsbesuche, Verhandlungsdelegationen	
Ausländische Delegationen und Persönlichkeiten in der DDR aus:	
Albanien	263—275
Bulgarien	319
Chile	572
China	565—566
Ceylon	574
Fédération du Mali	575
Finnland	356—357, 563
Frankreich	567, 574
Ghana	574
Griechenland	576
Großbritannien	561—562, 568
Guinea	365
Indien	578
Indonesien	573

Irak	374—376
Kolumbien	567
Korea	381—384, 559—560
Mongolische Volksrepublik	405
Peru	571
Polen	425—426, 561, 570
Schweden	570
Tschechoslowakische Republik	465, 466—480
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	495—503
Uruguay	577
Vereinigte Staaten von Amerika	571
Delegationen und Persönlichkeiten aus der DDR in:	
Albanien	310
China	329—335, 342—343, 560, 564, 574—575
Ceylon	564
Finnland	360—361
Ghana	363
Großbritannien	564—565, 566, 570
Indien	367—368, 560, 564, 578
Irak	369—370, 560, 563, 564, 571
Jugoslawien	379
Korea	564
Libanon	579
Marokko	572
Mongolische Volksrepublik	405
Schweden	564
Tschechoslowakische Republik	447, 563
Tunesien	572
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	99, 509—525
Vereinigte Arabische Republik	560, 574
Vietnam	535—540, 560, 564
Teilnahme an Konferenzen sozialistischer Länder	235, 240, 246, 568
Vereinbarung s. Abkommen	
Verhandlungen s. Gemeinsame Erklärungen	
Vertrag s. Abkommen	
Vollskammer s. Vollskammer der DDR	
Vorsitzender des Ministerrates s. DDR-Ministerpräsident und Personenregister: Grotewohl, Otto	
Westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers	130, 272
Deutsche Lufthansa	
Abkommen der — s. Generalverkaufsagenturabkommen, Inter- line-Abkommen	
Deutsche Notenbank	357, 359, 387
Abkommen mit dem Banco Nacional do Desenvolvimento Económico, Rio de Janeiro 15. 12. 59	578
Vereinbarung mit dem Banco do Brasil 22. 10. 59	576

Sachregister

Deutsche Reichsbahn (s. auch Eisenbahn)	175
Protokoll mit den Eisenbahnverwaltungen Polens und der UdSSR über Schnelltriebwagenverbindung Berlin-Brest 28. 2. 59	562
Übereinkommen mit den Schwedischen Staatsbahnen über den Fährverkehr Saßnitz-Trelleborg 19. 2. 59	562
Deutsche Volkspolizei	130
Deutscher Demokratischer Rundfunk	343-351, 433-439
Deutsches Reich	164, 165, 166
DDR und Bundesrepublik Nachfolgestaaten des ehem. —	164
Deutsches Rotes Kreuz	
Übergabeprotokoll mit dem Nationalen Roten Kreuz der USA 5. 2. 59	533-534
Vereinbarung mit dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz über weitere Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand 15. 1. 59	560-561
Deutschland als einheitliches Ganzes	14, 15
Zwei deutsche Staaten in — 105, 132, 156, 163-164, 183, 238, 513	
Diplomatische Beziehungen s. DDR-Beziehungen	
Diskriminierung	162, 163, 272
Diversion s. Spionage	
Dogmatismus	
Kampf gegen —	524
Drang nach dem Osten	31, 32, 33, 35, 36, 102, 134, 194
E	
ECE s. Vereinte Nationen-Wirtschaftskommission für Europa	
Effektivität der Produktion	478
Eheschließung, Ehescheidung	280, 290-291, 552
Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten	
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zur Einmischung der Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten der VAR 14. 9. 59	123-125
Ein- und Ausfuhr s. Handel, Außenhandel	
Eisenbahn (s. auch Deutsche Reichsbahn)	210
Abkommen DDR-Polen über beiders. privileg. -durchgangsverkehr Hagenwerder-Porajów 23. 9. 59	416-425
— und Hochseetransporte zwischen den Ländern des RGW ..	249
Elektrifizierung von -strecken	570
Organisation für Zusammenarbeit der — der sozialistischen Länder (OSShD), Konferenz Moskau 16.-25. 6. 59	569-570

Eisenerz	241, 248
Elbe	
Zollverschlußordnung für -schiffe (Abkommen DDR-ČSR 18. 9. 59)	449-464
Elektrifizierung	
— von Eisenbahnstrecken	570
Elektroenergie	
Energieverbundsystem	242-243
Wärmekraftwerke	243
Elektronik	478
Elektrotechnik	530
England s. Großbritannien	
Entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin s. Berlin	
Entspannung , internationale (s. auch Abrüstung, Frieden, Wieder- vereinigung)	25, 28, 51, 60, 75, 76, 88, 121, 144, 190, 332
Vorschläge der DDR zur — 53, 97-99, 105, 126-128, 133, 170-172, 211	
Vorschläge der UdSSR zur —	24, 53, 99, 138
Erbrecht	294-298
Erdöl	249, 562-563
-ausrüstungen	243
-chemie	243, 530
-fernleitung	563, 568, 579
-verarbeitung	243, 563
Erdöl- und Gasindustrie	
Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaft- lich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, V. Tagung, Buka- rest Februar 1959	562-563
Erfahrungsaustausch (s. auch Austausch) 108, 268, 273, 326-327, 347, 348, 350, 390, 412, 435, 436, 438-439, 444-445, 474, 479, 491, 569	
Erklärung (s. auch DDR-Minister(ium) für Auswärtige Angelegen- heiten, DDR-Regierung, Gemeinsame Erklärung, Volkskammer) — der 12 kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialisti- schen Länder 16. 11. 57	267, 334-335, 474, 536-537
Europäische Konsultativkommission	14, 175
Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft, „Gemeinsamer Markt“ (EWG)	37, 39, 58
Exequatur	
— für Generalkonsul der DDR in der VAR 22. 9. 59	574
— für Konsuln	276, 336, 548

F

Fachleute

Austausch von — 273, 346—347, 363, 375, 391, 436, 439, 444, 491—492

Fachschule, Fachschüler 371, 372, 384—387, 491

Fährverbindung Saßnitz—Trelleborg

Übereinkommen Deutsche Reichsbahn—Schwedische Staatsbahnen über die — 19. 2. 59 562

„Fall Rot“ 33

Faschismus (s. auch Neofaschismus)

Faschistische und revanchistische Organisationen in Westdeutschland 17, 33, 473

14. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom — 505—509

Wiederaufleben des — 44, 472

Zerschlagung des — 13, 50, 104, 239, 265, 487

Fédération du Mali (Franz. Sudan und Senegal)

Minister für Handel und Industrie der — in der DDR 14. 10. 59 .. 575

Fernmeldeverkehr

Abkommen DDR—Mongolische Volksrepublik 12. 6. 59 .. 399—405

Fernsehen

Abkommen Staatl. Rundfunkkomitee der DDR—Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des — 25. 4. 59 343—351

Abkommen Staatl. Rundfunkkomitee der DDR—Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik 18. 3. 59 433—439

Austausch von -filmen 350, 438

Austausch von -sendungen 350, 372—373, 438, 560

Interview des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht im amerikanischen — 23. 11. 59 .. 577

II. Tagung der Programmdirektoren des — der Mitgliedstaaten der OIR, Berlin 7.—9. 1. 59 560

Fernsprechdienst, Fernsprech- und Telegrammverkehr

Abkommen DDR—Mongolische Volksrepublik 12. 6. 59 399—405

Gebühren 401—403

Film 444

Austausch von Fernseh- 350, 438

Zusammenarbeit auf dem Gebiet des — 372, 492

Finnland

Abkommen mit der DDR. s. Abkommen

Beziehungen zu beiden deutschen Staaten 106

Finnische Delegation in der DDR 5.—11. 3. 59 107, 563

Finnischer Minister in der DDR Mai 1959 568

Industriestaellung der DDR in Helsinki 16.—26. 5. 1959	567
Mitglied der OIR	560
Fleischverarbeitende Industrie	247
Formosa s. Taiwan	
Forschungs-, Entwicklungs-, Projektierungsarbeiten und -richtungen	448, 478, 479, 530, 563, 577
Frankreich (s. auch Westmächte)	
Französische Abgeordnete und Senatoren in der DDR	567, 574
„Französische Gemeinschaft“	57
Französischer Imperialismus und Kolonialismus	57—58, 111, 112
Französischer Sudan und Senegal (Fédération du Mali)	575
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa:	
Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux (TAI), in Kraft am 1. 1. 59	559
Union Aéromaritime de Transport (UAT), in Kraft am 15. 5. 59	567
Kolonialkrieg in Algerien	124
Warenlisten mit der DDR, Zusatzvereinbarung 27. 8. 59	362
Warenlisten mit der DDR 1960 23. 12. 59	362
Westdeutsch-französische Atombombenversuche in der Sahara	121—122, 124
Freie Demokratische Partei (FDP)	193
Freie Deutsche Jugend	42
Freie Stadt Westberlin s. Berlin	
Fremdenlegion	39
Freundschaftsbesuche s. DDR-Staats- und Freundschaftsbesuche	
Frieden (s. auch Entspannung)	29—30, 61, 86, 121, 125, 129
Gesetz zum Schutze des —	129
Kampf um den —	21
Sicherung des — 13, 18, 28, 54, 60, 62, 76, 81, 89, 95, 97, 129—130, 133, 137, 151, 170, 172, 211, 225, 247, 267, 270, 354, 415, 443, 480, 488, 520	
Verhinderung einer —regelung	18, 23, 30, 86, 117
Friedenskonferenz 23, 24, 25, 26, 27, 41—42, 45, 46, 48, 49, 60, 69, 71—74, 77, 95, 160, 169, 272	
Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten	51
Friedenskräfte 136, 137, 140, 183, 191, 192—193, 220, 269, 318, 330—331, 414, 415, 443, 469, 522, 523, 536	
Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien 19. 11. 57	267, 335, 536—537
Friedensvertrag 19, 23, 24, 32, 34, 42, 44, 49, 53, 54, 77, 81, 82, 91, 93, 134, 136, 137, 139, 140, 236, 332, 414, 497, 500—501, 502, 506, 508, 514—515, 563	

Entwurf und weitere Vorschläge der Regierung der UdSSR für einen — mit Deutschland 22–23, 24, 25, 26, 27–28, 30, 31, 36–41, 44, 45, 46, 48–49, 51–53, 59–66, 69, 99–100, 153, 159–160, 162–163, 164, 166, 169, 237, 271, 332, 514, 529, 538	
Erklärung der Volkskammer 21. 1. 59	49–53
Erklärungen des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, auf der Genfer Außenministerkonferenz zur Frage eines — 151, 153–171, 178, 183–184, 193, 194, 199–200, 206–208, 217, 218, 221	
— mit beiden deutschen Staaten 24, 41, 53, 85–86, 100, 152, 163, 164, 183, 190, 199, 217, 470, 501, 515	
— mit der DDR	470, 515
„—“ mit Japan	38
Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutsch- lands	44, 45
Frist für —-Kommissionen	207–208
Gesamtdeutsche Kommission für Vorbereitung eines — 68, 91, 95, 207, 218, 517	
Gesamtdeutscher Ausschuß s. Wiedervereinigung	
Konferenz über einen — 23, 24, 25, 26, 27, 41–42, 45, 46, 48, 49, 60, 69, 71–74, 77, 95, 160, 169, 272	
Noten und Vorschläge der Regierung der DDR zur Frage eines —	23, 26–27, 67–71, 91, 95, 128, 133, 153
Vier-Mächte- bzw. Sechs-Mächte-Kommission für die Vorberei- tung eines — mit Deutschland	206–207, 218
Vorstellungen über einen „—“	84–85
Friedenswirtschaft	163, 167
Frist	
— für Friedensvertragskommissionen	207–208
— für provisorischen Westberlin-Status	222, 518
— für Verständigung der beiden deutschen Staaten	185, 201
G	
Geburt	280, 340, 553
Gemeinsame Erklärung (s. auch Kommuniké)	
DDR —	
Albanien 11. 1. 59	263–275
China 27. 1. 59	329–335
Irak 11. 1. 59	369–370
Tschechoslowakische Republik 25. 11. 59	466–480
UdSSR 19. 6. 59	509–525
Vietnam 21. 1. 59	535–540
„Gemeinsamer Markt“ s. Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft	
Gemeinsames Kommuniké s. Gemeinsame Erklärung	

Gemischte Kommission s. Kommission

- Generalkonsul** (s. auch Konsul, Konsularvertrag) 105, 276, 336, 547
 Exequatur für — der DDR in Kairo 22. 9. 59 574
 Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
 der DDR 14. 9. 59 123—125
 Generalkonsulat der DDR in Schanghai 334, 568

Generalverkaufsagenturabkommen

- der Deutschen Lufthansa mit Panair do Brasil, in Kraft
 am 1. 9. 59 573

Genfer Außenministerkonferenz 11. 5.—20. 6. u. 13. 7.—5. 8. 59

506, 566

- de-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte 105, 124, 132
 Direktiven für die DDR-Delegation 93—95
 Einladung an die vier Außenminister zum Besuch der DDR 214—216
 Entwurf der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland 153
 Erklärung der DDR-Delegation zur Vertagung der — 20. 6. 59
 190—192
 Erklärung der Regierung der DDR zum Abschluß der — 8. 8. 59
 224—225

- Erklärungen (Reden, Briefe) des Ministers für Auswärtige An-
 gelegenheiten der DDR auf der — s. Deutsche Demokratische
 Republik—Minister(ium) für Auswärtige Angelegenheiten
 Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der
 Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages 27.—28. 4. 59 .. 235—240
 Noten der Regierung der DDR zur — 64—65, 71—74
 Pressekonferenz vor der — 6. 5. 59 566
 Regierungserklärung 16. 4. 59 74—95
 Rundfunckerklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl
 9. 4. 59 68—71
 Schreiben von Ministerpräsident Otto Grotewohl an Bundes-
 kanzler Dr. Adenauer 8. 4. 59 67—68, 92
 Teilnahme von Vertretern beider deutscher Staaten an der — 65, 72,
 73, 76, 91, 151, 152, 190, 192, 217, 225, 239, 502, 513—514
 „Verhandlungspaket“ der Westmächte 153, 156, 159, 239, 515

Genfer Indochina-Abkommen 1954 111, 112, 331, 538—539**Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche** 382**Gerichtskosten** 289—290**Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz** 496**Gesamtdeutscher Konstituierender Rat** 134, 135**Gesamtdeutschland** s. Wiedervereinigung**Gesellschaft**

- für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 42
 — für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland 570

Sachregister

— zur Förderung der Freundschaft zwischen Indonesien und der DDR, gegründet 27. 6. 59	570—571
Irakisch-Deutsche —, gegründet 8. 5. 59	566
Kapitalistische -ordnung	40, 86, 205, 211
Mongolisch-Deutsche Freundschafts-, gegründet 5. 10. 59	575
Sozialistische -ordnung 40, 52, 143, 167, 176, 205—206, 211, 474, 495, 496	
Gesetz	
— zum Schutze des Friedens	129
Gesundheitswesen	
Plan 1959 zur Erfüllung des Abkommens DDR — Bulgarien auf dem Gebiet des — 25. 3. 59	564
Gewaltverzicht	52, 170—172, 180, 195, 516
Gewerkschaften	128
Gewissensfreiheit	40
Ghana	
Handelsvertretung der DDR in —	561
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft der Republik — in der DDR Sept. 1959	574
Verhandlungen mit DDR-Delegation Febr. 1959	363
Gipfelkonferenz	69, 72, 73, 77, 109, 138, 217, 225, 518—519
Erklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur bevorstehenden — 14. 12. 59	145—146
Note der Regierung der DDR zur Einberufung einer — 25. 3. 59	59—66
Themen einer —	64, 139, 140, 141, 145, 470
Teilnehmerkreis einer —	64, 72, 73, 145—146, 502
Verzicht Adenauers auf Teilnahme an der —	145
Vorschlag der Regierung der UdSSR zur Einberufung einer — ..	59, 63—65, 138, 269, 331, 382, 537
Gleichberechtigung 37, 39, 44, 106, 154, 185, 246, 247, 311, 320, 503, 519	
Gleichheit, souveräne	185
Goldfranken	395, 396—397, 398, 401, 402, 403
Goldrubel	398, 404
Grenze	
— der Besatzungszonen	175
— -verkehr, -handelsverkehr	48, 316, 325, 576
-verletzung	118—120
Oder-Neiße —	43—44, 415
Privilegierter Eisenbahndurchgangsverkehr an der —	416—425
Wasserbewirtschaftung an der —	426—431
Grenzverletzung	
Note der Regierung der DDR an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik: Protest gegen — 24. 8. 59	118—120

Griechenland

- Atom- und Raketenbasen in — 442, 519
 Griechische Parlamentarier in der DDR Okt. 1959 576
 Interline-Abkommen Olympic Airways — Deutsche Lufthansa,
 in Kraft am 19. 2. 59 562

Großbritannien (s. auch Westmächte) 88

- Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa:
 British European Airways (BEA), in Kraft am 20. 4. 59 565
 British Overseas Airways Corp. (BOAC), in Kraft am 21. 9. 59 574
 Kolonialismus 56, 57—58
 Lord-Mayor von London empfängt erste DDR-Delegation
 16. 4. 59 564—565
 Minister Prof. Dr. Winkler in — 23.—30. 6. 59 570
 Reuter-Büro in Berlin 567
 Sorbische Delegation in — 7.—15. 5. 59 566
 Unterhausabgeordnete in der DDR Febr. und Mai 1959
 561—562, 568
 Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR in London 567
 Warenaustausch mit der DDR 1959 16. 1. 59 364

„Grüner Plan“ 39**Grundgesetz** 196**Guinea** 56—57

- Langfristige Vereinbarung mit der DDR über Warenlieferun-
 gen 3. 3. 59 365—366
 Regierungsdelegation in der DDR 4.—10. 2. 59 365

H**Handel, Außenhandel** 25, 61, 86—87, 98, 108—109, 163, 244—245,
247, 477, 497**Handelsabkommen** (auch Handelsvertrag, Protokoll, Vereinba-
 rung, Warenlisten, Zusatzabkommen, Zusatzprotokoll) DDR —**Albanien**

- Handel und Seeschifffahrt 8. 10. 59 311—317
 Warenlieferungen 1960 15. 11. 59 317

Belgien/Luxemburg

- Handelsabkommen, Verlängerung 1960 30. 11. 59 577

Bulgarien

- Handel und Seeschifffahrt 16. 7. 59 320—326
 Warenaustausch 1959, Zusatzprotokoll 19. 6. 59 570
 Warenaustausch 1960 14. 11. 59 328

China

- Waren- und Zahlungsverkehr 1959 5. 2. 59 342—343

Dänemark	
Handelsvereinbarung 1959 19. 12. 58	559
Handelsvereinbarung 1960 13. 11. 59	355
Finnland	
Warenlieferungen 1959 9. 2. 59	356—357
Warenlieferungen 1960 11. 11. 59	360—361
Frankreich	
Warenlisten 1959, Zusatzvereinbarung 27. 8. 59	362
Warenlisten 1960 23. 12. 59	362
Großbritannien	
Warenaustausch 1959 16. 1. 59	364
Guinea	
Langfristige Vereinbarung über Warenlieferungen 3. 3. 59	365—366
Indien	
Handels- und Zahlungsabkommen 1960—1962 18. 12. 59 .	367—368
Island	
Handelsvereinbarung 1960 14. 11. 59	378
Italien	
Handelsabkommen, Verlängerung 1960 10. 12. 59	578
Jugoslawien	
Warenaustausch 1960—1962 8. 8. 59	379
Warenlieferungen und Dienstleistungen 1960 8. 8. 59	379
Korea	
Waren- und Zahlungsverkehr 1959 30. 1. 59	381
Libanon	
Handelsabkommen, Verlängerung 1959 24. 3. 59	564
Marokko	
Handelsabkommen bis 31. 3. 60 8. 6. 59	389
Mongolische Volksrepublik	
Warenlieferungen 1960 23. 9. 59	405
Niederlande	
Handelsabkommen, Verlängerung 1960 24. 11. 59	577
Norwegen	
Handelsvereinbarung 1959 30. 12. 58	559
Österreich	
Warenaustausch 1959 28. 1. 59	408
Polen	
Warenaustausch, Erhöhung 1959 27. 5. 59	568
Warenlieferungen 1960 17. 10. 59	425—426

Rumänien

Warenlieferungen 1959 26. 3. 59	440
Warenlieferungen 1959, Zusatzvereinbarung 4. 8. 59	441–442
Warenlieferungen 1959–1965 16. 3. 59	432

Schweden

Handelsvereinbarung 1960 5. 12. 59	577
--	-----

Tschechoslowakische Republik

Handel und Schifffahrt 25. 11. 59	480–486
Warenlieferungen 1959, Zusatzvereinbarung 3. 7. 59	448
Warenlieferungen 1960 16. 11. 59	465
Warenlieferungen 1961–1965 29. 1. 59	447

Ungarn

Warenaustausch 1959, Zusatzprotokoll 29. 6. 59	488–489
Warenaustausch 1960 5. 10. 59	489–490

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Warenlieferungen 1959, Zusatzprotokoll 6. 9. 59	525
Warenlieferungen 1960 21. 11. 59	531–532
Warenlieferungen 1961–1965 21. 11. 59	531–532

Vereinigte Arabische Republik

Handelsabkommen 1959–1961 13. 12. 58	559
--	-----

Vietnam

Handel und Seeschifffahrt 7. 3. 59	541–547
Warenaustausch 1960 7. 12. 59	577
Waren- und Zahlungsverkehr 1959–1960 1. 12. 58	559

Handelsvertretung 131, 363, 561, 567

Hetze gegen die DDR 173, 174, 182, 187

Hilfeleistung bei Katastrophen, Notlandungen und Havarien

281–282, 341, 553–554

Hochschulwesen

Abkommen DDR–Koreanische Volksdemokratische Republik über den Austausch von Hochschullabsolventen, Studenten und Fachschülern 7. 12. 59	384–388
Plan der wissenschaftlichen Zusammenarbeit Humboldt-Uni- versität Berlin–Lomonossow-Universität Moskau für 1959 30. 6. 59	571
Zusammenarbeit auf dem Gebiete des —	371–372, 490–491

Holland s. Niederlande

Humboldt-Universität zu Berlin

Plan der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Lomo- nossow-Universität Moskau für 1959 30. 6. 59	571
--	-----

I

Immunität	277, 282, 337, 342, 548–549, 554
Imperialismus (s. auch Kolonialismus)	380
Amerikanischer —	31, 75, 111–112, 113, 268, 269, 331–332, 333–334, 353–354, 383, 537, 539
Deutscher (westdeutscher) —	25, 28, 39, 43, 75, 78–79, 94, 100–102, 218, 270, 415, 472–473, 538
Französischer —	57–58, 111, 112
Kampf gegen — s. Friedenskräfte, Kampf gegen Imperialismus und Militarismus	
Indien	112
Besuch des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in — 12. bis 17. 1. 59	560
70. Geburtstag des Premierministers J. Nehru	367
Handels- und Zahlungsabkommen mit der DDR 1960–1962 18. 12. 59	367–368
Indischer Minister in der DDR Dezember 1959	578
Nehru über die Wiedervereinigung Deutschlands	141–144
Regierungsdelegation der DDR zur Weltlandwirtschaftsausstellung in Neu Delhi 11. 12. 59	578
Volkskammerdelegation in —	564
Indonesien	
Delegation des indonesischen Parlaments in der DDR 5.–9. 9. 59 ..	573
Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft zwischen — und der DDR, gegründet 27. 6. 59	570–571
Industrieproduktion der DDR	203
Informationszentrum s. Kultur	
Innerdeutscher Handel	210
„Integration“, europäische	31, 32, 35, 36
Integrität, territoriale	37, 154, 159, 168
Interline-Abkommen Deutsche Lufthansa —	
Air Liban (Libanon), in Kraft am 10. 11. 59	576
British European Airways (BEA), in Kraft am 20. 4. 59	565
British Overseas Airways Corp. (BOAC), in Kraft am 21. 9. 59 ..	574
Canadian Pacific Air Lines (CPAL), in Kraft am 17. 8. 59	573
Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux (TAI), in Kraft am 1. 1. 59	559
Cyprus Airways Limited (Zypern), in Kraft am 14. 9. 59	574
Minhanduy (China), in Kraft am 16. 2. 59	562
Olympic Airways (Griechenland), in Kraft am 19. 2. 59	562
Sudan Airways, in Kraft am 1. 10. 59	575
Syrian Airways Company, in Kraft am 9. 7. 59	571
Trans Canada Airlines (TCA), in Kraft am 25. 6. 59	570

Union Aéromaritime de Transport (UAT), in Kraft am 15. 5. 59	567
Internationale Entspannung s. Entspannung und Frieden	
Internationale Organisationen und Einrichtungen (s. auch Organisationen)	
Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft, „Gemeinsamer Markt“ (EWG)	37, 39, 58
Internationale Rundfunkorganisation (OIR) ..	348, 436, 560, 572
Internationales Theaterinstitut (ITI)	568–569
Interparlamentarische Union (IPU)	573
Nordatlantikpakt-Organisation s. NATO	
Organisation für Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder (OSShD)	569–570
Organisation für Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS)	569
Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe s. Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	
Vereinte Nationen s. Vereinte Nationen	
Warschauer Vertragsorganisation s. Warschauer Vertrag	
Internationale Rundfunkorganisation (OIR)	348, 436, 560, 572
Internationales Schiedsgericht	
Vertrag DDR – CSR – Polen über Konstituierung und Unterhaltung eines – für See- und Binnenschifffahrt in Gdynia 17. 6. 59	570
Internationales Theaterinstitut (ITI)	568–569
Internationalismus, proletarischer	130, 266, 267, 272, 273, 318, 327–328, 334, 353, 354, 406, 415, 474, 511, 519, 522, 524, 530, 540
Interparlamentarische Union (IPU)	
48. Kongreß in Warschau 27. 8.–3. 9. 59	573
Interview	
– des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht im amerikanischen Fernsehen 23. 11. 59	577
– des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz, zur außenpolitischen Debatte des Bundestages (5. 11. 59) 12. 11. 59	138–141
Interzonenhandel	210
Investitionen	245, 478
IPU s. Interparlamentarische Union	
Irak	
Abkommen mit der DDR s. Abkommen	
Attentat auf Ministerpräsident Kassem	376–377
Gemeinsame Erklärung mit der DDR 11. 1. 59	369–370

Irakisch-Deutsche Gesellschaft, gegründet 8. 5. 59	566
Irakischer Minister in der DDR	374-376
1. Jahrestag	376, 571-572
Volkskammerdelegation im —	564
Island	97
Handelsvereinbarung mit der DDR 14. 11. 59	378
Isolierung	
— für militärische und revanchistische Politiker	38
Italien	
Atom- und Raketenbasen in —	272, 519
Handelsabkommen mit der DDR, Verlängerung 1960	
10. 12. 59	578
J	
Jahrestag	
1. — der irakischen Revolution 14. 7. 59	376, 571-572
10. — der Gründung	
der Volksrepublik China 1. 10. 59	352-354, 574-575
der Deutschen Demokratischen Republik 7. 10. 59 ..	526-530, 575
Ausstellung „10 Jahre DDR“	575
Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl	128-137
14. — der Befreiung Deutschlands vom Faschismus	505-509
15. — der Befreiung	
Albaniens 29. 11. 59	318
Bulgariens 9. 9. 59	327-328
Polens 22. 7. 59	414-416
Rumäniens 23. 8. 59	442-443
35. — der Ausrufung der Mongolischen Volksrepublik 26. 11. 59	
	406-407
40. — der Errichtung der Ungarischen Räterepublik 21. 3. 59	
	487-488
Jalta	
Erklärung von — 11. 2. 45	13
Japan	
Friedensdiktat von San Franzisko	38
Jugoslawien (Föderative Volksrepublik Jugoslawien)	
Bund der Kommunisten —	268
Warenaustausch mit der DDR 1960-1962 8. 8. 59	379
Warenlieferungen und Dienstleistungen 1960 8. 8. 59	379
Junktim zwischen Friedensregelung und Wiedervereinigung ..	88-89
Justizapparat in Westdeutschland	103, 143

K

- Kaliindustrie** 447, 449
- Kalter Krieg** (s. auch Krieg und Kriegführung, psychologische) .. 13,
24, 55, 75, 80, 83, 87, 90, 125, 138, 158, 269, 331, 470, **471–472**, 512, 516
- Kambodscha** 380, 569
- Kamerun** 57–58, 123
- Kammer für Außenhandel der DDR** 355, 362, 364, 378, 408, 559,
577, 578
Vertretung der – in London 567
- Kampf gegen Imperialismus und Militarismus** (s. auch Friedens-
kräfte) 28, 35, 77, 78, 84, 93, 116, 123, 415, 471
- Kampfgruppen** 130
- Kanada**
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa:
Canadian Pacific Air Lines (CPAL), in Kraft am 17. 8. 59 .. 573
Trans Canada Airlines (TCA), in Kraft am 25. 6. 59 570
- Kapitalismus**
Sieg über den – 137, 267, 330, 353, 466, 469, 495
Übergang vom – zum Sozialismus 29
Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen – und Sozialismus .. 39, 479
Wirtschaftskrise 331
- Kennziffern der Produktion** 245, 248
- Kernenergie** s. Atomenergie
- Klerikalismus, politischer** 40
- Koexistenz** 59, 123, 129, 131, 217, 232, 236, 332, 469, 470, 472, 497,
537, 568
- Kohle** 39, 241
- Kollektive Sicherheit** s. Sicherheit
- Kolonialismus** (s. auch Imperialismus) 121, 123
Bewegung gegen den – .. 56–59, 121, 124, 268, 269, 330–331, 353, 365,
469, 537
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der DDR gegen den Kolonialterror in Afrika 2. 3. 59 56–59
Westdeutscher Neo- – 58, 122, 123–125, 332, 473
- Kolumbien**
Delegation des Kongresses der Republik – in der DDR
15.–24. 5. 59 567
- Kommission** (s. auch Ständige Kommission)
Deutsch-mongolische – für technisch-wissenschaftliche Zusam-
menarbeit 391

Europäische Konsultativ- —	14, 175
Gemeinsame — für technisch-wissenschaftliche Zusammen- arbeit DDR—UdSSR (X. Tagung, Moskau 20.—24. 10. 59)	530
Gemischte — DDR—Finnland (Zahlungsabkommen 25. 2. 59)	359—360
Gemischte — DDR—VAR für Schiffsangelegenheiten	563
Gemischte — des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeut- schen Handel der DDR und des Ministeriums für Außenhan- del der Volksrepublik Polen (Tagung in Berlin Mai 1959) ..	568
Gesamtdeutsche — zur Vorbereitung eines Friedensvertrages ..	68,
	91, 95, 207, 218, 517
Internationale Kontroll- und Überwachungs- — für Laos ..	112, 118
— für Fragen der Elektrifizierung usw. bei der Organisation für Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder (OSShD)	569—570
— für Synoptische Meteorologie	233
Ökonomische — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ..	250
Vier-Mächte- bzw. Sechs-Mächte- — für die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland	206—207, 218
Wirtschafts- — der Vereinten Nationen für Europa (ECE)	565
Wirtschafts- — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ..	245
Kommuniqué (s. auch Gemeinsame Erklärung)	
— über den Aufenthalt des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chru- stschow, in der DDR 11. 3. 59	495—503
— über den Besuch des Wirtschaftsministers der Republik Irak, Dr. Ibrahim Kubbah, in der DDR 17. 6. 59	374—376
— über den Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksdemo- kratischen Republik, Zoi En Gen, in der DDR 24. 4. 59 ..	381—384
— über die Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der Republik Guinea 10. 2. 59	365
— über Tagungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe s. Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	
Kommunismus	522, 524
Aufbau, Sieg des —	247, 267, 510, 529
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) ..	267, 495, 503,
	509, 522—524
XXI. Parteitag 27. 1.—5. 2. 59	55, 267, 510
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPC)	466, 474
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	
Widerrechtliches Verbot der —	40, 42, 472
Konferenz , Kongreß, Tagung	
Experten- — der Kommission für Fragen der Elektrifizierung und Einführung der vollkommenen Arten der Zugbeförde-	

- rung bei der Organisation für Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder (OSShD), Moskau 16.—25. 6. 59 569—570
 Experten- — über den Bau der Erdölleitung aus der UdSSR nach verschiedenen Ländern, Warschau Mai 1959 568
 Friedens- — s. Friedenskonferenz
 Genfer Außenminister- — s. Genfer Außenministerkonferenz
 Genfer — zur Einstellung der Kernwaffenversuche 382
 Gipfel- — s. Gipfelkonferenz
 — der Internationalen Rundfunkorganisation (OIR), Helsinki 16.—25. 7. 59 572
 — der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China, Warschau 27.—28. 4. 59 235—240
 III. — der Leiter der Zollverwaltungen aller sozialistischen Länder, Berlin 19.—29. 10. 59 576
 Konferenzen von Accra 15.—22. 4. 58 und Dezember 1958 .. 121, 269
 48. Kongreß der Interparlamentarischen Union (IPU), Warschau 27. 8.—3. 9. 59 573
 8. Kongreß des Internationalen Theaterinstituts (ITI), Helsinki 1.—8. 6. 59 568—569
 III. Kongreß der Weltmeteorologischen Organisation, Genf 1.—28. 4. 59 232—235
 Ordentliche — der Organisation für Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS), Berlin 1.—10. 6. 59 569
 II. Tagung der Programmdirektoren des Fernsehens der Mitgliedstaaten der OIR, Berlin 7.—9. 1. 59 560
 Tagungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und seiner Ständigen Kommissionen s. Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
 Tagungen der Ständigen Kommissionen für technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und den einzelnen sozialistischen Ländern s. Ständige Kommission
 Tagungen der Vereinten Nationen und der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) s. Vereinte Nationen
Konföderation beider deutscher Staaten 19, 24, 40, 41 42—43, 46, 52, 62, 85, 92, 94, 95, 135, 137, 152, 156, 333, 383, 501, 516, 538
Kongo (Belgisch-Kongo) 56, 331
Kongreß s. Konferenz
Konsul (s. auch Generalkonsul, Konsularvertrag)
 Befreiungen und Vorrechte der — 276—278, 282, 336, 337—338, 342, 548—550

- Befugnisse der — 278–282, 338–341, 550–554
 Exequatur für — 276, 336, 548
 General- — 105, 276, 336, 547, 568, 574
 Vize- — 276, 336, 547
 Zulassung der — 276, 336, 547–548
- Konsularvertrag DDR—**
 Albanien 11. 1. 59 275–283
 China 27. 1. 59 335–342
 Vietnam 9. 10. 59 547–555
- Kontakte** zwischen beiden deutschen Staaten 128, 199, 204,
 209–210, 220
- Kontrolle** über die Einhaltung getroffener Abkommen bzw. Maß-
 nahmen 128, 133, 168, 186–187
 Internationale — 200, 203
 Übertragung der -funktionen im Berlinverkehr auf DDR-Be-
 hörden 21 48, 271
- Konvention**
 — über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunität des Rates
 für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 246, 247
- Konzerne** 17, 143
- Kooperation** der Produktion 47, 242, 243, 310, 319, 408, 447, 448,
 476, 477, 478, 521, 577, 578
- Koordinierung** 413, 476, 478
- Koreanische Volksdemokratische Republik**
 Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen
 Abzug der chinesischen Volksfreiwilligen 332
 Staatsbesuch des Vorsitzenden des Präsidiums der Obersten
 Volksvers. der —, Zbi En Gen, in der DDR 18.–24. 4. 59 .. 381–384
 Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder .. 240, 246
 Verhandlungen mit der DDR über weitere techn.-wissenschaft-
 liche Zusammenarbeit 559–560
 Volkskammerdelegation in der — 564
 Wiederherstellung der Einheit Koreas 332, 383, 537
- Kosmische Raketen** 330, 495, 526, 529
- Krieg**
 Kalter — 13, 24, 55, 75, 80, 83, 87, 90, 125, 138, 158, 269, 331, 470,
 471–472, 512, 516
- Kriegführung**, psychologische 34, 194, 269
- Kriegsgefahr** 12, 27, 61, 71, 79, 99, 101, 113–118, 120, 154,
 174, 194, 213, 217, 469
 Bannung der — 12, 60, 90, 92, 94, 125–126, 129, 182
- Kriegshetze** 21, 176

Kriegspropaganda

Einstellung der — 28, 30, 39, 51, 127, 133

Kriegsvorbereitung 15, 20, 23, 30, 35, 71, 73, 74–75, 77, 94, 135, 139,
143, 174, 269, 470

„Fall Rot“ 33

„Outline“-Plan 35, 42, 84, 88–89

Kriegszustand

Beendigung des — mit Deutschland 224

Kuba 331**Küstenschiffahrt** (Kabotage) 314, 323, 484, 544**Kultur** 30, 61, 163

Abkommen DDR—

Bulgarien (Arbeitsplan 1960) 16. 12. 59 579

Irak (kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit

1. 4. 59 370–374

Mongolische Volksrepublik (Arbeitsplan 1959) 18. 2. 59 562

Polen (Kultur- und Informationszentren in Berlin und War-
schau) 6. 5. 59 409–412

Rumänien (Arbeitsplan 1959) 9. 1. 59 560

Ungarn (kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit)

19. 12. 59 490–494

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (kulturelle und

wissenschaftliche Zusammenarbeit 1959) 26. 2. 59 562

Vietnam (Arbeitsplan 1959) 23. 2. 59 562

Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland .. 570

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der — 98, 108, 363, 371–374,

409–412, 479, 490–494, 521, 540, 560, 562, 579

L**Lademaschinen** 243**Landbeschlagnahmen** 39**Landsmannschaften** 33, 161, 193, 195, 415**Landwirtschaft**

„Grüner Plan“ 39

— ausstellung 375

Mechanisierung der — 231

Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-

technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der — des Rates

für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, V. Tagung, Sofia

24.–30. 3. 59; VI. Tagung, Sofia Dezember 1959 231–232

Sozialistische Umgestaltung der — 475, 479

Welt—ausstellung in Neu Delhi, DDR-Regierungsdelegation bei

Eröffnung 11. 12. 59 578

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der —	249
Lao-Dong-Partei	535, 539
Laos	
Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR zu den Ereignissen im Königreich — 20. 8. 59 ..	110—113
Genfer Indochina-Abkommen 1954	111
Internationale Kontroll- und Überwachungskommission für —	112, 113
Pathet-Lao	111, 112
Vereinbarungen von Vientiane 1957	111, 112, 113
Lausitzer Neiße	
Abkommen DDR-Polen über Zusammenarbeit in Fragen der Wasserbewirtschaftung der — 10. 11. 59	426—431
Lebensstandard	106, 244, 415, 475, 496, 506—507, 508, 539
Leicht- und Lebensmittelindustrie	
Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich- technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, konstituierende Tagung, Prag 22.—24. 4. 59	565
Leipziger Messe	363
Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow, auf der — 4.—7. 3. 59	496—498, 523
Libanon	
Handelsabkommen mit der DDR, Verlängerung 1959 24. 3. 59 ..	564
Interline-Abkommen Air Liban—Deutsche Lufthansa, in Kraft am 10. 11. 59	576
Unterredung des Ministerpräsidenten R. Karami mit dem Be- vollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten 18. 12. 59	579
USA-Intervention im —	131, 268
Lomonossow-Universität	
Plan der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Hum- boldt-Universität für 1959 30. 6. 59	571
Lufthoheit, Luftraum	
Protest des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gegen häufige Verletzungen der — der DDR 1. 9. 59 ..	66—67
Luftverkehrsabkommen s. Generalverkaufsagenturabkommen und Interline-Abkommen	
Luxemburg s. Belgien/Luxemburg	

M

Madagaskar	57
Magistrat von Groß-Berlin s. Berlin	
Mais	231
Marokko	
Handelsabkommen mit der DDR bis 31. 3. 60 8. 6. 59	389
Verhandlungen mit dem Bevollmächtigten der DDR-Regierung für die arabischen Staaten 18.—30. 7. 59	572
Marxismus-Leninismus 266, 267, 268, 330, 335, 352, 474, 488, 524	
Maschinenbau	447, 478, 530
Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich- technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des — des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	243
Tagung in Prag 23.—26. 3. 59	563
Maul- und Klauenseuche	231
Mechanisierung	242, 413, 478, 566, 578
Meistbegünstigung	311—316, 320—325, 481—485, 541—546
Memorandum der Regierung der DDR zur Berlinfrage 9. 1. 59 ..	560
Metallurgische Industrie	530
Meteorologie	
Kommission für Synoptische —	233
Meteorologischer-Hydrologischer Dienst der DDR	233, 235
Weltmeteorologische Organisation (III. Kongreß, Genf 1.—28. 4. 59)	232—235
Wetterdienststellen der DDR	232—233
Meteorologischer-Hydrologischer Dienst der DDR	233, 235
Militärstützpunkte	537
Beseitigung fremder — .. 25, 51, 61, 99, 127, 133, 154, 166, 269, 471	
— des deutschen Militarismus	100, 101, 238
NATO- — Westberlin	12, 20
Militarismus	25, 62, 104, 105, 151, 161, 165, 194
Aggressive Pläne des deutschen —	12, 15, 62, 74, 97, 100—102, 153, 415
Bändigung des deutschen — 13—14, 24, 29, 39—40, 42, 61, 62, 81, 100, 133, 190, 223	
Gefährliches Bündnis mit dem deutschen —	101—102, 104
Kampf gegen — s. Friedenskräfte, Kampf gegen Imperialismus und Militarismus	
Militaristische Organisationen in Westdeutschland und West- berlin	33, 39
Stützpunkte des deutschen —	100, 101, 238

- Wiedererstehen des deutschen — 37, 60, 78–79, 80, 100, 115,
143, 217, 236, 332
- Minhanduy (China)**
 - Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft
am 16. 2. 59 562
- Minister(ium) für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Mi-
nisterrat der DDR** s. Deutsche Demokratische Republik
- Mongolische Volksrepublik**
 - Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen
 - Anspruch auf Sitz in der UNO 406
 - 35. Jahrestag der Ausrufung der — 26. 11. 59 406–407
 - Mongolisch-Deutsche Freundschaftsgesellschaft, gegründet
5. 10. 59 575
 - Teilnahme an Konferenzen sozialistischer Länder 240, 246
- Monopole** 17, 36, 40, 79, 270, 332
- Monrovia**
 - Konferenz von — 4.–8. 8. 59 120–123
- Montanunion** 37, 39
- Museum** 371
- Musik**
 - Woche der — 347–348, 435
 - Austausch von —werken 492
- N**
- Nachfolgestaaten** des ehem. Deutschen Reiches: DDR und Bundes-
republik 164
- Nachlaßangelegenheiten** 280, 295–297, 340, 552
- Naher und Mittlerer Osten** 268, 375
 - Beziehungen der DDR zu Ländern des — s. DDR-Beziehungen
- Nationale Front des demokratischen Deutschland** 49, 263, 497,
511, 522, 527
- Nationaleinkommen** 245
- Nationale Volksarmee** 127, 130, 133, 156, 167
- Nationalismus** 103
- Nationalstaaten**, antiimperialistische 131
- NATO** 25, 35, 38, 39, 50, 80, 94, 100, 114, 127, 133, 155, 166, 182,
238, 269, 332, 383
 - Ausscheiden Westdeutschlands aus der — 36, 37, 42, 61, 154
 - -Beratungen 20, 87
 - -Brückenkopf Westberlin 12, 20

- -Paktsystem 15, 25, 60, 130, 519
- Westdeutschland als Atomwaffenbasis der — 81, 116, 236—237, 270, 500
- Neofaschismus** in Westdeutschland (s. auch Faschismus) 17, 33, 44, 103, 143, 472, 473
- Neokolonialismus** s. Kolonialismus
- „Neuordnung“** Europas 31, 32, 35, 36, 96
- Neutralität** 96, 105, 144, 380
- Nichtangriff** 37, 154
- Nichtangriffspakt**
 - zwischen allen Ostseeländern und Norwegen 99, 105, 519
 - zwischen der DDR und Westdeutschland 114, 118, 135, 139, 140, 143—144, 170—172, 179—180, 181—182, 187, 188—190, 192, 195, 209, 219, 471, 516
 - zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages 80, 94, 127, 133, 182, 383
- Nichteinmischung** 37, 44, 154, 247, 502, 517, 519
- Nickel** 248
- Niederlande**
 - Handelsabkommen mit der DDR, Verlängerung 1960 24.11.59 .. 577
- Njassaland** 56, 123
- Nordatlantikpakt** s. NATO
- Norwegen** 97, 101, 102, 103
 - Handelsvereinbarung mit der DDR 1959 30. 12. 58 559
- Noten** der DDR s. DDR-Regierung
 - der UdSSR s. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- Notlandung** 282, 341, 554
- Notstand** 154
- Nutzen**, gegenseitiger 39, 106, 154, 246, 247, 311, 320, 503
- O**
- Obst und Gemüse** 231, 248
- Oder-Neiße-Grenze** 43—44, 415
- Ökonomische Hauptaufgabe** 109, 506—507, 508, 510, 520
- Ökonomische Kommission** des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 250
- Ökonomische Zusammenarbeit** s. Wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Ölrohstoffe** 248

Öl- und Faserkulturen	231
Österreich	
Förderung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR 28. 1. 59	408
Staatsvertrag 1955	44, 96
„Sudetendeutscher Tag“ in Wien	96–97
OIR s. Internationale Rundfunkorganisation	
Okkupationstruppen s. Streitkräfte	
Oktoberrevolution , Große Sozialistische	487, 524
Olympic Airways	
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am 19. 2. 59	562
Opportunismus	
Kampf gegen —	474
Organisationen (s. auch Internationale Organisationen)	
Demokratische —	40, 42, 49, 128, 154, 472, 522
Faschistische und revanchistische — in Westdeutschland und Westberlin	17, 33, 473
Militaristische — in Westdeutschland und Westberlin	33, 39
Nationale Front des demokratischen Deutschland	49, 263, 497, 511, 522, 527
Spionage- —	39
OSS = Organisation für Zusammenarbeit der sozialistischen Län- der auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens, Konferenz Berlin 1.–10. 6. 59	569
OSShD = Organisation für Zusammenarbeit der Eisenbahnen der sozialistischen Länder, Konferenz Moskau 16.–25. 6. 59 ..	569–570
Osteuropa-Institute, Ost-Unterricht in Westdeutschland	33
Ostsee	
Atom- und raketenwaffenfreie Zone	98, 99, 519
Beziehungen der — länder zur DDR	105–109
Meer des Friedens	97, 98, 99, 100, 101, 109, 131, 519
NATO und Bundesregierung als Störenfriede in der —	97, 98–99, 100–102
Nichtangriffsverträge zwischen allen — staaten und Norwegen	99, 105, 519
Rede des Ersten Stellvertr. des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, zur Eröffnung der —woche 27. 6. 59	97–109
Ost-West-Gipfelkonferenz s. Gipfelkonferenz	
„Outline“-Plan	35, 42, 84, 88–89

P

- Palästinafrage** 369
- Papierindustrie** 247
- Pariser Verträge 1952 und 1954** 24, 25, 34—35, 36, 37, 50, 115
154, 162, 169
- Parlamentarischer Rat** 196
- Parlamentsdelegationen aus dem Ausland in der DDR** 561—562,
567, 568, 570, 571, 573, 574, 576, 577
- Partei der Arbeit Albaniens** 263—268, 274
- Pathet-Lao** 111, 112
- Patriotische Kräfte s. Friedenskräfte**
- Penghu-Inseln** 334
- Personen- und Familienrecht** 290—294
- Perspektivplan** 240, 247, 249, 520
- Peru**
Delegation der Abgeordnetenversammlung der Republik — in der
DDR 10.—16. 7. 59 571
- Pflegschaft s. Vormundschaft**
- Plan s. Abkommen, Perspektivplan, Siebenjahrplan, Volkswirtschaft**
- Polen (Volksrepublik Polen)** 97, 112, 208
Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen
Delegationen in der DDR 561, 570
Gemischte Kommission des Ministeriums für Außenhandel
der — und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen
Handel der DDR (Tagung in Berlin Mai 1959) 568
15. Jahrestag der Wiedergeburt Polens 22. 7. 59 414—416
Rapacki-Plan s. Atomwaffen—Atomwaffenfreie Zone
XVI. Tagung der Ständigen Kommission für techn. und wissen-
schaftlich-technische Zusammenarbeit mit der DDR, Warschau
Mai 1959 413
Teilnahme an einer Gipfelkonferenz 64, 65, 72, 74, 239, 502
Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 235, 240,
246, 568
- Politik der Stärke** 20, 23, 24, 50, 80, 82, 83, 87, 90, 105,
113—118, 119, 125, 192, 238, 472—473, 502, 512—513, 537
- Polizei** 176
Deutsche Volks — 130
- Porzellanmanufaktur Meißen**
Übergabe der von der UdSSR geretteten Werksammlung des
VEB Staatliche — 4. 2. 59 561

Post (s. auch Fernmeldeverkehr)	210
Abkommen DDR—Mongolische Volksrepublik über — und Paketverkehr 12. 6. 59	392—399
Gebühren	396—397
OSS s. OSS und Internationale Organisationen	
— sendungen im privilegierten Eisenbahndurchgangsverkehr	417, 421, 422
Potsdamer Abkommen 2. 8. 45	13—14, 17, 50, 132, 151
Verletzung des —	15, 16, 18, 40, 115, 270, 271, 538
Präsident der DDR s. Personenregister: Pieck, Wilhelm	
Presse	103
Internationale — konferenz vor der Gipfelkonferenz 6. 5. 59 ..	566
— hetze	58
Reuter-Büro in Berlin	567
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der —	372—373, 492
Produktion	
Automatisierung der —	242, 478
Effektivität der —	478
Industrie— der DDR	203
Kennziffern der —	245, 248
Kooperation der —	47, 242, 243, 310, 319, 408, 447, 448, 476, 477, 478, 521, 577, 578
Mechanisierung der —	242, 413, 478, 566, 578
Selbstkosten der —	245
Spezialisierung der —	231, 242, 243—244, 248, 319, 447, 449, 476, 477, 478, 479, 577
Produktivkräfte	476, 477
Protokoll s. Abkommen	
Provokationen	115, 117, 205
— an der DDR-Staatsgrenze	118—120
— gegen die DDR in Westberlin	110, 139—140, 158, 173—175, 182, 195—197, 222, 516, 517
— in Laos	111—112, 113
Publikationen	410
Austausch von —	348, 350, 371, 436, 438, 491
Übersetzung von —	371, 491
Q	
Quarantäne	
— und Schutz landwirtschaftlicher Pflanzen vor Schädlingen und Krankheiten	232, 249

R

- Raketen** 102
 Abschußrampen für — 39, 101, 117
 Errichtung amerikanischer —rampen und Atomstützpunkte
 in NATO-Staaten 238, 272, 442, 519
 Keine Atom- und —abschußbasen auf dem Gebiet der DDR
 102, 167
 Kosmische — 330, 495, 526, 529
 Lagerung von Atom- und —waffen 197
 —waffen für westdeutsche Bundeswehr 15, 117, 139, 162,
 165, 223, 238
 Westdeutsch-französische —versuche in Algerien 122
- Rapacki-Plan** s. Atomwaffen—Atomwaffenfreie Zone
- Rapallo** 30
- Rassenhaß** 28, 37
- Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)** 130, 521
 Arbeitsteilung, internationale sozialistische 244, 245, 247
 Konvention über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunität
 des — 246, 247
 Kooperation der Produktion 47, 242, 243, 310, 319, 408,
 447, 448, 476, 564, 577, 578
 Spezialisierung der Produktion 231, 242, 243—244, 248, 319,
 447, 449, 476, 577
- Ständige Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaft-
 lich-technische Zusammenarbeit des — für die Gebiete:**
 Bauwesen, Tagungen in Berlin, April und Dezember 1959 .. 566, 578
 Chemische Industrie, VI. Tagung, Berlin 20.—24. 4. 59 565
 VII. Tagung, Berlin 10.—16. 11. 59 ... 576—577
 Erdöl- und Gasindustrie, V. Tagung, Bukarest Februar 1959
 562—563
 Landwirtschaft, V. Tagung, Sofia 24.—30. 3. 59 231—232
 VI. Tagung, Sofia Dezember 1959 232
 Leicht- und Lebensmittelindustrie, konstituierende Sitzung,
 Prag 22.—24. 4. 59 565
 Maschinenbau 243
 Tagung in Prag 23.—26. 3. 59 563
 Ökonomische Fragen 250
 Transport, II. Tagung, Warschau 14.—21. 4. 59 564
 Verkehrswesen 249
 Wirtschaft, Tagung in Moskau 17.—19. 11. 59 245
- Statut des —** 246—247
- Tagungen des —**
 XI. Tagung, Tirana 13.—16. 5. 59 (Kommuniqué) 240—245
 XII. Tagung, Sofia 10.—14. 12. 59 (Kommuniqué) 245—250

Reaktion	138, 270
Rechtshilfevertrag DDR—Albanien 11. 1. 59	283—309
Regierung der DDR s. Deutsche Demokratische Republik	
Reichswehr	166—167
Rekonstruktion	
Sozialistische — der Industrie	478
Remilitarisierung in Westdeutschland (s. auch Atomwaffen- Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen)	15, 16, 24, 27, 32, 35, 79, 134, 155, 165, 270, 500
Aufrüstungsprogramm Bonns	39, 139
Reparationen	44, 51
Republikflucht	219, 220
Reuter-Büro in Berlin	567
Revanchepolitik, Revanchismus	27, 28, 31—34, 35, 36, 37, 39, 44, 50, 78—79, 86, 89, 98, 99, 100, 119, 125, 140, 155, 161, 162, 194, 213, 415, 472—473
Faschistische und revanchistische Organisationen in West- deutschland und Westberlin	17, 33, 51
Landsmannschaften	33, 161, 193, 195, 415
„Sudetendeutscher Tag“ in Wien	96—97
Territoriale Forderungen	33, 96, 114, 127, 139, 161, 236, 415, 472—473, 513
Revisionismus	138
Kampf gegen —	268, 335, 474, 524, 537
RGW s. Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	
Rhodesien	56, 123
Rinderzucht	231
Roheisen	248
Rohre	241, 242, 248
Rohrleitungen	249
Rüstung	
Einstellung der Atom—	28, 41, 42, 45
—ausgaben	39, 51
—produktion	176, 197
Rüstungsstopp	127, 128, 133, 269, 471
Rumänische Volksrepublik	
Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen	
15. Jahrestag der Befreiung 23. 8. 59	442—443
XI. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissen- schaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, Berlin	
24. 6.—3. 7. 59	440—441

Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 235,
240, 246

Rundfunk

Abkommen Staatl. Rundfunkkomitee der DDR—Amt für Rundfunkwesen der Volksrepublik China über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des — und Fernsehens 25. 4. 59 343—351
Abkommen Staatliches Rundfunkkomitee der DDR—Komitee für Rundfunk und Fernsehen beim Ministerrat der Rumänischen Volksrepublik 18. 3. 59 433—439
Austausch von — sendungen .. 344—346, 347—348, 372—373, 433—436
Deutscher Demokratischer — 343—351, 433—439
Internationale —organisation (OIR) 348, 436, 560, 572
Musik-Wochen 347—348, 435
Staatliches —komitee 343—351, 433—439, 572

S

Sabotage 173—174, 182, 222, 516

San Franzisko

Friedensdiktat von — 38

Schiedsgericht s. Internationales Schiedsgericht und Schifffahrt

Schiedsspruch 316, 325—326, 546

Schifffahrt (Binnen-, Seeschifffahrt) 163, 249

Abkommen Handel und — DDR—

Albanien 8. 10. 59 311—317

Bulgarien 16. 7. 59 320—326

Tschechoslowakische Republik 25. 11. 59 480—486

Vietnam 7. 3. 59 541—547

Abkommen DDR—Tschechoslowakische Republik über einheit-

liche Zollverschlußordnung für Elbeschiffe 18. 9. 59 449—464

Hochseetransporte zwischen den Ländern des RGW 249

Internationales Schiedsgericht (DDR—ČSR—Polen) in Gdynia .. 570

Küsten- — (Kabotage) 314, 323, 484, 544

Protokoll DDR—VAR über Ergebnisse der Zusammenarbeit in

—fragen 21. 3. 59 563

Schiffbruch, Havarie 281—282, 314—315, 323—324, 341,

484—485, 544—545, 553—554

Schulwesen 372, 491

Fachschule, Fachschüler 371, 372, 384—387, 491

Schwachentwickelte Länder 473

Schwarzmetallurgie 241—242, 247—248

Schweden 105, 108

Ausstellung „10 Jahre DDR“ in Stockholm 575

Handelsvereinbarung mit der DDR 1960 5. 12. 59 577

Oberbürgermeister Ebert in —	564
Schwedische Reichstagsabgeordnete in der DDR 19. 6. 59 ..	107, 570
Übereinkommen Schwedische Staatsbahnen—Deutsche Reichs- bahn über Fährverkehr Saßnitz—Trelleborg 19. 2. 59	562
SEATO (Südostasien-Pakt)	111, 112, 539
Selbstbestimmungsrecht	
— für alle Völker	57, 537
— für das deutsche Volk	16, 18, 34, 35, 85, 143, 152, 153, 165, 271
Separatwährung (Westmark)	15, 17, 36
Sicherheit	41, 80, 94
— der europäischen Völker	23, 25, 51, 62, 100, 116, 117, 133, 166, 209, 239
Siebenjahrplan	
— der DDR	109, 466, 478, 529
— der UdSSR	84, 241, 330, 529
Soldatenverbände in Westdeutschland	33, 39
Solidarität mit den afrikanischen Völkern	58—59, 122—123, 363, 365—366, 537
— der sozialistischen Länder	263, 267, 270, 272, 318, 327—328, 353, 354, 415, 476
Sorben	
Sorbische Delegation in Wales und London 7.—15. 5. 59	566
Sortensaatgut	231
Souveränität	18, 24, 25, 35, 37, 39, 45, 48, 51, 154, 159, 162, 267, 271, 500, 537
Achtung der —	37, 106, 154, 370, 519
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	193
Deutschlandplan der —	82—83
Rechte — -Führung	30, 83
Sozialisierung	213
Sozialismus	268
Aufbau des —	29, 52, 84, 156, 164, 167, 224, 263, 266—267, 273, 318, 333, 352—353, 354, 375, 406, 415, 442, 466, 474, 475, 488, 506—507, 508, 511, 520, 522, 527
Sieg des —	137, 267, 330, 353, 466, 469, 475, 495, 510, 520, 521
Übergang vom Kapitalismus zum —	29
Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen — und Kapitalismus	39, 479
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	41, 170, 263, 265, 266, 267, 268, 333, 469, 474, 508, 509, 511, 522—524, 527
V. Parteitag 10.—16. 7. 58	266, 520, 523, 527
Sozialistisches Lager	29, 32, 50, 55, 75, 83—84, 104, 265, 268, 318, 328, 330, 335, 406, 443, 469, 475, 488, 496, 522, 524, 536

- DDR westlicher Vorposten des — 130, 272
 Sowjetunion führende Kraft des — 21, 265, 266—267, 318, 328,
 330, 353, 406, 415, 443, 469, 488, 536
 Überlegenheit des — gegenüber den kapitalistischen Staaten
 130, 353
- Spaltung Deutschlands** 15—16, 24, 27, 52, 116, 117, 131, 132, 151,
 152, 155, 165, 211, 218, 500
- Spannungen** 60, 74, 94, 125, 201, 500, 502, 506, 512, 537
 Minderung der internationalen — 20, 24, 25, 75, 180, 187,
 225, 236, 272, 442, 468, 508, 512, 537
- Spezialisierung der Produktion** 231, 242, 243—244, 248, 319, 447,
 449, 476, 477, 478, 479, 577
- Spezialisten s. Fachleute**
- Spionage** 12, 39, 173—174, 182, 187, 222, 516
- Sport** 371, 373, 492
- Staatliches Rundfunkkomitee** 343—351, 433—439, 572
- Staatsangehörigkeit**
 Verleihung der — 279, 339, 550
- Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen**
 Delegation in der Republik Irak 19. 3.—3. 4. 59 563
- Staatsvertrag mit Österreich 1955** 44, 96
- Ständige Kommission** (s. auch Kommission)
 — für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammen-
 menarbeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe s. Rat
 für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
 Tagungen der — für technisch-wirtschaftliche bzw. für tech-
 nische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
 DDR—
 Albanien, VI. Tagung, Berlin April 1959 309—310
 Bulgarien, XIII. Tagung, Berlin 28. 7.—3. 8. 59 326—327
 Polen, XVI. Tagung, Warschau Mai 1959 413
 Rumänien, XI. Tagung, Berlin 24. 6.—3. 7. 59 440—441
 Tschechoslowakische Republik, IX. Tagung, Prag Mai 1959
 447—448
- Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, X. Tagung der
 Gemeinsamen Kommission, Moskau 20.—24. 10. 59 530
- Stahl** 241, 242, 248
- Statut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe** 246—247
- Steuern** 278, 312, 313, 315, 321, 322, 325, 338, 481, 482, 483,
 484, 542, 543, 545, 549
- Streitkräfte** (s. auch Bundeswehr und Nationale Volksarmee) .. 500
 Abzug aller ausländischen — aus Deutschland 25, 41, 51,
 61, 127, 133, 154, 166, 183, 471

Abzug der Besatzungstruppen aus Westberlin	13, 18, 271
Abzug der chinesischen Volksfreiwilligen aus Korea	332
Abzug der UNO-Truppen aus Korea	332, 383
Nationale —	51, 166—167, 168
Reichswehr	166—167
Verringerung der Besatzungstruppen in Westberlin ..	187, 222, 517
Verringerung der —	62, 94, 127, 133, 269
Studenten	376
Austausch von —	371—372, 384—387
Stützpunkte s. Militärstützpunkte	
Sudan Airways	
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft am	
1. 10. 59	575
Südostasien-Pakt (SEATO)	111, 112
Suezkanalkonflikt 1956	124, 131, 268
Syrian Airways Company	
Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft	
am 9. 7. 59	571
T	
Tagung s. Konferenz	
TAI s. Compagnie de Transports Aériens Intercontinentaux	
Taiwan	269, 333—334, 353, 537
TCA s. Trans Canada Airlines	
Technik	
Einführung der fortgeschrittensten — in den Produktionsprozeß	
244, 475	
Technisch-wissenschaftl. Zusammenarbeit s. Ständige Kommis-	
sion und Wissenschaft	
Technologie	244, 247—248, 413, 478
Teheran	
Erklärung von — 1. 12. 43	13
Territoriale Forderungen	33, 96, 114, 127, 139, 161, 236, 415,
472—473, 513	
Thailand	112
Todeserklärung, Todesfall usw.	280, 291, 296, 340, 552
Touristen-Austausch	274, 492, 521
Trans Canada Airlines (TCA)	
Interline Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft	
am 25. 6. 59	570

Transport	564
Eisenbahn- und Hochsee- — zwischen den Teilnehmerstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	249
—kosten	249
Ständige Kommission für Fragen des — des Rates für Gegen- seitige Wirtschaftshilfe, II. Tagung, Warschau 14.—21. 4. 59 ..	564
Tschechoslowakische Republik (ČSR)	
Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen	
Deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit, Tagung in Prag 8.—12. 9. 59	447, 449, 477
Gemeinsames Kommuniqué mit der DDR 25. 11. 59	466—480
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPČ)	466, 474
Präsident Novotný empfängt den Ersten Stellvertreter des Vor- sitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht 16. 3. 59	563
IX. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissen- schaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, Prag Mai 1959	447—448
Teilnahme an einer Gipfelkonferenz	64, 65, 72, 73, 239, 502
Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder	235, 240, 246, 568
Vereinbarung Tschechoslowakisches Rotes Kreuz—Deutsches Rotes Kreuz 15. 1. 59	560—561
Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der Wasserwirt- schaft	576
Tunesien	
Besprechungen mit dem Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten in Tunis 1.—7. 8. 59	572
U	
UAT s. Union Aériomaritime de Transport	
UdSSR s. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	
Übereinkommen s. Abkommen	
Überraschungsangriffe	
Verhütung von —	269
Übersetzungen	371, 491
Übersiedler	219
Uganda	123
Umsiedler, Umsiedlung	33, 43, 44, 473
UN, UNO s. Vereinte Nationen	
Unabhängigkeit, nationale	29, 57, 370, 380
UNESCO	569

Ungarische Volksrepublik

- Abkommen usw. mit der DDR s. Abkommen
- 40. Jahrestag der Errichtung der Ungarischen Räterepublik
21. 3. 59 487—488
- Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 236, 240,
246, 568
- Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP) 487, 488

Union Aéromaritime de Transport (UAT)

- Interline-Abkommen mit der Deutschen Lufthansa, in Kraft
am 15. 5. 59 567

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) 97, 205, 265, 266—267, 468, 497

- Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen und
Vertrag
- Abrüstungsvorschlag vor der UNO 18. 9. 59 125—126, 137, 331,
469—470, 529
- Erklärung zur Lage in Laos 18. 8. 59 112
- Führende Kraft des sozialistischen Lagers 21, 265, 266—267, 318,
328, 330, 353, 406, 415, 443, 469, 488, 536
- 65. Geburtstag des Vorsitzenden des Ministerrates N. S. Chru-
stschow 17. 4. 59 503—505
- Genfer Außenministerkonferenz
Vorschläge der — 153, 176, 184, 186, 191, 194, 198, 199—200, 202,
217, 218
- Grußadresse zum 10. Jahrestag der DDR 7. 10. 59 526—528
- Kommuniqué über den Aufenthalt des Ersten Sekretärs des ZK
der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR,
N. S. Chruschtschow, in der DDR 11. 3. 59 495—503
- Kommuniqué über den Freundschaftsbesuch einer Partei- und
Regierungsdelegation der DDR in der — 19. 6. 59 99, 509—525
- Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) s. Kommu-
nistische Partei der Sowjetunion
- Kosmische Raketen 330, 495, 526, 529
- Noten der —
Berlinfrage 27. 11. 58 11, 20, 21, 27, 136, 159, 271, 333, 529
- Entwurf eines Friedensvertrages 10. 1. 59 22—23, 24, 25, 26,
27—28, 30, 31, 36—41, 44, 45, 46, 48—49, 51—53, 69, 99—100, 153,
159—160, 162—163, 164, 166, 169, 237, 271, 332, 514, 529, 538
- Friedensregelung mit Deutschland 2. 3. und 30. 3. 59 59—66,
71—72
- Rede Chruschtschows in Riga 98, 99
- Siebenjahrplan 84, 241, 330, 529
- X. Tagung der Gemeinsamen Kommission für technisch-wissen-
schaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, Moskau
20.—24. 10. 59 530

- Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder 236, 240,
246, 568
- Übergabe der von der — geretteten Werksammlung des VEB
Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen 4. 2. 59 561
- Vorschlag zur Einberufung einer Gipfelkonferenz 59, 63—65,
138, 269
- Zusammentreffen Chruschtschow—Eisenhower in Camp David
25.—27. 9. 59 126, 138, 469
- Universität** s. Hochschulwesen
- Unterhaus**
— abgeordnete in der DDR Februar und Mai 1959 561—562, 568
- Urheberrecht** 492—493
- Urkunde** 279—280, 339—340, 551
- Uruguay**
Delegation der Deputiertenkammer der Republik — in der DDR
18.—21. 11. 59 577
- USA** s. Vereinigte Staaten von Amerika
- V**
- VAR** s. Vereinigte Arabische Republik
- Verbot der KPD** s. Kommunistische Partei Deutschlands
- Verbrauchsgüterindustrie** 478
- Vereinbarung** s. Abkommen
- Vereinigte Arabische Republik (VAR)** 120—123
Abkommen mit der DDR s. Abkommen
Besuch des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in der —
4.—8. 1. 59 123, 560
Exequatur für Generalkonsul der DDR in der — 22. 9. 59 574
Hohe Orden für Staatsmänner der DDR 4. 1. 59 560
Mitglied der OIR 560
Protokoll mit der DDR über Ergebnisse der Zusammenarbeit
/ in Schiffsfragen 21. 3. 59 563
- Vereinigte Staaten von Amerika (USA)** 20
Abkommen mit der Bundesrepublik über Gewährung von
Informationen hinsichtlich der Anwendung der Kernenergie
zu militärischen Zwecken und über Ausbildung der west-
deutschen Streitkräfte an atomaren Waffen 113—118
Amerikanischer Imperialismus und Kolonialismus 31, 75,
111—112, 113, 268, 269, 331—332, 333—334, 353—354, 383, 537, 539
Blitzreise des Außenministers Dulles 53—55
Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten .. 111—112,
113, 268, 269, 331—332, 333—334, 353—354, 383, 537, 539

- Einreiseverbot für DDR-Skisportler 55–56
 Intervention im Libanon 131, 268
 Protokoll mit der DDR: Übergabe von USA-Armeeangehörigen
 5. 2. 59 533–534
 USA-Delegation in der DDR Juni 1959 571
 Zusammentreffen Eisenhower–Chruschtschow in Camp David
 25.–27. 9. 59 126, 138, 469
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)** 472
- Vereinte Nationen (UN, UNO)** 25, 54, 57, 58, 178, 185, 200, 233–234,
 237, 502, 517
- Anspruch der Volksrepublik China und der Mongolischen
 Volksrepublik auf Sitz in den – 354, 403, 537
 Charta der – 124, 232, 247
 Spezialorganisationen der – 233–234, 569
 UNESCO 569
 XIV. Vollversammlung 125, 469
 Wirtschaftskommission für Europa (ECE)
 Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
 der DDR 20. 4. 59 565
- Verfolgung patriotischer Kräfte in Westdeutschland** 34, 472
- Verfügungen von Todes wegen** 294–297
- Verkehr**
- Grenz–, Grenzhandels– 48, 316, 325, 416–425, 576
 – von und nach Westberlin 19, 21, 48, 177–178, 186, 271, 501, 517
 Zwischenstaatlicher – 108
- Verkehrswesen**
- Ständige Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-
 technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des – des Rates
 für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 249
- Verringerung der Streitkräfte s. Streitkräfte**
- Versailler Vertrag 1919** 37, 160, 161
- Verständigung**
- Frist für eine – der beiden deutschen Staaten 185, 201
 Internationale – 21, 84, 190, 191, 192
 –, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten 19, 24,
 40, 45–46, 47, 52, 67–71, 91–92, 134, 144, 152, 156, 157, 169, 179, 182,
 185, 192, 194–195, 199, 201–202, 210–212, 219, 221, 471
- Vertrag (s. auch Abkommen)**
- Pariser–1952 und 1954 24, 25, 34–35, 36, 37, 50, 115, 154, 162, 169
 Versailler – 1919 37, 160, 161
 – über die Beziehungen DDR–UdSSR 1955 18, 157, 186
 Warschauer – 1955 22, 61, 80, 94, 127, 130, 133, 134, 154, 182,
 272, 383

Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des —, Warschau 27.—28. 4. 59	235—240
Veterinärwesen	249
Vientiane	
Vereinbarungen von — 1957	111, 112, 113
Vietnam (Demokratische Republik Vietnam)	112
Abkommen, Verträge usw. mit der DDR s. Abkommen	
Gemeinsame Erklärung mit der DDR 21. 1. 59	535—540
Genfer Indochina-Abkommen 1954	111, 112, 331, 538—539
Lao-Dong-Partei	535, 539
Teilnahme an Konferenzen der sozialistischen Länder	240, 246
Volkskammerdelegation in —	564
Wiederherstellung der Einheit —	331, 538—539
Visa-Erteilung	279, 339, 550
Vizekonsul	276, 336, 547
Völkerhaß	51, 127
Volksarmee s. Nationale Volksarmee	
Volksbefragung, Volksentscheid	35
— über atomare Aufrüstung der Bundeswehr	135
Volksbewegung für Frieden, gegen Atombewaffnung s. Friedens- kräfte, Kampf gegen Imperialismus und Militarismus	
Volkskammer der DDR	
Ausländische Delegationen in der —	567, 570
Besuche von —delegationen im Ausland	131, 564
Entschließungen aller Fraktionen der —	95—96, 126—128, 133, 139, 471
Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der — zur Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland 21. 1. 59	49—53
Präsident der — s. Personenregister: Dieckmann, Dr. h. c. Johannes	
1. Stellvertreter des Präsidenten, H. Matern, in der Volks- republik China 27. 9.—8. 10. 59	574—575
Vorsitzender der CDU-Fraktion, G. Götting, eröffnet DDR- Ausstellung in Stockholm	575
Volkskommunen	329, 333
Volkspolizei	130
Volksrepublik Albanien, Bulgarien, China usw. s. Albanien, Bul- garien, China usw.	
Volkswirtschaft	244, 489, 508
Ökonomische Hauptaufgabe	109, 506—507, 508, 510, 520
— plan	240, 247, 249, 468—469, 476, 478

Vormundschaft, Pflegschaft	280—281, 292—293, 298, 341, 553
Vorteil, gegenseitiger	39, 106, 154, 246, 247, 311, 320, 503
W	
Währungsreform in Westdeutschland	15, 17, 36
Wärmekraftwerke	243
Wahl	
Gesamtdeutsche freie —	27, 134, 155, 213
— des Bundespräsidenten in Westberlin (Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR 30. 6. 59)	109—110
Walzblech	242
Walzlagerindustrie	243—244
Walzstraßen	242
Warenaustausch s. Handelsabkommen	
Warenlieferungen s. Handelsabkommen	
Warenumsatz	244
Warschauer Vertrag 14. 5. 55	22, 61, 80, 94, 127, 130, 133, 134, 182, 273, 383
Ausscheiden der DDR aus dem —	154
Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des —, Warschau 27.—28. 4. 59	235—240
Wasserbewirtschaftung	
Abkommen DDR—Polen über Zusammenarbeit in Fragen der — der Lausitzer Neiße, 10. 11. 59	426—431
Zusammenarbeit DDR—ČSR auf dem Gebiet der —	576
Wasserstoffwaffen s. Atomwaffen	
Wasserstraßen	175
Wehrpflicht in Westdeutschland	155, 162
Verzicht auf —	127, 133, 156
Weintrauben	248
Weltkrieg	12, 28, 29, 50, 53, 61, 75, 79, 86, 90, 102, 120, 140, 163, 165, 166, 171, 214, 221
Weltmeteorologische Organisation (III. Kongreß, Genf 1.—28. 4. 59)	232—235
Weltniveau	479
Weltraumforschung	30, 83
Westberlin s. Berlin	

- Westdeutschland** s. Deutsche Bundesrepublik
- Westeuropäische Union (WEU)** 114
- Westmächte** (s. auch Frankreich, Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika)
- Deutschlandpolitik der — 15–18, 20, 21, 27, 35, 38, 43, 50, 53–55, 60, 62–63, 79, 81, 84, 85, 88, 89, 174, 194, 199–200, 217, 502, 515
- „Verhandlungspaket“ der — auf der Genfer Außenministerkonferenz 153, 156, 159, 239, 515
- zum Status von Berlin 87, 110, 139, 174, 191, 196, 516, 517, 518
- Westmark** 15, 17, 36
- Wetterdienststellen der DDR** 232–233
- Wettrüsten** 154, 165, 167
- Widerstandskampf im zweiten Weltkrieg** 102, 104, 106, 151
- Wiedervereinigung Deutschlands**
- Erklärungen, Noten, Vorschläge 24, 67–71, 81–85, 94–96, 126–128, 132, 133–134, 141–145, 225, 237, 238–239, 272, 369, 383, 497–498, 514–515
- Erklärungen des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR auf der Genfer Außenministerkonferenz 152, 154–158, 164–165, 168–169, 183–184, 194–195, 198–199, 203, 208–209
- Gewaltsame Angliederung der DDR an die Bundesrepublik 36, 82, 84, 88–89, 134, 139, 143, 157, 194, 197, 213
- Konföderation 19, 24, 40, 41, 42–43, 46, 52, 62, 85, 92, 94, 95, 135, 137, 152, 156, 333, 383, 501, 516, 538
- Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten 128, 199, 204, 209–210, 220
- Nehru zur Frage der — 141–144
- Nichtangriffspakt zwischen DDR und Westdeutschland 114, 118, 135, 139, 140, 143–144, 170–172, 179–180, 181–182, 187, 188–190, 192, 195, 209, 219
- Paritätisch zusammengesetzter deutscher Ausschuß (Gesamtdeutscher Rat) 41, 43, 127–128, 133, 135, 156, 184, 185, 191, 192, 198–199, 200–201, 202, 203, 204, 206, 208–209, 210, 212, 218, 220–221, 471, 517
- „Gemischter Deutscher Ausschuß“ 185
- Verständigung, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten 19, 24, 40, 45–46, 47, 52, 67–71, 91–92, 134, 144, 152, 156, 157, 169, 179, 182, 185, 192, 194–195, 199, 201–202, 210–212, 219, 221, 471
- Vorbedingungen für die — ... 30, 36, 37, 51, 81–82, 117, 128, 133–134
- „— in Freiheit“ 42
- Wirtschaftliche Entwicklung** 38–39, 51, 61, 163

Wirtschaftliche Zusammenarbeit (s. auch Handelsabkommen, Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Zahlungsverkehr)	244, 247, 310, 319, 326—327, 363, 375, 405, 408, 432, 447—448, 475—479, 497, 562—563, 564, 565, 567, 568, 570, 572, 574, 575, 576, 577, 578
Deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß für —, Tagung in Prag 8.—12. 9. 59	447, 449, 477
Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten	39
Wirtschaftskommission	
— der Vereinten Nationen für Europa (ECE)	565
— des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Tagung in Moskau 17.—19. 11. 59	245
Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt	33f
Wissenschaft	
Akademien s. Akademie	
Austausch von Studenten, Wissenschaftlern usw.	363, 371—372, 384—387, 491
Austausch von wissenschaftlichen Materialien	371
Einführung der fortgeschrittensten — und Technik in den Produktionsprozeß	244, 475
Förderung der —	61
Mißbrauch des wissenschaftlich-technischen Fortschritts	469
Plan Humboldt-Universität zu Berlin — Lomonossow-Universität, Moskau, über wissenschaftliche Zusammenarbeit 1959 30. 6. 59	571
Zusammenarbeit auf dem Gebiet der —	98, 371—374, 490—491, 578
Zusammenarbeit auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet (siehe hierzu auch Kommission und Ständige Kommission)	244, 247, 310, 371, 390—392, 413, 441, 476—479, 520, 530, 559—560, 561, 569, 577
Deutsch-mongolische Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit	391
Gemeinsame Kommission DDR/UdSSR für techn.-wissenschaftl. Zusammenarbeit (X. Tagung, Moskau 20.—24. 10. 59)	530
Wolle	231, 248
Z	
Zahlungsverkehr	
Abkommen DDR—	
China (Warenaustausch und — 1959) 5. 2. 59	342—343
Finnland 25. 2. 59	357—360
Indien (Handels- und Zahlungsabkommen 1960—1962) 18. 12. 59	367—368

Korea (Waren- und — 1959) 30. 1. 59	381
Vietnam (Waren- und — 1959—1960) 1. 12. 58	559
Zoll	312, 313, 315, 321—322, 325, 395, 410, 423, 481, 482, 542—543, 545, 550, 553
Zollverschußordnung	
Abkommen DDR—Tschechoslowakische Republik über einheitliche — für Elbeschiffe 18. 9. 59	449—464
Zollverwaltung	
III. Konferenz der Leiter der — aller sozialistischen Länder, Berlin 19.—29. 10. 59	576
Zone s. Abrüstung—„Verdünnte Zone“ in Europa und Atomwaffen—Atomwaffenfreie Zone	
Zuckerindustrie	247
Zusammenarbeit s. das betr. Fachgebiet	
Zusatzprotokoll s. Abkommen .	
Zwangsvollstreckung	299—302
Zypern	
Interline—Abkommen Cyprus Airways Limited—Deutsche Luft-hansa, in Kraft am 14. 9. 59	574

PERSONENREGISTER

- Abse, Leo — 562
 Abusch, Alexander — 490, 494
 Ackermann, Hermann — 568
 Adenauer, Dr. Konrad — 90, 170
 „Befreiung der Ostzone“ — 134, 194
 Gegen Friedensvertrag — 62, 502
 Gegen Gipfelkonferenz — 145
 Gegen Wiedervereinigung — 35, 41, 42, 92–93
 „Neuordnung Europas“ — 32
 Politik der Stärke — 53, 54, 502, 512
 Verhältnis zu Großbritannien und Frankreich — 88, 89
 Albrecht, Dieter — 465
 Alexiew, Dobri — 328
 Apró, Antal — 246
 Ardenne, Dr. h. c. Manfred von — 330, 536

 Bach, August — 509
 Bahr, Hans — 356
 Balluku, Beqir — 311, 317
 Barladeanu, Alexandru — 246
 Batotschir, O. — 390, 392
 Baur, Charles — 567
 Beavogui, Louis Lansana — 366
 Benke, Valéria — 490, 494
 Bidtlingmaier — 100
 Bierbach, Martin — 343, 574
 Bloch, Pierre — 567
 Bolz, Dr. Lothar — 18, 235
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 330, 335, 342
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 467
 Beziehungen zur UdSSR — 499
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 535, 547, 555
 Genfer Außenministerkonferenz — 76, 151–152, 153–160, 160–165, 165–171, 172, 173–178, 179–180, 180–183, 183–187, 191, 193–199, 199–202, 202–203, 204–210, 214–216, 216–223, 224, 566
 Interview — 138–141
 Brandt, Willy — 75, 158
 Branting — 103
 Brentano, Dr. Heinrich von — 76, 89, 90, 93, 139
 Büchner, Bernhard — 510
 Bujor, Sion Mihail — 433, 437, 439
 Bunaciu, Avram — 235
 Burmeister, Friedrich — 393, 399, 400, 405

 Camusso, Rodriguez — 577
 Chao Chi-chang — 343
 Chen Po-ching — 343
 Chlebec, Emil — 468
 Chrustschow, N. S. — 495, 507, 509, 528
 Amerikareise — 125, 126, 138, 216, 225, 469
 Besuch in der DDR — 495–498, 503, 523, 529
 Rede in Riga — 98, 99
 Rede vor der UNO — 125, 469
 Verhandlungen mit DDR-Delegation in der UdSSR — 511
 Claudius-Schmidt, Eduard — 572
 Correns, Prof. Dr. Dr. h. c. Erich — 499, 505, 509
 Couve de Murville, Maurice — 174, 196
 Cziemer, Gyula — 489

 Damdinshaw, Legdenin — 393, 399, 400, 405
 Damjanow, Rajko — 246, 320, 326
 David, Václav — 235
 Dick, Johannes — 390, 392, 561
 Dieckmann, Dr. h. c. Johannes — 562, 563
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 318

- Beziehungen zur Volksrepublik
Bulgarien — 327
- Beziehungen zur Volksrepublik
China — 352
- Beziehungen zur Korean.
Volksdem. Republik — 406
- Beziehungen zur Volksrepublik
Polen — 414
- Beziehungen zur Rumänischen
Volksrepublik — 442
- Beziehungen zur Ungarischen
Volksrepublik — 488
- Beziehungen zur UdSSR — 499,
505
- Empfänge — 567, 570
- Reisen mit Volkskammerdele-
gationen — 564
- Dobi, István — 573
- Dölling, Rudolf — 167, 573
- Dulles, John Foster — 37, 38, 53,
54, 55
- Ebert, Friedrich — 498, 499, 509,
564, 573
- Eckloff, Carl — 363, 379
- Eden, Sir Anthony — 80
- Edwards, Robert — 568
- Eisenhower, Dwight D. — 126, 138,
217, 225, 469
- Enkelmann, Kurt — 366
- Erlander, Tage — 106, 564
- Fagerholm, Karl-August — 107,
563
- Fawzi, Dr. Mahmoud — 574
- Fischer, Richard — 384, 388, 579
- Florin, Peter — 76, 264
- Ganew, Dimitr — 561
- Gerhardsen, Einar — 103, 106
- Gerstenmaier, Dr. Eugen — 196
- Gillett, Sir Harold — 564
- Girrus, Dr. Wilhelm — 370, 374,
563
- Globke, Dr. Hans — 34
- Götting, Gerald — 575
- Goldenbaum, Ernst — 467
- Gregor, Kurt — 246
- Grewe, Prof. Dr. Wilhelm — 161,
164, 165, 181, 183, 202, 203, 219,
220
- Gromyko, A. A. — 59, 153, 169,
176, 180, 184, 186, 204, 216, 236
- Grotewohl, Otto — 106
- Beziehungen zur Volksrepublik
Albanien — 318
- Beziehungen zur Volksrepublik
Bulgarien — 327
- Beziehungen zur Volksrepublik
China — 329, 335, 560
- Beziehungen zur Republik In-
dien — 560
- Beziehungen zur Republik Irak
— 369, 370, 376, 560, 571—572
- Beziehungen zum Königreich
Kambodscha — 380, 569
- Beziehungen zur Republik Li-
banon — 579
- Beziehungen zur Koreanischen
Volksdemokratischen Repu-
blik — 382
- Beziehungen zur Mongolischen
Volksrepublik — 406
- Beziehungen zur Volksrepublik
Polen — 414
- Beziehungen zur Rumänischen
Volksrepublik — 442
- Beziehungen zur Tschechoslo-
wakischen Republik — 467,
480
- Beziehungen zur Ungarischen
Volksrepublik — 488
- Beziehungen zur UdSSR — 498,
505, 509, 525, 528
- Beziehungen zur VAR — 123,
560
- Beziehungen zur Demokrati-
schen Republik Vietnam —
535, 540, 560
- Erklärungen — 68—71, 128—137,
497
- Ostasienreise — 123, 131,
329—335, 369—370, 535—540,
560

- Regierungserklärung 16. 4. 59 — 74—95
 Schreiben an Dr. Adenauer — 67—68, 92
 Gyptner, Richard — 572, 574, 579
- Hajek, Jiří — 468
 Hallama, Jaakko — 356, 360
 Hamaciré, N'Douré — 575
 Hamid, Muhiddin Abdul — 370, 374, 571
 Hammond, A. J. Dowuona — 574
 Hamouz, František — 465
 Hannich — 564
 Hansen, Hans-Christian — 106
 Hegen, Josef — 409, 412
 Helmer, Oskar — 96
 Helmer, Rudolf — 573
 Henckel von Donnersmarck, Graf — 34
 Henke, Georg — 432
 Herter, Christian — 153, 156, 164, 168, 204
 Hoang Minh Giam — 536
 Ho Chi Minh — 535, 573
 Hödscha, Enver — 263, 264, 275
 Homann, Heinrich — 264, 509
 Hon Men Hi — 382
 Hüttenrauch, Willy — 343
 Hulubei, Prof. Horia — 444, 446
- Ibrahim, Mouhlay Abdallah — 572
 Immig — 360
- Jahn, Rudi — 561
 Janouch, Dr. — 560
 Jarosinski, Witold — 570
 Jaroszewicz, Piotr — 246
 Jeger, Lena — 561
 Je Tschih-dschuan — 330
 Johnson, Peter B. — 567
 Joint, Khilnani — 368
- Kan Rjan Uk — 382
 Karami, Raschid — 579
 Kassem, Abdul Kerim — 369, 370, 377
- Kellezi, Abdyl — 246
 Kerber, Erwin — 381, 440
 Kiritschenko, A. I. — 511
 Klička, Otto — 468, 566
 Köhler, Bruno — 468
 Koenen, Wilhelm — 566
 König, Johannes — 59, 71, 467, 499, 510, 571
 Koleka, Spiro — 240
 Konecny — 564
 Koslow, F. R. — 216, 511
 Kossygin, A. N. — 246, 511
 Kramer, Erwin — 563
 Kubbah, Dr. Ibrahim — 374, 375, 376
 Kusnezow, W. W. — 512
- Lange, Halvard — 103
 Langhoff, Wolfgang — 569
 Leng Ngeth — 569
 Leuschner, Bruno — 264, 467, 499, 509
 Ley, Prof. Dr. Hermann — 344, 349, 351
 Li Don Gen — 382
 Li Ir Gen — 384, 388
 Lin Hai-yün — 330, 343
 Li Syng Man — 383
 Liu Schao-tschi — 351
 Lloyd, Selwyn — 212
 Loch, Dr. Hans — 264, 499, 509
 Ludwig, Dr. Werner — 533, 534
 Lukanow, Karlo — 235
 Lunkow, N. M. — 512
- Machačová-Dostálová, Božena — 468
 Macmillan, Malcolm K. — 561
 Majling, Pavel — 468
 Mao Tse-tung — 329, 353
 Matern, Hermann — 352, 575
 Mei I — 344, 349, 351
 El Memar, Dr. — 375
 Mikardo, Ian — 568
 Mikojan, A. I. — 216, 511
 Mogard, Vertil — 570
 Mückenberger, Erich — 264

- Müller, Heinz — 510
 Murphy, Robert — 54
 Myftiu, Manush — 264
- Nahm, Dr. Peter Paul — 89, 161
 Nasser, Gamal Abdel — 123
 Nehru, Jawaharlal — 141–144
 Nelles, Prof. Dr. Dr. Johannes — 510
 Neubert — 343
 Neumann, Alfred — 467, 499
 Ngjela, Kico — 265
 Nguyen Duy Trinh — 536
 Nguyen Van Huyen — 536
 Nixon, Richard — 216
 Norden, Prof. Albert — 499
 Norstad, Lauris — 74
 Novac, M. — 432
 Novotný, Antonín — 466, 467, 480, 563
- Oberländer, Prof. Dr. Theodor — 472
- Pak Ir Jen — 381
 Patolitschew, N. S. — 512, 532
 Paulssen, Dr. Hans-Constantin — 34
 Paze, Gaço — 265
 Pedregal, Guillermo — 572
 Peng Teh-huai — 565
 Perk, Willi — 433, 437, 439
 Perwuchin, M. G. — 11, 22, 499, 512
 Peter, J. — 236
 Pfützner, Rudolf — 536, 573
 Pham Ngoc Thuan — 536
 Pham Van Dong — 535, 540, 547, 555
 Phan Anh — 536, 541, 547
 Pieck, Wilhelm
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 263, 318
 Beziehungen zur Volksrepublik Bulgarien — 327, 561
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 351, 352
- Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 381, 382, 579
 Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik — 406
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 414
 Beziehungen zur Rumänischen Volksrepublik — 442
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 466, 480
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 488, 572
 Beziehungen zur UdSSR — 498, 503, 504, 505, 526, 528, 573
 Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam — 572
 Botschafterernennungen — 561, 572, 573, 579
- Piotrowski, Roman — 426, 431, 566
 Piróg — 561
 Pisnik, Alois — 499, 509
 Plata, Dr. Horacio Rodriguez — 567
 Plenikowski, Anton — 499
 Plojhar, Dr. h. c. Josef — 468
 Popielas, Józef — 416, 425
 Popović, Nanad — 379
 Popow, A. J. — 512
 Posselt, Anni — 510
 Power — 75
 Prenzel, Kurt — 264
- Raab, Ing. Julius — 96
 Rachmatow, Mirso — 573
 Rambaum, Anna Marie — 510
 Rambusch, Prof. Karl — 444, 446
 Ramirez del Villar, Roberto — 571
 Rapacki, Adam — 80, 98, 235
 Rau, Heinrich — 311, 317, 320, 326, 374, 375, 467, 480, 486, 499, 532, 541, 547, 567, 572, 574, 575, 578
 Reichelt, Hans — 375

- Renneisen, Erich — 368
 Reuter, Ernst — 158, 173
 Rizk, Ahmed Fahti — 563
 Rochlitzer, Johann — 426, 431
 Rogge, Bernhard — 101
 Ruge, Friedrich Oskar — 101
 Ruh, Antou — 449, 451

 Sabri, Hussein Sulficar — 124, 574
 Sagner — 34
 Sambu, Shamsarangyn — 561
 Saur, Stanislav — 449, 451
 Schneidewind, Kurt — 579
 Scholz, Helmut — 416, 425
 Scholz, Paul — 264, 499, 509, 567
 Schröder, Dr. Gerhard — 90
 Schwab, Sepp — 330, 535, 574
 Sefrin, Max — 264, 467, 499, 568
 Semjonow, W. S. — 512
 Senanayake, R. G. — 574
 Shehu, Mehmet — 240, 263, 264, 275
 Shinwell, Emanuel — 223
 Shtylla, Behar — 235, 265, 275, 283, 284, 309
 Sihanouk, Prinz Norodom — 380
 Silverman, Sydney — 561
 Simonen — 563
 Šimůnek, Ing. Otakar — 246, 467, 480, 486
 Široký, Viliam — 467, 480
 Skodowski, Bruno — 578
 Soedarsono — 573
 Sorin, W. A. — 18, 71, 499
 Speidel, Dr. Hans — 122
 Stibi, Georg — 467, 571
 Stoian — 442
 Stoica, Chivu — 442
 Stoph, Willi — 467, 499
 Strauß, Franz Joseph — 32, 78, 89, 90, 101, 114, 122
 Suhrbier, Dr. Max — 467
 Sutarman, Dr. — 571

 Thedieck, Franz — 89
 Theodhosi, Koco — 265

 Thießen, Prof. Dr. Peter-Adolf — 510
 Tischomirow, Ognjan — 319
 Toeplitz, Dr. Heinrich — 76
 Toma, Ana — 440
 Truong Chinh — 536
 Tschang Wen-tien — 235
 Tschen I — 330, 335, 336, 342
 Tschien San-tschan — 330
 Tschou En-lai — 329
 Tseng Jung-tschuan — 330
 El Tuckmachi, Dr. — 375
 Türpe, Werner — 442, 489
 Twining, Nathan — 75

 Ulbricht, Walter — 170
 Antwort an Nehru — 141–145
 Beziehungen zur Volksrepublik Albanien — 263, 275, 318
 Beziehungen zur Volksrepublik Bulgarien — 327
 Beziehungen zur Volksrepublik China — 352
 Beziehungen zur Koreanischen Volksdemokratischen Republik — 382
 Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik — 406
 Beziehungen zur Volksrepublik Polen — 414
 Beziehungen zur Rumänischen Volksrepublik — 442
 Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik — 466, 480, 563
 Beziehungen zur Ungarischen Volksrepublik — 488
 Beziehungen zur UdSSR — 22, 495, 498, 505, 509, 525, 528
 Empfänge — 561–562, 568, 576
 Reden und Interviews — 97–109, 497, 577
 Regierungserklärung 21. 1. 59 — 26–49, 50
 Schreiben an Dr. Adenauer (Nichtangriffspakt) — 171–172, 181, 192

- Undén — 103
Ung Van Khiem — 536
Uszkoreit, Dr. — 564
- Venkataraman, R. — 578
Verner, Paul — 499
Vesper, Walter — 572
Vo Nguyen Giap — 536
Vošćepinec, Fedor — 468
- Wächter, Erich — 328
Wandell, Dr. h. c. Paul — 330, 569
Wang Kuo-tschuan — 330
Wanne, Kaarlo Jaakko Olavi — 356
Weiß, Gerhard — 330, 356, 535
- Wiley, Fred T. — 562
Wilson, Robert Storey — 533, 534
Winiewicz, Józef — 409, 412
Winkler, Prof. Dr. Werner — 570
Winogradow, I. T. — 512
Winzer, Otto — 11, 76, 234, 275, 283, 309, 499, 566, 571
Wittig, Heinz — 510
Wittkowski, Dr. Grete — 319
Wolf, Kurt — 567
Woroschilow, K. J. — 507, 509, 528
- Yeh Chi-chuang — 343
- Zilliakus, Konni — 568
Zoi En Gen — 381, 382, 383, 384

BERICHTIGUNG

zum Band VI

Es muß richtig heißen:

S. 185, 2. Textzeile von oben
... in der UNO—Abrüstungskommission ...

S. 330, 4. Textzeile von oben
... für das Jahr 1958 ...

INHALTSVERZEICHNIS

Erklärungen und Stellungnahmen der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu außenpolitischen Fragen und zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands	5
Dokumente zur Genfer Außenministerkonferenz (11. Mai bis 20. Juni und 13. Juli bis 5. August 1959)	147
Internationale Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik	227
Internationale Organisationen	229
Beziehungen zu den einzelnen Ländern	251
Volksrepublik Albanien	263
Volksrepublik Bulgarien	319
Volksrepublik China	329
Königreich Dänemark	355
Republik Finnland	356
Republik Frankreich	362
Republik Ghana	363
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	364
Republik Guinea	365
Republik Indien	367
Republik Irak	369
Republik Island	378
Föderative Volksrepublik Jugoslawien	379
Königreich Kambodscha	380
Koreanische Volksdemokratische Republik	381
Königreich Marokko	389
Mongolische Volksrepublik	390
Republik Österreich	408
Volksrepublik Polen	409
Rumänische Volksrepublik	432
Tschechoslowakische Republik	447
Ungarische Volksrepublik	487
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	495
Vereinigte Staaten von Amerika	533
Demokratische Republik Vietnam	535
Anhang	557
Zeittafel	559
Sachregister	580
Personenregister	638

[illegible]

PRINTED IN U.S.A.



3 8198 310 787 468
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES.	FAC.	8	4	2	1	36	35	34	33
DD									
261									
.4									
D38									
Vol.7									
1959									

Deutsches Institut für
Zeitgeschichte
Dokumente zur Aussen-
politik der Regierung
der Deutschen Demokra-

DD

261

.4

D38

Vol.7

1959

Deutsches Institut für Zeitges-
chichte

Dokumente zur Aussenpolitik
der Regierung der Deutschen Demo-
kratischen Republik

